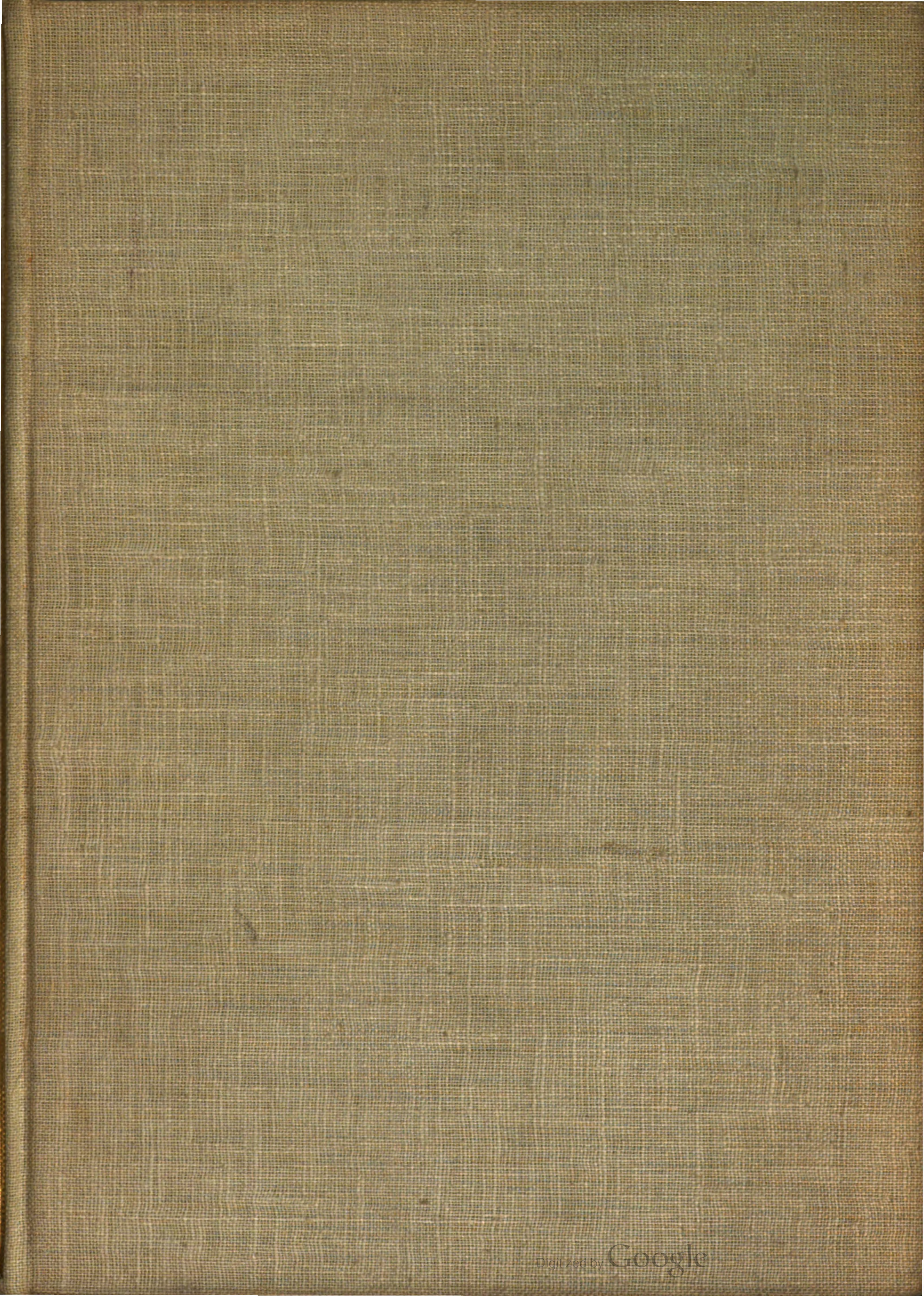






ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. technischen Hochschule, Hannover, unter ständiger Mitarbeit von *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover und Privatdozent *Dr. F. Termer*, Institut für Amerikaforschung an der Universität, Würzburg. Schriftleitung *Dr. F. Hesse*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

I. JAHRGANG 1924
I. HALBBAND
HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG

PRINTED IN GERMANY

INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI 1924

ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG,
** MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN*

FRITZ HESSE:
DAS GESETZ DER WACHSENDEN RÄUME

Das Werden und Vergehen der Geschichte zeigt bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen eine gleiche Erscheinung: Das Wachstum der Menschen an Zahl und damit zugleich der Größe der von ihnen beherrschten Räume. Zwar können wir es nicht statistisch belegen, aber alle Erfahrung spricht für die Annahme, daß die uns bekannte Periode der Erdgeschichte die menschliche Vermehrung äußerst begünstigt; sie erscheint geradezu als die der Vorherrschaft des Menschengeschlechtes. Als ein die Erde bewohnendes Wesen unterliegt also der Mensch den allgemeinen Gesetzen der Lebensform; er muß durch Vermehrung und Ausbreitung seinen natürlichen Lebensraum erfüllen, bis vielleicht in einer unendlich fernen Zeit die Erde anderen Wesen bessere Eignung bietet. Diese Raumbewältigung und -erfüllung, die von kleinen Gebieten zu großen aufsteigt und dabei von der steigenden Bevölkerungsziffer und der geschichtlichen Bewegung bestimmt wird, ist nichts anderes als das bekannte, nicht gerade klar ausgedrückte Wort: Von dem Gesetz der wachsenden Räume.

Ratzel, der diesem Gedanken als erster Form gab, war sich bewußt, daß er damit eines der Kernprobleme der Beziehung des Menschen zum Raume berührte. Trotzdem hat er ihn niemals in seiner ganzen Konsequenz und Größe zusammenfassend behandelt, so daß wir seine Ansichten hierüber an vielen zerstreuten Stellen suchen müssen. Die vielseitige Anwendung dieser Anschauung und die mannigfachen Deutungen, die er dem Gesetze gab, sind weder frei von Widersprüchen, noch präzis in ihrem Inhalt. — Jede Lebensform soll entstehen, wachsen und wieder vergehen. — Die Geschichte ist die ständige Vergrößerung des Wohngebietes und die damit als Folge verbundene stetig wachsende Größe des Wirkungsgebietes. — Das Sich-Vergrößern und Verkleinern der Staaten ist stets nur ein Mittel zum Ziel: der Erweiterung menschlicher Raumvorstellung, dem immer erneuten Jungwerden expansiver Kräfte in fremden Räumen. — Das Aufsteigen der Meeresmächte und Amerikas zu Weltmächten, die Einbeziehung des ganzen Erdballes in eine einzige Einheit und damit zugleich das ständige Wachstum der einzelnen Staaten durch An- und Abgleichung — das alles war ihm dies Gesetz. So konnte es zuletzt fast nur als eine Abwandlung des alten Ritterschen Gedankens erscheinen, welcher glaubte, daß der Mensch eines Tages Herr der gesamten Natur sein werde.

Ratzel selbst war kein Anhänger der Fortschrittstheorie und hat sie wiederholt abgelehnt. Das Unterscheidende, welches seine Auffassung von den anderen trennt, hat er jedoch nicht auseinandergesetzt. So blieb nach seinem Tode der Ausbau des Gedankens ruhen, bis Kjellén in der jüngsten Gegenwart die Bedeutung des räumlichen und erdgebundenen Momentes in der Geschichte von neuem hervorhob und damit auch der Geographie neue Anregungen gab. Er starb, ohne auch seinerseits



zu einer endgültigen Auseinandersetzung mit diesem Probleme des deutschen Geographen gekommen zu sein, sodaß bis zum heutigen Tage kein wissenschaftlicher Ausbau des Gesetzes erfolgt ist.

Kjelléns Lehre ermöglicht es aber, den Gedanken fortzuspinnen und neu zu beleuchten. Er stellte dem menschlichen Willen die ewigen Werte der Erde gegenüber und erst aus dem Zusammenwirken beider Kräfte ergab sich ihm das Wechselspiel der politischen Geschichte. Das schuf den enzyklopädischen Rahmen, innerhalb dessen allein die Bewertung der Frage richtig erfolgen kann. Den bis zu einem gewissen Grade freien Willen des Menschen, dessen geistige und gesellschaftliche Gestalt sonst allein den Inhalt der Geschichte bilden, ergänzte er durch Hinzufügen des räumlichen Elements und stellte damit alles auf den Boden der Erde. Diese geopolitische Anschauung bedingt eine Änderung der bisherigen Fragestellung: Wirkten bisher menschliche Willenskräfte allein im Raum, so erscheint dieser nunmehr als ein selbständiges, von diesem unabhängiges Moment. Ja, als Kraftbildner vermag er darüber hinaus vorbestimmend menschliches Schicksal zu gestalten. Geopolitik bedeutet somit die Untersuchung der Beziehungen zwischen der politischen Kraft und dem Raum.

Für unser Gesetz fragen wir also nicht mehr nach der Art des Vorganges als dem wesentlichen Element, sondern nach der dynamischen Wirkung der Räume aufeinander: Das Wann des Wachstums ist ein zeitlicher Zufall; das Wo und das Wie, d. h. die Bedingungen, unter denen es erfolgt, sind das Entscheidende. Der Gedanke führt in seiner Folge zu einer vergleichenden Betrachtung des Eigenwertes der verschiedenen Räume und der Vorbestimmung, die sie der geschichtlichen Bewegung aufzwingen.

Hier wird eines klar: Die Erdoberfläche ist an sich keine Einheit, kein sich überall gleiches, zu einem Ganzen zusammengeschmolzenes Kraftfeld. Die Gliederung in Meere und Festländer, in klimatische Zonen, in Dauerwüsten und bewohnbare Gegenden, ergibt eine solche Mannigfaltigkeit der Lebensbedingungen, daß Geopolitik geradezu zur Lehre von der Verschiedenartigkeit der Raumwirkung wird. Wenn wir also innerhalb des Ganzen von kleineren Einheiten von Lebensräumen sprechen, so kann es nur vom Gesichtspunkte der gestaltenden Kraft aus geschehen. Gewiß ist eine verhältnismäßige Einheitlichkeit durch das Vorkommen gleichförmiger Bedingungen gegeben, und die natürliche Grenze wird eben durch das Aufhören dieses Vorkommens geschaffen. Das alles bedeutet aber immer erst eine Eignung des Raumes für die zusammenfassende Kraft des menschlichen Willens.

Je einfacher und jünger das räumliche Zusammensein des Menschen mit seiner Lebensbedingung ist, um so unbestimmter und kraftloser pflegt es zu sein. Je weiter jedoch die Entwicklung fortschreitet und je länger der Mensch in einem bestimmten Raume wohnt, um so intensiver entwickelt sich das gegenseitige



Verhältnis: Der Mensch verwurzelt. Durch diese Verwurzelung erhält er die Kraft, seiner Heimat Herr zu werden und aus ihr eine neue Ungebundenheit zu gewinnen. Endlich vermag er in Fremdräume einzudringen und ihnen seinen Willen aufzuzwingen. Hier erreicht er das höchste und größte Maß von Raumbewältigung und zugleich das äußerste von Beweglichkeit, das als möglich erscheint.

Da dieser Prozeß der Wandlung des Verhältnisses zum Raum, der von der Verwurzelung zur Beweglichkeit führt, nicht allein im räumlichen Nebeneinander, sondern auch im zeitlichen Nacheinander erfolgt, ergeben sich Verschiedenheiten der erdgebundenen Formen zueinander. Je nachdem eine Bewegung in menschenleere, in durch Verwurzelung erfüllte oder durch Bewegung belebte Räume hineinstößt, wird das Ergebnis des Zusammenwirkens der Kräfte verschieden sein: Bewegliches wird der sich ausbreitende Wille des Menschen zum Ausweichen oder Wandern zwingen, Verwurzeltes wird ihm Halt oder Widerstand sein.

Bewegliches hängt wenig von dem Raume seiner Entstehung ab. Es bestehen für den Menschen nur Unterschiede in der Technik der Raumüberwindung, keine absoluten, außer denen von Meer, Land und Luft. Diese erzwingen demnach Verschiedenheiten des Bewegungsmittels, verschiedenartigen Verkehr, der Gesamtbewegung jedoch wird, nachdem auch die weitesten Entfernungen durch die Technik überwunden werden, heute nur mehr ein einziger Raum verbleiben: Die Gesamtheit der verkehrsfähigen Erde.

Dagegen bedeutet Verwurzelung Raumbestimmtheit im stärksten Maße. Nomadisierendes Leben, Ackerbau, Industrialisierung sind nicht nur Unterschiede technischer und kultureller Entwicklung, sondern absolute des Verhältnisses zum Raum: Menschlicher Wille unterliegt, paßt sich an, zerstört die umgebende Landschaft. So verschiedene Raumbestimmungen müssen sich mithin verschieden zueinander verhalten. Es kommt hinzu, daß das Element der Entfernung, das durch Bewegliches überwunden wird, sich hier dynamisch auswirken kann. Im Verlaufe geschichtlicher Entwickelung führt somit räumliches Getrenntsein des Verwurzelungsvorganges zur Sonderentwicklung der Kräfte, im Gegensatz zur vereinheitlichenden Wirkung des raumüberwindenden Verkehrs.

Die geographischen Voraussetzungen für Verwurzelung und Bewegung sind verschieden. Die Verwurzelung verlangt Wohngebiete, die Bewegung nur Aufenthaltsräume. Jene sind begrenzt: Die Zerschneidung der festen Erdrinde durch Meere, Gebirge und Wüsten teilt das Gesamtgebiet in kleinere Räume. So kann Verwurzelung immer nur zur Erfüllung der durch die Natur gegebenen Teilgebiete aufwachsen, nie aber den gesamten Erdball gleichmäßig erfüllen, den der Verkehr völlig zu umspannen vermag. Für die Kraft, die aus der Verwurzelung geschöpft wird, liegen die Grenzen mithin in den einzelnen Erdteilen.



Alle im Raume wirkende Kraft ist politisch. Die Grundformen menschlicher Raumbeziehung müssen sich also in der Politik verschieden ausprägen. Die staatenbildende Kraft, welche aus der Verwurzelung geschöpft wird, ist größer und beständiger als die von der Bewegung getragene. Ihre natürliche Basis sind Volkszahl und Wirtschaftsmengenüberschuß, die des Verkehrs ist willensmäßig, zwischen Menschen vermittelnd. Verwurzelung ist produktiv, im Gegensatz zur Bewegung, die im Fremdraume nur auf Kosten anderer leben kann. Auch die Formen des Wachstums sind verschieden. Verwurzelte Körper wachsen langsam organisch zusammen, ihre Kraft ist im Innern stets größer als nach außen, ihre Tendenz ist kulturell. Sich bewegende Gemeinschaftsformen vermögen sprunghaft zu wachsen und wieder zu zerfallen; ihnen eignet in allem der konstruktive und unifizierende Geist der Bewegung; solche Gebilde wirken zivilisatorisch: Sie verbreiten vor allem technische Kenntnisse und Errungenschaften. Aber ihre Wirkung ist vorübergehend. Dauerwirkungen, die die Jahrtausende überleben, gehen nur von der Verwurzelung aus.

Auch geschichtlich läßt sich das Wechselspiel des Werdens und Zerfallens der Weltreiche unter diesem Gesichtspunkte erfassen. Die Weltgeschichte erhält durch diese geopolitische Betrachtungsweise einen neuen Sinn: An die Stelle geschichtlicher Staaten von kleinräumigem Verwurzelungsgebiet mit großer Bewegungsweite müssen allmählich mit der fortschreitenden Besiedelung der Erde solche mit größter Verwurzelungsbreite, aber geringerer Bewegungsweite treten. Das Gesetz der wachsenden Räume führt mithin in langer Entwickelung naturgemäß erfüllte Räume zu höchster Geltung, während die Weltreiche, die den Raum durch Bewegung bezwingen, nur als vorübergehende Erscheinungen zu gelten haben. Hier tritt der unerbittliche Zwang der Geschichte zu Tage. Jede politische Macht, welche die natürlichen Vorbedingungen der Dauer übersieht, kann zwar die eigene Lebensform in fremde Landschaften hineintragen, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich für sie eigne — im Kampfe mit fremden Lebensbedingungen jedoch muß die heimatliche Form untergehen oder sich zu einer anderen wandeln, die der fremden Landschaft angepaßt ist. Diese wiederum gibt dem Fremdraum die Möglichkeit, sich zu behaupten, und der letzte Vorgang ist der Aufstieg der verwurzelten Tochtervölker zur Selbstbestimmung und der Zerfall des alten Reiches. Alle Geschichte der auf Macht und Willen gegründeten Staaten führt so über das Wechselspiel von Erfolgen und Mißerfolgen, über die stetig fortschreitende Erfüllung der Wohngebiete zur Teilung der Welt in die natürlichen Erdteilstaaten der Gegenwart, unter allmählichem Zusammenschluß der Einzelstaaten zu den Weltstaatenverbänden der Zukunft.



ERICH OBST:
DIE GEOPOLITISCHEN LEITLINIEN DES EUROPÄISCHEN RUSSLAND

„Wo nicht natürliche oder wirtschaftliche Gründe dem Wachstum entgegenstehen, ist ein geräumiges, dünn bewohntes Land ein Großstaat der Zukunft, und das erst zu erwartende Wachstum wirft seine Schatten höchst wirksam voraus.“ (Friedrich Ratzel, Politische Geographie, 1923, S. 311.)

Das nordöstliche Karpathenvorland zwischen Dnjepr und Weichsel darf als das Ausgangsgebiet der großen Slawenwanderungen im 6. und 7. Jahrhundert gelten Von hier aus erreichten die Westslawen (Wenden, Polen, Tschechen, Slowaken) Oder und Elbe, die Südslawen (Bulgaren, Serben, Kroaten, Slowenen) stießen zur Balkanhalbinsel vor, die Ostslawen endlich breiteten sich unter geringem Widerstand der finnischen Urbewohner in dem großen Tiefland am Dnjepr aus. Der neue Lebensraum der Ostslawen war völlig eingebettet in die unermeßlich weiten, unwegsamen Wald- und Sumpfeinöden Osteuropas. Wenn hier trotzdem in den vielen kleinen Stämmen der Ostslawen frühzeitig ein Gemeinschaftsbewußtsein dämmerte, so war es den Flüssen zu danken, die in Gestalt einer großen Längsfurche den gesamten Lebensraum durchziehen: der Dnjepr und jenseits der niedrigen Wasserscheide Lowat, Ilmen-See, Wolchow, Ladoga-See, Newa. Dichter Wald rechts und links bannte die Menschheit an diese geopolitische Leitlinie des vorläufig noch staatenlosen Urrußland. Nur da, wo von dem zentralen Wasserscheide-Isthmus Smolensk-Witebsk die obere Düna nach NW, die Oka nach O ziehen, bot sich die Möglichkeit, die Siedelungen auch seitlich ein wenig vorzutreiben (Karte I). Spärlicher Ackerbau, daneben vor allem Waldbienenzucht und Jagd auf Pelztiere ernährten die slawischen Kolonisten in diesem stillen, menschenarmen Waldland von der Gegend des heutigen Kiew bis hinauf zum Ladoga-See.

Die langgestreckte Flußoase, als die wir den urrussischen Lebensraum im wesentlichen begreifen können, trug im Grunde durchaus binnenländischen Charakter. Gewiß öffnete sich ein Fenster dieses düster-einförmigen Hauses nach NW zur Rigaischen Bucht, aber ein nennenswerter Handelsverkehr vermochte sich einstweilen in dieser Richtung nicht zu entwickeln. Die untere Düna sperrten die volksreichen Letten und Liven, und im übrigen waren die Lebensbedingungen längs des ganzen Flusses viel zu gleichartig, um zu einem Warenaustausch anzuregen. Es kam hinzu, daß die von den Inseln Ösel und Dagö abgeriegelte Bucht damals noch geringe verkehrsgeographische Bedeutung besaß. Das andere Fenster wies von dem Raume Smolensk-Witebsk nach ONO, d. h. tief in die kontinentale Waldwildnis des oberen Wolgasystems hinein. Vereinzelt sind Kolonisten wohl auch hier vorgedrungen, aber es handelte sich fast ausnahmslos um Siedler, die in der Kernlandschaft Dnjepr-Wolchow kein ihnen zusagendes Gelände fanden. Anders



lagen die Dinge im N und S. Hier, und nur hier, gab es Pforten, die ins Freie hinausführten: Ladoga-See—Newa—Finnischer Meerbusen und unterer Dnjepr—Schwarzes Meer. Indes die geopolitische Situation war auch an diesen beiden Stellen für die Slawen nicht sonderlich günstig. Droben im N das rauhe Klima, die lange Frostdauer, die weite Fläche des Baltischen Meeres, die trotz ihres Inselreichtums den slawischen Flußschiffern große Schwierigkeiten bereitete, und schließlich die Nachbarschaft der in jeder Weise überlegenen Skandinavier. Im S aber gleich in der Umgebung von Kiew die weite, schutzlose Steppe, seit Urzeiten immerfort durchschwärmt von räuberischen asiatischen Horden, dann die Wasserfälle des unteren Dnjepr und endlich das sturmgepeitschte Schwarze Meer. Aus alledem begreifen wir, daß der urrussische Lebensraum seine Menschheit in hohem Grade gefesselt hielt und den Dnjepr-Wolchow-Slawen den Stempel eines ausgesprochen kontinentalen Volkstums aufdrückte. Allerdings lernte man, die Boote an den flachen und meist engen Wasserscheidestellen auf Räder zu setzen und sie so aus dem einen Flußgebiet ins andere zu schaffen, man erfaßte voll und ganz die Wesenheit dieses Lebensraumes und paßte sich in ausgezeichneter Weise den beiden Hauptfaktoren, Wald und Fluß, an, aber man blieb eben in diesem Maße binnenländisch eingestellt. Eine Änderung war nur möglich im Verlauf der geschichtlichen Dynamik.

Seit dem 8. und 9. Jahrhundert hatte Skandinavien einen machtvollen Aufschwung genommen. Die Drachenschiffe der Wikinger durchfurchten Nordsee und nördlichen Atlantik, und normannische Scharen waren es, die auch im Gebiete der Dnjepr-Wolchow-Slawen eine neue Bewegung erzeugten. Wir wissen nicht mit Sicherheit zu sagen, ob diese Waräger aus eigenem Drang in den Finnischen Meerbusen einliefen oder ob die ewig unter sich uneinigen Slawen sie gerufen haben. Kurz, um das Jahr 862 hielten die sich selbst „Rus" nennenden Nordgermanen ihren Einzug in das Gebiet von Nowgorod am Ilmen-See und rissen bis 880 die Macht auch im Dnjeprlande an sich. Ein wirkliches Staatswesen war damit im Dnjepr-Wolchow-Raum entstanden. Nowgorod im Norden, Kiew im Süden sicherten den Verkehr innerhalb des langgestreckten Staatsgebietes. Die „Rus" aber schweißten nicht nur die vielen kleinen Slawenstämme nebst den finnischen Ureinwohnern äußerlich zu einer politischen Einheit zusammen, sondern trugen zugleich einen neuen Geist in ihren Kolonialstaat hinein. Als kühne, unternehmungslustige Krieger und Kaufleute waren sie ins Land gekommen, als weitschauende, Land und Meer in einem Blick umfassende verwegene Gesellen. Ihr jugendlicher Schwung riß unwillkürlich die schwerfälligeren Slawen mit fort; Handel und Wandel erhielten einen neuen Antrieb. Droben im NW winkte Gotland, drunten im S das alles überstrahlende Byzanz. Unschwer ließ sich das neue Staatswesen in den großen Verkehrsring der alten Welt eingliedern: Byzanz — Schwarzes Meer — Dnjepr — Lowat — Wolchow — Finnischer Busen — Gotland — Ostsee — Nordsee — West-



und Südeuropa — Mittelmeer — Byzanz. Auch die Dünastraße gewann nun bald einige Bedeutung, und selbst nach SO zur Wolga richteten sich jetzt die Blicke in steigendem Maße. Ganz vereinzelt waren wohl auch früher schon slawische Händler hier erschienen, sollen doch um die Mitte des 9. Jahrhunderts slawische Kaufleute sogar bis Bagdad vorgedrungen sein. Jetzt aber zog man gar häufig ins Land der Bolgaren am Wolgaknie oder zu den Chasaren im Wolga-Don-Gebiet und tauschte Honig, Wachs, Pelzwerk und Sklaven gegen Perlen, Seidenstoffe, Gold- und Silbermünzen, Waffen, Salz usw. ein. Ganz besondere Anziehungskraft aber übte selbstverständlich der S aus, die griechischen Kolonien an der Dnjepr-Mündung und das altehrwürdige, mächtige Byzanz selbst. Oleg, der Reichsgründer († 946), unternahm mehrere Züge nach der Weltzentrale am Goldenen Horn, und auch die Regentin Olga leitete der Dnjepr wiederholt hinunter zum Schwarzen Meer. Die stärkste Befruchtung erfuhr durch diesen Verkehr mit Byzanz naturgemäß Kiew, das bald zu einem großen Handelsplatz aufblühte und die Hauptstadt des russischen Reiches wurde; aber auch die übrigen Siedlungen weiteten sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt: Tschernigow, Smolensk, Polozk und, als Zentrale für den nordischen Verkehr, das große Nowgorod und sein jüngerer Bruder Pskow (Karte I).

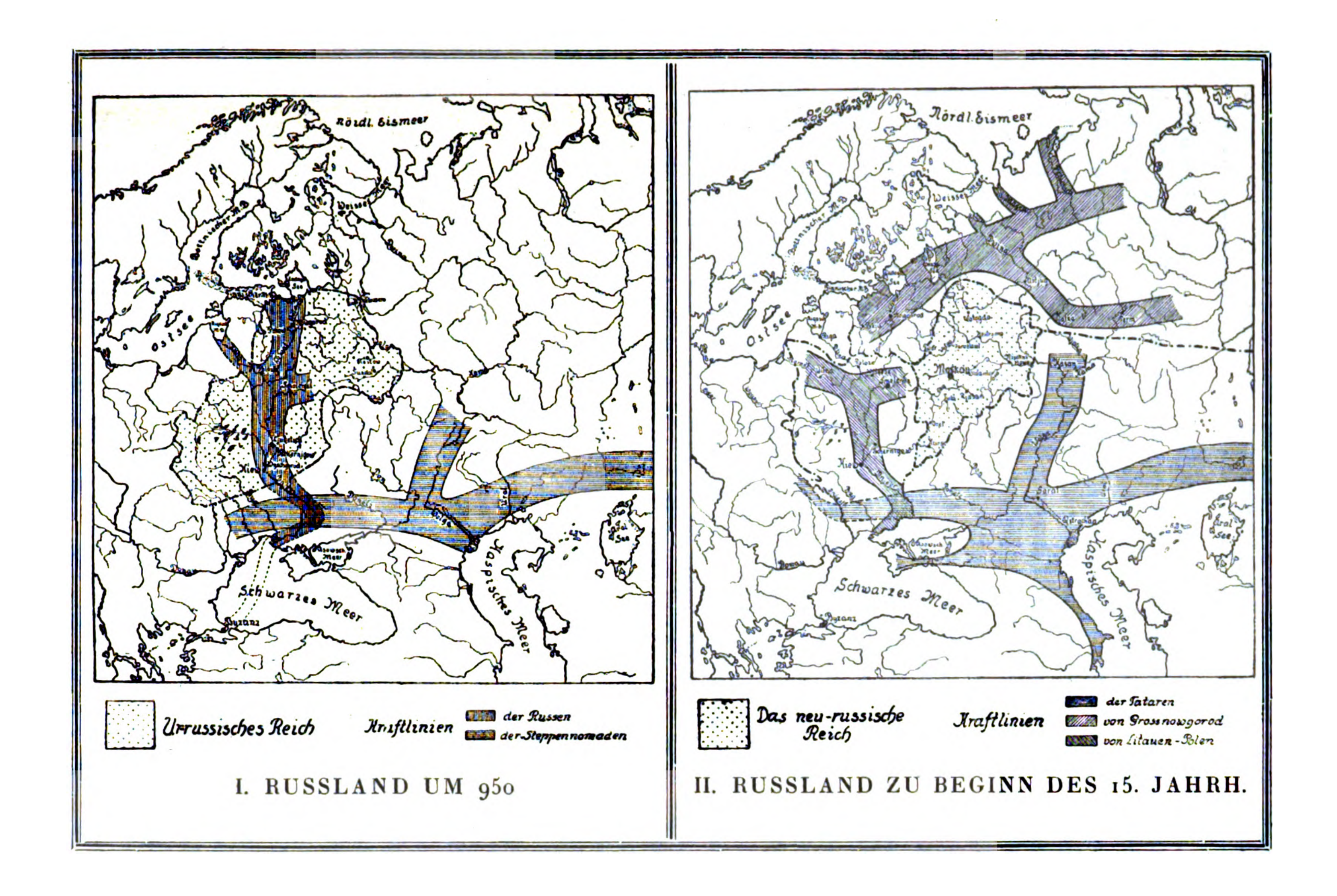
Wenn so der germanische Norden das slawische Volkstum im Dnjepr-Wolchow-Raum tiefgreifend beeinflußte, ihm den Staatsbau bescherte, Handel, Verkehr und Städtewesen außerordentlich förderte, so war das byzantinische Südende der großen Naturbahn in anderer Beziehung von grundlegender Wichtigkeit für den jungen russischen Staat: von hier her empfing der russische Mensch sein Christentum. Schon die Großfürstin Olga war auf einer ihrer Reisen gen Süden im Jahre 953 für die orthodoxe Kirche gewonnen worden, und Wladimir trat schließlich 988/89 mit seinem ganzen Volke zur orthodoxen christlichen Lehre über. Geopolitisch überaus interessant ist der vorausgehende Kampf zwischen den Sendboten des römischen Papstes, den Abgesandten der mohammedanischen Wolga-Bolgaren und den Vertretern der zum Judentum übergegangenen Chasaren mit den Aposteln des orthodoxen Christentums. Nicht zum wenigsten dank der geographischen Lage blieb Byzanz Sieger, und was der Einzug des orthodoxen Christentums für die russische Menschheit bedeutet, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Nötzel hat in seinen „Grundlagen des geistigen Rußland“ (2. Auflage 1923) diesen Punkt mit Recht in den Vordergrund geschoben, Klutschewskij und Stählin haben in ihrer russischen Geschichte gleichfalls die hohe Bedeutung dieses Ereignisses geschildert. Wir fassen uns hier kurz und legen den Hauptton auf die allgemein kulturellen Folgen: keine tief schürfende Philosophie, keine allgemeine Schulbildung, keine Teilnahme an den Kreuzzügen, keine Renaissance, keine Reformation, statt dessen im wesentlichen grob veräußerlichter Ritus, erstarrte Überlieferung, naives, häufig genug fatalistisches Gottvertrauen, durchsetzt mit mancherlei Aberglauben,

und eine der weltlichen Macht stets gefügige Kirche. Wir verkennen keineswegs die zweifellos auch vorhandenen Lichtseiten des orthodoxen Christentums, aber es bleibt in jedem Falle doch eine geopolitische Tragik Rußlands, daß es sich mit der Annahme der byzantinischen Glaubenslehre in einen Gegensatz zu Mittel- und Westeuropa setzte und seinem Kulturschicksal den Weg der Isoliertheit wies. Die Waräger hatten vom N her jugendliche Kraft und Bewegung gebracht; das Eindringen des alternden Byzanz bedeutete Erstarrung, zähes, lähmendes Festhalten und Sichbegnügen an bloßer Tradition.

Das Unglück wollte es, daß in diesem raumgebundenen Widerstreit der Kräfte der nordische Einfluß stetig nachließ, die Macht der orthodoxen Kirche dagegen dauernd wuchs. Im Verhältnis zu den Slawen war die Zahl der Waräger wohl von jeher gering gewesen, nach der politischen Erstarkung des Dnjepr-Wolchow-Staates wehrte man weiteren Zuzug ab, und langsam, langsam gingen die Nordgermanen in dem slawischen Volkstum auf. Schon Olgas Sohn hatte den Namen Swjatoslaw erhalten und mit Wladimir und Jaroslaw verblaßten die Erinnerungen an den nordischen Ursprung der Dynastie mehr und mehr. In der gleichen Zeit faßte die orthodoxe Kirche im ganzen Lande fest Wurzel und wurde im Geiste byzantinischer Auffassung ein treuer Diener der Großfürsten von Kiew. Die Bedeutung der Druschina (Ältestenrat) sank, die orientalische Form des allmächtigen und unumschränkten Herrschers prägte sich deutlicher und immer deutlicher aus, und über wahre Ströme von Blut führte der Weg zum Thron.

Die in der Folgezeit bedenklich sich mehrenden Thronstreitigkeiten, der Zerfall schließlich in eine Unzahl von Teilfürstentümern war gerade jetzt überaus gefahrbringend, denn die Steppe im S belebte sich mit immer neuen Scharen asiatischer Nomaden. Durch das Völkertor der Kaspischen Senke, durch das einst die Chasaren und Petschenegen hindurchgebraust waren, fluteten zu Beginn des 11. Jahrhunderts die Reiterhorden der Polowzer und bedrängten naturgemäß in erster Linie das hart am Rande der Steppe gelegene Kiew. Der Handelsweg nach Byzanz wurde immer unsicherer, aber die Fürsten vermochten sich zu einer gemeinsamen Abwehr nicht zusammenzufinden. Immer näher rückten unterdessen die räuberischen Nomaden. 1169 ist Tschernigow und Umgebung nur mehr ein einziges riesiges Trümmerfeld, und das große Kiew selbst muß sich in den folgenden Jahrzehnten mehrfache Plünderungen gefallen lassen. Man begreift es, daß die südrussischen Städte schließlich erklärten, wenn nicht endlich Einhalt geboten, würden sie die Siedlungen in Brand stecken und zu den Griechen auswandern! Dem fern im N, im Schutze des Waldes gelegenen Nowgorod mochten Wald und Fluß auch fürderhin als die Grundlagen staatlicher Entwicklung erscheinen; der Südteil des russischen Reiches aber spürte, daß sein Lebensschicksal eingeschlossen lag in dieser Dreiheit: Wald, Fluß und Steppe.





I. RUSSLAND UM 950

II. RUSSLAND ZU BEGINN DES 15. JAHRH.

Die Steppe wurde das Verhängnis für den Kiewer Staat. Aus der fernen Mongolei stürmten zu Beginn des 13. Jahrhunderts die Reitermassen Tschingis Khans heran. Mit unwiderstehlicher Gewalt bahnten sie sich ihren Weg schließlich durch Georgien und Daghestan, erreichten um 1223/24 die Wolgamündung und sammelten sich im Wolga-Don-Gebiet. Die Polowzer ahnten, daß jetzt ihre Stunde geschlagen und ihnen dasselbe Schicksal bevorstand, das sie selbst einst den Chasaren und Petschenegen bereitet hatten. Hilfesuchend wandten sie sich an die Russen, und Kiew verstand nur zu gut, wie sehr seine Zukunft von dem Entscheidungskampf in der Steppe abhing. Mit vereinten Kräften rückte man gegen die neuen Eindringlinge vor. An der Kalka, am Nordufer des Schwarzen Meeres, tobte 1224 die Schlacht; sie endete mit einer furchtbaren Niederlage der Russen. Asiatische Sorgen hielten die Tataren zunächst davon ab, den Sieg über Kiew zu nutzen. Als sie 1236 von neuem mit großen Reiterscharen erschienen, lockte sie vorerst die große Steppenstraße der Wolga; in wenigen Wochen lag hier alles in Schutt und Asche, das Reich der Wolga-Bolgaren hatte aufgehört zu bestehen (Karte II). Bald darauf führte ein anderer Steppenfluß, der Don, die tatarischen Horden nach NW, und auch hier erwies sich jeder Widerstand als nutzlos. Selbst der Wald schreckte die todesmutigen Asiaten nicht ab. Im Winter 1237/38 fielen kurz hintereinander Rjasan, Kolomna, Susdal und Wladimir, Moskau, Kostroma und Twer, und am Seliger-See vorbei wälzten sich die beutelüsternen Nomadenheere gen Nowgorod. Der russische Wald aber wurde diesem Handelsemporium zum Retter. Die Unübersichtlichkeit des Geländes, das den Steppenhorden schlechthin ungewohnte und unbehagliche Milieu, die Furcht vor allem vor Tauwetter bewogen die Tataren schließlich, in die Steppe zurückzufluten. Nowgorod blieb unberührt und hat auch in der Folgezeit niemals Tataren vor seinen Toren gesehen. — Um so stärker fühlte der Süden des russischen Staates die Faust der mongolischen Eroberer. Die Polowzer, die einen letzten verzweifelten Widerstand wagten, wurden vernichtend geschlagen, weiter und weiter wälzte sich in der Steppe die Heeresmacht der Mongolen, bis schließlich die goldenen Kuppeln von Kiew am Horizont auftauchten. Am 6. Dezember 1240 erlag die Stadt dem wütenden Ansturm, das alte warägische Russenreich empfing den Todesstoß. Was die nordischen Germanen unter denkbarster Naturbegünstigung zur Einheit zusammengeschweißt hatten, die asiatischen Nomaden der Steppe zerschlugen es und ließen es in zwei Teile zerfallen, die fortan ihre eigenen Wege gingen: das steppennahe, nun für lange Zeit verwüstete Dnjepr-Land und das im Schutz des Waldes geborgene unberührte Nowgorod.

Die Russen des Dnjepr-Landes, die dem tatarischen Blutbad entronnen, flüchteten z. T. zu den Litauern und Polen, wo sie als Hörige der Grundbesitzer Unterschlupf fanden, der größere Teil aber wanderte den Dnjepr aufwärts und siedelte sich in dem alten Kolonialgebiet zwischen oberer Wolga und Oka an. Nach



Nowgorod-Pskow zu ziehen, kam ihnen nicht in den Sinn, denn längst schon hatten sich die Beziehungen zwischen dem Nord- und Südende des alten Waräger-Staates infolge der gänzlich verschiedenen Umweltbedingungen gelockert. Für all die vielen Nöte, die die Steppennähe für das Dnjepr-Gebiet mit sich brachte, hatte man am Wolchow wenig Verständnis. Man war und blieb Waldstaat, unterhielt zwar lebhafte Handelsbeziehungen zu den baltischen Ländern, gewann später auch Anschluß an Wisby und Lübeck, widmete sich aber vor allem der Erschließung des pelzreichen nordrussischen Waldgebietes. Die Leitlinien der Nowgoroder Expansion führten nach NO, am Ladoga- und Onega-See vorbei, um dann im Bereich von Düna, Mesen und Petschora die Eismeerküste zu gewinnen. Von der mittleren Düna zweigte sich eine andere große Handelsstraße ab, die über Ustjuk nach Wjatka und Perm und von hier aus über den Ural bis in das Gebiet des Ob führte (Karte II). Überall sicherten befestigte Siedelungen den Pelzhandel des gewaltig aufblühenden Nowgorod, dessen Reichtum und Macht bald sprichwörtlich wurden: „Wer kann wider Gott und Nowgorod?" — Die Kiewer Flüchtlinge, die zwischen Wolga und Oka eine neue Heimat gründeten, standen dem festgefügten Staatswesen ihrer Brüder am Wolchow nahezu fremd gegenüber. Die befestigten Handelsstraßen, die von Nowgorod nach dem Eismeer, dem Ural und der Ob-Niederung führten, sperrten die Keimzelle des werdenden Moskauer Staates nach N zu vollkommen ab.

Viel nachhaltiger noch wirkte die Umklammerung eben dieses Wolga-Oka-Raumes im O und S durch die Tataren. Von seiner Residenz Sarai aus beherrschte der Großkhan der Goldenen Horde den Steppenweg wolgaaufwärts bis über Kasan hinaus, in der Steppe zwischen Wolga, Don und Dnjepr gebot er allein, und wieder seinem Willen gehorchten die Scharen, die über die Straße von Kertsch hinweg den Weg in die Krim gefunden hatten (Karte II). Auch das Waldland im NW unterstand im 13.—15. Jahrhundert der Botmäßigkeit des Tatarenkhans. Alle russischen Fürsten waren seine Vasallen und übten ihr Herrscheramt nur so lange aus, als sie die Gunst des allmächtigen Großkhans genossen. Sarai wurde für den ganzen Lebensstil und die Staatsauffassung der Russen das große Vorbild. Allenthalben ahmte man das Willkürregiment des Tatarenherrschers nach; die skrupellose Ausbeutung des Volkes, die brutale Steuererhebung, der Landkommunismus und die steuerliche Gemeinhaftung der bäuerlichen Dorfgenossenschaften, die Bestechlichkeit der Beamten, die Treulosigkeit der Politik und vieles andere sind letzten Endes tatarischen Ursprungs. Alles, was wir gemeinhin in dem Worte „Zarismus" zusammenfassen, erweist sich somit im Grunde als geopolitische Erscheinung. Und der Bolschewismus war anfangs in seinen Methoden oftmals nichts anderes als die Erfüllung tatarisch-zaristischer Traditionen. — Auch für die rassenmäßige Zusammensetzung des russischen Volkes ist die Zeit des Tatarenjoches von weittragender Bedeutung. Viele russische Große rechneten es sich zur Ehre, wenn sie ihre Frau aus dem Harem des



Großkhans holen durften. Stählin weist in seiner ausgezeichneten, hier vielfach herangezogenen „Geschichte Rußlands" (Bd. I, 1923) darauf hin, daß nicht weniger als 130 vornehme russische Geschlechter zweifellos tatarischen Ursprunges sind!

Im N von den Kraftlinien Nowgorods, im O und S von denen der Tataren umklammert, erfuhr der Wolga-Oka-Raum seine gänzliche Abschnürung im 13. bis 15. Jahrhundert durch die Entwicklung des litauisch-polnischen Staates. Nachdem die Tataren den Kiewer Staat zerschmettert hatten, ohne sich im Waldland des Dnjepr festzusetzen, waren die Litauer aus dem Raume Wilna-Minsk weiter und weiter in das große Talbecken eingedrungen. Bei der Vereinigung von Litauen und Polen im Jahre 1386 gehörte bereits das ganze Dnjepr-Land als südöstliche Grenzmark (Ukraine) der Wilnaer Krone. Das machtvoll aufstrebende Litauen richtete sein Augenmerk aber ebenso auf den Kiewer Nachfolge-Staat im Wolga-Oka-Raum und war im Winter des Jahres 1368 mit seinen Heeren sogar bis zu den Toren Moskaus vorgestoßen. Seitdem gingen die Kämpfe unaufhörlich hin und her, bis schließlich im Frieden von 1407 die wichtige Paßstadt Smolensk den Litauern zufiel. So war denn die Einkreisung der Großrussen im Wolga-Oka-Raum tatsächlich vollendet (Karte II). Nirgends mehr ein freier Ausweg; abgeriegelt auf allen Seiten; gefesselt im Herzen des weiten osteuropäischen Waldgebietes! Die geopolitische Situation war verzweifelt ungünstig.

Inzwischen aber waren in dem allseitig umzingelten Lebensraum der Großrussen wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Ursprünglich ein wahrhaftes Konglomerat vieler kleiner rivalisierender Fürstentümer, hatte man sich in langen schweren Bruderkämpfen zu einer einheitlichen politischen Gestaltung jenes festungsartigen Raumes durchgerungen, der im N durch die Wolga, im S durch die Oka wie von zwei natürlichen Festungsgräben umgürtet wird. Der Schwerpunkt dieses neurussischen Flußstaates war schon lange vor der endgültigen Niederringung von Rjasan und Twer (1485) von der Peripherie nach dem besser geschützten Zentrum gerückt. Nicht Susdal oder Wladimir, erst recht natürlich nicht die von den Tataren ständig bedrohten Städte Kolomna, Rjasan, Nischni-Nowgorod, auch nicht das exzentrische Twer wurde der politische Mittelpunkt des neuen Reiches, sondern das 1147 erstmalig als kleines Dorfgut der Fürsten von Wladimir erwähnte Moskau. Hierhin verlegte Iwan I. im Jahre 1328 seine Residenz, und die zentripetalen Kräfte wurden ganz wesentlich dadurch gesteigert, daß bald darauf auch der Metropolit der russisch-orthodoxen Kirche hierher übersiedelte.

Die Lebensaufgabe des Moskowiterreiches war durch die oben geschilderte geopolitische Situation klar umschrieben: auf die innere Festigung mußte die Sprengung der rings so stark spürbaren Fesseln folgen; der Raum, in dem sich die großrussische Volksmasse bislang zusammengestaut, in dem sie ihre staatliche Wiedergeburt erlebt hatte, er mußte zur Keimzelle einer großzügigen und allseitigen Expansion



werden. Und welche Region des weiten osteuropäischen Flachlandes wäre für diese Aufgabe besser geeignet gewesen, als die Moskauer Landschaft, von wo aus nahezu sämtliche Flußbahnen des Riesenlandes gleich leicht zu erreichen waren: Wolga, Don und Dnjepr, Düna, Lowat-Wolchow und nördliche Dwina!

Moskwa und Oka wiesen den Weg nach Osten, führten über Nischni-Nowgorod am Zusammenfluß von Wolga und Oka in den äußersten Machtbereich der Tataren, in das Land Kasan. Und da sich gegen Ende des 14. Jahrhunderts im Tatarenreich deutliche Zeichen des Verfalls bemerkbar machten, so wagte man hier einen ersten Angriff. 1376 wurde Kasan von den Moskowitern genommen, ohne indes dieses Mal schon dauernd gehalten werden zu können. Am südlichen Oka-Ufer besiegten die Russen bald darauf (1378) andere tatarische Horden. Der Großkhan gedachte nun, das erwachende Russentum entscheidend zu schlagen, indem er in kluger Ausnutzung der geopolitischen Gegebenheiten ein Bündnis mit den Litauern schloß. Indes ehe diese Zange wirksam werden konnte, stürzten sich die national und religiös begeisterten, allmählich ihrer Kraft bewußten Russen auf die Tataren und errangen am 8. Sept. 1380 auf dem Felde von Kulikowo am oberen Don, am Rande von Wald und Steppe, ihren ersten großen Sieg über die bislang so gefürchteten Asiaten. Trotz sehr schwerer Opfer erschallte überall der Ruhm des gewaltigen Dimitrij Donskoj (Sieger am Don). Vorbei die Zeit, wo man schweigend und leidend das Tatarenjoch getragen hatte. Eine neue Zeit brach an, die Epoche der großen russischen Befreiung.

Es war zu früh gejubelt! Die unglückselige Rivalität der Teilfürsten zerstörte noch einmal die nationale Geschlossenheit, durch die allein der Tag von Kulikowo möglich gewesen war. Um ihre eigenen Gebiete zu retten, gingen die Fürsten von Nischni-Nowgorod zu den rachelüstern heranbrausenden Tataren über, und der Fürst von Rjasan wies den asiatischen Reiterschaaren die Furten durch die Oka. Am 26. August 1382 ergab sich Moskau. Zu Tausenden wurden die Bewohner niedergemetzelt, die Stadt gänzlich ausgeplündert und schließlich in Brand gesteckt. — Die Russen hatten ihre Kräfte und vor allem den inneren Halt ihrer erst noch werdenden Nation überschätzt. Noch war den Tataren nicht beizukommen. Man pries sich glücklich, als es 1395 gelang, den Angriff neuer Mongolenheere unter Timur abzuwehren, und wagte ein Vorgehen gegen den asiatischen Erbfeind selbst dann nicht, als Timur das Reich der Goldenen Horde zerschlagen und Sarai in Asche gelegt hatte. Einstweilen noch war die Steppe stärker als der Wald.

Langsam erholte sich Moskau, nachdem kurz nach Timur auch der große westliche Gegner, Litauen, bis ins Herz des neurussischen Reiches vorgestoßen war. Trotz aller Nöte, die die Einkreisung immer wieder zeugte, vielleicht gerade infolge dieser allseitigen Bedrängtheit, stärkte und festigte sich das großrussische Nationalbewußtsein und reifte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zu neuer

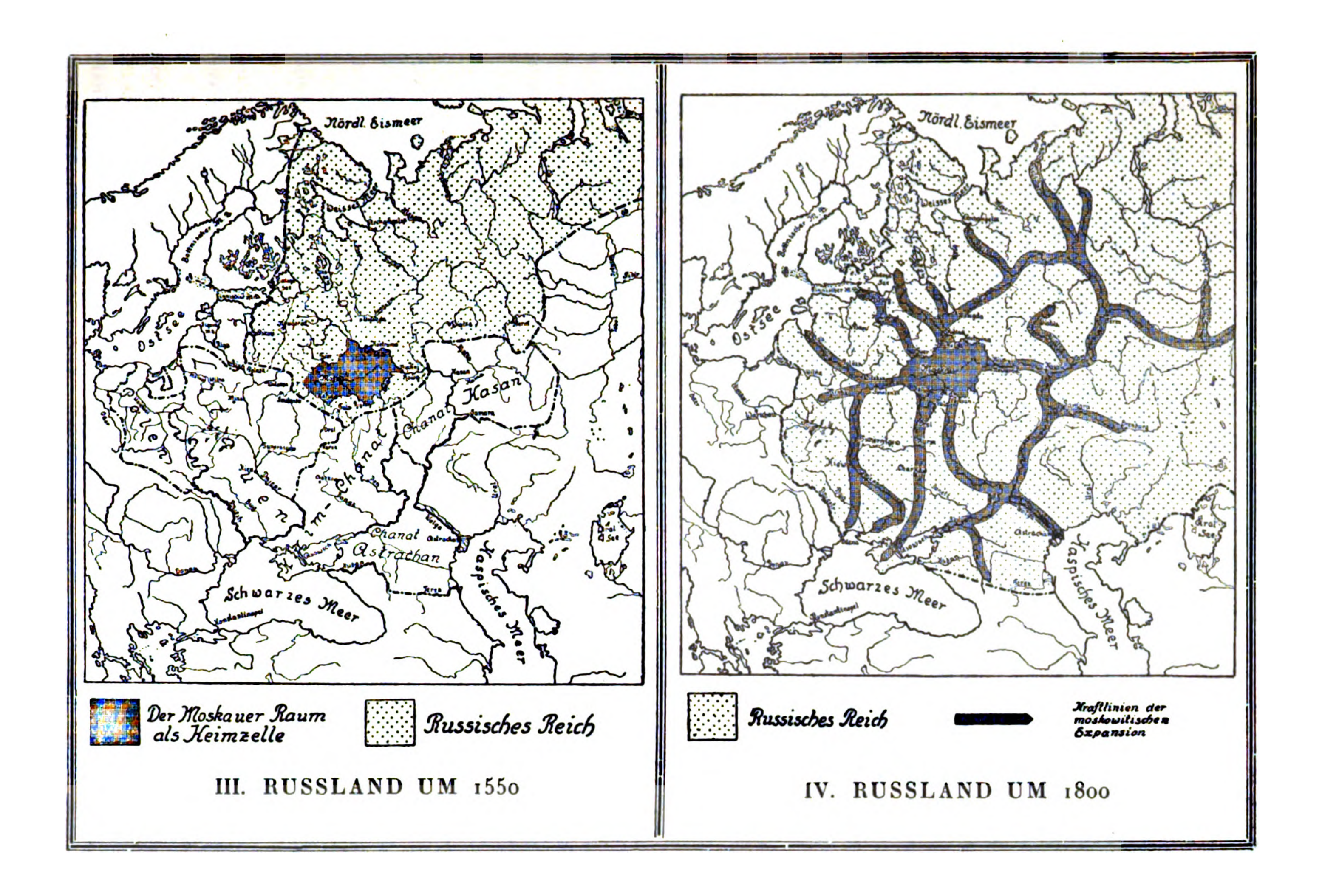


Kraftentfaltung heran. Doch in welcher Richtung sollte und konnte man jetzt vorgehen? Die verschiedenen Tatarenkhanate, die im O und S nach dem Zerfall der Goldenen Horde entstanden waren (Karte III), erschienen noch immer als zu starke Gegner; der Schrecken und die Furcht vor der tatarischen Soldateska waren so leicht nicht zu überwinden. Überdies drohte in der Steppe des Südens ein neuer Gegner, der Türke, dem 1453 das alte, heilige Byzanz zum Opfer gefallen war. Zwar vermählte sich Iwan III. im Jahre 1472 mit der Nichte des letzten paläologischen Kaisers von Byzanz, zwar fügte derselbe Moskauer Fürst als „Großfürst und Gossudar (Selbstherrscher) von ganz Rußland" das Wappen der griechischen Kaiser, den zweiköpfigen Adler, dem Bildnis des heiligen Georg hinzu und deutete damit symbolisch die Weltmission des Moskauer Reiches als Beschützer des orthodoxen Christentums an, aber für ein Vorgehen gen S, gegen die Krim-Tataren und die Türken, war die Zeit noch nicht reif. Aussichtslos schien auch einstweilen noch ein Kampf gegen den westlichen Erbfeind. Polen-Litauen hatte 1410 den Triumph von Tannenberg erfochten und stand stärker da denn je. Ein Angriff gegen Litauen hätte nur gar zu leicht verhängnisvoll werden können, öffnete sich doch gerade der Westen der Moskauer Keimzelle fast ungeschützt gegen die Pforte von Smolensk-Witebsk. So blieb nur der N übrig, die Angliederung des menschenarmen, widerstandsschwachen nordrussischen Waldlandes. Das aber hieß Kampf gegen Nowgorod.

Schon seit dem 13. Jahrhundert hatten die Großfürsten danach getrachtet, ihren Einfluß nach N zu erweitern und im Gebiet der nördlichen Dwina festen Fuß zu fassen. Nur schwer war es Nowgorod gelungen, seine langgestreckte, schwer zu schützende Etappe nach O zu halten. Jetzt, nachdem der Moskauer Raum machtpolitisch erheblich gestärkt war und der Tatarendruck aus dem O nachließ, war die geopolitische Situation für Nowgorod stetig ungünstiger geworden. Die Großfürsten holten zum entscheidenden Schlage aus, und weder Pskow noch die Litauer, noch der livländische Orden wagten es, der alten Handelsstadt in ihrem Widerstand gegen Iwan III. beizustehen. Im Jahre 1471 entbrannte der Kampf gleichzeitig vor den Toren Nowgorods und an der Dwina, 1472 eroberten die Moskauer Heere die Landschaft Perm, im Winter 1477/78 wurde der Selbständigkeit Nowgorods für immer ein Ende bereitet. Das neurussische Reich gliederte sich den gesamten N des osteuropäischen Waldlandes an und dehnte seinen Machtbereich am Ende des 14. und im Anfang des 15. Jahrhunderts bis zum Ural, ja sogar bis zum Irtysch aus (Karte III).

Der Einkreisungsring war gesprengt! Gesprengt gewiß vorerst nur an der Stelle geringsten Widerstandes, aber immerhin, es war ein Auftakt, und dem weiteren Wachstum der Moskauer Keimzelle wiesen die Flußsysteme des osteuropäischen Flachlandes klar den Weg. Um den W, um Polen-Litauen, brauchte man jetzt





III. RUSSLAND UM 1550

IV. RUSSLAND UM 1800

nicht mehr allzu besorgt zu sein, denn hier wirkten die Gegensätze zwischen römisch-katholischen und orthodoxem Christentum im Sinne einer immer weiter greifenden Zersetzung. Es genügte, durch wiederholte Kriegszüge die Wachstumsspitze zu stärken und auch Smolensk, den wichtigen Schlüsselpunkt, darin einzubeziehen (Feldzüge von 1500—1522). Alles andere mußte der Zukunft vorbehalten bleiben. — Ähnlich lagen die Dinge im S, wo die Krim-Tataren des öfteren einen Vorstoß auf den Moskauer Raum wagten. Bei der großen Entfernung der Krim mußte man sich einstweilen auf gründliche Abwehr und auf festere Einfügung der Wachstumsspitze von Rjasan in das Großfürstentum beschränken (1521). — Um so aktiver konnte man gegen den O, gegen Kasan, vorgehen und damit die Erfassung des gesamten Wolga-Raumes einleiten. Die glücklichen Feldzüge von 1467 und 1531 bildeten gleichsam das Vorspiel dieser großzügigen Strompolitik, das Jahr 1552 brachte die Erfüllung: Kasan wurde erobert, der Weg die Wolga abwärts, die Kama hinauf zum Ural und nach Sibirien stand frei.

Seit jenem bedeutungsvollen Jahre 1552 wurde das Wolgasystem zum Träger wichtiger Leitlinien der moskowitischen Expansion (Karte IV). Bereits 1554/56 stießen russische Flußexpeditionen bis Astrachan vor. Das Wolgadelta wurde die Wachstumsspitze für die Einbeziehung der Kaspischen Uferlandschaften in das neurussische Reich und die Ausdehnung des russischen Einflusses bis nach Nordpersien hinein. Peters des Großen Wolgafahrt von 1722 war nur die Krönung zahlreicher ähnlicher Unternehmungen seiner Vorgänger, und gar bald hieß es „die Wolga Rußlands Strom, nicht Rußlands Grenze". 1584 schon waren Kosaken von der unteren Wolga nach dem Uralfluß hinübergewandert und hatten dort die Stadt Uralsk gegründet. Nun erwies sich das Wolga-Knie bei Samara als günstiger Ausgangspunkt für die Expansion in die Kirgisensteppe: Kosaken zogen 1734 ostwärts und schufen im Orenburger Raum die zukunftswichtige Wachstumsspitze in der Richtung nach Turkestan. — Die Landschaft von Kasan ist geopolitisch von besonderer Wichtigkeit, weil sich hier Wolga und Kama vereinigen. Auch die Kama-Tschussowaja-Linie wurde bald nach der Eroberung Kasans von den Russen genutzt. Sie stellt die große Leitlinie dar, der die Kaufleute Stroganoff und der Kosakenhäuptling Jermak folgten, als sie zur Eroberung des Ural und des sibirischen Tieflandes schritten. Ungeheuerlich die Wucht dieses Vorstoßes nach O: 1581/98 wurde das Irtysch-Gebiet erobert, 1620 stand man am Jenissei, 1632 an der Lena, 1638 am Ufer des Ochotskischen Meeres. In weniger als 60 Jahren hatten die russischen Eroberer hier einen Weg von 4500 km zurückgelegt!

Nachdem die Umklammerung im N durch die Angliederung des Nowgoroder Staatsgebietes gelöst und die Macht der Tataren im ganzen Wolgaraum niedergerungen war, begann der Don seine große geopolitische Rolle zu spielen. Wieder war es Peter der Große, der durch kühne Flußexpeditionen die Macht Moskaus bis



nach Asow an der Don-Mündung weitete (1695/96) und mit der Anlage von Taganrog die Herrschaft Rußlands über das Asowsche Meer begründete. Mag schließlich auch die endgültige Entscheidung erst unter Katharina II. gefallen sein, als sie den großen Türkenkrieg von 1768/74 glücklich zu Ende geführt, Peters Verdienst bleibt es in jedem Falle, dem Moskauischen Staate den Zugang zum Schwarzen Meere gesichert zu haben, und man begreift den tiefen geopolitischen Sinn jener für Peter errichteten Ehrenpforten: Omnes portae soli aperiuntur Petro (Zar Peter allein öffnen sich alle Tore).

Der Krim und ihren turko-tatarischen Horden war auf dem Flußwege nicht beizukommen. Jahrhunderte hindurch hatte sich diese Tatsache empfindlich spürbar gemacht, indem die Krim-Tataren auf dem breiten Steppenisthmus zwischen Don und Dnjepr immer und immer wieder Vorstöße bis zur Oka wagten. Langsam setzte dann auch hier der russische Gegenstoß ein. Die Wachstumsspitze, die ursprünglich im Raum Kaluga—Serpuchow—Kolomna—Rjasan an der Oka gelegen hatte, schob sich weiter und weiter nach S über Tula, Orel, Kursk bis nach Charkow (1650/53) vor (Karte IV), und von hier trugen die Kosaken den Kampf bis in die Krim hinein. Den Abschluß bildeten die Feldzüge unter Katharina II., die 1783 mit der Eroberung der gesamten Halbinsel endeten. Seitdem schützt der Kriegshafen Sewastopol die russische Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer.

Die Auseinandersetzung Moskaus mit Polen-Litauen, die sich durch Jahrhunderte hinzog, stand stets im Zeichen geopolitischer Gebundenheit. Entscheidend war und blieb der Kampf um die große Schlüsselstellung im Raum Smolensk—Witebsk—Polozk. Keine russische Stadt hat so oft den Herrn gewechselt wie Smolensk. Die Entscheidung fiel nach ewigem Hin und Her im Jahre 1667. Der Friede von Andrussow überlieferte Smolensk endgültig den Russen, und über Smolensk vollzog sich zugleich die Vereinigung von Neu- und Altrußland: Der Tag von Andrussow brachte dem Moskowitischen Reich auch das Dnjepr-Gebiet und die Ukraine, deren Kosaken sich aus religiösen Gründen bereits 1654 für Moskau entschieden hatten. Freilich war damit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Türken an der Dnjepr-Mündung und die rebellischen Kosaken an den Dnjepr-Stromschnellen konnten erst durch Peter den Großen und Katharina II. endgültig niedergekämpft werden (1775, 1787—1792). Katharinas Dnjepr-Fahrt und die Gründung Odessas (1794) durch diese große Fürstin besiegelte die Herrschaft Moskaus über den urrussischen Lebensraum und die Nordwestküste des Schwarzen Meeres (Karte IV).—Dem machtvoll aufstrebenden Rußland vermochte nun das seit der Lubliner Union (1569) endgültig geeinte Polen-Litauen auch im NW keinen erheblichen Widerstand mehr zu leisten. Der Raum von Smolensk erwies sich als kraftvolle Wachstumsspitze, von der aus der Moskauer Staat stetig sich mehrenden Einfluß auf das politische Schicksal von Polen-Litauen gewann. Am Ende erlag Polen dem



russischen Druck, und nur der Neid Preußen-Österreichs verhinderte, daß sich die Kraftlinie Smolensk—Minsk—Brest Litowsk—Warschau schon im 18. Jahrhundert ganz auswirken konnte. Die erste Teilung Polens (1772) brachte Weißrußland an Moskau, die zweite (1793) sicherte Minsk und bestätigte dem großrussischen Staat den Besitz der ganzen Ukraine einschließlich Podoliens und Wolhyniens, die dritte Teilung (1795) schweißte die Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Mohilew und Witebsk an das Staatsgebiet Moskaus an.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts hatte das Zarenreich nach Sprengung der Fesseln im N, O und S schließlich auch nach NW den Zugang zum Meere gefunden. Hier, in den baltischen Ländern und am Finnischen Meerbusen war die geopolitische Situation durch die Jahrhunderte hindurch die gleiche geblieben: wie einst in der Warägerzeit erschienen schwedische Kolonisatoren jedesmal mit neuem Nachdruck, sobald der örtliche Widerstand schwach, die heimische Expansionskraft machtvoll genug war. Erdgebundenes Raumschicksal! Peter der Große glaubte die Zeit gekommen, um diesem Hin und Her ein für allemal ein Ende zu bereiten und der Moskauer Keimzelle das heiß ersehnte „Fenster nach dem Westen" zu schaffen. Die Twerza-Msta-Linie, die die russischen Heere vor Jahrhunderten nach Nowgorod geleitet hatte, benutzte auch Peter I., als er den nordischen Krieg (1700—1721) begann. Austilgen wollte er das berühmte Wort Gustav Adolfs „Nun kann dieser Erbfeind ohne unsern Willen nicht mit einem Boot in die Ostsee kommen. Die großen Seen Ladoga und Peipus, breite Moräste und starke Festungen trennen uns von ihm. Rußland ist von der Ostsee ausgeschlossen." Die Niederlage an der Narwa (1700) konnte durch die Besiegung Karls XII. bei Poltawa (1709) wettgemacht werden, und der Frieden von Nystad (1721) brachte Livland, Estland und Ingermanland sowie einen Teil von Karelien und Finnland an das Zarenreich. Rußland war damit zur nordischen Großmacht geworden; auch der Krieg von 1788—90, den Gustav III. gegen Katharina II. führte, vermochte an dieser Tatsache nichts mehr zu ändern. In richtiger Erkenntnis der Sachlage beschloß daher 1795 der Landtag des kleinen und von allen Seiten bedrohten Herzogtums Kurland die Angliederung an das Reich des Moskauer Zaren. Die Keimzelle im Wolga-Oka-Raum stand damit endlich auch der Düna-Weg zur Rigaischen Bucht offen. In der Richtung nach NW aber gestaltete sich der Newa-Raum mit der am 16. Mai 1703 gegründeten neuen Residenzstadt St. Petersburg zur Wachstumsspitze, von der aus die Angliederung des gesamten Finnlandes betrieben wurde.

In kluger und zielbewußter Ausnutzung der geopolitischen Gegebenheiten hatte die russische Flußpolitik so bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts von der Moskauer Keimzelle nach allen Richtungen machtvoll ausgegriffen und das ganze riesige osteuropäische Flachland zum Lebensraum des russischen Staates gemacht. Kräftige Wachstumsspitzen richteten sich im W gegen Kongreß-Polen, im NW



gegen Finnland, vom unteren Don gegen die Kaukasusländer, von der unteren Wolga nach Transkaspien und vom südlichen Ural nach Turkestan. Gleichzeitig liefen die geopolitischen Leitlinien des Staates wie die Fäden eines Spinnengewebes in Moskau zusammen (Karte IV) und förderten das Zusammenhalten aller Landesteile durch eine streng zentralistische Verwaltung.

Freilich waren mit der Ausgestaltung des Riesenreiches auch bereits die Keime jenes Konfliktes ausgestreut, den wir in der Gegenwart erleben. Mit der Übersiedelung von Moskau nach Petersburg war Peter der Große zum ersten Revolutionär des Ostens geworden und hatte jenen unglückseligen Dualismus zwischen einer nach W orientierten Oberschicht und der ihrer Erdgebundenheit bewußten bezw. nach S und O orientierten breiten Masse des russischen Volkes eingeleitet. Im Sinne dieser Auffassung erscheint die neuerliche Rückverlegung der Hauptstadt nach Moskau ebenso bedeutungsvoll wie der geopolitisch höchst wichtige Sprung von Konstantinopel nach Angora. — Zum anderen bewirkte die von den russischen Flüssen sehr wesentlich geförderte Raumbewältigung, sicherlich nicht ohne Einwirkung der Tatarenzeit, eine soziale Entwicklung von höchst paradoxer Prägung: ein Riesenland mit riesiger Landnot des gesamten Kleinbauerntums.

Beide Probleme führten Rußland in die Katastrophe des Weltkriegs und in die große Revolution hinein. Daß Rußland in dieser furchtbaren Krisis seine Einheit wahrte bezw. unverhältnismäßig schnell wiedergewann, ist nicht zum wenigsten in der Anordnung und Stärke seiner geopolitischen Leitlinien begründet.

DIE GEOPOLITISCHEN ZUSTANDSÄNDERUNGEN DES RUSSISCHEN REICHES SEIT 1914 behandelt Professor Dr. R. Pohle-Braunschweig in einem der nächsten Hefte der Zeitschrift für Geopolitik.



KARL HAUSHOFER: DIE EINHEIT DER MONSUNLÄNDER

Als eine der wirksamsten erdgebundenen Kräfte, die das Antlitz der Erde zugleich gestalten und in weiten Teilen zu großräumigem Einheitsbewußtsein zusammenfassen, als geopolitischer Erzieher ersten Ranges arbeitet — den ganzen weiten, indopazifischen Lebensraum verbindend — der einheitliche Klimarhythmus der Monsunländer, von der Mündung des Indus bis zu der des Amur die Küsten Süd-Ost-Asiens umfahrend, und binnenwärts an die Grenze seines Wirkungsbereichs erst gelangend an den Wasserscheiden zu den großen abflußlosen zentralen Hochländern Asiens. Weit mehr als die Hälfte der Bewohner des Erdballs, gegen neunhundert Millionen Menschen, erfüllen die Monsunländer mit der Emsigkeit über viertausendjähriger Wirtschaftsentwicklung, und riesengroß richten sich die Sphinx-Gestalten zweier uralter Kulturen, der indischen, wie der ostasiatischen, aus den zwei größten geschichtlichen Menschheitsverdichtungen der Erde darin empor.

Immer mehr kommt den erschließenden Vertretern der weißen Rasse darin zum Bewußtsein, daß die größte Schwierigkeit ihrer siedelungs-, verkehrs-, wehr- und wirtschaftsgeographischen Aufgabe als Organisatoren des Erdballs erst hier vor ihnen liegt, vielleicht die einzige unüberwindbare, die ihnen die Erde stellt, nämlich die Angleichung der Monsunländer an die Weltzivilisation. Denn eine Weltkultur besteht noch nicht und wird vielleicht erst möglich, wenn jene Aufgabe im freien Zusammenwirken der großen Kulturrassen gelöst sein wird — aber in wirklich freiem Zusammenwirken aller!

Unendlich viel größer als das räumlich im Vergleich dazu bescheidene Problem der sogenannten Völkerwanderungen unserer mittelmeerisch-nordischen Geschichte in fremdes Kulturgebiet (übrigens auch ein von regelmäßigen Winden, Etesien, beherrschtes) ist das im Geltungsbereich der Monsune unserer Zeit aufgegebene der Auseinandersetzung mit der Einheit der indopazifischen Monsunländer, des indischen und des ostasiatischen Lebensraumes, und die geopolitische Tragweite ihrer nicht mehr rückgängig zu machenden Aufrüttelung, Erschließung und Erweckung. Die größere Aufgabe, die geographischen Grundlagen des Wiederaufstiegs von Süd-Ost-Asien zur Selbstbestimmung zu untersuchen, und an diesem Einzelfall grundsätzlich das Verhältnis von Geopolitik und Selbstbestimmung zu klären, habe ich an anderer Stelle zu lösen versucht. (Der Wiederaufstieg Süd-Ost-Asiens zur Selbstbestimmung. Bibliothek der Weltgeschichte, München, Rösl, 1923.) Hier ist nur die kleinere und leichtere Teilaufgabe aufgeworfen, aus Natur- und Kulturerscheinungen die Einheit der Monsunländer als geopolitische Tatsache zu erweisen, wie es Warburg so überzeugend mit dem leider nicht durchgedrungenen Namensvorschlag „Monsunia" angebahnt hat.



Wenn uns die geopolitische Bedeutung einer klimatologischen Zusammenfassung der Räume größter Menschheitsverdichtung zu einer gefühlsmäßigen Einheit Süd-Ost-Asien in Europa auch nur annähernd so zum Bewußtsein käme, wie sie tatsächlich in dem ganzen Erdraum lebendig ist, und wie sie sogar in so apolitischen Lebensäußerungen hervortritt, wie zum Beispiel in Rabindranath Tagores Reden an Japan, dann könnte unmöglich eine Erscheinung wie die Monsune in einem so lebendigen und modernen Werk, wie Banses Geographischem Lexikon, mit einem Hinweis auf zwei Ziffern unter Wind und Niederschlägen abgetan werden, in denen allerdings die physikalische Seite dieser Erscheinung trefflich behandelt wird, die ganze Tragweite der anthropogeographischen aber entschieden zu kurz kommt. Das Bedürfnis nach Klarheit gerade über die anthropogeographische, also politische, kulturelle und wirtschaftsgeographische Bedeutung der Monsune ist eben sogar in wissenschaftlich hochstehenden Leserkreisen im deutschen Sprachgebiet noch nicht erwacht. Das beweist, wie wenig wir noch gewohnt sind, in großen fremden Erdräumen geopolitisch zu sehen und zu beobachten, auch wenn die Beobachtungen erfreuliche Zukunftsmöglichkeiten für uns selbst eröffnen würden.

Im Gegensatz zu uns, die wir durch den Verlust unseres Südseereichs und aller Macht- und Wirtschaftsstützpunkte in den Monsunländern frei von Besitz-Interessen mit objektivem Anteil großen menschlichen Bewegungen folgen können, die wir machtpolitisch nicht mehr interessiert sind, hat die politische Geographie unserer Bedränger, die angelsächsische, wie die französische ein starkes Interesse daran, das Einheitsbewußtsein der Monsunländer so lange hintanzuhalten wie möglich. Hat doch einer ihrer besten Kenner, Lord Curzon, das Wort von dem „Bettelmantel Asiens mit seinem Saum von Gold“ geprägt, worunter er die Hauptmonsunländer verstand, und besitzen doch eben England, Frankreich, die Niederlande und Portugal die kostbarsten Stücke aus diesem Goldsaum.

Ein seine Zukunfts-Möglichkeiten wohl verstehendes Japan wie eine weise Regierung der Vereinigten Staaten könnte die Hände von der Bindung durch Anteil am Raube frei halten: für das randständige Inselreich Ostasiens könnte sich bei kluger geopolitischer Einstellung eine beneidenswerte Führerrolle herausbilden, und die Vereinigten Staaten brauchten nur ihre Versprechungen gegenüber den Philippinen zu halten, der sicherlich zur Selbstbestimmung reifen Inselgruppe die Zügel frei zu lassen, um fortan in den Monsunländern nicht mehr als ein, ihre Einheit mitunterdrückender Fremdkörper aufzutreten, sondern als wohlberechtigter Wettbewerber Japans um das wichtigste Zukunfts-Verbraucher-Gebiet des Erdballs mit der größten, noch organisierbaren Arbeitermasse und der stärksten Dauer-Produktionskraft. Zwischen den Gegenpolen eines eigensinnigen Festhaltens des Machtstandpunktes um jeden Preis und einem rechtzeitigen Verzicht auf den Schein der Macht unter Beibehaltung der Kultur- und Wirtschaftsführung pendelt die politische



Leitung der Vereinigten Staaten hin und her, und der Druckmesser für die augenblickliche Kraft der einen oder anderen Richtung ist das schwankende Verhältnis zu den Philippinen, die auf diese Weise der feinfühligste völkerpsychologische Manometer für den ganzen Pazifik geworden sind.

Nicht am Rande der südostasiatischen Monsunlandschaft stehen die Philippinen mit den Marianen gelegentlich wohl als das Nordostende des eigentlichen Monsungebiets bezeichnet (wie solche wollen, die zwischen Monsunklima und Monsun-Übergangs-Klima schärfer unterscheiden als die Natur selbst), sondern in deren ozeanischem Mittelgrunde. Den die gewaltige Einheit der Monsunländer umschließt den Riesenraum, den die eigentliche indische und chinesische Kulturlandschaft, ihr hinterindisches Übergangsgebiet, die angrenzenden Teile von Insulinde, die Philippinen und das Japanische Reich erfüllen. Wohl gibt es monsunartige Erscheinungen auch sonst auf der Erde; aber der typische und historische Monsunbereich, in dem, von dem arabischen Wort „mausim" (Jahreszeit) ausgehend, der Begriff sich prägte, in dem die Erscheinung des Monsun-Reitens sich ausbildete (das Ausfahren der Handelsschiffe und Flotte nach dem mittleren und fernen Osten mit dem im indischen, wie ostasiatischen Lebensraum einströmenden Sommermonsun, und die Rückkehr mit dem landaus wehenden Gegenmonsun, nach genau zeitlich eingehaltenen Monsunwechselmonden um die Tag- und Nachtgleichen) — dieser Begriff reicht von der Mündung des Indus bis etwa zu der des Amur, sein Einfluß verklingt oder bricht sich an den Höhenzonen, die den Absturz der hochasiatischen Stufenlandschaft gegen die großen Stromebenen begleiten. Damit ist ein Gebiet höchster Erzeugungskraft mit übersteigerten Niederschlagsmengen umrissen, in dem die Pflanzendecke die Niederschläge regelmäßig zu einer Zeit empfängt, wo sie im Pflanzenhaushalt am besten verwertet werden. Diese Gunst der klimatischen Bedingungen schuf die Grundlage zu großen vorindustriellen Volksverdichtungen, einer „Polyanthropia" (Strabo), die sich lange vor der viel späteren europäischen künstliche soziale Ausgleichsformen statt des Kampfes um Ellenbogenbreite für ihre Raumenge schuf, ausgehend von den Voraussetzungen indischer Religion und chinesischer Staatsphilosophie.

Durch das in gleichem Maße nirgends so ineinandergreifende Zusammenwirken des morphologischen Motivs abgrenzender Randstufen, an die sich im gleichen jahreszeitlichen Rhythmus Winde und Niederschläge herantragen, von April-Mai an landein, von September-Oktober an landaus, mit zwei kritischen Wechselperioden, von denen die herbstliche die gefährlichere für Drehstürme ist; durch die sonst nirgends so durchgeführte Trennung der ozeanischen meerbeherrschten Motive (im Zerrungsbogen) von den potamischen strombestimmten (in den großen indischen und chinesischen Schwemmebenen) und den kontinentalen Festlandseigentümlichkeiten (überall in größerer Küstenferne); schließlich durch die leitende Einheitsnote der Reis-



und Tee-Kultur in den wichtigsten Verdichtungsgebieten, mit ihrer Wasser-Aufspeicherungs- und Berieselungs-Wirtschaft, wird in diesem Raum eine einheitliche geopolitische Grundstimmung geschaffen.

Die Tatsache dieser einheitlichen geopolitischen Grundstimmung muß beachten, wer in Kultur und Wirtschaft, ob dem Machtstreben oder der rein wissenschaftlichen Erkenntnis dienend, im indopazifischen Lebensraum arbeiten, forschen oder gar herrschen will. Beachtet man sie nicht, so wird man immer fremdkörperhaft abstoßend, unwissentlich seine wesentlichsten Seelenwerte störend oder gar verletzend auf den süd-ost-asiatischen Menschen wirken, ihn „anfremdeln", ja ihm sogar auf die Nerven gehen, viel mehr, als man sich selbst im fremden Lebensraum klar macht. Das Entscheidende dabei ist aber, daß eben aus dem Einheitsgefühl der Monsunländer heraus Inder und Ostasiate viel weniger fremd aufeinander wirken. Nicht, als ob ich die Tatsache der tiefgehenden Unterschiede innerhalb des Gesamtgebietes der Monsunländer leugnen wollte! Wenn With in einem feinen Aufsatz in den Dioskuren die Sonderart des ostasiatischen Menschen hervorhebt, im Gegensatz zu den Versuchen, eine Einheit Süd-Ost-Asiens zu erweisen, so hat er für gewisse innere Unterschiede durchaus recht, so wie bei uns niemand über den gemeinsamen Zügen des Westeuropäers die Verschiedenheit des Mittelmeerländers und des nordischen Menschen übersehen dürfte. Uns aber kam es hier darauf an, die Tatsache einer natürlichen Großgliederungs-Grundlage des Weltteils zwischen dem kleineren ostasiatischen und indischen Lebensraum und dem großen Eurasien nachzuweisen, die gemeinsame Züge hat, und die kulturwissenschaftlich, politisch und wirtschaftlich nicht ungestraft vernachlässigt werden darf, um so weniger, als sie den Nächstbeteiligten ein sehr wirksames Band ist.

Innerhalb dieser Einheit wirken selbstverständlich bekannte geographische Gegensätze, wie der ozeanisch-kontinentale oder der peripherisch-zentrale. Der den großen Klimaschwankungen und -sprüngen des Innern näherstehende, mehr ausgesetzte Mensch ist in Indien wie in Ostasien klimahärter, nimmt den Kampf ums Dasein zäher auf und führt ihn unabhängiger von Beeinflussung durch Klimaspannungen durch, mit weniger Pausen und längeren Arbeitszeiten. Daher die erfolgreiche Konkurrenz des innerhalb der Monsunländer nach den Randgebieten wandernden Parsi, Madrassi und Chinesen gegenüber Malaien und Japanern, des dunkleren Tamilen gegenüber dem Singhalesen, des Japaners gegenüber dem noch klimaweicheren Tagalen. Daher neuerdings auch die dauernde, aber in Koreaner-Verfolgungen nach dem Erdbeben besonders heftig aufgeflammte Abneigung der Japaner gegen den eingewanderten klimahärteren, bedürfnisloseren, preisdrückenden kontinentalen Arbeiter. Dieser Gegensatz kann noch sehr wichtig werden, denn die koreanische Bevölkerung hat sich seit 1909 mehr als verdoppelt, und das politisch entmündigte Volk rächt sich nun an dem Unterdrücker durch größere Vitalität und

wirtschaftliche Unterbietung. Aber wenn wir auch diesen inneren Vorgang innerhalb der Monsunländer überall im Austausch zwischen den begünstigteren Randgebieten und den zentralen beobachten können — auch der Madrassi ist in Rangun, der Chinese trotz seines Zweidrittelanteils an der Bevölkerung in Singapur nicht beliebt! — so schafft er doch keinen Gegensatz, der sich etwa streifenweise im Gesamtlebensraum auswirken könnte. Denn innerhalb dieses Gesamtlebensraumes findet der in ihm Angepaßte doch gewisse gemeinsame Grundzüge wieder: Das regelmäßige Spiel der Niederschläge, den dadurch bedingten, an viertausendjähriger Erfahrung auf den Tag genau eingespielten Zeitrahmen für landwirtschaftliche und gewerbliche Verrichtungen, der sich auf das Gesamtleben überträgt, den Zwang zur aufspeichernden Wasserwirtschaft und die damit verbundene größere Gemeinsamkeit der Wirtschaft, die kleineren Grundbesitzausmaße, den innerhalb des Verbands der Familie, Gemeinde, des Gaues, der Gilde oder uralten Gewerkschaft sozialeren Zug, eine mehr auf Nachfrage, auf Rücksicht auf den wirklichen Bedarf, als auf Massenangebot und Modenumsatz eingestellte Wirtschaft (wie es schon Dr. Tsur in seiner fein beobachtenden Arbeit über die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt Ningpo an einem Einzelbeispiel hervorhob, das zu wenig Beachtung als Typ fand, und sie doch so sehr wert gewesen wäre).

Die im allgemeinen mehr auf regelmäßig entwickelten Grundriß, als auf Höhenausnützung eingestellten Wohnstätten, namentlich in den Randlandschaften auf Niederschlagskatastrophen (Drehstürme) vorbereitet, deren Beobachtung gleichfalls ein gemeinsames Erdraum-Interesse ist; ein Anpassen aller Geräte und aller Verbände an größere Feuchtigkeit, aber auch auf berechenbaren Wechsel zwischen ganz feuchten und ganz trockenen Zeiten (aber mit allmählich zunehmender Austrocknung, der sich das Holzwerk langsam anpassen kann), mit gleichfalls regelmäßigen Übergangszeiten: diese Sicherheit der erdraumgegebenen Lebensbedingungen stellt, trotz aller örtlichen Verschiedenheiten zwischen Süd- und Ostasien, in der Gesamtheit der Monsunländer immer wieder ein Zusammengehörigkeitsgefühl her, das sich, wenn auch vielfach unterbrochen, durch etwa drei Jahrtausende ihrer Geschichte zieht und ihnen die angebahnte Herstellung einer gemeinsamen Front gegen ihre Unterdrückung erleichtert, zu der die Stimmungsvorbereitung im Gang ist.

Aus solchen gemeinsamen geographischen Grundlagen werden Erscheinungen verständlich, wie das Durchdringen ihnen eigentümlicher Kulturströmungen, wie indische Formensprache und Weltweisheit, besonders in der Ausprägung des Buddhismus und chinesischer Staatsphilosophie, aber auch eine Gemeinsamkeit materieller und ideeller Lebensgüter, deren Voraussetzung eine Gemeinsamkeit der Lebensgrundstimmung ist, wie sie nur dauernde, erdgebundene Züge der Landschaft in vielen Geschlechtern großziehen können. Solche sind, um nur einige zu nennen, ähnliche Erdvorstellung, Staatsauffassung, Lebensanschauung, Verhältnis zwischen



Alter und Jugend, Zurückstellung der Einzel-Persönlichkeit hinter Gemeinschaftswerte, Frühehe, Familienstruktur, Gildenwesen. Die Verankerung in so weiten Gebieten verleiht solchen Einrichtungen und Idealen Dauerwert, wie sie ihn anderwärts nicht besitzen.

Nur die Tatsache, daß es auffallend lange gewährt hat, bis das Abendland sich Aufnahms- und Vermittlungsorgane für die neuzeitliche Literatur der Monsunländer schuf, kann es erklären, daß man deren Stimme so lange überhörte und die Zeugen übersah, die offen auf die falsche Einstellung des Westens hinwiesen, so die Literatur der panasiatischen Gesellschaften, der Ostasiatischen Rechtsschutz-Vereinigung, ganz zu schweigen von dem reichhaltigen Schriftentum der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Freilich hat man aus imperialistischen Beweggründen vielfach nicht hören und sehen wollen!

Freilich werden wir auch an der damit wohl bewiesenen anthropogeographischen Seite dieser Einsicht nicht mehr vorbeigehen können, wenn fast gleichzeitig in so ernst zu nehmenden Büchern, wie Lothrop Stoddards „New World of Islam“ die Literatur des indischen Erdraums, in Gilbert Reids „China captive or free“ die des chinesischen geradezu für den geopolitischen Handgebrauch zusammengetragen wird, wenn Rabindranath Tagore in seiner in Tokio gehaltenen Rede an Japan das Inselreich zur Treue gegenüber seiner asiatischen Eigenart ermahnt, und ihm dabei die wesentlichen Züge der über dem gesamten Erdraum schwebenden gemeinsamen Ideologie entschleiert, wenn die Reden der führenden Juristen und Völkerrechtler der Monsunländer bei den ostasiatischen Rechtsschutzkongressen — unter andern Don Manuel Quezons, des Senatspräsidenten der Philippinen — die Stimmung der völkerpsychologischen Dynamik des fernen Ostens rechtlich zu untermauern versuchen.

Es ist dann nicht mehr die so berüchtigte Freude der „Gelben Presse“ an gefahrlos und doch gefahrweckend in die weite Fläche des Pazifik hinein zu malenden Kriegsbildern der Zukunft, wie sie angelsächsische und russische Admirale und Landführer aus begreiflichen Einstellungen von Zeit zu Zeit schaffen, die Verdrängungslust zum Fabulieren reizt. Nein! Die ernste, von den Sprachführern der eher ausgleichenden panpazifischen Union, wie A. H. Ford, von Leuten, wie Tokutomi in seinen Japanese-American Relations, von Dean C. Worcester und Russel für die Philippinen vertretene Mahnung der erdentstammten Tatsachen sollte uns zwingen, Zusammenhänge in der Zukunft zwischen dem pazifischen und atlantischen Kraftfeld zu sehen. Denn es bestehen solche kontinentale und ozeanische Zusammenhänge, die nicht nur als geopolitisches Exempel viel Stoff zum Nachdenken für uns enthalten, vor allem auch über die publizistischen Wege, auf denen man der Wiedergewinnung verlorener Selbstbestimmung präludiert, sondern auch solche, die für unser eigenes Erhalten unserer Lebensform im engern und allerengsten europäischen Lebensraum sehr bedeutsam werden könnten.



Der Wiederaufstieg der südostasiatischen Monsunländer mit der ganzen Auftriebskraft von über neunhundert Millionen Menschen, die Freiheit und Selbstbestimmung wollen oder doch zu ihr hingedrängt werden, ist eine anthropogeographische Tatsache. Der allen sichtbar und fühlbar gewordene Aufstieg des japanischen Inselreiches zu seiner Großmachtstellung ist nur ihre auffälligste geopolitische Teilerscheinung. Der japanische Inselbogen ist der zum Teil vom Pazifik überspülte, mit der größten geopolitischen Lagengunst ausgestattete, rassenbiologisch am besten durchgeschweißte Rand des einheitlichen Blocks, der sich als Ganzes wieder zu seiner immanenten Gleichgewichtslage zu heben anschickt. Darin liegt Japans Gefahr, aber auch seine Stärke. Für seine Zukunft kommt viel, wenn nicht alles darauf an, ob die Verbindung mit diesem Block durch die schmale Landbrücke von Korea gewahrt bleibt oder gefährdet wird. Hier also, in der richtigen Behandlung und Lösung des koreanischen Angleichungsproblems liegt der Schlüssel zur großjapanischen Zukunft, mit den Monsunländern, vielleicht als ihr Führer, denn gegen sie gibt es keine. Das weiß man in Japan ganz genau, wenn man es auch nicht ausspricht, vielleicht um andere Erdräume nicht zu warnen.

Daß man die Lebendigkeit und Zähigkeit des geopolitischen Einheitsgefühls der Monsunländer anderswo nicht sieht oder auch nicht sehen will, daß sich der „Goldsaum" nicht auf die Dauer vom „Bettelmantel" Gesamtasiens loslösen lassen wird, bedeutet wenig gegenüber der Tatsache des praktischen Vorhandenseins. Es genügt, wenn es für die beteiligten neunhundert Millionen existiert, und wenn es aus erdgegebenen Ursachen langsam vom Traumbild zur Gestaltung überzugehen beginnt. Kleinräumig werdende, in Zersetzungs-Zustände verfallende und darum das kostbare Gut der Selbstbestimmung verlierende Erdräume, ausschließlich in wirtschaftlichem Denken befangene Völker, Nationen und Zivilisationen haben die ganz großen, kommenden geopolitischen Neubildungen oder erdgebundenen Re-Incarnationen nie gesehen oder sehen wollen, bis sie durch die Tatsachen zum Sehen genötigt wurden. So erging es der Mittelmeerwelt gegenüber dem Lebensdrang der nordischen Landschaften und des neuerwachten Orients; so der auf West- und Mittel-Europa ausgedehnten Mediterrankultur, als das Mittelmeer plötzlich aufhörte, vorwiegender Schauplatz aller Ausstrahlungen der Haupthandelswege der Alten Welt zu sein, als es in eine Randlage zurücksank und das atlantische Weltbild sich eröffnete. Ähnlich erging es an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der zwar atlantisch vergrößerten, aber noch nicht pazifisch erweiterten Blickeinstellung des Abendlandes, als der endlich durch volle Verkehrsauswertung des Pazifik erst wirklich zum Weltverkehr sich schließende Ring das natürliche Gewicht der indo-pazifischen Monsunländereinheit wieder zur Geltung brachte, nachdem sie vier Jahrhunderte lang nur in einer Art Raubbau ihrer hochwertigen Güter aus der Ferne genützt und von den Rändern und kolonialen

Wachstumsspitzen aus unterdrückt und gereizt worden waren, — solange bis ihnen ihre erdverbundene Einheit wieder zum Bewußtsein kam.

Nun ist das Gefühl dafür wieder erwacht; und das Feldgeschrei vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker, als vorübergehendes taktisches Mittel zum Weltbetrug nicht ungestraft gebraucht, hat nun auch die großen Nachbarn der kleinen Völker mit aufgeweckt: das Selbstbewußtsein der großen Völker, der durch erdentstammte, unvergängliche Erscheinungen verbundenen, unterdrückten Großkultur-Räume. Plötzlich wird sich der Jahrtausende lang ebenso wie sie geplackte mitteleuropäische Kulturraum einer weltumspannenden Schicksalsgemeinschaft mit ihnen bewußt, fühlt sich aus künstlicher Isolierung erlöst und in die Gemeinschaft der mit ihm ringenden Großräume der Erde aufgenommen. Deshalb ist die geopolitische Rieseneinheit der Monsun-Länder und das Selbstbestimmungsstreben ihrer neunhundert Millionen auch für uns Mitteleuropäer „aktuell“!

FRANZ TFRMER:
DIE NATÜRLICHEN GRUNDLAGEN AMERIKANISCHER STAATSENTWICKLUNG

Ein Doppelkontinent wie Amerika fordert zu einer Vergleichung seiner beiden Teile heraus, die schon bei dem Verlauf ihrer äußeren Umrißformen auf gewisse mehr oder weniger deutlich hervortretende Ähnlichkeiten stößt. An ihre Stelle treten geradezu Übereinstimmungen, wenn unter den Wesenszügen beider Erdteile ihre Oberflächengestaltung und ihr Gewässernetz herausgegriffen werden. In beiden zieht je ein Faltengebirge, das die Impulsivität seiner geologischen Jugend noch in den zahlreichen vulkanischen und seismischen Erscheinungen offenbart, an den westlichen Flanken von Norden nach Süden, ausgestattet mit weiträumigen, doch abgeriegelten und daher teilweise abflußlosen Hochlandsbecken, ausgezeichnet durch bedeutende Meereshöhen, die im Nord- wie im Südkontinente mit zu denen erster Ordnung auf der Erde gehören. Demgegenüber erstrecken sich im Osten wohl gleichfalls Faltengebirge erheblicher Längenausdehnung, aber sie sind greisenhaften Alters, sind starr und deuten teils nur noch in ihren Ruinen auf die einst viel gewaltigeren Höhenmaße, teils haben sie mit jüngeren geologischen Deckgebilden, wie etwa in Südamerika, ihr Greisenantlitz verhüllt. Und zwischen jenen beiden Gebirgssystemen weiträumige Tiefländer, die sich von Norden nach Süden durch beide Hälften Amerikas ausbreiten und das Gewässernetz richtunggebend beeinflussen, wie Mackenzie und Orinoko, Mississippi und La Plata, St. Lorenz- und Amazonenstrom. Ähnlichkeiten in den wichtigsten Oberflächenzügen zweier Kontinente liegen hier vor, wie es in gleich scharf ausgeprägter Weise auf der Erde nicht wieder der Fall sein dürfte.

Auf den benachbarten Meeresräumen finden sich Übereinstimmungen in den Inselfluren beider Kontinente, die am deutlichsten bei den jungvulkanischen Inselbögen hervortreten, die Nordamerika mit Asien und Südamerika mit der Antarktis verbinden. Dem Norden beider lagern sich Inselarchipele vor, der arktische und der westindische Archipel, die bei aller Verschiedenheit der Anordnung ihrer einzelnen Glieder zueinander dennoch allein durch die Tatsache der Lage ihres Gesamtkomplexes zum benachbarten Erdteile den Vergleich rechtfertigen.

Zwischen beiden Erdteilen, sie miteinander verbindend, schwingt sich in wechselgestaltigen Umrissen die Landbrücke Mittelamerikas, durchzogen von Kettengebirgen teils äquatorialer, teils meridionaler Streichrichtung und in gewissen Gegenden mit kleineren Flächen von Tiefländern ausgestattet, bei deren beschränkter Ausbreitung die Bedeutung des Gewässernetzes natürlich zurücktritt.

In den klimatischen Verhältnissen treten Übereinstimmungen ebenfalls hervor, allerdings nur in der allgemeinen Tatsache, daß jeder der Teile von der polaren

bzw. kühlgemäßigten bis in die Tropenzone hineinreicht. Aber der Hauptunterschied macht sich doch darin geltend, daß das gegenseitige Verhältnis von Flächengröße der Festlandsmassen und der einzelnen Klimazonen in beiden Erdteilen umgekehrt ist. In Nordamerika fällt die größte Flächenausdehnung mit der gemäßigten und der kühlen Zone zusammen, in Südamerika jedoch mit der tropischen, und gerade seine flächenhaft am stärksten eingeengte Südspitze gehört der kühleren Zone an.

Dehnt man derartige Überlegungen auch auf die Bewohner der beiden Kontinente aus, dann finden sich weitgehende Übereinstimmungen in den ethnischen und kulturellen Verhältnissen der indianischen Urbevölkerung der Voreuropäerzeit, erhebliche Gegensätze aber, wenn die modernen ethnischen Zustände in Nord und Süd verglichen werden. Hier romanisches, dort germanisches Blut, in dem einen Teil weitgehende Vermischung fremden und einheimischen Blutes, in dem anderen Rassenreinheit in ausgeprägtem Maße auf Grund eines edlen großen Rassenstolzes und Rassenbewußtseins.

Solche Übereinstimmungen, derartige Gegensätze in den wichtigsten natürlichen Grundlagen aller Staatsentwicklung, Boden, Klima, Mensch, sind auch in Amerika nicht ohne Einfluß auf die äußeren Formen, auf das innere Wesen der verschiedenen Staaten geblieben. —

Staatswesen hat es auf amerikanischem Boden schon vor der Ankunft der Europäer gegeben. Am weitesten entwickelt waren sie auf den tropischen Hochländern, im südlichen Mexiko wie in dem imponierenden Inkareiche, das Ecuador, Peru und Bolivia zu einem einzigen andinen Staatsverbande weiter räumlicher Ausdehnung zusammenfaßte. Lassen sich bei seinen Herrschern bereits Tendenzen zur Ausbreitung ihrer Macht oder wenigstens ihres politischen Einflusses in die Urwaldgebiete am Ostfuße der Anden erkennen, so haben im nördlichen Mittelamerika in einer viele Jahrhunderte vor der spanischen Invasion zurückliegenden Zeit Kulturträger des Hochlandes in die dortigen warmen Tieflandgebiete staatengründend ausgegriffen. Den großen schlossen sich einzelne kleinere indianische Reiche an, wie in Mittelamerika, Chile, Colombia. Nach den gemäßigten Breiten zu klingen diese Staatswesen aus, sie nehmen an Umfang wie an innerer kraftvoller politischer Formgestaltung ab, und nur auf nordamerikanischem Boden vermochte die Zusammenfassung mehrerer Stammesverbände zu Bündnissen eine gewisse Zeit hindurch politisch mächtige Einheiten zu schaffen.

Der Formenwechsel solcher Einheiten beruht auf der verschiedenen Lebensweise der Bewohner, wie sie durch Boden und Klima richtunggebend beeinflußt ist. Findet sich doch in den alten Kulturreichen Seßhaftigkeit mit Landbau und einer gewissen hohen industriellen Entwicklung vor, denen in den Tiefländern der Tropen wie auf den weiten Flächen der Steppen der außertropischen Breiten eine auf Jagd und



Fischfang angewiesene und daher mehr bodenvage Bevölkerung gegenübersteht. In den polwärts an die Tropen grenzenden Gebieten sind schon in voreuropäischer Zeit nicht unerhebliche Verschiebungen der Stämme vor sich gegangen, die ein Fluktuieren der betreffenden Völkerschaften und daher das Fehlen größerer Staaten von längerer Lebensdauer verstehen lassen.

Abgesehen von der Ausprägung der Lebensweise in Seßhaftigkeit oder Umherschweifen, also der Stetigkeit oder Unrast im Lebensbilde, ist für die damaligen Staatswesen die Entwicklung in den von der Natur vorgezeichneten Raum hinein von besonderer Bedeutung gewesen. Abhängig sind sie von den Verkehrsmöglichkeiten, die die einzelnen Gebiete in sich bergen und mit denen das staatenbildende Volk oder auch nur einige Stammgruppen auf irgend eine Art sich abfinden müssen. Dem vorkolumbischen Amerika ist nur Land- und Flußverkehr bekannt gewesen, der sich bei dem Fehlen jeglicher Zugtiere des Menschen als Transportmittels oder der Flußfahrzeuge bediente. Seeschiffahrt dagegen ist, abgesehen von schwachen Anfängen einer Küstenschiffahrt, den Bewohnern der Küsten des festländischen Amerika unbekannt geblieben; nur auf den Inseln des amerikanischen Mittelmeeres sind die dortigen Bewohner für ihre Rasse tüchtige, mutige Seefahrer gewesen.

Entsprechend diesen Verkehrsformen hatten sich die Staaten entwickelt. Bei überwiegendem oder alleinigem Landverkehr wird meist eine einzige Stadt oder auch Landschaft, die zentral gelegen ist, der Kern und Ausgangspunkt der staatlichen Ausdehnung (Tenochtitlan und Teotihuacan in Mexiko; Cuzco oder der Titicacasee in Peru). Findet der Verkehr auf wasserreichen schiffbaren Flüssen statt, der übrigens innerhalb der alten Kulturreiche nur in den Tiefländern des nördlichen Mittelamerika nennenswert war, kommt es zur Anlage von Siedelungen daselbst, die zu Sammelpunkten von Verkehrswegen ins Landesinnere und daher zugleich zu Umschlagsplätzen des Handels werden, wie sie die Spanier, wenn auch nur noch in kleinerem Umfange, in den Urwäldern des Usumacinta-Flusses antrafen.

In diesen Verhältnissen spricht sich natürlich die Landesnatur aus, und es ist daher kein Wunder, wenn die Europäer nach ihrem Betreten der Neuen Welt diese Grundzüge des Siedelungswesens und die daraus hervorgehende politische Gestaltung übernahmen. Sie legten entweder ihre Kolonien den Küsten unmittelbar benachbart an und grenzten von dort aus ohne genauere Grenzfixierung im einzelnen politische Flächeneinheiten landeinwärts ab oder sie übernahmen einfach die altindianischen Reiche und preßten in die alte äußere Form einen neuen modern europäischen Gehalt hinein, wie in Mexico, Mittelamerika, in den Kordillerenstaaten Südamerikas. So entstanden in wechselseitiger Verbindung von Naturgegebenheiten und geschichtlichen Vorgängen koloniale Staatswesen mit vorwiegend kontinentaler, maritimer oder potamischer Struktur.



Mit dem 16. Jahrhundert begann die europäische Kolonisierung Amerikas, die Aufteilung der weiten Ländermassen unter die abendländischen Nationen nahm ihren Anfang, um erst im 18. Jahrhundert, ja wie die Verhältnisse im Arktischen Archipel zeigen, sogar erst am Ende des 19. Jahrhunderts zum Abschluß zu gelangen. Ein reiner Zufall der Wechselfälle historischen Geschehens war es, daß die Nationen Europas, die bereits in dem Erdteile ihres Heimatlandes einen bestimmten Typus des Staates repräsentierten, in Amerika auf Räume sich angewiesen sahen, die fast zu den auf gleicher natürlicher Grundlage beruhenden Typen politischer Gemeinschaftsformen prädestiniert erschienen. Am augenfälligsten ist diese Erscheinung bei Spanien, das, selbst kontinental, die kontinentalen Reiche Altmexikos und Altperus zu den Stützpunkten seines neuweltlichen Kolonialreiches machte. Und sie blieben auch die kontinental gerichteten Pflanzstaaten ihres kontinentalen Mutterlandes. Neuspanien war das alte Mexiko, vermehrt um die einst gemiedenen Wüsteneien des Nordens; das General-Kapitanat Guatemala lehnte sich an die alten Reiche der Qu'iche- und Kakchiquel-Indianer, an die Pipilreiche El Salvadors und Nikaraguas, an das Guëtarreich in Costa Rica an; Neu Granada war das alte Chibchareich, Peru das der Inkas, und Chile entsprach zu seinem größeren Teile dem alten Staate der tapferen Araukaner: sie alle ursprünglich jeder für sich Agglomerate kleiner Einzelstaaten, die unter die Herrschaft eines zentralen Erobererstaates gelangt waren. Er hielt sie wohl für indianische Zeiten zusammengeschweißt durch despotisch-militärische Mittel, sah sich aber außerstande, beim Ansturm der Weißen ihren lebhaften staatlichen Emanzipationsbestrebungen energisch genug entgegenzutreten, wie es in seinem eigensten Interesse wünschenswert gewesen wäre. —

Die Kolonien Englands und Portugals trugen maritimen Charakter, in ihnen blieb der Hauptverkehr auf das Meer angewiesen. Westindien, die Guayanas, auch ursprünglich Brasilien, dann besonders die ersten englischen Kolonien in Nordamerika zeugen dafür. Bei der ganzen Art dieser Staaten zu kolonisieren, blieb diese Form die einzig mögliche. Sie konnten mit ihren damaligen Mitteln nicht daran denken, das unermeßlich weite Hinterland tatsächlich in Besitz zu nehmen und hatten auch zunächst gar kein eigentliches Interesse daran. Erst allmählich gewöhnten sich Engländer und Portugiesen, sich Privilegien auf die Erschließung des Landesinnern ausstellen zu lassen. Doch das Streben von der Küste weg in den Kontinent hinein fand seine Grenze sowohl an den zu überwindenden Flächenausdehnungen wie an den aufreibenden Kämpfen mit den Landeseingeborenen. Dann erst unternahm es einen neuen kraftvollen Vorstoß, als die einzelnen Kolonien sich zusammenschlossen, freiwillig von selbst (Neuengland) oder unter Leitung des Mutterlandes (Brasilien). Dabei gelang es im Norden in der Union ein Staatsgebiet zu schaffen, das die beiden größten Weltmeere sich zu Nachbarn machte, während der fast in gleicher Lage sich findende Partner im Süden am Wall der Kordilleren

Halt machen mußte. Beide, weder die Union noch Brasilien, verleugnen auch heute nicht ihre alte Interessensphäre an der Küste des Atlantischen Ozeans. Die Hauptdichtegebiete ihrer Bevölkerungen, ihr Hauptverkehr, die Zentralsitze ihrer Regierungen, ihre Hauptstädte liegen immer noch in der östlichen, atlantischen Landeshälfte in unmittelbarer oder dichter Nähe dieses Weltmeeres.

Das Spiel des Zufalls in der angegebenen Richtung tritt bei Frankreich besonders zu tage. In Europa ein Staat mit stark potamischem Einschlag, sieht es sich in Nordamerika zur Besitznahme binnenländischer Gebiete gezwungen. Seine Entdecker und Kolonisatoren benutzen die natürlichen Zugangsstraßen in das Innere, die beiden Riesenströme St. Lorenz und Mississippi. Infolge der Verkehrsbedeutung dieser beiden ist es nur natürlich, wenn auch die Hauptsiedelungen und Niederlassungen an ihren Ufern angelegt werden. Zu einer intensiveren Besiedelung größerer Flächen landeinwärts von ihren Ufern fehlt auch Frankreich noch das nötige Menschenmaterial. Der breite Zwischenraum zwischen Mississippi und Appalachen, also zwischen französischer und englischer Interessensphäre, bleibt einfach noch das „no man's land".

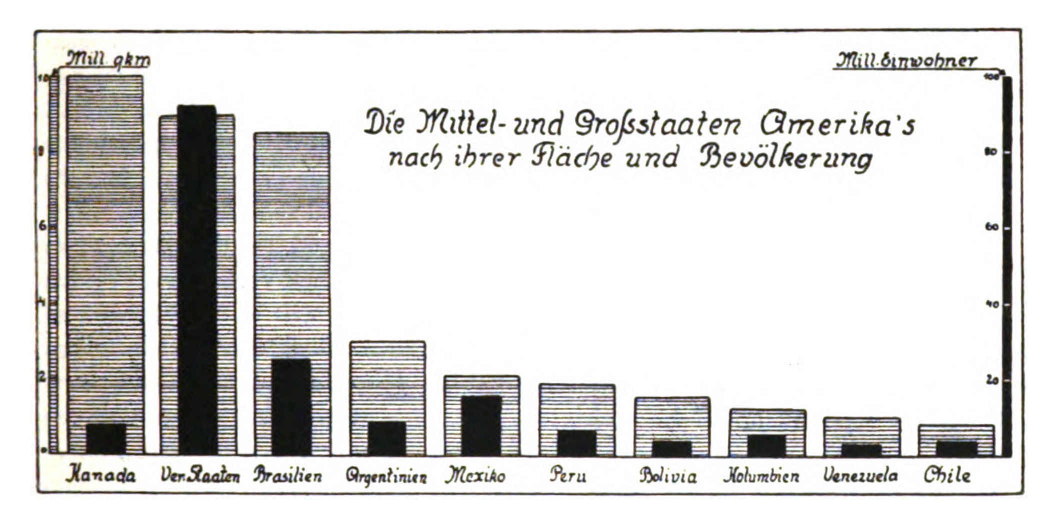
Wo in Südamerika Riesenströme bequeme Verkehrszugänge in das Herz des Kontinents hinein bieten, lehnt sich die staatliche Entwicklung auch an diese an, wie am La Plata und seinem Einzugsgebiet. Auch an seinen Ufern haftet lange das staatliche Leben Argentiniens. Auch hier bleibt der Raum zwischen diesem Strom und den andinen Gebirgen, von deren Abhängen herab vom Stillen Ozean her die spanische Kolonisation Westargentiniens begann, zunächst siedelungsfreies Land.

Die Kolonialzeit findet mit der selbsttätigen Loßreißung der Neuenglandstaaten und der lateinischen Kolonien von ihren Mutterländern ihren Abschluß. Selbständige moderne Staaten entstehen in Amerika, die in den Kämpfen um ihre Konsolidierung keinen Anlaß finden, aktiv in die Weltpolitik einzugreifen. So sind drei Viertel der Fläche der Neuen Welt republikanisches Staatsgebiet geworden, nur ein Viertel ist noch in europäischem Staatsbesitz verblieben. Von ihm ist den Engländern mit über 10 Millionen qkm Fläche und über 9 Millionen Einwohnern der Löwenanteil zugefallen. Kommt auch diese Fläche jener Europas gleich, so darf man doch nicht außer acht lassen, daß die Bewohnerzahl ungemein dürftig ist im Vergleich zu derjenigen der anderen großen amerikanischen Staatsgebilde. Nur ein Siebzehntel der gesamtamerikanischen Bevölkerung entfällt auf die Bewohner der europäischen Kolonien; in ihnen überwiegt Kanada weit die anderen.

Diese 21 Republiken sind bis auf eine englische romanisch, 18 sind spanischer, je eine ist portugiesischer oder französischer Herkunft. An Einwohnerzahl steht die nordamerikanische Union nach Zahl wie nach Qualität ihrer Bewohner am günstigsten da, weil die Zunahme durch Einwanderung eine konkurrenzlose Höhe im Laufe der Zeiten erreichte und diese Masse in einem einzigen, in sich geschlossenen



Staatsgebiete siedelt. Und auch vom Rassenstandpunkte aus betrachtet stehen die Vereinigten Staaten mit ihrer überwiegend weißen Bevölkerung viel besser da, als die mit dem Ballast einer politisch desinteressierten Indianerbevölkerung beschwerten lateinischen Republiken. Diese von der Masse der Bevölkerung ausgenommen und ihr dafür aber noch die Mischlinge zugezählt, verbleibt kaum noch ein Rest von einem Drittel, der aktiv in der betreffenden Landespolitik eine Rolle spielt. Zudem darf bei diesen bevölkerungspolitischen Fragen auch das Klima insofern nicht unberücksichtigt bleiben, als die Union der gemäßigten Zone mit einem die Spannkraft von Körper und Geist erhaltenden Klima angehört, die romanischen Repu-



bliken hingegen zum größeren Teile in den allenfalls durch Höhenklimate gemilderten warmen Tropen gelegen sind, wodurch eine Beeinträchtigung körperlicher Qualitäten und eine Herabminderung der geistigen Elastizität hervorgerufen wird. Das besagt aber nicht, daß darum jenen Staaten eine zum Teil vorzügliche Intelligenz in den führenden Schichten fremd wäre.

Heute besitzen drei amerikanische Staaten, Kanada (10 Millionen qkm), die Vereinigten Staaten von Amerika (9 Millionen qkm) und Brasilien (8,5 Millionen qkm) Flächenausdehnungen, die derjenigen Europas durchaus ebenbürtig sind. In ihrer Volksdichte zeigt sich aber die überragende Bedeutung der Union mit 10 Einwohnern auf den Quadratkilometer Fläche zu jener Brasiliens mit 2,9 und Kanadas mit 0,7.

An zweiter Stelle in der Größenordnung stehen die Staaten Argentinien (3 Millionen qkm), Mexiko (2 Millionen qkm) und die Kordillerenstaaten Peru, Colombia, Bolivia und Venezuela, die sämtlich noch über 1 Million qkm Fläche besitzen.

Argentinien ist unter ihnen durch seine wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Zukunftsaussichten der wichtigste, weil er außer einem der weißen Einwanderung günstigen Klima auch vortreffliche, landwirtschaftlich nutzbare Böden aufzuweisen hat. In Mexiko mindert, bei sonst nicht ungünstigen Bodenverhältnissen, teilweise ein ausgesprochen regenarmes Klima, teils soziale Einrichtungen wie der Großgrundbesitz ein gesteigertes Einströmen weißer Einwanderer. Aber dieses Ferment braucht Mexiko bei seiner zahlreichen indolenten indianischen und Mischlingsbevölkerung (Mestizen) ganz besonders zum wirtschaftlichen Aufstieg, wenn es etwa mit dem rasch emporblühenden Argentinien und Brasilien wetteifern will. Wie sehr die Bevölkerung Mexikos kulturell noch derjenigen Argentiniens und gar erst der Vereinigten Staaten unterlegen ist, beweist am besten die Tatsache, daß noch 8 bis 10 Millionen der autochthonen Bevölkerung neben dem Katholizismus auch Anhänger des alten Heidentums in irgend welchen fortvererbten Formen geblieben sind. Offiziell führen die Zensuslisten natürlich diese Individuen als Katholiken auf (Manuel Gamio, La Población del Valle de Teotihuacan, Mexiko 1922).

Die Kordillerenstaaten Südamerikas sind Hochlands- und Tieflandsstaaten, da sie große Gebiete noch an den Ostabhängen und im östlichen Vorlande der Anden besitzen. Ihr politisches Schwergewicht liegt wie in alter Zeit im Hochlande und wird es aus klimatischen Gründen auch bleiben müssen. Mittel- bezw. Kleinstaaten sind die übrigen modernen Staatswesen Amerikas geworden, wie die mittelamerikanischen Republiken und die noch nicht genannten südamerikanischen. Chile ist unter ihnen der bedeutendste infolge seiner reichen Bodenschätze und seiner energischen, tatbewußten Bevölkerung.

Zum Ausgangspunkt zurückkehrend, um die Lage der amerikanischen Staaten im Erdteilganzen hervorzuheben, sei betont, daß die Mehrzahl der Staaten physisch heterogene Gebilde im Sinne Alexander Supans sind. Verhältnismäßig einfach die Kordillerenstaaten, dann Mexiko und die mittelamerikanischen Republiken, komplizierter dagegen die Kontinentalstaaten Nordamerikas und Brasilien wie Argentinien. Denn sie fassen bei ihrer Flächenerfüllung so weiträumige Gebiete in sich, daß in ihnen fast die gesamte Heterogenität der Kontinente in ihrem physischen Aufbau zur Geltung kommt. Und sie führt denn auch in der nordamerikanischen Union zu einer großzügigen meridional streifenförmigen Anordnung der Haupteinzellandschaften, die sich in der Reihenfolge: atlantische Küstenstaaten, Appalachen, Mississippi-Tal, Prärienplatte, Kordillerensystem ausprägt. Eine gleiche Aufeinanderfolge fehlt Brasilien, weil es ihm versagt blieb, auch noch andine Hochgebirge seinem Staatenverbande einzuverleiben. Physische Homogenität in gewissem Sinne zeigt Paraguay, obwohl auch bei ihm der Typ nicht mehr völlig rein erhalten ist, weil dieser Staat durch sein Übergreifen auf die Ausläufer des brasilianischen



Berglandes östlich des Paraguay-Flusses den Tieflandscharakter nicht mehr in seiner ursprünglichen Einheitlichkeit zeigt. —

Die auf Grund der natürlichen Verhältnisse und des Ablaufs geschichtlicher Ereignisse erfolgte Entwicklung der amerikanischen Staaten hat zu Staatsindividuen mit differenzierter geopolitischer Struktur im einzelnen geführt. Schon in den großen Zügen treten solche Differenzen hervor. Die beiden Riesenstaaten Nordamerikas und sein Endland Mexiko grenzen an die beiden Weltmeere, den Atlantischen und den Stillen Ozean. Von den südamerikanischen besitzt diesen Vorzug keiner: sie sind einseitig maritim gerichtet. Nur zwei Staaten, die erst an zweiter und dritter Stelle sich einreihen, greifen von dem einen zum andern Weltmeer hinüber, Colombia und Chile. Den Vorzug der Zweiweltmeerlage besitzen auch die mittelamerikanischen Republiken mit Ausnahme des kleinen El Salvador. Ihrem Wesen nach verkehrsgeographisch von höchster Wichtigkeit, haben sie eben deswegen ihre Eigenbedeutung eingebüßt oder werden sie vielleicht einmal gänzlich verlieren. Der mächtige Nachbar im Norden braucht sie und sucht sie für seine erdteilumspannenden und allgemeinen weltpolitischen Ziele zu nutzen.

Geopolitisch überragt die Union alle anderen amerikanischen Staaten, jener kontinental gerichtete und doch auch wieder mit einer maritimen Duplizität ausgestattete Staatskomplex, in seiner klimatisch bevorzugten Breitenlage, mit seinen energischen, zielstrebigen Bewohnern, mit seinen unermeßlich reichen Bodenschätzen. So sind die Vereinigten Staaten vermöge ihrer geopolitischen Struktur der Magnet geworden, der das Kraftfeld panamerikanischer Politik beherrscht und der seinen Wirkungsbereich zunächst nach Westen über den Stillen Ozean hinweg ausdehnen möchte. Mit den Vereinigten Staaten können weder das klimatisch benachteiligte Kanada noch das bevölkerungspolitisch nachstehende Mexiko in Wettbewerb treten. In Südamerika fehlt zunächst noch ein derartiges Übergewicht. Aber die Voraussetzungen zu seiner Entwicklung sind vorhanden. Brasilien ist nicht nur ein Staat riesiger Flächengröße, sondern er erscheint auch dazu berufen, durch seine noch so gut wie unerschlossenen Bodenschätze ein nicht so sehr unebenbürtiger Partner der Union zu werden, ohne ihr aber ganz gleichzukommen oder sie einst gar zu überflügeln. Denn dazu fehlen diesem Staate drei wesentliche geopolitische Elemente: ein üerall in seinem Staatsgebiet günstiges Klima, eine Zweiweltmeerlage und eine ihrer Zahl nach ausreichende, genügend raumfüllende, unternehmungslustige, arbeits- und leistungsfähige Bevölkerung reinrassiger Zusammensetzung.

HERMANN LAUTENSACH:
DIE MITTELMEERE ALS GEOPOLITISCHE KRAFTFELDER

Die großen Landmassen der Erde ordnen sich, wie ein Blick auf den Globus lehrt, in die Gestalt eines Sternes, der den Nordpol umgibt und drei gewaltige Strahlen südwärts entsendet. Unter 70° n. B. allenthalben das Nördliche Eismeer ablösend bilden sie bis 60° einen fast geschlossenen zirkumpolaren Ring. Dann aber fliehen sie auseinander und keilen schließlich in den drei Endländern Südafrika, Australien und Südamerika unter 35°, 45° bzw. 55° s. Br. aus. 11800 km weit erstreckt sich Europa-Afrika vom Nordkap zum Nadelkap, 13300 km Asien-Australien von den Neusibirischen Inseln bis zum Tasmanischen Südkap, 15400 km gar Amerika von Kap Kolumbia bis Kap Hoorn. Die Sterngestalt offenbart den fundamentalen Grundzug in der Anordnung der Landmassen, die NS-Ausdehnung, die von den trennenden Weltmeeren, ganz besonders dem Atlantischen Ozean, wiederholt wird. Über dieses Grundmotiv lagert sich jedoch ein zweites. Die Strahlen hängen mit dem Körper des Sternes nicht lückenlos zusammen, werden vielmehr in niederen Breiten von einer Bruchzone durchsetzt, die die Erde in Gestalt eines größten Kugelkreises nahezu in OW-Richtung umzieht. Dieser Bruchzone folgend durchdringen die drei Mittelmeere — Europäisches Mittelmeer, Amerikanisches Mittelmeer mit Golf von Mexiko und Karaibischem Meer, Austral-asiatisches Mittelmeer — die Landmassen, sondern die drei Endländer ab und sellen eine mehr oder weniger vollständige Querverbindung der Weltmeere untereinander her. Die in diesem Grundzug liegende hervorragende verkehrspolitische Bedeutung der Mittelmeere wird dadurch noch verstärkt, daß die Umgebung der Landmassen entlang den Küsten des Nördlichen Eismeeres praktisch ohne Bedeutung ist, und daß die großen Kultur- und Machtzentren der Erde bisher fast ausschließlich in den gemäßigten Breiten der Nördlichen Halbkugel liegen, so daß für sie die Umschiffung der Südspitzen der Endländer einen ungeheuren Verlust an Zeit und Kraft bedeutet. Neben dieser fundamentalen Eigenschaft der Lage sind den drei Mittelmeeren noch andere Wesenszüge gemeinsam. Ein solcher ist vor allem die Tatsache, daß sie je in einen breiten Gürtel von Kettengebirgen eingebettet liegen, die hochaufragend, langgestreckt und häufig paßarm die Mittelmeere nach außen abschließen und ihren Räumen eine ausgesprochene Individualität verleihen. Solche Züge sind weiter der Reichtum an Halbinseln, Vorgebirgen und Inseln, das Vorherrschen stetiger in sanfter Stärke den größten Teil des Jahres wehender Winde — Etesien, Passate oder Monsune —, die zahlreichen Fundstellen von Erdöl in der näheren oder weiteren Umgebung (Baku, Mossul, Mohammera, Birma, Sumatra, Java, Borneo, Tampico) und das Fehlen guter Kohle. Da die Mittelmeere in recht verschiedenen geographischen Breiten liegen, weichen sie in ihrem Klima, im natürlichen Pflanzenkleid



und der landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeit ihrer Umländer wesentlich voneinander ab. Trotzdem ist der Zwang der eben skizzierten Grundzüge so groß, daß der geschichtliche Ablauf der politischen Ereignisse und die derzeitige Verteilung der politischen Kräfte in ihnen eine auffällige Übereinstimmung aufweist. Diese gemeinsamen geopolitischen Züge darzustellen ist der Zweck dieser Studie.

Als geopolitische Kraftlinie möchte ich unter Anlehnung an J. Wütschke (Literaturverzeichnis Nr. 18) die räumliche Richtung einer politischen Machtentfaltung oder wenigstens eines politischen Machtbegehrens bezeichnen. Eine Wachstumsspitze ist nach Ratzel (13) und Haushofer-März (4) ein von einer Macht in einen fremden Lebensraum hinein vorgetriebener politischer Stützpunkt. Die Wachstumsspitzen sind die Endpunkte geopolitischer Kraftlinien und unter Umständen die Ausgangspunkte eines neuen Kraftlinienbündels. Ein Erdraum, in dem die geopolitischen Kraftlinien eines Staates sich vereinigen oder verzweigen und mit den Kraftlinien anderer Staaten sich kreuzen oder zusammenprallen, ist ein geopolitisches Kraftfeld.

Das älteste geopolitische Bild, das sichere Geschichtsüberlieferung uns bietet, ist in den drei Mittelmeerräumen ein überraschend gleiches, obwohl keiner von ihnen im politischen Gesichtskreis des anderen lag. Am ausgeprägtesten sind die Züge dieses Bildes im europäischen Mittelmeerraum, denn dieser ist am kräftigsten durch Gebirge und Wüsten gegen die Nachbarländer abgeschlossen und besitzt nur einen einzigen, 15 km breiten natürlichen Auslaß zum Weltmeer. Hier machten es schon in grauer Vorzeit die Etesien dem noch seeungewohnten Schiffer leicht, sich im gebrechlichen Fahrzeug der See anzuvertrauen, um sich bei stets klarer Sicht von Insel zu Insel, von Vorgebirg zu Vorgebirg zu wagen, „bis er sich zu immer größerer und freierer Beherrschung der Elemente durcharbeitet, die leitende Küste verläßt, den umlaufenden Winterstürmen trotzt, und so vom Küstenfahrer zum wahren Seemann wird“ (Philippson, 12). Das erste Volk, dem wir eine Stützpunktpolitik nach unseren Begriffen zuerkennen müssen, sind die Phönizier. „Sie hatten alle günstigen Inseln, Halbinseln und Küstenpunkte ihrer Welt besetzt; es sollen deren allein im Mittelmeer über 300 gewesen sein“ (März, 4). Ihre Kraftlinien liefen von der nordsyrischen Küste, den einzelnen Buchten des Mittelmeeres folgend, über See und endeten in den Wachstumsspitzen, den „Kolonien“. Ganz ähnliche Züge zeigt einige Jahrhunderte darauf die politische Expansion der Griechen sowie im Mittelalter die Machtausbreitung der Venezianer, Genuesen und Pisaner. Von den Römern abgesehen schieden sich die im Mittelmeerraum auftretenden Völker bis in die Neuzeit hinein streng in Seevölker und Landvölker. Die geopolitischen Kraftlinien, die die letzteren entwickelten, paßten sich aufs engste den Küstenumrissen an. Ihre geopolitischen Unternehmungen sind zu gewaltigen Umwegen gezwungen und benutzen die Meer- und Landengen zum Übergang. Das ist das



Gemeinsame an den Zügen der Perser unter Xerxes, der Makedonier unter Alexander dem Großen, der Westgoten unter Alarich, der Araber unter den omaijadischen Kalifen. Wie sich die überseeische Kolonisation der alten Griechen noch heute in der Verbreitung der Wohnsitze der Neugriechen ausprägt und infolgedessen zum Wiederaufleben der alten Kraftlinien in jüngster Vergangenheit geführt hat, so haben die Landunternehmungen der Araber zu einer scharfen, noch heute politisch wirksamen Scheidung im Mittelmeergebiet geführt, insofern der Süden und Osten dem mohammedanischen Orient zugehört, den trotz der ungeheuren Schwächung der türkischen Stellung in den letzten 100 Jahren immer noch schwache Kraftlinien von Konstantinopel über Ägypten nach Marokko durchziehen. Eine dritte Erscheinung, die im Altertum eine nicht zu unterschätzende Bedeutung besaß und erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts zu einer vorwiegend historisch interessanten Arabeske im geopolitischen Bilde des Mittelmeerraumes herabgesunken ist, stellt das Seeräuberunwesen dar. Es schöpfte seine Kraft aus der Häufigkeit buchtenreicher, Schlupfwinkel bietender Küsten angesichts eines wohlhabenden Gegengestades oder einer verkehrsbelebten Seestraße. Am meisten waren und sind die illyrische und die marokkanisch-algerische Küste berüchtigt. Noch heute gilt die Segelanweisung, von der Gibraltarenge aus entlang dem 36. Breitenkreis nach O zu fahren und die marokkanische Küste um Kap Tres Forcas zu meiden (Th. Fischer, 3).

Als Kolumbus zum ersten Mal seinen Fuß auf amerikanischen Boden setzte, waren die Karaiben gerade dabei, vom Festland Südamerikas aus, der Kette der Antillen folgend, Westindien zu erobern. In ihren mächtigen Einbäumen, den „Piraguas", die eine Borderhöhung von 40 cm hohen, aufgenähten Planken trugen, und 50 bis 60 Mann Besatzung faßten, fuhren sie, vielleicht mit Hilfe von baumwollenen Segeln, von Insel zu Insel. Die Kleinen Antillen waren fest in ihrer Hand, sie hatten sich schon das Übergewicht auf Boriquen (Portorico) verschafft, indem sie die Vorbewohner, die Aruak, schnell ausrotteten, auf Haiti hatten sie ein Reich mit aruakisch-karaibischer Mischbevölkerung gegründet; sie bedrängten die aruakischen Kaziken an der Nordküste dieser Insel und ließen schon ihr Kriegsgeschrei auf Kuba erschallen, da setzte die Entdeckung Amerikas ihrem weiteren Vordringen ein Ziel. Die Ostküste Nikaraguas beherbergte gleichzeitig ein gefürchtetes Seeräubervolk, die Misquito nicht Mosquito), die ihre Züge bis nach Belize in Honduras, dem Golf von Darien und Jamaika ausdehnten. In Zentralamerika erfolgte die Ausbreitung von Kultur und vermutlich auch politischer Macht in der Vorentdeckerzeit, den Leitlinien des Landes entsprechend, von Nord- und Südamerika aus. Noch heute reichen die südamerikanischen Chibcha-Sprachen bis nach Honduras hinein, und die in Nordamerika wurzelnde Naua (Azteken)-Kultur zieht sich auf der waldlosen und damit gangbareren pazifischen Seite bis nach Costarica (W. Krickenberg in Buschan, Illustrierte Völkerkunde 1922, 1. Bd.).



In Indonesien war der portugiesischen Eroberung die Ausbreitung einer malaiischen Völkerwelle unmittelbar vorhergegangen. Überall hatten die durch ihren Lebensraum ungemein seetüchtig gewordenen Malaien die Küsten und die unteren Flußläufe besetzt, und diese Welle war nur die letzte einer größeren Zahl. Durch sie war die Urbevölkerung ins unwegsame, nahrungsarme, gebirgige Innere der einzelnen Inseln verdrängt worden (H. Meyer, 10). Überall blühte auch hier das Seeräuberunwesen. Die Riasküste des Südchinesischen Meeres wird noch heute durch chinesische Piraten unsicher gemacht.

Es ist ein Bild sehr unvollkommener politischer Entwicklung, das diese Parallele zwischen den drei Mittelmeerräumen in der Vorentdeckerzeit uns enthüllt. In keinem der bisher erwähnten Fälle ist es zu einer völligen politischen Beherrschung eines der Mittelmeergebiete gekommen. Die Eigenschaften des Gesamtraumes konnten bis dahin ihre Wirkung nur selten geltend machen, und die geschilderten politischen Züge finden sich unter analogen natürlichen Verhältnissen einzeln auch an anderen Stellen der Erde. Weder das Austral-asiatische, noch das Amerikanische Mittelmeer ist aus eigener Kraft weiter gelangt. Nichts zeigt die überragende Bedeutung des europäischen Mittelmeerraumes und der Völker vorwiegend weißer Rasse klarer, als der ungeheure Vorsprung, den die staatliche Organisation der Römer vor den Völkern der anderen Mittelmeere hatte. Rom, der Mittelpunkt der Landschaft Latium, wurde dank seiner zentralen Lage das Haupt der Apenninenhalbinsel. Von dieser allein aus wurde die Beherrschung des östlichen wie des westlichen Mittelmeerbeckens möglich, nachdem der einzige in Betracht kommende Gegner, das ebenso beherrschend gelegene Karthago, in einem dreifachen Kampf auf Leben und Tod niedergerungen war. Das römische Weltreich deckte sich mit dem natürlichen Lebensraum des Europäischen Mittelmeeres und wurde durch dieses selbst zusammengehalten. Es zerfiel, als es versuchte, über die Grenzen dieses Lebensraumes hinauszuwachsen.

Das Zeitalter der Entdeckungen, mit dem die weltpolitische Bedeutung der beiden anderen Mittelmeere anhebt, schaltete das europäische als Objekt weltpolitischer Machtbetätigung zunächst fast gänzlich aus. Das jetzige geopolitische Kraftfeld des europäischen Mittelmeerraumes bildet sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich aus und gewinnt mit der Durchstechung des Suezkanals ungemein an Intensität. Durch diese erst wird die fundamentale Eigenschaft der Lage zur vollen Wirkung gebracht. Das Rote Meer und schließlich auch der Persische Golf werden in den Bereich dieses Kraftfeldes gezogen. Die Kraftlinienverteilung zeigt heute einen doppelten Grundzug. Wir sehen einerseits europäische Festlandsvölker, die ans Mittelmeer grenzen, die Spanier, Franzosen und Italiener, nach dem afrikanischen Gegenstande quer hinübergreifen, und sehen andererseits eine Weltmacht, England, das Mittelmeer in seiner vollen Länge von Gibraltar

bis Aden durchstoßen (März, 4; Mohr, 11; Maull, 9; Rühl, 15). Den Anfang in dieser Entwicklung machte Frankreich. „Der Westeuropäer", sagt Réclus treffend, „der seinen Blick in der großen Welt erweitert hat, sieht in unserer Geschichte zwei entscheidende Tage, den einen des Unglücks, den anderen des Triumphes. Das nicht mehr gut zu machende Unglück ist nicht Pavia, Waterloo oder Sedan, es ist Quebec; bei dieser Stadt in den Ebenen von Abraham entriß man uns die Herrschaft über Amerika und vielleicht die Weltherrschaft am 13. September 1759! Der große Triumphtag aber, keiner der so tönenden und doch so unfruchtbaren Siege auf dem Schlachtfelde, an denen unsere Geschichte so reich ist, war nicht Marignan, nicht Roiroi, nicht Fontenay,. Marengo, Austerlitz, Jena oder Wagram, sondern die Eroberung Algiers am 5. Juli 1830!" Meisterhaft haben es die Franzosen von diesem Tage an verstanden, ihren Kolonialbesitz allen Schwierigkeiten zum Trotz über die gesamten Atlasländer auszudehnen. In schweren Kämpfen gegen die mohammedanischen freiheitsliebenden Gebirgsbewohner unterwarfen sie Algerien, 1882 erklärten sie den Schutz über Tunis, und schließlich machten sie sich im Laufe der beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts in einer mit Waffengewalt durchgeführten „pénétration pacifique" zu Herren von Marokko. Um Marokko hatten sie mit den europäischen Mächten hartnäckige diplomatische Kämpfe auszufechten (Verständigung mit England: 8. April 1904, mit Spanien: 3. Oktober 1904, Ringen mit Deutschland: Algecirasakte 7. April 1906, Marokkoabkommen 4. November 1911, Versailler Vertrag, Art. 141—146, 28. Juni 1919). Von dem mittelmeerischen Kriegshafen Toulon laufen heute die französischen Kraftlinien quer durch das Westbecken des Mittelmeeres nach Bizerta, dem stark befestigten Flottenstützpunkt in hervorragender Lage in der Nähe Karthagos, nach der neuerdings befestigten Insel Dscherba unfern Tripolitanien, nach Algier und Oran. Sie werden durch die französischen Seekabellinien in charakteristischer Weise betont.

Frankreichs koloniale Erfolge hatten das erst 1866 geeinte Italien ins Hintertreffen gebracht. Italien hatte sich 1878 den Erwerb der tunesischen Gegenküste, durch den ihm die Sperrung der nur 140 km breiten Straße von Sizilien leicht geworden wäre, entgehen lassen. Tunis, in dem unter der weißen Bevölkerung die Italiener weit überwiegen, war nach den Worten Crispis eine von französischen Soldaten bewachte italienische Kolonie geworden. Da griff es in letzter Stunde zu und bemächtigte sich 1911 des wirtschaftlich ziemlich wertlosen, zuvor türkischen Gegengestades in Tripolitanien (Lybien) und Barka (Cyrenaica). Seither laufen schwache italienische Kraftlinien von Syrakus und Tarent nach Tripolis und Bengasi.

Die spanischen, französischen und italienischen, das Mittelmeer querenden innenbürtigen Kraftlinien werden senkrecht geschnitten von den ungemein kräftig entwickelten außenbürtigen britischen, die den Mittelmeerraum in



seiner vollen Länge von Gibraltar bis Aden durchstoßen und dem weltpolitischen Interesse Englands an einer möglichst kurzen und gegen Erdrosselungsversuche gefeiten Verbindung der Heimat mit dem indischen Kolonialreich entspringen. Planlos und zögernd geht England im 17. Jahrhundert an die Errichtung der ersten Bausteine zu seiner jetzigen überragenden Mittelmeerstellung, denn damals steht es in Mittelmeerfragen noch unter dem Einfluß einer europazentrischen politischen Denkweise und stellt den Gegensatz zu Frankreich und Spanien in den Vordergrund. 1662 gewinnen die Engländer als Mitgift einer portugiesischen Prinzessin Tanger, geben es aber 1663 wieder auf — dasselbe Tanger, das 1904 auf ihr Drängen internationalisiert werden mußte, damit der rechte Pfosten des mittelmeerischen Eingangstores nicht in französische Hände fiel. 1811 nimmt England Ceuta, überläßt es aber 1814 wieder den Spaniern, obwohl dessen natürliche Stärke noch größer ist als die Gibraltars. 100 Jahre lang, von 1703 bis 1802 (mit zweimaliger kurzer Unterbrechung) hält es Menorka besetzt, dem Nelson die höchste Bedeutung für die Beherrschung des westlichen Mittelmeerbeckens zumaß. Nur einen Besitz hält es fest: Gibraltar, das es 1704 erobert und allmählich zu einer großen Kohlenstation und bis heute unbezwungenen Festung ausbaut. 1775 richteten die Briten erstmalig eine Postverbindung nach Indien über Suez ein. Um diese in erster Entwicklung begriffene englische Kraftlinie zu zerstören, geht Napoleon nach Ägypten. Wie sein berühmter Brief an Talleyrand vom 23. September 1797 zeigt, erkennt er die Schlüsselstellung, die dieses Land für den Verkehr von London nach Bombay besitzt. Er denkt schon an die Wiederherstellung der alten Kanalverbindung zwischen Mittelmeer und Rotem Meer, die König Necho um 600 v. Chr. vollendet hatte. Da werden durch Nelsons Seesieg bei Abukir seine kühnen Pläne zunichte, und England gewinnt 1814 die zweite Etappe auf dem Mittelmeerweg nach Indien: Malta. Unter der Leitung eines hochbegabten, in französischen Diensten großgewordenen Österreichers, Ferdinand von Lesseps, wird endlich 1859—69 der 161 km lange Suezkanal gebaut. Die Verwaltung wird einer internationalen Gesellschaft übertragen, in der das unter Napoleon III. wieder mächtig gewordene Frankreich eine führende Rolle spielt. Aber schon 1875 kauft die britische Regierung dem geldbedürftigen Khediven Ismail Pascha einen großen Teil der Suezkanal-Aktien ab. 1878 gewinnt sie Zypern, und 1882 benutzt sie die Gelegenheit eines nationalistischen Aufstandes, um Ägypten militärisch zu besetzen. Seither sind die Engländer die Herren des Nillandes wie des Suezkanals. Aber erst, als im Weltkrieg die Türkei auf die deutsche Seite getreten war, erklärten sie am 18. Dezember 1914 das Protektorat über Ägypten, ja, am 15. März 1922 gaben sie dem Lande wieder formelle Selbständigkeit. Der Kanal mit seinen beiden, zu großen Kohlenstationen ausgebauten Endpunkten Port Said und Port Suez ist jedoch nach wie vor fest in ihrer Hand. Er stellt die „Hauptschlagader des britischen Wirtschaftslebens" dar

(Martell, 8). 1919 gewinnt England durch Gründung des zionistischen Palästinastaates eine ausgezeichnete Flankendeckung für seine Suezstellung. Den langen schmalen Graben des Roten Meeres schützt es auf der afrikanischen Seite durch eigenen Besitz, auf der arabischen durch den 1916 errichteten Vasallenstaat Hedschas. Die vierte Etappe auf dem Indienweg ist die 19 km breite Straße Bab el Mandeb mit dem pflanzen- und wasserlosen Inselchen Perim und das benachbarte Aden. Aden, „bei dem die Gunst der Lage, die natürliche Festigkeit ähnlich wie bei Gibraltar und die Vorzüge des Hafens, des besten Arabiens, zu stark wirken, um die absolute Verneinung alles dessen, was zu einem auch nur vorübergehenden Aufenthalt anreizen könnte, zur Geltung kommen zu lassen" (März, 4), haben die Engländer, aus dem Indischen Ozean kommend, schon 1838 gekauft und zu einem stark befestigten Flottenstützpunkt ausgebaut. Perim, das Auge Adens, wurde von ihnen 1857 militärisch besetzt (Supan, 17).

Außer der britischen folgen auch einige andere Kraftlinien der Längsachse des Mittelmeeres und Roten Meeres, vor allem eine französische, die in Obok Halt findet und auf Madagaskar, Réunion sowie Indochina zielt, und eine italienische, die nach Massaua führt. Bis zum Weltkrieg banden sich auch weitgehende deutsche politische Interessen an diese Hauptstraße des Weltverkehrs, die uns den Zugang nach Ostafrika, Kiautschou und der Südsee öffnete. Infolgedessen hielt das Deutsche Reich seit 6. November 1912 ein Kreuzergeschwader im Mittelmeer. Die minimale Bedeutung dieser nichtenglischen Kraftlinien wird jedoch treffend dadurch gekennzeichnet, daß dem ganzen Mittelmeerweg von Vigo bis Bombay ausschließlich britische Seekabel folgen (Schmitthenner, 16).

Die gewaltige Verkehrsspannung, die zwischen den beiden großen Bevölkerungszentren der Erde, Westeuropa und Südasien, besteht, hat im südöstlichen Teil des mittelmeerischen Kraftfeldes zur Entstehung einer zweiten Handelsstraße Veranlassung gegeben. Parallel zu dem „nassen" Weg nach Indien, der der Furche des Roten Meeres folgt, läuft der „trockene" Weg, der in Konstantinopel beginnt und die Furche Mesopotamiens und des Persischen Golfes benutzt. Durch den Bau der Anatolischen und der Bagdadbahn hatte Deutschland bis 1918 seinen wirtschaftspolitischen Einfluß auf diesem Wege kräftig nach SO erweitert. Die deutsche Landkraftlinie schnitt sich jedoch in Konstantinopel mit einer russischen Seekraftlinie, die vom Schwarzen Meer aus das Freie suchte und durch den uralten religiösen Drang des russischen Volkes zur Hagia Sophia verstärkt wurde. Diese russische Kraftlinie bedrohte zugleich die englischen Mittelmeerverbindungen aus der Flanke. Die deutsche schnitt sich aber ihrerseits am Schatt el Arab mit der britischen, von Kairo nach Kalkutta schwingenden Linie, die durch den englischen Besitz des geplanten Bagdadbahnnetzes, El Kuweit, und der Bahreininseln gestützt wurde. Der militärischen Kraft Deutschlands gelang es im Weltkrieg, die Stellung



am Bosporus und den Dardanellen bis über den Zusammenbruch Rußlands hinaus zu halten, es erlag aber schließlich der englischen Ausdauer, so daß auch der trockene Weg heute fast in britischer Hand ist (Kjellén, 5; Wütschke, 18).

So zeigt uns das europäische Mittelmeer das kraftvolle Schauspiel eines rücksichtslosen Durchstoßes der britischen Weltmacht vom Atlantischen zum Indischen Ozean. Das entsprechende Schauspiel boten die beiden anderen Mittelmeere schon im Entdeckerzeitalter. Die Spanier, die, durch den Passat geleitet, Amerika gerade an der zugänglichsten Stelle, eben im Raum des Amerikanischen Mittelmeeres, anpackten, überschritten alsbald die Zentralamerikanische Schwelle an ihrer schmalsten Stelle; schon 1513 ergriff Balboa in Panama Besitz von der „Südsee". Von ihrer Schlüsselstellung im Mittelmeerraum aus folgten sie den verhältnismäßig gangbaren Kordilleren nach N und S und stiegen erst von ihnen aus in die Urwaldtiefen des Ostens hinab. So gewannen sie einen weiten Vorsprung vor den Portugiesen in Brasilien und den germanischen Kolonisatoren an der nordamerikanischen Ostküste, die nur langsam in die ungegliederten Massen der beiden Erdteile vorzudringen vermochten. Langsam bröckelt die Mittelmeerstellung der Spanier ab. Seit dem 17. Jahrhundert treten allmählich andere Kolonialvölker, die Franzosen, Niederländer und Dänen, an ihre Stelle. Besonders sind es aber wieder die Engländer, die ihre von NO heranführenden Kraftlinien in hervorragend gewählten Wachstumsspitzen ausmünden lassen. 1815 ist England einem Protektorat über die Landenge von Honduras bis Panama und damit dem Ziel einer Beherrschung auch des Amerikanischen Mittelmeerraumes nahe. Da aber wird ihm von der anderen angelsächsischen Großmacht Halt geboten, und nun entwickelt sich die erst 1776 geborene Union, gestützt auf die Doktrin des Präsidenten Monroe (1823) mit überraschender Geschwindigkeit zur Vormacht des Mittelmeeres. Es ist das die logische Folge der geographischen Tatsachen: Ein ungeheuer weiträumiger Staat, mächtig geworden durch den Reichtum seines Bodens und die energische Arbeitsamkeit seiner Bewohner, steht als einziger in unmittelbarer und offener Verbindung mit dem Mittelmeer. Hier sieht es Landgebiete, die der tropischen Zone angehören, von der allein er fast gänzlich ausgeschlossen ist. Er ersehnt zugleich eine gekürzte Seeverbindung zu der durch die Kordilleren abgeschnürten pazifischen Küste. Eine solche, die allein durch den Mittelmeerraum führen kann, gewinnt zudem in dem Maße an strategischer Notwendigkeit, wie sich die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Japan vergrößert. 1850 muß England infolge seiner geopolitisch ungleich schwächeren Stellung mit dem Clayton-Bulwer-Vertrag den Rückzug beginnen. In zähem Zielbewußtsein unternimmt es die Union, den Mittelmeerraum gegen England allmählich abzuriegeln, ein Unternehmen, das hier ungleich schwieriger ist als beim europäischen Mittelmeer, da wenigstens 4 Hauptdurchfahrten aus dem Atlantik in ihn hineinführen (Florida-,

Windwärts-, Mona- und Anegada-Passage). 1888 vertreibt sie die Spanier aus Kuba und Portorico (Flottenstützpunkte Cienfuegos, Guantanamo und San Juan). 1916 trifft sie ein Abkommen mit der Republik Haiti, das diese praktisch zu einem Werkzeug Usamerikas macht, 1917 werden die Jungferninseln den Dänen abgekauft, und diese Wachstumsrichtung entlang der Linie der Antillen scheint auch heute noch nicht abgebrochen zu sein. Durch die genannte Sperrkette wird die äußere englische Postenkette von Halifax über die neuerdings stark befestigten Bermudas, die Bahamas, die Kleinen Antillen bis Guayana entwertet. Jamaika und Britisch-Honduras im Innern des Beckens sind isoliert. Sie sind keine Wachstumsspitzen mehr, sondern Verkümmerungsspitzen (Mahan, 7; Adams, 1; Wütschke, 18; März, 4). Die Union vollendete ihre Position im Innern des Mittelmeeres durch den Bau des 93 km langen Panamakanals, der am 15. August 1914 eröffnet wurde. Obwohl der mit England abgeschlossene Hay-Pouncefote-Vertrag die Neutralität der Wasserstraße verbürgt, wird doch ein je 8 km breiter Landstreifen zu beiden Seiten des Kanals von der zuvor von Kolumbien abgetrennten Republik Panama erworben und die beiden Kanalenden werden ungemein stark befestigt. Das amerikanische Kapital bemächtigt sich eines großen Teiles der mexikanischen Ölfelder bei Tampico. Schließlich wird 1916 durch einen Vertrag mit der Republik Nikaragua der alte Plan eines Nikaraguakanals der Verwirklichung näher gebracht und die Fonseca-Bucht gepachtet. Die Durchstoßung des Amerikanischen Mittelmeeres durch die Union ist nunmehr vollkommen. Für die nächste Zukunft ist die Auswirkung dieser Tatsache in Gestalt einer starken Zunahme des wirtschaftlichen und politischen Drucks Usamerikas auf die südamerikanischen Andenstaaten zu erwarten, die schon seit längerer Zeit an das Seekabelnetz der Union angeschlossen sind. Auch gibt immerhin schon die Tatsache zu denken, daß Melbourne, Sidney und Auckland nunmehr bequemer von New-York als von London aus erreichbar sind (Lutz, 6; Dix, 2; Reinhard, 14).

Das Austral-asiatische Mittelmeer durchdrangen als erste die Portugiesen. Sie stießen hier 1521 auf die Reste der von O, aus dem Stillen Ozean kommenden spanischen Magalhães-Expedition, und so kam es in diesem einzigen, durch die Natur von beiden Seiten zugänglich gemachten Mittelmeer zu dem ersten Aufeinanderprallen zweier Kolonialmächte, das 1528 mit dem Sieg der Portugiesen endete, so daß diese 1542 in Japan einziehen konnten. Das heutige geopolitische Bild des Austral-asiatischen Mittelmeerraumes ist ungleich komplizierter als das der anderen. Denn hier kreuzen sich die verschiedenartigsten verkehrs- und wirtschaftspolitischen Entwicklungsrichtungen. Verkehrspolitisch ist dieser Raum gekennzeichnet einerseits als Durchfahrtsgebiet zwischen Indischem und Stillem Ozean, andererseits als Brücke zwischen Südasien und Australien. Wirtschaftspolitisch ist er dadurch gekennzeichnet, daß sein Eigenwert infolge der Größe



und der Nutzungsmöglichkeit der in ihn eingebetteten Inselflur den der anderen Mittelmeerräume weit übersteigt. In diesem hohen wirtschaftlichen Wert ihres Kolonialbesitzes wurzelt die Kraft der bisherigen Herren des größten Teiles von Indonesien, der Niederländer. Durch kluge und vorsichtige Politik suchen sie der sich immer höher türmenden kolonialen Schwierigkeiten Herr zu werden (Kielstra, Die Niederländischen Kolonien in Südost-Asien. Kieler Verträge 7. Jena 1922). Während des Weltkrieges haben sie dem Vertrag ihres Kolonialreiches eine ungeahnte Steigerung zu geben vermocht. Allein die Ölausfuhr ist in den Jahren 1916 bis 1918 von 29,5 auf 349,8 Mill. fl. gestiegen. Gerade dadurch aber ist die Begehrlichkeit der ungleich stärkeren Weltmächte geweckt worden, zumal das kleine Holland nicht im entferntesten in der Lage ist, alle wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dieses Reiches auszunutzen, das 55 mal größer ist als das Mutterland. Der älteste Gegenspieler ist auch hier England. Dieses hat von Indien her allmählich die verkehrspolitisch wichtigsten Positionen besetzt (Penang 1786, Straits Settlements 1824, Singapore 1824, Nordborneo 1881, Hongkong 1842: Supan, 17) und war 1810 bis 1816 sogar schon Herr von Java. In der „Koninklijk Nederlandsche Petroleum-Maatschappij" ist das englische Kapital führend. Mit der Eröffnung des Suezweges errang die Malakkastraße die unbedingte Überlegenheit über die Sundastraße, und damit wurde das von Raffles mit unübertrefflichem Scharfblick gegründete Singapore der Schlüssel des Mittelmeeres, „einer der Mittelpunkte, um die sich das Leben der Welt dreht" (Wright). Denn es vereinigt nun die Verkehrsbedeutung von Gibraltar und Kapstadt, von Panama und Punta Arenas. Im Besitze dieser hervorragenden Stellung, die jetzt eine ungemein starke militärische Befestigung erhalten soll, sucht England die von Indien nach Australien laufenden Kraftlinien immer mehr zu verstärken. Schon reicht die von Singapore nach Norden vorgestreckte Bahn bis Bangkok (Karte in Far Eastern Review. Februar 1923); und Kabel- sowie Schiffsverbindungen führen in umgekehrter Richtung nach Port Darwin und Broome. Das im übrigen seit Weltkriegsende ringsum geschlossene britische Indiameerreich weist allein an dieser verkehrspolitisch so empfindlichen Stelle eine klaffende Lücke auf. Sie zu schließen, wird England sich ebenso bemühen, wie es an entsprechender Stelle in Ostafrika den deutschen Besitz ausgetilgt hat. Gegenspieler ist weiter die Union, die 1898 die Philippinen und 1920 die Kabelinsel Yap gewann. Die vielleicht größte Gefahr aber droht dem niederländischen Kolonialreich heute von Japan, das 1895 seine Wachstumsspitze bis Formosa vorschob und 1914 mit der Besetzung der zuvor deutschen Marianen- und Palau-Inseln seine Aufmarschbasis stark verbreiterte. Geopolitisch ist Japan seinen Gegnern sowohl durch die Nähe seiner Kraftquellen als auch dadurch überlegen, daß es als ostasiatische Macht den Drang der einheimischen Bevölkerung und der sehr zahlreichen chinesischen

Einwanderer nach Wiedererlangung der politischen Selbstbestimmung seinen Wünschen dienstbar machen kann (Haushofer, 4). Der Druck, den das Reich des Mikado auf den niederländischen Kolonialbesitz ausübt, wird aus dem Volke heraus einerseits dadurch genährt, daß Japan für seine überschüssige Volkskraft und wirtschaftliche Energie Betätigungsfelder sucht, andererseits dadurch, daß es bisher an Niederländisch-Indien einen gewaltigen Zucker- und Petroleumzoll zahlt. Hinsichtlich des einzuschlagenden Weges bestehen in Tokio zwei Strömungen. Baron Kenjiro Den, der frühere Gouverneur von Formosa, rät eine allmähliche wirtschaftliche Durchdringung Indonesiens an, während der Parlamentarier Tokutomi für rücksichtsloses und offenes Draufgehen ist.

Die Zeit höchster politischer Spannung lag für das Europäische Mittelmeer in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, für das Amerikanische in den beiden ersten des gegenwärtigen. Augenblicklich sind beide relativ entspannte Kraftfelder. Es hat sich ein Zustand verhältnismäßiger Stabilität der politischen Kräfte eingestellt. Dem Austral-asiatischen Mittelmeer steht die Zeit der Auslösung der während des Weltkrieges immer furchtbarer gewordenen Spannung noch bevor. Die Washingtoner Konferenz vom Jahre 1921 hat nur eine höchstens zehnjährige Atempause gebracht, und die Erdbebenkatastrophe von Anfang September 1923 hat Japans Macht kaum für längere Zeit geschwächt. Früher oder später werden sich die Gegensätze zwischen den drei einzigen Weltmächten der Gegenwart hier mit einer heute vielleicht noch unfaßbaren Entfaltung militärischer Stärke auswirken und dem Europäer eindringlich zeigen, daß sein Erdteil aufgehört hat, das Zentrum zu sein, um das allein das politische Leben der Welt sich dreht. Trotzdem wird das Europäische Mittelmeer mit dem Suezkanal auf die Dauer seine beiden Gefährten an weltpolitischer Bedeutung immer wieder überragen, denn es verbindet den Mittelpunkt der Landhalbkugel der Erde, der im Ärmelkanal liegt, mit drei Kontinenten.

LITERATUR (Auswahl).

1. ADAMS, BR.: AMERIKAS ÖKONOMISCHE VORMACHT. Wien und Leipzig 1908.
2. DIX, A.: POLITISCHE GEOGRAPHIE. Ein weltpolitisches Handbuch, 2 Bde., München und Berlin (1921 und 1922).
3. FISCHER, TH.: DIE SEEHÄFEN VON MAROKKO. „Meereskunde", 1908, I.
4. HAUSHOFER-MÄRZ: ZUR GEOPOLITIK DER SELBSTBESTIMMUNG IN SÜDOSTASIEN UND ÜBERSEE. München und Leipzig 1923.
5. KJELLÉN, R.: DIE GROSSMÄCHTE UND DIE WELTKRISE. Leipzig u. Berlin, 1921.
6. LUTZ, O.: DER PANAMAKANAL ALS POLITISCHES UND WIRTSCHAFTLICHES WERKZEUG DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA. „Meereskunde", 1920, 3.



7. MAHAN, A. TH.: DIE WEISSE RASSE UND DIE SEEHERRSCHAFT. Wien u. Leipzig, 1909, insbesondere der letzte Abschnitt: die strategischen Züge des Golfs von Mexico und des Karibischen Meeres.
8. MARTELL, P.: DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DES SUEZKANALS. „Weltverkehr und Weltwirtschaft", 1911/12, S. 77 ff.
9. MAULL, O.: DIE POLITISCHEN PROBLEME DES ÖSTLICHEN MITTELMEERES. Geogr. Zeitschr., 1917, S. 233 f., 247 ff.
10. MEYER, H.: NIEDERLÄNDISCH-INDIEN. Eine länderkundliche Skizze. Berlin, 1922.
11. MOHR, P.: POLITISCHE PROBLEME IM WESTLICHEN MITTELMEER. „Meereskunde", 1914, 12.
12. PHILIPPSON, A.: DAS MITTELMEERGEBIET. Berlin u. Leipzig, 1907.
13. RATZEL, FR.: POLITISCHE GEOGRAPHIE. München, 1903.
14. REINHARD, R.: WELTWIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ERDKUNDE. Breslau, 1923.
15. RÜHL, A.: DIE GRUNDLAGEN DES ITALIENISCHEN IMPERIALISMUS. „Meereskunde", 1918, 7.
16. SCHMITTHENNER, H.: DAS WELTKABELNETZ. Geogr. Zeitschr., 1915, S. 469 ff.
17. SUPAN, A.: DIE TERRITORIALE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN KOLONIEN. Gotha, 1906.
18. WÜTSCHKE, J.: DER KAMPF UM DEN ERDBALL. München u. Berlin, 1922.

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNG

Die Berichterstattung erfolgt im ersten Heft als zusammenfassender Überblick über das gesamte Gebiet. Für die Folge wird sie in Form von Zusammenstellungen geopolitisch bedeutsamer Tatsachen gegeben.

E. OBST: BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

EUROPA ZU BEGINN DES JAHRES 1924

Für die Alte Welt bedeutet die Jahreswende die Fortdauer jener unglückseligen Krisis, die Europa auch nach dem Weltkriege nicht zur Ruhe kommen läßt. Immer schärfer offenbart sich, daß der unheilvolle Geist von Versailles zum Fluch Europas werden, Sieger wie Besiegte in den Strudel des Verderbens ziehen muß. Nur ein tatkräftiges europäisches Gemeinschaftsbewußtsein vermöchte die Not Alt-Europas zu lindern. Aber die Mehrzahl der Staatsmänner und mit ihnen die Mehrheit ihrer Völker lebt noch immer im Banne des alten extrem individualistischen Staatsgedankens, spürt nicht die brennende Notwendigkeit, eine Brücke zu schlagen zwischen Ich und Wir, zwischen National und International. Während die Welt widerhallt von Pan-Amerikanismus, Pan-Asiatismus, Pan-Afrikanismus, während sich allenthalben überstaatliche Großverbände anbahnen, beharrt Europa auf der kleinlichen, heterogenen Ichtums-Politik seines vielzelligen politischen Organismus.

Daß bei dieser Einstellung eine wahrhafte Gesundung der innigst aufeinander angewiesenen europäischen Staaten eine Unmöglichkeit bedeutet, hat gerade das abgelaufene Jahr mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Auch die geplante Mitarbeit der Vereinigten Staaten, von denen sich so viele die letzte Rettung versprechen, ändert nichts an der Gültigkeit des Wortes: „Hilf Dir selber, und es wird Dir geholfen werden". Das Wort hört zwar jeder, aber jeder Staat legt es nach seiner Weise aus, und nur kleine, einstweilen bedeutungslose Kreise von Einsichtigen begreifen den tiefen Sinn jener Forderung nach pan-europäischer Blickrichtung.

Frankreich, das sich auf mittelalterliche Annektionsmethoden verkrampft hat, versucht durch ein aufsehenerregendes Bündnis mit der Tschechoslowakei seine kontinentale Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland weiter auszugestalten. Poincaré begreift unter Pan-Europäismus die Hegemonie Frankreichs über den Kontinent und opferte dieser Idee in Gestalt von Anleihen an die Vasallen von 1919 bis 1923 den Riesenbetrag von 6,2 Milliarden Franken! Daß diese von napoleonischen Gesichtspunkten geleitete, in unser Zeitalter aber absolut nicht mehr hineinpassende Politik auch für Frankreich selbst zum Unheil ausschlägt, beweist u. a. das erschreckende Fallen des Franken. Aber wir fürchten, daß die französische Politik gar zu sehr in ihrem Gleis festgefahren ist, um sich überhaupt noch belehren zu lassen. Es gibt augenscheinlich in der Entwicklung aller Staaten Krisen, die nur durch eine Katastrophe gelöst werden können.

Rußland steht einstweilen abwartend beiseite und rechnet darauf, daß die soziale Weltrevolution seine Vorstellung von Pan-Europäismus verwirklichen wird. Inzwischen ist es mit der ökonomischen Organisation seines eigenen riesenhaften Staatsgebietes vollauf beschäftigt und ringt sich gleichzeitig langsam von der Diktatur der kommunistischen Partei zur Demokratie der schaffenden Stände durch. — Um seine wirtschaftliche Zukunft braucht Rußland nicht sonderlich besorgt zu sein, denn es verfügt in seinem Lebensraum über gewaltige wirtschaftliche Hilfsquellen und wird anscheinend von hervorragenden Diplomaten geleitet: demselben Rußland, das im Kampfe gegen das privatkapitalistische Wirtschaftssystem nie erlahmen wird, laufen die Kapitalisten aller Herren Länder nach, und an den Pforten der Konzessionsabteilung in Berlin steht man Schlange! Es liegt im Wesen des Kapitalismus begründet, wennschon es als Tragikomödie

wirkt, daß der um Augenblicksgeschäfte willen gezwungen ist, den Handelsverkehr selbst mit seinem Todfeind zu suchen und dadurch dessen Waffen zu schärfen. — Im Einzelnen sind auch in Rußland die wirtschaftlichen Probleme noch keineswegs gelöst. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Agrarfrage. Zwar die Getreideproduktion wächst und der Fortschritt in der Vergrößerung der Saatfläche ist geradezu erstaunlich (Zunahme von 1922 auf 1923 16,3 %, nämlich 8,41 Millionen Deßjatin = 92 000 qkm), aber die Bauern erhalten ihr Korn notgedrungen so schlecht bezahlt, daß sie mit dem Erlös wenig anfangen können und der an sich schwachen russischen Industrie auf dem inneren Markt vielfach die Abnehmer fehlen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit (= 1) waren 1923 die Preise für Getreide 0,46, für sonstige pflanzliche Nahrungsmittel 0,58, für tierische Nahrungsmittel 0,58; dagegen für Brennstoffe 1,51, für Eisen und Stahl 1,79, für Wollerzeugnisse 2,88 und für Baumwollerzeugnisse gar 2,98! Wie das anders werden soll, vermag mit Sicherheit niemand zu sagen. Ganz abwegig erscheint uns aber, aus diesen Schwierigkeiten einen baldigen Sturz der Sowjets zu schließen. Die Gesten der zaristischen Emigranten haben wirklich keine realpolitische Bedeutung, so viel ehrliche Begeisterung dahinterstecken mag. Der russische Bauer wird, obwohl selbst keineswegs Kommunist, die Sowjetregierung immer stützen, weil er weiß, daß jede grundlegende Regimeänderung sein Recht auf den russischen Boden bedroht.

Großbritannien fühlt die europäische Krisis trotz Insellage und Kolonialreich in ihrer ganzen Schwere. Die immer noch gigantische Zahl der Arbeitslosen — im Dezember 1923 1 100 000 Mann — spricht eine deutliche Sprache. Die Empire-Idee, die Konzentration aller Kräfte auf die Ausgestaltung des Kolonialreiches zu einem einheitlichen, machtvollen Wirtschaftsorganismus erweist sich in der Durchführung als außerordentlich schwierig, weil die großen Dominions sich zwar kulturell voll und ganz zur britischen Kulturgemeinschaft bekennen, wirtschaftlich aber nach den nüchternen Gesetzen der Ökonomie ihre eigenen Wege gehen wollen. Die Funktion als Pförtner Europas auf der andern Seite ist ein undankbares Amt, solange auf dem Kontinent Haß, Neid und Ichsucht die Politik bestimmen und die Machtüberlegenheit Frankreichs nicht aus dem Wege geräumt ist. Instinktiv fühlt man in England, daß es so nicht weitergehen kann. Die Wahlen vom 6. Dezember 1923, die nun ganz neue Perspektiven eröffnen, werden deshalb vielfach als friedliche Revolution geradezu begrüßt. Mögen sie dem englischen Kapitalisten einen argen Schreck bereitet und ihn zu schleunigster Kapitalflucht bewogen haben, für die breite Masse des englischen Volkes stellen sie die einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft dar. In der Tat können die englischen Dezember-Wahlen, falls die Labour Party sich zu behaupten vermag, gar leicht weltpolitische Bedeutung erlangen. Zwischen England und Rußland werden in jedem Falle die Fäden enger gesponnen, und in der gesamteuropäischen Politik treffen sich beide sozialistischen Regierungen in der Forderung der Labour Party nach einer Commercial Federation of Europe.

Frankreich, England und Rußland sind die Hauptakteure in dem europäischen Drama der Gegenwart; alle anderen Staaten müssen sich mit Statistenrollen zufrieden geben. Ganz besonders unglücklich ist Deutschland daran. Das Land zwischen Germanen, Romanen und Slawen, das Land, in dem Katholizismus und Protestantismus aufeinanderprallten, das Land, das nach Boden, Klima, Mensch und Wirtschaft den Übergang von der atlantisch-ozeanischen zur binnenländischen Welt darstellt, es trägt auch jetzt wieder, und jetzt mehr denn je, an dem Schicksal seiner Mittellage. Durch den Weltkrieg auf das äußerste ausgemergelt, durch die Vergewaltigung von Versailles an Händen und Füßen gefesselt und dem schändlichen Ruhreinfall der Franzosen preisgegeben, im Innern zerspalten in Klassen und Parteien, die einander nicht mehr begreifen und aneinander vorbeireden, bringt Deutschland nicht die Kraft auf, seine Mittellage zu nutzen und eine aktive Außenpolitik zu treiben. Geduldig und willenlos läßt das deutsche Volk jenes Trommelfeuer über sich ergehen, das von allen Seiten niederprasselt: Frankreich hämmert auf Deutschland ein und führt ihm die stolze Pracht und Macht des militaristisch-kapitalistischen Systems vor Augen; Rußland preist mit lebhafter

Gebärdensprache die Rettung durch den Kommunismus; das selbstsichere, politisch reife England spricht nüchtern: gemäßigter Sozialismus im Innern und dazu als außenpolitisches Korrelat die „Vereinigten Staaten von Europa" mit England—Deutschland—Rußland als Keimzelle. — Wohin sich wenden? Keine klare Antwort weder von der Regierung noch vom Volk. Nur eines steht auch für jeden politisch denkenden Deutschen fest: lange dauern diese turbulenten Wirrnisse nicht mehr. Die große europäische Katastrophe, die wir einstens schon hinter uns wähnten, sie rückt jetzt eigentlich erst heran. Niemand kann das Tempo beurteilen, in dem die Dinge weiter sich entwickeln werden, aber eben deshalb fühlt jeder das grauenhaft Ungewisse der Zukunft doppelt schwer. Eine Stimmung, wie sie ähnlich vielleicht beim Untergang der Antike bestanden haben mag. — Für Deutschland bedeuten die nächsten Monate und Jahre eine Atempause vor der letzten Entscheidung. Entweder wir verbinden uns mit Frankreich und erstreben als gleichberechtigter Partner dieses Kontinentalblocks die militaristisch-kapitalistische Beherrschung ganz Europas. Oder wir schließen uns Rußland und England an und arbeiten als Dritter im Bunde mit ganzer Hingabe an dem Aufbau eines neuen, in vielen wesentlichen Punkten sicherlich sozialistischen Europa. Wir müssen restlos Farbe bekennen, wollen wir nicht auch fürderhin bloßes Objekt der Weltpolitik bleiben. Welche Einstellung ist deutschem Wesen wahrhaft gemäß?

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

DER INDO-PAZIFISCHE LEBENSRAUM AN DER JAHRESWENDE ZU 1924.

Der Indopazifische Lebensraum hat die Jahreswende — die namentlich im Volksleben und Wirtschaftsbetrieb seines ostasiatischen Anteils eine große Rolle spielt und dort, weil Übernehmen von Schulden ins neue Jahr unstatthaft ist, alle Bilanzen ordnet — mit wenigen Ausnahmen unter dem Druck schwerer und wirrer Ereignisse des eben abgelaufenen Jahres verbracht. Das japanische Erdbeben vom 1. September, die chinesisch-mandschurischen Ostbahn-Wirren, das Abdriften der Mongolei zu den Sowjets, die gescheiterte russisch-ostasiatische Verständigung (in China wie in Japan), Land- und Eisenbahn-Räuberei im nördlichen China (Eisenbahnüberfall von Lincheng), Seeraub im südlichen China (Plünderung des britischen Dampfers Hydrangea, 27. 12.), Auflösung der Ordnung, zumeist durch die Militär-Gouverneure (Tutschun), im ganzen chinesischen „Volksstaat der blühenden Mitte" sind nur die augenfälligsten Beispiele. Im indischen Lebensraum schwelte die Vorahnung unheimlicher innerer Entwickelungen, mit Gandhi, dem Propheten der Unabhängigkeits-Bewegung im Gefängnis von Puna, politischen Streik- und Boykott-Erscheinungen, die doch von seinem Anhängerkreis ausstrahlen, und ein afghanischer Grenzkrieg gegen Mohammedaner steht vor der Türe, wobei die englischen Truppen die furchtbar enttäuschten Anhänger der Kalifatsbewegung im Rücken haben würden.

Günstiges wird nur aus den Malaienstaaten berichtet, die seit dem 1. Oktober durch die unmittelbare Bahnverbindung Singapur—Bankogk um ein wichtiges Glied des Weltverkehrs bereichert sind, das wenigstens einen Teilersatz für den immer noch zurückgestellten Isthmusdurchstich von Kra bildet (der die Küstenfahrt Europa—Ostasien um vier Tage kürzen würde). Ein weiterer Grund zur Befriedigung ist das Wiederanziehen der Preise für ihre Monokultur-Stapelgüter Gummi und Zinn. Auch in Niederländisch-Indien täuscht wirtschaftliches Gedeihen infolge von Wiederanziehen der Konjunktur nach einer großen Flaute über ungelöste, geopolitisch bedingte Dauerfragen des Verhältnisses zwischen Malaien und einwandernden Ostasiaten, namentlich beim Druck des chinesischen Kapitals, und die wieder auf die lange Bank

geschobene Wehrrüstung des reichen, fast wehrlosen reinen Kolonial-Gebiets hinweg.

Aber auch in dieses Glück fällt der Schatten zukünftiger Entwicklungen, wie auch bei den wirtschaftlich blühenden Philippinen in Gestalt des geplanten Ausbaues von Singapur zum britischen Flottenstützpunkt. Sein Kern wird die Welthandels-Stadt an der Schlüsselstelle des Seewegs zwischen den zwei ältesten Räumen vorindustrieller Menschheits-Verdichtung der Erde, der indischen und der ostasiatischen sein. In dieser Stadt wimmelt ein unberechenbarer, aus beiden zusammengeströmter Menschenhaufe in Halbmillionen-Zahl durcheinander (zwei Drittel Chinesen, ein Sechstel Malaien, ein Sechstel Weiße, Inder, Japaner und gemischter Herkunft). Dies alles wurde bisher zusammengehalten durch eine Handvoll Weißer mit einem Aufgebot von Sikh-Polizisten, und das unbestreitbare Talent der Chinesen zur Selbstverwaltung mit möglichst wenig Staat: der Geist des Ortes war bisher auf Handel und Wirtschaft ausschließlich gestellt, nicht auf Wehr und Macht.

Es muß sich erst erweisen, wie ihm die Umstellung zum wehrpolitischen Organ bekommen wird. Der Entschluß Singapur, an Stelle von Hongkong, das durch die Vereinbarungen von Washington als Zukunftsfeste entwertet scheint, zum Hauptwaffenplatz von „Oceana" zu machen, indem man 20 Millionen £ der englischen Steuerzahler auf die Verbesserung seiner natürlichen Lagengunst verwendet, war alarmierend genug für den farbigen Osten, vermochte aber andererseits doch nicht die Sorgen Australiens und Neuseelands um die Erhaltung ihrer weiten untersiedelten Räume für ihre weißen Bewohner (im Sinne des white Australia-Gedankens) zu beschwichtigen. Es wird gegen Japan gebaut, behaupten die einen; es entsteht aus Furcht vor Indien, raunen sich die andern zu — und vielleicht die am meisten Wissenden. So große Mittel wären besser in unserm Port Moresby (S. O. Neu-Guinea) oder direkt in Sidney oder Port Jervis investiert worden, grollt man in Australien, wo — ähnlich wie in Neuseeland — der Kampf zwischen Stadt und Land, zwischen dichter und dünner Siedelung, eine große Rolle spielt und die instinktive Abneigung gegen das übervölkerte und rassenfremde Singapur verschärft.

Blicken wir zurück, so sind neben der deutlich fortgesetzten Bewegung auf Wiedererlangen der Selbstbestimmung und Autarkie (Indien, Philippinen, Mandschurei, Mongolei, Tibet, einzelne Provinzen von China), auf Losmachung von der aufgezwungenen und aufgedrängten Einfuhr, Eisenbahn- und Schiffahrts-Durchdringung (China, Sundareich, Ablehnung großer auswärtiger Anleihe-Angebote durch Japan nach dem Erdbeben) die geopolitisch wichtigsten Ereignisse: Das als Sporn zur Konzentration auf sich selbst wirkende japanische Erdbeben, die Fortsetzung der chinesischen Länder-Dezentralisation, als Rückschlag gegen die fremdem Druck dienende Zentralregierung, die Notwendigkeit der Befestigung von Singapur für eine nicht ferne Zukunft, schließlich die Tatsache, daß sich die seit dem Weltkriegende an der indischen Nordwest-Grenze zeigende zunehmende Auflehnung um den afghanischen Herd zur Unerträglichkeit und zur vollen Grenzkriegs-Gefahr auswuchs.

Freilich drückt die Desorganisation des chinesischen Riesenreiches nicht auf alle seine Einzelglieder gleichmäßig: das wäre geradezu eine politische Anomalie bei einer Bevölkerung von mindestens 428 Millionen auf einem Raume von 4¼ Millionen Geviertmeilen, einer Volkszahl, die jene des englischen Weltreichs um etwa 10 Milllionen, des Vereinigten Königreichs aber um das Zehnfache übertrifft. Blickt man in das Chinesische Staatshandbuch oder das China Year Book für 1923, so könnte man überhaupt glauben, daß alles in bester Ordnung stünde. In einem musterhaften Zustand befindet sich anscheinend die große kohlenreiche Provinz Schensi im Norden, wo das zur Zucht zurückgeführte Provinzial-Heer Straßen baut; in leidlicher Blüte steht die fast selbständige Mandschurei unter Chang Tso Lin, dem nur der Versuch schlecht bekommen ist, über seine Grenzen hinaus die Zentralregierung zu überwältigen, der aber nun wieder innerhalb derselben über ein Heer von etwa 100 000 Mann verfügt. Ein Chaos von Unordnung dagegen verbreitet Jung-China unter Sun Yat Sen in Canton um sich — neuerdings mit dem Verlangen nach Anteil an der chinesischen Seezollverwaltung unliebsam fühlbar geworden; an der Lebensader des Yangtse herrscht unruhiges Auf

und Nieder, und ganz ihre eigenen Wege geht auch die große Binnen-Provinz Setschwan, der chinesische Wild-West, worüber Sir A. Hosie 1923 ein ausgezeichnetes Standwerk veröffentlicht hat.

Solche unruhige Stimmungen herrschen, obwohl die Hungersnot als Folge der Dürren für überwunden gelten kann, die 1920 über 19 Millionen völlig ohne Nahrungsmittel ließ und auf fremde, zumeist amerikanische Hilfe verwiesen hatte, obwohl Reis- und Tee-Ernte über dem Durchschnitt gut waren, und die Aufnahmefähigkeit von Zentral- und Nord-Asien, wie Rußland für den fast vom Weltmarkt verdrängten chinesischen Tee wieder im Steigen ist; dort, wo die Ordnung sich löst, wo mit der wankenden Staatsautorität auch der solang erfolgreich geführte Kampf gegen das Völkergift Opium nachläßt, dort bringt die wieder auflebende Mohn-Kultur wenigstens vorübergehend das Geld zum Landmann, das ihm der Generalgouverneur (Tutschun) dann wieder für die Provinzial-Armee abpreßt — die Geißel, und doch wieder die Notwendigkeit des ohne sie ganz zerfallenden Reiches. Aber etwas bleibt doch in den Händen des noch zu 80—90% bodenhaftenden, zähen Arbeits- und Sparer-Volks hängen, das trotz aller Erpressungen und Wirren — wie seine besten Kenner behaupten — überall Silber und Sachwerte thesauriert, während der Einfuhrhandel über flaue Zeiten klagt und die königlichen Kaufleute der Vertragshäfen arg im Bankkredit hängen. Am besten gesehen von allen zusammenfassenden Berichten, die mir unter die Augen kommen, scheint mir der des geopolitisch schon oft ausgezeichnet urteilenden Beobachters E. v. Salzmann (Köln. Zeitg. v. 6. 1. 24).

Rückerwerbung ihres Bodens durch die bodenwüchsigen Mächte: China, Indien, Japan, langsame, zähe Wiedervereinigung der Bodenfremden; unter dem Zeichen dahin zielenden Strebens steht auch 1924 der mittlere und ferne Osten der alten Welt.

Das **Japanische Reich** ist kurz vor der Jahreswende (27. 12. 23) durch ein sinnloses, zum Glück vergebliches Attentat des kommunistisch angehauchten Waseda-Studenten Daisuki Namba eines ungewöhnlich starken Wiederaufbauministeriums beraubt worden, darin Graf Yamamoto, Baron Goto und Den das Land mit kluger Hand über die schlimmsten Folgen des Erdbebens hinweg und zur Besinnung auf sich selbst geführt hatten. Das kann ihm leicht mehr als das Erdbeben schaden. Nach strenger altjapanischer Sitte nahmen die führenden Männer auch die Verantwortung für dieses, unter ihrer Verwaltung eingetretene Ereignis auf sich und traten von ihren Ämtern zurück, — vielleicht auch damit einem latenten Konflikt vorbeugend, der zwischen dem für allgemeines Männer-Wahlrecht und weitgehende Reformen, gegen die Korruption der stärksten (Seyukai) Partei eintretenden Goto, und dem mehr konservativen, eher das flache Land gegen die Großstädte begünstigenden Satsuma-Admiral und Ministerpräsidenten in der Luft lag.

Und wie sich leicht im fernen Osten Männer, die für Programme stehen, und große geopolitische Leitlinien aufeinander decken, wird damit auch die russisch-japanische Verständigungsmöglichkeit in weite Ferne gerückt, die Gefahr des Verhandelns mit den Sowjets am Schicksal eines ihrer gewiegtesten und best-gesattelten für alle ostasiatisehen Staatsmänner offenbar, — so gern sie den Zweck erreichen möchten — und ein Fehlschlag Charachans in Peking wahrscheinlicher.

Zu doppelter Vorsicht ist in solcher Lage der zwischen den drei Mächten schwebende tatsächliche Herr der Mandschurei, des reichen Übergangslandes, Chang Tso Lin genötigt, und die zwölf französischen Flugzeuge, die um die Jahreswende dort Eingang fanden, werden wohl nicht nur als westliche Kuriosität eingeführt worden sein.

Das gerade die weiten nordostasiatischen Räume große **Zukunftsmöglichkeiten für den Flugverkehr** bieten, vor allem auch wegen ihrer regelmäßigen Luftströmungen, läßt die augenblickliche Verkehrsrückständigkeit dort nicht ganz verständlich erscheinen. Der neue amerikanische Weltüberflug (mit fünf Flugzeugen) wird den ganzen indo-pazifischen Raum von Alaska über Japan—China—Indien bis Persien durchziehen, und vielleicht der ganzen Luftverkehrsfrage dort neuen Anstoß geben. Freilich folgt auch er mehr dem Rand mit den dichten Siedelungen und den leicht anzulegenden Depotplätzen, als daß er binnenwärts erschließt, wie das die deutschen Aufnahme-Methoden in Brasilien tun.

Wie bei dieser einen großen Luftschau, wird auch sonst der indo-pazifische Raum zunächst mehr im Zeichen eines vorsichtigen, mit kluger Vorbereitung in kleinen Teilerfolgen sich wieder aufbauenden Verkehrs und Handels stehen. Denn er hat manche Schläge und Enttäuschungen der letzten Jahre zu überwinden, die zum Teil daher kamen, daß man große Auseinandersetzungen, die sich erst vorbereiten, schon in greifbarer Nähe zu sehen wähnte. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß sich auf Druck von außen her der mittlere und ferne Osten eher wieder auf sich selbst zurückzieht und besinnt. So werden Organe, die sich fremdem Druck allzu bereit hingegeben hatten, still durch andere ersetzt; was die Fremde schlecht, zu teuer, oder zu aufdringlich liefern will, in unwillkommenen Massen, das versucht man autarkisch zu gewinnen, oder doch zu ersetzen. Dieser Zug geht durch die Geopolitik des indopazifischen Raums als eine Auswirkung seines tiefsten Charakters, und es ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß er sich weiter steigern, nicht abschwächen wird. Wer mit ihm zu tun hat, richte sich darauf ein; Katastrophenscheu und vorbeugende Behandlung gefährlicher Stellen werden auch 1924 leitende Züge der indopazifischen Geopolitik bleiben. Es liegt in ihrem Wesen, noch Kompromisse zu finden, wo anderswo Weltkriege entstehen, aber es grollt in der Tiefe.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

Das Schwergewicht aller geopolitischen Erscheinungen im Atlantischen Kreise ruht in den Vereinigten Staaten von Amerika, in den beiden großräumigen Oststaaten Südamerikas, Argentinien und Brasilien, und in Südafrika. Von ihnen stehen die amerikanischen Gebiete in wechselseitigen Beziehungen vielerlei Art, während dagegen Afrika und insbesondere Südafrika eine Sonderstellung einnimmt oder zumindest mehr zum Indischen Kreise hinüber neigt, als daß es sich seinen atlantischen Nachbarn annäherte. Nicht so deutlich lassen sich heute im einzelnen geopolitische Beziehungen zwischen Afrika und Amerika nachweisen, wie sie etwa zwischen den beiden Teilen des Doppelkontinentes untereinander bestehen oder zwischen jedem von beiden und Europa. Der Grund hierfür ist in den geschichtlichen Vorgängen der vergangenen Jahrhunderte und in der verschiedenen Natur der beiden Kontinente, wie sie sich in ihrer physischen Gestaltung ausprägt, zu finden. Die zeitlich frühere Kolonisierung, die leichtere Erschließung und die Lage großer Länderräume in klimatisch vorteilhaften Zonen gaben zu einer intensiveren Einwanderung weißer Bevölkerungselemente nach Amerika Anlaß und riefen eine schnellere Entwicklung hervor, als bei em schwer zugänglichen und auch in den andern genannten Faktoren benachteiligten Afrika der Fall war, das einen solchen Vorsprung nicht einholen konnte. Seine heute wichtigsten geopolitischen Probleme beruhen auf seiner Bevölkerung, seiner Verkehrsentwicklung und seinen wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten. Es bedarf da nur eines Hinweises auf eines der wichtigsten Probleme der angedeuteten Art, die Schlafkrankheit und die Tsetsekrankheit. Von ihrer Bewältigung hängt ab, ob in absehbarer Zeit weite Gebiete der südlichen Hälfte Afrikas kulturell und damit auch wirtschaftlich gehoben werden können. Von diesen beiden Geißeln wird die Bevölkerungsdichte in Mitleidenschaft gezogen, sie beeinflussen Verkehr, Landbau, das Aufziehen der Kinder (mangelnde Ernährung mit tierischer Milch, dafür verlängerte Stillperiode der Frauen mit gleichzeitig einhergehendem Rückgang der Geburten), beide Krankheiten sind Faktoren, die Afrikas Aufstieg gehemmt haben. Aber welche Aussichten eröffnen sich heute, wo es deutscher Wissenschaft gelungen ist, in dem neuen Präparat „Bayer 205" ein allem Anschein nach wirksames Mittel gegen die beiden verheerenden Seuchen gefunden zu haben.

Derartig retardierende Einflüsse hat Amerika nicht kennen gelernt. Es wäre nur der Untersuchung wert, zu erkunden, ob nicht in ähnlicher

Weise früher verheerende Krankheiten europäischer Herkunft unter den Landeseingeborenen wirksam gewesen sind und mit die Schuld an dem Niedergang der indianischen Bevölkerung tragen. Heute hat man den Schaden erkannt, den das Fehlen einer landangepaßten Bewohnerschaft für die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern hervorruft, die ein europäerfeindliches Klima besitzen. Infolgedessen erheischen alle Bestrebungen Interesse, die auf eine kulturelle Hebung des indianischen Elementes gerichtet sind. So gründet man in Mexiko Unterrichtsanstalten für Indianer, sorgt auch besonders für Verbesserung ihrer Lebensweise durch hygienische Maßnahmen. Ob dieses begrüßenswerte Werk fortschreiten wird, ist durch die neue Revolution in diesem Lande fraglich geworden, in der die Fortschrittspartei mit ihrem Reformprogramm sich der ihren Bestrebungen opponierenden Partei der Großgrundbesitzer gegenübersieht. Diese will und kann bei ihren Ansichten über die Gesellschaftsverfassung nicht den Indio heben. — In Peru ist Gleiches zu bemerken. Dort hat sich unter dem Präsidium des Bischofs von Lima eine Gesellschaft zum Schutze der Indianer zusammengeschlossen, die sie intellektuell heben und sozial bessern will. In Staaten mit häufigen Umwälzungen und ständiger Parteibefehdung wird der Wert des gesteckten Zieles einigermaßen zweifelhaft, zumal wenn bereits davon die Rede ist, in den Departamentos von Cuzco und Puno die Indios mit diesem Programm in den Bürgerkrieg hineinzuziehen. — Argentinien, das eine Sociedad por Indios in Buenos Aires besitzt, sucht die Eingeborenen als Arbeitskräfte sich heranzuziehen. Man hofft dadurch die noch teilweise umherstreifenden Stämme an Seßhaftigkeit zu gewöhnen. In den Territorien Chaco und Formosa sind auf Anlaß der Regierung 7 Schulen für Indianerkinder errichtet worden; dieselben erlernen ein Handwerk oder werden mit der Landwirtschaft vertraut gemacht. Nur eine mit großer Behutsamkeit in dieser Art durchgeführte künstliche Anpassung oder Einzwängung in die für sie gänzlich ungeeignete europäische Kultur hat einigermaßen Aussicht auf Erfolg. Von indianischer Seite ist auf einem Eingeborenenkongreß in Chacay Huarruca für ein Zusammenarbeiten mit den Weißen gestimmt worden. — Wie wenig erfreulich mutet demgegenüber das Verhalten der Vereinigten Staaten in der Eingeborenenfrage an! Hier sucht man den schon auf das engste zusammengedrängten Puebloindianern noch den letzten Rest anbaufähigen Landes für amerikanische Farmer zu entreißen (Bursum Bill). In der Öffentlichkeit hat allerdings eine Kampagne dagegen begonnen, doch ist ihr Erfolg fraglich. —

Die Bemühungen der Union, wirtschaftlich in Südamerika immer festeren Fuß zu fassen, zeigen sich neuerdings in dem zunehmenden Ausbau der Verkehrsbeziehungen zu den südamerikanischen Staaten an der Westküste. In dem dortigen Verkehr steht jetzt die vereinsstaatliche Flagge an zweiter Stelle — an dritter erfreulicherweise schon wieder die deutsche, an erster die britische. Das Aufrücken der Nordamerikaner ist besonders interessant, wenn man berücksichtigt, daß 1913 nur 6 Schiffe in den chilenischen Häfen einklarierten, daß aber 1921 nicht weniger als 455 mit insgesamt 1 250 000 t dw dort einliefen. Hierin spricht sich am eindrucksvollsten die wichtige Stellung des Panama-Kanals als geopolitischer Faktor erster Ordnung aus. Dadurch werden heute ca. 60 % des gesamten Güteraustausches zwischen Nordamerika und Chile allein von amerikanischen Schiffen besorgt. Gleiche Verhältnisse deuten die Ein- und Ausfuhrzahlen in Peru an (1923 Einfuhr aus den U.S.A. 38 % der Gesamteinfuhr — Ausfuhr nach den U.S.A. 36,4 % der Gesamtausfuhr). Demgegenüber darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß sich auch die chilenische Schiffahrt zu regen beginnt. Beschränkte sie sich vor dem Kriege auf den Küstenverkehr, der ihr als Monopol vorbehalten blieb, so haben jetzt zwei einheimische Gesellschaften den Überseeverkehr sowohl durch die Magallanes-Straße nach den Häfen der südamerikanischen Ostküste, als auch durch den Panama-Kanal nach New-York aufgenommen. So zeigt sich auch hier die geopolitische Bedeutung dieser Wasserstraße für die südamerikanischen Weststaaten.

Als wechselseitig einander Gebende und Nehmende stehen sich die Union und die heute wirtschaftlich bedeutendsten Staaten Südamerikas gegenüber. Wenn es heißt, daß die Nordamerikaner

ihre Ausfuhr im Jahre 1923 um etwa 25% gesteigert haben, wobei in erster Linie an Industrieerzeugnisse zu denken ist, so kommen dafür die Nichtindustrieländer des Doppelkontinentes in Betracht, also Kanada und Mexiko ebenso wie die übrigen lateinamerikanischen Republiken. Auch Afrika zeigt eine, wenn auch schwache Zunahme (Ausfuhr dorthin 1923 um ca. 5 Millionen Dollar höher als 1922). Auf der anderen Seite nehmen die Vereinigten Staaten gegenwärtig fast die Hälfte der brasilianischen Kaffeeausfuhr auf, was mit der Trockenlegung der Unionstaaten zusammenhängt. Sie hat zu einem verstärkten Kaffeegenuß geführt. — Die drohende Abhängigkeit sucht Brasilien abzuwenden dadurch, daß es sich um die Schaffung einer eigenen Industrie bemüht. Es ist ihm gelungen, vor allem während des Krieges sich eine eigene Textilindustrie zu schaffen, deren Ausbau der Staat immer weiter gefördert hat, so daß jetzt schon fast die gesamte Baumwollernte im Lande selbst verarbeitet wird. Hierbei ist geopolitisch wichtig wiederum die Tatsache, daß in den Betrieben des Bundesdistriktes, in Rio, Minas und den nördlichen Staaten die Arbeiterschaft aus der bodenständigen Bevölkerung zusammengesetzt ist, während in São Paolo und den Südstaaten mehr direkt eingewanderte Arbeiter oder unmittelbare Abkömmlinge von Einwanderern beschäftigt werden. Die Gegensätze des tropischen Nordens und gemäßigten Südens erklären diese Erscheinungen. Daran knüpft sich die geopolitisch wichtige Frage, ob sich durch eine auf Generationen verteilende allmähliche Akklimatisierung weißer Elemente in den brasilianischen Tropen eine dem Klima gewachsene Arbeiterbevölkerung herausbilden wird.

Nicht unähnlich liegen die Verhältnisse in der portugiesischen Kolonie Angola, in der weites anbaufähiges Land, aber nicht genügende Mengen von Ansiedlern vorhanden sind. Die dringenden wirtschaftlichen Fragen, die damit zusammenhängen, finden ihre Lösung nur auf Grund der Anpassungsfähigkeit fremder Einwanderer an das durchaus tropische Klima. Analog Brasilien wäre auch hier die beste Gelegenheit dazu geboten, wenn durch langsames Vordringen allmählich sich akklimatisierender Bewohner der südafrikanischen Subtropen das erforderliche Arbeiterelement sich eingewöhnt. Dieser Fall ist insofern nicht ausgeschlossen, als die südafrikanische Union ihr Augenmerk auf diese Kolonie richtet, die außer ihren tropischen Produkten neuerdings sich auch reich an Bodenschätzen erwiesen hat (Diamanten). Die immer mehr zunehmende Stärkung der afrikanischen Union wird in Zukunft noch mehr zunehmen, wenn die britischen Pläne nach Schaffung eines allen modernen Anforderungen gerecht werdenden Flottenstützpunktes am Kap verwirklicht werden. An ihnen nimmt die Union lebhaften Anteil, da sie nur dazu dienen können, den britischen Einfluß auf den südlichen Ozeanen zu vermehren. Hat dieser doch im vergangenen Jahre durch ein besonderes, leider nicht genügend beachtetes Ereignis wesentliche Förderung erfahren. England hat einfach über sehr ausgedehnte Flächen der Antarktika wie der benachbarten Meere seine Oberhoheit ausgesprochen und sich damit sehr reiche Fanggründe gesichert.

NOTIZEN

Britisch-Honduras:

Fläche und Bevölkerung (24. April 1921):

Distrikte	qkm	Einw.	Dichte
Belize	4 075	17 398	3,3
Cayo	4 695	5 464	1,2
Corozal	1 360	6 756	5
Orange Walk . . .	3 930	5 607	1,4
Stann Creek	2 340	4 850	2,1
Toledo	5 135	5 242	1
	21 535	45 317	2,1

Kanada: Zusammensetzung der Bevölkerung nach ihrem Ursprung (1922):

Britischen Ursprungs . .	4 869 090
Französischen „ . .	2 452 782
Anderen „ . .	1 466 611

Die Hauptmasse der britischen Abkömmlinge wohnt in Ontario, der französischen in Quebec.

Belgisch-Kongo:

Nach Schätzungen beläuft sich die Zahl der Bewohner gegenwärtig auf 13 Millionen Seelen, einschließlich der Bevölkerung des in sogenannte Mandatsverwaltung genommenen Ruanda-Urundi.

Madagaskar:

In dem für die Insel wichtigen Graphitexport ist ein erheblicher Rückgang eingetreten. Er war vornehmlich nach den Vereinigten Staaten gerichtet, denen aber anscheinend die Qualität des Produktes nicht mehr genügt.

Ausfuhr 1913	7 937 t	Ausfuhr 1919	5 000 t
1916	26 000 „	1920	4 000 „
1917	35 000 „	1921	6 000 „
1918	16 000 „		

Afrika, Verkehrsverhältnisse:

Während die Engländer nach Übernahme der wichtigen Verbindungsbahn zwischen der ehemals deutschen Usambara- und der englischen Ugandalinie Voi-Taveta-Kahe daran gehen, ihr Eisenbahnnetz in Britisch Ostafrika auszubauen (neue Linie Nairobi-Nyeri), hat sich die französische Regierung aus Geldmangel veranlaßt gesehen, die für den französischen Kongo wichtige projektierte Strecke Brazzaville-Küste aufzugeben. Dafür will man aber sich angelegen sein lassen, in dem ehemals deutschen Kamerun eine neue bedeutsame Verbindung im Hinterlande durch Anlage einer Automobilstraße Yaunde-Yoko und evtl. bis an den Benue bei Garua zu schaffen.

EIN LITERATURBERICHT

folgt in den nächsten Heften an dieser Stelle. Es wird nacheinander wiederkehrend die Literatur über alle Arbeitsgebiete, wie sie aus der beigefügten Karte sich ergeben, von dem betreffenden Bearbeiter behandelt werden.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Strasse 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstrasse 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstrasse 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstrasse 2 / Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114



ERICH OBST:
DAS PROBLEM EUROPA

Die starke nationale Bewegung, die sich in der Gegenwart in allen europäischen Staaten bemerkbar macht, hat zweifellos auch vom Standpunkt der internationalen Politik ihre hohe Berechtigung. Jede überstaatliche Organisation, auch ein statuarisch noch so fest gefügter Völkerbund, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn eine solche Gemeinschaft sich nicht gründet auf kulturell scharf ausgeprägte, ihrer nationalen Eigenart froh bewußte Staatsindividuen. Tausend Nullen zusammengezählt ergeben doch eben wieder bloß null. Nur Staaten, von denen jeder für sich das Zusammenwirken von Raumgegebenheiten und geschichtlichen Bewegungen ganz tief und individuell erlebt hat, vermögen eine lebensfähige und zukunftsbeständige überstaatliche Gemeinschaft einzugehen, genau wie der Einzelstaat am besten gedeiht, bei dem sich allgemeine Staatshingabe mit denkbarster Persönlichkeitskultur des einzelnen Staatsbürgers paart.

Die Tragik Europas aber besteht darin, daß man allenthalben nur die eine Seite des Problems erfaßt, daß man zwar den nationalen Individualismus jetzt mehr denn je bejaht, aber ihn ausschließlich als Selbstzweck betrachtet und die andere Seite des Fragenkomplexes außer Acht läßt: die Notwendigkeit, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung den Weg zueinander zu finden und Europa in der Totalität seiner Problematik zu begreifen. Das aber scheint uns die große Lebensaufgabe unserer Generation zu sein. Was Herzog De Sully in seinem „Grand dessein de Henri IV" (1603) entwickelte, was William Penn mit seinen „Staaten von Europa" (1693/94) erstrebte, was Abbé de Saint Pierre mit seiner „Europäischen Union" (um 1700) vorschwebte, was unser großer Kant wollte, als er von dem „Permanenten Europäischen Staatenkongreß" sprach, alle diese Pläne und Programme müssen wir jetzt irgendwie in die Tat umsetzen, soll Europa als Ganzes und in allen seinen Teilen nicht an den Folgen der Weltkriegskatastrophe zugrunde gehen. Warum ist es bislang immer und immer wieder bei Worten geblieben? Welche Schwierigkeiten gilt es zu überwinden, um den scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Ich und Wir in der europäischen Staatenfamilie zur Aussöhnung zu bringen?

Das Relief prägt jedem der Erdteile einen ihm eigenen Stil auf, und es ist von erheblicher geopolitischer Wichtigkeit, daß das Antlitz der Erde die Menschen überall zur Großräumigkeit hinführt, ausgenommen in Europa. In Nordamerika bestimmen drei Reliefeinheiten das Lebensschicksal seiner Bewohner: der wuchtige Hochgebirgszug längs der pazifischen Küste, die große zentrale Tiefenfurche von der Hudson-Bucht bezw. dem St. Lorenz-Strom über die großen Seen zur Mississippi-Senke und das appalachische Mittelgebirge mit der im S vorgelagerten Küsten-



ebene. Das Felsengebirge stellt den wichtigsten Lebensraum der indianischen Urbevölkerung dar und barg deren alte Kulturstaaten, es wies den spanischen Eroberern den Weg nach N; die St. Lorenz—Mississippi-Furche ist die Zone französischer Kolonisation auf nordamerikanischem Boden gewesen; an der appalachischen Küste zogen sich die ersten angelsächsischen Siedlungen hin. Wer immer in dieser rivalisierenden Dreiheit die Oberhand gewann, er mußte naturnotwendig erkennen, daß die große zentrale Furche nicht trennt, sondern verbindet, daß Ohio und Missouri ihre Arme nicht umsonst ausstrecken, vielmehr das appalachische Gebiet und das Hochgebirge trotz aller Reliefunterschiede zu einer großen Raumeinheit zusammenschweißen. Kanada und die Union haben diese geopolitische Gegebenheit ihres Lebensraumes frühzeitig begriffen und ihr Staatsgebiet vom Atlantik zum Pazifik geweitet. Dann allerdings gerieten auch sie wieder in den Bann der meridionalen Strukturlinien ihres Erdteiles, und die klimatisch wesentlich günstiger gestellte, menschenreichere Union übernahm die Führung in der großräumigen Expansion nach N und S. Die beiden angelsächsischen Riesenreiche Nordamerikas verschmelzen mehr und mehr zu einer Wirtschaftseinheit; nach S hin weiten Standard Oil Comp. und Bananentrust zäh und zielbewußt den Einfluß der Union über Mexiko, Mittelamerika und Westindien bis hinüber nach Südamerika.

Auch das Relief der Südhälfte der Neuen Welt erzieht den Menschen mit zwingender Notwendigkeit zu weitgespanntem Raumsinn. Dem gigantischen Wall der Anden, dem einstens die spanischen Konquistadoren ebenso folgten wie vor ihnen die Pioniere des Inka-Reiches, stehen die riesenhaften Senken von Orinoko, Amazonas und La Plata gegenüber, und den Abschluß bilden hier die weitflächigen Gebirgs- und Tafelländer von Guayana, Brasilien und Patagonien. Die historische Entwicklung hat es allerdings mit sich gebracht, daß sich vor der Hand keiner der südamerikanischen Staaten von Ozean zu Ozean auszudehnen vermochte, aber jeder einzelne Staat im Bereich Südamerikas denkt mehr oder weniger über sein eigenes Staatsgebiet hinaus kontinental, trägt z. B. bei der Ausgestaltung seines nationalen Eisenbahnnetzes dem Gedanken der panamerikanischen Längsbahn Rechnung und beteiligt sich mit großem Eifer an den panamerikanischen Konferenzen. Eingeborener Sinn für Großräumigkeit auch hier überall! Kleinstaaten eine Ausnahme: droben im N als Relikte vergangener Zeit die drei europäischen Guayana-Kolonien, drunten die Pufferstaaten Uruguay und Paraguay an der Berührungszone von Brasilien und Argentinien.

In Afrika wirkt die außerordentliche Einförmigkeit der Reliefgestaltung naturgemäß wiederum sehr stark im Sinne einer Förderung großräumigen Denkens und Handelns. Ganz Afrika, mit Ausnahme des europäisch gebauten Kleinafrika, erscheint geradezu als eine einzige riesige Raumeinheit, in die lediglich das Pflanzenkleid einige Abwechslung hineinträgt. Es ist gewiß richtig, daß die zivilisa-



torisch noch sehr rückständige Negerbevölkerung diese Naturgegebenheit vorerst nur selten ins Politische übertragen hat; immerhin lassen die Staatenbildungen im Sudan und die Expansion der Sulu unter ihrem Häuptling Tschakka, um nur zwei Beispiele anzuführen, deutlich ahnen, wohin einst der Kurs gehen dürfte. Die Ausdehnung der Araber, die noch heute im Gange befindliche rasche und weite Ausbreitung des Islam, die Kolonisation der Buren, Engländer, Franzosen u. a. m. sind weitere Belege dafür, daß Afrika der Erdteil der Riesenflächen, der Weite und Offenheit, der Großräumigkeit ist. Die meridionalen Berstungsrisse, die von Syrien bis in das südöstliche Afrika hineinstrahlen, geben innerhalb dieser schrankenlosen Weite eine gewisse Leitlinie ab und weisen der großzügig geplanten Kap-Kairo-Bahn wenigstens in ihrem Mittelstück den Weg.

Auch Australien ist ein Erdteil von ungewöhnlicher Einförmigkeit und Weite. Die Tatsache, daß das Gesamtgebiet frühzeitig zu einem einzigen Staatenbund zusammengefaßt werden konnte, darf als politischer Ausdruck dieser Naturgegebenheit angesehen werden. Den Anden Amerikas und den Gräben und Stufen Afrikas entspricht hier das meridional streichende ostaustralische Randgebirge. Es wirkt in spezifischer Weise richtunggebend und erzeugt im Verein mit dem das östliche Küstengebiet befruchtenden SO-Passat jene langgestreckte Reihe von Großsiedlungen: Adelaide, Melbourne, Sydney, Brisbane, Townsville u. a. m.

Weiter im O folgt die riesige Inselflur der Südsee. Einen Ozean-Kontinent möchte man diese weiten Flächen nennen, denn die Unzahl der Inseln und Inselchen wird zu einer großartigen Raumeinheit zuammengefaßt durch das Meer, das hier dank stark ausgeprägter, regelmäßiger Luft- und Wasserströmungen zur Raumbewältigung geradezu herausfordert. Kaum ein anderer Erdteil kann von so weitgespannten Völkerwanderungen, von so machtvollem Weitensinn berichten wie eben diese Inselwelt in der Südsee.

Betrachten wir zum Schluß den asiatischen Kontinent, so bildet auch hier die Großräumigkeit einen hervorstechenden Charakterzug. Unermeßliche Weite in dem Tiefland des Nordwesten, von Turan bis nach Nordsibirien; riesige Hochlandsflächen im Zentrum, umgürtet von einem Kranz von Gebirgen, die zwar im W Neigung zur Zellenstruktur erkennen lassen, im O und S aber als geschlossene Einheiten in Erscheinung treten; am Außensaum im S und O endlich wieder Großräume, von denen jeder für sich trotz leichter Variation der Reliefgestaltung eben doch ein geschlossenes Ganzes darstellt: Indien, China und Japan, die Riesenstaaten, denen Haushofer im ersten Heft dieser Zeitschrift den Aufsatz über „Die Einheit der Monsunländer" widmete.

Gegenüber allen diesen großräumigen Kontinenten hebt sich Europa als der Erdteil mit ausgesprochener Kleinkästelung ab. Zwar der Osten bildet ein zusammenhängendes riesiges Tiefland und hat seine Raumeinheit auch politisch zur



Geltung bringen können. Jenseits aber dieses religiös, kulturell und zivilisatorisch einstweilen noch abseits stehenden Ostens ist die europäische Menschheit in eine Unzahl kleiner Zellen eingepfercht, sodaß dem Nichteuropäer angesichts der Kleinheit der Staatsgebiete der Ausdruck „Großstaat" manchmal zunächst paradox scheinen mag. Die geologische Entwicklungsgeschichte Europas ist es, die für diese Zellenstruktur des europäischen Lebensraumes verantwortlich zu machen ist. Die kaledonische Faltung, die Zusammenschübe des amerikanischen und variskischen Systems, die Schollenbildungs- und Faltungsprozesse des Tertiärs, sie alle haben im Relief Europas ihre deutlichen Spuren hinterlassen, und da sich die Richtung dieser mannigfachen tektonischen Bewegungen vielfach kreuzen, entstand als Endprodukt jenes zerhackte und gekästelte Relief, das nirgends sonst sein Gegenstück findet. Dazu gesellt sich eine einzigartige Durchdringung von Festland und Meer, die auch ihrerseits wieder noch dazu beiträgt, den europäischen Raum weiter zu zerlegen und zu gliedern.

Kein Wunder, daß der Mensch in einer derartigen Landschaft nicht kontinentalgroßräumig denken lernte, sondern die einzelnen Völker sich vornehmlich auf die Ausgestaltung der von ihnen als politischen Lebensraum besetzten Zelle beschränkten. „Das kommt mir spanisch vor", sagen wir, der Franzose meint „jenseits der Pyrenäen beginnt Afrika"; beide aber geben damit nur dem Gefühl Ausdruck, daß sie die iberische Halbinsel eben als Welt ganz für sich empfinden. Italien, Tschechei, Ungarn, der Balkan, Frankreich, die Britischen Inseln, Norwegen, Schweden sind weitere Beispiele derartiger europäischer Zellen, deren Einfassung allerdings kaum irgendwo so scharf und lückenlos ist wie im Falle der iberischen Halbinsel.

Gerade dieser Umstand aber wirkt sich geopolitisch noch wieder besonders aus und erschwert das Aufkommen eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins in hohem Maße. Die Kästelung der europäischen Landschaft wirkt gewiß zersplitternd, individualisierend; die mangelhafte Abgrenzung der Zellen aber (Ostgrenze Frankreichs!) erzeugt dazu dauernde Reibungen und nicht endende kriegerische Konflikte. Die europäischen Staaten sind, soweit ihre Zentren in Frage kommen, entschieden an die Scholle gebunden; nach den Grenzen zu aber werden sie bodenvage und trachten gierig nach Randstücken ihrer Nachbarn.

Noch ein weiterer Umstand trägt sicherlich dazu bei, jenen seltsamen Dualismus zwischen Erdgebundenheit und haltlosem Ausgreifen über die Zelle hinaus zu erklären: die europäischen Staaten werden in der Hauptsache nur durch das Relief an bestimmte Räume gebunden, das gemäßigte und auf weite Strecken hin leidlich gleichförmige Klima aber hebt die durch das Relief bewirkte Bindung zu einem guten Teil wieder auf. Um klarer zu entwickeln, was wir meinen, vergleichen wir kurz die europäischen und die orientalischen Staaten miteinander.



Der ägyptische Staat ist der Nilstaat und als solcher auf Gedeih und Verderb mit dem Strom verbunden. Für den Bewohner dieses Landes kommt ein wesentliches Hinausgehen aus der eigentlichen Stromoase nicht in Frage; der Lebensraum des Staates ist nicht nur morphologisch, sondern auch klimatisch-hydrologisch absolut festgelegt. Nicht anders liegen, bezw. lagen die Verhältnisse im Euphrat-Tigris-Staat, am Amu Darja, im Indus-Gebiet, beim Jangtse und Hoangho. Der Fluß ist im Orient Staatenbildner ersten Ranges; die Not an Wasser oder der Kampf gegen die Überfülle des Wassers führt die Individuen zur Gemeinschaftsidee und weist den Staaten einen ganz bestimmten Lebensraum zu. In dem gemäßigten Klima Europas ist von alledem keine Rede. Man braucht hier die Flüsse nicht in dem Maße wie im Orient, und man fürchtet sie auch nicht, weil ihr Wasserhaushalt im allgemeinen nur ein getreues Spiegelbild des leidlich ebenmäßigen Klimas ist. Im Orient ist der Fluß die wichtigste Grundlage der Wirtschaft und damit des gesamten staatlichen Seins; in Europa spielt er im wesentlichen nur für den Verkehr eine Rolle. Im Orient schmiegen sich die Staaten dem Fluß als der Schlagader des politischen Organismus an; in Europa streben die Staaten nach Beherrschung hydrographischer Konvergenzräume (Paris—Orleans, Moskau), um von diesen Verkehrszentren aus ihre Macht nach allen Richtungen entfalten zu können, die großen Ströme selbst aber sind als Verkehrsträger häufig das Kampfobjekt mehrerer Staaten, und oftmals teilt sich eine ganze Fülle von Staaten in das Bereich eines einzigen Flußsystems. In der Tat wird es schwer halten, auch nur einen europäischen Fluß zu nennen, der sich als Staatenbildner mit Nil, Euphrat-Tigris, Hoangho usw. messen könnte.

Die Flüsse aber sind nur ein besonderes Beispiel für die allgemeine geopolitische Bedeutung des mitteleuropäischen Klimas. Mag auch das Problem damit gewiß nicht erschöpfend behandelt sein, von grundlegender Wichtigkeit bleibt doch diese Tatsache: das Relief fördert den europäischen Nationalismus, das Klima den europäischen Kosmopolitismus. Zwischen diesen beiden Polen pendelt der europäische Mensch hin und her. Er ist Träger der Idee einer Weltreligion geworden, er redet von Weltwirtschaft, er schafft den Weltvölkerbund, um gleich darauf alle diese erhabenen Grundsätze skrupellos über Bord zu werfen und in verherenden Bruderkriegen engherzigem Nationalismus die Zügel zu überlassen. Die Synthese zwischen gesunder nationaler Einstellung und europäischem Gemeinschaftsbewußtsein, die allein Erlösung bringen könnte, bleibt ihm immer noch verborgen.

Die Welt draußen hat es leichter, zu überstaatlichen Großverbänden zu gelangen, als das vielzellige Europa, das sich den ihm gemäßen Föderalismus durch Überwindung vielfacher Hemmnisse erringen muß. An den Naturgrundlagen der europäischen Geopolitik ist selbstverständlich nichts zu ändern. Vielleicht aber vermag die Kenntnis der Ursachen unserer unglückseligen Zersplitterung dazu bei-

zutragen, daß die Europäer endlich bei voller Wahrung der kulturellen Eigenart jeder Nation den Partikularismus überwinden und ihren Erdteil als Einheit entdecken. Führt auch das nicht zum Ziel, so werden schwere Wirtschaftskrisen allen Gliedstaaten Europas die Notwendigkeit der „Vereinigten Staaten von Europa" einhämmern. Die amerikanische Union beherrscht als Führerin des Großverbandes der neuen Welt nahezu den gesamten Rohstoffmarkt. In anderen Teilen der Welt bahnen sich überall Großverbände an, die weder Europa in altem Umfange mit Rohstoffen beliefern, noch in gewohnter Weise Fertigwaren von ihm beziehen wollen. Der Europäisierung der Erde folgt jetzt die Industrialisierung. In dem damit anhebenden Wirtschaftskampf bedeutet jeder einzelne europäische Staat herzlich wenig. Nur der Zusammenschluß Aller zu einem freiwilligen und jedem Partner gleiches Recht gewährenden Europäischen Staatenbund vermag die drohende Gefahr zu bannen.

WALTHER VOGEL:
RHEIN UND DONAU ALS STAATENBILDNER I

Es heißt fast eine Selbstverständlichkeit aussprechen, wenn man sagt, daß einer der wichtigsten Richtunggeber beim Wachstum der Staaten der Verkehr ist. Unter den Verkehrsbahnen spielen wieder die schiffbaren Flüsse eine bemerkenswerte Rolle, namentlich als Vermittler eines bequemen Verkehrs in Ländern und Zeiten ohne gute Landstraßen und Eisenbahnen, sowie als Träger des auf billigen Transport angewiesenen Massenverkehrs. Eine gut befahrbare Binnenwasserfläche, sei es ein Flußsystem oder auch ein Binnensee (von nicht allzu großen, meerartigen Ausmaßen) werden eine politisch zusammenschließende Wirkung auf die Anwohner ausüben, weil gegenseitige kriegerische oder friedliche Besuche und Verbindungen dadurch erleichtert werden. Damit hängt die Beobachtung zusammen, daß vielfach Flüsse und Flußsysteme vom Beginn der Schiffbarkeit bis zur Mündung einem einzigen Staat angehören[1]); freilich wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß gerade in Mittel- und Westeuropa mehrfach Ausnahmen von dieser Regel zu beobachten seien[2]).

Eine Prüfung der größeren europäischen Flüsse in bezug auf ihre Wirksamkeit als Staatenbildner dürfte in der Tat ganz lehrreiche Ergebnisse liefern. Hier soll es unsere Aufgabe sein, zunächst einmal unsere beiden größten mitteleuropäischen Ströme, Rhein und Donau, in dieser Hinsicht zu untersuchen. Sie boten vor dem Weltkrieg insofern eine Parallele, als bei beiden die Erscheinung wiederkehrte, daß der mittlere schiffbare Hauptteil einem Staate, einer Großmacht angehörte, während Oberlauf und Mündung sich in den Händen fremder Staaten befanden. Daneben fiel freilich sogleich ein großer Unterschied ins Auge: Der Rhein hatte unbeschadet seiner gewaltigen Bedeutung für Handel und Verkehr doch eine mehr peripherische Lage im Deutschen Reiche; die Donau dagegen zog sich durch die Mitte Österreich-Ungarns, so daß sie wirklich das „Rückgrat“ der Monarchie zu bilden schien. Daher betonte denn auch z. B. Ratzel (Polit. Geographie, S. 741) mit Entschiedenheit: „Österreich-Ungarn ist nicht bloß als Donaustaat zu bezeichnen, weil 82 Prozent seines Landes im Donaugebiet liegen, sondern weil in seiner Entwicklung und seinem Zusammenhalt die Donau und ihre Zuflüsse die Lebensfäden sind.“

Wir werden, um zu klaren Vorstellungen zu gelangen, von vornherein eine Unterscheidung treffen müssen, auf die R. Sieger[3]) mit Recht aufmerksam gemacht hat: nämlich zwischen dem Strom selbst mit seinen Nebenflüssen, also dem Stromsystem und dem Stromgebiet. Das Stromgebiet ist diejenige Zone von Tälern und Landflächen zwischen den Tälern, die durch das Stromsystem verkehrsgeographisch zu einer Einheit zusammengeschlossen wird, deren Siedlungen und



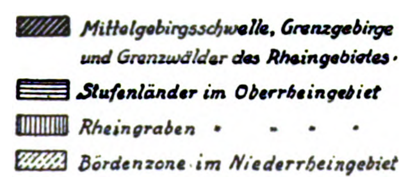
Verkehrswege also ihre Ausdehnung und Richtung vorwiegend durch das Stromsystem gewiesen bekommen; es deckt sich im großen und ganzen mit dem Einzugsgebiet des Stromsystems, braucht aber an den Rändern nicht damit zusammenzufallen. Denn es findet seine Grenze entweder da, wo ein neues Stromsystem dem Verkehr eine andere Hauptrichtung anzuweisen beginnt, oder wo das Auftreten wirklicher Verkehrsschranken, „schlechter Verkehrsleiter“[4]), wie Gebirge, Sümpfe, Sandheiden und dergleichen den Verkehr hemmt. Die letztere Beobachtung bedeutet dasselbe, wie die in neuerer Zeit mehrfach gemachte Feststellung, daß Wasserscheiden keine „natürliche“ Grenze zu bezeichnen brauchen[5]). Quellgebiete und Oberläufe von Flüssen gehören daher verkehrsgeographisch oft einem anderen Stromgebiet an, z. B. das des Alt im südlichen Siebenbürgen dem mittleren ungarischen, nicht dem unteren walachisch-bulgarischen Donaugebiet. Das Stromgebiet zählt aus diesen Gründen meist zur Reihe derjenigen „natürlichen Landschaften“, die ich in meiner Politischen Geographie (S. 29) als „kommerzielle Zwecklandschaften“ definiert habe. Diesem Vorwalten menschlicher Zweckgedanken entspricht es, daß man oft zweifelhaft sein kann, welchem Stromgebiet man einen Landstrich zuweisen soll. Wenn Supan mit Bezug auf Böhmen sagt[6]): „Selbst in die nördliche Abdachung Mitteleuropas greift die Anziehungskraft der Donau hinüber“ — was Sieger mit Recht dahin verbessert, daß es sich nicht um die Donau selbst als Stromsystem, sondern um das Stromgebiet der Donau handelt — so gibt er damit der richtigen Beobachtung Ausdruck, daß Böhmen zwar in der Elbe seinen einzigen schiffbaren Ausfluß nach N findet, im übrigen aber verkehrsgeographisch durch Randgebirge im W, N und NO stark abgeschlossen ist, während es im S und SO bequeme Verbindungen zum Donaugebiet besitzt.

Soviel über das Stromgebiet. Unter dem Stromsystem verstehen wir hier den Hauptstrom und seine Nebenflüsse als schiffbare Träger und Vermittler des Verkehrs selbst. Wir müssen also diese beiden Funktionen des Flusses, als verkehrstragender Stromlauf und als Richtunggeber und Verknüpfer des Stromgebiets auseinanderhalten.

Wenden wir nun diese Begriffe auf den Rhein an, so wird dessen Stromgebiet zunächst durch das Rheinische Schiefergebirge mit den westlich und östlich anschließenden Teilen der mitteldeutschen Gebirgsschwelle (Ardennen, Hessisches Bergland, Thüringerwald) in zwei Hauptteile geschieden (vgl. die Karte S. 65). Das oberrheinische Stromgebiet (oder „Becken“, obwohl der Name nicht genau zutrifft) zerlegt sich geologisch und bodenplastisch deutlich in drei Zonen oder Stufen: den breiten, korridorartigen Rheingraben oder die oberrheinische Tiefebene, und die östlich und westlich anschließenden, vom Main, Neckar einerseits, Saar und Mosel andererseits entwässerten Stufenländer, von denen das westliche sich weniger eng an den Rhein anschließt, weil Mosel-Saar sich in weitem



gez. W. Vogel. 1924.





✚ Städte des Schwäbischen Städtebundes 1385

• Hansestädte ursprünglicher Zugehörigkeit

• Hansestädte, nach 1400 aufgenommen

Bogen zunächst nordwestlich und nördlich vom Rhein abwenden und erst in der Mittelgebirgsschwelle in ihn einmünden; im Süden wird die Trennung zwischen den drei Zonen durch die Anschwellungen der Vogesen und des Schwarzwalds sogar ungewöhnlich stark hervorgehoben. Im übrigen unterliegt die verkehrsgeographische Zugehörigkeit der Stufenländer zum Rheingebiet zwar keinem Zweifel, aber ihre Abgrenzung nach außen ist nicht gerade scharf zu nennen, weil die Grenzgebirge und Wasserscheiden (Schwäbischer und Fränkischer Jura, Hessisches Bergland, Vôge, Côtes Lorraines) nach vielen Seiten ziemlich bequeme Übergänge bieten; die Oberläufe der Altmühl und Wörnitz wird man entsprechend der oben gemachten Beobachtung besser zum Rhein- als zum Donaugebiet rechnen, vielleicht auch den der Werra, und in älteren Zeiten waren hier Urwaldgebiete, wie das fränkische Nadelwaldgebiet der Keuperzone, und die westlichen Grenzwälder des lothringischen Plateaus[8]), wohl größere Verkehrshindernisse als die Höhen. Auch das Gebiet des Oberrheins selbst, von Basel aufwärts, mit dem Bodensee, dem Aaretal usw. zeigt einen gewissen Übergangscharakter nach NO und SW.

Jenseits der ziemlich breiten Mittelgebirgsschwelle, die der Rhein zwischen Bingen und Bonn durchbricht, weist das niederrheinische Stromgebiet nur in der Kölner Bucht eine Art Gegenstück zum oberrheinischen Graben auf. Weiterhin dehnt sich dann ebenes Land, dessen verkehrsgeographische Abgrenzung nach NO und SW gleichfalls nicht sehr scharf genannt werden kann. Im NO wird man sie zunächst im Teutoburger Wald finden, wobei dahingestellt sein mag, ob nicht die südwestlich diesen vorgelagerten Sumpfflächen (an der oberen Ems) ursprünglich ein schwereres Grenzhindernis gebildet haben als das nicht sehr breite und ziemlich leicht passierbare Waldgebirge. Jene Sumpfflächen fanden dann weiter in den Mooren von Overgijssel und Drente bis an die Südersee ihre verkehrshemmende Fortsetzung. Die Maas, welche die Mittelgebirgsschwelle wie der Rhein durchbricht, wird man mindestens in ihrem Unterlauf von Namur ab zum Rheingebiet rechnen müssen, ebenso die Schelde, die als schiffbarer Strom aufs engste mit dem Mündungsdelta des Rheins verknüpft ist. Als südwestliche Begrenzung des Rheingebiets fassen wir hier also die Hügel des Artois, zwischen denen und den Ausläufern der Ardennen sich die breite Verkehrspforte des Vermandois zum Nordfranzösischen Becken öffnet[9]). Das Niederrheingebiet gliedert sich ebenfalls in Zonen, die aber hier mehr geologisch-pedologisch als bodenplastisch begründet sind und, anders als im Oberrheingebiet, quer zur Stromrichtung verlaufen. Es handelt sich: 1. um die Zone fruchtbaren Lehmbodens, die dem Mittelgebirge vorgelagert ist und mit einem von Th. H. Engelbrecht[10]) geprägten Ausdruck etwa als „Bördenzone" bezeichnet werden könnte, 2. um die breite, durch diluviale Ablagerungen, Sand, Heiden und Moore charakterisierte Geestzone, 3. um die zwischen dieser und dem Meere sich hinziehende, wieder sehr fruchtbare Marsch-



zone. Die Grenzsäume dieser Zonen laufen wie die Meeresküste und die Hauptachse der Mittelgebirgsschwelle spitz-winklig aufeinander zu, sodaß sich in Hennegau-Flandern alle drei ziemlich eng aneinander drängen.

Wenn wir uns nun der staatlichen Entwicklung im Rheingebiet zuwenden, so übergehen wir die prähistorischen Zeiten, wegen der fast völligen Ungewißheit über damalige politische Abgrenzungen. Den Römern, die das Rheingebiet zuerst ins geschichtliche Leben zogen, war der Rhein, namentlich in seinem Unterlauf, vorwiegend Grenze. Indessen ist doch zu bemerken, daß sie auch in Niedergermanien auf dem rechten Ufer eine Art Glacis unter ihrem Einfluß hielten[11]), wenn es auch nicht, wie in Obergermanien, durch einen Limes deutlich markiert wurde. Der Rheinstrom selbst war auf diese Weise auf lange Zeit gesichert genug, um einer regen Flußschiffahrt zu dienen[12]), die gewissermaßen wie eine Gürtelbahn die Grenzgarnisonen versorgte. Aber wenn auch hier wie noch mehr im Oberrheingebiet längere Zeit hindurch beide Stromufer in ihren Händen waren, so ging doch die militärisch-politische Stoßrichtung der Römer von Gallien her quer über den Rhein, legte also weniger Gewicht auf die durch den Stromlauf geschaffene Längsverbindung. Hätte ihre Herrschaft länger gedauert und sich dauernd auch auf dem rechten Ufer befestigt, so hätten sie ja möglicherweise eine Art Rheinstaat als von Gallien unabhängige Provinz (aus der Germania I und II, sowie vielleicht Teilen der Belgica) entwickelt. Die bis in die Völkerwanderungszeit hinein zunehmende Bedeutung der Rheinschiffahrt, wie sie z. B. noch beim Kosmographen von Ravenna hervortritt[13]), deutet in diese Richtung; indessen ist es müßig, darüber weitere Betrachtungen anzustellen. Auch von ihren Gegnern, den Franken, gilt ja dasselbe wie von den Römern, nur im umgekehrten Sinne: im Kampfe gegen das römische Reich drängten sie über den Stromlauf nach SW. Allerdings gab es hier, am Mittellauf des Stromes, etwa von Bingen oder Mainz bis Nymwegen, im 5. Jahrhundert ein Reich der Ripuarier, der „Uferleute“ mit dem Königssitz in Köln[14]), und der römisch-germanische Name weist auf die Bedeutung, die der Rhein für die Bildung dieses Stammstaates besaß. Doch wir wissen zu wenig von diesem kurzlebigen Staatswesen, als daß ihm besonderes Gewicht beizumessen wäre, wenn der Name als der einer Landschaft, eines mehrere Grafschaften umfassenden „Dukats“ auch bis ins 9. Jahrhundert nachweisbar ist[15]). Die Gründung des fränkischen Reiches durch Chlodwig ging aber nicht von hier, sondern bekanntlich von dem nordfranzösischen Becken aus. Erst von hier aus zurückgreifend unterwarf Chlodwig mit seinen Salfranken das Land der Ripuarier und das der Alemannen, die inzwischen den größten Teil des Oberrheingebiets bis an den Westrand des Rheingrabens besetzt hatten, jetzt aber auf dessen südlichere Teile beschränkt wurden.

War nun auch das Rheingebiet seit etwa 500 n. Chr. zum größten Teil unter einer politischen Herrschaft vereinigt, so kann man doch nicht sagen, daß der

Rhein als Verkehrsbahn dabei irgendwie maßgebend mitgewirkt hätte. Auch die Grenze des Rheingebiets hat nur stellenweise — im oberen Maingebiet — den Lauf der politischen Grenze bestimmt. Das Schwergewicht des Frankenreichs unter den Merowingern lag auch nicht hier, sondern in Gallien, in der „nordfranzösischen Festung", wie sie Albert von Hofmann[16]) genannt hat. Das änderte sich erst unter der nächsten Dynastie, den Karolingern. Aus der Zeit Karls des Großen und seiner Nachfolger haben wir zum ersten Mal wieder Zeugnisse für einen großen durchgehenden Schiffahrts- und Handelsverkehr auf dem Rhein. Elsässischer Wein und elsässisches Holz schwamm den Rhein hinunter, die Straßburger erhielten Privilegien für ihren Handel von den Alpen „klausen" (Gr. St. Bernhard und Mont Cenis) bis Duurstede bei Utrecht; umgekehrt dringen friesische Kaufleute weit stromaufwärts, wie die Erwähnung ihrer besonderen Stadtquartiere von Duisburg bis Worms bezeugt[17]). Auch ist zu beachten, daß die meisten Lieblingspfalzen Karls am Rhein oder doch im Rheingebiet lagen, so Nymwegen, Ingelheim, Frankfurt, Aachen. Was uns abhalten muß, jenem Verkehr damals schon allzugroße politische Bedeutung beizumessen, ist der Umstand, daß bei der Reichsteilung zu Verdun 843 keine Rücksicht auf die Einheit der Rheinstraße genommen wurde. Am Oberlauf, bis zur Selzmündung, wurde der Rhein Grenze, von da bis unterhalb Bingen gehörten beide Ufer zum Ostfränkischen, von Sinzig bis zur Mündung beide Ufer zum Lotharischen Reiche[18]). Diese Teilung ist freilich nur 27 Jahre lang maßgebend gewesen, und schon 870 ist das halbe, 879/80 das ganze lotharische Reich vom Baseler Rheinknie abwärts dem kräftigeren ostfränkischen, wir können spätestens von 925 ab sagen: dem Deutschen Reiche anheimgefallen. Dieses alte Deutsche Reich ist in seinem großen Hauptkern ein Rheinstaat, obwohl ihm bereits Karl d. Gr. größere mitteleuropäische Aufgaben eröffnet hatte, indem er durch Unterwerfung der Bayern und Sachsen ins Donaugebiet und ins norddeutsche Tiefland jenseits der oben bezeichneten Grenzlinie übergriff. Hat der Rhein als Verkehrsträger, wie wir sahen, bei dieser Gestaltung nicht wesentlich mitgewirkt, so ist doch andererseits zu beachten, daß die Westgrenze des lotharischen und seit 880 des deutschen Reiches an den Quellen der Mosel und Maas bis zum Oberlauf der Schelde sich in auffallender Weise mit der westlichen Naturgrenze des Rheingebietes deckt. Das hat darin seine Ursache, daß man, von geringen Abweichungen abgesehen, der lotharischen Westgrenze von 843 die kirchlichen Grenzen der Erzdiözesen Trier und Köln, sowie des Bistums Cambrai (das damals zur Erzdiözese Reims gehörte, 1169 aber zur Kölner geschlagen wurde) zugrunde legte. Die Grenzen der Erzdiözesen Trier und Köln (in ihrem linksrheinischen Teil) aber fallen, wie fast überall auf römischem Reichsboden, in Westeuropa wieder fast genau mit den Grenzen der spätrömischen Provinzen Belgica I und Germania II zusammen; diese Grenze geht also in Wirklichkeit noch in spätrömische Zeit



zurück und schließt sich eben deswegen an die alten Verkehrsschranken der Waldhöhen und Waldgebirge von der Vôge über die Argonnen zu den westlichen Ardennen an[19]).

Solange das alte deutsche Reich unter der starken Zentralgewalt der sächsischen, salischen, staufischen Dynastie bestand, hat sich der Rheinverkehr, soviel wir ermitteln können, immer mehr gehoben. Einen Gipfel erreichte er nach der Eröffnung des Gotthardpasses im 13. Jahrhundert, namentlich in dessen zweiter Hälfte[20]). Dieses Jahrhundert brachte aber auch die Krise des deutschen Königund Kaisertums. Die Zentralgewalt büßte während des Thronstreites zwischen Philipp von Schwaben und Otto IV., während der langen Abwesenheit Friedrichs II. und vollends im Interregnum ihre Macht und ihre Befugnisse zum großen Teil ein. Der Prozeß der feudalistischen Zersplitterung, der längst eingesetzt hatte, lenkte in die Richtung zur Ausbildung geschlossener Territorien (von kleinen feudalistischen Kernen aus) ein. Wenn irgendwann, so hätte es sich jetzt zeigen müssen, ob der Rheinverkehr genügende Bedeutung gewonnen hatte, um die Staatsbildung zu beeinflussen. Die eigentlichen Interessenten und Träger des Verkehrs waren die Städte, die meist auf dem Boden des Reichs- und des staufischen Guts lagen. In der Tat sehen wir damals — zum ersten und einzigen Male — die Städte des Oberrhein- und Niederrheingebiets von Zürich, Basel, Straßburg bis Köln, Aachen, Münster in einer Konföderation vereinigt, dem rheinischen Städtebund von 1254, dessen leitende Persönlichkeit der Mainzer Bürger Arnold Walpod war[21]). Der erwählte deutsche König, Graf Wilhelm von Holland, knüpfte freundschaftliche Beziehungen mit dem Bunde an, kam aber bald danach ums Leben. Hätte der Bund seine Absichten durchgesetzt, so wäre es damals vielleicht geglückt, der deutschen Reichsverfassung unter bürgerlicher Mitwirkung eine machtvolle Grundlage zu geben und den Rheinverkehr unter großen Gesichtspunkten einheitlich auszubauen. Das ist nicht gelungen. Nicht das Städtebürgertum, sondern das Fürstentum mit seinen immerhin viel stärker betonten agrarisch-naturalwirtschaftlichen und vor allem partikularistischen Tendenzen triumphierte. Es würdigte zwar auch den Rheinverkehr als Geldquelle, aber nur unter beschränkt-fiskalischen Gesichtspunkten; es ging nicht darauf aus, Handel und Wandel zu heben, sondern zu schröpfen. Und das gelang ihm mit Hilfe von etwa 40 Rheinzöllen schon im 14. Jahrhundert so gründlich, daß die Rheinschiffahrt ihren großen durchgehenden Zug völlig verlor und sich mit Hilfe eines ganzen Systems von Stapelrechten, Schiffahrtsmonopolen usw. in ein Gefüge von lauter rein lokalen Interessentenkreisen auflöste, womit dem Rheinstrom seine einigende Kraft vollends geraubt wurde[22]). Der Habsburger König Albrecht wäre wohl der Mann gewesen, diesen Lauf der Dinge zu ändern. Er räumte während seiner kurzen Regierung mit dem Zollunfug gründlich auf[23]). Gleichzeitig gewann er für sein Haus die

Anwartschaft auf den Besitz des Rheinmündungslandes Holland. Bedenken wir, daß die Habsburger damals die größten Territorialherren am Oberrhein waren, daß sie fast die gesamten Landschaften in der Schweiz, dem Oberelsaß, dem Schwarzwald rings um das Baseler Rheinknie beherrschten[24]), so sehen wir noch einmal eine große Aussicht auf eine territoriale Einigungspolitik am Rhein sich eröffnen. Die Ermordung Albrechts (1308) und die nachfolgenden Thronwirren machten sie zunichte. Die Habsburger büßten bis Mitte des 15. Jahrhunderts ihren Schweizer Besitz völlig ein und mußten im Westfälischen Frieden ihre letzte Stellung im Oberelsaß an Frankreich preisgeben. Die kurze Erwerbung Württembergs (1520—34) kam zu spät, um den Ausbau eines geschlossenen oberrheinischen Territoriums noch zu ermöglichen. Auch die Städte am Rhein und in Schwaben haben, angeregt durch das Schweizer Vorbild, noch bis Ende des 14. Jahrhunderts solche Träume gehegt, wobei sie übrigens bezeichnenderweise an ein Übergreifen nach N über die Mittelgebirgsschwelle nicht mehr dachten (vgl. die Karte). Doch es blieben Träume[25]). Aus dem Wust der großen und kleinen Territorien hoben sich wohl allmählich einige größere heraus, doch auch die bedeutendsten, Kurpfalz und Nassau-Saarbrücken, haben es nicht weit gebracht dank ihrem hartnäckig beibehaltenen feudalistischen Erbteilungsprinzip. Das Haupthindernis für eine gesunde, vereinigende Territorialpolitik am Rhein waren übrigens die geistlichen Fürstentümer, die durch ihre wichtige, rechtlich festgelegte Rolle in der Reichsverfassung vor Säkularisation geschützt waren, für Erbanfälle natürlich auch nicht in Frage kamen[26]).

Im Niederrheingebiet schienen zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Dinge etwas günstiger zu liegen. Die Herzöge von Kleve-Jülich-Berg hatten eine große Ländermasse zu beiden Seiten des Rheins in ihrer Hand vereinigt und durch die 1537 ihnen zufallende Anwartschaft auf Geldern und Zütfen hätten sie diese in der günstigsten Weise abrunden und in das Rheinmündungsgebiet verschieben können. Sie fanden aber einen überlegenen Gegner in dem Niederländisch-burgundischen Staate, der sich seit 1384 unter einer französischen Dynastie von Flandern und Artois her bis zur Maas und zur Rheinmündung herangeschoben hatte. Seine entscheidende Bedeutung gewann dieser Staat hier dadurch, daß sich ihm 1428 auch die von ihren mächtigen Städten geführten nördlichen Niederlande (Seeland-Holland) anschlossen. Die holländischen Städte standen nämlich damals schon in einem entschiedenen Gegensatz zur Deutschen Hanse, mit der sie in der Ostseeschiffahrt zu rivalisieren begannen[27]). Der tiefere Grund dieses Gegensatzes ist letzten Endes wieder ein geographischer. Wir entsinnen uns der oben gekennzeichneten drei Zonen des Niederrheingebietes. Die Marschzone war nun von jeher das charakteristische Siedlungsgebiet des friesischen Stammes. Die Friesen, die hier siedelten und im eigentlichen Holland und Seeland in älterer Zeit wenigstens politisch herrschten, haben nun erst spät eine Städtekultur entwickelt. Sie standen als Bauernschiffer



in ausgesprochenem Wettbewerb zu der städtischen Schiffahrt der Hansestädte. Die westfälisch-rheinischen Städte der Bördenzone gehörten fast sämtlich zur Hanse[28]). Die Geestzone ist städtearm und ihre Städte, z. B. die in Geldern und Overijssel, haben sich meist erst später der Hanse angeschlossen. Auf die Marschzone hat diese Vereinigung aber nie übergegriffen. Die holländischen Städte haben vielmehr bei ihrem späten Aufblühen von ihren friesischen Umwohnern und Nachbarn den Gegensatz gegen die Hanse geerbt; sie haben nie teilgehabt an den hansischen Privilegien im Auslande. Um eine Stütze gegen die Hanse zu finden, haben sie sich vielmehr, wie erwähnt, dem burgundischen Staate angeschlossen[29]). Als die burgundische Dynastie ausstarb, wurden die Habsburger ihre Erben; aber Karl V., selbst geborener Genter, handelte, trotz seiner deutschen Kaiserwürde, nicht im Interesse des Reiches, sondern lediglich im Interesse seines niederländischen Staates. Er war es, der Wilhelm von Kleve 1543 zum Verzicht auf Geldern-Zütfen nötigte, der den niederländischen Besitzstand rings um die Südersee durch den Erwerb dieser Länder, wie Utrechts und Frieslands abrundete und so die Abtrennung des Rheinmündungsgebiets vom Reiche vorbereitete[30]); der Anfall dieser Länder an die spanische Linie der Habsburger und der Befreiungskampf der nördlichen Niederlande hat die Trennung zu einer dauernden gemacht.

In den übrigen Rheinlanden hat erst die napoleonische Zeit mit der Antiquitätensammlung von Kleinstaaten aufgeräumt. Direkt freilich wirkte das französische Vordringen damals wie vorher unter Ludwig XIV. so ungünstig wie möglich auf den Rhein, weil es diesen Strom zur politisch-strategischen Grenze, viele Jahre hindurch sogar zu einer Prohibitiv-Zollgrenze machte. Die Rheinzölle wurden zwar in den erträglicheren Oktroi verwandelt und in dieser Form auch in der Wiener Rheinschiffahrtsakte von 1815 beibehalten. Aber die Transitzölle blieben als Durchfuhrzölle der Rheinuferstaaten tatsächlich auch nach 1815 bestehen, und die Kämpfe, die Preußen mit den Niederlanden um ihre Aufhebung führte, wurden ihm von den süddeutschen Staaten wenig gedankt. Erst die Rheinschiffahrtsakte von 1831 und der Zollverein von 1834/35 haben der Schiffahrt freiere Bahn gegeben, und das hat sich auch in einem kräftigen Aufschwung geäußert, der besonders durch die Einrichtung der Dampfschleppschiffahrt gefördert wurde, später allerdings infolge der Konkurrenz der Eisenbahnen wieder vorübergehend zum Stillstand kam[31]). Das Verkehrsleben der gesamten Rheinlande, und zwar vorwiegend in der Richtung des Stromlaufs, wenn auch keineswegs ausschließlich auf diesem, hat durch alle diese Umstände außerordentliche Fortschritte gemacht. Insofern mag man dem Rhein einen nachträglichen Anteil an der inneren Festigung des staatlichen Bandes zwischen dem deutschen Norden und Süden zusprechen, als eine primäre Ursache des Ausbaus zum Bundesstaat aber kann man den Rheinverkehr, vollends wenn man dabei nur an den Stromverkehr denkt, nicht betrachten.

Überblicken wir noch einmal den geschilderten Lauf der Dinge, so sehen wir, daß der Rhein als Verkehrsträger eigentlich niemals die Kraft gezeigt hat, die politische Entwicklung in einem der staatlichen Einheit seiner Ufer und seines Stromgebiets günstigen Sinne entscheidend zu beeinflussen. Tendenzen in dieser Richtung sind mehrfach zu bemerken, aber sie erwiesen sich anderen Kräften gegenüber als zu schwach, namentlich in der entscheidenden Zeit im 13. und 14. Jahrhundert. Wie nun die entsprechenden Verhältnisse an der Donau liegen, und welche allgemeinen geopolitischen Folgerungen aus alledem gezogen werden können, soll ein zweiter Aufsatz dartun.

ANMERKUNGEN

1) Ratzel, Polit. Geographie § 326—329 (2. Aufl. S. 736f., 3. Aufl. S. 524f.) – Dix, Mitteleuropäische Ausnahmezustände, Deutsche Rundschau für Geographie, 36. Jahrg. (1913/14) S. 55 f.

2) Dix a. a. O.

3) R. Sieger, Donauweg und Rheinstraße. (Zur Geographie des Wiener Beckens, Heiderich-Festschrift 1923, S. 186 f.) Vgl. desselben, Staatsgrenzen u. Stromgebiete, Deutsche Rundschau für Geographie 36. Jahrg. S. 289 f., 337 f.

4) Vogel, Polit. Geographie (Aus Natur u. Geisteswelt 634) S. 20.

5) Sieger, Staatsgrenzen und Stromgebiete a. a. O. S. 291 f.; derselbe, Grenzen (Deutsche Arbeit Jahrg. 21 [1921] S. 67). – Penck, Die österreich. Alpengrenze (1916) S. 8—12.

6) Leitlinien der allg. polit. Geographie [2] S. 93.

7) Sieger, Donauweg u. Rheinstraße a. a. O. S. 189.

8) Gradmann, Der obergermanisch-rätische Limes und das fränkische Nadelholzgebiet, Pet. Mitt. 1899, S. 57 f. u. Karte. — Vidal de la Blache, Tableau de la géographie de la France (= Lavisse, Histoire de France I. 1903) S. 190, 200, 208—9, 217—18.

9) Vidal de la Blache a. a. O. S. 90, 94—96.

10) Th. H. Engelbrecht, Die Landbauzonen der außertropisch. Länder (1899) I, S. 48, 70–71, 96.

11) Koepp, Die Römer in Deutschland [2] (1905) S. 42, 113.

12) Art. Binnenschiffahrt § 2 in Hoops Reallexikon der german. Altertumskunde I. — Koepp, Römer in Deutschland S. 133. — Vogel, Geschichte der deutschen Seeschiffahrt I, S. 46 f.

13) Die Darstellung des Rheingebietes beim Kosmographen von Ravenna spiegelt Verhältnisse des 5. Jahrhunderts (vor 496) wieder, s. L. Wirtz in Bonner Jahrbüchern Jahrg. 1922 S. 221, 236. Obwohl der Ravennate durch eine gemeinsame Quelle eng mit der Tabula Peutingeriana zusammenhängt, welche Etappenstationen der rheinischen Landstraßen wiedergibt, scheint mir seine gerade am Niederrhein nicht unerheblich abweichende Anordnung dafür zu sprechen, daß er vorzugsweise Schiffahrtsstationen im Auge hat. Der Beweis würde hier zu weit führen. Über die Deutung s. niederrhein. Ortsnamen, s. Wirtz a. a. O.

14) L. Schmidt, Allgemeine Geschichte d. german. Völker S. 219. — Zeuß, Die Deutschen und die Nachbarstämme S. 343 f. Der Kosmograph von Ravenna (IV, 24, ed. Pinder und Parthey S. 226 u. öfter) nennt dieses Gebiet, mit Einschluß des Maas- und Mosellandes, Francia Rinensis.

[15]) Annales Bertiniani ad. a. 837, 839, 870 ed. Waitz, Schulausgabe S. 14, 21, 110—11.

[16]) Politische Geschichte der Deutschen I, S. 23 f.

[17]) Art. Handel (Deutscher) § 41—44 in Hoops Reallexikon der german. Altertumskunde III.

[18]) Dümmler, Geschichte des ostfränkischen Reichs I, S. 202 f.

[19]) Dümmler, a. a. O. III, S. 134.

[20]) Gothein, Zur Geschichte der Rheinschiffahrt, Westdeutsche Zeitschrift f. Geschichte u. Kunst, Jahrg. 14, S. 248. — Schulte, Geschichte des Verkehrs zw. Westdeutschland und Italien I, S. 200 ff., 347—48.

[21]) Nitzsch, Geschichte des deutschen Volkes III, S. 132. Über die Motive der Städte s. Schulte a. a. O. I, S. 203, 434.

[22]) Gothein, Zur Gechichte der Rheinschiffahrt a.a.O. S. 231 f.— Schulte, a.a.O. I, S. 203 f., 430 f.

[23]) Schulte a. a. O. I, S. 204 f.

[24]) Schulte, Geschichte der Habsburger in den ersten 3 Jahrhunderten (1887).

[25]) Vischer, Der schwäbische Städtebund 1376—89 (Forschungen zur deutschen Geschichte 2). — Schäfer, Deutsche Geschichte I, S. 406.

[26]) Aubin, Das Reich und die Territorien S. 20 (Geschichte des Rheinlandes, herausgegeb. von der Ges. für Rhein. Geschichtskunde, Bd. II, 2. Aufl., Essen 1922).

[27]) Vogel, Geschichte der deutschen Seeschiffahrt I, S. 328 f.

[28]) Aufzählung der rheinisch-westfälischen Hansestädte s. bei Stein, Die Hansestädte, Hansische Geschichtsblätter 1913, S. 519 f., 1914 S. 257 f.

[29]) D. Schäfer, Die Deutsche Hanse I, S. 98 f. — Daenell, Die Blütezeit der Deutschen Hanse I, S. 261 f. — Smit, De opkomst van den handel van Amsterdam (1914) S. 226 f., 239 f.

[30]) Heidrich, Der geldrische Erbfolgestreit (Beitr. zur Deutschen Territorial- und Stadtgeschichte I. Serie, 1. Heft, Kassel 1896). Pirenne, Geschichte Belgiens III, S. 120 f., 159 f., 170—76. Die Versuche Karls des Kühnen, einen niederrheinischen Gesamtstaat zu bilden und auch ins oberrheinische Gebiet überzugreifen, muß ich hier übergehen.

[31]) Gothein, Geschichte der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert (Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik 101, Leipzig 1903).

GUSTAV BRAUN:
DIE NATÜRLICHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN GRUNDLAGEN DES STAATES FINNLAND

Die Grundlage aller geographischen und wirtschaftlichen Erscheinungen ist der Boden, worunter der Geograph sowohl die Form wie den Inhalt versteht. Wir beginnen daher mit ihm unsere Betrachtung. Der Boden Finnlands besteht aus sehr alten, meist kristallinen Gesteinen, Graniten, Gneisen und Schiefern, die oft und an vielen Stellen des Landes so schön und widerstandsfähig ausgebildet sind, daß man Monumentalbauten mit ihnen zieren oder sie wenigstens als vorzügliches Pflastermaterial verwenden kann. Gering ist dagegen der bis jetzt nachgewiesene Erzreichtum (Eisen und Kupfer in Pitkäranta; Kupfer in Outokumpo); nur hier und da sind technisch brauchbare Kalke den kristallinen Verbänden eingelagert. Die Oberfläche, die dieses Grundgerüst überzieht, ist eine nur sehr flach gewellte Ebene mit kaum bis zu 200 m Höhe, die erst in Karelien mehr Relief gewinnt, wo Bergzüge in nordwestlicher Richtung gestreckt auftreten.

Diese Grundtatsachen der Landesnatur Finnlands erklären sich aus der Entwicklungsgeschichte des Landes. Die Gesteine sind die Wurzeln und Reste uralter Faltengebirge, in die nach der Faltung Tiefengesteinsmassen (z. B. von der Art des bekannten Rapakiwi-Granits der Wiborger Gegend) eingedrungen sind. Dieses und der Druck der Faltung führten zur Umkristallisation und zur Schieferung der Gesteinsmassen, wobei aus den Kalken Marmor (Lagerstätte von Pargas) wurde. In den folgenden langen Zeiträumen der Erdgeschichte fielen die Gebirge der Abtragung zum Opfer, weite Niederungen entstanden, die im warmen Klima der Tertiärzeit sicherlich mit einer mächtigen Schicht fruchtbaren Bodens und üppiger Vegetation bedeckt waren. Beides beseitigte die dann folgende Vereisung: die aus der Gegend der schwedischen Hochgebirge kommenden Eismassen ertöteten in ihrem Bereich das organische Leben und räumten den fruchtbaren Boden fort; sie schliffen die Oberfläche weiter ab und verliehen ihr jene im kleinen wannenförmige Gestalt, die heute die finnische Seenplatte zeigt.

Wesentliche Züge seines Reliefs erhielten das Land aber erst, als die Eismassen abschmolzen. Ihr schweres Gewicht hatte den Norden Europas gegenüber seiner früheren Höhenlage nicht unerheblich unter den Meeresspiegel hinabgedrückt, und in den Mulden vor dem Eisrand entstanden jetzt im Bereich der heutigen Ostsee und weit über die angrenzenden Länder des Nordens hin große Schmelzwasserseen, die im Westen über die Senke der großen schwedischen Seen hin mit dem offenen Meere wenigstens zeitweise in Verbindung traten. Der Eisrand verhielt sich zu diesen Wasserflächen ähnlich, wie heute die Gletschermassen des südlichen Island zu dem Meere, in das sie sich ergießen: die Schmelzwasser schütten



am Rande des Eises in fortlaufender Linie nebeneinander liegende Deltas auf, die an ihrer Basis in die Schlammablagerungen am Boden der Wasserflächen übergehen. Die fortlaufende Zone der ehemaligen Deltas mit ebener sandiger Oberfläche und steilem Rande innen und außen bilden den Salpausselkä in Finnland, der in doppeltem, schön geschwungenem Bogen das Land von der Südwestecke bei Hangö aus bis nach Karelien durchzieht und das südliche Küstenland vom Inneren abgliedert. Die Schlammablagerungen am Boden der Wasserbecken sind heute die fruchtbaren Tonebenen des südlichen Finnland (s. Abb.). Die Schmelzwasser aber, an deren Mündungen bei längerem Stillstand die genannten Deltas entstanden, schütteten gleichzeitig bei rascherem Rückgang des Eisrandes am Ausgang der Tunnel, in denen sie dem Eisrande entströmten, Schuttkegel auf, die nach rückwärts miteinander verwuchsen und so zu den Åsar wurden, langgestreckten Kiesrücken, die senkrecht zum Eisrand stehen und also in Finnland das Land im allgemeinen von Nordwest nach Südost durchziehen.

Allmähliche Hebung, die bis in unsere Tage fortdauert und bis 250 Meter stellenweise seit dem Abschmelzen des Eises an der betreffenden Stelle erreicht hat, brachte den randlichen Gürtel der Tonebenen über den Meeresspiegel, zwischen denen die kahl gespülten Klippen, die ehemaligen Schären, heute als Felsbuckel aufragen. Im Inneren sammelten sich die Wasser in den drei großen Seesystemen, dem Saimasystem im Osten, dem Päijännesystem in der Mitte und dem Näsijärvisystem im Westen. Die fortgehende Hebung, die im Nordwesten am stärksten ist, drückt das Wasser der Seen nach Süden, und so bildet der Wuoksen den Ausfluß des Saimasystemes, der Kymmene-Elf (Kymijoki) den des Päijänne, und über Tavastehus führen alte Abflußrinnen des Näsijärvi-Gebietes nach Süden, das jetzt durch den Kumo-Elf gegen Björneborg hin entwässert. Nördlich davon liegen bis zum Oulojoki nur kurze Abdachungsflüsse vor, die dem weichenden Meere nachrücken. Infolge der Hebung des Landes und der Jugend des Gewässernetzes sind alle Flüsse Finnlands reich an Stromschnellen, in deren Ausbau noch gewaltige Kraftmengen zu gewinnen sind.

Zwischen Bottnischem und Finnischem Meerbusen liegt Finnland heute wie eine große plumpe Halbinsel, und beide Meeresteile üben eine erhebliche Einwirkung auf das Land aus, nicht nur dadurch, daß sie den Verkehr in bestimmte Richtung lenken, sondern auch in physiogeographischer Beziehung durch den Einfluß, den sie auf das Klima der umgebenden Länder haben. Das innere Finnland hat ein kontinentales Klima mit warmen Sommern, in denen bei der starken Besonnung und der großen Mückenplage der sumpfigen Striche die Hitze oft lästig werden kann, und kalten, schönen Wintern; stürmische Winde, überhaupt stärkere Luftbewegungen sind selten. Anders die Küstenlandschaften: sie haben zahlenmäßig ein ausgeglicheneres Klima als das Innere, sind aber windig, rauh und feucht.

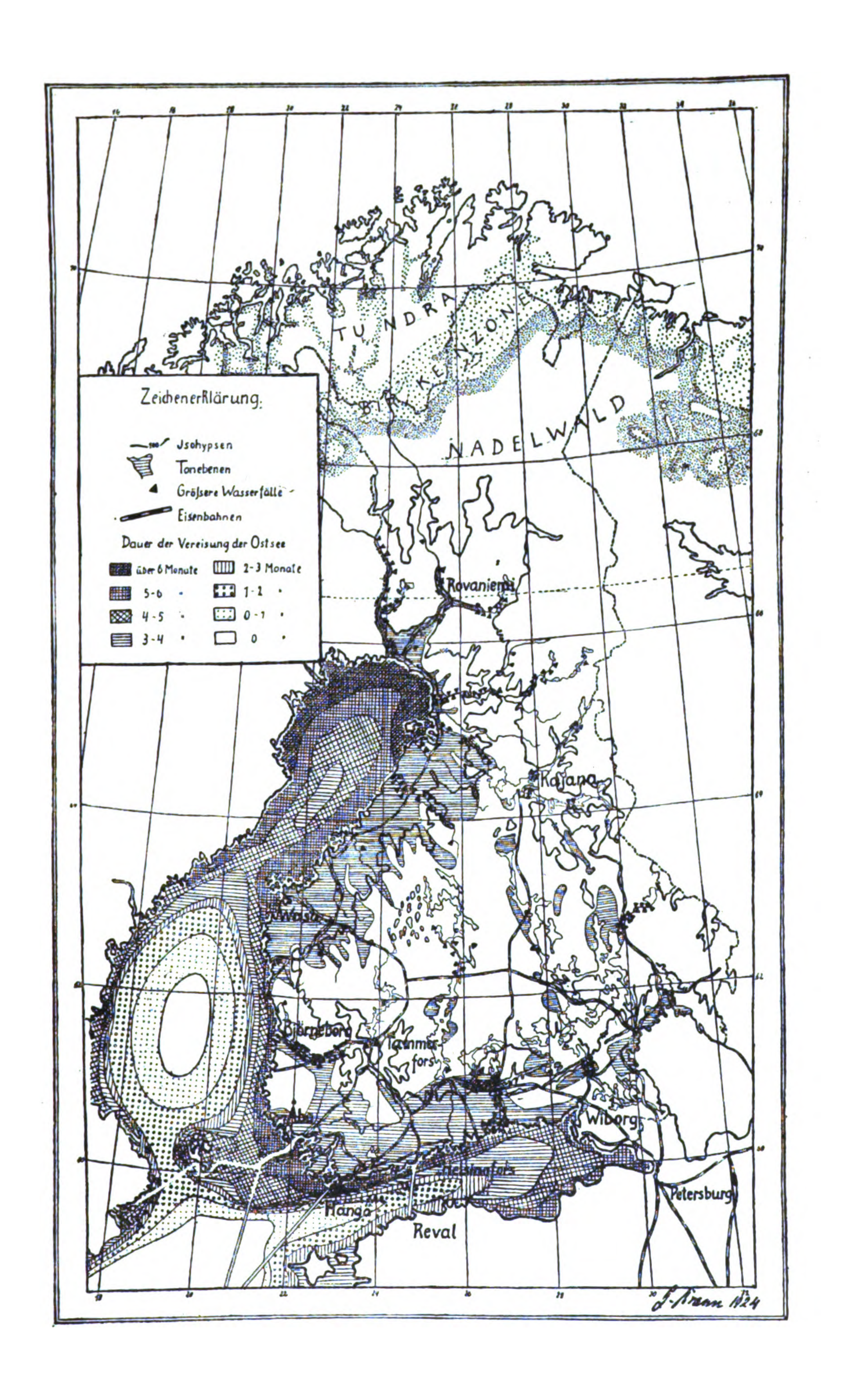
Dafür ist der Herbst unter dem mildernden Einfluß des Meeres oft lang und schön, und erst im Januar beginnen an der Küste die Eisschwierigkeiten, nachdem die Binnenseen des Inneren lange mit einer Eisdecke bedeckt sind. Zugänglich bleiben Hangö und Åbo mit Hilfe von Eisbrechern (s. Abb.), ziemlich lange auch Helsingfors. Von den nördlicheren Häfen ist Björneborg (Mäntyluoto) infolge der starken Strömung des Kumo-Elf besonders begünstigt.

Von Klima und Bodenbau hängt die Verbreitung der Natur- und Kulturpflanzen ab. Da größere bodenplastische Unterschiede im Innern des Landes nicht auftreten, so verlaufen die Vegetationslinien ziemlich gleichförmig. Die einzelnen Bestandteile der Flora sind dieselben wie bei uns, da die Einwanderung der Pflanzen, dem weichenden Eise folgend, sich im wesentlichen von Süden nach Norden vollzog. Auf diesem Wege ist die Baumgrenze (s. Abb.) bis nahe an das nördliche Eismeer vorgeschoben, wo Tundren die flachen Höhen zwischen den tief eingeschnittenen Fjorden und Tälern decken. Es liegt also ganz Finnland im nördlichen Waldgürtel der Erde. Der finnische Wald ist ein Mischwald, in dem Kiefer, Fichte und Birke die Hauptrolle spielen. Bis an die Waldgrenze heran geht die Birke, die an dieser Stelle wie in Schweden fast reine Bestände bildet; die meisten Laubbäume aber finden ihre Nordgrenze in den mittleren Teilen des Landes; die Erle geht etwa bis zum 64. Grad (an der Küste nördlicher), die Linde überschreitet nur wenig den 63. Grad, der Ahorn geht kaum an den 62. heran und schließlich die Eiche folgt nur in schmalem Band der Südküste. Von den Getreidearten werden Hafer und Roggen noch bis zum Polarkreis angebaut, Weizen nur in den südwestlichen Teilen des Landes; die Kartoffel gedeiht auch noch bis in die mittleren Teile von Lappland. Das Unterholz der Wälder bilden die uns bekannten Beerenarten, Blaubeeren, vor allem die wirtschaftlich wichtige Preißelbeere.

Die nordischen Wälder darf man landschaftlich nicht mit den mitteleuropäischen zusammenstellen, sie sind durch die Brandwirtschaft geschädigt und unseren Wäldern gegenüber Urwälder (Barrskog), nicht durchforstet und nur selten mit einheitlichen Beständen. Ihre Feinde sind Waldbrände, und bei der noch ungeregelten Entwässerung des Landes die fortschreitende Versumpfung. Zahllose Moore sind in den Senkungen der Oberfläche vorhanden und zeigen die gefährliche Tendenz sich auszubreiten auf Kosten des Waldes, dessen Bäume rings um das Moor einen schweren, hoffnungslosen Kampf führen, wenn ihnen nicht der Mensch zu Hilfe kommt und das Moor entwässert.

Die Besiedlung Finnlands ist heute noch spärlich (auf 343000 qkm 3365000 Einw. 1920), obgleich der Mensch schon lange im Lande ist, wie die prähistorischen Funde beweisen. Zuerst in der Ancylus-Phase (ein Zeitabschnitt in der Entwicklungsgeschichte der Ostsee) auftretend ist der Mensch bereits in der Litorina-Zeit weit in Finnland verbreitet, als noch die geographischen Zustände





Zeichenerklärung.
Jsohypsen
Tonebenen
Größere Wasserfälle
Eisenbahnen
Dauer der Vereisung der Ostsee
über 6 Monate
5-6 "
4-5 "
3-4 "
2-3 Monate
1-2 "
0-1 "
0 "
TUNDRA
BIRKENZONE
NADELWALD
Rovaniemi
Kajana
Wasa
Björneborg
Tammerfors
Wiborg
Helsingfors
Hangö
Reval
Petersburg
J. Kraan 1924

(jedenfalls der Küstenlandschaften) ganz andere als die heutigen waren: das Meer stand noch höher (in Österbotten über 100 m) und das Klima war günstiger als das heutige. Funde der Steinzeit sind besonders zahlreich im Südwesten und an den nördlichen Ufern des Ladoga. Waren die Siedler im Südwesten wahrscheinlich Germanen, so die im Osten, die über die karelische Landenge und von Ostkarelien hergekommen waren, finnisch-ugrische Stämme. Diese letzteren behielten dann im Verlauf der Epochen die Oberhand und bewohnten in der späteren Eisenzeit jedenfalls die wichtigsten Teile Finnlands, während die germanische Schicht bis nach Åland zurückgegangen war. Die Einzelheiten der Einwanderungsgeschichte sind aber noch unklar. Bei der Besetzung des Landes mit Siedelungen spielen die Åsar und der Salpausselkä eine wichtige Rolle als Leitlinien, die erhöht und trocken durch das Land hinführen. Neben ihnen wurden die Ufer der Seen und die Ränder von Mooren bevorzugt, wo der Siedler nicht allzuschwer mit dem feuchten Urwald zu kämpfen hatte und am Wasser Verkehrswege und durch den Fischfang auch Nahrung fand. Nur in den südlichen Küstenlandschaften gestattet der Boden, soweit er aus Ton besteht, die Gewinnung größerer Feldfluren, und so ist auch nur hier die Besiedelung eine einigermaßen geschlossene; sonst waltet im ganzen Land durchaus der Einzelhof oder allenfalls die Gruppe benachbarter Höfe vor. Die Baulichkeiten selbst bestehen durchweg aus Holz; die Regel sind eine ganze Menge unregelmäßig gestellter Blockhäuser für die verschiedenen wirtschaftlichen Zwecke und Mitglieder der Familie.

Die primitiven Zustände finnischer Rodung und Hofform kann man heute noch in Ostkarelien beobachten; in Finnland selbst erfuhr das Bild durch die Eroberung durch die Schweden, die 1154 begann, Abänderungen. Die Schweden brachten das Christentum und zu den Holzhäusern gesellte sich die steinerne Kirche, eine einfache Halle, neben der der Glockenturm getrennt errichtet wurde (Borgå). Zum Schutz des Landes gegen die Russen und als Stützen seiner Macht überzog der Schwede das Land mit einem System von Burgen, die auch schon früh in Stein ausgeführt wurden und noch heute als ragende Denkmale schwedischer Macht dastehen (Olofsborg, Wiborg usw.). Eine eigentliche schwedische Kolonisiaton mit Ansiedelung größerer Mengen schwedischer Bevölkerung fand kaum statt, doch mußte jeder Finne, der weiter kommen wollte, sich der schwedischen Kultur anschließen. Das änderte sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als nach Entdeckung und Herausgabe der Kalevala-Lieder durch Elias Lönnrot das Finnentum sich auf die ihm eigene Kultur besann, allmählich Gleichberechtigung und schließlich die Vormacht gewann. Heute sprechen nur noch 11,6 Prozent schwedisch, dagegen 88,4 Prozent finnisch. Die geographische Anordnung ist so, daß die schwedisch sprechende Bevölkerung (341000—1920) in Åland, dann östlich an der Küste bis über Helsingfors hinaus wohnt und die mittleren Küstenlandschaften am Bottnischen Meerbusen inne hat.



In diesen eben genannten Strichen ist im Laufe der Zeit die Besiedelung am dichtesten geworden, sind es doch die Zonen fruchtbaren Tonbodens mit wenig Fels und unproduktivem Gelände. Soweit im Inneren nicht auch Tonebenen benutzt werden konnten (doch sind sie hier nur klein und spärlich vorhanden, s. Abb.), gibt es ähnlich fruchtbare Landstriche nur dort, wo oberhalb der marinen Grenze genügend Moränenboden zur Kultur zur Verfügung stand; da fast das ganze Land unter dem Meeresspiegel gelegen hat, ist das naturgemäß nicht sehr viel. Die Höfe liegen in diesen Landstrichen auf den Höhen in schöner, sonniger Lage, durch feuchte, vermoorte Waldniederungen voneinander getrennt. Von diesen Höfen aus schieben sich dann Kleinsiedler (meistens Pächter, „Torpare") in die Wälder vor, den Wasserläufen und Moorrändern folgend.

Finnland ist also in hohem Maße zur Landwirtschaft prädestiniert. Doch ist dieselbe noch unentwickelt, war doch vor noch nicht langer Zeit allgemein (und ist es im Inneren stellenweise noch heute) die Brandkultur herrschend, bei der der zu bebauende Boden dem Wald durch Feuer abgerungen wird; es führt das zu sehr extensiver Wirtschaft und ist dem Wald gefährlich. Man ist daher allgemein dazu übergegangen, eine geregelte Fruchtwechselwirtschaft durchzuführen. Neben dem Getreidebau (Hafer, Roggen, Gerste und ein wenig Weizen) ist der Anbau der Kartoffel und in neuerer Zeit in steigendem Umfang der der Futterpflanzen getreten, da man mehr und mehr dazu überging, nicht mehr die wirtschaftliche Versorgung des Landes dem in seinen Erträgnissen in den nördlichen Lagen doch nicht mehr ganz zuverlässigen Ackerbau zu überlassen, sondern daneben die Viehzucht zu entwickeln, die reicheren Gewinn versprach. So ist Finnland heute ein Land blühender, industrieller Milchwirtschaft, auf genossenschaftlicher Grundlage betrieben; Butter und Käse sind wichtige Ausfuhrgegenstände geworden.

Unter diesen Umständen vermochte natürlich der kärgliche fruchtbare Boden, trotzdem er wohl noch bedeutend erweiterungsfähig ist, nicht mehr den Ansprüchen des Nahrungsbedarfs der wachsenden Bevölkerung zu genügen; so mußte schon vor dem Kriege aus Rußland und anderen Ländern die erforderliche Getreidemenge eingeführt werden. Man vermochte sie auch nicht mit dem Erlös der Produkte der Viehwirtschaft allein zu bezahlen, es mußte sich vielmehr eine Exportindustrie entwickeln, wozu man die natürlichen Reichtümer des Landes heranzog. Seit den achtziger Jahren warf man sich in steigendem Umfang auf Waldwirtschaft und damit in Verbindung stehende Industrien (Holzindustrie, Papierindustrie), wobei als Kraftquellen die großen Stromschnellen des Landes dienen.

Die Industrie entwickelte sich vornehmlich in der Nähe der Küsten in einer breiten Zone parallel den Ufern mit deutlicher Verdichtung an den Ausgängen der großen inneren Wasserwege. Als Ausgang für den Ladoga-See und seine nördlichen Randgebiete kam die Newa in Betracht. Wiborg für den Osten, Kotka für

die Mitte der Südküste, Björneborg, Wasa und Uleåborg für den Westen und Norden wurden Hauptexporthäfen und Vororte wichtiger Industriebezirke. Helsingfors und Åbo vermitteln, ohne größeres natürliches Hinterland, dem gegenüber die Einfuhr. Im Inneren ist Tammerfors die bedeutendste Industriestadt geworden, Mittelpunkt eines großen Seenbezirks und reich an Wasserkraft.

Das Verkehrsnetz des Landes konnte den Bedürfnissen seiner Wirtschaft nicht folgen, wurde es doch nach ganz anderen Gesichtspunkten von der russischen Oberherrschaft angelegt. Der Kopf des finnischen Bahnnetzes liegt (s. Abb.) nicht in Helsingfors, sondern in Petersburg, von wo die Linien ausstrahlen. Die dadurch bedingten Betriebsschwierigkeiten werden im Winter gesteigert, zu welcher Zeit der ganze Verkehr eine Umstellung erleiden muß. Wie wir oben schon sahen, sind dann nur Åbo und Hangö erreichbar (siehe die weißen Zufahrtsstraßen auf unserer Karte), der ganze Export muß für einige Monate hierhin gelenkt, der ganze Import von hier aus im Lande verteilt werden.

Das Eisenbahnnetz wird in wichtigen Teilen durch die Binnenseedampfer ergänzt, die auf allen größeren Seen verkehren. Von ihnen hat das Saimasystem durch den Saima-Kanal unmittelbar Ausgang nach dem Meere bei Wiborg. Natürlich ruht die Binnensee- und Küstenschiffahrt im Winter monatelang.

Je weiter nach Norden, desto größere Bedeutung gewinnt das Straßennetz und im Län Uleåborg sind die Automobilstraßen das Rückgrat des Verkehrs und der staatlichen Betätigung. Hier ist neues Leben eingezogen, seit im Frieden von Dorpat 1920 das Petsamo-Gebiet von den Bolschewiken Finnland überlassen wurde. „Eismeer-Finnland" (R. Numelin) ist 10 000 qkm groß, noch in sehr ursprünglichem Zustand — aber es ist der Weg nach der eisfreien Küste des Eismeeres geöffnet und damit ein wichtiger, geopolitischer Fortschritt erzielt. 1925 soll der Automobilweg, längs des Pasvik-Elf und dann zum Petsamo-Fjord umbiegend, die Küste erreichen. Damit wird das Wirtschaftsleben hier im Norden in neue Bahnen gelenkt.

Auch noch ein zweites geopolitisches Problem der Nachkriegszeit ist in Finnlands Sinn entschieden: das ist die Ålandfrage. Die schwedischen Ansprüche sind vom Völkerbund abgelehnt. Dagegen ist die ostkarelische Frage noch ungelöst geblieben, die Russen halten Ostkarelien mit seiner vollkommen finnischen Bevölkerung besetzt. Und doch wird die volle natürliche Einheit für Land und Volk erst erreicht sein, wenn Ostkarelien mit dem jetzigen Staat Finnland vereinigt sein wird.

Vielleicht findet sich später Gelegenheit, in dieser Zeitschrift die ostkarelische Frage einmal eingehender zu behandeln, hier mag der Hinweis genügen, daß Finnland zwar ein in sich selbst auf guten natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen ruhender Staat ist, daß aber auch hier keineswegs Sättigung vorliegt, sondern die geographischen Gegebenheiten zu politischer Auswirkung drängen.



ANMERKUNG

Der Aufsatz folgt stellenweise älteren Gedankengängen von mir, die in der Deutsch-finnischen Brücke 1921 wiedergegeben sind. Die politisch-geographischen Fragen habe ich 1921 in den Mitteilungen a. d. Nordischen Institut der Universität Greifswald Nr. 2 kurz (Ålandfrage ausführlich) behandelt. Sonst wurden geopolitische Fragen wenig diskutiert; ich nenne noch H. Aall: das Schicksal des Nordens, Weimar 1918 und S. Sario: Die nordischen Dardanellen. Meereskunde 130, Berlin 1917. — Die wirtschaftliche Seite findet ihre Darstellung in meinem Werk: Die nordischen Staaten. Eine soziologische Länderkunde, Breslau 1924, dessen spezieller Teil allerdings noch nicht vorliegt. Dazu V. Voionmaa: Suomen Talousmaantieto (Finnlands Wirtschaftsgeographie), Borgå 1922 in 2. Aufl.

Im vorliegenden Aufsatz ist für die Namen die schwedische Schreibweise angewandt, da sie im allgemeinen auf unseren Atlaskarten zu finden ist.

Die Grundlagen der Karte (Abb. S. 77) lieferte der „Atlas de Finlande"; die Tonböden sind nach einer Arbeit von Benj. Frosterus eingetragen, die Vereisungszeiten der Ostsee nach U. von Joeden in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin 1918.

KARL HAUSHOFER:
DAS JAPANISCHE ERDBEBEN UND SEINE POLITISCHEN FOLGEN

Nicht nur die große Menge der gewohnheitsmäßigen Zeitungsleser, auch die auf lange Sicht politisch rechnende Welt hielt einen Augenblick erschreckt den Atem an, als um die Mittagsstunde des 1. September 1923 die Hafenstadt Yokohama, die wichtige Marinestation Yokosuka, zwei Drittel der Reichshauptstadt Tokio (wo 316087 Häuser zerstört und dadurch von über zwei Millionen Einwohnern 1357740 obdachlos wurden), der größte Teil des hoch übersiedelten Landes zwischen den weiten, zu diesen Städten führenden Buchten und der Halbinsel Idzu in Erdbebenstaub, Flammen und Brandgewölk zusammensanken, und als alles, was an der Küste wohnte, überdies von Flutwellen und einem Drehsturm heimgesucht wurde. Dann aber drängte die Frage: wie wird das unvorhergesehene Ereignis die äußere, wie die innere Lage des Reiches beeinflussen, das bis dahin nächst den Vereinigten Staaten als der glücklichste und beneidenswerteste Kriegsgewinner des Weltkrieges angesehen, entsprechend umworben und beneidet worden war.

Das Nachrichtenspiel über den Umfang des Schadens war seltsam gemischt zwischen Übertreibung und Dämpfung; bald zeigte sich, daß im ganzen die Dämpfung überwog, daß noch genug Stolz und Haltung, und soviel Sinn für „Wahrung des Gesichts" als Nachwirkung zweieinhalbtausendjähriger Selbsterziehung und Abschließung im japanischen Volkskörper war, um ihn zu bewegen, zunächst um jeden Preis allein mit dem erschütternden Schlag und der von ihm ausgehenden politischen Gleichgewichtsstörung fertig zu werden, — ohne Einwirkung von außen und ohne fremde Hilfe.

Diese Einwirkung wurde alsbald in verführerischen Formen der Hilfsbereitschaft angeboten. Nichts wäre dem angelsächsischen Großkapital angenehmer gewesen, als die Möglichkeit, mit einem sanften Augenaufschlag gen Himmel, als Gebot der Menschlichkeit, über das Inselreich wieder die goldenen Ketten finanzieller Abhängigkeit zu legen, denen es durch den Weltkrieg erst endgültig entschlüpft schien. Auch von Wladiwostok fuhr ein Sowjetschiff aus, mit allerhand nützlichen Dingen für die heimgesuchten Gebiete beladen; aber da man die „gefährlichen Ideen" scheute, die mit dieser Ladung hätten landeinwärts dringen können, wurde seine Landung hintangehalten. Wohl wurde die uneigennützige und großzügige Hilfstätigkeit derjenigen Fremden angenommen, die sich ohne Hintergedanken persönlich anboten, so auch der amerikanischen und englischen Schiffsbesatzungen; aber es war mehr das höfliche Berühren einer mit ritterlicher Geste gebotenen Hand als ein Stützen auf sie. Stützen wollte man sich nur auf sich selbst. So entstand ein geopolitisches Seitenstück zu der früheren großen pazifischen Erdbebenkatastrophe, die San Franzisko betroffen hatte: die Ablehnung jenes Bettelrufs rund um die

Erde, den man von italienischen Naturkatastrophen her gewohnt war, und der zuletzt für Messina erscholl. Die großen pazifischen Erdbebenländer versichern sich selbst und greifen lieber tief in ihre Reserven, als daß sie sich von der Welt-Wohltätigkeit abhängig machen, und sei es nur durch eine moralische Dankschuld. Das ist eine erste große Lehre des japanischen Bebens. Die pazifische Form eines jüngeren oder verjüngten Nationalismus enthüllt sich: unbeugsamer, aber auch unbändiger, autarkischer zentripetaler Stolz ist sein verschleiertes Leitmotiv!

Nach dieser ersten lautete die nächste Frage, was wohl zur Hilfeleistung geschehen müsse, ob im Völkerverbande ein Stürzender um jeden Preis zu halten sei oder ob seine Form des Herantretens an die anderen abzuwarten sei? Welchen Umfang hat die Zerstörung tatsächlich, welche Landesteile hat sie ereilt? Ist eine Herz- oder Kernlandschaft mit einem lebensnotwendigen Teil der nationalen Erzeugungsmittel und des Volksvermögens dauernd oder nur vorübergehend außer Kraft gesetzt? Wie steht es mit der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung der Katastrophe? War keine Warnung, keine vorbeugende Maßregel möglich?

Zunächst wurde der Umfang der betroffenen Landesteile im Welt-Nachrichtendienste weit übertrieben. Vielfach sind solche Stellen, von denen nur Nachrichten ausgingen und Fernwirkungen berichtet wurden, mit den wirklich verwüsteten verwechselt worden. So wurden als schwer betroffen gemeldet Niigata, wo nur ein Öltank der Nippon Kerosine Company Risse bekam und das Petroleum in den Straßen schwamm; Osaka und Nagoya, woher nur die ersten wichtigen Nachrichten aufgenommen wurden, die ganze Strecke zwischen Gotemba-Numazu und Osaka, die nur unter der Verkehrsstörung litt und von Flüchtlingen überschwemmt war. Von Nagasaki und anderen Stellen in Kiushiu funkte man über Shanghai Schreckensnachrichten in die Welt, bis zu Berichten über die Zerstörung der gesamten japanischen Flotte aufgebauscht, während die tatsächlichen Verluste der Flotte so unbedeutend waren, daß sie durch eine Änderung in der Verteilung der nach dem Programm von Washington ohnehin abzuwrackenden Schiffe leicht auszugleichen waren. Die Vulkaninsel Oshima sollte explodiert, versunken und wieder aufgetaucht sein; in Wirklichkeit wurde sie gar nicht in Mitleidenschaft gezogen, und als man sie nach den ersten Schreckensstunden aufsuchte, erkundigten sich die Bewohner ängstlich, was die Brandröte im Norden bedeute. Der heilige Berg Fuji-San sollte seine weltüber bekannte und in der Kunst verewigte Form verändert haben; tatsächlich rollte und rieselte nur eine Blocklawine von seinem Gipfel abwärts. Überall ist die physische Landoberfläche wenig verändert, gelitten hat nur ihre Kulturschicht, Verkehrshaut und Wirtschaftsdecke! So zeigte das Bild der Tatsachen rasch, daß der Umfang des Schüttergebietes anfänglich weit übertrieben worden war. Es beschränkte sich auf die Buchten von Atami, Sagami und Tokio,

den eigentlichen Siedelungsbereich der Hauptstadt und die Umgebung des Fuji, also auf jene Stellen, wo die vulkanische Bonin-Fuji-Spalte in den bogenförmigen Körper des Inselreichs eindringt und wo (durch die Höhendifferenz zwischen dem Gipfel des Fuji und der Tiefe des Japangrabens) eine Oberflächenspannung von rund 12 km entsteht.

Wenn also der räumliche Umfang der Katastrophe anfänglich übertrieben wurde, so doch nicht ihre furchtbare Intensität, die in ihren Folgen nur wenig gemildert wurde dadurch, daß die Erschütterung und ihre etwa alle 10 Minuten nachfolgenden schwächeren Stöße eine in Kultur und Aufbau an Beben gewohnte Landschaft getroffen hatte. Schon einmal im Jahre 1333 ist eine Hauptstadt des Reiches, Kamakura, unter ähnlichen Umständen vom Verderben erteilt worden, und die auf Rat des genialen Emporkömmlings Toyotomi Hideyoshi wegen ihrer Lagengunst 1590 neuangelegte Hauptstadt des feudalen Tokugawa-Geschlechts, Yedo, später Tokio, hat seit ihrer Erhebung zur Hauptstadt Ende des 16. Jahrhunderts mehrere ähnliche Gefahren durchlebt, so am 31. I. 1605, 30. XII. 1703 und 11. XI. 1855, — wenn sich auch keine dieser Katastrophen an Furchtbarkeit mit der letzten messen kann.

Es ist natürlich, daß im Augenblick des ersten Eindrucks die Frage auftauchte und immer wieder auftauchen wird: War es zu rechtfertigen, daß man die Landeshauptstadt aus dem relativ erdbebensicheren Kioto in die gefährlichste Schütterzone des Reiches verlegte, und ist es nicht unverantwortlicher geopolitischer Eigensinn, sich durch solche furchtbare Lehren nicht warnen zu lassen und den Wiederaufbau an der Ruinenstätte neu zu beginnen? Prestigegründe, Tradition und Trotz haben wohl bewirkt, daß der Gedanke einer Rückverlegung des Regierungsmittelpunktes nach Kioto gleich wieder verdrängt wurde. Eng damit zusammenhängt die Entscheidung über die Frage: Hat der Schlag eine Krafterschlaffung bewirkt, oder ist er nicht vielmehr zunächst, wie jede Katastrophe bei starken Völkern, ein Sporn zu gesteigertem Kraftaufwand gewesen? Hat er mehr Schwächen oder mehr Stärken des Volkskörpers und der Volksseele enthüllt? Gibt es für beide eine Gewöhnung an Erdbeben?

Von der Schwärzestes prophezeihenden Vorwarnung bis zur rosigsten Vorhersage blendenden Aufstiegs aus der Asche sind eingeweihten Beobachtern alle erdenklichen Proben zugegangen. Es ging uns mit der völkerpsychologischen Erdbebenwirkung wie mit dem Kriege: er schuf nicht, was an sich wohl schon in seinen Teilnehmern lag, sondern er übersteigerte es nur, machte die Guten besser, die Schlechten schlechter und warf die Lauen beiseite. Ganz ähnlich wirkte anthropogeographisch die Katastrophe in Japan. Als Gesamteindruck darf aber doch aus vielen einzelnen gefolgert werden, daß der Schlag einen immer noch starken und gesunden Volkskörper traf, wenn auch eher einen nervösen und sentimentalen als



primitiven Typ, und daß bei seinem Verhalten etwas von dem stolzen Klang der Römerode „Si fractus illabatur orbis, inpavidum ferient ruinae" mitgeschwungen hat, was alle unvoreingenommenen Beobachter bestätigen.

Freilich blieb dieses Lob auch nicht unvermischt, schwere Beschuldigungen klangen dazwischen, die vor allem der Groll der ihrer Selbstbestimmung beraubten Koreaner aufwühlte. Die Anschuldigung ist nicht ganz durch offiziellen Widerspruch aus der Welt geschafft, daß von den etwa 3000 koreanischen Schwer- und Hafenarbeitern in Yokohama und Tokio in der ersten Verwirrung eine unverhältnismäßig große Zahl niedergemetzelt worden sei, wie auch etwa 18 Sozialisten, nach japanischer Darstellung wegen angeblicher und wirklicher Plünderungen, aber unter dem Ausbruch eines ähnlichen Hasses, wie er sich beim Brand von Rom gegen die Christen richtete, und angeblich nicht ohne Mitwirkung staatlicher Organe. Diese Anklage bleibt ein dunkler Schatten in dem sonst so rühmlichen Bilde, das die betroffene Bevölkerung in ihrer tapferen und gefaßten Haltung in Erdbeben, Brand, Taifun und Flutwelle zeigte.

Eine Gewöhnung des Einzelnen an Erdbeben scheint es nach vielen Beobachtungen so gut wie nicht zu geben; es wird sogar behauptet, daß man von einem solchen Erlebnis zum anderen nervöser gegen die unberechenbare Erscheinung werde, namentlich wenn sie lange nachzittert. Aber gibt es aus mehr als dreitausendjähriger Erfahrung in einem der am meisten erdbebengeschüttelten Räume der Erde doch vielleicht eine gewisse Anpassung des ganzen Volkes, seiner Kultur, seiner Machtwerkzeuge? Wir möchten aus vielen Beobachtungen und Erfahrungen heraus diese Frage bejahen: Steinunterbauten wie Holzarchitektur, auch manche Eigenheiten der Innen-Ausstattung und der Lebensgewohnheiten zeigen zweifellos gewisse Anpassungsformen, und solche finden sich auch im Verhalten des Volkes bei Erdbeben-Katastrophen, in seinem Vermeiden lärmender Schmerzausbrüche und seiner zweifellos hochgesteigerten Hilfsbereitschaft. Aber gerade durch diese anerkennenswerte Selbstdisziplin ergeben sich beim Einzelnen wie bei der Masse Verdrängungen, die sich durch nervöse Rückschläge nachher rächen, wenn die Hochspannung vorüber ist. Ein solcher volkspsychologischer Rückschlag zeigte sich in der jetzigen Krise, als die starken Hände derer, die den Stoß unmittelbar pariert hatten, schwächeren in der Regierung Platz machten. Dazu kam, daß ein neuer Erdstoß die kaum beruhigten Gemüter erregte, nachdem die offizielle Wissenschaft ein Nachlassen der seismischen Tätigkeit angekündigt hatte — das allerdings ohne tiefere Berechtigung, nur an vage statistische Erfahrung anknüpfend.

Eine geopolitisch außerordentlich günstig wirkende Tatsache hat dem japanischen Volk die Überwindung dieses Schicksalschlages, wie so mancher früheren erleichtert: seine mehrtypische Art, die Zusammensetzung aus drei verschiedenen

Rassseströmen, einer kaltblütigen nordischen Unterlage, einer temperamentvollen Südrasse und kulturerzogener Zumischung vom Festlande. Vorteilhaft fühlbar macht sich auch der Umstand, daß Japan mindestens zwei Kern- und Herz-Landschaften besitzt, von denen immer die eine einspringen kann, wenn die andere erlahmt, gehemmt ist oder zurücksinkt. Die zwei großen Siedelungsverdichtungen des „Ahnenlandes" (Kamigata) um Nara-Kioto und die Bucht von Osaka im westlichen Hondo, und das Gebiet des Kwanto um Tokio weiter östlich leisten sich in der japanischen Staats-Biologie wechselseitig diesen Dienst, und zwar nicht erst seit dem Beginn der Hauptstadtrolle Yedo-Tokios um 1600, sondern schon seit die ursprüngliche Koloniallandschaft am Tonegawa mit ihrer verkehrsgünstigen Brückenlage sich immer mehr dem ursprünglich um die Japansee aufgebauten Alt-Kultur-Reichskörper anglich. So pendelte zum erstenmal mit der Erschlaffung der höfischen Kultur von Kioto der Reichs-Schwerpunkt unter den Reichsmarschällen aus dem Genji-Geschlecht in das heutige Erdbebengebiet nach Kamakura, brach dort unter einer physischen und anthropogeographischen Katastrophe 1333 zusammen, glitt nach Kioto und vorübergehend Nagoya zurück, und pendelte schließlich nach 1600 wieder ostwärts.

Heute nun lastet wieder die Hauptsorge für den Wiederaufbau auf der Finanzkraft und Unternehmungslust von Osaka und Kobe. Diese beiden Emporien sprangen in ernster, gefaßter Stimmung ein, parierten alle Gefahr für einen Valuta-Sturz des Yen und erwiesen so den Nutzen einer doppelten Bereitstellung von Wirtschafts- und Macht-Zentren für eine moderne Großmacht. Allerdings stellen sie nun auch ihre Rechnung dafür auf, durch die Forderung nach mehr Dezentralisation des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Die erste Wirkung der Katastrophe hat der Volkskörper und seine Wirtschaft dank seinem zähen Willen zur Selbstbehauptung glänzend überstanden. Das Nachzittern erwies sich als gefährlicher. Ein nicht bedeutender Anlaß kostete dem Reichstag das Leben und dem schwachen Ministerium Kiyura sein verfassungstechnisches Gleichgewicht. Wie eine weitere, auch kleinere Stoßprobe nun ausfiele, angesichts der tiefen Durchwühlung des Landes und der bevorstehenden Neuwahlen, ist kaum vorauszusagen.

Eine weitere Frage liegt nahe: gibt uns die Wissenschaft kein Mittel an die Hand, derartige Katastrophen vorauszusehen, wenigstens durch eine Vorwarnung die Gemüter vorzubereiten? Auf gesteigerte Erdbebenmöglichkeit kann zweifellos vorbereitet werden; freilich können solche Warnungen nur ganz allgemeiner Art sein, über Stärke und Auswirkungen nichts aussagen, und laufen Gefahr, wenn nur kleinere Beben eintreten, verlacht zu werden. Als Ende Juni 1923 die Abdämmungs-Seen rings um den Fuß des Fuji plötzliche erhebliche Niveauschwankungen zeigten und halb ausrannen, da wurde das in der Presse als be-



denkliches Symptom bevorstehender Störungen richtig gedeutet; ängstliche Gemüter bestellten ihr Haus, beruhigten sich aber wieder, als es dann fünf Wochen still blieb. Der Nutzen einer nicht nach Raum und Zeit genau präzisierten Warnung ist ja auch naturgemäß beschränkt. Immerhin gibt es zu denken, daß tatsächlich am 15. August ein mitteleuropäischer Liebhaber-Seismolog in einem noch vorhandenen Brief die amtlichen japanischen Stellen vor dem September-Anfang warnte, und daß die offizielle Wissenschaft auf deren Anfrage nur die Auskunft zu geben wußte, es gebe kein Mittel, Erdbeben vorauszukünden. Dabei weiß in Erdbebenländern jeder, daß es gewisse Vorwarnungen auf kurze Sicht gibt, und es ist unwahrscheinlich, daß große Spannungen in der Luft- und Wasserhülle die Lithospäre völlig unbeeinflußt lassen. Hier sollte es keine Beruhigung bei einem Non liquet geben! Angesichts der geopolitischen Tragweite solcher Ereignisse, die eine ganze Kernlandschaft eines großen Reiches auf Jahre lahm legen, Hunderttausende von Menschen töten, verwunden, verbrennen, oder als vermißt außer Gefecht setzen, einem 80 Millionen-Volk zwischen fünf und zehn Prozent seines National-Vermögens kosten, seine politische Schlagrichtung entscheidend beeinflussen und mit ihr das politische Gleichgewicht der Welt umlagern, —angesichts solcher Bedeutung darf keine Spur zu flüchtig und zu gering scheinen, sondern muß bis ans letzte Ende verfolgt werden, wo erforschbares Naturgesetz und vorbeugender Menschenwille in einem vereinigten Lichtbogen bis jetzt noch dunkle Zusammenhänge zu erhellen vermögen.

Die Aussicht auf verhältnismäßig schadlose Überwindung eingetretener Katastrophen ist aber auch eine Frage der Zweckmäßigkeit und Zähigkeit der Staats-Struktur. Neben einer gewissen instinktiven Einstellung aus dem Training von Jahrhunderten heraus gibt es in Japan sicher ein glückliches Gleichmaß zwischen der Festigkeit der Einzel-Zelle, des Gaues, und seiner Einfügung als dienendes Glied in eine zentralisierte Gesamtheit. Diese einzelne Gauzelle, meist ein in sich geschlossenes Flußgebiet mit Wasserscheidengrenze und stammverwandter, wirtschaftsgleicher Bevölkerung ist ungemein stabil. Die Reichslebensform als Ganzes ist vielleicht überzentralisiert, und zwar gerade auf die vom Erdbeben betroffene Landschaft hin. Aber die Zentralisierung hat bisher die Standfestigkeit der anderen Landschaften nicht zu erschüttern vermocht, und es ergab sich, daß ein Funktionieren des Zellenstaats durch den zeitweiligen Ausfall der östlichen Kernlandschaft nicht ernstlich gefährdet war.

Wie weit hat aber gleichwohl die Schlagkraft des Reiches neben den mittelbaren Folgen unmittelbar Einbuße erlitten? Eine der drei Haupt-Flotten-Stationen des Reichs lag in Yokosuka im Schüttergebiet. Was dort in Werften, auf den Helgen und in Hafenbecken sich befand, ist wohl außer Gefecht gesetzt worden. Doch ist der einzige nicht sofort durch Veränderung des Streichungsprogramms ersetzbare

Verlust der Marine ein zum Flugzeug-Mutterschiff umgebauter neuer Schlachtkreuzer gewesen, neben den großen ausgelaufenen Ölvorräten, etwa hundert vorübergehend gebrauchsunfähig gewordenen Wasser-Flugzeugen, und den Kosten für sonst ersetzbare Einrichtungen und Vorräte. Das Landheer wurde durch erhebliche Verluste in den großen Artillerie-Werkstätten und Kasernen von Tokio, Verwüstung von Eisenbahnen, Zerstörung auf den Truppenübungsplätzen am Fuji und der Militärstraße bei Gotemba betroffen. Diese Straße, eine Leistung tüchtiger Ingenieurarbeit, wand sich während des Erdbebens wie eine Schlange, und zwar nicht nur mittags beim ersten Hauptstoß, sondern auch noch nach 4 Uhr nachmittags unter einem fast gleich starken, und ruschte am Nagatoge so jäh bergab, daß der für schwere Artillerie fahrbare Heerweg nur mehr eine schmale Wegspur zeigte.

Während einer kriegerischen Verwicklung würde natürlich eine so völlige Zerstörung aller Verkehrswege und vieler Nachrichtenmittel der Zentral-Landschaft auf Wochen verhängnisvolle Folgen haben können, und eine geringe derartige Störung hat auch wirklich im ersten Drittel des vierzehnten Jahrhunderts eine innere Machtverlagerung herbeigeführt. Es erwies sich als ein Glücksfall, daß außer den Garnisonen von Tokio und Umgebung auf den Übungsplätzen am Fuji Truppen der 1. Division eben zusammengezogen waren, so daß genug verlässige Organisationen zur Hand waren, um gerade an der Grenze des Schüttergebietes (wo die Wirkungen der Vulkan-Landschaft um Hakone, der Flutwellen an der Küste, der Fuji-Zone selbst sich überschnitten) Hilfe und Absperrung zu leisten, ähnlich, wie die japanischen Flieger- und See-Streitkräfte, Hand in Hand mit der Bemannung einiger amerikanischer Fahrzeuge, an der Küste die erste Hilfe bringen konnten. Von dieser Zone wieder beginnender Organisation ging dann auch der erste Bahnverkehr zwischen Gotemba und Numazu nach Westen aus. Erdbeben und Vulkanismus lehren organisierte Kräfte schätzen und verstärken den Sinn für Zucht, den sie in sich tragen und bei kopflos gewordenen Massen wieder zu erwecken verstehen.

Binnen fünf Tagen sind im ganzen Truppen von zehn Divisionen aufgeboten worden (Garde 1., 2., 3., 5., 8., 9., 13., 14. und 15.); 27 Kriegsschiffe aller Stationen und eine Marinebrigade sind nach Yokosuka, Yokohama und Tokio herbeigeeilt, — das läßt Schlüsse ziehen auf die Spannkraft, die bei einem plötzlichen feindlichen Überfall aus heiterm Himmel das Reich entfalten könnte, das sich unter dem ersten Stoß weit besser gehalten hat, als es dann unter dem politischen Nachbeben aushielt. Über diese Haltung im kleinen und großen ist nur eine rühmende Stimme. Wenn aber der erste Schlag eine gesammelte, bereite Volksseele fand, stand diese den Aufgaben des Wiederaufbaus nicht ganz so einheitlich gegenüber.

Zwei Richtungen stehen sich da entgegen: die eine gibt zu, daß Japan überzentralisiert war, und daß es vielleicht richtig wäre, die Hypertrophie der Zwei-



Millionen-Stadt bei deren Wiederherstellung zu unterbinden. Die andere begrüßt die Möglichkeit, nun erst recht ein Groß-Tokio nach weit angelegten Plänen zu erbauen (wie z. B. Baron Goto andeutete, indem er einem Besucher seine Kondolenz mit diesen Zukunfts-Plänen und dem Hinweis auf ihre lang von ihm herbei gewünschte Möglichkeit abschnitt!). Ein solches Groß-Tokio würde freilich erst recht alle lebendige Kraft des Landes an sich ziehen, neben Kaiserhaus, Regierungsmaschine, Universität auch Kunst und Wissen, Handel, Geld und Industrie, und damit auch der natürliche Mittelpunkt aller gegenspielenden Kräfte, Ausstreuungs-Zentrale „gefährlicher Gedanken" über das ganze Reich werden!

Das andere große Zentrum des Landes um Osaka, Kobe und Kioto, die nördlichen Provinzen und die süd-westlichen Inseln wären dann allerdings nur dazu da, um diesen Wasserkopf von Hauptstadt immer größer und größer zu füttern. Ein Symptom dafür, daß man den Wagen in der alten Bahn weiter lenken will, ist sicher die Vereitelung des Versuchs, mit dem Seidengeschäft von Yokohama nach Kobe auszuweichen; obwohl erst von außen her Japan als Vertragshafen aufgezwungen, ist nun umgekehrt der von ihren Vorfahren geforderte Seidenplatz Yokohama den Fremden wieder von Japan aufgedrängt worden! Darin liegt geopolitische Gerechtigkeit, — ob auch Weisheit, ist eine andere Frage. Geopolitische Weisheit würde sich von dem vierten Großbeben an der Tokio-Bucht innerhalb weniger Jahrhunderte gelehriger warnen lassen, als sich anscheinend das Japan von heute von seiner Landesnatur beraten läßt.

Die weisen alten Staatsmänner, die den Umbau des Reiches in mehr als zwei Menschenaltern geleitet hatten, und dabei ebenso klug in die Welt hinaus zu horchen wußten, wie in die Eigenart ihres Heimatbodens und der darin erwachsenen Menschen hinein, sind tot oder hoch betagt; und das neue Führergeschlecht steht ihnen nicht ebenbürtig zur Seite. Ist unter so veränderten Verhältnissen der Bestand des Inselreichs immer noch so unerschütterlich, wie seine National-Hymne singt, wie man in seinen Schulen lehrt, und wie seine Besten glauben und hoffen?

Sein Boden zittert seit unvordenklichen Zeiten, und daran hat es sich gewöhnt. Aber noch nie vorher hat es seine ganze Betriebs-Zentrale mit heroischer Starrköpfigkeit so ausschließlich, allen Warnungen dieses Bodens zum Trotz, an der unruhigsten und gefährdetsten Schütterstelle aufgebaut.

OTTO MAULL:
BRASILIENS GEOPOLITISCHE STRUKTUR

Brasilien nimmt unter allen Staaten der Erde seiner Größe nach keine unwichtige Stellung ein. Es ist mit seinen 8,5 Millionen qkm dem Raume nach der siebtgrößte Staat der Erde, der drittgrößte der beiden Amerika. Wer mit Ratzel als Wesen des Staates die organische Bindung zwischen einem Stück Boden und einem Stück Menschheit erachtet, im Staate einen Raumorganismus sieht, der wird, wenn er die Größe eines Staates bestimmen will, sofort auch die Frage nach der zahlenmäßig festzulegenden Bindung zwischen Menschheit und Boden, nach der auf dem Staatsraum zusammengedrängten Menschenmasse stellen. In einer Gruppierung nach Raum- und Bevölkerungsklassen[1]) steht wohl Brasilien in der ersten Reihe der Raumklassen (Staaten mit über 5 Mill. qkm Areal), aber in der dritten Reihe der Bevölkerungsklassen (40 bis 10 Millionen Menschen) mit seinen 30,6 Millionen Einwohnern[2]). Die Bindung ist also zahlenmäßig betrachtet nicht stark; die gleichmäßige Verteilung der Menschen über den Raum ergibt eine Volksdichte von 3,6. Brasilien birgt demnach mehr die Möglichkeit der Entwicklung zu einem politischen Großorganismus im irdischen Gesamtraum, als daß es jetzt schon als solcher anzusehen wäre.

Noch günstiger steht Brasilien hinsichtlich der absoluten Größenverhältnisse im engeren amerikanischen Rahmen da. Es ist der Raumgröße nach der drittgrößte, der Bevölkerungsgröße nach der zweitgrößte Staat der beiden Amerika. Es hat eine ungleich größere Volksdichte als Kanada. In Südamerika nimmt der Staatsraum etwa die Hälfte des Kontinents ein. So scheint ihm, wenn man nach der Größe allein urteilt, die Vormachtstellung in Südamerika beschieden zu sein. Denn Argentinien steht heute hinsichtlich Areal (2,95 Mill. qkm) und Bevölkerungszahl (8,7 Millionen Einwohner) weit hinter Brasilien.

Gestalt und Lage begünstigen die bis jetzt nur nach der Größe bewertete Weltstellung. Der kontinentgroße einteilige Staatsraum — nur kleine Kontinentalinseln und die ozeanischen Inseln Fernando do Noronha und St. Paul liegen vor dem mächtigen Festlandskörper — lagert, breit ausladend im Norden, nach Süden immer schmaler werdend, damit die Gestalt Südamerikas wiederholend und auch Lageübergewicht in dem Erdteil gewinnend, in ausgesprochener Ecklage mit langer fortlaufender Verkehrsküste an dem wichtigen Verkehrsraum des Atlantischen Ozeans. Seine noch längere Festlandsgrenze bringt freilich zehnfache politische Nachbarschaft und hat zu manigfachen Grenzstreitigkeiten Anlaß gegeben. Der Völkerdruck vom Festland her ist trotz der langen Grenze nicht sehr bedeutend; der Druckquotient ist wenig größer als 1. An ernsteren Grenzproblemen besteht heute eigentlich nur eines, dort, wo Argentinien in der Provinz Missiones den



Finger gegen Brasilien reckt, damit den einen der kleinen Pufferstaaten, Paraguay, umklammert und zugleich empfindlich auf die brasilianischen Südstaaten drückt. Von den brasilianischen Militärs wird diese drohende Raumgeste Argentiniens ganz richtig empfunden. Dem Kaufmann, der leider in dem Staat nur einen Wirtschaftskörper, ein Geschäft, zu sehen pflegt, ist sie im allgemeinen — wie ich mich oft überzeugen konnte — unverständlich geblieben, weil keine Wirtschaftsgegensätze zwischen beiden Staaten bestehen und die wirtschaftliche Ausstattung gegenseitiger Ergänzung Vorschub leistet.

Raum- und Bevölkerungsgröße, Lage und Gestalt geben nur die Möglichkeit der Entwicklung zur Weltstellung im gekennzeichneten Größenausmaß an. Wie weit hat sich die Bindung zwischen Menschheit und Raum wirklich vollzogen? Leistet die Staatsstruktur weiterer Entwicklung Vorschub? Da fällt bei jeder eindringenden Betrachtung Brasiliens die strukturelle Unausgeglichenheit und Gegensätzlichkeit des Staatsraumes auf; unausgeglichen ist es hinsichtlich seiner anthropogeographischen, gegensätzlich in seiner physischen Struktur. Dieses Gegensätzliche der physischen Struktur bedingt die kulturgeographische Unausgeglichenheit vielfach und hemmt den Ausgleich.

Die starken Unterschiede im Bilde der Naturlandschaft Brasiliens und ihre grundverschiedenen Wirkungen auf das Leben sind weniger geomorphologisch als klimatisch und pflanzengeographisch bedingt. Im Norden wird die Gunst der großen, durch das prächtige Stromsystem des Amazonas aufgeschlossenen und zusammengefaßten flachen Hohlform abseits von den Flußstraßen durch die klimatisch bedingte wirtschaftsfeindliche Hyläa aufgehoben, und äquatoriales Tropenklima hemmt oder erschwert mindestens dort zugleich jede kulturelle Höherentwicklung. Weiter südlich, in der Zone der äußeren Tropen, sind alle auf menschliche Leistungsfähigkeit und Kulturarbeit einwirkenden Klimahemmungen geringer, wenn auch der tropische Sommer in den Küsten und Flußniederungen eine empfindliche Herabsetzung der Arbeitsintensität zur Folge hat. In Südbrasilien, etwa vom Wendekreis an, haben diese Einflüsse nur noch subtropisches Ausmaß. Im Gegensatz zu dieser Abschwächung kulturwidriger Einflüsse des Klimas auf den Menschen mit der Wanderung nach Süden findet die Hyläa Amazoniens ein verkehrs- und siedlungsfeindliches Gegenstück im ostbrasilianischen Küstenwald, der am São Francisco beginnt und vom südlichen Bahia an zu einem hohen Waldgebirge von stellenweise alpinem Charakter anschwillt. Es ist eine Zone, die in ihrer Wirkung auf den Gang der Kultur über die Erde recht gut mit der der Appalachen verglichen werden kann. Die von der Küste eindringende europäische Kultur hat lange vor ihm Halt gemacht, um es dann auf wenigen Routen zu durchmessen und schließlich die Räume zwischen diesen Linien dürftig zu besiedeln. Aber trotz dieser Durchdringung ist das Küstenwaldgebirge noch heute in vielfacher Hinsicht

Hemmungsgebiet für die Beziehungen zwischen der Küste und dem Innern Brasiliens, dem Brasilien vor und dem hinter dem Walde. Den Raum zwischen den beiden Waldzonen und das Binnenland südlich von der breiten Südflanke der Hyläa füllt die verkehrsfreundliche, im trockenen Nordosten jedoch wirtschaftsfeindliche Savanne und Catinga. Der Hochlandscharakter dieser Gebiete ist unbedingte Gunst, und die Flußstraßen des São Francisco und Paraguay haben zu ihrer Erschließung beigetragen, die allerdings infolge der Riesenweite der Gebiete heute noch nicht abgeschlossen ist. Nur aus dieser Verkehrsgunst der Savanne kann man die über ganz Innerbrasilien, selbst bis Amazonien ausgreifenden Züge der Bandeiras Paulistas [3]) verstehen. Aber die Küstenwaldzone sperrt die großen günstigen Entwicklungsräume von den im brasilianischen Küstenraum punkthaft eingelagerten Häfen ab. Nur in den Südstaaten hat infolge der Engräumigkeit ein gewisser Ausgleich zwischen Küsten und Innerem stattgefunden, am wenigsten noch in Paraná, am meisten in Rio Grande do Sul.

Gesamtstaat und Gliedstaaten zeigen auffällige Formen der Anpassung an diese Naturlandschaftszüge. Als Kolonien geboren liegen die Entwicklungszellen der meisten späteren Staatenräume in günstiger topographischer und Verkehrslage am Küstensaum. Diese Kapitanien sind, die späteren Staatenräume erobernd, gleich Rodungsflächen, oft Talstraßen folgend, in den Wald hinein- und auf die Hochfläche hinaufgewachsen. Es ist der typische Entwicklungsprozeß der Bildung kolonialer Länder von der Küste aus, dem dann später der Aufteilungsprozeß der inneren noch nicht besetzten Hochflächen in die küstenlosen politischen Räume von Minas Geraes, Goyaz und Matto Grosso gefolgt ist [4]). So sind relativ engräumige Staaten an der Küste und großräumige im Hinterland entstanden, und mit dem Übergang vom portugiesischen Verwaltungsbezirk zur politischen Selbständigkeit waren Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gebilden an der Tagesordnung. Wie in allen jungen Kolonialländern sind als Außen- und Binnengrenzen vielfach Flußlinien gewählt, daneben auch Gradnetzgrenzen gezogen worden [5]).

So hat sich von der Küste aus der Staatsraum entwickelt; und hier fand gleichfalls die Wanderbewegung ihr erstes Ziel, deren Menschenströme — teils freiwillig, teils unfreiwillig — von der Umwelt nach dem Bevölkerungsminimum des zur Zeit der Entdeckung und auch heute noch relativ leeren Brasiliens abflossen. Gerade weil dieser Wander- und Entwicklungsprozeß noch in vollem Gange ist, läßt die Bevölkerungsstruktur des Staates den Einfluß der physischen Staatsstruktur noch mit größter Deutlichkeit erkennen. Ein Volksdichtekartogramm, das die Staaten nach ihren Dichtewerten [6]) gruppiert, spiegelt in getreuester Weise die großen Naturlandschaftsbezirke wider. Das Urwaldtiefland des Nordens mit Dichten von 0,2 in Amazonas, 0,6 im Aere Territorium, 0,7 in Pará-Maranhão



und Piauhy bilden mit der Dichte 2,5 schon Übergangsgebiete nach dem Nordosten hin — steht auf derselben Dichtestufe wie das Catinga- und Savannenhochland des inneren Mittelbrasiliens, wo in Matto Grosso 0,17, in Goyaz 0,77 Menschen auf einem Quadratkilometer wohnen. Die durchschnittliche Volksdichte dieses riesenhaften Gebiets der Nord- und Weststaaten — Maranhão und Piauhy miteingerechnet — beträgt 0,6. Auf 71,3 Prozent (= 6,07 Mill. qkm) des Staatsraumes wohnen nur 12 Prozent (= 3,7 Mill.) der Bevölkerung. An diesem menschenarmen Norden und Westen hängt im Osten gleichsam nur ein schmaler, aber relativ dichtbevölkerter Saum, der westlich vom Nordosthorn beginnt und sich bis zum Südende Brasiliens hinzieht. Der Fläche nach nimmt er noch nicht einmal 30 Prozent des Gesamtraumes ein, trägt aber fast 90 Prozent der Bevölkerung. Drei Gruppen der z. T. recht kleinräumigen Staaten lassen sich unschwer erkennen. Im trockenen, waldarmen Nordosten, im Übergangsgebiet der inneren zu den äußeren Tropen bilden die Staaten Pernambuco (mit Dichte 21,7), Alagoas (34,3), Sergipe (22,1) einen Bevölkerungskern, um den sich Ceará (9), Rio Grande do Norte (10,2), Parahyba (17,2), Bahia (6,3) herumlegen. Letzteres hat schon wieder Anteil an dem südlichen wenig erschlossenen Waldgebiet und an dem dünn besiedelten Innern. Die mittlere Dichte dieser Nordoststaaten, die 10,99 Prozent des brasilianischen Staatsraumes ausmachen und auf ihm 32 Prozent der Bevölkerung vereinigen, ist 10,4. So wichtig dieser Eckraum seiner Bevölkerungsbedeutung nach ist, so liegt doch das Bevölkerungsschwergewicht Gesamtbrasiliens nicht mehr hier, wie ehedem, sondern südlicher in den der äußeren Tropenzone angehörigen Mittelstaaten, den Waldgebirgsstaaten Espirito Santo (10,2), Rio de Janeiro (36,7), São Paulo (18,6) und dem Bundesdistrikt (9,92) und dem vom Wald auf die Savanne übergreifenden Hochlandsstaat Minas Geraes (9,9). Auf 10,9 Prozent der Gesamtfläche sind hier 44,5 Prozent der Bevölkerung vereinigt, und die mittlere Dichte dieser Gruppe beträgt 14,7. Der subtropische Süden zeigt zahlenmäßig geringere Bindung zwischen Boden und Menschheit; seine Dichte ist nur 6,1. Die Dichtezahlen der Einzelstaaten Paraná, Santa Catharina und Rio Grande do Sul sind 3,4, 7,1 und 7,8. Auf 6,8 Prozent der Fläche sitzen hier 11,5 Prozent der Bevölkerung.

Die Füllung der einzelnen Staatsräume mit Menschen ist in der Periode von 1890—1920 mit grundverschiedener Intensität vor sich gegangen; und wieder ordnen sich dabei die Staaten in Zonen an. Das größte mittlere jährliche Wachstum[7]) zeigen die Nord-, Innen- und Südstaaten. Espirito Santo mit 4,29, São Paulo mit 4,25, Pará mit 3,75, Matto Grosso mit 3,68, Amazonas mit 3,66, das Aere Territorium mit 3,44, Paraná mit 3,37, Goyaz mit 2,85, Rio Grande do Sul mit 2,94, Santa Catharina mit 2,72, der Bundesdistrikt mit 2,60 Prozenten. Sie erscheinen als die sich schnell füllenden und kulturgeographisch sich rasch

wandelnden Räume mit einem Wachstum, das größer ist als das Mittel 2,49 Prozent für Gesamtbrasilien, gegenüber den in ihrer Bevölkerungsbewegung mehr stagnierenden und daher schon im Augenblick gesättigt erscheinenden übrigen Staaten. Zu diesen letzteren gehören außer den übrigen Mittelstaaten ausnahmslos die Staaten des Nordostens. Es sind Rio Grande do Norte mit 2,44, Piauhy mit 2,42, Maranhão mit 2,3, Alagoas mit 2,23, Pernambuco mit 2,19, Minas Geraes mit 2,01, Ceará mit 1,95, Bahia mit 1,9, Sergipe mit 1,83, Rio de Janeiro mit 1,81, Parahyba mit 1,81. Sapper[8]) hat auf Grund der Berechnung der Zeitspanne 1908—1920 eine wesentlich größere mittlere Bevölkerungszunahme für Gesamtbrasilien von 3,4 Prozent gefunden und daraufhin Brasilien zu den Ländern der Erde mit stärkstem Wachstum gestellt. Sicher kündet sich in der längeren und kürzeren Periode die Tendenz starken Wachstums an.

Dieses intensive Wachstum geht vornehmlich auf die starke Einwanderung zurück; und diese bedingt eine stets sich erneuernde Unausgeglichenheit der ethnographischen Struktur Brasiliens. Alle Hauptrassen[9]) der Erde, Vertreter der wichtigsten Sprach-, Kulturgemeinschaften und Nationen finden sich im brasilianischen Staatsraum. Unter den Einwanderern[10]) stellten 1908 bis 1912 die Portugiesen, Spanier und Italiener weitaus das Hauptkontingent dar. Es folgten mittelstarke Wellen der Russen, Deutschen und Österreicher. Franzosen, Engländer, Holländer und Nordamerikaner haben an der Wanderbewegung nur geringen Anteil. Die Aufgabe Brasiliens kann es nur sein, aus diesen gar verschiedenen Komponenten eine brasilianische Nation zu bilden und sie mit dem alten an sich schon recht verschiedenartigen kolonialen Grundstock dabei zu verbinden. Die Aufsaugung der indianischen Elemente ist zum guten Teil vollendet; und nur im Norden und Westen leben noch Indianer in beträchtlicher, in Espirito Santo, Bahia und Paraná dagegen nur in geringer Zahl. Aber zwei Probleme bleiben: die Aufsaugung der Neger und die nationale Umwertung der Angehörigen fremder Nationen im brasilischen Sinne. Wenn nicht alle Beobachtungstatsachen täuschen, geht die Aufsaugung der Neger ebenso allmählich wie sicher vor sich. Von dem Bestehen oder der künftigen Ausbildung einer Colour-Line kann für Brasilien keine Rede sein. Bei der starken Einwanderung der Weißen (von 1908 bis 1912 im Jahr 100000) und dem ziemlich großen natürlichen Wachstum der weißen Bevölkerung (1,21 Prozent), das weit bedeutender ist als das der Mulatten (0,93 Prozent), Indios (0,34 Prozent), Schwarzen (— 0,62 Prozent), besonders infolge der großen Sterblichkeit der letzten beiden Gruppen, ist der Zeitpunkt der vollendeten Aufsaugung fast voraus zu berechnen. Es liegt so heute — das zeigen Statistik und Beobachtung des reisenden Forschers über das Verhältnis der Rassen zueinander und den schon weitgehenden Rassenausgleich — kein Grund mehr vor, daß sich Brasilien noch durch die böse Prophezeiung Lapouges:




Amazonas
0,36
Pará
0,9
Acre-Territorium
0,09
Matto Grosso
0,25
Goyaz
0,5
Maranhão
0,9
Piauhy
0,6
Ceará
1,3
Rio Grande do Norte
0,5
Parahyba
1
Pernambuco
2,2
Alagoas, 1
Sergipe, 0,5
Bahia
3,3
Minas Geraes
5,9
Espirito Santo
0,5
Rio de Janeiro
1,6
Federaldistrikt 1,2
São Paulo
4,6
Parana
0,7
Sta Catharina
0,7
Rio Grande do Sül
2,2
Volksdichte:
0-1
1-2,5
2,5-5
5-10
10-20
> 20
Die in den Staatenflächen eingetragenen Zahlen geben deren Bevölkerungsmengen in Mill. an.
Binnengrenze der stärker besiedelten Räume gegen das schwach besiedelte Innere.
2. Verkehrsstruktur Brasiliens.
M. 1:133 000 000.
Flußschiffahrts Strecken
Seeschiffahrts Strecken
Durch Eisenbahnen erschlossene Zonen
1. Die Gruppierung der Staaten BRASILIENS nach ihrer Bevölkerungsstruktur.
I Nord- und Binnenstaaten.
Ia Übergangsgebiet zum Nordosten.
II Nordoststaaten.
III Mittelstaaten.
IV Südstaaten.
× Zukünftiger Federal-Distrikt.
Das mittlere jährliche Wachstum in der Periode 1890-1920 ist größer / kleiner als das Mittel für Brasilien
Maßstab 1:37 000 000.
3. Brasiliens Lage im Kontinent und polit. Nachbarschaft.

„Le Brésil constituera sans doute d'ici un siècle un immense état nègre, à moins qu'il ne retourne, c'est probable à la barbarie ..." schrecken läßt, oder daß auch nur eine zukünftige stärkere Spaltung in Schwarz und Weiß anzunehmen wäre, die eine Disharmonie im ethnographischen Staatsgefüge zur Folge hätte. Brasilien ist heute seiner Rassenstruktur nach eine Mischform, in der aber allmählich die weiße Rasse siegen wird. Das Ergebnis wird eine Mischform, eine „metamorphe" Rasse, sein, vergleichbar der brünett-weißen Abteilung in der Alten Welt. Nur im Norden wird zunächst noch der indianische Einschlag stark sein, ja, vorherrschen.

Weniger eindeutig ist die Frage der Entnationalisierung der Angehörigen fremder Staaten und deren Naturalisierung in Brasilien zu beantworten. Die entscheidende Entwicklung des Nationalgefühls stellt sich bei dem einzelnen Individuum jedesmal bei der ehelichen Verbindung mit Brasilianern ein. Hinsichtlich solcher Bindung zwischen Fremden und Brasilianern stehen zahlenmäßig die Italiener an erster, die Portugiesen an zweiter, die Deutschen an dritter, die Spanier an vierter Stelle. Wo jedoch Angehörige fremder Nationen auf geschlossenem Raume siedeln, so besonders bei den Deutschen in den Südstaaten und in Espirito Santo, geht trotz der Erwerbung der brasilianischen Staatsangehörigkeit dieser Verschmelzungsprozeß so langsam vor sich, daß ein Großteil dieser Deutschbrasilianer noch nicht einmal die Staatssprache, den zur Schriftsprache erhobenen brasilischen Dialekt des Portugiesischen versteht. Der brasilische Staat hat überall dort den Grundsatz unbeachtet gelassen, daß Unterricht in der Staatssprache das wichtigste politische Erziehungsmittel ist; und auch das vorübergehende chauvinistische Aufwallen während des Weltkrieges hat diese Unterlassungssünde nicht wieder gut machen können. Umgekehrt begeben sich aber solche Bevölkerungsgruppen infolge ihrer Sprachunkenntnisse jeden Einflusses auf das staatliche Leben und stellen damit verhältnismäßig harmlose Sondergebilde innerhalb des Staatskörpers dar.

So entbehrt Brasilien noch in hohem Grade der Spracheinheit, der wichtigsten Grundlage für die Nationbildung und die Entwicklung des Nationalcharakters. Die Bevölkerung entspricht damit in ihrer Gesamtheit lediglich der Summe der Staatsangehörigen und der Fremden. Die ehemalige nationale Zugehörigkeit ist auch bei vielen der Staatsangehörigen noch unverwischt; doch vom alten Heimatland losgelöst, dort entwurzelt, auf das Neue angewiesen, stehen sie, wenn auch nicht als Glieder einer Nation, doch nicht im Nationalitätenkampf gegeneinander. Auch Einheit der Konfession fehlt, wenn auch die katholische die weitaus herrschende ist.

Einend auf diese Meng- und Mischbevölkerung wirken viel mehr und rascher als der anthropologische Ausgleich und die in ihrer Werbekraft eigentlich nicht starken kulturellen Tatsachen die physischen Einflüsse des Raumes, die geographischen Notwendigkeiten. Sie bestimmen gleiche Sitten und Gewohnheiten, gleiche Wohn- und Wirtschaftsweise; und es ist erstaunlich, wie rasch in der Hinsicht bei



den anthropologisch und sprachlich Fremden die Angleichung an die älter Eingesessenen vor sich geht.

Trotz aller Unausgeglichenheit der ethnographischen Struktur ist die Nationbildung auf unaufhaltsamem Marsche, und der Wille zum Staat ist stark; nur stößt er bei der Umfassung des großen Raumorganismus noch auf manche Hemmungszonen physisch- und kulturgeographischer Art, und kaum halb hat er die Aufgabe heute gelöst. Liegt doch in Brasilien neben der Kulturlandschaft noch fast unberührte Naturlandschaft, die riesige Räume einnimmt. Denn auch gar unausgeglichen wie die ethnographische Struktur ist die Kulturstruktur; und ihr Ausgleich wird stets wieder durch frische Ankömmlinge und neue Kulturwellen gestört. Nach Intensität und Wesen verschieden ist darum die Kulturkraft. Die in küstennahen Landschaften schon mit ziemlicher Dichte, im Innern spärlicher verteilten Ansatzpunkte moderner Hochkultur sitzen auf einem breiten Kulturgrunde, in dem sich südeuropäische Kultureinflüsse mit Eingeborenengut innig gemischt haben. Die Kultur der Naturvölker ist namentlich auf den Norden zurückgedrängt und nimmt im übrigen Brasilien nur inselhaft — z. B. im Westen und in Espirito Santo — geringe Areale ein. Diese kulturellen Gegensätze bedingen die Eigenart der Kulturlandschaftsgrundlage Brasiliens, des Wohn- und Nährraums und der Verkehrsadern des Staatsorganismus.

Die Siedlungsstruktur zeigt deutlich, daß der Anstoß zur Besiedlung von der Küste kam. Ein Gürtel städtischer Küsten- und küstennaher Siedlungen greift je nach der Gunst der Eingangspforten tiefer oder weniger tief ins Hinterland, löste sich aber dort immer mehr auf. Der Westen und Norden bergen nur ganz wenige große Wohnzellen, und auch die Abstände zwischen den kleinen, geschlossenen Siedlungen und den vielen Einzelsiedlungen werden dort immer größer. Moderne Städte im europäisch-nordamerikanischen Sinne finden sich fast nur in Küstennähe. In grellem Gegensatz zu diesem Siedlungsbild an der maritimen Peripherie wird im Westen und Norden die Bodenstete der Siedlungen aufgegeben zugunsten der bodenvagen Siedlung der Indianer. Immer mehr wachsen von der Küste nach dem Innern hin die siedlungsleeren Räume zwischen den Wohnzellen an. Was die Betrachtung der Volksdichtenverteilung ahnen ließ, zeigt das Siedlungsbild eindeutig: die staatsnotwendige Synthese zwischen Mensch und Raum ist am Ostsaum mehr flächenhaft, im Westen und Norden nur punkthaft geknüpft. Aber immer neues Entstehen, daneben freilich auch Vergehen von Wohnzellen ist in den nördlichen und westlichen Räumen zu beobachten. So erobert heute langsam der Staat die großen Räume, die er zunächst durch wenige Siedlungsvorposten besetzt, dann vertragsmäßig abgesteckt hat, durch systematische Besiedlung.

Zu gleicher Zeit wird damit Nährraum geschaffen, und Kulturarbeit gewinnt die Flächen um die Wohnzellen. Dieselbe Unausgeglichenheit im Wirtschaftsbilde

und in der Wirtschaftsstruktur kehrt dabei wieder. Neben moderner Plantagenwirtschaft und dem Ackerbau in den Südstaaten steht Hackbaukleinwirtschaft mit ihren geringen und längst nicht voll ausgenutzten Erträgnissen; und vielfach treten diese Wirtschaftsformen als extensiver Raubbau auf. Der Westen ist Viehzuchtsnutzungsfläche fast ohne jeden Anbau. Im Norden herrscht die seit dem Schwinden der Kautschukkonjunktur in ihrem Werte stark geminderte Waldwirtschaft und daneben Wasserwirtschaft; immer wertvoller werden dort die Pflanzungsgebiete neben dem primitiven Hackbau und der Sammlertätigkeit der Indianer. Ein Blick auf eine Karte der Bodenwerte[11]) vermag am besten diese völlige Unausgeglichenheit der landwirtschaftlichen Nutzung zu belegen. Das Hochland Mittelbrasiliens und auch z. T. die Südstaaten sind reich an abbauwürdigen Bodenschätzen, besonders Eisen- und Manganerzen. Brasilien ist jedoch seit der Wirtschaftsumstellung vornehmlich infolge der durch den Weltkrieg bedingten Abschlußperiode längst nicht mehr reiner Agrikulturstaat und Rohstofflieferant, sondern eine sich auf einheimische und fremde Rohstoffe, Menschen- und reichste Wasserkräfte stützende Industrie macht wesentlichste Züge im brasilischen Wirtschaftsbilde aus[12]). In diesem Streben nach Unabhängigkeit von fremden Industriegütern liegt die Tendenz nach der Verselbständigung des Staates im autarken Sinne, die den aus der kolonialen Wirtschaftssphäre zu selbständigen Staaten erwachsenden politischen Räumen (Indien, Südafrika, Australien, Kanada) im allgemeinen eigen ist.

Diesem Prozeß allseitiger Nutzung der Wirtschaftsquellen des Landes im Sinne eines wirtschaftsgeographischen, harmonischen Ausgleichs steht freilich die im Verhältnis zur Riesenweite des Raumes geringe Entwicklung der Verkehrsadern, die unfertige Verkehrsstruktur, entgegen. Weit mehr als jeder andere Grundzug im Kulturlandschaftsbilde lehrt eine die Leistungsfähigkeit der Wege wertende Verkehrskarte die inneren vielfach physisch-geographisch bedingten Grenzen Brasiliens kennen. Brasilien zerfällt in zwei große Eisenbahnprovinzen von völlig ungleicher Bahndichte. Die wichtigste ist die der Mittelstaaten mit größter Bahndichte in São Paulo und Rio de Janeiro. Von den beiden Hauptstädten dieser Staaten gehen lange Bahnradien ins Innere bis zum oberen São Francisco und zum Paraguay. An einem von São Paulo nach Süden vorstoßenden Bahnstrang hängt das dünnmaschige Netz der Südstaaten. Zwischen dieser größten Eisenbahnprovinz und der kleineren der Nordoststaaten klafft im nördlichen Espirito Santo und südlichen Bahia, dem Hemmnis des Küstenwaldes entsprechend, eine weite Bahnlücke. Auch die Nordostprovinz zerfällt heute noch in zwei Teile, deren Schließung aber wohl bald bevorsteht. Lediglich ein paar Stichbahnen von der Küste aus und eine Umgehungsbahn am Madeira machen die Bahnwege im weiten übrigen Brasilien aus. Im Norden ersetzt das Netz der Flußadern die Bahnwege, wobei freilich die am Hochlandrande auftretenden Wasserfälle der Benutzung Grenzen setzen. Den Westen



schließt die leistungsfähige, im Unterlauf freilich durch fremde Staaten ziehende Paraguaystraße auf. Kunststraßen ergänzen das Bahnnetz nur in ganz unzureichendem Maße. Das stärker besiedelte Hochland ist reich an fahrbaren Wegen, die dem abseits von den Bahnlinien nur von Saumpfaden durchzogenen Küstenwaldgebirge fehlen. Das Waldland des Nordens behilft sich auf den Flächen zwischen den Wasserverkehrswegen mit dem primitiven Pfad.

So ermangelt Brasilien in weitesten Räumen nicht nur des Zusammenschlusses der Siedlungs- und Wirtschaftsflächen, sondern es fehlt ihm auch der innere Verkehrszusammenhang. Das Amazonastiefland ist vom Nordosten und von den Mittel- und Südstaaten her relativ rasch nur auf dem Seewege zu erreichen. Reich entwickelte äußere Verkehrsstruktur muß hier die innere noch ersetzen. Ohne jeden leistungsfähigen Zugangsweg — denn die Wasserstraßen vom Amazonas her sind durch Wasserfälle gesperrt — sind die nördlichen Teile vom Matto Grosso und Goyaz. Um so verständlicher werden die Bestrebungen Rondons, die fernen, abgelegenen Teile des Nordostens durch einen Überlandtelegraphen mit der Mitte zu verbinden. Demselben Streben zentraler Zusammenfassung des heute noch Weitgetrennten — nicht etwa lediglich dem Schutzbedürfnis der Hauptstadt — entspricht die schon öfters geplante Verlegung der Hauptstadt aus dem exzentrisch gelegenen Südosten nach dem Hochland der Mitte. Die Ausscheidung eines neuen Federaldistriktes aus dem Staatskörper von Goyaz ist freilich der Entwicklung weit vorausgeeilt.

Brasilien als Staatsraum trägt auf Grund dieser Analyse alle Symptome eines jungen, noch recht unentwickelten Staatsorganismus an sich. Der Staatsraum ist noch mehr Prätension als Wirklichkeit; es fehlt in weiten Teilen noch die innigere Bindung zwischen Mensch und Raum. Der Staat gleicht einer Reihe größerer und kleinerer Raumkammern, die aber noch nicht zu einem Gebäude zusammengefügt sind, weil die Türen zwischen den einzelnen Kammern fehlen. Selbst der küstennahe Ostsaum entbehrt noch des inneren Raumzusammenschlusses. Um dieses Kulturaltland des Ostsaums, das kaum $^1/_4$ des Staatsraums ausmacht und in dem die Mittelstaaten die politische Zentrallandschaft bilden, legen sich riesige Entwicklungsräume herum, die zur Genüge Entwicklungsbedingungen und in ihrem Zusammenschluß einen großen einheitlichen harmonischen Staatskörper zu bilden vermögen; denn die verschieden ausgestatteten Zonen der inneren und äußeren Tropen und der Subtropen bilden gegenseitige Ergänzung. Zur Entwicklung fehlt nur der Mensch. Es sind daher Räume, die zunächst noch menschenarm, zuweilen geradezu menschenleer sind; und als solche erfüllen sie noch eine gewisse Funktion als pheripherische Schutzorgane. Doch auf die Dauer können sie das in einem Zeitalter wirtschaftlicher Durchdringung der Welt nicht bleiben. Sie bedürfen der Entwicklung und der Verknüpfung mit den zentralen Landschaften, wenn aus



den Schutzzonen von gestern und heute nicht Gefahrzonen von morgen werden sollen. Denn wenn Brasilien nicht Menschen und Kapital zu ihrer Entwicklung aufzubringen vermag, werden an Menschen reichere und an Kapital kräftigere Mächte den Anspruch des politisch Überlegeneren darauf geltend machen. Vornehmlich gilt das für Amazonien. So mutet Brasilien heute noch wie ein unbeholfener Körper an, der seine Glieder noch längst nicht völlig in der Gewalt hat, wie ein junger Riese, der sich erst seiner Kraft bewußt werden muß, um sie nützen zu können. In diesem Körper lebt aber ein sich mannigfach regender Staatswille; und Brasilien genießt einen großen Vorteil vor so manchem anderen Staat, den der Jugend, und ihr, richtig genutzt, gehört die Zukunft.

ANMERKUNGEN

1) Nach meiner im Drucke befindlichen „Politischen Geographie" (S. 120/121), die mir zugleich für die Methode der folgenden Betrachtung maßgebend gewesen ist.

2) Recenseamento do Brazil (realizado em 1 de Setembro de 1920), hrsg. v. Ministerio da Agricultura, Industria e Commercio, Directoria Geral de Estatistica. Vol. I Rio de Janeiro 1922 (zit: Recenseamento).

3) Affonso d'Escragnolle Taunay hat diese Züge auf einer im Museu Paulista (Ypiranga) in São Paulo ausgestellten, aber sonst noch unveröffentlichten Karte dargestellt.

4) Gute historischgeographische Entwicklungskarten der Stadien von 1549, 1763, 1822 und 1889 enthält der 1. Bd. des Recenseamento. Auf den Karten sind die Verträge der Grenzfestsetzungen eingetragen.

5) Die Grenzen Brasiliens hat Fernando Antonio Raja Gabaglia in einer umfangreichen Arbeit: „As fronteiras do Brasil", Rio de Janeiro 1916, untersucht.

6) Die angegebenen Werte stellen eine Neuberechnung dar. Areale der Staaten und Bevölkerungssummen sind dem Recenseamento Vol. I S. 22 und 536 entnommen. Die daraus berechneten Dichtewerte weichen z. T. stark ab von den von Fr. Tamß in Pet. Mitt. 1923, S. 84, mitgeteilten Zahlen, deren Berechnung andere Flächenzahlen zugrunde liegen. Wie weit die Angaben der Areale der Staaten nach den einzelnen Messungen auseinandergehen, lehrt die Tabelle auf S. 4 des vom Instituto Historico e Geographico Brasileiro herausgegebenen Diccionario Historico, Geographico e Ethnographico do Brasil, Primero Volume, Rio de Janeiro 1922. Bei dem heutigen Stande der kartographischen Kenntnis Brasiliens läßt sich überhaupt nur auf Grund der wundervollen Carta do Districto federal, 1 : 50000, für diesen kleinen Bezirk eine genaue Berechnung der Fläche durchführen.

7) Nach dem Diccionario Hist., Geogr. e Ethn. S. 246.

8) Sapper, K.: Karte der mittleren jährlichen Bevölkerungszunahme der Erde. München und Berlin (Verlag Oldenbourg).

9) Über den Anteil der Rassen an der Bevölkerung der einzelnen Staatsräume für das Jahr 1890 gibt das Diccionario Historico S. 278 Aufschluß.

10) Diccionario S. 281.

11) Recenseamento, Vol. III, la Parto Agricultura. Nach S. XVIII u. S. 55.

12) Die wirtschaftsgeographische Umbildung Brasiliens wird in einem der nächsten Hefte der „Geographischen Zeitschrift" eine besondere Darstellung finden.

ROBERT SIEGER:

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEM WACHSTUM DER STAATEN UND DEM DER NATIONEN

Nicht der ausschließliche, aber der wichtigste Gegenstand der politischen Geographie sind die hauptsächlichen politischen Räume, die Staaten. Ihre Gesamtbevölkerung, die Einwohnerschaft, steht als politischer Körper an Bedeutung zurück hinter der Staatsbürgerschaft, den politisch berechtigten Staatsangehörigen. In den modernen Staaten umfaßt diese die Einwohnerschaft nach Abzug der Staatsfremden und der Nichtmündigen. Sie wird als staatsrechtliche Einheit oft auch Nation genannt. Um Verwechslungen zu vermeiden, muß man dann aber eine nähere Bestimmung einführen und eine solche bietet sich zwanglos in dem Ausdruck „politische Nation" der ungarischen Gesetzessprache[1]). Nicht weniger wichtig für die politische Geographie ist aber eine andere Art politischer Körper, diejenige unter den vielerlei „räumlich ausgebreiteten Gemeinschaften"[2]), die sich selbst Nation zu nennen pflegt, und die wir zu besserer Unterscheidung als „kulturelle Nation" bezeichnen mögen. Vom Wesen dieses Verbands und von den Merkmalen, nach denen man seinen Begriff zu bestimmen sucht, genügt hier weniges zu sagen. Die ausgereifte Nation ist nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine geistige und seelisch-sittliche Gemeinschaft, die ein lebhaftes, durch gemeinsame Erlebnisse und Aufgaben auf gemeinsamem Boden erwachsenes, von Generation zu Generation überliefertes Bewußtsein ihrer Einheit und Zusammengehörigkeit, aber auch des Wertes der Gemeinschaft und ihrer Aufgaben besitzt; man mag von „Nationalstolz" reden. Daher wagt auch nicht jedes Volk — d. h. nicht jeder durch örtliche und andere Gemeinsamkeiten verbundene Teil der Menschheit, den wir durch dieses unbestimmte Wort „Volk" als etwas Zusammengehöriges anerkennen — sich ohne weiteres Nation zu nennen und noch weniger wird jedes beliebige Volk ohne weiteres von den anderen als Nation anerkannt. Die Verdeutschung dieses Fremdwortes kann also nicht „Volk" sein, aber auch nicht „Volkstum" (das ja Inhalt und Wesen des Volkes oder der Nation bezeichnet[3]), sondern am ehesten das neuerlich öfter verwendete Wort „Volkheit"[4]).

Die Wohngebiete der Nationen sind ebensowohl politische Räume wie die Staatsgebiete. Decken sie sich mit solchen, wenigstens in der Hauptsache, so spricht man bekanntlich von Nationalstaaten und ihren Staatsnationen. Schneiden sich ihre Grenzen derart, daß einzelne Staaten mehrere Volkheiten oder Bruchteile von mehreren umschließen, so sind diese Nationalitätenstaaten. Man kann auch von „Mehrvölkerstaaten" sprechen, da nicht alle ihre Teilhaber einen stärkeren „Grad der Nationalität"[5]), ein wirkliches Nationalbewußtsein ausgebildet zu haben brauchen. Es gibt zwei Typen. Den streng übernationalen vertritt die Schweiz

mit der ängstlich gewahrten Gleichberechtigung dreier Nationen, neben denen ein viertes Volk immerhin etwas zurücktritt. Der andere Typus zeigt eine Nation in führender Stellung[6]), in mannigfachen Abstufungen von dem natürlichen Übergewicht der Mehrheit oder der kulturell und geistig höchststehenden Nation bis zu jener einseitigen Bevorrechtung einer Nation und der künstlichen Zurückdrängung der sogenannten „Nationalitäten", die nach außen hin einen Nationalstaat vorgibt und die Supan durch den Namen „Pseudonationalstaat" kennzeichnet[7]). Bei diesem Typus können wir ebenfalls von Staatsnation oder auch Staatsvolk sprechen, um so eher, als solche Führervölker bisweilen, wie es in Ungarn üblich geworden war, sich allein als die Nation innerhalb ihres Staates bezeichnen.

Aus dieser Darlegung, die zunächst nur die Bedeutung der im folgenden gebrauchten Benennungen klarstellen soll, ergeben sich auch die Grundlagen der geopolitischen[8]) Richtungen, deren Träger die Staaten und Nationen der Neuzeit sind. Der Staatsgedanke eines Mehrvölkerstaats, wie die Schweiz und das alte Österreich, geht dahin, das geschichtlich entwickelte Neben- und Miteinander innerhalb eines erreichten oder auch erst angestrebten geographisch und wirtschaftlich günstigen Rahmens zu erhalten und aus ihm eine staatlich-kulturelle Gemeinschaft der Bestrebungen und Gesinnungen zu entwickeln. Das „Nationalitätenprinzip" in seiner reinen Form fordert dagegen für jede Volkheit ihr eigenes Staatsgebiet, auch unter Verzicht auf zweckmäßige Staatsgrenzen. Endlich erstreben die Staatsnationen solcher Gebiete, in denen die Beimischung von Bestandteilen anderer Volkheiten gering ist, den nationalen Einheitsstaat, der in Frankreich oder England so gut wie erreicht ist. Aber auch anderwärts suchen ihn politisch tatkräftige Staatsvölker, wie Russen oder Magyaren bewiesen haben, durch die „Entnationalisierung" der ihnen im politischen Raum verbundenen „Fremdvölker" gütlich oder durch Zwang ins Leben zu rufen. Zwischen weniger kultivierten Nationen oder in wirren Zeiten, wie die jüngsten, können diesem Zwecke sogar Vernichtungskämpfe, Austreibungen und das Erzwingen „freiwilliger" Abwanderung dienen, wie auch in höher kultivierten Ländern Erschwerungen der Einwanderung mindestens nebenher das Ziel verfolgen, die nationale Einheit und Reinheit zu sichern. Zur Begründung solcher Bestrebungen wird neben anderem vielfach die natürliche Einheit und geographische Geschlossenheit des Staatsgebiets geltend gemacht.

Alte Nationalstaaten finden wir dort, wo sich Volkheit und Staat unter dem Schutz guter geographischer Grenzen miteinander entwickelt haben, in West- und Nordeuropa. Von hier aus ist das Nationalitätenprinzip ostwärts vorgedrungen und einte zunächst den Großteil von politisch zersplitterten Nationen in Italien und Deutschland. Die letzten Jahrzehnte trugen es in den vorher wesentlich auf konfessionelle Verbände und Spaltungen eingestellten Osten, und es wurde eines



der Hauptschlagworte des Krieges. Nunmehr stehen sich zwei Urteile über die neuen Gestaltungen unvermittelt gegenüber. Für die einen ist der Sieg dieses Prinzips entschieden; die gegenwärtigen Unvollkommenheiten in seiner Durchführung müssen und werden sich ausgleichen, der Nationalstaat ist die naturgemäße Gestalt der künftigen politischen Bildungen. Für die andern bedeuten die Kriegsergebnisse den vollen Bankerott des Nationalitätenprinzips. Sie sehen als erwiesen an, daß seine Vorkämpfer es alsbald aufgeben, sobald es ihren Staaten die angestrebte Ausdehnung gebracht hat, ja schon vorher, und „imperialistische" Ansprüche über das Gebiet der Nation hinaus erheben. Sie machen ferner geltend, daß in ausgedehnten Gebieten eine scharfe räumliche Scheidung der Volkheiten fehlt und damit die geographische und sittliche Grundlage des Nationalitätenprinzips. Es können hier nur Pseudonationalstaaten auf dem Wege der Vergewaltigung erwachsen oder aber naturgemäße Mehrvölkerstaaten.

Im Rahmen dieser Fragen, deren allgemeine Erörterung ich mir hier versagen muß, gewinnt ein Vergleich zwischen den Verbreitungsformen und Verbreitungsgesetzen der Volkheiten und der Staaten eine über das Geographische hinausgehende Bedeutung. Geographisch aber ist er ein Raumproblem.

Wie sich aus einem Volk oder aus der Mischung mehrerer eine Nation, eine Volkheit entwickelt, ist ein geschichtlicher Vorgang, der sich in den einzelnen Fällen sehr verschieden vollzieht. Daß dabei oft die staatliche Gemeinschaft oder staatliche Trennung eine Hauptrolle spielt, daß selbst ehemalige, längst gelöste, ja auf Grund unsicherer Überlieferungen vermutete staatliche Bande auf den Fortbestand, ja auf die Neubildung einer Nation von Einfluß sein können — das ist eine allbekannte Tatsache. Sie wirkt auf Empfindungs- und Anschauungsweise vieler so stark, daß sie die staatliche Einigung in Gegenwart oder Vergangenheit als notwendiges Merkmal des Begriffs Nation betrachten, also eine Volkheit nur dann als Nation anerkennen, wenn sie zugleich politische oder doch Staatsnation ist oder war[9]). Da sowohl die Nationen wie die Staatsbürgerschaften als Lebens-, Schicksals- und zumeist auch als Willensgemeinschaften auftreten, für deren Entstehung und Entwicklung das räumliche Zusammenleben, die Beschaffenheit, Ausstattung und Umgrenzung ihres Wohn- und Lebensraumes von höchster Bedeutung ist, so muß diese vielfach in gleichem Sinn auf beide Arten politischer Körper sich auswirken. Wir sehen daher oft nicht klar, ob sich in einem gegebenen geographischen Rahmen diese oder jene zuerst oder beide miteinander ausgebildet haben. Oft hat sich eine Nation ihren Staat geschaffen, wie die italienische. Oft hat staatliche Absonderung die Absonderung einer Nation ausschlaggebend oder doch vorwiegend herbeigeführt, wie bei der niederländischen oder portugiesischen oder bei jener Nation, die sich aus den Weißen der Union entwickelt hat. Oft ging die Ausbildung der Nation und des Nationalgefühls Hand in Hand mit jener des Staats, wie in Frankreich.

Aber auch manche ausgebildete Nationen haben keine Eigenstaatlichkeit erreicht, wie etwa die alten Hellenen. Ich muß in dem engen Raum dieses Aufsatzes all diese Fragen des Werdens beiseite lassen und mich auf die Betrachtung der ausgebildeten Nationen und vollentwickelten Staaten der letzten Jahrhunderte beschränken.

So, wie mir diese heute vor Augen stehen, stoßen wir auf einen wesentlichen Unterschied in ihrer Begrenzung. Die Nationen haben Verbreitungsgrenzen, die Staaten aber Macht- und Herrschaftsgrenzen. Oder anders ausgedrückt: jene werden durch Grenzgürtel mit den für diese typischen Übergangs- und Mischungserscheinungen voneinander getrennt, diese aber durch rechtlich mit aller Schärfe und Eindeutigkeit festgelegte Grenzlinien. Das bedingt zunächst, daß die Verschiebungen nationaler Grenzen sich allmählich und ununterbrochen, die von Staatsgrenzen aber nur durch einzelne bestimmte Vorgänge[10]) ruckweise vollziehen. Daraus ergibt sich weiter, daß diese sich jenen erst nach einer gewissen Zeit, oft sehr spät anpassen können, daß aber auch ihre Rückwirkungen auf die Verbreitung der Volkheiten sich nur allmählich, oft überaus langsam geltend machen können. Denn einerseits erfolgt die Ausbreitung einer Nation nicht nur in geschlossenen Massen, sondern vielfach auch in aufgelockerter Bewegung durch kleinere Gruppen und Familien. Andererseits kommt zu ihrer ziffermäßigen Vermehrung durch den Geburtenüberschuß und zu ihrer Wanderbewegung in neue Räume noch eine dritte, besondere Art des Wachstums durch „nationale Eroberung". Diese hat auf dem Gebiete des Staatlichen nur schwach ausgeprägte Entsprechungen. Sie erfaßt größere und kleinere Gruppen, ja auch die Einzelnen. Diese können nicht durch einen einmaligen Willensakt oder eine Rechtshandlung die Zugehörigkeit zu einer Nation erwerben oder ablegen, wie eine Staatsbürgerschaft[11]). Aber sie können allmählich in die Lebens- und Gesinnungsgemeinschaft einer Nation übergehen, sich ihr anschließen, in sie hineinwachsen, von ihr gewonnen, aufgesogen werden — wobei das geographische Moment, daß sie in oder bei ihr leben, nur in ganz außerordentlich seltenen Fällen nicht wesentlich mitwirkt. Ebenso können sie auf der andern Seite „ihrer" Nation entfremdet werden, ihr verloren gehen, „abfallen". So steht den Kämpfen der Staaten um Gebiete und deren Bewohner etwas Grundverschiedenes gegenüber, die Kämpfe der Nationen um die Seelen. In diesen kann das Gewicht der größeren Menschenmasse und der rascheren Vermehrung eine Rolle spielen; denn die Lebensführung und die Sinnesart, die Sprache und Kultur einer Mehrheit teilt sich unter sonst gleichen Umständen einer Minderheit leichter mit als umgekehrt. Auch der Staat kann seine Macht mittelbar und unmittelbar für oder gegen eine Nation in die Wagschale werfen. Materielle Gründe können mitspielen. Auch die Landesnatur kann sozusagen Partei ergreifen zugunsten jener Nation, deren Wesen bodenständiger und deren Lebensweise besser angepaßt ist. In sehr hohem Grade kommt es aber auf seelisch-



sittliche und geistig-kulturelle Kräfte der Nationen an, vor allem auf die Stärke und die werbende Kraft der nationalen Eigenart und Kultur, der nationalen Überlieferung und des nationalen Bewußtseins, der Sprache und zuweilen auch der Konfession, die dessen Träger sind, aber auch auf die Widerstandsfähigkeit gegen die Einwirkungen, die von der Landesnatur und von den Nachbar- und Mitnationen ausgehen. Die Hauptschauplätze nationaler Eroberungen und Verluste sind die Grenz- und Mischgebiete. Hier müssen aber auch nationale Mischlinge, „national geschlechtslose Menschen" vorkommen[12]).

All diese Tatsachen lassen uns verstehen, daß eine Nation sich räumlich viel stärker auflockern kann, als es ein Staatsgebiet verträgt, und dabei doch ihre „Nationalität", ja ihre Assimilationskraft bewahren kann. Erhielt sich eine Gruppe ihrer Angehörigen, deren äußerer Zusammenhang mit dem Kern- und Ursprungsgebiet der Nation gelockert, ja zerrissen ist, den inneren Zusammenhang mit ihm, so bleibt sie ein Glied und kann unter Umständen sogar eine Wachstumszelle der Nation sein[13]). Das gilt ebensowohl, wenn ihre Abtrennung durch einen Rückgang der nationalen Verbreitung herbeigeführt worden ist, wie wenn sie auf Einwanderung in neue Siedlungsgebiete beruht. Wir sehen an dem Beispiel der Siebenbürger Sachsen, wieviel dazu bewußte Pflege geistiger Bande zu der alten Heimat beitragen kann. Bei Überseedeutschen erzielen oft wirtschaftliche Beziehungen eine ähnliche Wirkung[14]). Bisweilen sehen wir selbst solche Bindungen stark gelockert, eine entschiedene Abwandlung der Lebensformen und der Eigenart gegenüber dem Mutterland ihr Gegengewicht finden in dem Bewußtsein des Gegensatzes zur fremdnationalen Umwelt, so bei den Frankskanadiern. Gerade ihr Beispiel lehrt auch, gleich dem mancher auslandsdeutschen Siedlungen, daß das einschlummernde Gemeinsamkeitsgefühl dem Gesamtvolke gegenüber in hohem Maße belebt werden kann, wenn dessen politische oder kulturelle Weltstellung sich hebt. Aber wir sehen heute auch das Unglück des Mutterlandes gelockerte Bande verfestigen. Selbst so abgelegene und geistig isolierte Außenposten, wie die Wolgadeutschen bleiben dadurch der Nation erhalten, daß sie ihre Eigenart zäh festhalten. Wenn somit ausgebildete Nationen so weithin abgesplitterte kleine Bruchteile bewahren können, wie wir es etwa an den Deutschen, den Griechen, den Armeniern sehen, wenn sich das jüdische Volk sogar in vollkommener Zersplitterung und sprachlicher Zerreißung immer mehr als Nation fühlen lernt (am stärksten allerdings dort, wo es am zahlreichsten und räumlich am geschlossensten ist und daher eine eigene Sprache auszubilden im Begriff), so ist es umsoweniger überraschend, daß geschlossene nationale Gebiete ihren bewußten Zusammenhang über die politischen Grenzen hinaus, von denen sie zerschnitten werden, so zäh festgehalten haben, wie es die Geschichte der Italiener, der Polen, der Kroaten z. B. zeigt.

Geographische Begünstigungen spielen, wie angedeutet, bei alldem eine große Rolle. Wenn wir die Beziehungen zu den natürlichen Räumen im großen betrachten, sehen wir die Schlußfolgerung, die sich uns aufdrängt, durch die Tatsachen bestätigt: die Nationen stellen an diese für ihre Lebensräume nicht durchaus dieselben Anforderungen, wie die Staaten für ihre Machtgebiete.

Für die Ausbreitung einer Volkheit und auch für ihre Erhaltung ist der räumliche Zusammenhang an sich wichtiger, als eine gute Begrenzung ihres Wohngebiets. Legt ihr die Natur keine schweren Verkehrshindernisse, keine trennenden unbewohnbaren oder undurchgängigen Gebiete in den Weg, so kann sie bei entsprechender innerer Kraft frei ins Weite wachsen, ohne daß ihre Teile sich voneinander weg verlieren. Ist solche räumliche Geschlossenheit nicht festzuhalten oder im weitgehenden Ausdehnungsdrang aufgegeben worden, ist ein Volksteil durch leeres oder fremdes Zwischenland abgetrennt, so kommt es darauf an, daß die natürlichen Grundlagen für günstige Verbindungswege sich finden und ausgestalten lassen. Deshalb kommt auch die Entwicklung des Weltverkehrs vielfach der Erhaltung nationaler Außenposten zugute. Freilich kann auch die Isolierung durch absperrende Naturschranken oder menschenleere Gebiete eine Nation schützen — ähnlich wirken politische Grenzen — und die Erhaltung der nationalen Eigenart bis zur Übertreibung erleichtern. Das gilt besonders für schwache, zurückgehende Volkheiten. Auf der andern Seite aber kann bei solcher Rückendeckung durch die Natur die nationale Widerstandskraft, die sich nicht in Grenzkämpfen erproben kann, leicht verkümmern und eine einmal einsetzende fremdnationale Überflutung dann leichteres Spiel haben. Man denke an die Rückzugsgebiete von Völkern, insbesondere in den Kammern reichgegliederter Gebirge. Für die gedeihliche Entfaltung der nationalen Anlagen ist eine Ausstattung des Volksbodens, die der Eigenart der Nation, auch in wirtschaftlicher Beziehung, entspricht, von besonderem Werte. Derartige Kerngebiete können ihre Vermehrung stark steigern und leicht zu Ausstrahlungszentren werden. Solch günstigen Böden wird auch die Ausbreitung der Nation zustreben. Einheitliche oder harmonische Naturgebiete sind also für sie nicht weniger wertvoll als für den Staat. Weit ausgedehnte, gleichmäßig ausgestattete Räume steigern auch die Assimilationskraft der ihnen angepaßten Nation auf fremdvölkische Überbleibsel und Zuwanderer; etwa das russische Flachland oder Sibirien wären als Beispiele zu nennen. Teillandschaften von besonderem Gepräge wiederum begünstigen die Ausbildung eigener Nationen, die sich überhaupt leicht in Grenzgebieten abspalten, wenn deren Beziehungen zum Kerngebiet sich lockern. So spielt bei der nationalen Abspaltung der Niederländer und der Portugiesen neben der politischen Absonderung (und auch bei dieser selbst) auch die besondere Ausstattung und die seelischen Wirkungen des Küstenlandes eine erhebliche Rolle[15]). Für die Ausbreitung in neue



Gebiete hinwiderum ist es ein Vorteil, wenn die Nation sich dort nach ihrer Eigenart entwickeln kann, in Natur und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Heimat verwandte Gebiete findet, wie etwa die russischen Ackerbauer in Sibirien, weniger durchgreifend die holländischen Viehzüchter in Südafrika, die italienische Auswanderung in subtropischen, die britische, deutsche und irische in kühlgemäßigten Gebieten. Muß man sich allzu fremdartigen Landschafteu anpassen, so kann — ganz abgesehen von körperlicher Verkümmerung bis zum Aussterben — nur allzuleicht der Zusammenhang mit der Heimat leiden. Die seelischen Grundlagen zur Entwicklung von Kolonialnationen, wie Yankees und die Afrikander, liegen zum guten Teil in der Verschiedenheit des Landes von der Heimat, zu einem größeren wohl in der Nachwirkung der grundverschiedenen Raumverhältnisse, die eine ganz andere Einstellung erfordern als das engräumige Europa. Allerdings kann der durch Verschiedenheit der Produktion bewirkte Austausch manche Beziehungen zur Heimat schaffen [16]) und dadurch dem Zusammenhang der Nation dienen. Aber das tritt doch umsomehr in den Hintergrund, als solcher Austausch sich nicht nur nach der Heimat richtet.

Für den Staat ist der Schutz nach außen, den vor allem Naturgrenzzonen gewährleisten, und damit die Beherrschung natürlicher Verkehrsgebiete vor allem wichtig, dann die Einfachheit des Grenzverlaufs, die Abrundung eines geschlossenen Gebiets. Die Herrschaft über natürliche Pforten, Brückenköpfe, Verkehrsknoten, Häfen, Küsten, Binnenmeere zieht seine Ausbreitung viel stärker an, als die der Nation, für die hierbei wesentlich nur wirtschaftliche Antriebe bestehen. Deshalb griff Ungarn bald nach den Grenzwällen der Randgebirge und ans Meer, während das Magyarenvolk, in dessen Wesen die Überlieferungen des Hirtenlebens noch heute stark wirksam sind, sich nur zögernd über die ihm zusagenden Ebenen hinaus ausdehnte und seefremd blieb. Auch Rußlands notgedrungenes Streben nach dem Meer entspricht nicht dem binnenländischen Wesen der Nation. Seine Betätigung zur See blieb in den Händen der Küstenvölker, wie die des persischen Weltreichs im Altertum. Wachsende Nationen quellen über die Grenzen des Staates über, den sie sich errichtet haben, zurückgehende weichen von ihnen einwärts zurück. Das kann man an Gebirgs- und Engpässen gewahren, welche die Nationen weniger trennen, als sie die Staaten scheiden [17]). Diese aber müssen sich um ihres Schutzes oder um der wirtschaftlichen Autarkie halber, die ihnen wichtiger sein muß als die Volkheit, oft engere oder weitere Grenzen zum Ziel setzen, als die nationale Gemeinschaft erreicht hat. Eine räumliche Zersplitterung, wie sie große und starke Nationen vielfach zeigen, vertragen die Staaten nicht. Wo wir sie bei ihnen antreffen, ist sie entweder Haltepunkt der Ausbreitung oder Vorzeichen des Zerfalls. Und so sehen wir, daß sie abgelöst wird entweder durch Angliederung der Zwischengebiete, wie wir ihnen bei Preußen oder anderen Territorialstaaten begegnen, oder

durch Verlust von Außengebieten, wie die österreichischen Vorlande und Belgien oder endlich durch völlige Auflösung. Koloniale Außenbesitzungen bedeuten an sich keine schädliche Zersplitterung. Wo aber ihre allzuweite Verstreuung und die Lockerheit der inneren Beziehungen untereinander und zum Mutterland eine geographische Schwäche darstellen, sehen wir auch hier Abspaltungen, wie die der Union und Islands (vielleicht bald auch der Faröer) und die Abbröckelungen vom portugiesischen und holländischen Besitz, ja die völlige Auflösung des Kolonialreichs, wie bei Spanien, Dänemark, Schweden, jetzt auch dem Deutschen Reich, oder aber fortgehende Erweiterung und Abrundung, wie in den französischen Kolonien, oder endlich beim gewaltigsten aller Kolonialreiche innere Umgestaltung zu einer neuartigen Bundesform.

So verstehen wir aus den räumlichen Lebensbedingungen der Staaten und der Nationen, daß sie verschiedenartige geographische Grundlagen anstreben müssen und daher auch dort, wo sie eine glückliche politische Fügung zusammengeführt hat, nur im großen ganzen, nicht bis in die einzelnen Grenzecken hinein, zusammenfallende Gebiete zeigen. Vor der Gefahr, wieder auseinander zu wachsen, stehen sie auch dort. In Mittel-, Ost- und Südosteuropa sehen wir eine große Zahl nationaler Inseln und Zerstreuungsgebiete, und so manche davon haben sich trotz geographischer Verhältnisse, die ihre Einschmelzung zu begünstigen scheinen, behauptet. Die Neugestaltungen von 1918, denen ich in diesem Aufsatz kaum Beispiele entnahm, um alle Berührung mit der Tagespolitik zu vermeiden, haben zwar eine Anzahl neuer Staatsnationen geschaffen, aber national gemischte Staaten, die dem angerufenen Nationalitätenprinzip auch dort widersprechen, wo die Nationen einfache und klare Grenzen haben (wie in Böhmen oder Tirol). Die Staatspolitik, deren Anforderungen dazu geführt haben, sucht nun auch — oft mehr von den Wortführern der Staatsnation, als von den Regierungen aus — zu wirklichen Nationalstaaten zu gelangen, indem sie die nationalen Grenzen (nicht die staatlichen) zu verschieben strebt. Der Mittel, die nicht selten an ein bekanntes Wort Grillparzers erinnern[18]), soll nicht weiter gedacht werden. Geographisch fallen darunter die Einwirkungen auf die Volkszahl und Völkerverteilung ins Auge, die in der Beförderung und Hemmung von Aus-, Ein- und Binnenwanderungen, Schaffung von Eroberungsminderheiten[19]) usw. bestehen. Mehr erwartet man aber im allgemeinen vom Eingreifen des Staats in den nationalen „Eroberungs"kampf, insbesondere auch von einer Untergrabung des Nationalbewußtseins durch Verkümmerung des nationalen Unterrichts. Derlei hat es schon früher gegeben, aber in weit geringerem Maß. Im Gegensatz dazu haben gerade die Nachkriegsjahre auch das Wiedererwachen nationalen Empfindens an Stellen gebracht, wo man es längst so gut wie erstorben glaubte, z. B. bei den Schwaben im Süden des ehemaligen Ungarn.



So glaube ich nicht, daß politische Maßregeln und die natürlichen Schwankungen des nationalen Grenzkampfs das Bild wesentlich verändern werden, das uns Europa seit langem bietet, und bei dessen Herauswachsen aus der Geschichte geographische Grundzüge mit im Spiele waren. Ohne sie zu überschätzen, können wir die Verschiedenheit zwischen West- und Nordeuropa, auch Italien, auf der einen Seite, den östlichen und südöstlichen Ländern auf der andern, zum guten Teil aus den geographischen Bedingungen erklären, die sie dem Wachstum der Volkheiten und Staaten bieten. Dort ausgeprägte, scharf abgegrenzte Länderindividuen, Naturgebiete und natürliche Verkehrsgebiete zugleich — Ausbildung von Mischvölkern und Nationalstaaten, frühe Entwicklung einzelner Kultur- und Sprachgrenzen, wie die romanisch-germanische zu strenger Geschlossenheit und stabiler Lage. Hier mannigfacher Wechsel der Bodengestalt, vielfach unscharfe Naturgebiets- und Naturgrenzen, selbst gut abgeschlossene Landschaften nach der einen oder andern Seite offen, zwischen ihnen zentrale Lagen, wie die bei Wien oder Uesküb, offene Wege für Völkerwanderungen — geringe Volksdichte, häufige Einwanderungen und innere Kolonisationen, Gegensatz zwischen Randvölkern im Gebirge und am Meer und den Siedlern der Ebenen, zähe Erhaltung von Nations- und Sprachinseln neben vielerlei nationalen Grenz- und Durchdringungskämpfen, übernationale politische Bildungen.

ANMERKUNGEN

[1]) Zu den einleitenden Ausführungen vgl. Sieger, Nation, Volk, Nationalität, Zeitschr. d. Ges. f. Erdk., Berlin 1917 und Staatsgedanke, Mitt. ggr. G. Wien 1919. Meine begriffliche Unterscheidung zwischen kultureller, politischer und Staatsnation (vgl. auch Ggr. Anzeiger 1919, 185 ff.) hat Widerspruch gefunden bei Almagia, La geografia politica (L'Universo, Florenz 1923, 763 Anm.), wohl weil er nur eine Bedeutung des Wortes Nation gelten läßt, und bei Hermann Wagner (Lehrbuch, 10. Aufl. I, 771 Anm.), der die Verbindung eines staatsrechtlichen Begriffs mit diesem Wort beanstandet. Auch ich halte im Deutschen nur Nation im Sinne von Volkheit als meist üblich für den richtigen Sprachgebrauch, während im Englischen und den romanischen Sprachen dafür meist „Rasse“ verwendet und Nation im Sinne von Staatsvolk, politischer Nation, Staat, Land gebraucht wird. Aber es handelt sich nicht um einen Vorschlag für neue Namen, sondern um scharfe Bezeichnung der Bedeutungen, in denen wir das Wort Nation gebraucht finden. Das geschieht faktisch auch in einem staatsrechtlichen Sinn.

[2]) Schlüter: Die Stellung der Geographie des Menschen (Ggr. Abende, V 1919, 29).

[3]) Man spricht geradezu von Nationen, die sich

ihres Volkstums (ihrer Nationalität) mehr oder weniger bewußt sind.

[4]) H. Ullmann: Volkheit als sittliche Gemeinschaft und Aufgabe, Tat-Flugschrift XI. Volkheit im vorgeschlagenen Sinne steht neben Menschheit, Christenheit u. dergl. In einer anderen Anwendung kann es das Wesen des Volks bezeichnen, ein Volkstum. Deshalb habe ich gezögert, das Wort anzunehmen. Aber Verwechslungen sind im Zusammenhang der Rede kaum möglich.

[5]) Kjellén: Der Staat als Lebensform, 1917, 112 ff., 149 f.

[6]) Eine Teilung der Führung im Staat zwischen zwei oder mehr Nationen, wie sie die Deutschen der Tschechoslowakei verlangen, oder wie sie der Name des Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen (die man allerdings als eine gemeinsame kulturelle Nation auffaßt) und manche Staatstitel der Vergangenheit ausdrücken, scheint mir in der Geschichte zwischen Medern und Persern vorzuliegen. Andere Fälle, die noch genauerer Untersuchung bedürfen, bedeuten doch wohl Personalunionen oder bloßen Zusammenschluß von Stämmen bei räumlicher Absonderung.

[7]) Supan: Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie, 2, Aufl., 117 ff. Geschichtliche Beispiele: Ungarn, Rußland, Belgien, nicht aber, wie Supan meint, auch die Vereinigten Staaten.

[8]) Ich vermeide das Wort Geopolitik im Sinne von politischer Geographie, gebrauche es aber für eine geographische Politik, d. i. von geographischen Gesichtspunkten bestimmte Staatskunst.

[9]) Für Ratzel, Die Erde und das Leben, II, 674, ist Nation „ein Volk in politischer Selbständigkeit". Der Zusatz „oder fähig dazu" scheint wesentlich mit Rücksicht auf ehemalige Staatsverbände gemacht. Vergl. die Auseinandersetzungen über den Begriff Nation zwischen Hiller und mir, Zeitschr. des Allg. deutschen Sprachvereins 1916.

[10]) Z. B. Abgrenzungsverträge, Kriege u. Friedensschlüsse, Eroberungen und Abtretungen, formelle Annexionen und Räumungen (Verzichterklärungen), Entscheidungen einer völkerrechtlichen Autorität (Schiedsgerichte, Kongresse, das „europäische Konzert" von ehedem, der gegenwärtige „Völkerbund" und dergl.).

[11]) Die Versuche, durch Auflegen nationaler Matrikeln zur freiwilligen Eintragung oder durch einseitige amtliche Feststellung die nationale Zugehörigkeit des Einzelnen rechtsverbindlich und dauernd festzulegen, versagen gegenüber der seelischen Entwicklung der Persönlichkeiten. Optieren kann man auf Grund seiner Nation (z. B. nach Artikel 80 des Vertrages von St. Germain), aber nur für einen (angenommenen) Nationalstaat, nicht für die Nation.

[12]) Geographische Einflüsse zeigen sich im einzelnen vielfach wirksam, z. B. im Gebiet der Verkehrswege und Verkehrsbeziehungen, in der größeren Assimilationskraft der dicht bewohnten Städte im Vergleich zum flachen Land, überhaupt in dem Schutz gegen Entnationalisierung, den eigene dichte und fremde dünne Siedlung bietet usw.

[13]) Die Staatsangehörigkeit kann dazu beitragen, ist aber dafür nicht erforderlich und vermag andererseits auch die nationale Gemeinsamkeit zu verdunkeln (Reichsdeutsche gegenüber Auslandsdeutschen). Ausländische Staatsangehörige im Ausland („die Kolonie") können im Sinne des Anschlusses an ihren Heimatsstaat wirken, wie die reichsitalienische Kolonie in Triest für den Irredentismus. Aber das ist nur örtlich und ausnahmsweise. In größerer Entfernung von der Heimat stehen viele der Angehörigen der Kolonie vor der Scylla der Heimkehr ins Vaterland und der Charybdis des Übertritts in den fremden Staatsverband.

[14]) Sieger, Die Nation als Wirtschaftskörper, Festschrift f. Eduard Hahn, Berlin 1917, insb. 126 ff.

[15]) Die politische Absonderung geht hier Hand in Hand mit jener der Schriftsprache. Auch sonst finden wir, daß innerhalb dialektischer Übergänge die Staatsgrenze das Entstehen und häufiger die Begrenzung besonderer Schriftsprachen beeinflußt: Kroatisch und Slowenisch, Tschechisch und Slowakisch, Schwedisch und

Norwegisch. Bekanntlich wirft man der preußischen Regierung vor, sie habe die Polonisierung von Mundarten begünstigt, die sie zur Schriftsprache hätte entwickeln können. Aber auch in der Entstehung und Ausdehnung der Schriftsprachen spielen geographische Momente mit. Von Thüringen aus konnte durch Luther das Hochdeutsche den Norden erobern. Das Oberdeutsche hätte das von seiner Heimat aus nicht vermocht.

16) Sieger, Hahnfestschrift 127.

17) Auch im kleinen, z. B. Deutsche am Plöckenpaß, Franzosen im Münstertal. Neue Verkehrswege begünstigen die Ausbreitung einer Nation, auch innerhalb eines Staats. Die Görzer Italiener bezeichneten die Wocheinerbahn als „Slavisierungsbahn".

18) „Von Humanität durch Nationalität zur Bestialität".

19) W. Winkler, Die Bedeutung der Statistik für den Schutz der nationalen Minderheiten (Schr. Inst. f. Stat. der Minderheitsvölker I, Wien 1923, 32). Planmäßige Einwanderung und Ansiedlung zur Schaffung von Sprachinseln und nationalen Korridoren, sowie zur Sicherung abbröckelnder Sprachinseln, kam auf tschechischer Seite und auch sonst im alten Österreich-Ungarn vor.

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT (SÜDLICHE HÄLFTE)

Das geopolitische Bild des Mittelmeerraumes hat sich in der Zeit seit Weltkriegsende nicht unwesentlich geändert. Wie in dem Aufsatz S. 36 ff. dieser Zeitschrift entwickelt worden ist, bestand der geopolitische Grundzug dieses Raumes zuvor darin, daß kräftige britische Kraftlinien das Mittelmeerbecken von außen her in seiner vollen Länge durchmaßen und auch in die nordöstlichen Zweigbecken bis zum Schwarzen Meer hin vordrangen, und daß die europäischen Anliegerstaaten, Spanien, Frankreich und Italien, innenbürtige Kraftlinien zum afrikanischen Gegengestade gespannt hatten.

Die englische Stellung im Mittelmeerbecken wird seit der letzten britischen Reichskonferenz im Sommer 1923 auffällig stark in militärischem Sinn betont. In kurzem werden dort alle zehn Großkampfschiffe der Queen Elizabeth- und der Royal-Sovereign-Klasse sowie vier der Iron Duke-Klasse vereinigt sein. Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Stellung seit Weltkriegsende geopolitisch wesentlich schwächer geworden ist. Drei Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen das deutlich. Durch den im Januar 1924 zwischen Frankreich, England und Spanien geschlossenen Tangervertrag ist die 1904 auf britisches Drängen erfolgte Internationalisierung Tangers aufgehoben worden. England sieht nun den südlichen Pfosten des einzigen natürlichen Eingangstores zum Mittelmeerraum nicht nur de facto, sondern auch de iure in der Hand der stärksten Militärmacht der Welt; demgegenüber haben die französischen Zugeständnisse, daß Tanger nicht befestigt werden und im Kriegsfalle neutraler Boden sein soll, nicht viel zu bedeuten. Der „Matin" (14. 2. 24.) gibt mit Behagen und in fetten Lettern den kürzlichen Ausspruch des Engländers Ward Price wieder: „Tanger est devenue la clé de la Méditerrannée. Gibraltar ne sera bientôt plus qu'une forteresse périmée". In Ägypten haben, nachdem Großbritannien sich im März 1922 hatte zur formalen Aufhebung des Protektorats entschließen müssen, die Nationalwahlen stattgefunden, und Ministerpräsident wurde das Haupt der bei weitem stärksten Partei, des „Wafd el Masri" („Komitee von Ägypten"), Zaghlul Pascha, der erbitterte Feind der Engländer, der die letzten zwei Jahre in britischem Gewahrsam verbracht hatte. Die Gefahr, daß Ägypten den Engländern nicht nur politisch, sondern selbst wirtschaftlich allmählich entgleitet, ist dadurch erheblich gewachsen. Auch das Kabelmonopol, das die Briten bisher für die telegraphische Verbindung entlang der Längsachse des Mittelmeeres hatten, ist im Schwinden. Italien stellt je eine Verbindung Rom—Newyork und Rom—Pernambuco her. Der englische Versuch, diesen Plan dadurch zum Scheitern zu bringen, daß die portugiesische Regierung veranlaßt wurde, die Landung der Kabel auf den Azoren zu verbieten, ist mißglückt. Die englische Western-Telegraph-Company muß sich mit einem Anteil am Gewinn aus dem Betrieb des südamerikanischen Kabels begnügen. Mag dieses Zurückweichen Großbritanniens seine unmittelbare Ursache auch darin haben, daß die britische Politik zur Zeit stark gebunden ist, so wird den Engländern der Rückzug hier durch den Gedanken erleichtert, daß der Kriegswert des Mittelmeerweges mit seinen wenigen britischen Stützpunkten sich infolge der vorgeschrittenen Technik der U-Boote und Bombengeschwader zwangsläufig stark vermindert hat, da er Flankenangriffen schutzlos preisgegeben ist. „Gibralter und Malta haben heute nur noch die Bedeutung plombierter Zähne im Rachen des britischen Löwen" (Vizeadmiral Hollweg), und hervorragende englische Fachleute befürworten daher den militärischen Ausbau des alten Weges nach Indien um das Nadelkap.

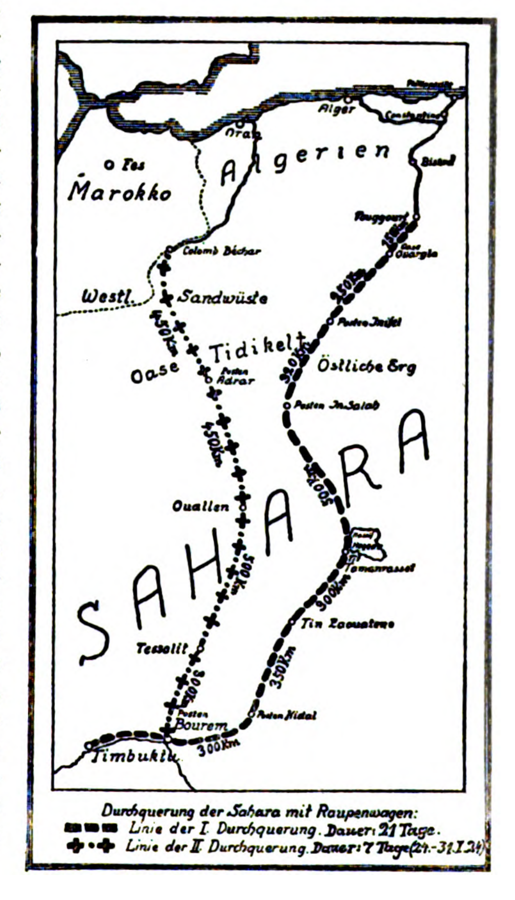
Englands Stellung im östlichen Mittelmeerbecken hat auch durch das Emporkommen des türkischen Nationalstaates gelitten, mit dem das Deutsche Reich soeben einen Freundschaftsvertrag zur Wiederaufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen geschlossen hat. Kemal Pascha hat es verstanden, die Briten aus Konstantinopel hinauszumanövrieren. Dadurch ist ihren

wirtschaftlichen Plänen in den Donaustaaten und in Südrußland die Basis entzogen, und die Existenz des kleinasiatischen Staates allein nimmt der Bagdadbahn den Wert einer Verbindung von London bis Bombay. Kemal Paschas Ansehen überbrückt sogar den in der alten Türkei so scharfen Gegensatz zwischen Kleinasien und Syrien. Die unter französischer Herrschaft seufzenden Bewohner Antiochias wenden sich hilfeflehend an ihn und klagen, daß „über ihren Häuptern eine grausame Hand ein giftiges Schwert schwingt". Der von Frankreich mit aller Macht in die Wege geleitete Versuch, in Syrien wirtschaftlich Fuß zu fassen, ist vom Bankwesen abgesehen, gänzlich gescheitert.

Auch in den anderen Ländern arabischer Zunge regt sich mit elementarer Gewalt der Drang nach Freiheit, nach Unabhängigkeit von der Bevormundung des Abendlandes. Durch die Errichtung des Angorastaates und den ägyptischen Wahlsieg erfährt dieser Drang kräftige Nahrung. England hatte 1922 seinen Plan, das Kalifat von Konstantinopel nach dem britisch stark beeinflußten Mekka zurückverpflanzen und seinem Freund, dem König Hussein von Hedschas, übertragen zu lassen, gegenüber dem instinktiven Willen der gesamten mohammedanischen Welt aufgeben müssen. Nachdem die Regierung von Angora am 4. 3. d. J. das Kalifat für abgeschafft erklärt und sich damit, wie es scheint, zur Schiedsrichterin in einer Sache aufgeworfen hat, die innerste Angelegenheit des Gesamtislams ist, hat England den Plan eines Teilkalifats über die britisch beeinflußten Länder Vorderasiens wieder aufgenommen. Die kürzliche Zusammenkunft Husseins mit seinem Sohn, dem Emir Abdallah von Transjordanien, in Ammân galt wohl auch hauptsächlich der Besprechung der zukünftigen Arabischen Union, die im Mai vorigen Jahres durch einen Freundschaftsvertrag zwischen England und Hussein festgelegt wurde, und die die drei Länder englischer Einflußzone: Hedschas, Transjordanien und Irak, verbinden soll. Der ehrgeizige Hussein wird dabei aber wohl bedenken müssen, daß die vom Volk getragene arabische Bewegung nicht so sehr auf ein großarabisches Reich als vielmehr auf völlige Unabhängigkeit vom Westen drängt.

Von diesem Gefühl getragen, hat sich auch Persien vom englischen wie vom russischen Einfluß frei zu machen verstanden; die finanzielle Lage des von europäischen Geldgebern nun gänzlich verlassenen Staates ist dagegen trostlos.

Zielbewußt baut Frankreich die Verbindung zwischen dem Mutterlande und seinem afrikanischen Kolonialbesitz weiter aus. Es verfolgt damit einen doppelten Zweck. Einmal will es sein weites afrikanisches Reich, zu dem der General Lyautey durch die Vollendung der Eroberung Marokkos soeben den Schlußstein gesetzt hat, fest in die Hand bekommen, und zweitens will es im Falle eines neuen europäischen Krieges die Massen afrikanischer Untertanen in viel stärkerem Maße und viel schneller als im Weltkrieg auf die



Durchquerung der Sahara mit Raupenwagen:
Linie der I. Durchquerung. Dauer: 21 Tage.
Linie der II. Durchquerung. Dauer: 7 Tage (24.–31. I. 24)

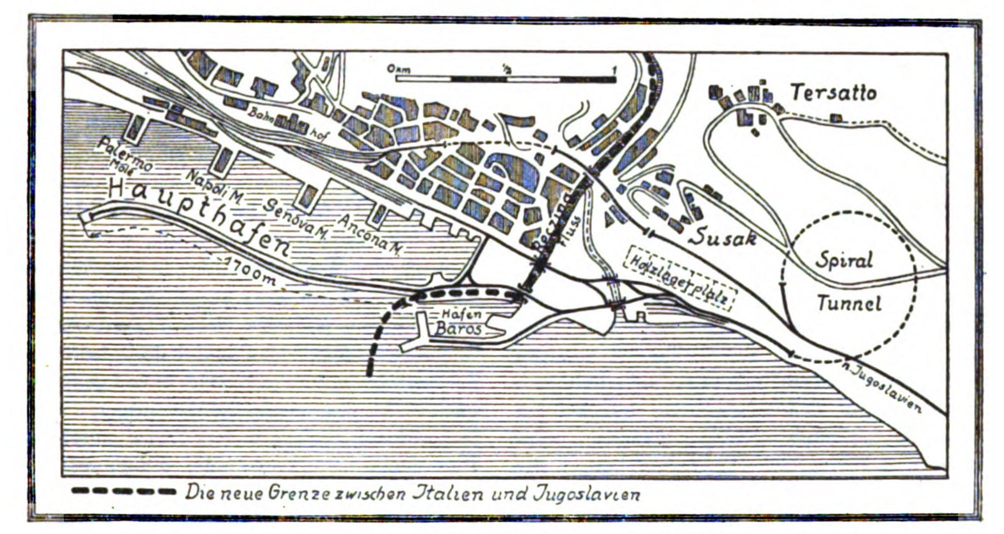
europäischen Schlachtfelder werfen. Stehen doch allein in Nordafrika z. Zt. 6 weiße und 24 schwarze Regimenter, das sind zusammen fast 100000 Mann. Der Hauptmann Renat Fonck („L'aviation et la sécurité française". Paris 1923) hat einen klaren militärischen Plan entwickelt, wie diese Transporte je in einer Nacht auf ungemein schnellen Schiffen und unter dem Schutz von Flugzeugen den 750 km langen Weg von Algier nach Toulon zurücklegen sollen. Mit ungeheurem Jubel hat Frankreich die Nachricht begrüßt, daß in der Zeit vom 24. bis 31. Januar d. J. die zweite Durchquerung der Sahara im Raupenwagen („autochenille") gelungen ist, und zwar im dritten Teil der Zeit, die zur ersten Durchquerung nötig war (s. beifolg. Abb.). So rückt der Augenblick immer näher, in dem Frankreich seine Kraftlinien von Antwerpen über die Sahara hinweg bis zur Kongomündung spannt und als ausgesprochene Kontinentalmacht seinen äquatorialafrikanischen Besitz in voller Unabhängigkeit von der den Atlantik beherrschenden Seemacht erreichen kann. Wirtschaftliche Beweggründe spielen in dieser französischen Politik eine untergeordnete Rolle. Trotzdem verdient hervorgehoben zu werden, daß die tunesische Getreideernte 1923 um 20 Prozent größer war als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre, daß Algerien gleichzeitig eine Rekordweinernte hatte, und daß die Franzosen zur Zeit in Marokko ein elektrisches Überlandnetz von 15—20000 Kilowatt Leistung anlegen.

Die erstarkende Kraft Frankreichs im westlichen Mittelmeerbecken hat bei den beiden am nächsten interessierten europäischen Mächten naturgemäß eine Gegenbewegung ausgelöst. Der Besuch des spanischen Königs in Rom in Begleitung des durch die nationalistische Bewegung zur Regierung gekommenen Generals Primo de Rivera hat eine Annäherung der beiden lateinischen Schwesternationen hervorgebracht. Es scheint sogar, daß ein Seebündnis geschlossen ist, und daß Spanien mit Italiens Hilfe wieder eine wenn auch bescheidene Seekriegsmacht zu werden beabsichtigt. Es beginnen sich Kraftlinien zwischen Cartagena, Port Mahon (Menorka) und Spezia, sowie zwischen Neapel, Maddalena (Sardinien) und Port Mahon zu entwickeln, die ihrerseits die französischen, von Toulon nach Oran, Bizerta und Dscherba gehenden kreuzen. Im übrigen hat Spanien auch unter der nationalistischen Regierung die größte Schwierigkeit, sich in seinem marokanischen Schutzgebiet der immer erneuten Angriffe der Riffkabylen zu erwehren.

Italien fühlt sich zu der soeben angedeuteten aktiven Politik im westlichen Mittelmeer um so eher in der Lage, als es sich durch das am 29. Januar geschlossene Abkommen mit Jugoslawien über Fiume, das von einem „Freundschaftsvertrag" begleitet ist, für den Augenblick den Rücken gedeckt hat. Allerdings ist es noch sehr fraglich, ob dieser Zustand des vollen Einvernehmens, den die italienischen Zeitungen schwungvoll preisen, Bestand haben wird. Das Gebiet des bisherigen Freistaates Fiume ist so geteilt worden, daß eine staatliche Berührung höchster Intensität entsteht (s. beifolg. Abb.). Die Grenze folgt von der See aus dem Flusse Reczina, derart, daß die eigentliche Stadt Fiume zu Italien gekommen ist, während die auf dem linken Ufer gelegenen Vororte zu Jugoslawien gehören. Außerdem ist der auf dem rechten Ufer gelegene Hafen Baros dem Serbenstaat, der unmittelbar benachbarte Haupthafen dagegen Italien zugeteilt worden. In letzterem wird den Südslawen ein Bassin mit den benachbarten Lagerhäusern pachtweise für 1 Goldlira jährlich überlassen, während umgekehrt die Rechte der Schiffahrt auf dem Fluß in südslawischen Händen sind, und die Italiener für Landung an ihrem eigenen Ufer jährlich 1 Golddinar Pacht zahlen. Mag also die Dauerhaftigkeit dieser Abmachungen noch berechtigten Zweifeln begegnen, so bedeutet die Tatsache des Abkommens selbst entschieden einen Schlag für die französische Diplomatie; denn diese benutzte das gespannte Verhältnis zwischen Italien und Südslawien, welch letzteres erst kürzlich eine Anleihe von 300 Mill. Franken für Rüstungszwecke von Frankreich erhielt, zur Bindung Italiens. Schon scheint sie ihre Gegenminierarbeit unter den Kroaten (Raditsch-Partei) begonnen zu haben, um in der Skuptschina eine Strömung gegen das Übereinkommen zu schaffen.

Italien hat letzthin noch einige weitere außenpolitische Erfolge zu verzeichnen. Die Gunst des Winterklimas haben die Italiener dazu benutzt, ihre Herrschaft über Tripolitanien, die sie mit ihren Eintritt

in den Weltkrieg auf die wenigen Küstenstädte beschränkt hatten, endlich auch im weiten Innern wieder effektiv zu machen. Sie haben bei Beni-Ulid (200 km südöstlich von Tripolis) einen Sieg erfochten, die Oase Ghadames an der tunesischen Grenze wieder besetzt und auch in der Cyrenaika mit Erfolg gekämpft. Zudem scheint unter englischer Hilfe ein Abkommen mit Ägypten zustande zu kommen, durch das die Oasenlandschaft Kufra, der Herd der Eingeborenenbewegung der Senussi gegen Tripolis, in den italienischen Machtbereich einbezogen wird. Aus dem entsprechenden Grunde betreibt die italienische Diplomatie die Abtretung des Restes des Dschubalandes von Britisch-Ostafrika an Italienisch-Somaliland. Schon im April 1920 hatte sich die englische Regierung hier durch Überlassung eines Teiles des von Italien begehrten, wirtschaftlich fast wertlosen Gebietes willfährig gezeigt.



Die neue Grenze zwischen Italien und Jugoslavien

Angestrengteste und nicht sorgenfreie Aufmerksamkeit widmet die italienische Regierung nach wie vor der wirtschaftlichen Entwicklung ihres übervölkerten Landes. In eine bevölkerungspolitisch sehr schwierige Lage ist Italien dadurch versetzt, daß der nordamerikanische Senat und Kongreß höchstwahrscheinlich das vom Abgeordneten Johnson ausgearbeitete neue Einwanderergesetz annehmen wird, das die Italiener unter die „weniger erwünschten" Einwanderer zählt und damit die jährliche Quote auf $2^0/_0$ herabsetzt, was für Italien dadurch noch schmerzlicher wird, daß zur Grundlage der zuzulassenden Einwandererzahl der amerikanische Zensus des Jahres 1890 gemacht wird, in dem der Prozentsatz der italienisch sprechenden Bewohner der Union noch klein war. Danach würde sich die italienische Einwanderung, die 1920 95000 betrug, auf 5000 jährlich verringern. Ironisch und nicht mit Unrecht betonen die italienischen Zeitungen, daß Italien die $8^1/_2$ Milliarden Goldlire Kriegsschulden an seinen Weltkriegsverbündeten nur mit Menschen und Arbeit zahlen könne, und daß die Union sich durch dieses Vorgehen die Möglichkeit ihrer Begleichung von vornherein selbst nehme. — Italien hat von Marsala bis zu den Alpen seit Menschengedenken nicht eine so reiche Weinernte gehabt wie 1923. Dadurch aber fielen die Weinpreise auch für die gestapelten Vorräte früherer Jahre so stark, daß eine große piemontesische Firma bankrottierte, andere in Zahlungsschwierigkeiten kamen, und viele Weinbauern verarmten. Dazu hält die Krise im Absatz des Olivenöls an. Da eröffnet der am 8. Februar geschlossene Vertrag Italiens mit Sowjetrußland, durch den die Sowjetregierung anerkannt wird, erfreuliche Aussichten. Südrußland wird, wie Krassin ausführt, als Absatzgebiet für italienische Erzeugnisse und als Aufnahmegebiet für italienische

Bergarbeiter in Betracht kommen. So vermag die faszistische Regierung allerlei außenpolitische Erfolge aufzuweisen. Dazu ist die Lira seit 1 1/2 Jahren nahezu stabil, die Weizeneinfuhr infolge der guten Ernte 1923 abgeschwächt, der Hafenverkehr belebt (1. Halbjahr 23 22% mehr Gesamttonnage als im 1. Halbjahr 22), die Außenhandelsbilanz positiv, der Beamtenkörper ist verringert und reorganisiert, der Fremdenzustrom ins Reiseland Italien wächst von Monat zu Monat. Das alles läßt Mussolini getrost den Wahlen entgegensehen, die durch königliches Dekret auf den 6. April festgesetzt sind, und die dem Land mit Hilfe eines sehr künstlichen faszistischen Wahlgesetzes den seit dem Rommarsch der Schwarzhemden am 28. Okt. 1922 unterbrochenen verfassungsmäßigen Zustand zurückgeben sollen.

Ein Schachzug der sehr aktiven faszistischen Außenpolitik war auch die zeitweilige Besetzung Korfus im Jahre 1923, durch die das schwache Griechenland gedemütigt werden sollte. Griechenland windet sich noch in den inneren Wirren, die die Folge seiner Knebelung durch die Entente im Weltkrieg und des verlorenen Krieges gegen die Türkei sind. Ob diese durch die „Beurlaubung" des Königs und die Abdankung von Venizelos verkürzt werden, erscheint nach allem, was die griechische Geschichte lehrt, fraglich. Frei und offen konnte daher der Ministerpräsident des besiegten Bulgarien, Zankoff, in der ersten Rede vor der neuen Sobranje das Recht Bulgariens auf einen erneuten freien Zugang zum Ägäischen Meer fordern.

KARL HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDOPAZIFISCHEN WELT.

Die Berichterstattung über den indopazifischen Raum wird bei der Auswahl dessen, was als Anzeichen von Ereignissen im Januar und Februar den Vorrang der Erwähnung verdient, auch diesmal ihr Verhältnis zu der unbestreitbaren Bewegung auf Selbstbestimmung hin in den einzelnen besonders wichtigen Räumen voranstellen; an zweite Stelle die Nachwirkungen des japanischen Erdbebens, das politische Nachbeben (in einem eigenen Aufsatz dieses Heftes behandelt), in dritter kolonialpolitische Rückschlagserscheinungen.

„Swaraji"! Der Umfang, in dem der indische Lebensraum diesen Ruf nach Selbstherrschaft aufnimmt oder zugunsten einer Vergleichsmöglichkeit mit der englischen Arbeiterregierung zunächst in den Hintergrund stellt, ist im Vormärz 1924 das geopolitisch wichtigste Anzeichen gewesen. Noch eröffnete der Vizekönig Lord Reading im Großmogul-Pomp, mit zwei Fliegenwedel haltenden, rotgekleideten Indern hinter sich und zwei blauseidenen indischen Pagen auf den Stufen des Throns die indische Reichsversammlung (von deren 144 Mitgliedern aber nur 95 vom indischen Volk gewählt, 49 von der Regierung ernannt sind), den Vorläufer des allindischen Parlaments, das kommen soll. Er tat es mit einer klugen und maßvollen Rede, die zwar Reformen verhieß, aber auch die Grenzen ihrer Möglichkeit innerhalb des britischen Reiches zeigte. Für das wirklich lebendige Kräftespiel wußte man aber, daß die ausgesprochene Swaraji-Partei zwar in diesem Hause noch nicht die Mehrheit hatte, sondern die zu Kompromissen bereiten „Independents" und „Moderates", daß aber die Partei der entschlossenen Obstruktion, die sich auf das höchste Maß unblutigen Widerstands eingestellt hat, getreu der Mahnung Gandhis, „dem Bösen zu widerstehen und sich von ihm zu scheiden", jetzt schon drei große Teilgebiete Indiens erobert hat. Die volkreichen Landschaften Bengalen, der Provinz Bombay und der Zentralprovinzen. Diese Haupt-Anhängergebiete des radikalen Widerstandes sind keine kriegerischen und keine Kern-Landschaften, wie das Pendschab, aber solche großer Volksdichte und großer Abnehmerzahlen. Und diese Abnehmerzahl berührt geopolitisch die andere Seite der Swaraji-Frage: Soll das Britenreich einen zweiten Hauptkunden seiner Ausfuhrindustrie, von der es lebt, außer Kauftätigkeit setzen wie es in Deutschland schon einen

ersten erschlagen hat? Die Zukunftsaussichten vor allem der Textilausfuhr nach den indopazifischen Ländern werden in einem bemerkenswerten Aufsatz von C. F. Andrews (im Manchester Guardian 1. 2. 24) erörtert, einem gründlichen Kenner Indiens, der den Tagores nahesteht. Der Kriegsruf der indischen Autarkie-Bestrebungen ist „Khaddar", der Name des indischen hausgemachten Leinens, das gegen die Textilindustrie Lancashires und Japans mobil gemacht wird. Eine Möglichkeit des Wiederauflebens der indischen Haus- und Kleinindustrie als erfolgreicher Wettbewerber wird aus der Eigenart der jahreszeitlichen landwirtschaftlichen Arbeit in Indien erklärt; mit zunehmender Elektrisierung steigt auch die Aussicht auf Dezentralisierung und damit auf Wiederbelebung der einheimischen Erzeugerkraft. Die sinkenden britischen Ausfuhrziffern nach Indien gesellen sich ermutigend als äußerer Helfer zu der inneren Bewegung.

Tatsächlich sind in drei wichtigen Landschaften die Liberalen oder Konstitutionalisten den Radikalen jämmerlich unterlegen; der Kampf gegen sie wurde rücksichtslos und scharf geführt, wie ein Blick in den „Forward" zeigt, dessen Herausgeber C. R. Das ist, der realpolitische Führer der Swaraji-Bewegung, deren eigentliches Haupt der nunmehr wieder freigelassene Gandhi bleibt. Starker Zulauf vom Mittelstand, aus den Kreisen der „Badhra-Log", hat ähnlich wie bei den Fascisten die großen Zahlen hinter die Wählerschaft der Swaraji-Bewegung gestellt. Nun aber tritt eine Scheidung von einiger Tragweite für den Enderfolg ein. Solange es gelingt, sowohl die, welche alles zu h o f f e n, als einen großen Teil derer, die auch zu f ü r c h t e n, d. h. zu verlieren haben, bei der Fahne der Selbstbestimmung um jeden Preis zu halten, wird ihre Sache lawinenartig wachsen. Aber schon macht sich eine Sichtung der Geister fühlbar: Solche, die aus sehr irdischen Gründen, ihrer Habe wegen, zu fürchten haben, trennen sich ab, aber auch solche, die es aus Gründen der Weltanschauung tun.

Zu den ersten gehören die einheimischen Fürstenhöfe, aber auch die Träger des großen und mittleren Grundbesitzes und des weitverzweigten indischen Bankwesens; denn ihnen wird bange um ihre Habe angesichts bolschewistischer Neigungen in der Swaraji-Partei, des Vorwaltens eines gebildeten Proletariats in ihr, das dem tatsächlich schwer drückenden bengalischen Landsteuer- und Pachtsystem feindlich gegenübersteht. Ein Programmpunkt des friedlichen Religions- und Partei-Abkommens zwischen den Führern Ansari und Lajpat Rai ist unter anderem die Auflösung der monarchischen Eingeborenenstaaten und die Bildung eines Bundes föderierter Republiken, wogegen sich die einheimischen Machtmittelpunkte der Fürstenhöfe begreiflicherweise stemmen, und wodurch sie auf die gemäßigte Seite, die des Kompromisses mit einer britischen Oberherrschaft mit einer Dominion-artigen Stellung Indiens im Reich gedrängt werden.

Die Schwierigkeiten der R e i c h s - D u r c h g e s t a l t u n g sind in Indien ganz ähnliche wie in Mitteleuropa. Auch dort sind einzelne Gebiete monarchisch gestimmt, infolge guter Erfahrungen mit den angestammten Herrscherhäusern, andere sind republikanisch; einzelne der monarchischen Bindungen sind uralt, wie z. B. in Rajputana, durch Sage und Geschichte mit dem ganzen Volksleben verwurzelt und kaum aus ihm fortzudenken, andere sind nur auf junge und jüngste Entwicklungen, auf Empörungen erfolgreicher Mogulstatthalter oder auf britische Eingriffe zurückzuführen. Jedenfalls ist die Struktur des indischen Lebensraumes nicht zentralistisch über einen Kamm zu scheren: das Raum- und Wirtschaftsgewicht der einzelnen Länder ist noch verschiedener als in Europa. Indien ist ein zum Bundesstaat zu organisierender Weltteil von fast europäischem Ausmaß. Auch dort spielt der Zwiespalt der Weltanschauungen eine große Rolle zur Förderung fremder Gewalten im Erdraum.

Der G e g e n s a t z z w i s c h e n H i n d u u n d M o s l e m ist an einzelnen Stellen durch den Zorn gegen gemeinsam erlittenen Druck vorübergehend ausgeglichen worden. Die von einem Hindu verfaßten Worte des schönen indischen Vaterlandsliedes „Bande mataram" (Ehre die Mutter) und die daneben gestellten eines führenden mohammedanischen Schriftstellers in einer revolutionären Veröffentlichung der Nachkriegszeit beweisen, daß eine Überbrückung dieses Gegensatzes möglich wäre, ebenso wie das schon erwähnte Versöhnungs-

abkommen von Ansari und Lajpat Rai, das die gemeinsamen Ziele feststellt: Völlige Unabhängigkeit Indiens, Auflösung der monarchischen Eingeborenenstaaten, Bund föderierter Republiken, darüber hinaus ein Bund mit panasiatischen Zielen aller asiatischen Mächte zur Befreiung von der staatlichen und wirtschaftlichen Vormundschaft Europas und zur Vorversicherung gegen ähnliche europäisch-amerikanische Zukunftsansprüche. Das geht weit über die Zugeständnisse hinaus, die durch die Labour Party höchstenfalls eingeräumt werden sollen: „Dominion-Status" innerhalb des „Empire" unter langsamer Entwicklung zur Autonomie!

Die Reibungen zwischen Hindu und Moslem sind durchaus nicht überall aus einem Punkte zu kurieren: Sie sind z. B. im Pendschab und in den Vereinigten Provinzen ganz anderen Ursprungs als in Bengalen: dort liegt ihnen zugrunde der Rassengegensatz einer eingewanderten, früheren Herrscherrasse, afghanischer und mittelasiatischer Zustrom, Pathan-Abkunft; hier ein Klassengegensatz. Deshalb sind die Massen der indischen Mohammedaner, etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung von etwa 325 Millionen, keineswegs ganz einheitlich zu bewegen, wenn auch immerhin noch einheitlicher als die Hindu. „Mahometans are prepared for Government, Hindus are not" war das Urteil eines Kenners von 1909!

Die Kalifatsbewegung scheint im Zurückebben, wenn nicht im Abflauen zu sein; soziale Fragen, Beschwerden wegen Land- und Pachtsystem treten dagegen in den Vordergrund. Dabei zeigt sich aber, daß Mohammedaner und Sikh-Akali-Minderheiten, als die aktiveren, vielfach die Hindu-Mehrheiten vergewaltigen, und daß sich örtlich, aber doch weit verbreitet, auch Klassengegensätze immer wieder in das Ringen der Weltanschauungen einmischen. Die Swaraji-Partei hat aus dem idealistischen Programm Gandhis heraus weitgehende soziale Versprechungen gemacht, hat sicher auch die Absicht, Einzelnes daraus zu halten: Aber sie wird nun angesichts des Zahlenerfolgs bei den Wahlen vorzeitig zur Einlösung und Erfüllung gedrängt. Swaraji (z. Zt. 45) und Independenten (27) gehen dabei bereits vielfach Hand in Hand (von 94 volkserwählten Stimmen mit Zulauf 80 stark); und im Grunde unterscheiden sich, ähnlich wie auch auf den Philippinen, alle drei Parteien, auch die Moderaten, nur im Tempo, nicht im Endziel, der Unabhängigkeit. Was bedeutet aber, selbst wenn man sich in „Greater Britain" beim Entgleiten des indischen Gebietes mit Worten tröstet, die „Autonomie" eines durchorganisierten Volkskörpers von 325 Millionen Menschen, von gesinnungsverwandten und rasseverwandten Staaten umgeben, innerhalb eines rassefremden, weltüberspannenden Reiches von etwa 100 Millionen, die diesem autonomen Gebilde nicht angehören? — wenn dieses Gebilde einmal die Autonomie in völlige Selbstbestimmung verwandeln will!

Gegenüber der Größe dieses Fernblicks, dessen entscheidende Durchhiebe in diesem Jahr geschaffen werden, treten die übrigen Nachrichten an Bedeutung zurück: Unruhen auf den Philippinen, die immerhin zu größeren Störungen führten, wie zur Niedermetzelung einer amerikanischen Polizeiabteilung, sind vielleicht die nächstwichtigste deshalb, weil dort der empfindlichste geopolitische Manometer des indopazifischen Gebiets die Spannungen auch an anderen Stellen mit anzeigt, wie schon so häufig seit seiner Beobachtung durch das Weltbewußtsein. Dauernd werden sich die pazifischen Großinselkränze kaum in Fremdherrschaft fügen lassen! Die Philippinen haben einen vierhundertjährigen Freiheitskampf gegen die spanische Macht hinter sich, und an ihn hat sich unmittelbar mit zeitgemäßeren Methoden der gegen die amerikanischen Gewaltrechts-Nachfolger angeschlossen. Darin ist dieses jüngste Ereignis nur eine Episode; eine solche wird der anderen folgen, bis die Vereinigten Staaten unterdrückungsmüde sein und ihr Versprechen der Unabhängigkeit einlösen werden. Die Frage wird dann nur noch sein, ob sich ein feines Netz von Kultur- und Wirtschaftsabhängigkeit wird erhalten lassen oder nicht; aber die spanische Kultur ist den Tagalen wesensverwandter als die angelsächsische, die Macht der katholischen Kirche kommt hinzu, und die Wirtschaft der Philippinen ist so reich, so autarkisch begünstigt, daß sich die Inselgruppe mit ihren fast 300000 qkm und zwischen 10 und 12 Millionen in rascher Vermehrung begriffener

Einwohner immer selbständig erhalten können wird, — wenn sie wirklich will.

Gegenüber dieser allgemeinen Bewegung, auf die Selbstbestimmung der südostasiatischen Menschenmassen zu, können einige Gegenerscheinungen unter einen Nenner gebracht werden. Dazu gehören die amerikanischen Flottenmanöver im Januar und Februar, in denen 15 Großkampfschiffe, 4 leichte Kreuzer, 36 Zerstörer, 11 U-Boote, zahlreiche Hilfsschiffe und der gesamte Luftdienst der Marine die Möglichkeit rascher Vereinigung der atlantischen und pazifischen Flotte durch den Panama-Kanal beweisen sollten. Dazu gehört auch die keineswegs leicht zu nehmende völkerrechtliche Festlegung des antarktischen Gebiets zwischen 20. und 25. Grad westlicher Länge und 58. Breitengrad als britisches Reichseigentum. Dazu auch das unvermeidliche Festhalten der neuen englischen Arbeiterregierung — trotz anderer Meinung vorher — an dem beschlossenen Ausbau von Singapore, der gegen ein künftiges selbständiges Indien ebenso wichtig sein wird, wie als Damm gegen eine Überflutung von Ostasien her. Die Hochstraße vom Kap nach Australien wird auch angesichts unberechenbarer Entwicklungen im Mittelmeer und am Suezkanal wieder geopolitisch bedeutungsvoll.

Endlich ist die Frage der gruppenweisen Siedlungsverdichtung in Australien in ein lebhafteres Stadium getreten, wozu das völlige Versagen und der wirtschaftliche Fehlschlag der australischen Commonwealth bei der Übernahme des ehemals deutschen Neuguinea nicht wenig beitrug. Die Erkenntnis, daß in ein „Weißes Australien" vor allem mehr weiße Menschen gebracht werden müssen, wenn der riesige untersiedelte Raum, „the great lone land", nicht eines Tages anderen Siedlern, die ihn besser auswerten, zur Beute fallen soll, — sie setzt sich allmählich durch gegen den Egoismus der Hafenstädte, obwohl diese die Wählermassen haben und das große einsame Land keine Wahlstimme. Der richtige geopolitische Instinkt hat anscheinend gesiegt: Die erste Auswanderergruppe nach dem neuen Gruppen-Auswanderungs-System hat, 20 Mann, 20 Frauen und 60 Kinder stark, Devon und Cornwall nach Westaustralien verlassen. Große Worte und Hoffnungen begleiten diese kleine Schar! In den Abschiedsreden wurde die Verantwortung des Mutterlandes unterstrichen, der Auszug wurde hingestellt als ein „Umzug von einem seiner Zimmer ins andere", den Auswanderern wurde versichert: „Ihr verlaßt die Heimat nicht!" Das ist nur halbe Wahrheit, aber doch immerhin Wahrheit, solange das weltumspannende Reich seine Seewege beherrscht. „Ihr geht hinaus .... im großen Inselkontinent von Australien eine Nation zu entwickeln, die nur von einer Rasse sein will. Die Rassenfrage ist uns keine Frage der Politik, sondern eine der Überzeugung, der Weltanschauung." Es war ein Gegenruf, von einem Australier in Southampton gesprochen, auf den Ruf nach Gleichberechtigung, der Indien, China, Japan, die Philippinen, die Südsee durchklingt, im selben Monat, im selben Reich, im selben indopazifischen Lebensraum! Sie zu versöhnen wird schwer sein!

F. TERMER
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

AMERIKA

Neuigkeiten von größerer geopolitischer Tragweite sind in Amerika im dem verflossenen Monate nicht zu verzeichnen, nur was die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Staaten zueinander anbetrifft, sowohl der nordamerikanischen (Kanada, Union, Mexiko) als auch der südamerikanischen Republiken, können gewisse Ereignisse von Bedeutung namhaft gemacht werden. In erster Linie stehen noch im Mittelpunkt des Interesses in Nordamerika die politischen Wirren in Mexiko. Zwar ist eine Klärung der Lage in den letzten Wochen insofern eingetreten, als es den Regierungstruppen möglich war, die aufrührerischen Streitkräfte von

de la Huerta und Komplizen an der Golfküste von Vera Cruz entscheidend zu schlagen. Nach den letzten Meldungen soll die Operationsbasis von de la Huerta nach Tuxpan und Yukatan verlegt worden sein. Das bedeutet eine Erschwerung zukünftiger militärischer Operationen von seiten der Bundestruppen infolge der Entlegenheit, des Klimas und den unübersichtlichen Terrainverhältnissen dieser Halbinsel, vorausgesetzt, daß die Rebellen auch noch nach ihrer schweren Niederlage die nötige finanzielle Unterstützung von ihren Hintermännern empfangen.

Daß diese in der Union zu suchen sind, bedarf nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehntes keines besonderen Hinweises. Allerdings hat die Union in diesen letzten Wirren durchaus eindeutig sich auf die Seite der rechtmäßigen Regierung gestellt und damit ihre frühere Politik eines unentschiedenen Hin und Her verlassen; freilich findet diese Haltung keineswegs überall Zustimmung, denn es besteht die Gefahr, daß sie mehr als erwünscht in diese Händel verstrickt werden könnte. Und bei dem tiefwurzelnden Haß der Mexikaner gegen die Nordamerikaner ist sehr wohl möglich, daß dieses entgegenkommende Verhalten des starken Nachbarn nicht den von ihm erwarteten Dank auslöst. Durchaus verständlich ist, daß den Ver. Staaten eine Lösung dieser Krise in möglichst naher Zeit wünschenswert ist, denn die stark angespannte Wirtschaft der Union verlangt das dringend. Hat doch z. B. das Jahr 1923 einen Rekord in der Eisen- und Stahlproduktion des Landes gebracht, die sich auf ca. 40 Millionen t Roheisen und 43 Millionen t Stahl belief (1922: 26,8 Mill. t, 1916: 39,4 Mill. t) und fast der höchsten Rekordziffer der Stahlproduktion während des Krieges gleichkam. Abgesehen von einer erheblichen Ausfuhr von verarbeitetem Eisen und Stahl war auch der Verbrauch im Innern des Landes beträchtlich, wobei namentlich die Eisenbahngesellschaften und die Automobilindustrie als Abnehmer hervortraten.

Das Streben der nordamerikanischen Industrie nach der Vormachtstellung in den lateinamerikanischen Republiken offenbart sich in einzelnen „Interamerikanischen Konferenzen“, wie z. B. in der in diesem Frühjahr in der Hauptstadt Mexiko einberufenen Konferenz der „Interamerican Electrical Communications Commission“.

Die verschärften Einwanderungsbestimmungen der Ver. Staaten haben die Regierung des Irischen Freistaates veranlaßt, für ihre Landsleute eine besondere Einwanderungsquote bei der Unionsregierung zu beantragen.

KANADA

Durch Übereinkunft zwischen Großbritannien und Kanada ist bestimmt worden, daß die den britischen Auswanderern überlassenen Darlehen zu gleichen Teilen von beiden Staaten getragen werden. Diese Darlehen sind, wenn es sich um Einzelpersonen handelt, in vierteljährlichen Ratenzahlungen innerhalb eines Jahres nach erfolgter Landung auf kanadischem Boden zurückzuzahlen. Bei Eheleuten dagegen erfolgt die Ratenzahlung halbjährlich und ist auf 3 Jahre nach der Landung befristet. Es ergibt sich hieraus das Bestreben Kanadas, möglichst viele britische Einwanderer ins Land zu ziehen.

Die enge Verbindung Dominion-Mutterland offenbart sich auch darin, daß die Einfuhr aus Großbritannien zum größten Teil über kanadische Häfen erfolgt und auf diesem Wege einen Zollnachlaß von 10% genießt.

Sehr interessant und bedeutsam ist die Tatsache, daß jetzt eine japanische Schiffahrtslinie einen regelmäßigen Schiffahrtsdienst zwischen New York und Hamburg eingerichtet hat mit 14-tägigen Abfahrtszeiten. Diese „K“-Linie besitzt ca. 80 meist ganz moderne Dampfer mit einer Gesamttonnage von 67000 t dw. So tritt also auch hier Japan neuerdings als ein wirtschaftlicher Konkurrent der großen atlantischen Schiffahrtslinien auf.

In kanadischen Schiffahrtskreisen fordert man dringend einen Schutz des einheimischen Schiffbaues, der schwer unter der britischen Konkurrenz zu leiden hat. Schutzmaßnahmen wie Vorbehalt der kanadischen Küstenschiffahrt für kanadische Schiffe (Erhebung von Abgaben von britischen Fahrzeugen, die diese Zone aufsuchen) sollen hier helfend eingreifen. Dabei läßt man außer acht, daß der kanadische Schiffbau infolge Fehlens eigener leistungsfähiger Stahlwerke durchaus auf das Ausland (Ver. Staten) angewiesen ist, sobald es sich um Beschaffung wichtiger Baumaterialien

handelt. Eine gewisse wirtschaftliche Annäherung beider Staaten findet ihren Ausdruck in dem Wunsche Kanadas nach einer direkten diplomatischen Vertretung in Washington.

MITTELAMERIKA

Geopolitisch bemerkenswert ist die vor kurzem erfolgte Einmischung der Ver. Staaten in die inneren Verhältnisse einiger mittelamerikanischer Republiken, die zu der Entsendung zweier Kriegsschiffe geführt haben. So hat jetzt das Staatsdepartement in Washington die Beziehungen zu Honduras abgebrochen, weil angeblich bei den inneren Parteikämpfen daselbst nordamerikanische Untertanen zahlreiche Verluste erlitten haben und weil die Präsidentenwahl nicht verfassungsmäßig erfolgt ist. Da Honduras wirtschaftlich durchaus von der Union abhängig ist, so können über den Ausgang des Konfliktes kaum Zweifel bestehen, zumal das kleine Honduras sowohl von der atlantischen wie der pazifischen Seite her von der amerikanischen Flotte blockiert werden kann. Es fragt sich nun, welche Stellung in diesem Zwiste die Nachbarrepubliken von Honduras einnehmen werden. In Frage kommen nur Guatemala und das kaum zu berücksichtigende El Salvador, während Nikaragua durchaus unter nordamerikanischem Einflusse steht. Denn in dieser Republik befinden sich seit 1912 bereits amerikanische Marinetruppen dauernd stationiert, die man, wie offiziell angekündigt ist, erst 1925 zurückziehen will, wofern die bevorstehenden Wahlen in Nikaragua einen der Washingtoner Regierung genehmen Ausgang zeigen.

Die Ver. Staaten bemühen sich wiederum, die Abgaben bei der Durchfahrt durch den Panamakanal für ihre eigenen Schiffe abzuschaffen, was bereits früher einmal versucht, aber auf englischen Einspruch hin abgelehnt worden war. Ein solches Gesetz würde im Küstenverkehr bei der Westfahrt die Frachten erheblich herabsetzen, bei der Ostfahrt aber würden die amerikanischen Schiffe, die nach den atlantischen und Mittelmeerhäfen Europas fahren, bedeutend im Vorteil sein gegenüber europäischen Schiffahrtslinien. Durch diese Befreiung sollen allein der amerikanischen Schiffahrt im Jahre 10 Mill. Dollar erspart werden. Den größten Nutzen davon würde der Ölhandel von der West- zur Ostküste haben.

Panama selbst erschließt einige Landesteile durch neue Bahnlinien wie z. B. die Chiriqui-Bahn. Diese führt vom Hafen Pedregal am Stillen Ozean nach David, dort teilt sie sich in verschiedene Zweige nach La Concepcion, nach Boquete, sowie nach Porterillos. Man will die Linie jetzt bis an die Grenze von Costa-Rica weiterbauen. — Der Erschließung des Chucunaque Tales an der kolumbianischen Grenze soll eine weitere Bahn dienen, die von der Caledonia Bucht am Atlantischen Ozean ihren Ausgang nimmt.

SÜDAMERIKA

Eine kürzlich erschienene Zusammenstellung behandelt das Dürregebiet von Ceará, in Brasilien, das oft katastrophale Dürreperioden über sich ergehen lassen muß. Die brasilianische Regierung hat infolgedessen dieser Gegend ihre besondere Aufmerksamkeit schon seit längerem geschenkt, dadurch, daß sie eine „Inspectoria de Operas contra as Seccas" im Jahre 1909 einrichtete. Die Bemühungen des Unternehmens richteten sich in der Hauptsache auf die Anlage von Eisenbahnen und Straßen, um Hilfsaktionen bei Katastrophen schnell durchführen zu können. Jetzt geht man daran, künstliche Bewässerung in größerem Maßstabe einzurichten. Wohl ist die Geländegestaltung dieser Absicht förderlich (gebrochenes Terrain), aber der Charakter der Niederschläge und ihre Verteilung erschweren das Problem bedeutend. Gegenwärtig werden 5 Staudämme von amerikanischen Firmen erbaut mit einem Fassungsvermögen von 4 Mill. Kubikmeter Wasser; aber auch englische Firmen sind daran beteiligt. Wie schwer übrigens solche Dürren auftreten, zeigt das Jahr 1915, wo infolge einer derartigen Katastrophe 8000 Menschen starben und 22 000 aus Ceará auswanderten.

Argentinien wird gegenwärtig von zwei Ereignissen geopolitisch beeinflußt. Der unglückliche Ausgang der Konferenz von Santiago de Chile wirft seine Schatten bereits auf die politischen Beziehungen der großen südamerikanischen Staaten voraus. So nimmt Argentinien jetzt eine erhebliche Verstärkung von Heer und Flotte vor. Weiterhin ist es die europäische Wirtschaftskrise, die sich in den inneren wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes bemerkbar macht. So ist die Gefrierfleischausfuhr beträchtlich zurückgegangen, weil Eng-

land gegenwärtig seine eigenen Kolonien bevorzugt. Die Folge davon ist, daß die Fleischpreise in Argentinien auf ein Viertel des Standes von 1920 gesunken sind. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Argentinien haben 1923 durch die Ruhrbesetzung und die Finanzkatastrophe stark gelitten. Die landwirtschaftlich nutzbare Anbaufläche ist im Wachsen begriffen, die Ernteaussichten sind günstig, es hängt aber bei der wichtigsten Produktion des Landes alles von einer Besserung der europäischen Wirtschaftslage ab.

AFRIKA

Das Problem der indischen Einwanderung in die englischen Kolonien Afrikas wird neuerdings lebhafter besprochen. Diese Einwanderung wurde hervorgerufen durch die Zuckerrohrpflanzer in Natal, die anstelle der unbrauchbaren eingeborenen Arbeitskräfte der Zulus, die leichter zu behandelnden und intelligenteren Inder zur Arbeit auf ihren Plantagen herbeizogen. Der Erfolg entsprach den gehegten Erwartungen; die Produktion steigerte sich. Wenn auch diese fremden Arbeiter kontraktlich und für begrenzte Zeit ins Land gerufen waren, so behielt man sie doch über die festgesetzten Termine hinaus im Lande zurück, so daß aus den Wanderarbeitern seßhafte Landesbewohner wurden, die sich dem neuen Lebensraume vortrefflich anpaßten. Dabei war eine strenge rassenmäßige Abschließung dieser Inder gegen andere Rassenvertreter keineswegs immer gewahrt, und Mischehen stellten sich mehr und mehr mit der Zeit ein.

Bald sah man ein, wie sehr man durch diese wirtschaftliche Maßnahme die an sich schon schwierigen Bevölkerungsfragen in den betreffenden Gegenden noch mehr erschwert hatte. Man hat jetzt in den Indern ein Bevölkerungselement im Lande, das sich außerordentlich schnell fortpflanzt; jährlich steigt die Geburtenziffer beträchtlich an. Sie dehnen ihren Einfluß im Binnenlande weiter und weiter aus und machen dem Handel der Weißen schwere Konkurrenz. Infolgedessen wollte man die indische Einwanderung nach Südafrika bereits völlig unterbinden, aber diese Absicht löste einen solchen Sturm in Indien aus, daß man von ihrer weiteren Verfolgung Abstand nehmen mußte. Neuerdings wird nun dieser Frage von der britischen Regierung näher getreten. Aber die Fragen, die hierbei angeschnitten werden müssen, sind so schwerwiegende, da das indische Problem heute so sehr mit dem allgemeinen Eingeborenenproblem verquickt ist, daß sich die Stimmen für ein entgegenkommendes Verhalten der Kolonialregierung mehren. Zweifellos wird damit ein großer Teil Afrikas geopolitisch in die Interessensphäre des indischen Ozeans mit hineinbezogen.

Der Bau der Benguella-Bahn macht weitere Fortschritte. Das Bestreben der Belgier geht darauf aus, sie bis zur Kongostaatgrenze auszudehnen, damit der Kupferdistrikt von Katanga einen vom englischen Einfluß möglichst unbehelligten Zugang zum Meere hat, denn die anderen Verbindungen nach dem Indischen Ozean sind in englischen Händen. Dieses Projekt besitzt eine politische Bedeutung für große Teile des südlichen Kongostaates, aber die Schwierigkeit seiner Durchführung liegt sowohl in der ungünstigen Landesnatur des zu durchquerenden Angolas wie in den politischen Folgerungen, die England sicherlich daraus ziehen wird. Jedenfalls muß betont werden, daß die besten Zugangsstraßen zu einem in Zukunft sich auswachsenden größten Minengebiet der Erde unter englischer Herrschaft stehen.

Im britischen Ostafrika wird zur Erschließung des Baumwolldistrikts von Uganda die Guas Ngishu-Bahn ausgebaut, die auch zugleich den nördlichen Kavirondo-Distrikt industriell erschließen und damit diese entlegenen Gebiete mit der Küste in Verbindung bringen soll.

KARL HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM.

Geopolitische Literatur-Berichterstattung über den Indo-Pazifischen Kreis kann noch nicht auf bewährtem Herkommen fußen, muß sich erst zu ihrer Eigenart durchfinden und ihren Stil prägen. Noch schwerer, als im Raume der Alten Welt und im Atlantischen ist es hier, den ganzen Lebensraum und seine Teilräume aus einer Betrachtung loszulösen, die — weit davon entfernt, voraussetzungslos zu sein, oder auch nur sein zu wollen — durchaus von machtpolitischen Zwecken bestimmt ist. Denn die große geopolitische Literatur über Indien, den Fernen Osten und die Südsee ist zum überwiegenden Teil entweder von Angehörigen solcher Nationen geschaffen worden, die jene Räume vergewaltigen wollten, oder von solchen bodenständiger Mächte, die seit langer Zeit in argwöhnischem Ringen um ihre angegriffene, mühsam bewahrte Selbstbestimmung stehen, oder die sie schon verloren haben, und sich aus fremder Gewalt wieder loszuarbeiten versuchen. Solche Ausgangspunkte sind aber freiem geopolitischem Überblick nicht förderlich.

Auch die amtlichen Veröffentlichungen geraten zumeist unter den Bann des kolonialpolitischen oder autarkischen Gegensatzes, der besonders schwer auf den alten Kulturen des mittleren und fernen Ostens und der Südsee lastet, und der Kundige merkt ihnen an, daß sie unter dem Druck der einen oder der anderen Richtung stehen: so das laufende China-, Japan, India-Year-Book, die statistischen Veröffentlichungen der indischen und japanischen Regierung, der chinesischen Großunternehmungen, der Seezoll- und der Niederländischen Kolonial-Verwaltung, wie der hinterindischen bodenwüchsigen und fremden Mächte.

So, wie sie zu uns gelangen, bedürfen fast alle Zeitungsnachrichten, alle Zeitschriften und Broschüren, aber auch die Bücher, sogar die wissenschaftlichen, zumeist der Korrektur durch Gegengewichte, die man am besten direkt aus dem Gegenlager gewinnt. Die schöngefärbte japanische Auffassung des Auftretens der Inselmacht auf dem Festlande und der Einmischung in die sibirischen Händel wird zum Beispiel korrigiert durch die entgegengesetzte russische etwa in Sibiriakow-Wilenskis „Japonia" (Moskau 1923) und Leschins „Fernen Osten" (Tschita 1922), in denen die gegnerische Anschauung von dem kapitalistisch und imperialistisch angehauchten Vorgehen Japans schonungslos übersteigert wird. Das ergänzende Gegenstück zu den günstigen Agrarberichten des japanischen Ackerbauministeriums wäre die bitterböse Darstellung des landflüchtigen Kommunisten Sen Katayama „Die Agrarfrage in Japan" (Nowyi Wostok, Moskau 1922).

Ein ungewöhnlich gerechtes Bild des Menschenüberdrucks im übersiedelten chinesischen Lebensraum gab am 1. Januar 1923 Charles Hodges, der Assistant-Direktor der Abteilung für Osthandel und Politik der New-Yorker Universität im Peking Daily News unter dem Titel: „China's four hundred Millions, where and how the Chinese live". Darin macht er den, immer noch in kolonialer Unbekümmertheit extensiv siedelnden Amerikanern klar, daß im Durchschnitt von einer ostasiatischen Bodeneinheit das Einundzwanzigfache an produktiver Kraft gefordert werde, wie in den Vereinigten Staaten, und zwar stellenweise seit viertausend Jahren. Ganz anders müsse sich deshalb die Geopolitik des von 427 bis 450 Millionen bewohnten chinesischen Lebensraums darstellen, der z. B. allein im Yangtse-Tal, dem chinesischen Gegenstück zum Mississippi-Gebiet, das Doppelte der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten zu erhalten habe. Außerdem stehe sie noch vor dem Problem eines sich ablösenden Gürtels von Hochland-Rand-Staaten, einer unerhörten Umlagerung aller Binnenwege durch die fortschreitende Fluß- und Bahn-Verkehrs-Durchdringung, und eines schwer angleichbaren, wilderen Westens. Dennoch haben sich noch 75 bis 85 Prozent der Bevölkerung Chinas ein unmittelbares landwirtschaftliches Verhältnis zu ihrer Umwelt erhalten. Bis jetzt ist erst eine halbe Million völlig industrialisiert und zu reinen Fabrikarbeitern geworden; freilich unter den drückenden Arbeitsbedingungen eines

menschenüberfüllten Tieflohngebietes, mit Ausnahme einzelner Hochlohnenklaven, wie Hongkong und Dairen. Es ist ein großer geopolitischer Wurf in Hodges Arbeit, und sie zeichnet sich durch eine tiefere Auffassung aus, als etwa das gewandte, flüssige und amüsante Buch von Lennox Simpson (Putnam Wheale) „Indiscreet Chronicle of the Pacific" oder auch Sun Yat Sen's „Problems of China", obwohl beide viel mehr den Anspruch erheben, politische Wissenschaft zu bieten. Gegner von der Art von Hodges, und Freunde von der Art von Gilbert Reid, dem Verfasser des ausgezeichneten Werkes: „China captive or free" sind förderlicher für die Erkenntnis der Geopolitik des großen zerfahrenen und dennoch zusammenhaltenden Reiches, als solche Verteidiger, wie Putnam Wheale und Sun Yat Sen.

Für den Indischen Lebensraum faßt Lothrop Stoddards „New World of Islam", ein Gegenstück zu seinem Werk: „The rising tide of Colour against white supremacy", einen großen Teil der bodenwüchsigen Literatur zusammen, verarbeitet sie unter geopolitischen Gesichtspunkten, und schafft so ein Gegengewicht zu den amtlichen indischen Veröffentlichungen. Schärfer noch tut das Professor Benoy Kumar Sarkar in seinem tiefen und bedeutenden Werk: „The futurism of Young Asia", in dem er mit der breiteren, synthetischen Auffassung des modernen Inders, aber doch auf geopolitischen Grundlagen, die überall durchschimmern, den ganzen Komplex der jung-indischen Fragen abwandelt. Der ungewöhnlichen und sympathischen Persönlichkeit des Mahatma Gandhi wird unter den europäischen Beurteilern aus einer verwandten seelischen Einstellung heraus wohl am besten Romain Rolland gerecht, der auf Grund reichen, dort angeführten indischen Quellenstoffs ein Lebensbild dieser bedeutenden Inkarnation des Hindutums gibt, mit seiner Arbeit „Mahatma Gandhi", übersetzt von E. Roniger, Rotapfels-Verlag, Erlenbach-Zürich 1923.

Die Zeiten müssen für uns vorüber sein, wo wir gutwillig in der Rosenfarbe uns vorgehaltener imperialistischer Brillen von Lateinern, Angelsachsen und Russen die von ihnen sachte ihrer Selbstbestimmung entfremdeten oder entrissenen Lebensräume durch deren Hypnose so ansehen, wie man dort wünschte, daß der harmlos ihre Taten registrierende Mitteleuropäer sie sehen sollte.

Unsere Losung muß im Gegenteil sein, lieber wenig, aber mit eigenen Augen sehen, als etwas mehr, und mit fremden; und wo eigene Anschauung nicht gewonnen werden kann, dann wenigstens durch zwei paar fremde Augen, und von verschiedenen Standpunkten aus.

Deshalb tun wir auch gut, des Imperialisten Tokutomi: „Japanese American Relation" (Tokio 1922) zusammen zu halten mit den pazifistischen Meinungen des sozialistisch gefärbten und halbanglisierten New-York-Japaners Kawakami; und gewinnen so einen stereoskopischen Einblick in die dreieckigen Verhältnisse des pazifischen Kräfte-Gleichgewichts, wenn wir noch eines der Organe der koreanischen, japanfeindlichen Emigration hinzunehmen, etwa das in sicherer Ferne von japanischem Zugriff in Honolulu erscheinende Blatt „Tokatili".

Unter den Indopazifischen Spezialgebieten hat der sogenannte chinesische Wild-West 1923 eine besonders hochwertige geopolitische Darstellung erfahren. Sir Alexander Hosie, der langjährige britische Generalkonsul in Setschwan, bietet wohl das beste neueste Gesamtbild der großen, zukunftsreichen, wenig bekannten chinesischen Westmark in seinem Werk: „Setschwan, its products, industries and resources", Kelly & Walsh, Shanghai 1923. Es ist ein sachliches, kühles Buch mit großen wenn auch verschleierten Wirtschafts- und geopolitischen Zielen. Die seit der Gründung der Republik der blühenden Mitte tobenden politischen Wirren tut er als eine ephemere Erscheinung ab, die zwar hie und da störende Eindrücke gemacht, aber die enorme produktive Kraft der weiten Provinz und ihr gewerbliches Leben im wesentlichen unverändert gelassen habe. Der Vergleich mit der Rolle Böhmens im Körper der alten deutschen und später der Habsburgischen Monarchie drängt sich dabei auf: beide sind zugleich Zentralkörper und Fremdkörper, von unverwüstlicher Wirtschaftskraft erfüllt, aber auch durch latente Rassenprobleme gehemmt, und dennoch eine so starke morphologische Einheit, daß sie aus allen Kämpfen immer wieder als solche emportauchen können, oder müssen.

Es ist fast gefährlich für das Reich, zu dem er gehört, wenn über einen seiner Teilräume eine Berichterstattung von solcher Qualität auf Grund fremder Beobachtung möglich ist! Solche Landeskenntnis in reichsfremden Köpfen könnte ein Vorläufer für Selbstbestimmung oder Fremdherrschaft sein! 1881 hatte Hosie im damaligen chinesischen Wilden Westen sein Schicksalsland gefunden, und drei Jahre lang Setschwan, Kweitschau und Yünnan durchreist, um die Sonderbedingungen des westchinesischen Handels zu erkunden. Seine Reiseberichte hatten dann das verdiente Aufsehen gemacht. Nach seiner Ernennung zum Generalkonsul für Setschwan folgte 1902—1904 ein weiterer vertiefter Bericht, der in den Parl. Papers Oktober 1904 veröffentlicht wurde, und aus dem dann das englische Standwerk von heute hervorging.

Es ist in zwei Hauptteile gegliedert: eine Landeskunde und eine Wirtschaftsgeographie, die sich breit mit landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Erzeugung, Wildfauna und Tierzucht, den Bodenschätzen und ihrer Verwertung befaßt. Zwei Karten und eine Fülle praktischer Erfahrungen des unermüdlichen Opiumbekämpfers erhöhen die Brauchbarkeit des Buchs. Der klare Eigenstil des Willensmenschen und Wissenden zugleich machen das Setschwanwerk des ersten ausländischen Landeskenners zu einem geopolitischen Baustein der Provinzialkenntnis von China. Es zeigt zugleich, auf welch solidem Grund von eigenem Einblick und selbsterworbenem Wissen Englands Handelsgröße beruht, und mit ihr seine in geopolitischer Erfahrung so fest verankerte Macht. Dabei ist Setschwan eigentlich neben Kansu, ein der englischen See- und Küsten-Einstellung wesensfremdes Gebiet: ein küstenferner, binnenländischer Arbeitsgrund, das chinesische Böhmen, mit seinem Bergketten- und Waldgebirgs-Wall, und seinem einzigen Stromdurchbruch zum Meere, und dem rücksichtslosen, echt kontinentalen Eigenwillen seiner sich befehdenden Mischrassen.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

KARL HAUSHOFER:

GEOPOLITISCHE EINFLÜSSE BEI DEN VERKÖRPERUNGSVERSUCHEN VON NATIONALEM SOZIALISMUS UND SOZIALER ARISTOKRATIE

Tiefere Einblicke in geopolitische Zusammenhänge bei den Verkörperungsversuchen wichtiger Ordnungsgedanken und Leitideen der Menschheit lassen sich wohl am ehesten noch voraussetzungslos, ohne Beeinflussung durch Erfolg und Fehlschlag am eigenen Volkskörper, dann gewinnen, wenn solche Ideen in weiten Erdräumen unmodern, unzeitgemäß, also augenblicklich gerade unverkörpert sind; wenn sie darin keine Mehrheiten besitzen, also vorübergehend machtlos oder in der Erneuerung begriffen sind. Geopolitische Einflüsse offenbaren sich nicht so deutlich, wo solche Ideen augenblicklich herrschen, wo sie damit den Schwung des Wunschziels und die Kraft des Werdens eingebüßt haben, oder schon in notwendiger Entartung und Rückbildung begriffen sind, wo man vor lauter Schlacken kaum mehr ihre ursprünglichen Wesenszüge erkennen kann.

Da zwei große Leitgedanken, von deren Erneuerung und teilweiser Verkörperung für den Lebensraum unseres eigenen Volkes vieles erhofft wird, nämlich nationaler Sozialismus und soziale Aristokratie, gegenwärtig eine solche Krise bei uns durchmachen, mag es reizen, einige ihrer Inkarnationsversuche in fremden Erdräumen vergleichend zu untersuchen, um Anhalt für erdgebundene, bodenwüchsige Einflüsse bei ihrer Verkörperung (Inkarnation), Entartung und Zersetzung (Dekomposition) und Erneuerung (Regeneration) zu gewinnen.

Bekanntlich hat uns Roscher in seiner unschätzbaren, immer noch zu wenig gelesenen „Politik" oder „Geschichtlichen Naturlehre der Aristokratie, Monarchie und Demokratie" gezeigt, allerdings vornehmlich auf geschichtlichem Wege, wie sicher und zwangsläufig die Aristokratie entartet (im weitesten platonischen Sinn verstanden, nicht im engen reiner Geburts- oder gar Geldaristokratie), sobald sie von der Auswahl, ihrem naturwissenschaftlichen Daseinsgrund, zur Ausschließung übergeht, also aufhört sozial zu sein. Der Beste muß immer freien Weg zu dem Besten haben. Weniger überzeugende Grundlagen gibt es dafür, daß der Sozialismus als ein an sich gesunder Einschlag in staatlichen Lebensformen sofort vom Schutzstoff zum Zersetzungsgift wird, sobald er aufhört, tatsächlich, d. h. in seinem praktischen Wirken national zu sein, die bodengegebenen, klimaerzwungenen Daseinsbedingungen zu achten, instinktiv aus ihnen heraus zu handeln und die internationale Doktrin danach zu interpretieren, sobald er Mechanisierung zu treiben beginnt auf Gebieten, wo das Leben Rücksicht auf die Naturbindungen des Erdraums fordert, und wo Internationalismus also Entartung bedeutet. In diesen beiden Gedankengängen liegt das tertium comparationis, der Grund der Vergleichbarkeit



beider Erscheinungen, ihrer Rückführung auf die Ebene erdgebundener, bodenbestimmter Daseinsbedingungen und damit das Recht zu einer geopolitischen Untersuchung darüber.

Was allein schon jede auf längere Dauer ausschließende Aristokratie zu Verknöcherung und Entartung verdammt, ist die biogeographische Tatsache, daß jeder Teilraum der Erde andere Auslesegründe zwingend in den Vordergrund stellt, der eine enge, der andere weite Spannungen zwischen Kälte und Hitze, dieser Eignung zu kürzerer, intensiver Arbeit, jener zu längerer, aber intermittierender usw. Andererseits kann aber keine Rasse ohne Bluterneuerung aus frischem Blut, d. h. ohne Zufuhr aus anderen Erdräumen gedeihen, und gerade die längstlebigen, wie die Chinesen, haben durch die strengsten Bestimmungen, wie Verbot der Familien-Gentil-Ehe, die Familieninzucht hintangehalten.

Was die bodenerzwungene Unmöglichkeit einer Verkörperung des internationalen Sozialismus dartut, das ist die in jedem Lebensraum der Erde verschiedene Größe des eine bestimmte Kopfzahl erhaltenden, einheitlich zu bearbeitenden Grundbesitz-Optimums. Bei dessen Auswahl und Zustandekommen spielen allerdings prämarxistische Elemente eine trotz äußeren Mißerfolges bisweilen wohltätige Rolle, so z. B. die japanische „Taikwa“ 645 n. Chr., und die chinesische Umwälzung unter Wang um 1100 n. Chr. In der Verschiedenheit dieser Grundbesitz-Einheit offenbart sich die aus geopsychischen Gründen in allen Erdlagen ungleiche natürliche Arbeits-Intensität, der Heizzwang und der Wechsel der Tageslänge hier, die Unverwertbarkeit der tropischen Mittagsstunden zur Arbeit und die Unterwertigkeit zusammenhängender Regenperioden dort, oder Kältewellen, erzwungene Arbeitsruhe durch Zeiten der Dürre oder der Drehstürme; kurz, alle jene natürlichen Bedingungen bringen sich zur Geltung, die dem beobachtenden, durch Reisen geschulten Menschen selbstverständlich erscheinen, für den engherzigen Doktrinär oder durch Lehrmeinungen gebundenen Dogmen- und Parteimann aber nicht existieren, auch wenn ihn der Zufall vom einen zum anderen Sophistenklüngel rund um die Erde geführt hätte. Es gibt Leute, die nirgends und niemals unbefangen beobachten können, und von solchen stammen alle Parteiprogramme, auch die des internationalen Sozialismus. An sie wendet sich diese Untersuchung nicht, so wenig wie an die Rassenfanatiker, die sich Tatsachen verschließen, ohne deren Kenntnis kein Bienen- oder Taubenvater, kein Rindvieh- oder Pferdezüchter bestehen und sein Geschäft betreiben könnte, geschweige denn der Lenker eines menschlichen Staatswesens.

Aber der Lebensraum unserer eigenen Rasse und auch zunehmend die von ihr in ihrer anthropogeographischen Struktur wesentlich beeinflußten und veränderten Räume der Erde sind so ganz von zu dicht wohnenden, für die eigenen Einrichtungen voreingenommenen Menschen erfüllt, daß wir gut daran tun, unsere Be-



obachtungen in den beiden anderen großen Siedelungsverdichtungen anzustellen, auf deren inneres Gefüge die weiße Rasse bis jetzt nur einen oberflächlichen Einfluß gehabt hat, der freilich immer stärker wird, je mehr sie sich von ihm durchdringen und durchsetzen lassen.

Nun sind die beiden in ihrer gegenwärtigen flächenhaften Erscheinungsform, wie staatlichen Struktur am meisten langlebigen Lebensformen der Erde, außer einigen verknöcherten Kleinformen, das chinesische und japanische Reich, beide in ganz bestimmten Erdräumen mit ausgesprochenen geopolitischen Sondereigenschaften emporgewachsen. Wenn man die Ursachen ihrer ungewöhnlich langen Lebensdauer von über 4000 und über 2600 Jahren prüft, so findet man unter ihren hervortretenden geopolitischen Merkmalen bei beiden einige kühne, sowohl bodenbestimmte als bodenverändernde Experimente mit nationalem Sozialismus, nicht mit sozialer Demokratie: denn ihre Urheber waren sozialaristokratisch bestimmt. Die dauerhaftesten Auslese-Formen der Erde für eine sozial eingestellte Aristokratie mit fortwährender Ergänzungsmöglichkeit aus allen Schichten des Volkes scheinen sich im Bereich des Pazifik sehr wohl mit hieromonarchischen Schranken vertragen zu haben und auch kommunistische Einrichtungen nicht auszuschließen. (Vergl. auch Peru und die Quichua-Kultur.) Sie sind eben auf jenen maßvollen Ausgleich monarchischer, aristokratischer und demokratischer Einrichtungen eingestellt, die Entartungserscheinungen aller drei zwar nicht verhindern — das können menschliche Einrichtungen in ihrer Unvollkommenheit nicht —, aber doch kompensieren und auf ein für die Dauer erträgliches Maß zurückführen. Das chinesische Reich war ein Reich mit Reichsbewußtsein, Rechtsphilosophie und Landeskunde, lang ehe Rom existierte, das japanische ist sicher über zwei Jahrtausende alt, ohne sein Wesen als Reich wesentlich verändert zu haben. Es ist doch gewiß bezeichnend, daß sich diese beiden Dauererscheinungen an der Stelle des Erdballs finden, wo ozeanische und kontinentale Motive durch den ostasiatischen Randmeerkorridor reinlich voneinander geschieden sind: jene sind auf die ostasiatischen Inseln oder Zerrungsbögen verwiesen, diese auf das Gebiet der nicht meerbedeckten Staffelbruchränder natürlich eingeschränkt. So konnten die Japaner unter der gleichen, aber seit sieben Jahrhunderten der praktischen Machtausübung überhobenen Dynastie das Evolutionsprinzip verwirklichen; die Chinesen aber, unter regelmäßigen Revolutionen, den Wechsel der Dynastien ausprobieren, den sie als Ko-ming („Himmelsmandat-Wechsel"), als etwas durchaus Gottgefälliges ansahen. Evolution wie Revolution spielten sich dort ganz anders naturgesetzmäßig ab und verursachten weniger gegenseitige Störung, als ähnliche Vorgänge in Europa, wo die zwischen kontinentalen und ozeanischen Motiven hin- und herschwankenden Übergangsgebiete fortwährend Unruhe und Unsicherheit in verwandte Entwicklungen hineintrugen. So macht die dort vorhandene, hier man-

gelnde Gunst eines Grundzugs aus dem Antlitz der Erde einen der wichtigsten Unterschiede zwischen ostasiatischer und europäischer politischer und Sozial-Geschichte nach einmaliger Betrachtung schon verständlich.

Ein störendes Element freilich hat die chinesische Lebensform mit den ost- und mitteleuropäischen gemeinsam, das ist der Rhythmus von Antrieb und Hemmung, den beide aus der zentralasiatischen Landschaft, der an beide grenzenden Steppe empfangen, wie ihn Mackinder als „Geographical pivot of history" (London, 1904) schon dargestellt hat, so daß ich mich darauf beziehen kann. Diese Randberührung mit der Hochsteppe hat vielfach bewirkt, daß Entwicklungen sich verschoben, von denen man nach der längeren Dauer der chinesischen Kultur und der größeren Raumweite der Probleme annehmen möchte, daß sie im chinesischen Lebensraum früher als im japanischen vorgekommen wären.

Das von außen her am wenigsten gestörte Probierfeld der Menschheit unter den großen Menschenverdichtungsräumen ist wohl das japanische gewesen, und es hat seine innere Strukturfrage, nach einem gewagten sozialen Experiment zwischen 645 und 652 n. Chr., gelöst durch ein Pendelspiel zwischen sehr nationalem Sozialismus und höchst sozial durch Gesetz und Sitte belasteter Aristokratie. Diese Lösung hat eineinhalb Jahrtausende lang Bestand gehabt, und jener Reformversuch, sowie der von etwa 1600 bis 1854 währende Gleichgewichtszustand mit seiner so völlig anders als in Zentraleuropa vollzogenen Selbstauflösung des Feudalgefüges gehört zu den Erfahrungstatsachen der Menschheit, die für die Erkenntnis des nationalen Sozialismus wie der sozialen Aristokratie am fruchtbarsten sind.

Das Meisterwerk von Gleichgewicht, der kunstvolle innere Spannungsausgleich, den auf der Vorarbeit von Ota Nobunaga und Toyotomi Hideyoshi der Reichsfeldherr Iyeyasu Tokugawa als großer Staatsmann und Denker, der er war, zu Beginn des 17. Jahrhunderts für immerhin 250jährige Dauer errichtete, ist nächst zwei chinesischen wohl der bedeutendste Dauerversuch des ostasiatischen Erdraums gewesen, das praktisch durchführbare Maximum von nationalem Sozialismus und sozialer Aristokratie in einer haltbaren Lebensform zu vereinigen.

Die Idee der gegenseitigen Verantwortung von Einem für Alle, von Allen für Einen, der Gemeinhaftbarkeit des Familienverbandes, Gaues, Stammes, der Gemeinde, des Vorgesetzten für den Untergebenen; das Streben nach einer gleichmäßigen Verteilung der Wirtschaftsgüter eines nur spärlich mit Rohstoffen bedachten und nur notdürftig autarkischen Lebensraums, (der nur niederschlagsund holzreich ist, und über genügend vulkanische Produkte, sowie Kupfer für eine Weichmetallkultur verfügt) die Neigung zur Typisierung der Wohnstätten, der Einrichtung und Kleidung, sowie die Reisvorratswirtschaft liegen in derselben Richtung, die vielleicht nirgends auf der Erde so lange und so wirksam verkörpert war. Das Gefühl für den Wert des erreichten und so lange zäh festgehaltenen Lebens-



stils war im ganzen Volk so rege, daß die überwältigende Mehrheit sich mit verzweifelter Energie und heroischen Mitteln einer Änderung widersetzte, die dann nur unter dem Druck einer völlig veränderten Weltverkehrslage von außen her (1854-1869) zustandekam. Gleichzeitig hatte man es verstanden, uralte aristokratische Machtformen völlig mit diesem sozialen Verantwortungsgefühl der schließlich nur noch nominell Herrschenden und für Sitte und Ahnendienst Sorgenden zu erfüllen, hatte es erreicht, als wirkliche Machtträger neben sie ausgezeichnet dafür erzogene Beamte zu bringen (eine Art Hausminister, Karo, für die einzelnen Feudalgebiete, beratende Stäbe für Kaiser und Shogun). Einzelwillkür wurde klug ausgeschaltet durch Amtstätigkeit zu zweien oder in kollegialen Verbänden, die Gefahr fester erblicher Ansprüche auf diese Ämter, starrer Ausschließung, durch die Versetzungsmöglichkeit der Feudalgeschlechter im Interesse der Staatswohlfahrt, so daß auch hier größtmögliche Dauer verbürgt war.

Die einzige unausschaltbare Gefahr, an der schließlich auch das System zusammenbrach, von dem aber noch viele Einzelteile als wirksamste Stützen des japanischen Staatsbaues heute noch bestehen, war die der nationalen Inzucht, der Trägestauung der Bevölkerung, — eine Gefahr, die trotz einer sehr glücklichen Rassenmischung aus drei verschiedenen Rassenströmen bei fast dreihundertjähriger Abschließung des Inselbogens biogeographisch nicht vermieden werden konnte.

Leider wurde bisher die Bedeutung der langlebigen chinesischen und japanischen Reiche für die Untersuchung der Verkörperungsmöglichkeit ideologischer Forderungen viel zu wenig ausgenützt, obwohl sie dort am ehesten ohne die Belastung durch Gunst und Haß rasch wechselnder Parteien und Systeme nach biologischen und geopolitischen Methoden erfolgen könnte. Das erklärt sich zum Teil aus der Unkenntnis des reichlich vorhandenen, aber schwer zugänglichen literarischen Materials; in dem Grade aber, wie dieses reichlicher fließt, nicht zuletzt durch deutsche Forscher, wie neuerdings Franke und Wilhelm für China, Nachod für Japan, fällt aber diese Entschuldigung weg, und man muß mehr als bisher die reichen Lehren aus mehrtausendjährigen Versuchen der ja seit langem an Menschenüberfüllung (Polyanthropia) leidenden Monsunländer (und zwar in großen Räumen, nicht in kleinen, wie Griechentum, Römertum und Renaissancezeit) zur Lösung der gleichen Fragen in unserem, erst seit kurzem darunter leidenden Erdraum heranziehen, was namentlich Schallmayer mit Recht betont.

Die historische wie staatswissenschaftliche Auswertung dieser Lehren berufenen Federn überlassend, möchte ich mich hier auf rein geopolitische Tatsachen beschränken. Das nationalsozialistische Experiment der Taikwazeit hat den Japanern endgültig das für ihre Klimalage und Bodenbeschaffenheit naturgegebene Optimum der Grundbesitzverteilung, das ungefähre Maß der Ernährungskraft pro Kopf der Bevölkerung des Reislandes zum Bewußtsein gebracht; aber auch die Grenzen



sozialistischer Mechanisierung, indem es die Forderung ad absurdum führte, den Grundbesitz alle paar Jahre neu zu verteilen. Seit diesem Versuch hat eineinhalb Jahrtausende lang niemand in Japan mehr ernsthaft daran gedacht, das Privateigentum an Grund und Boden abschaffen zu wollen, das nur theoretisch National-(Kaiser)Eigentum blieb, aber unerträgliche Ungleichheiten waren eben damals für immer korrigiert worden und in der sozialen Einstellung der zur Herrschaft Auserwählten lag ein sicheres, bodenbestimmtes Korrektiv gegen exzessive Mißstände. Von dieser Reform ausgehend, entstand weiter eine gewisse Typisierung auch des Wohn- und Bekleidungswesens durch Anpassung an die nur beschränkt vom Erdraum gelieferten wichtigsten Wirtschaftsgüter, die Einheitsgröße des Naßfeldes (ta), der Matte (tatami) 90 : 180 cm als Grundmaß des Wohnraums usw. Die natürliche Wasserwirtschaft, die auf ein gewisses Zusammenhalten und Zusammenarbeiten hinweist, erzeugte und steigerte noch das Gemeinschaftsgefühl in dieser Richtung. Und die folgende Entwicklung belastete gerade die führende japanische Aristokratie mit sozialen Verpflichtungen in einem Grade, daß weit mehr von Verpflichtung als von Vorrecht der zum Führen berufenen Stände die Rede sein konnte, so daß sich tatsächlich solche Naturen, die zu Ausschreitungen, Willkür und Lebensgenuß neigten, diesem sozialen Zwang durch Flucht aus Amt und Würden vielfach entzogen; bei ernsteren Naturen führte diese Flucht vielfach ins Kloster.

So ist in dem einen ostasiatischen Teilraum der Feudalgedanke einer sozialen Ausprägung unter Festhaltung erblicher Auslese unterzogen worden; in dem anderen, dem chinesischen Teilraum, mühte man sich, ihn zu gewinnen in einer Prägung des Beamtenkörpers durch wissenschaftliche, Examens- und Bildungs-Auslese, also durch Schaffung einer sich stets erneuernden Aristokratie der Bildung. Dieses Ideal ist inzwischen entartet, das chinesische Bildungswesen ist zuletzt philologisch verknöchert gewesen, aber ganz verloren ging die Idee doch nicht, und neben den korrupten Erscheinungen hat das chinesische Auswahl-Beamtentum doch bis zuletzt auch imposante Typen wie die großen Vizekönige des Yangtse-Tals hervorgebracht.

Wenn sich so der ostasiatische Raum besonders zur Erforschung der erdgebundenen Züge sozialer Experimente eignet, so lehrt das kaum ein anderer Vergleich überzeugender, als der mit dem indischen Lebensraum, der deshalb naheliegt, weil es sich hier um den anderen großen Menschenverdichtungsraum der Erde mit noch nicht industrialisierter Menschenzusammenballung innerhalb der Monsunländer handelt. Aber dieser Raum zeigt viel ungleichartigere Erscheinungen. Auch er wird, ganz wie der chinesische, mehrfach von Hochasien her überwandert und überflutet, vielfach gestört, und zwar zumeist auf den gleichen geographisch beobachtbaren Wegen. Nur ist die Schwelle, die von den meisten dieser Eindring-



linge überwunden werden muß, in ihrer Form im nördlichen und im südlichen Teil ganz verschieden. Der nördliche, das Pendschab, ist eine der ausgeprägtesten Schwellen- und Übergangslandschaften der Erde, im höchsten Grade vorbestimmt, fremde Eindrücke aufzunehmen und expansiv zu verarbeiten; der südliche, das Radschputana, eines der ausgesprochensten Beharrungsgebiete der Erde, noch dazu gegen das Infiltrationsgebiet durch das gleiche Gebirge, wie das Pendschab, aber mit viel weniger ausgesprochenen Paßlandschaften, und durch das selbe Stromtal des Indus, aber mit einem anschließenden Wüstengürtel, geschützt — also ein Auffanggebiet geopolitischer Stöße. Dadurch wird die Einwanderungswelle in ihrer Form schon an der Schwelle zur indischen Volksverdichtung stark differenziert — und dazu kommt später die ungleiche Anpassungsfähigkeit der Einwanderer auf den schwarzen Regurböden und den roten Lateritböden. Auf den ersteren finden sie günstiges Fortkommen, auf den anderen können sich die Frührassen behaupten: kurz, die einheitliche Struktur des Großlebensraums (trotz vieler, selbstverständlich in Betracht gezogener Varianten), die in Ostasien möglich ist, und zur Voraussetzung so großzügiger, geopolitisch bestimmter Soziologie wird, kommt in Indien nicht zustande. Die monarchischen Ansätze (Asoka, Akbar) bleiben vereinzelt, die Idee erfaßt das Ganze nicht und findet keine Verkörperungsmöglichkeit, vor allem keine dauernde, und Indien wird der sozial unglücklichste, spannungsreichste Grosslebensraum der Erde, wie Ostasien der glücklichste und spannungsloseste, trotz seines enormen Volksdrucks.

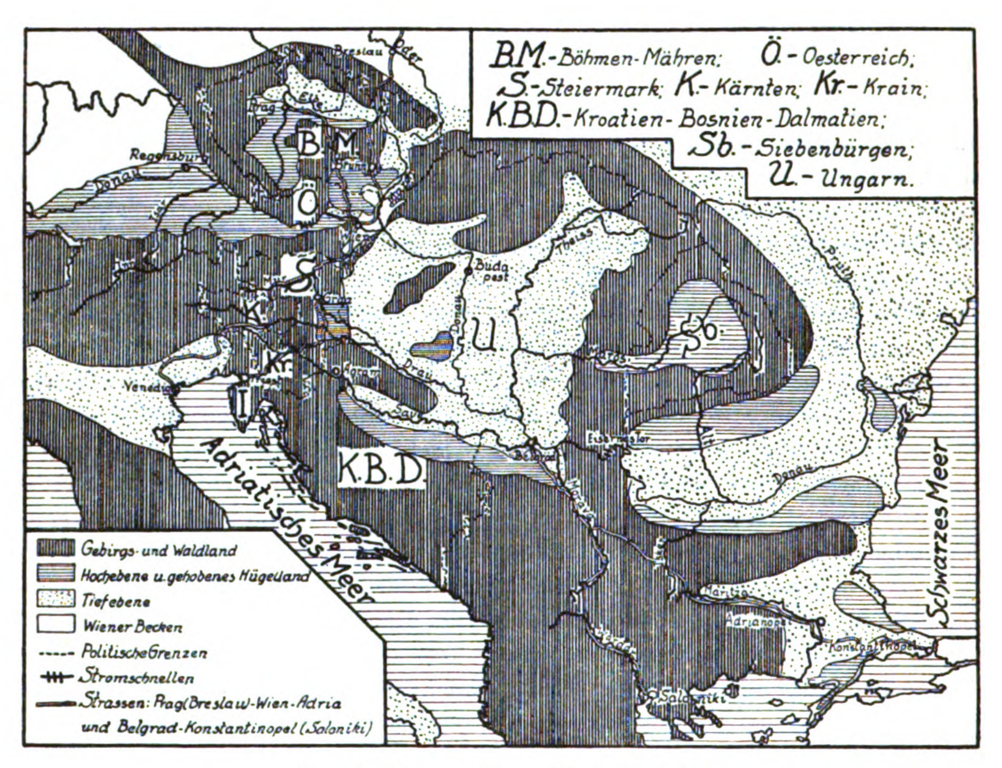
An sich ist eine Vergleichung des indischen wie des chinesischen Lebensraums auf ihre verschiedene Aufnahme- und Fortbildungsfähigkeit der Leitgedanken von nationalem Sozialismus wie sozialer Aristokratie sehr wohl gerechtfertigt; beide sind, obwohl an wichtigen Meeren gelegen, doch kontinental vorbestimmt und im wesentlichen nur potamisch erschließbar. Beiden floß aus denselben, geopolitisch vorgezeichneten, immer wieder aufgesuchten Wanderwegen, Schwellen- und Schlüssellandschaften die ursprünglich reichsbildende Bevölkerung aus den Binnenhochländern zu. In beiden findet sich klimatologisch das selbe, vom Uhrwerk der Monsune ausgelöste Gegenspiel niederschlagsreicher Räume und solcher mit periodisch schwankendem Wasserhaushalt und gelegentlich vorwaltenden Dürren, mit bevölkerungs-katastrophalen, regelmäßig eintretenden, also ganz besonders zu sozialer Vorbeugung anregenden Folgen. Beide kennen pflanzengeographisch das Ringen zwischen Reis, Hirse und Weizen und seine Folgen für eine ganz verschiedene, von der vorwaltenden Leitpflanze abhängige Volksdichte. Aber dem indischen Lebensraum fehlt in seiner westlichen Hälfte das den ostasiatischen in seiner ganzen Entwicklung so entlastende Großformmotiv der Trennung ozeanischer und kontinentaler Antriebe durch die vorgelagerten Inselbogen und den zwischengelagerten Randmeerkorridor. Der indische besitzt nicht jene gleichartige Stufen-

landschaft und die immer breiter werdende Ausdehnungsmöglichkeit in vorgelagerte Schwemmlandebenen, wie der chinesische; grundverschieden ist auch die Schwellenlandschaft. So zeigt sich eine ganz verschiedene strukturelle Aufnahmefähigkeit, Erhaltungs- und Erneuerungsfähigkeit für an sich dem Erdraum aus seiner Überdrängung gleich notwendige Ideen, die in dem einen Fall die vier- und zweieinhalbtausendjährige Dauer der Großlebensformen gewährleisten, in dem anderen vielleicht das unruhigste, willkürbestimmteste Wechselspiel der so leidvollen Menschheitsgeschichte zeigen; in einem Fall vielleicht das höchstmögliche, im andern das geringsterträgliche Maß des „größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Zahl“ herbeiführen! Und der schicksalbestimmende Zug beider für Glück und Leid, im letzteren Fall sich äußernd in der Massenerzeugung weltflüchtiger Religionen und Philosopheme, im ersteren in der Hervorbringung einer fortgeschrittenen Staatsphilosophie, steht ins Antlitz der Erde gegraben!

WALTHER VOGEL:
RHEIN UND DONAU ALS STAATENBILDNER II

Die Donau folgt in ihrem Laufe einer miozänen Meeresstraße, die vom Rhonetal her nordwärts eingreifend das ganze Alpengebiet an der Nordseite umrandete, die böhmische Masse in der Enge von St. Pölten von ihm trennte, sodann mit dem weiten pannonisch-ungarischen Meeresbecken innerhalb des Karpathenbogens — übrigens auch durch die mährische Pforte mit dem außerkarpathischen Meere — sich vereinigte und schließlich sogar durch eine schmale Meerenge in der Gegend des Eisernen Tores eine Verbindung mit dem walachischen Meeresbecken herstellte. In den späteren tertiären Perioden löste sich dieser durchgehende Meeresarm in einzelne Binnenmeere auf, die allmählich austrockneten und als letzten Rest einer Wasserverbindung von Schwaben bis zum Schwarzen Meer eben die Donau hinterließen. Diese Entstehungsgeschichte der Donau spiegelt sich noch in ihrer Beschaffenheit als Wasserstraße wider. Da die Sohlen der einstigen Meereshauptbecken auf verschiedenem Niveau liegen, bildet der Strom in den dazwischenliegenden Engen klippendurchsetzte Stromschnellen, die den Verkehr stark erschweren und natürliche Verkehrsabschnitte bilden. So gliedert sich der schiffbare Stromlauf von Ulm ab in drei Hauptteile. Der obere findet sein Ende da, wo Alpen und Böhmisches Massiv aneinander herantreten. Eigentlich ist der ganze trichterhalsartige Schlauch vom G'hachlet oder Kachlet oberhalb Passau bis gegen Krems am Ausgang der Wachau von zahlreichen Schiffahrtshindernissen durchsetzt, deren gefährlichstes ehedem der berüchtigte „Struden" von Grein war, der erst im 19. Jahrhundert durch Sprengungen seiner Schrecken entkleidet worden ist, vorher aber als der eigentliche Trennungspunkt vom mittleren Laufe gelten konnte[1]). Letzterer reicht bis zum Eisernen Tore, unter welchem Gesamtnamen gewöhnlich das 130 km lange Durchbruchstal zusammengefaßt wird, in dem die Donau sich durch die nordsüdlich streichenden Ketten des Banater Gebirgs und der Südkarpathen zwängt. Dieses Hindernis, das auch durch die Regulierungsarbeiten von 1890/98 durchaus noch nicht in befriedigender Weise beseitigt worden ist, war früher so stark, daß es den Verkehr zwischen dem mittleren und unteren Stromlauf fast völlig abschnitt. Noch jetzt bildet der untere, walachisch-bulgarische Stromteil viel eher eine isolierte Zubringerlinie und Eingangsstraße für den Seeverkehr als eine Fortsetzung der oberen Strombahn[2]). Auch darin, daß der breite Strom hier in seinem unteren Abschnitt zu allen Zeiten eine Staats- oder doch Provinzialgrenze gebildet hat, vom Mösien und Dakien der Antike bis zum Bulgarien und Rumänien der Gegenwart, prägt sich sein veränderter Charakter aus. Der obere Donauverkehr fand bereits in alten Zeiten seine Fortsetzung mehr zu Lande in der Senke des Morawa-Tals via Nisch—Sofia—Philippopel nach Kon-

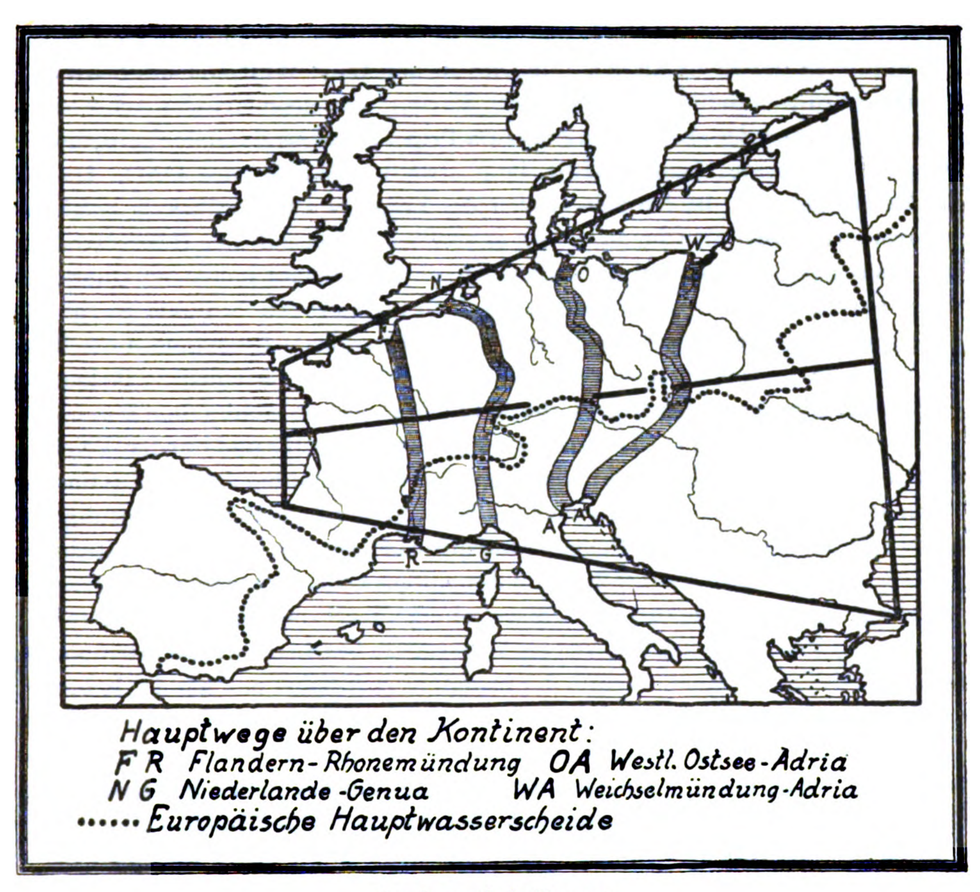




„Staatenbildung im Stromgebiet der Donau".

stantinopel oder über Kumanowo—Skoplje nach Saloniki. Schon in diesen Tatsachen ist es begründet, daß eine politische Verbindung zwischen den mittleren und unteren Donauländern von der Natur keineswegs bestimmt vorgezeichnet scheint.

Das Stromgebiet der Donau (im früher gekennzeichneten Sinne, siehe Heft 2, Seite 63) ist mit Vorstehendem bereits in seiner Hauptgliederung erkannt. Deutlich heben sich drei größere Regionen ab: Die oberdeutsche oder schwäbisch-bayrische Hochebene, die vom Jura und Bayrischen Wald bis zum Alpenrand reicht, ihre Siedlung, ihren Verkehr und damit auch ihren politischen Einfluß den Flußtälern folgend jedoch tief in die Alpen hineinschiebt [3]); das ungarische Becken zwischen Ostalpenabhang und Karpathenbogen, das in ähnlicher Weise mit seiner siedlungsgeographisch-politischen Einwirkung das kroatisch-bosnisch-serbische Mittelgebirgsland durchsetzt, und endlich das walachisch-bulgarische Becken, das in vieler Hinsicht wie ein vergrößertes Gegenbild der Poebene wirkt. Zwischen die oberdeutsche



„Das Europäische Trapez“.

Hochebene mit ihrer — ich sagte es schon — trichterhalsartigen Ausmündung nach O, und das ungarische Becken (oder deren Mehrzahl) gliedert sich aber noch das schmale, längliche, in seiner Hauptachse quer zur Stromrichtung gestellte Wiener Becken ein, das ja eigentlich einer niedrigeren Gliederungsstufe angehört, jedoch als ein geopolitisch höchst wichtiges Vermittlungsgebiet hier nicht übergangen werden darf[4]).

Ein kurzer geschichtlicher Überblick soll uns nun, ähnlich wie beim Rhein, darüber belehren, inwieweit der Stromlauf als Verkehrsträger auf die politische Verbindung jener drei Zwecklandschaften[5]) — denn es handelt sich um solche — eingewirkt hat. Dabei ist noch eine Beobachtung vorauszuschicken. Der Rumpf

der europäischen Kontinental-Halbinsel im engeren Sinne (ohne die angegliederten Halbinseln) kann als eine Art Trapez aufgefaßt werden, dessen Breite von 750 km in Frankreich auf mehr als das Doppelte in der Linie Westrand des Schwarzen Meeres-Narowamündung ansteigt (siehe Karte.) Die geometrische Achse dieses Trapezes, die von der oberen Loire bis zum Pripet annähernd mit der europäischen Hauptwasserscheide zusammenfällt, läuft etwa von WSW nach ONO. Da nun die Meere längs der beiden Seitenlinien des Trapezes schon frühzeitig befahrene bequeme Verkehrslinien boten, so ist es nur natürlich, daß der Handelsverkehr von Haus aus vorzugsweise die senkrecht zur Hauptachse laufenden Querlinien über den Kontinent gewissermaßen als Zubringerstraßen benutzte (vergleiche Karte Seite 137). Selbstverständlich durchbrechen lokale Umstände diese Regel vielfach, und sie hat auch in verschiedenen Zeiten sehr verschiedene Bedeutung gewonnen, aber als allgemeinen Grundsatz kann man sie wohl gelten lassen. Die vielberufene alte Bernstein-Handelsstraße von der Niederelbe und von der Weichselmündung zur Adria folgt dieser Richtung, und der Rhein hat seinem Zusammenfallen mit ihr zu allen Zeiten einen großen Teil seiner Verkehrsbedeutung verdankt. Die Hauptachse des Donaustromlaufs dagegen geht etwa in der Richtung WNW—OSO, also mehr der Südseite des europäischen Trapezes parallel, wobei allerdings noch die eigentümliche „Verwerfung" des Stromlaufs um etwa 275 km auf dem 19. Meridian (von Waitzen bis Vukovar) zu beachten ist. Dies stempelt die Donauschiffahrt zur Konkurrentin der Mittelmeerschiffahrt und hat der Erhebung der Donau zu einer Weltverkehrsstraße bis zur Gegenwart im Wege gestanden[6]).

Ein eigentümlicher geschichtlicher Zufall — wenn man es einen Zufall nennen will — wollte es, daß der aufeinander treffende Stoß des Römischen Reiches und des sich ausbreitenden Germanentums, mit dem die Geschichte des „abendländischen" Europa eingeleitet wird, derart vor sich ging, daß sowohl Rhein wie Donau, trotz ihrer ganz verschiedenen Hauptrichtung, als Frontlinie dienten. Bei der Donau ist dies mit Rücksicht auf die Lage Italiens sehr natürlich, beim Rhein rührt es daher, daß das Vordringen der Römer nicht direkt über die Zentralalpen, sondern auf dem Umweg über Gallien stattfand. Daher hatte die Donau jahrhundertelang ein ähnliches Schicksal wie der Rhein: sie war ein Grenzgraben, zugleich aber doch auch eine vielbefahrene Verkehrslinie, die gleichsam wie eine Gürtelbahn die Grenzfestungen und -garnisonen miteinander verband; in dem Begriff des „Limes" liegt ja auch beides. In dieser Eigenschaft hat sie doch wohl hauptsächlich eine militärische Rolle gespielt, wie sie beispielsweise bei dem großen Armeetransport K. Gratians zu Schiff von Lauriacum nach Sirmium im Jahre 378 hervortritt[7]). Auch bei der römischen Eroberung Dakiens hat die Donau hauptsächlich nur die Rolle eines Hindernisses gespielt; die Operationen sind nicht etwa von Pannonien, sondern von Mösien her geführt worden[8]). Man hat damals das un-



garische Becken noch nicht als einheitliche Zwecklandschaft empfunden, vielmehr als Zweiheit, wobei die nur von spärlichen Jazygenhorden bevölkerte Steppe östlich der N—S-Strecke der Donau schärfer trennte als diese selbst[9]).

Der allmähliche Untergang der römischen Herrschaft in den mittleren Donauprovinzen scheint doch, ähnlich wie auf dem Rhein, die Fortdauer der Flußschiffahrt nicht vollständig unterbrochen zu haben. Die Vita Severini weiß noch von solcher zu berichten, und um 700 n. Chr. sehen wir wieder den heiligen Rupert zu Schiff die Donau hinunter zu den Avaren reisen[10]). Während die slavische Wanderung aus den Ländern nördlich der Karpathen nach der Balkanhalbinsel, nach Pannonien und den Ostalpen wenig mit der Donau zu tun hat, ja sich offenbar vielfach absichtlich von ihr fernhält[11]), ist dies mit der bairischen Kolonisation ganz anders. Die bairische Siedlung erstreckt sich noch um 565 nur bis an den Alpenrand, und wenn sie sich dann auch allmählich in die Alpentäler hineinschob, so ist doch die Ausbreitung längs der Donau wichtiger, und die Siedlung hier viel dichter. Wenn wir noch Anfang des 10. Jahrhunderts Pannonien mit einem Netze bairischer Siedlung überzogen sehen, die vielleicht schon die slavische überwog, so ist die Mitwirkung des Donaustroms (wenigstens bis Carnuntum) dabei unverkennbar[12]). Eine verhältnismäßig rege Flußschiffahrt (talwärts mit Salz, bergwärts mit Sklaven, Pferden, Vieh, Wachs) wird durch die Raffelstätter Zollordnung von 905 bezeugt, ebenso durch die häufigen Donaufahrten der karolingischen Herrscher[13]).

Diese hoffnungsvollen Anfänge wurden jedoch durch den Vorstoß der Ungarn zum größten Teil vernichtet. Die ungarische Staatsgründung ist geopolitisch so wichtig, weil sie die bisher getrennten Landschaften Pannonien und Dakien endgültig zu einer einheitlichen Zwecklandschaft verschmolzen hat, indem die Magyaren als Steppenvolk gerade die bisher gemiedene Steppe des Alföld zu ihrem Hauptsiedlungsgebiet erwählten; Hunnen und Avaren waren ihnen allerdings darin vorangegangen[14]). Die Donau wirkte der Stoßrichtung der Magyaren von NO her entsprechend nur als Hindernis, und es ist völlig klar, wie der magyarische Staat zwar darnach strebte, die Grenzen des mittleren Donaugebiets, weil sie mit denen seiner siedlungsgeographischen und strategischen Zwecklandschaft annähernd zusammenfielen, zu seinen politischen Grenzen zu machen, wie aber die Donau als Stromlauf dabei eine ganz nebensächliche, höchstens im Süden als Grenzlinie eine etwas wichtigere Rolle spielt. Denn strategische Gesichtspunkte standen im übrigen beim Ausbau des Staates im Vordergrunde. Nach einem anscheinend den Slaven entlehnten System wurde ein ganzer Ring von Grenzverhauen (mag. gyepü) mit befestigten Pforten (portae, clusae) in den Gebirgswäldern um das Land gelegt, und so gewissermaßen künstlich eine strategische Zwecklandschaft geschaffen, die man allmählich erweiterte, bis der Grenzsaum die höheren Kämme

der Karpathen erreichte[15]). Das Donautal von Wien bis Bayern haben die Magyaren zwar als Einfallspforte nach Deutschland benutzt, doch ist ihnen eine dauernde Festsetzung hier nicht geglückt.

Der unterbrochene Flußverkehr ist wieder in Gang gekommen und hat sogar einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, als König Stefan der Heilige Ungarn dem Christentum und abendländischer Gesittung zuführte[16]). Es ist aber ein großer Irrtum, der wohl auf den alten Johannes Falke zurückgeht und dann von vielen andern nachgeschrieben worden ist, daß die Donau in dieser Zeit eine „Welthandelsstraße" von West- und Mitteleuropa nach Konstantinopel dargestellt habe[17]). Davon kann keine Rede sein. Der Handelsverkehr, der sich im 11. Jahrhundert auf der Donau von Oberdeutschland her anbahnte, und in dem Regensburg bis Anfang des 13. Jahrhunderts ein führende Rolle spielte, erstreckte sich nur bis zum westlichen Ungarn[18].) Donauabwärts gingen bairisches Salz, das zum größten Teil in Österreich konsumiert wurde, und vor allem Tuche, die den wichtigsten Einfuhrgegenstand nach Ungarn darstellten. Die Österreicher lieferten als Rimesse nach Oberdeutschland Wein. Die Ungarn sandten donauaufwärts Vieh (wovon aber auch viel auf Landwegen ging), Viehzuchtprodukte, Honig, Wachs, Fische, hauptsächlich jedoch Edelmetalle aus den oberungarischen Bergwerken, die den oberdeutschen Münzen als Rohstoff dienten, zum Teil wohl auch von der Wiener Münze in geprägter Form nach Ungarn zurückflossen[19]). Der deutsche Schiffs- und Warenverkehr ist keinesfalls in erheblichem Maße über Ofen-Pest hinausgelangt. Auf der anderen Seite hören wir wohl gelegentlich von mohammedanischen Händlern in Ungarn, und es ist ja auch selbstverständlich, daß sich nach der Balkanhalbinsel mancherlei Beziehungen anspannen[20]), aber ein internationaler Durchgangshandel auf der Donau ist daraus nicht entstanden. Soweit z. B. orientalische Waren, Gewürze und dergleichen die mittlere Donau passierten, wurden sie von den Oberdeutschen (die sie aus Italien erhielten) donau*abwärts* ins Land gebracht, nicht umgekehrt[21]). Etwas anders steht es mit dem Pilgerverkehr nach Konstantinopel und dem Heiligen Lande. Diesem hatte gleichfalls die Befriedung Ungarns durch Stefan den Weg auf der Donau eröffnet, und er hat sich dieser Verkehrsstraße in der Tat vom 11. bis 13. Jahrhundert mit Vorliebe bedient, wie uns zahlreiche Berichte zu melden wissen. Die Donaufahrt der Nibelungen an König Etzels Hof ist noch ein epischer Nachhall dieser Verhältnisse. Auch einige der großen Kreuzzüge sind bekanntlich diesen Weg gegangen, und wenn auch bisweilen die berittenen Kreuzfahrer die das Waitzener Donauknie abkürzende Straße am Plattensee vorüber benutzten, so bewegte sich der eigentliche Massenverkehr doch zu Schiff auf der Donau, bezeichnenderweise jedoch stets nur bis zum Morawatal, oberhalb des Eisernen Tores. Von da ab wurde immer der Landweg nach Konstantinopel eingeschlagen[22]).

Der Handelsverkehr auf der Donau ist von diesen Dingen, wie gesagt, wenig berührt worden. Er hat sich bis Mitte des 15. Jahrhunderts in den alten Formen weiterbewegt[23]), mit dem einzigen Unterschied, daß der direkte Verkehr der Oberdeutschen seit spätestens 1221 in Wien seinen Endpunkt fand. Damals nämlich hat Herzog Leopold IV. den Wienern das Stapelrecht verliehen, welches ihre Stadt zum Mittelpunkt des deutsch-ungarischen Donauhandels machte. Von Wien abwärts lag der Donauhandel vollständig in den Händen der Wiener, abgesehen von den Ungarn selbst. Und wir dürfen uns diesen Verkehr, am Maße der Zeit gemessen, nicht gering vorstellen; er erreichte schätzungsweise den damaligen Schiffsverkehr auf dem Mittelrhein, ganze beladene Frachtwagen wurden trajektartig auf Schiffen den Strom hinab befördert[24]). Hier ist es einmal recht deutlich zu fassen, wie der Flußverkehr die staatliche Entwicklung beeinflußt hat. Wenn schon Heinrich Jasomirgott Mitte des 12. Jahrhunderts seine Residenz vom Mittelpunkt seines Herzogtums, Krems, in die Grenzstadt Wien verlegt, so ist das offenbar von dem Wunsche diktiert, unter Ausnutzung des Donauverkehrs die Beziehungen zu Ungarn recht eng zu gestalten. Lag doch auch das politische und kulturelle Schwergewicht des damaligen Ungarns durchaus in den angrenzenden westlichen Teilen des Königreichs[25]). Beachten wir, daß gleichzeitig Wien dank den natürlichen Verkehrsvorteilen, die das Wiener Becken bot, und denen die Herzöge durch Straßenzwangsvorschriften nachhalfen, zum Mittel- und Durchgangspunkt des Verkehrs von Böhmen-Mähren nach Venedig wurde, so springt die geopolitische Bedeutung dieser Landschaft ins Auge, und wir wundern uns nicht, daß nach dem Aussterben der Babenberger Ungarn und Böhmen die Hand auf sie zu legen versuchen. Die ephemere Staatengründung Ottokars II. von Böhmen will dem eben erwähnten Landweg folgend eine kommerziell-politische Zwecklandschaft-Einheit von Böhmen bis zur Adria schaffen[26].) Von da ab hören die Bestrebungen nicht mehr auf, gestützt auf den Schnittpunkt Wien des Wegkreuzes Donaustrom und Böhmen-Venedig, eine politische Verbindung der Länder Böhmen-Mähren, Ungarn, Österreich, Steiermark-Kärnten herzustellen. Der Donauhandel und die wirtschaftliche Blüte Wiens erleiden allerdings seit Mitte des 15. Jahrhunderts schwere Einbuße, weil die reiche Silberausbeute der tirolischen und sächsischen Bergwerke den ungarischen Edelmetallbezug für Deutschland überflüssig macht[27]). Aber der ursprünglich wirtschaftliche Impuls wirkt politisch weiter. Der Ungarnkönig Matthias Corvinus setzt sich fünf Jahre lang in Wien fest und ist nahe daran, ein großes Donaureich zu schaffen, das außer Ungarn und Österreich auch Böhmen, Mähren, Schlesien, vielleicht auch noch mehr umfaßt. Er verfügte über eine starke, mit Kanonen ausgerüstete Donau-Flotille[28]). Einen klarbewußten Ausdruck für das Streben nach staatlicher Vereinigung einer Ländergruppe, welche durch die natürlichen Wege des Verkehrs miteinander ver-

bunden wird, werden wir freilich bei den beteiligten Personen und in der Geschichtsschreibung jener Zeit vergeblich suchen. Äußerlich betrachtet ist die Vereinigung Österreichs mit Böhmen und Ungarn das Ergebnis von scheinbar willkürlichen Machtwünschen und Treibereien einiger maßgebender Persönlichkeiten[29]); aber gerade der Umstand, daß von den verschiedensten Ansätzen, von Prag, Budapest und Wien her, jahrhundertelang ein- und dasselbe Ziel verfolgt wird, bürgt dafür, daß hier wirklich eine tieferliegende geopolitische Tendenz obwaltet.

Die Habsburger haben das Ziel schließlich erreicht. Sie gehen aus dem Wettbewerb mit den Hunyadi und Jagellonen siegreich hervor und führen den Bau tatsächlich aus, den Matthias Corvinus nur begonnen und geplant hatte. Aber der Augenblick, wo ihnen Ungarn anheimfiel, war zugleich derjenige, wo dieser Staat unter dem Stoße der Osmanen in Trümmer ging. Die Dynastie hat sich Ungarn erst in zweihundertjährigem Kampfe gegen die Türken erkämpfen müssen. Die Türkenkriege, besonders die entscheidenden Kämpfe von 1683 bis 1699, sind deswegen bemerkenswert, weil hier die mittlere Donau zwischen Wien und Belgrad zum ersten Male als Operations-, Etappen- und Nachschublinie, nicht als Frontabschnitt eine Rolle spielte. Die Eroberung Ungarns ist längs der Donau erfolgt, die Flußschiffahrt hat auf den Verlauf der Feldzüge maßgebenden Einfluß gehabt, und das hat auch noch auf die Neukolonisation Südungarns stark nachgewirkt, bei der bekanntlich die flußabwärts kommenden Schwaben eines der wichtigsten Elemente darstellten[30]).

In ihrer endgültigen Gestalt stellte die Habsburger Monarchie in der Tat eine durch natürliche verkehrsgeographische Verhältnisse zusammengeschlossene Zweck-Einheit dar, die nur an wenigen Stellen über diesen Bereich hinausgriff. Das hat Sieger in seiner schönen Studie gegenüber Kjellén klar erwiesen[31]). Ihren Mittelpunkt bildete eben das Wiener Becken, wo die Donaustraße sich mit dem böhmisch-adriatischen Straßenbündel kreuzte. Indessen die früher (Heft 2, Seite 63) zitierte Äußerung Ratzels schießt doch erheblich über das Ziel hinaus. Zwar deckte sich Österreich-Ungarn zu einem guten Teile mit dem Donaugebiet, und es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, diese Übereinstimmung durch Einverleibung Bayerns, des dinarisch-balkanischen Einzugsgebiets und der Walachei-Moldau zu einer fast vollständigen zu machen[30].) Aber wenn wir das Wachstum dieses Staates genetisch betrachten, so sehen wir, wie übertrieben die Behauptung ist, daß „in seiner Entwicklung und seinem Zusammenhalt die Donau und ihre Zuflüsse die Lebensfäden seien“. Es handelt sich allerdings um einen Zusammenschluß wesentlicher Teile des Donaugebiets. Die einzelnen geopolitischen Zwecklandschaften, aus denen der Gesamtstaat erwachsen ist, haben sich jedoch vielfach ganz ohne Einwirkung der Donau gebildet; namentlich gilt das von Ungarn. Der



Donaulauf als Verkehrsträger ist, soweit wir das festellen können, nur zwei- oder dreimal geopolitisch von maßgebender, vielleicht entscheidender Bedeutung gewesen: bei der Entstehung der alten Ostmark, des Herzogtums Österreich, bei der Verbindung desselben mit Ungarn, wie sie sich seit dem 13. Jahrhundert anbahnt und im 16. Jahrhundert zustande kommt, endlich etwa noch bei der Wiedereroberung Ungarns 1683 bis 1699. Ein mindestens gleich wichtiges Wachstumsmotiv aber, und zwar sowohl für Österreich wie für Ungarn, war die Anziehungskraft der Adria, wie sie sich in dem Streben nach Triest und Fiume, nach Istrien und Dalmatien ausspricht.

* * *

Fassen wir unsere Betrachtungen über Rhein und Donau als Staatenbildner noch einmal zusammen, so gelangen wir zu folgendem Ergebnis:

Rhein und Donau haben als Stromsysteme und Verkehrsträger in der bisherigen Geschichte nicht in dem Maße staatenbildend gewirkt, das man erwarten sollte. Die Tendenz wird wohl sichtbar, ihre Kraft macht sich geltend, aber andere kreuzende und hemmende Kräfte erwiesen sich vielfach als stärker. Beim Rhein sind dies namentlich die verkehrsfeindliche, in ihrem geopolitischen Horizont beschränkte feudalistische Kleinstaaterei, ferner die Nachbarschaft Frankreichs, das sowohl am Niederrhein (durch den burgundisch-niederländischen Staat, der letzten Endes doch eine Art französischer Filiale ist) wie am Oberrhein eine im buchstäblichen Sinne „absaugende" Wirkung ausübt. Namentlich die Kanalbauten Napoleons I. und seiner Nachfolger haben, wie Gothein gezeigt hat[33]), das Elsaß und zeitweise sogar Baden ihrer natürlichen rheinischen Verkehrszugehörigkeit entfremdet, und die gegenwärtigen Kanalpläne der Franzosen nehmen diese Absicht in verstärktem, der gesamten Rheinschiffahrt geradezu lebensgefährlichen Grade wieder auf[34]). Bei der Donau haben sich bisher namentlich die Schiffahrtshindernisse (Eisernes Tor), die ungünstige, mit der Mittelmeerschiffahrt konkurrierende Hauptrichtung des Stromlaufs oder, was annähernd dasselbe besagt, die absaugende Wirkung des Ligurischen Meeres (Genua), der Adria (Venedig, Triest, Fiume, und der Aegäis (Saloniki) als hemmende Umstände für eine geopolitische Zusammenfassung des gesamten Stromlaufs erwiesen. Überhaupt muß man eben feststellen, daß große Flüsse in kolonialen Urwaldgebieten oder in wüstenhaften Trockengebieten, wo sie die einzige brauchbare Verkehrsbahn bieten, der Staatenbildung in viel höherem Maße zwingend die Richtung vorschreiben, im zweiten Fall noch verstärkt dadurch, daß die Ackerbaukultur von der Bewässerung durch das Flußwasser abhängt. Daher sind der Nil für Ägypten, Euphrat und Tigris für Babylonien, Amu- und Syr-Darja für Turkestan die bestimmenden Staatenbildner schlechthin, und bei Urwaldströmen, wie dem Amazonas, dem St. Lorenz und Mississippi im französischen Nordamerika des 17.

und 18. Jahrhunderts, etwa auch den nordrussischen Strömen[35]), tritt die Wirkung für die politische Organisation des durchflossenen Gebiets gleichfalls viel einseitiger hervor, als bei unseren Beispielen. In Gebieten wie Europa, wo dank dem Klima und der Bodenbeschaffenheit die Strecken zwischen den Flußläufen dem Verkehr verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten bieten und das nahe Meer außerdem eine starke Anziehung ausübt, wird die staatenbildende Kraft der Ströme zu sehr von anderen Einflüssen durchkreuzt und in den Hintergrund gedrängt, als daß sie sich in beherrschender Weise geltend machen könnte.

Das wird durch den Gang der Geschichte bei Rhein und Donau bewiesen, besagt aber nicht, daß deren geopolitische Rolle auch für die Zukunft schon endgültig auf das bisherige bescheidene Maß beschränkt sei. Die Eisenbahnen haben den Flußverkehr anfänglich wegen der größeren Schnelligkeit, Sicherheit und Billigkeit über Gebühr zurückgedrängt. Namentlich war das an der Donau der Fall, weil dort, wie Robert Sieger jüngst sehr fein gezeigt hat[36]), die Landverkehrsstraßen sich im allgemeinen viel weiter vom Stromlauf entfernen und dadurch seltener zur Entstehung dichter städtischer Siedlungen Anlaß gegeben haben, die einen lokalen Zwischenverkehr auf dem Fluß unterhalten. Aber in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg ist der Güterverkehr auf den deutschen Wasserstraßen stärker gewachsen als der Eisenbahngüterverkehr[37]), und die Erkenntnis wird immer mehr Gemeingut, daß „die Eisenbahnen ihre volle Leistungsfähigkeit in Ländern hoher wirtschaftlicher Entwicklung nur dann erhalten können, wenn man nach Möglichkeit den Transport von Schwerartikeln und Massengütern auf die Wasserstraßen abwälzt“ (Heiderich[38]). Gerade die unleidlichen Zustände der Gegenwart an Rhein und Donau zeigen, wie notwendig eine engere politische Verständigung der Ufer-Anrainer dieser Ströme auch für ihr wirtschaftliches Gedeihen ist. Wir können auf die völker- und staatsrechtliche Seite der Sache hier nicht eingehen und müssen uns überhaupt mit einigen Andeutungen begnügen. Die durch die Versailler Friedenserpressung hergestellte Internationalisierung der deutschen Flüsse speziell des Rheins, ist in der bisherigen Form auf die Dauer unhaltbar. Frankreich ist am Rhein ein Fremdkörper, weil es, wie schon oben bemerkt, naturgemäß der Rheinschiffahrt durchaus abträgliche Absichten verfolgen muß. Andererseits hat sich an der Donau gerade nach dem Verschwinden der österreichisch-ungarischen Monarchie die relative Lebensberechtigung dieses Staatswesens deutlich gezeigt. Die Donau-Uferstaaten werden im eigenen wohl verstandenen Interesse nicht dauernd im Zustand gegenseitiger argwöhnischer Mißgunst verharren können. Ihre volle geopolitische Potenz aber werden Rhein und Donau erst dann entfalten, wenn sie einmal durch einen leistungsfähigen Kanal miteinander verbunden sind, wobei wir die Wahl des Verbindungsweges hier ganz unerörtert lassen wollen. Wird dann noch das Hindernis des Eisernen



Tores vollständig bezwungen, so würde eine Wasserstraße geschaffen sein, die dank der bedeutenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der wechselseitigen Austauschbedürfnisse der von ihr durchzogenen Länder unabsehbare Wirkungen zeitigen könnte. Jedenfalls würde die Donau erst dann ernstlich in Stand gesetzt werden, den Wettbewerb mit dem Mittelmeer aufzunehmen und dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbereiche Triest entbehrlicher zu machen. In Verbindung mit dem norddeutschen Mittellandkanal und einem Donau-Oder-Kanal[39]) würde die mit dem Rhein geeinigte Donau ein Wasserstraßenviereck schaffen, das der Interessenvereinigung der mitteleuropäischen Staaten und Landschaften zweifellos einen festeren geopolitischen Halt als bisher gewähren würde. Rhein und Donau als Staatenbildner — das bedeutet, so hoffen wir, nicht nur eine gehemmte und gescheiterte Vergangenheit, sondern eine verheißungsvolle Zukunft.

ANMERKUNGEN

[1]) F. Heiderich, Die Donau als Verkehrsstraße (Zeitschrift der Ges. f. Erdkunde z. Berlin 1916, S. 265 f. Vollständige Aufzählung der Schiffahrtshindernisse auf der Donau bei C. V. Suppán, Wasserstraßen und Binnenschiffahrt, Berlin 1902, S. 67 f.

[2]) Heiderich a. a. O. S. 276 f., 284 f., 294 f.

[3]) Die Landschaften zu beiden Seiten der obersten Donau bis Ulm, d. h. Oberschwaben und die Schwäbische Alb, gehören, als Zwischenglieder zwischen Bodensee und Neckartal, verkehrsgeographisch mehr zum Rheingebiet.

[4]) H. Slanar, Grenzen und Formenschatz des Wiener Beckens (Zur Geographie des Wiener Beckens, Heiderich-Festschrift, Wien 1923, S. 1 f.)

[5]) Über diesen Begriff s. meine Politische Geographie (Aus Natur und Geisteswelt Nr. 634, 1922) S. 28.

[6]) Vergl. dazu auch Heiderich a. a. O. S. 294. Der Verkehr der oberdeutschen Handelsstädte mit dem Orient ist von Anfang an über Venedig und Genua gegangen. — Völkerwanderungen von O nach W (und umgekehrt) haben, in einem gewissen Gegensatz zum Handelsverkehr, das Donautal auf der Strecke von Ungarn bis Oberschwaben mit Vorliebe benutzt, aber sie gehören durchaus der prä- und frühhistorischen Zeit an.

[7]) Ammianus Marcellinus XXXI, 10, 20; 11, 6. — Über die Donau in römischer Zeit und später vergl. auch die zwar nur ganz kurz gefaßte, aber wegen eingehender Quellennachweise schätzbare Schrift von H. Hertzberg, Die historische Bedeutung des Donaulaufs, besonders des ungarischen (Programm der Städt. Oberrealschule Halle 1892).

[8]) J. Jung, Römer und Romanen in den Donauländern. 2. Aufl. Insbruck 1887. S. 16 f.

[9]) Vergl. meine Politische Geographie S. 33.

[10]) Vita Severini c. 3 (Schulausgabe ed. Mommsen S. 14). Vergl. Kaemmel, Die Anfänge deutschen Lebens in Österreich S. 184.

[11]) Kaemmel a. a. O. S. 170, 174, 178 ff.

[12]) Bayerische Siedlung auf der oberdeutschen Hochebene s. L. Schmidt, Allgem. Geschichte d. germ. Völker bis z. Mitte des 6. Jahrhunderts (1909) S. 179; in der Ostmark und Pannonien Kaemmel a. a. O. S. 244—60, 269—77, 294 f. Luschin v. Ebengreuth in Geschichte der Stadt Wien, herausgegeben vom Altertumsverein zu Wien (1897—1905) I, 402.

[13]) Gedruckt Monumenta Germaniae, Abt. Leges III, 480. Vergl. Kaemmel a. a. O. S. 289 f. Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 400, 402 f.

[14]) Vergl. meine Politische Geographie S. 33. Hertzberg a. a. O. S. 6—7, Anmerkungen 59, 69.

[15]) K. Taganyi, Alte Grenzschutzvorrichtungen und Grenzödland (Ungarische Jahrbücher 1 (1921) S. 105 f. Vergl. Szekfü, der Staat Ungarn, Berlin 1918, S. 30 f.

[16]) Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 408.

[17]) Joh. Falke, Die Geschichte des deutschen Handels (1859) I, 78, 110. Ähnlich z. B. W. Kiesselbach, Der Gang des Welthandels im Mittelalter, Stuttgart 1860, bes. S. 39, 40, 55, 228; M. G. Schmidt, Geschichte des Welt handels (Aus Natur und Geisteswelt Nr. 118) S. 32 und zahlreiche andere.

[18]) Luschin v. Ebengreuth, a. a. O. I, 408—10. Heyd, Geschichte des Levantehandels (Stuttgart 1879) II, 716—17. — Die Behauptungen Falkes, Geschichte des deutschen Handels I 74, der direkte Verkehr der Regensburger sei bis Alt-Ofen, Baja, Belgrad gegangen, werden auch von Koehne, Das Hausgrafenamt S. 22 bis 33, als nicht quellenmäßig belegt, zurückgewiesen. Dagegen haben wir Zeugnisse für direkten Verkehr Regensburgs mit Kiew: s. Wasiliewski in Verh. des Hist. Ver. f. Oberpfalz und Regensburg 57, S. 183 f.

[19]) Th. Meyer, Der auswärtige Handel d. Herzogtums Österreich im Mittelalter (Forschungen z. inn. Gesch. Österreichs, herausgegeben v. A. Dopsch, H. 6, Innsbruck 1909) S. 4—5, 10, 20 f., 91 f. Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 440 f. II, 767.

[20]) Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 408. Die von Wasiliewski a. a. O. S. 218 f. angeführten Zeugnisse beweisen freilich für die Existenz eines Donauhandels nach Deutschland gar nichts.

[21]) Luschin v. Ebengreuth, a. a. O. I, 441.

[22]) Über die Pilgerfahrten und Kreuzzüge durch Ungarn vergl. im allg. Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 408, 420 f. sowie die dort beigegebene Karte.

[23]) Der Versuch K. Sigismunds 1418, den Levantehandel von der Adria weg auf die Donauhandelsstraße zu lenken, schlug fehl. Schulte, Gesch. des Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien I, 514 f.

[24]) Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 413 f., 422 f., II, 762. Th. Meyer a. a. O. S. 39—40 vergl. auch S. 27.

[25]) Luschin v. Ebengreuth a. a. O. I, 411—12, 439. Die historischen Residenzen und Hauptstädte Ungarns, Preßburg, Gran, Stuhlweißenburg, Ofen lagen sämtlich im Westen des Landes.

[26]) Luschin v. Ebengreuth, Österreichs Anfänge in der Adria (Vortrag in der K. Akademie der Wissensch. zu Wien 1916) S. 3. — O. Kende, Zur Handelsgeschichte des Passes über den Semmering (Zeitschr. d. hist. Vereins f. d. Steiermark 5) bes. S. 30 f.

[27]) Th. Meyer, a. a. O. S. 113 f.

[28]) W. Fraknói, Matthias Corvinus, König von Ungarn 1458—90. A. d. Ung. Freiburg i. B. 1891.

[29]) Vergleiche die skeptischen Äußerungen von A. Huber, Geschichte Österreichs III, 563, und A. Bachmann, Deutsche Reichsgeschichte im Zeitalter Friedrichs III und Maximilians I. Band II, 145 f.

[30]) Vergl. die Darstellung der österreichischen Feldzüge von 1683—86 gegen die Türken in den Mitteilungen des K. K. Kriegsarchivs zu Wien, 1883 S. 19, 1884, S. 386 f, 389 f., 1885 S. 201, 203. 236, 1886, S. 17. Major v. Angeli, Die kaiserl. Armeen unter Mgf. Ludwig von Baden 1689—92 (Beilage zur österreichisch. militärischen Zeitschrift 18. Jahrg., 2. Heft, S. 144, 3. Heft S. 277). Die Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, bearbeitet von der Abteilung für Kriegsgeschichte am K. K. Kriegsarchiv (Wien 1876) I[1], Einleitung S. 573 f. I[2], 103. Über die Schwabenwanderung donauabwärts ins Banat s. R. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern III, S. 206 f.

[31]) R. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österreich-ungarischen Monarchie und ihre Außenpolitik (Geogr. Zeitschr. 1915).

[32]) Dahin gehören die Versuche Josefs II., Bayern durch Tausch zu erwerben, die Vereinigung Kroatiens mit Ungarn 1091, die Okkupation Bosniens und Serbiens im 12. Jahrhundert, unter Matthias Corvinus und 1718—39, ebenso die der Donaufürstentümer im 12. Jahrhundert, 1718—39 und 1854—56. Wenn das walachisch-serbische Volkstum sich schon früh-

zeitig längs der Morawa bis an und über Sawe und Donau ausbreitete, so folgte es wohl weniger dem Drang nach dem Donaustrom als Verkehrsbahn, als vielmehr nach den fruchtbaren Ebenen Slawoniens und des Banats. Vergl. L. v. Südland, Die südslawische Frage und der Weltkrieg (Wien 1918) S. 73, 103, 320 f.

[33]) Gothein, Gesch. Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert (Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik 101) S. 103—4.

[34]) J. Partsch, Die Zukunft des deutschen Oberrheins (Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde z. Berlin 1920 S. 1).

[35]) R. Pohle, Rußland, Mensch und Natur (Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin 1917, S. 77 f).

[36]) R. Sieger, Donauweg und Rheinstraße (Z. Geogr. d. Wiener Beckens, Heiderich-Festschrift 1923 S. 186 f.

[37]) F. Heiderich, Die Donau als Verkehrsstraße (Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde z. Berlin 1916, S. 265, 291).

[38]) Heiderich, a. a. O. S. 265.

[39]) Heiderich a. a. O. S. 294 f., 301 f. Vergl. auch R. Hennig, Das mitteleuropäische Binnenschiffahrtsnetz und die Möglichkeit seiner Ausgestaltung nach dem Kriege, Geogr. Zeitschr. 1917, S. 62 f. F. Heigl, Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau (Zeitschr. f. Binnenschiffahrt 1922 S. 102); derselbe, Die Weltwasserstraße Rhein-Main-Donau und das Ausland (ebenda S. 291 f).

L. HAMILTON:
DIE CANADISCHE FORSTWIRTSCHAFT

Die Gesamtfläche Canadas beträgt 3729665 englische Quadratmeilen, wovon 126329 aus Wasser bestehen. Nach den letzten Berechnungen sind 932416 englische Quadratmeilen, oder ein Viertel der Gesamtfläche, mit Wald bedeckt, wovon 390625 englische Quadratmeilen (also fast ein doppelt so großes Areal wie das Deutschland von 1914) als mit brauchbarem Nutzholz bedeckt veranschlagt werden. (Unter brauchbarem oder verkaufsfähigem Holz verstehen sich Stämme nicht unter 15 cm im Durchschnitt.) Doch ist der gesamte Holzbestand auf dieser Fläche vorläufig nicht zugänglich wegen mangelnder Transportmöglichkeiten. Mit Ausnahme der felsigen Wüstenei (besonders im Norden Quebecs), der offenen Prärie, ferner der Brandstellen und selbstverständlich der außerhalb des Bereiches des menschlichen Besiedlungsgebietes liegenden Tundra, ist Canada als ein Riesenwald zu betrachten, in dem die Städte, Ansiedlungen und Farmen, die fadenartigen Bahnstränge und Straßen nur als Lichtungen anzusehen sind. Wenn aber im allgemeinen Canada aus der Vogelperspektive als ein Riesenwald erscheinen würde, dürfen wir nicht vergessen, daß viel von dem Wald Neuwuchs von verschiedenem Alter ist, der wieder nach Bränden und Abholzen spontan gewachsen ist, also nicht das Ergebnis von Aufforsten, das in Canada noch in den Kinderschuhen steckt.

Die südliche Waldgrenze erstreckt sich von der Ostküste bis dicht an das Red River Tal. Im Osten endet sie auf dem 50.° nördlicher Breite, zieht dann südlich bis ungefähr 20 Meilen nördlich vom St. John See, geht dann über den Abitibisee nach dem Nipigonsee, von dort zum Nordende des Lac Seul, um am 50.° nördlicher Breite allmählich in gemischte Prärie und Waldland überzugehen. Als teilweise abgeholzt zu bezeichnen sind: Kap Breton Insel, ein schmaler Streifen um die Küste Neu-Schottlands herum, die Ränder Neubraunschweigs, die Gaspé-Halbinsel, die Südufer des St. Lorenz, ein schmaler Streifen der Nordufer, der sich allmählich westlich von Quebec bis einige Meilen nördlich und nordöstlich von Ottawa erweitert — also immerhin ca. 100 bis 150 Meilen vom St. Lorenz entfernt —, ferner auch die Ontario-Halbinsel.

Nördlich der südlichen Waldzone liegt ein breiter Streifen (schwankend zwischen 40 Meilen im Osten bis 400 im Westen) von dichtestem Wald (die subarktische Zone), die sich über das ganze Land bis zur Alaskagrenze am Yukon Fluß erstreckt und teilweise darüber hinaus. Durch die klimatischen Unterschiede zwischen dem Osten und Westen Canadas ist es zu erklären, daß dieser Waldstreifen, der durch das ganze Land zieht, im Osten seine Nordgrenze auf dem 51.° nördlicher Breite hat und im Westen erst auf dem 65.° nördlicher Breite. Nördlich von diesem Mittelwaldstreifen liegt der Nordwald (Arktische Zone), dessen Baumbestand immer



schwächer, struppiger und kümmerlicher wird, bis er in der Tundra ausklingt. Im hohen Norden, wo Birke (betula papyrifero) und Espe ein kümmerliches Dasein an den Ufern des Großen Bärensees fristen, sind 200 Jahre nötig, ehe ein Stamm nur so dick wie ein Handgelenk wird. Endlich findet man kleine Weidenarten. Sonst breitet sich nur eine dichte Decke von Moos und Flechten aus. Dazwischen blühen Steinbrech, Enzian und andere arktische Pflanzen während der wenigen Monate, wo die Schneedecke diese grausamen Einöden entblößt.

Als generelle Tatsache sei bemerkt, daß zwischen dem östlichen und westlichen Waldsystem, welche durch die Lücke der Prärien getrennt werden, gewisse Unterschiede bestehen; jedoch sind sie nicht so auffallend wie bei den östlichen und westlichen Waldgrenzen der Union; denn in Canada wird nördlich der Prärie eine Brücke zwischen den beiden Waldgebieten geschlagen, so daß sich die Wälder hier vermischen.

In Canada gibt es rund 150 verschiedene Baumarten, wovon nur 31 Koniferen sind; aber diese liefern 95% der canadischen Nutzhölzer und nehmen einen noch größeren Prozentsatz der gesamten benutzbaren Waldfläche ein. Der Atlantische Wald weist eine größere Verschiedenheit der Arten auf, als der an den Gestaden des Stillen Ozeans. Der auffallendste Unterschied ist der Reichtum an rundkronigen, dezediösen Laubbäumen im Osten, wogegen die immergrünen Arten der Koniferen im Westen vorherrschen. In der Tat, der Koniferenwald herrscht in den meisten Teilen Canadas vor. Abstrahieren wir diejenigen Waldflächen, die sich auf ackerbaufähigem Land befinden, so schließen wir die meisten Hartholzwälder von kommerziellem Wert aus. Dank des kalten Klimas Canadas wird im allgemeinen der Laubwald nur dort mächtig genug, um als Nutzholz verwendet zu werden, wo das Land sich für Ackerbau eignet, also von einer Aufforstung in den meisten Fällen keine Rede sein wird. Durch diese Tatsache allein ist der Fortbestand von Harthölzern für die Zukunft gefährdet. Wenn nun auch die Zahl der Laubbäume groß ist, so gibt es von cirka neunzig Arten nur fünf, die einen Wertvergleich für Nutzzwecke mit den Koniferen aushalten.

Die Forstwirtschaft Canadas steht an zweiter Stelle unmittelbar hinter der Landwirtschaft. Schon 1683 wurden die ersten Forstverordnungen in Canada, welches damals französischer Besitz war, betreffs Beschlagnahme für Eichenholz für die Flotte herausgegeben. Aber mit Ausnahme von Eiche wurde das andere Holz als wertlos betrachtet. Die Kolonisten mußten zunächst Nahrung schaffen, und um dies zu tun, mußte abgeholzt werden. So wurde, und wird vielfach heute, der Wald als ein Feind der Ansiedler betrachtet. Damit setzte der Forstraubbau in Canada ein, wie es auch in den damaligen englischen Kolonien in Amerika der Fall war. Und wenn der canadische Waldbestand heute nicht so dezimiert ist wie der der Union, liegt das nur daran, daß das Land eine unvergleichlich geringe

Zahl von Siedlern hat. Nur dieser langsamen Besiedelung ist es zu verdanken, daß eine nicht wieder gut zu machende Vernichtung der canadischen Wälder vermieden worden ist. Durch die schlechten Erfahrungen in den Vereinigten Staaten setzte durch eine Reihe von Erlassen in Canada eine rationellere, wenn auch noch nicht annähernd genügend rationelle Waldwirtschaft ein, und zwar auch nur in der elften Stunde. Die Hälfte der ursprünglichen Wälder der Union sind schon verschwunden, und abgesehen von Neuwachstum, wird der amerikanische Waldbestand in 25 Jahren erschöpft sein, wenn nicht Einhalt mit dem Raubbau gemacht wird. Aber nach europäischen Begriffen ist der Raubbau und die Vernachlässigung der canadischen Wälder geradezu verbrecherisch. Doch muß man als Entschuldigung anführen, daß bei der Ausdehnung des Landes (ca. 18 mal so groß wie Deutschland) und der geringen Zahl der Einwohner (unter 9 Millionen) eine intensive Forstwirtschaft, wie man es in Zentraleuropa kennt, unmöglich ist. Canada produziert 2600000000 Kubikfuß Holz jährlich, es werden 790000000 Kubikfuß durch Feuer zerstört und 1350000000 Kubikfuß durch Insekten, dazu kommt ein unberechenbarer Verlust durch Schwammkrankheiten. In anderen Worten sind die Wälder in den letzten 5 Jahren um 5000000000 Kubikfuß jährlich vermindert worden! Die Aufforstung überläßt man meistens der Natur.

Auch die Engländer waren, als sie im Jahre 1763 Besitz von Canada ergriffen, darauf bedacht, gewisse Hölzer für die Flotte zu reservieren, so Eiche und Pinie. Sie gingen noch weiter als die Franzosen; denn sie schufen Schonungen. Hätte man diesen Leitsatz später verfolgt, und von vornherein Waldland, welches sich nicht für Ackerbau eignete, reserviert, so wäre Canada heute besser daran, sowohl in bezug auf die Entwicklung seiner Forst- wie Landwirtschaft. Als man aber im Schiffbau Holz durch Eisen ersetzte, verlor man jegliches Interesse, die Wälder zu schonen. Die allgemeine Meinung in Canada war: weg mit dem Wald, so bald wie möglich! Er war nicht nur, wie gesagt, ein Hindernis zur Siedelung, sondern er bot den tückischen Indianern Schutz, ermöglichte plötzliche Überfälle und machte die Verfolgung unmöglich.

Die Besiedlung des östlichen Canadas bewegte sich immer von einem Wasserweg aus, zunächst den St. Lorenz entlang, bis ins Innere. Die Siedlungen befanden sich an der Seeküste, an den Flüssen oder Seen. So wurde zuerst der Wald unmittelbar am Ufer gefällt, und rückwärts von einer Siedlung wurde der Wald immer weiter zurückgedrängt. Später besorgten berufsmäßige Holzfäller diese Lichtungsarbeit, und es entwickelte sich ein System, das heute noch gilt: Holzfällern nicht Land zu verkaufen, sondern nur zum Abholzen zu vermieten. Sie trachten, ihre Arbeit zwischen Herbst und Frühling zu beenden, damit dann die Siedler vor dem Sommer Besitz von dem Land ergreifen können. So kommt es auch, daß nur ungefähr 7 % des Waldlandes in Privatbesitz ist, das andere gehört



dem Fiskus. Das Einkommen der zentralen und der provinzialen Regierungen aus Forstpachtungen zum Zwecke des Abholzens belief sich 1920 auf 10,5 Millionen Dollar. Im Jahre 1849 betrug die Pacht, um eine englische Quadratmeile abzuholzen, nur 5 Dollar, heute 31 500 Dollar.

Als der Raubbau fortschritt, sahen sich die Behörden gezwungen, Beschränkungen auf die Ausfuhr zu legen, und es wurde bestimmt, daß Stämme und Holzbrei, welche von fiskalischen Wäldern herstammten, nicht ausgeführt werden konnten, wenn sie nicht erst in Canada bearbeitet worden waren, oder der Holzbrei nicht in Canada hergestellt wurde. Manche Provinzen schreiben vor, daß ihre Holzerzeugnisse in der Provinz selbst verwertet werden müssen.

Der ungeheure Schaden, welchen die canadischen Wälder durch Feuer erlitten, führte zu einem gut ausgebauten Feuerschutzsystem und entsprechender Gesetzgebung. Diese sind, besonders seit 1914, sehr vervollkommnet; so sind Fernsprecher gelegt worden, Tausende von Meilen an Straßen gebaut, Patrouillengänge eingerichtet, und neuerdings werden Flugzeuge zur Entdeckung von Waldbränden benutzt, ebenso auch, um Feuerwehrleute schnell nach den Brandstellen zu befördern. Es werden große Flugzeuge benutzt, welche zehn Menschen tragen können. Die Flugzeuge kreuzen über den Wäldern, um Ausflügler, Pelzjäger, Indianer usw. zu beobachten. Sie werfen gedruckte Warnungs- und Verhaltungsmaßregeln herunter. Man vermutet, daß die Hälfte der ursprünglichen canadischen Wälder durch Feuer zerstört worden sind. Im Jahre 1922 wurden rund 400 englische Quadratmeilen Wald durch Feuer vernichtet, im vorhergehenden Jahre aber das Vierfache.

Das Reservieren von Land, welches für Ackerbau ungeeignet ist, für Forstzwecke, ist neueren Datums. In den Reservaten verfolgt man — mutatis mutandis — deutsche Forstmethoden, die vielfach von Canadiern studiert worden sind. Abgesehen von Reservaten, in denen eine rationelle Forstwirtschaft verfolgt wird, gibt es sogenannte Parks, größere Flächen, die vollkommen intakt gehalten werden und zu gleicher Zeit als Wildschonungen dienen, in denen überhaupt nicht gejagt werden darf. An Forstreservaten gibt es 223000 englische Quadratmeilen und an Parks 22200. Seit 1913 sind Forstlaboratorien unter der Aufsicht der Forstverwaltungsabteilung des Ministeriums des Innern eingerichtet worden. Sie leisten der Industrie gute Dienste. Ihre Aufgabe ist es, ein systematisches Studium der canadischen Hölzer zu ermöglichen, so daß ihre Eigenschaften völlig bekannt werden und jede Holzart nach ihrer speziellen Seite hin möglichst ausgenutzt werden kann. Schon jetzt haben sich viele Hölzer, die früher verachtet wurden, als von großem ökonomischen Wert herausgestellt. Man hat erfahren, daß Canada Hölzer importiert, die es selbst anbauen könnte. Die wertvollen Veröffentlichungen dieser Laboratorien werden in Broschüren gedruckt und an Interessenten im Lande ver-

teilt. Eine an Wert ständig zunehmende Einrichtung ist die der Baumpflanzungsabteilung (Tree-Planting Division) des Forstamtes. Sie besitzt verschiedene Baumschulen in den Prärieprovinzen, und hat es sich zur Aufgabe gestellt, Bäume auf die Prärien zu pflanzen, besonders rings um die öde liegenden Farmen, um erstens diesen mehr Reiz zu verleihen, und zweitens ihnen Schutz zu gewähren, ebenso wie dem Kleinobst, wie Erdbeeren usw. Sie setzte mit ihrer Tätigkeit im Jahre 1901 ein und sorgt für freie Verteilung von Samen, Schößlingen, Literatur und Rat an die Farmer und andere Interessenten in den Städten und auf dem Lande. Nur wer die Öde mancher Präriegegenden kennt, kann diese segensreiche Tätigkeit würdigen. Manches Gehöft, das vor zehn oder fünfzehn Jahren einsam am endlosen Horizont allen Winden preisgegeben da stand, ist heute in liebliches Grün gebettet. Manche kleine Präriestadt, die so kahl und nackt wie ein Felsen im weiten Meere aufragte, hat heute ihre anmutigen Anlagen. Es sind bis jetzt nicht weniger als 40000 gut kultivierte „Schutzbaumgürtel" gepflanzt worden. „Jeder erfolgreiche Baumgürtel ist eine praktische Demonstration dafür, auf welche Arten von Bäumen man sich in einer gegebenen Gegend verlassen kann. Es ermuntert diejenigen, die skeptisch waren, es unterbricht die Eintönigkeit der Landschaft, und verleiht dem Farmerleben den Eindruck einer größeren Permanenz." (N. Ross, vide op. cit. infra.)

Der Wert der Forstprodukte Canadas belief sich 1920 (letzte Zahl) auf 306600000 Dollar, und zwar auf die einzelnen Posten wie folgt verteilt:

	Dollar
Bauholz, Latten, Dachschindeln	188 312 475
Brennholz	27 500 000
Breiholz	67 156 870
Balken	12 183 440
Kantholz (exportiert)	1 899 444
Böttcherholz	812 578
Stangen	893 434
Exportierte Stämme	1 836 315
Gerbematerial	711 000
Grubenholz	535 551
Verschiedenes (exportiert)	975 544
Verschiedene Holzprodukte	3 843 968
Zusammen	306 660 689

Wenn wir auch nicht die Einzelheiten der Holzproduktion für Canada in den Jahren 1921 und 1922 haben, so stehen die Holzausfuhrzahlen zur Verfügung. Es wurde:

1920	für $ 213913944	Holz exportiert gleich	17,26 %	Wert der Gesamt-Ausfuhr
1921	„ „ 284561478*)	„ „	„ 23,93 %	
1922	„ „ 179925885	„ „	„ 24,31 %	

*) Holzausfuhr der Union 144172501 Dollar.

Ständig nimmt die Herstellung von Holzbrei zu. Im Jahre 1901 gab es nur 25 Mühlen mit einem Kapital von 11,5 Millionen Dollar, und eine Produktion von 4,2 Millionen Dollar. Im Jahre 1920 gab es 67 Mühlen, in denen 347 Millionen Dollar investiert waren, und die für 142 Millionen Dollar Holzbrei und 137 Millionen Dollar Wert an Papier herstellten. Als holzbreiproduzierende Provinz steht Quebec an der Spitze. Infolge der wachsenden Wichtigkeit von Holzbrei durch den Weltverbrauch von aus Holz hergestelltem Papier ist es nicht zu verwundern, daß gerade die großen Holzbreimühlen und Papierfabriken in Canada mit der Aufforstung begonnen haben. Für eine Industrie, die solche großen Kapitalausgaben hat, wie die Holzbrei-Industrie und Papierfabrikation, ist die Aufrechterhaltung des nötigen Vorrats von vitaler Bedeutung. Fünfundsiebenzig Prozent des Zeitungspapiers, welches in der Union verbraucht wird, muß schon jetzt aus Canada importiert werden. Bei Zollfragen ist dieser Posten eine mächtige Waffe in den Händen der Canadier. Im Jahre 1922 führte das Dominium an Holz und Holzprodukten einen Gesamtwert von $ 175000000 nach den Vereinigten Staaten aus. Wenn aber Canada nicht in unvergleichlich größerem Maße für Aufforstung und Forstschonung sorgt, wie es heute der Fall ist, so wird es bald in derselben Lage sein wie sein südlicher Nachbar, von dem der Ackerbau-Minister neulich sagte: „Drei Fünftel des amerikanischen Holzbestandes ist verschwunden, und wir verbrauchen unser Holz viermal so schnell wie es wächst". Noch fünfzig Jahre so weiter gewirtschaftet und Canada wird ebenso wenig Holz haben wie England.

BENUTZTE LITERATUR:

R. G. Lewis, Commercial Forest Trees of Canada, Ottawa, 1923; E. H. Finlayson, The Forests of Canada, Ottawa, 1923; J. Lawler, Historical Sketch of Canada's Timber Industry, Ottawa, 1923; Report of the Director of Forestry 1922, Ottawa, 1923; N. M. Ross, The Tree-Planting Division: Its History and Work, Ottawa, 1923; Canada Year Book, 1921, Ottawa, 1922, L. Hamilton, „Canada", Gotha, 1921.



CARL HOLLWEG:

INDOPAZIFISCHE ÖLPROBLEME.

Wenn man die Indopazifischen Ölprobleme untersuchen will, so kann die Dreiteilung der Erde, wie sie diese Zeitschrift den geopolitischen Betrachtungen zugrunde legen will, nicht innegehalten werden. Denn die indopazifischen Ölprobleme strahlen in ihren Voraussetzungen und Wirkungen nach Ost und West weit über die Grenzen der indopazifischen Welt hinaus und eigentlich heißt es, das wirtschaftlich und politisch so bedeutsame und doch so wenig in Deutschland verstandene Weltölproblem in seiner Totalität anzuschneiden, wenn man spezifisch indopazifischen Ölfragen näher zu treten versucht.

Schon aus geologischen Gründen muß bei Betrachtung der Ölfundstätten im indopazifischen Gebiet über die westliche Grenze der „Alten Welt" hinausgegangen werden. Dr. Schweer sagt in seinem grundlegenden Buche „Die türkisch-persischen Ölvorkommen" (Hamburg, Friederichsen 1919): „Geologisch bilden die mesopotamische (Hit, Mossul, Kerkuk, Mendeli) und die persische Zone (Maidan i Naftun, Schuschter usw.) eine Einheit. Das zeigt der Verlauf der Zone, die sich mit Unterbrechungen über fast 2000 km in der Streichrichtung der iranischen Randketten erstreckt". Auch Höfer hat diese geologische Einheit auf Grund der geologischen Formation der Stellen bestätigt. Dem geologischen Laien will es bei einem Vergleich der Gebirgskarte Asiens mit derjenigen der Ölfelder der Welt (Dr. Schweer, Weltkarte der Kohlen- und Ölbunkerstationen und der Kohlen- und Ölfelder der Welt. H. Friederichsen, Hamburg 1923, eine auch in der englischen Fachpresse sehr anerkannte wissenschaftliche Leistung) auch immerhin möglich erscheinen, daß die vorerwähnte mesopotamisch-persische Zone, am südlichen Himalaja und den Nord-Süd verlaufenden Gebirgen Hinterindiens entlang streichend, in den Ölfundstellen von Punjap (Indus) Assam (Bramaputra) und Burmah sich fortsetzt und von dort auf die hinterindischen Inseln und auch über Baru und Ceram auf Neu-Guinea überspringt. Die Fortsetzung der ölführenden Zone nach Norden bilden dann die Philippinen, wo, mit Ausnahme von Palavan, Öl gefunden wird, Formosa, Hondo, Sachalin und Kamschatka, von wo gerade jetzt eine Expedition mit guten Mutungserfolgen zurückgekehrt sein soll. (China and Far East Finance and Commerce 23, I. 24.) In Nordpersien streicht eine 600 km lange Ölzone südlich des Kaspischen Meeres. Ob diese ölführende Schicht, den Pamir unterschneidend, in dem Ölvorkommen bei Ferganah (Turkestan) eine Fortsetzung findet, muß der Entscheidung der gelehrten Geologen überlassen bleiben. Außer an den vorerwähnten Stellen finden sich im indopazifischen Gebiet,



abgesehen von Madagaskar, noch schwache Ölvorkommen in Tonking, in Szetschewan am Yangtsekiang und in Shansi am Hoango. Nach Dr. Krüger auch bei Fushi in der Manschurei.

Um in die Erörterung der örtlichen Probleme einzutreten, ist es notwendig, sich zunächst mit den Ölfundstellen im indo-pazifischen Bereich, ihrerProduktion und ihren Besitzverhältnissen zu beschäftigen. Das wichtigste Ölproduktionsgebiet, jedenfalls für die Zukunft, ist das persisch-mesopotamische. Nicht nur geologisch, auch politisch und wirtschaftlich muß es als eine Einheit angesprochen werden. Insofern nämlich, als es dem zielbewußten englischen Ölimperialismus, getragen von Männern wie Churchill, Lord Curzon und Lord Strathcona, gelungen ist, sowohl in ganz Südpersien als in dem Schattenkönigreich Irak machtpolitisch und kapitalistisch eine fast absolute Vormachtstellung zu erlangen. Curzons Ausspruch: „Der Euphrat ist die Grenze Indiens" ist für die Ziele bezeichnend. Die Einzelheiten der Entstehungsgeschichte dieses englischen Ölfelderbesitzes hier wiederzugeben, ist Raummangels wegen unmöglich. Darüber gibt es Bibliotheken. Von neueren Werken, die über Erdöl und Erdölpolitik handeln, seien genannt: E. H. Davenport und Sydney Russel Cooke „The Oiltrusts and Anglo-American Relations. 1923", Dr. Karl Krüger, „Erdöl", Schweizerbart, Stuttgart und Dr. Sidney Jessen „Die Weltinteressen der englischen Petroleumindustrie, Finanz-Verlag 1924". Lord Curzons bekanntes Buch „Persia and the Persian Questions" hat Richtung gebend für die englische Erdölpolitik gewirkt. Zusammenfassend läßt sich sagen: Die englischen Versuche, die Bodenschätze Persiens auszubeuten, reichen zurück in das Jahr 1889. Eine Generalkonzession des Barons de Reuter übernahm 1901 W. K. D'Arcy. Dieser legte die Grundlagen für die englische Erdölpolitik. Man hat ihn und andere Männer seiner Art nicht mit Unrecht mit den „Merchant Adventurers" verglichen. Für 60 Jahre wurde ihm gegen eine 16%ige Abgabe vom „Reingewinn" an den persischen Staat die Erdölausbeutung Persiens mit Ausnahme der fünf nördlichen Provinzen zugesprochen. Das Maidan i Naftun-Feld am Karun wurde seiner günstigen Lage zum Meere und am Flusse wegen für die ersten Bohrungen ausgewählt. Nachdem Lord Strathcona auf die Bedeutung des Ölfelderbesitzes für die Seemacht Englands hingewiesen hatte, trat D'Arcy 1907 seine Konzession an die Anglo-Persian Gesellschaft ab. 1914 übernahm die englische Regierung über 51% der stimmberechtigten Stammaktien. Churchill, der damalige erste Lord der Admiralität, sah in dem aussichtsreichen Ölfeld eine nationale Sicherung der sich in zunehmenden Maße auf Ölfeuerung einstellenden englischen Flotte, die, abgesehen von den Exportüberschüssen aus Trinidad und dürftigen Erzeugnissen aus englischem Ölschiefer (165000 t jährlich), ganz auf Zufuhren aus nichtbritisch beherrschten Ländern angewiesen war. Die Anglo-Persian hat sich später kapitalistisch mit Hilfe von

Tochtergesellschaften (nach Jessen 77 mit 120 Mill. £ Kapital) über die ganze Welt ausgedehnt. Sie ist heute der drittmächtigste Öltrust der Welt. Seit 1918 sitzt sie auch in Australien, Neu-Guinea und Britisch Borneo. Ihre Organisation umfaßt, wie diejenige aller Öltrusts, Produktion, Raffinerie, Transport (Tankflotte) und Vertrieb. Ihr Grundkapital beträgt 20 Millionen £. Sie ist eins der größten englischen Industrieunternehmen. Die Tankdampferflotte soll auf 1 Million Brutto-Register-Tonnen gebracht werden. Sie hat 48 Bunkerstationen in der Welt, 13 davon im Indopazifik. Auf der Insel Abadan, in der Nähe des Produktionsgebietes, das mit der Küste durch eine Rohrleitung verbunden ist, besitzt sie Raffinierungsanlagen mit einer Kapazität von 5 Millionen t (1923). Auch in Australien hat sie Raffinerien. Zwischen der Anglo-Persian und der Burmah-Oil Co., die in Nordindien (Assam, Atock, Burmah) Ölfelder ausbeutet, bestehen kapitalistische Zusammenhänge. (Näheres darüber bei Jessen, wo die Verflechtung der kapitalistischen Petroleum-Interessen durch ein Diagramm anschaulich zu machen versucht ist.) Die Anglo-Persian förderte 1918/1919 1 100 000 t, 1923 2 900 000 t Erdöl, das dem besten amerikanischen gleichwertig ist. Für 1924/25 wird der Ertrag auf 4,5 Millionen t geschätzt. Es sind erst nur wenige der ertragversprechenden Ölfelder in Persien in Betrieb genommen. 1923 konnte die Anglo-Persian 10% Dividende ausschütten. Am 30. I. 1924 hat die englische Arbeiterregierung offiziell bekannt gegeben, daß sie nicht, wie früher verlautbart wurde, beabsichtige, ihren Aktienbesitz abzustoßen. Der Zweck der Abstoßung wurde darin vermutet, die Royal Dutch noch mehr als bisher schon unter rein englischem Einfluß zu bringen. Der Ankaufswert der Regierungsaktien betrug seiner Zeit 5 200 000 £ und war 1923 auf 13 Millionen £ gestiegen. Der Sinn der Kontrolle der Gesellschaft durch die Regierung ist der, eins der für den riesenhaften Bedarf der jetzt restlos auf Öl eingestellten britischen Flotte in Betracht kommenden Ölfelder der Welt, und zwar ein rein britisch beherrschtes, für diese Zwecke zu reservieren. Die ungeheure Bedeutung des Erdöls für den Krieg wurde in England frühzeitig erkannt. Die Kriegserfahrungen haben diese Eindrücke noch verschärft. Die Zahl der ölbrennenden Kriegsschiffe stieg schon im Kriege von 45 auf 90%. Der Heeresbedarf an Benzin wuchs bis Kriegsende um 500%. Clemenceau appellierte 1918 während der Frühjahrsoffensive in geradezu dramatischen Worten an Wilson wegen vermehrter Ölzufuhren. Foch sprach aus: „Jeder Tropfen Öl ist so viel wert wie ein Tropfen Menschenblut". Lord Curzon hat das Wort geprägt: „Wir schwammen auf einer Ölwoge zum Siege". Die Alliierten waren zu mehr als 80% von der Ölversorgung aus den Vereinigten Staaten abhängig. England hat im Kriege die Richtigkeit des Kjellénschen Ausspruches erkannt: „Ein Reich muß sich selbst genügen, schon seiner politischen Selbständigkeit wegen, die Voraussetzung der politischen Unabhängigkeit ist" (Der Staat als Lebensform). Vor der Öffentlichkeit wurde die Regierungsbe-



teiligung an der Anglo-Persian damit begründet, daß so die Regierung „preisregelnd“ auf dem Ölmarkt wirken könne. In Erscheinung ist dies Moment aber nicht getreten. Der der persischen Regierung gewährte Anteil am „Reingewinn“ — Bilanzen lassen sich bekanntlich frisieren! — hat den finanziellen Niedergang Persiens, verursacht durch die Besetzung dieses Landes im Kriege durch türkische, englische und russische Truppen, trotz des sehr günstigen persisch-russischen Vertrages von 1921 nicht aufzuhalten vermocht (Handels- und Industriezeitung 27. I. 24). Nach dem „Economist“ vom 9. XII. 22 bezog die persische Regierung für 1921/22 422000 £ als Gewinnanteil an der Anglo-Persian, die zuerst mit indischen Kulis, später mit angelernten persischen Arbeitern bohrte und transportierte. In der persischen Gesamtausfuhr spielt der Ölexport natürlich die Hauptrolle. In Nordpersien, in den Provinzen Mazanderan, Aserbeidschan, Arhabad und Khorussan hat kürzlich der amerikanische Sinclair-Konzern eine Erdölkonzession erhalten. Die Anglo-Persian hatte dort 1920 von einem Russen Schürfungsrechte erworben, deren Anerkennung das persische Parlament aber verweigerte. Die von der persischen Regierung zwecks Abschüttelung der englischen Umklammerung 1921 eingeladene Amerikaniche Standard-Oil hatte dann gemeinsam mit der Anglo-Persian neue Vertragsvorschläge gemacht, doch wurden diejenigen des Sinclair-Konzerns bevorzugt. England ist also heute nicht mehr alleiniger Besitzer aller persischen Ölfelder, sondern hat in den vier nördlichen Provinzen mit amerikanischer Konkurrenz zu rechnen. Inwieweit die Sinclair-Konzession bei der weiten Entfernung von der Küste und bei den noch unbekannten Produktionsmöglichkeiten konkurrierend auf dem indopazifischen Markt wird auftreten können, steht dahin. Der Öltransport, die Rohrleitung nach der Küste und Tankdampfer spielen, ganz abgesehen von den Bohr- und Betriebskosten, die oft große Enttäuschungen in sich bergen, in der Ölindustrie eine sehr große Rolle. Die Kosten für einen Meter Rohrleitung berechnete Dr. Schweer in Mesopotamien auf 40000 M., für einen Kilometer Bagdadbahn auf 217000 Mark. Es will scheinen, als wenn der Sinclair-Trust bei dem Vertrieb aus seinem Gebiet mehr den innerasiatischen Markt zu berücksichtigen haben wird.

Das zaristische Rußland von 1914 sah in der Übernahme der Anglo-Persian-Aktien durch die englische Regierung einen Bruch des Einflußsphären-Vertrages von 1907. Die „Nowoje Wremja“ schrieb damals: „Der Sinn des englisch-russischen Abkommens ist gröblich verletzt worden.“ In der Tat bedeutete die Anglo-Persian-Konzession eine Abriegelung Rußlands vom persischen Golf, den Lord Curzon schon immer als ausschließlich englisches Interessengebiet bezeichnet hatte. Auf diese Ziele Englands hatte auch Kuropatkin nach dem russisch-japanischen Kriege hingewiesen. Ob die deutsche Vorkriegsdiplomatie bei besserer geopolitischer Vorbildung aus diesem russisch-englischen Gegensatz von 1914 hätte noch Nutzen ziehen können, bleibt offen.

Das mesopotamische Ölfeld ist weniger gut durchforscht als das persische. Die Ölvorkommen dort sind aber seit tausenden von Jahren bekannt. Schon die Sumerer benutzten das Naphtha zu Bauzwecken. Thotmes III. erhielt von mesopotamischen Stätten Bitumen als Tribut (Dr. Schweer). Der Wunsch, sich das Erdöl von Mesopotamien zu sichern, deutsche Einflüsse dort auszuschalten und ausschließlich zu herrschen, war mitbestimmend für Englands Kriegswillen. Dies Ziel hat England im Kriege und nach dem Kriege mit Zähigkeit verfolgt. Die Unterbrechung der Rohrleitung nach Abadan Herbst 1914 durch die Türken und Kut el Amara blieben nur Episoden. Die Deutsche Bank war ursprünglich an der „Türkischen Petroleumgesellschaft" mit bescheidenen 25% beteiligt. Durch den Sykes-Pikot-Vertrag von 1916 hatte England Frankreich, als der Sieg noch unsicher war, einen großen Teil des Mossulvilajets zugestanden. Damals, 1916, war wohl der Gesichtspunkt maßgebend, eine französische Zone zwischen die englische und die russische Interessensphäre einzulegen. (Dr. W. Mauthner im „Österreichischen Volkswirt"). Nach Rußlands Niederbruch steuerte England aber um. Schon 1918 bewog es Clemenceau zum Verzicht auf die vereinbarten Grenzen. In San Remo wurde dieser Verzicht erneut festgelegt. Frankreich erhielt schließlich, auf Einzelheiten einzugehen, ist unmöglich, 25% Anteil an der Zukunftsausbeute des Mossulfeldes und bewilligte England dafür eine abgabenfreie Rohrleitung und eine Eisenbahn nach dem Mittelmeer durch Syrien. Briand sprach aus: „Der Sykes-Picot-Vertrag hat Frankreich zwar Mossul gegeben, aber nicht das Öl dort. Man besitzt nur, was man beherrscht." Das amtliche Amerika erhob nach San Remo in einem scharfen Notenwechsel Einspruch gegen die einseitigen englisch-französischen Regelungen im mesopotamischen Ölgebiet, die den Grundsatz der „offenen Tür" verletzten. Lord Curzon erwiderte, daß die Ver. Staaten dem Völkerbunde nicht angehörten und daher keine Rechte in den Mandatsgebieten in Anspruch nehmen können. In einer Denkschrift bemühte er sich nachzuweisen, daß England keineswegs ein Erdölmonopol bestrebe: „Englands Einfuhr betrug 1920 3,67 Mill. t Öl (im Kriege 5,2 Mill. t), 61% davon kommen aus den Ver. Staaten". Man sagt, daß die Standard Oil bei dem Notenwechsel auf amerikanischer Seite die Federführung übernommen hätte. Der Stand der Dinge ist heute kurz gesagt so, daß englische Gesellschaften 50% der Aktien der „Türkischen Petroleumgesellschaft" besitzen, Frankreich 25% und die Standard Oil, der im angelsächsischen „Ölfrieden" Zugeständnisse gemacht werden mußten, durch Aktienabgabe englischer Gesellschaften die letzten 25%. Den maßgeblichen Einfluß in Mesopotamien übt England mit seinem Oberkommissar aus. Die letzten Entscheidungen über die Grenzführung im Mossulgebiet und die Beteiligungen der Türkei hat der Lausanner Vertrag bis zum April 1924 vorbehalten. Ob die Ansprüche aus der am 18. XII. 23 türkischerseits als annulliert erklärten amerikanischen Chesterkonzession, die



auch in das Mossulgebiet hineinragte, die letzte Regelung noch beeinflussen werden, ist offen. (Über die Chester Konzession siehe Dr. K. Hoffmann, in „Wirtschaftspolitische Rundschau", Heft 5/6. 1923.)

Das Bild stellt sich also so dar: machtmäßig herrscht England im persischen und im mesopotamischen Ölgebiet. Die Produktion des letzteren soll, wenigstens aus seinem nördlichen Teil, offenbar dem Mittelmeer zugeleitet werden. Frankreich und die Standard Oil sind nur anteilsmäßig am mesopotamischen Ertrag beteiligt, aber die Durchführung aller Arbeiten liegt in englischen Händen. Rußland und Deutschland sind völlig ausgeschaltet. Die französischen Verzichte in San Remo und in Lausanne sind offenbar mit englischen Zugeständnissen an Rhein und Ruhr erkauft. Die Abhängigkeit Englands von dem Mittelmeerwege auch in Ölfragen bindet die englische Politik an die französische. Churchill hat allerdings schon 1914 bei dem Öltransport aus Persien grundsätzlich mit dem Kapweg gerechnet. Soweit die südlichen Teile der noch wenig erforschten mesopotamischen Ölfelder in Betracht kommen, können auch indopazifische Ölverteilungsfragen durch diese berührt werden.

In Hinter- und im Inselindien dominiert souverän die englisch-holländische Royal Dutch-Shell Gruppe. Ursprünglich als ein holländisches Unternehmen 1890 mit 1,3 Mill. Gulden Kapital gegründet, breitete sich die Gesellschaft durch Tochtergründungen rasch aus. (Dr. Jessen spricht von 50 Untergesellschaften mit 300 Mill. £ Kapital.) Dem Eindringen amerikanischen Kapitals wurde Widerstand entgegengesetzt. 1896 wurde die Verbindung mit der englischen Shell Transport Co. hergestellt, die 1907 das bedeutsame Eigentum der Firma Samuel an Tankanlagen und Tankschiffen erwarb. Ein großzügiger Aktienaustausch, und Royal Dutch und Shell verflocht beide Betriebe eng miteinander. Nach Dr. Krüger umfaßt das Aktienkapital der Royal Dutch heute 600 Mill. Gulden, dasjenige der Shell 56 Mill. Der Konzern besitzt auch in anderen Erdteilen große Ölfelder, die bedeutendsten in den Ver. Staaten und in Mexiko. (Mexican Eagle, z. Zt. durch Salzwassereinbrüche entwertet.) Er verfügt über 120 Ölbunkerplätze in der Welt und über eine Tankdampferflotte von 400000 BRT. (nach Jessen 1,1 Mill. BRT.) Der Leiter der Royal Dutch ist Holländer, aber zugleich englischer Peer. Die englische Regierung hat mehrfach ihren amtlichen Einfluß auf die Gesellschaft bestritten. Sie hat aber wenig Glauben mit dieser Behauptung gefunden. Ohne Zweifel steht der Konzern stark unter englischem Einfluß, mindestens durch Mentalität der Leiter, und die holländische Beteiligung ist mehr oder minder Maske und vermehrt die Abhängigkeit Hollands von England, die ja unter anderem auch in den holländischen Flotten-Bauplänen, die parallel mit dem Ausbau Singapores laufen sollten, zum Ausdruck kommt. Die Royal Dutch-Shell besitzt sehr leistungsfähige Raffinierungsanlagen in Hinterindien. Um sie mit Sicherheit zu

beschäftigen, hat die niederländische Regierung, die die hinterländische Ölproduktion in den letzten Jahren (aus preispolitischen Gründen?) nicht gerade gefördert hatte, Zollfreiheit für Ölimporte aus Californien und Mexiko gewährt. Erwähnt sei noch, daß das in Borneo gewonnene Benzin besonders geeignet für die Herstellung des Sprengstoffes Toluol ist. Es widersprach nicht der holländischen „Neutralität", die für diese Zwecke erforderlichen Fabrikanlagen 1914 aus Holland nach England zu überführen und den ungehemmten Zustrom von Öl und Benzin aus Borneo zuzulassen, während den deutschen Kreuzern die Brennstoffergänzung in Hinterindien mit allen Mitteln erschwert wurde. (Amtliches deutsches Admiralstabswerk, Der „Kreuzerkrieg" Band I und II.) Die „Finanziel News" schrieben daher im Nov. 1919: „It is the Shell that hit Germany hardest".

Die Stellung Japans als pazifische Seemacht läßt sich mit bezug auf Ölfragen so umreißen: Eine einwandfreie Ölstatistik fehlt. (Dr. Krüger, „Tägliche Berichte über die Petroleumindustrie".) Der Verbrauch an allen Ölsorten betrug 1921, Flotten- und Heeresbedarf aber ausgeschlossen, 316000 t, die Inlandförderung 190000 t. 90% davon werden auf Hondo gewonnen. Das Hauptfeld bei Akita lieferte 123000 t. Formosa produziert etwas Öl. Der Verbrauch ist wachsend. Die Schiffahrt ist mehr und mehr zur Ölheizung übergegangen und die Zahl der Automobile hat sich, besonders nach dem Erdbeben, stark vermehrt. Die Inlandsproduktion ist abnehmend. Japanische Ölgesellschaften haben, trotz lebhaften englischen Widerstandes, in Hinterindien (Borneo und Sumatra) in bescheidener Form Fuß fassen können. In Nordsachalin konkurrieren, sehr zum Unmut der Japaner, japanische Ölschürfer mit dem Sinclairkonzern, der dort eine russische Konzession hält. Die Ölvorräte dort sind auf einen Wert von 300 Millionen Yen geschätzt. (Wirtschaftsdienst 1923, No. 26.) Die ganze Inlandsproduktion würde den Bedarf der Kriegsflotte nur für einen Monat decken. Japan ist so auf Vorratswirtschaft angewiesen. Die Gefahren der großen Tanks hat das letzte Erdbeben erwiesen. Japan deckt seinen Bedarf zu $^3/_4$ aus Californien und aus Mexiko. Den Rest aus Borneo. Die Standard Oil hat Tankanlagen in japanischen Häfen. Man versucht auch in Japan nach einem japanischen Patent aus Fischöl und aus Kohledestillaten Benzin herzustellen. Die Ölvorkommen auf den Philippinen, dort den Amerikanern reserviert, in Tongking und in China können hier als unbeachtlich vernachlässigt werden. In Französisch Neu-Kaledonien soll Erdöl erbohrt worden sein, doch ist über die Erträgnisse nichts Näheres bekannt.

Über die amerikanische Ölindustrie, deren Wirkungen in das indopazifische Gebiet hineinreichen, bedarf es aber noch einiger Worte. Nach den letzten Nachrichten (Journal of Commerce vom 19. 2. 24) produzierten die Vereinigten Staaten mit 735 Mill. Barrels (1922 558 Mill. Barrels) 74% der Weltausbeute, die auf rund 1 Milliarde Barrels in 1923 geschätzt wurde. (Mexiko 13%, Persien 2,6%,



Hinterindien 1,7 %). Die Zunahme der amerikanischen Produktion um 30 % in 1923 ist in der Hauptsache auf die Mehrleistung der neuerschlossenen Felder in Californien zurückzuführen. Diese Tatsache ist auch um deswillen bemerkenswert, als sich die amerikanischen Geologen hinsichtlich ihrer Schätzungen stark geirrt haben. E. Pogue hatte in seinen „Economics of Petroleum" („the Oilmans bible") 1921 als das mutmaßlich ergiebigste Jahr der amerikanischen Petroleumproduktion bezeichnet. Die Vereinigten Staaten sind andererseits aber auch Verbraucher ungeheurer Ölmengen. Nach einer Äußerung des gerade jetzt viel genannten amerikanischen Innenministers Fall produzierten die Vereinigten Staaten 1923 73 % des Erdöls der Welt, verbrauchten aber 76 % (Walstreet Journal 14. 6. 23). Von den 16,8 Mill. BRT der amerikanischen Handelsflotte sind 9 Mill. für Ölheizung eingerichtet. Von der Handelsflotte der Welt nur 24 % (1914 waren es nur 3 %). Die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten produziert und exportiert erstaunliche Mengen von Kraftwagen und Lastautos. (In den ersten 8 Monaten 1923 2,4 Mill. Autos und 259000 Lastwagen.) 1922 importierten die Vereinigten Staaten aus Peru und Mexiko noch mehr als sie an Erdöl exportierten. Nach Verlautbarungen des „Departement of Commerce" wurden 1922 nur 17,2 Mill. Barrels an Erdöl aus den Vereinigten Staaten exportiert. Davon gingen 38 % nach Ostasien und Australien. 54 % des 1922 in Ostasien verkauften Leuchtöls sollen aber amerikanischen Ursprungs gewesen sein. Der californische Ölreichtum floß 1923 in der Hauptsache nach Osten in die Raffinerien und Verkehrszentren der atlantischen Küste ab und trieb die Panamakanal-Verkehrsziffern stark in die Höhe. (60 % der Panamakanal-Tonnage sind Ölschiffe.) Die Gesamtheizölausfuhr aus den Ver. Staaten nahm aber 1923 gegen 1922 um 70 % zu. („Commerce Reports 7. 1. 24".) Von dem aus Häfen der Ostküste verschifften Öl gingen 86 % nach Südamerika und 14 % nach Ostasien und Australien. Darüber, inwieweit heute amerikanische Ölexporteure in den indopazifischen Markt eingedrungen sind, fehlen mir verläßliche Zahlen. Kompliziert wird die nationale Seite der Frage auch dadurch, daß ein erheblicher Teil der Ölfelder der Ver. Staaten in fremdem Besitz ist. Nach einer Aussage des Kapitän Halligan, Leiter der Brennstoffversorgung der amerikanischen Flotte, sogar 47 %. Fest steht aber wohl, daß die amerikanischen Ölexporteure energisch versuchen, den Kreis der von ihnen belieferten Ölbunkerplätze der Welt zu vergrößern. Über die vorhandenen enthalten „Nauticus" 1923 und die vorerwähnte Karte von Dr. Schweer Angaben, die aber bei der raschen Entwicklung dieser Dinge heute wohl schon als z. T. überholt gelten können. Nach einer Zusammenstellung von Dr. Krüger („Tägliche Berichte der Petroleumindustrie" vom 5. III. 24) sind im indopazifischen Gebiet 45 englische Bunkerstationen und 16 amerikanische vorhanden. Nach Dr. Schweer gab es Anfang 1923 auf der gesamten Welt 110 reine Ölbunkerstationen und

234 Öl- und Kohlenversorgungsplätze. Von diesen 344 Bunkerplätzen waren 70 in amerikanischem Besitz. England soll von 1918/23 5 Mill. £ für die Errichtung neuer Bunkerstationen aufgewendet haben (in 1921 allein 1,5 Mill. £). Bei einem Anhalten der californischen Überproduktion (1922 138 Mill. Barrels, 1923 262 Mill. Barrels) ist aber wohl anzunehmen, daß der amerikanische Ölstrom stärker als bisher nach Ostasien geleitet werden wird. Ob und wie lange diese Höhe der amerikanischen Produktion anhalten wird, steht dahin. Die Versorgung der vorderindischen Häfen soll seit 1920 als Monopol englischen Gesellschaften vorbehalten sein, wie auch in Indien ausschließlich Engländer Schürfungsrechte erhalten. Indien selbst produziert nicht Öl genug für den eigenen Bedarf (Jahresproduktion nach Curzon 1920 1,2 Mill. t). Die Eisenbahnen allein verbrauchten 1920 300000 t (Bericht Curzon an Sir Auckland Geddes.) Früher soll Indien erhebliche Mengen von Öl aus den Ver. Staaten importiert haben.

Auf Grund des Vorhergesagten möchte ich meine Anschauung über die indisch-pazifischen Ölprobleme so zusammenfassen: Der jetzt nahezu ganz englisch umrahmte indische Ozean — nach Arthur Dix („Politische Geographie") war die Herstellung dieses Zustandes eins der wichtigsten englischen Kriegsziele — ist mit seinen englisch beherrschten Ölfeldern das für die Aufrechterhaltung der englischen Seeherrschaft wichtigste Ölrohstoffgebiet. Seine Produktion (Persien 27 Mill. Barrels, Hinterindien 15 Mill., Indien 7 Mill. Barrels 1923) ist zwar im Vergleich mit der gesamten Weltproduktion gering. Der staatliche Einfluß auf diese ausbaufähigen Gebiete gibt aber in bezug auf Produktion und Transport Sicherheiten. Singapore, zentral im hinterindischen Ölgebiet gelegen, ist das Zwing-Uri Englands für das von ihm beherrschte Ölgebiet und der östliche Stützpfeiler seines Machtsystems im Indopazifik. „Englands wirtschaftliches Herz schlägt in Indien" (Dr. Jessen). Derjenige im Westen ist die für fremde Seemächte nahezu unangreifbare englische Position im persischen Golf. Im Süden ist Mauritius von wachsender Bedeutung. Schwache Stellen sind die leicht unterbrechbaren Rohrleitungen zur Küste, wie der Krieg in Persien erwiesen hat. Auch die Raffinerien sind schwache Punkte. Diejenige in Abadan brannte 1922 nieder. England hat daher wohl seine Raffinerien in steigendem Maße ins Mutterland (Swansea) verlegt. Die kapitalistischen Verflechtungen der englischen Ölgesellschaften untereinander und auch mit amerikanischen Trusts in anderen Weltteilen sichern daneben England den ständig wachsenden Friedensbedarf, die Durchführung seiner Vorratswirtschaft und die Leistungsfähigkeit seiner großen Ölindustrie im Mutterlande, sowie die Aufrechterhaltung seiner Vorzugsstellung als Belieferer von Weltbunkerstationen. Im Indopazifik ist England ölwirtschaftlich die Vormacht. England steht als Ölproduzent und Ölhändler überall in der Welt in scharfem Wettbewerb mit den Ver. Staaten, deren autarkische Vorzugsstellung behindert



wird durch den ungeheuren Ölkonsum im Lande und den Besitz fremder Gesellschaften an Ölfeldern in den Staaten selbst. Wer bei dem Kampf um die Ölfelder an der Ost- und Westküste Südamerikas, deren Kapazität von Dr. White sehr hoch geschätzt wird, Sieger bleibt, steht dahin. Die nationale amerikanische Konkurrenz kann sich im indopazifischen Gebiet zunächst nicht sehr stark auswirken. Es ist bezeichnend, daß das persische Ölfeld durch den halben Erdumfang von den Ver. Staaten getrennt ist. Im Konfliktsfalle aber ist die Versorgung der amerikanischen Flotte mit Öl immer gesichert. Diejenige der englischen ist im Mutterlande nur durch Vorratswirtschaft ganz sicher zu stellen. Im indopazifischen Gebiet, der Zone, die für zukünftige Auseinandersetzungen in erster Linie in Betracht kommt, scheint sie gesichert, vorausgesetzt, daß Singapore als Flottenstützpunkt ausgebaut wird und es England gelingt, seine Machtposition im indopazifischen Gebiet auch den Eingeborenen gegenüber aufrecht zu erhalten. Die Abhängigkeit vom Mittelmeerweg und vom indopazifischen Öl hat Englands Seemachtposition ganz allgemein gegen früher verschlechtert. England ist heute nicht mehr „ein Venedig mit den Oceanen als Kanälen". (Yorck von Wartenberg). In gewissem Sinne ist der Schwerpunkt der englischen Seemacht durch die Ölabhängigkeit in das indopazifische Gebiet verschoben. Der Weg um das Kap bedeutet für Öltransporte mindestens Verzögerungen. Im Konfliktsfalle mit Frankreich, das auch mit Stützpunkten am Weg um das Kap vertreten ist, ist die Lage Englands nicht ohne Schwierigkeiten, falls amerikanische „Neutralität" die Ölzufuhren abstoppen würde. Diese Dinge nötigen, wie manches andere, England zu Rücksichten auf die französische Politik. Der Leidtragende dabei ist Deutschland an Rhein und Ruhr. In diesem Sinne berührt auch uns, ganz abgesehen von wirtschaftlichen Konsequenzen, das indopazifische Ölproblem stark. Die englischerseits soeben (März 1924) verlautbarte Absicht, den Schwerpunkt seiner Seemacht nach Ostern 1924 in das Mittelmeer zu verlegen, und so dem indopazifischen Ölgebiet näherzubringen, deutet darauf hin, daß die englische Politik an den engen Beziehungen zu Frankreich festzuhalten gewillt ist.

Japan ist abhängig und wird wahrscheinlich abhängig bleiben von einer reinen Ölvorratswirtschaft. Seine Ölabhängigkeit von den Angelsachsen ist ein bedeutsames Schwächemoment seiner Seemachtstellung im Pazifik. Auch die ihm oft zugesprochene Rolle als Vormacht der Selbstbestimmung anstrebenden „Monsunländer" wird dadurch beeinflußt. Einer gemeinsamen Aktion der Angelsachsen würde es bei längerer Kriegsdauer fast wehrlos gegenüberstehen. Im Frieden ist es von den Preisdiktaten der angelsächsischen Öltrusts abhängig. Der Hunger nach Ölfelderbesitz wird mit der Erschöpfung bisher ergiebiger Gebiete und bei den wachsenden Verwendungsmöglichkeiten des Öls noch zunehmen. Der zukünftige Ölhunger der Ver. Staaten könnte sehr wohl auch in das indopazifische

Gebiet übergreifen und dort zu Interessenkonflikten mit England führen, dessen persisch-mesopotamischer Besitz Zukunftsmöglichkeiten in sich birgt. Die Sinclairkonzession in Nordpersien und Sachalin, die ungern gesehene Zulassung der Standard Oil nach Mesopotamien, der englisch-amerikanische Streit um die Ausbeutung der Dschambifelder auf Sumatra 1921 könnten Vorläufer solcher Differenzen sein: „In zehn Jahren werden die Amerikaner für 1 Milliarde Dollar jährlich Erdöl einführen müssen und das Geld dafür wird in englische Taschen fließen.“ (Wallstreet Journal.) „Fremde Länder haben Reserven für 250 Jahre, die Ver. Staaten nur für 18 Jahre. Die englische Ölpolitik will bewußt Amerika von dem Ölfelderbesitz in anderen Ländern ausschalten“ (Kapitän Halligan im Sinclair-Ölskandalprozeß).

Andererseits sind aber auch Tendenzen für eine schiedlich-friedliche Teilung der Ölgeschäfte der Welt zwischen den angelsächsischen Trusts gelegentlich erkennbar gewesen. „Heute wird die Notwendigkeit des Zusammenschlusses verwandter Industrien anerkannt.“ (Jessen.) Z. Zt. ist die Produktion der bedeutendsten amerikanischen Trusts (Standard Oil 30 Mill. t, Doheny 5 Mill. t, Sinclair 2 Mill. t jährlich) derjenigen der englischen (Royal Dutch 17 Mill. t, Anglo-Persian 3 Mill. t, Burmah 1,5 Mill. t) noch überlegen. Die Verfasser des schon oben erwähntes Buches „The Oiltrusts and Anglo-American Relations“ schätzen allerdings, daß England praktisch heute schon die Hälfte der Weltproduktion kontrolliere. Sie sind starke Befürworter einer kapitalistischen und staatlichen Verständigung der Angelsachsen in Ölfragen, wofür auch z. B. die Tatsache spricht, daß die Standard Oil 35% des englischen Ölbedarfs deckt (Jessen). Die eigentlichen Bebesitzer des Ölreichtums im indopazifischen Gebiet, die Kurden, Perser, Inder und Malayen, sind natürlich ausgeschaltet. Ihre Machthaber werden mit Trinkgeldern abgefunden. Über Persien sagt Dr. Schweer, und das gilt auch für andere Gebiete: „Die Konzessionen sind, im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Gebiete betrachtet, Marksteine zunehmender Abhängigkeit des Landes von fremden Mächten.“

Das Anreizende des „Goldsaumes des Asiatischen Bettelmantels“, von dem Lord Curzon sprach, besteht heute nicht mehr ausschließlich wie zu Zeiten Vasco da Gamas, Magelans und Drakes aus Gold, Edelsteinen und Gewürzen, das schmierige aber doch so unentbehrliche Erdöl spielt im Zeitalter der Technik und des Rohstoffhungers in der Wertung der von Fremden ausgebeuteten indopazifischen Länder eine sehr große Rolle.

Daß ein Gefühl für das „Selbstbestimmungsrecht der Monsunländer“, worin Persien und Mesopotamien einzuschließen wären, vorhanden ist, und durch Wort und Schrift gestärkt wird, hat Prof. Dr. Haushofer in diesen Heften und an anderer Stelle (Geopolitik der Selbstbestimmung in Ostasien, Kurt Vowinckel Verlag,



Berlin) überzeugend dargelegt. Aber ich fürchte, daß, soweit der Blick in die Zukunft zu dringen vermag, die indopazifischen Ölprobleme trotz des Geschreies der großen Mächte im Versailler Diktat über die „Rechte der kleinen Nationen“ den Selbstbestimmungsbestrebungen der Bewohner der Monsunländer eher Hindernisse in den Weg legen als förderlich sein werden. Denn wenn auch bei der heute, nach der Neuverteilung der Erde einschließlich der ostasiatischen Länder in Versailles und Washington, in der Welt herrschenden, auf Saturiertheit der „Großen“ basierten pazifistischen Mentalität, Besitzverschiebungen auf Grund kriegerischer Auseinandersetzung für die nächste Zeit unwahrscheinlich sind, so vollzieht sich in der ganzen Welt doch andererseits eine kapitalistische internationale Vertrustung der durch „Macht“ gestützten Ausbeutungsunternehmungen, die, unblutig zwar, aber erbarmungslos und stumm würgend, Schlachten schlägt und Siege erficht. Auch hier heißt es: „Vae victis!“ An unserem deutschen Schicksal und an unseren Aussichten gemessen erscheint mir die Zukunft der ölproduzierenden Länder im Indopazifik trübe, gerade weil sie über heißbegehrte Bodenschätze verfügen.

OTTO BLUM:
DIE GRUNDZÜGE DES EUROPÄISCHEN VERKEHRS

Die Bedeutung Europas für das politische und kulturelle, für das wirtschaftliche und Verkehrsleben steht in starkem Gegensatz zu der Kleinheit des Kontinents, umfaßt er doch nur 7% der Gesamtlandfläche unseres Planeten. Allerdings ist diese nur an der Oberfläche haftende Betrachtungsweise reichlich äußerlich, denn man müßte wenigstens die Werte der Flächen in Rechnung stellen, wobei man (ohne Berücksichtigung der Bodenschätze) schon zu der Zahl von rund 20% als dem Anteil Europas an der „Kulturfläche" der Erde kommt. Aber auch diese Zahl ist noch zu niedrig, weil innerhalb der Gesamtkulturfläche die Werte gar zu verschieden sind. Einen geeigneteren Maßstab bildet vielleicht die Größe der Bevölkerung: Europa umfaßt mit etwa 450 Millionen Menschen rund 26,5% der für das Jahr 1920 auf 1725 Millionen zu schätzenden Bevölkerung der Erde. Indessen Europas Bedeutung ist augenscheinlich noch wesentlich größer, als es selbst in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Es müssen also noch andere Kräfte wirksam sein (Klima, Rassen, Bodenschätze, Verkehrslage), zumal das Europa, das einen so großen Teil der Welt beherrscht, nur einen Teil des Kontinents Europa bildet, nämlich nur den Westen bis etwa zur Linie Fiume - Budapest - Königsberg. Für gewisse Beziehungen müßte man das Gebiet sogar noch enger fassen, und wer bei verkehrsgeographischen Betrachtungen geometrische Gebilde liebt, kann sich wohl zu einem „höchsten Kulturkreis der Welt" bekennen, dessen Mittelpunkt im Raume Köln - Dortmund liegt und dessen Halbmesser nur 1000 km beträgt. Dieser Kreis umschließt tatsächlich — oder hat wenigstens bis zum Weltkrieg umschlossen — die Gebiete intensivster Besiedelung, die Stätten höchster Arbeitsleistung, größten Kapitals, stärkster Verkehrsverdichtung, mächtigster Heere und Flotten und großenteils höchstentwickelter Kultur. Auch für unsere Betrachtung ist es oft vorteilhaft, sich diesen Kreis als das regelmäßigste und daher anschaulichste Gebilde vor Augen zu halten (Fig. 1). Die Kreisfläche ist nur rund 3 Mill. qkm groß (gegen Deutschland 1914 rund 543000 qkm, 1919 rund 472000 qkm, Europa 10 Mill. qkm, gesamte Landfläche der Erde 149 Mill. qkm.

Andererseits kann und muß aber der Begriff Europa weiter gefaßt werden, denn für den Verkehr (und für Wirtschaft und Politik) sind nicht die Kontinente die Einheiten, vielmehr werden manche Kontinente durch starke natürliche Binnengrenzen (Wüste, Gebirge, Urwald) zergliedert, während die benachbarten Teile verschiedener Kontinente durch das scheinbar trennende Meer eben nicht getrennt, sondern verbunden und zu Einheiten zusammengefaßt werden. „Länder trennen, Meere verbinden" ist ein nur zu wahres Wort; denn der Seeverkehr ist billig, der Landverkehr aber, selbst in der höchstentwickelten Form der Eisenbahn oder des



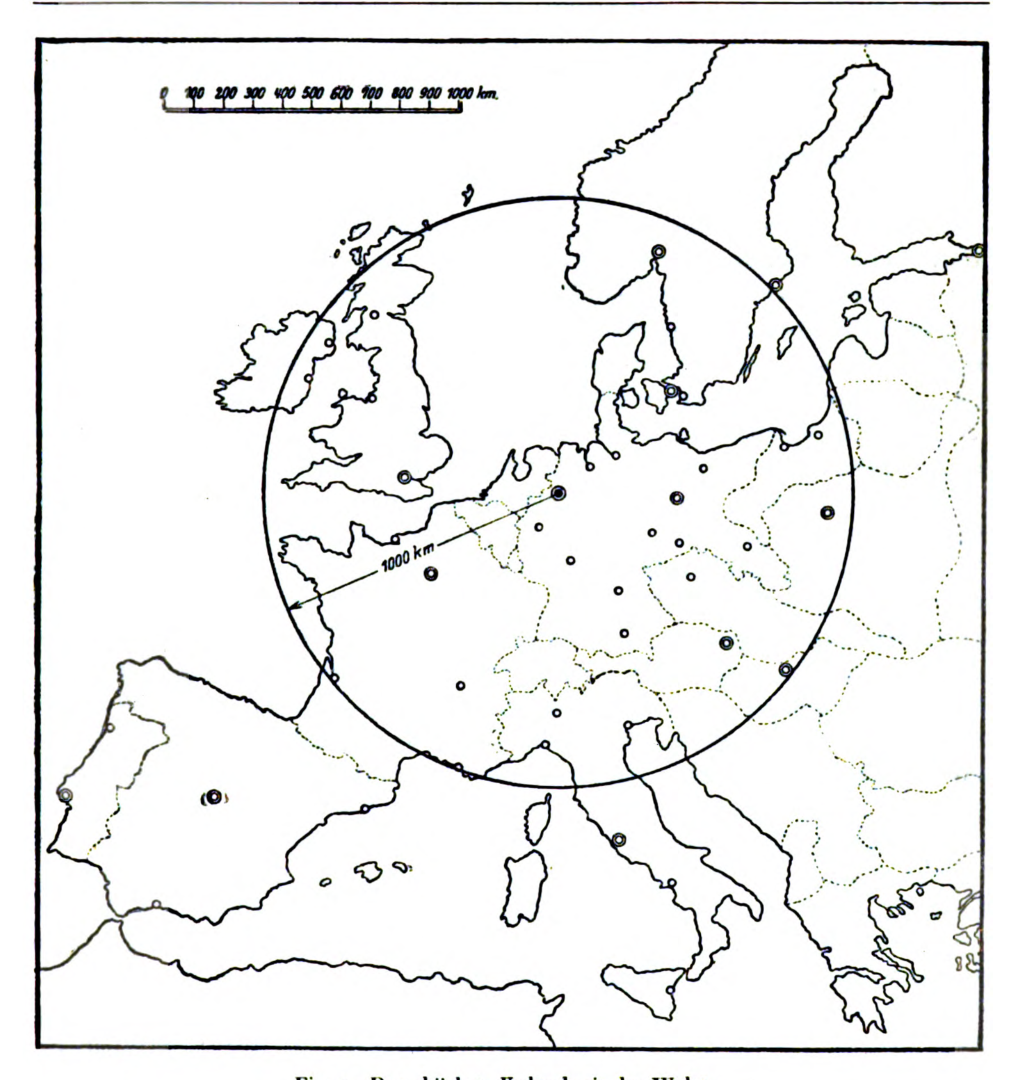


Fig. 1. Der „höchste Kulturkreis der Welt“.

Flugzeuges, teuer. In diesem Sinne werden der Nordrand Afrikas und Vorderasien an Europa angeschlossen, nämlich so weit, wie die Kraft des Mittelmeeres und seiner „Fortsetzungen“ (Tiefebenen, Ströme usw.) sich in das Landesinnere hinein auswirken kann. Das ist der Fall bis zu jener starken Binnengrenze, die als Wüsten- und Gebirgsgürtel einheitlich vom Atlantischen Ozean durch Nordafrika-Arabien-Persien bis nach Innerasien reicht; die nördlich gelegenen Lande werden Europa zugewiesen, den Ländern südlich und östlich aber ist ein selb-

ständiges Leben vorgezeichnet. Nach Sibirien hinein ist die Grenze nicht scharf; der Ural kann nicht als solche gelten, aber östlich von ihm wird mehr und mehr die lähmende Kraft des „großen Raumes" wirksam, und diese setzt die Wirtschafts- und Verkehrs-Beziehungen trotz der politischen Einheit auf ein bescheidenes Maß herab.

Faßt man den so skizzierten Raum als das eigentliche natürliche europäische Wirtschaftsgebiet auf, so ist damit auch gleichzeitig der Rahmen gegeben, in dem sich die Binnenverkehrsmittel im allgemeinen halten müssen, denn auch die Eisenbahnen haben keinen unbeschränkt großen „Aktionsradius", was die „Weltverkehrs"-Schwärmer immer anzunehmen scheinen, die sich an der Großartigkeit „transkontinentaler" Eisenbahnen und sogar derartiger Binnenwasserstraßen (Nordsee-Schwarzes Meer!) berauschen. Ein dichteres Netz von Schienenwegen, Kraftwagenlinien oder gar Binnenwasserstraßen ist jedenfalls nur innerhalb bescheidener Räume möglich, für „Europa" also etwa innerhalb des oben gezeichneten Rahmens. Darüber hinaus nehmen noch einzelne wenige Eisenbahnen den Verkehr mit den andern Wirtschaftsreichen auf — so die sibirische Bahn, die künftige Bahn über Turkestan nach Indien, die Kap-Kairo-Bahn, eine Bahn in den Sudan, eine Linie von Gibraltar nach der Goldküste mit Dampferanschluß nach Südamerika —, aber sie können nur den besonders zahlungskräftigen Verkehr von Menschen, Nachrichten, hochwertigen und leichtverderblichen Gütern bedienen. Damit jedoch ist die Zahl solcher Bahnen sehr beschränkt, und im allgemeinen bedürfen sie hoher Zuschüsse, die aus politischen Gründen notgedrungen gezahlt werden. Es bleibt also auch hier die allgemeine Grundregel des Weltverkehrs bestehen, daß die weiten Transporte nur mit dem billigen Seeschiff bewältigt werden können, daß dagegen die durchschnittlichen Transportlängen auf Eisenbahn, Fluß und Kanal klein sind, weil die Hauptmasse von wohlfeilen Massengütern ausschlaggebend ist und diese nur geringe Transportkosten tragen kann. In Deutschland entfielen z. B. im letzten Friedensjahr vom Gesamt-Binnenverkehr 80 % auf wohlfeile Güter und 40 % allein auf Brennstoffe; die durchschnittliche Transportlänge der Güter betrug auf den deutschen Binnenwasserstraßen nur 215 km, auf den Eisenbahnen sogar nur 130 km. An diese bescheidenen Zahlen sollte man immer denken, auch wenn man sich den Verkehr eines Weltwirtschaftsreiches vor Augen stellen will. Nichts wird im Verkehr so überschätzt wie der Weltverkehr, der Expreßzug, das Transkontinentale usw.

Auch für den Verkehr des scheinbar so einheitlich binnenländischen Nordamerika, das mag hier eingeschaltet sein, gelten ähnliche Gesetzmäßigkeiten. Das dichtere Eisenbahnnetz ist an die alt besiedelten Gebiete des Ostens, die Bergbaubezirke und die küstennahen Landstriche gebunden; nach Westen und dem Landesinnern zu wird das Netz immer weitmaschiger, und die Ausstattung der



Bahnen (mit zweiten Gleisen und Bahnhöfen) immer einfacher. Man darf sich auch hier nicht durch die (in Karten kleinen Maßstabes allerdings sehr auffälligen) „Pazifikbahnen" blenden lassen, deren Verkehr wesentlich kleiner ist als man aus begeisterten Darstellungen jener schließen muß, für die Pullmanwagen und Luxuszug die maßgebenden Erscheinungen des Eisenbahnwesens sind. Die Pazifikbahnen sind viel zu lang, um einen Massenverkehr bewältigen zu können; der Weg der Massengüter von New York nach San Franzisko geht durch den Panamakanal, wie der von Odessa nach Rotterdam über Gibraltar.

Betrachtet man das erweiterte Europa, so kann man es als die Nordwestecke eines vereinigten afrikanisch-asiatischen Erdteils bezeichnen. Die Westküste dieses einheitlichen Erdteils gegen den Atlantischen Ozean entspricht dem Westrand des Schelfs, kenntlich an den Tiefenlinien des Ozeans; die der Hauptlandmasse vorgelagerten Inseln sind also als abgesprengte Teile des Kontinents zu betrachten. In einer derartigen Landmasse, die von Skandinavien bis zur Sahara, von Großbritannien bis über den Ural hinausreicht, müssen sich natürlich durchgehende Landwege schaffen lassen, und hierauf beruht zum Teil die Bedeutung Europas als der gegebenen Stelle für die Anfangsstationen der oben genannten Linien. Allerdings hätte sich der Verkehr nicht so entwickeln können, wie er sich tatsächlich entwickelt hat, wäre das gesamte hier umrissene Gebiet eine kompakte Landmasse, denn dann wären als Hindernis die Größe des Raumes und die Weite der Entfernungen zu stark spürbar geworden. Glücklicherweise aber sind nun geologische Umgestaltungen vor sich gegangen, durch die es dem Meere gelungen ist, die Landmasse zu zergliedern. Es scheint sich dabei hauptsächlich um drei Vorgänge gehandelt zu haben: 1. der Nordwestteil hat sich gesenkt (erkennbar an der Ablösungen der britischen Inseln der Überschwemmung einer früheren Tiefebene durch die heutige Nordsee, dem Einsinken der Ostsee); 2. es haben sich Risse, Sprünge, Gräben, Senkungsfelder gebildet (die beiden Hauptbecken des Mittelmeeres, die Rhone-Furche, der Oberrheinische Graben, die Lombardei, das Adriatische Meer, Ägäis-Hellespont-Marmara-Bosporus, das Rote Meer), die jetzt teils als Meeresbecken, teils als Tiefebenen erscheinen; 3. hat die Brandung des Meeres vorhandene Schwächezonen weiter ausgearbeitet und namentlich die beiden wichtigsten Tore von Dover und Gibraltar geschaffen bezw. geweitet. Daß mit diesen Andeutungen die morphologische Entwicklungsgeschichte Europas nicht irgendwie erschöpfend behandelt ist, versteht sich von selbst; uns kam es auch nur darauf an, mit wenigen skizzenhaften Strichen die Morphologie Europas als Grundlage der Verkehrsentwicklung zu zeichnen.

Die eben genannten geologischen Gegebenheiten lassen sich nun in ein gewisses System bringen, das der Gestaltung der Verkehrswege seinen Stempel aufdrückt: es handelt sich in der Hauptsache um zwei große West-Ost-Einbrüche und



viele kleinere Nord-Süd-Sprünge. Der großartigste West-Ost-Einbruch ist der des Mittelländischen Meeres, der Europa von Afrika scheidet, so wie entsprechende Einbrüche und Mittelmeere Nord- und Südamerika, Asien und Australien trennen. Auf dieser Reihenfolge von Einbrüchen ist die wichtigste Erscheinung des Weltverkehrs begründet, nämlich der die Erde umschlingende West-Ost-Seeweg (Nordsee-Gibraltar-Suez-Aden-Singapore-Panama (New York)-Nordsee), dessen Bedeutung für Europa hauptsächlich in den „Suez-Linien“ (nach Indien, Ostasien, Australien, Ostafrika), also im Seeverkehr Nordsee-Gibraltar-Suez und im Eisenbahnverkehr zwischen Nordsee und Mittelmeer (z.B. London-Marseille, Hamburg-Neapel) zum Ausdruck kommt.

Der Mittelmeerraum besitzt infolge von Größe und Gestalt, Lage und Klima eine so eigenartige Struktur, daß er nicht nur die sogenannte „mittelmeerische Provinz“ und das auf ihr beruhende römische Weltreich schaffen half, sondern auch Wirtschaft und Kultur, sowie namentlich das Verkehrs- und Siedelungswesen der gesamten Atlantischen Welt stark beeinflußt hat. Die für unsere Betrachtung wichtigsten Züge sind in dieser Beziehung: 1. die starke Durchdringung von Meer und Land, durch die der Seeverkehr, namentlich die Küstenschiffahrt in hohem Maße angeregt und gefördert wurde; 2. die verkehrsungünstigen Verhältnisse der Mittelmeerflüsse, durch die die Binnenschiffahrt gelähmt wird; 3. die Wegsamkeit der an das Mittelmeer herantretenden Tiefebenen, der Steppen und auch der Wüsten, durch die der Straßenbau (Perser, Römer und Araber) so außerordentlich angeregt worden ist; 4. die starke Aufteilung der Küstenlandschaften in Inseln, Halbinseln, kleine durch Gebirge getrennte Ebenen, Küstensäume usw., wodurch vielerorts die Kleinstaaterei begünstigt worden ist, bis endlich Rom die Einheit schaffen konnte, die sich vornehmlich auf die Schiffslinien und die an diese anstoßenden Landstraßen stützte; 5. die Quellenarmut, die in Verbindung mit der Kleinstaaterei die städtische Wohnweise, also die Verstadtlichung und das Übergewicht der Stadt über das Land begründet hat (vergl. all die phönizischen, griechischen und etruskischen Stadtstaaten; auch das römische Reich war nie viel mehr als ein Städtebund mit der Stadt Rom als führende Spitze, und das heutige Italien hat sich erst sehr spät aus dem Chaos kleinster Staaten zum Einheitsstaat durchringen können).

Diese auf eigenartigen geographischen Erscheinungen beruhenden Eigentümlichkeiten des Mittelmeerraumes haben sich aber auch in Gebiete hinein ausgewirkt, wo die geographischen Voraussetzungen andere sind, namentlich, dem Zug der griechisch-römischen Kultur und des Christentums folgend, in die Länder nördlich der Alpen, also in die Gebiete, an die heute die Führung in Wirtschaft und Verkehr übergegangen ist. Diese Übertragung, verstärkt durch die Überschätzung der antiken und die Unterschätzung der germanischen Kultur, hat



natürlich zu Konflikten führen müssen, die wir z. B. in der zeitweilig starken Vernachlässigung der Binnenwasserstraßen, der Bevorzugung der großen Städte in der Verkehrspolitik usw. beobachten können. Namentlich das deutsche Verkehrswesen krankt noch heute daran, daß wir in mancherlei Beziehung zu römisch und byzantinisch, aber zu wenig deutsch denken. Die Engländer sind diesem Einfluß weniger unterlegen, weil die verkehrsgeographische Struktur ihrer Inselwelt von anderer Art ist und weil sie sich frühzeitig auf den Übersee-Verkehr einstellen mußten. Auch die Russen haben sich den fremden Einflüssen mehr entzogen; der osteuropäische Lebensraum hat auch in verkehrsgeographischer Hinsicht eigene und starke Gesetze.

Der zweite geographisch nicht so gewaltige, aber für den heutigen Verkehr wohl noch wichtigere West-Ost-Einbruch ist der der Nordsee-Ostsee. Auch er hat eine Insel- und Halbinselwelt geschaffen, aber sie ist nicht so zerstückelt wie die südliche, denn den Inseln und Halbinseln, schon an Zahl und Größe geringer, wird durch die große einheitliche nordeuropäische Tiefebene ein Gegengewicht geboten. Die Senkung ist hier auch nicht durchgehend, denn das Rote Meer hat im Norden kein Gegenstück, vielmehr wird der Verkehr zwar durch die an den Finnischen Meerbusen anstoßende Seenkette begünstigt, bald darauf aber durch die Schnee- und Eiswüsten des hohen Nordens blockiert.

Der Dreiteilung des Mittelmeeres in ein westliches, ein östliches Becken und das Schwarze Meer kann man im Norden eine Dreiteilung: Irische See und Kanal, Nordsee, Ostsee gegenüberstellen. Für den Süden ist der westlichste Teil (mit Barcelona, Marseille, Genua, Neapel) der wichtigste, für den Norden dagegen der mittlere (mit London, Antwerpen, Rotterdam, Bremen, Hamburg); für beide ist der östlichste Teil ein Binnenmeer, das Schwarze Meer ein russisch-vorderasiatisches, die Ostsee ein deutsch-skandinavisch-slavisches. Aber die Ostsee ist wichtiger als das Schwarze Meer, denn sie ist trotz klimatischer Schwierigkeiten dem Verkehr günstiger; sie ist schmal und reich gegliedert, eigentlich ein großer Fluß, für Seeschiffe voll fahrbar, und für den Querverkehr mittels Eisenbahnfähren gut überwindbar. Sich die Ostsee als einen großen Fluß vorzustellen, der in zahlreichen „Quellflüssen" (z. B. Düna, Memel, Weichsel, Oder) entspringt, eine breite äußerst wegsame Ebene durchströmt und in einem großen Delta (durch den Sund, den Nord-Ostsee- und den Elbe-Trave-Kanal) in die Nordsee ausmündet, der also ein gewaltiges Binnennetz von Schiffahrtswegen und Eisenbahnen (ähnlich wie etwa die La Plata-Ströme) geschaffen hat und an dem Hauptarm seines Deltas die beherrschende Handels- und Verkehrsstadt Hamburg hat entstehen lassen — diese Vorstellungsart ist vielleicht die sinnfälligste und bequemste.

Den beiden West-Ost-Meereseinbrüchen entsprechen im Landesinnern zahlreiche West-Ost-Bänder. Als Ebenen, Täler, Senken sind sie dem Verkehr

günstig (Skandinavische Senke, Finnischer Meerbusen, Russische Seenkette, nordeuropäische Tiefebene, Lombardei); als Gebirge sind sie dem Querverkehr, also der Richtung Süd-Nord hinderlich, und versuchen ihn in die Richtung West-Ost abzudrehen (Pyrenäen, Alpen, Jura, deutsche Mittelgebirge, Karpathen, Balkan, Kleinasiatische Gebirge, Kaukasus). Die wichtigste verkehrsgeographische Erscheinung ist in diesem Sinn die allerdings stark ausgezackte europäische Hauptwasserscheide, die aber nicht durchweg mit der Hauptverkehrsscheide zwischen Nord und Süd zusammenfällt.

Die beiden großen West-Ost-Einbrüche werden erweitert und die West-Ost-Ebenen werden in glücklicher Weise ergänzt und untereinander verbunden durch die oben erwähnten „Nord-Süd-Sprünge". An solchen sind vor allem zu nennen: Die Sunde und Belte, die die Ostsee mit dem offenen Ozean verbinden, die Furche Leine-Wetterau-Oberrhein-Saone-Rhone, das Adriatische Meer, Dardanellen, Marmara-Bosporus, das Rote Meer und in gewissem Sinne auch die Durchbrüche des Rheines durch das rheinische Schiefer- und der Elbe durch das Elbsandsteingebirge, die Senke March-Oder und die streckenweisen Versetzungen der norddeutschen Ströme aus der SO-NW- in die S-N-Richtung.

Die Einteilung Europas nach verkehrsgeographischen Beziehungen kann zunächst unter dem Gesichtspunkt der die einzelnen Teile beherrschenden Meere, also auf der Grundlage der Wasserscheiden erfolgen. In diesem Sinne sind auszusondern: der unmittelbar atlantische Westen (also der Westteil der Iberischen Halbinsel, Frankreich, England und Nordwest-Skandinavien), das Nordseegebiet (bis zu den Alpen und bis zu der Oder reichend), das Ostseegebiet, das Mittelmeergebiet, von dem das des Schwarzen Meeres abzutrennen wäre, und schließlich das des Kaspischen Meeres. Diese Einteilung hat naturgemäß für den Verkehr hohe und strichweise sogar entscheidende Bedeutung. Da aber vielfach Verkehrs- und Wasserscheiden nicht zusammenfallen, und da der Verkehr mancher Flüsse von anderen Flußsystemen und deren Landwegen oder von „fremden" Meeren „angezapft" wird, so kann diese Betrachtung zu Irrtümern verleiten. Für Europa genügt es, die beiden Hauptgebiete, das der Nord-Ostsee und das des Mittelmeeres zu skizzieren.

Die Hauptwasserscheide zwischen Nord und Süd folgte ursprünglich in geschlossenem Zuge jenem Gebirgskamm, der, an den Quellen der Garonne beginnend, heute noch in Cevennen-Côte d'or - Hunsrück-Taunus-Sudeten-Karpathen gut zu erkennen ist, also in etwa der dreifachen Länge der Alpen ein nach Norden ausgebogenes Verkehrshindernis darstellt. Durch diesen Höhenzug wird der Verkehr von Südfrankreich nach NO, von Südrußland nach NW, beide also nach Deutschland hineingeleitet, so daß dort eine Zusammendrängung erfolgen muß, und dies um so mehr, als die Ostsee und die Wasserscheide des Baltischen Höhen-



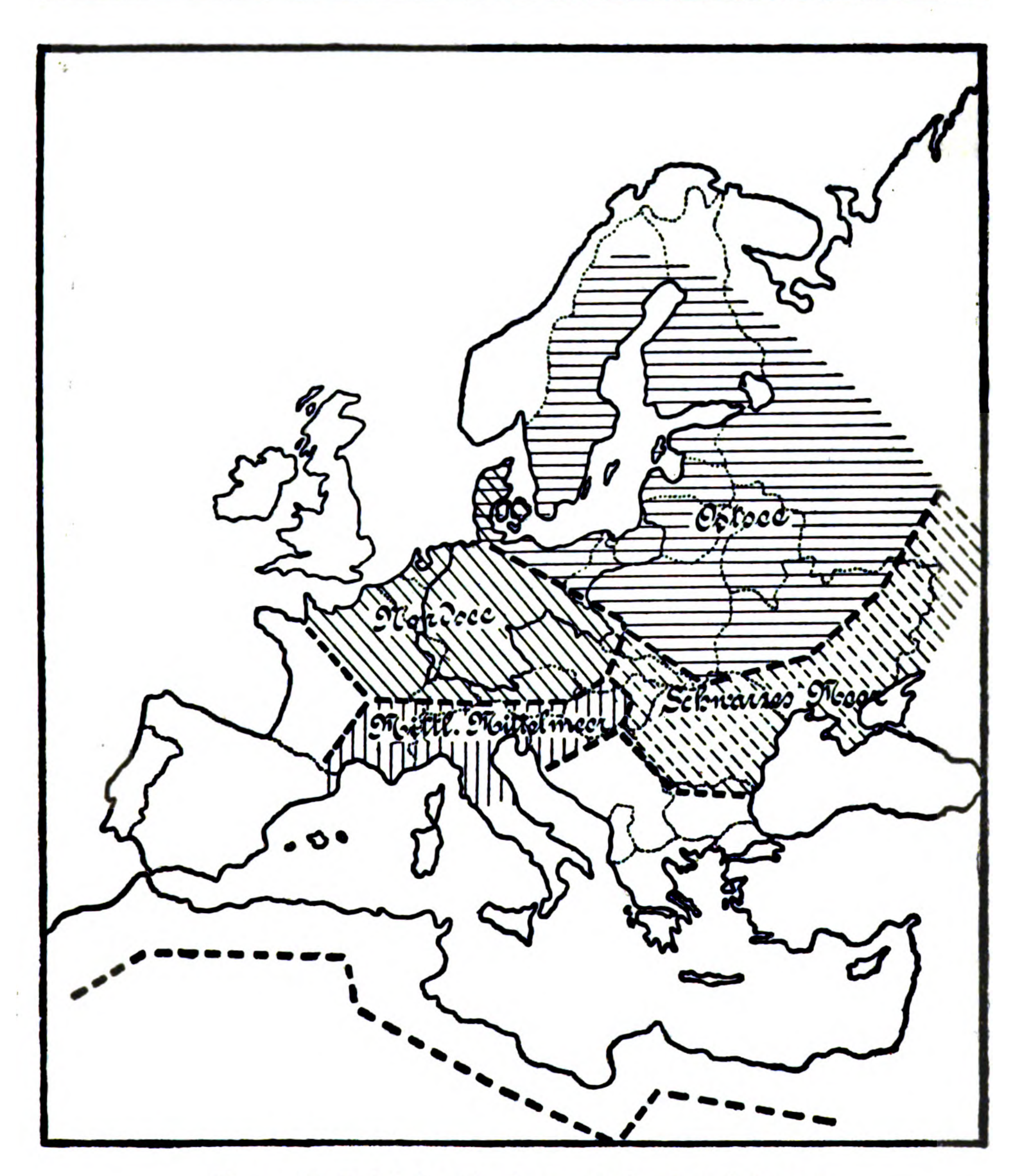


Fig. 2. „Die Verkehrsbereiche des europäischen Zentralgebietes."

rückens nach Süden ausgebogen sind. Diese Verkehrsverdichtung ist am stärksten in der Linie Stettin-Leipzig, der sog. „Taille" Preußens, und im Raum Hannover, dem „Nordkap" der deutschen Mittelgebirge, ausgeprägt; sie ist naturgemäß für

unser Vaterland sehr günstig, weil es damit zum Durchfuhrland zwischen weiteren Gebieten wird, die sonst den deutschen Verkehr nicht befruchten würden. — Die beste Eisenbahnverbindung Bordeaux-Odessa führt nicht über Mailand, sondern über Hannover!

Diese alte Hauptwasserscheide weist auch heute noch vielen Flüssen den Weg; sie stellt sich aber dem Verkehr nicht allenthalben in der gleichen Geschlossenheit entgegen, sondern ist durch drei wichtige Senken und Breschen ausgezeichnet: an der Westgrenze Deutschlands, dort, wo Mosel, Maas, Marne, Saone merkwürdig nahe beieinander entspringen und durch — allerdings schwache — Kanäle verbunden sind (vgl. den alten Handelsweg Marseille-Burgund-Champagne-Flandern), an der Ostgrenze Deutschlands, wo March und Oder nur durch die Mährische Pforte voneinander getrennt sind, so daß hier die wichtigen Linien von Breslau nach Wien und Budapest hindurchführen und ein Großschiffahrtsweg geschaffen werden soll, und in der Mitte Deutschlands im heutigen Wesergebiet oder vielmehr in der alten Senke Leine-Wetterau, dem Teilstück des oben erwähnten „Nord-Süd-Sprungs" Hamburg-Frankfurt-Marseille.

Außerdem ist die alte Wasserscheide in höchst bedeutungsvoller Weise von zwei Flüssen durchgenagt: von der Elbe, so daß hierdurch das reiche Böhmen nach Deutschland geöffnet wird, und vor allen vom Rhein (zwischen Bingen und Bonn), wodurch dieser Süddeutschland und die Schweiz an den Norden angeschlossen hat und zum wichtigsten Strom Europas, zum großen Völkerweg zwischen Nord und Süd, Nordsee und Mittelmeer, Nordwesteuropa und Suez geworden ist.

Durch diese Flußdurchbrüche wird die Wasserscheide nicht nur örtlich an den beiden Stellen nach Süden ausgebogen, sondern es wird ganz allgemein der Norden Europas gegenüber dem Süden begünstigt. Das wird aber noch durch mehrere andere Umstände verstärkt: 1. das in der Gegenwart ausgeprägteste Hochgebirge Europas, die Alpen, dacht sich nach Norden allmählich, also dem Verkehr günstig, ab, während es nach Süden jäh abstürzt, dem Verkehr von dieser Seite her also größere Schwierigkeiten bereitet; 2. der für Mitteleuropa wichtigste mittelmeerische Strom, die Donau, mündet nur in das abgesonderte Schwarze Meer und ist eine verkehrsgeographisch — zum Teil aus diesem Grunde auch völkisch und staatlich — so schwache Einheit, daß sein Verkehr allenthalben „angezapft" wird: der Verkehr des Oberlaufs bis etwa Linz fließt zum Rhein, der der Strecke Linz-Wien zu Rhein, Elbe und Oder, dann kommt im ungarischen Senkungsfeld ein strittiges Gebiet, um das Triest und Fiume gegen Hamburg kämpfen, und erst hernach wird das Mittelmeer im Donaugebiet wirklich Herrscher.

In den geologisch-morphologischen Umgestaltungen der Hauptwasserscheide liegt es begründet, daß sie an mehreren Stellen tief eingesattelt ist und sich hier nur auf 300 bis 400 m erhebt (bei Belfort, Treuchtlingen-Nürnberg und Oder-



berg); die „transkontinentalen" Eisenbahnen bedürfen infolgedessen keiner Scheiteltunnel, und es sind sogar Kanäle teils vorhanden, teils geplant.

Eine weitere verkehrsgeographisch wichtige Einteilung Europas geht von dem geologischen Gesamtbau aus. Hiernach gliedert sich Europa in ein Faltenland im Süden, ein Schollenland im Westen und ein Tafelland im Osten. Das Faltenland ist durch die tertiären Hochgebirgszüge (Atlas und Pyrenäen, Alpen und Apennin, Karpathen, Balkan, Kleinasiatische Gebirge, Kaukasus) gekennzeichnet. Es ist dem Verkehr, namentlich dem Nord-Süd-Verkehr hinderlich durch die Gebirge, günstig durch die dazwischen eingeschalteten Senkungsgebiete; es hat nur schwache Flüsse, ist dafür aber durch das Meer stark aufgeteilt; es ist mittelmeerisch, romanisch und griechisch, römisch-katholisch und mohammedanisch; es bildet, namentlich in seinem östlichen Teil, den Übergang von Europa zu den Ländern des Indischen Ozeans. Das Schollenland umfaßt Frankreich, England, Belgien, Holland, Deutschland, Dänemark und reicht nach Osten etwa bis zu einer Linie Czernowitz-Bornholm-Schonen. Auch hier ist die Durchdringung von Festland und Meer noch immer erheblich, und der Reichtum an großen Tiefebenen und starken Strömen steigert die verkehrsgeographische Begünstigung noch beträchtlich. Das Schollenland ist atlantisch, im Südwesten romanisch und katholisch, im übrigen germanisch und evangelisch; es umschließt den wichtigsten Teil Europas, gesegnet durch hohe Fruchtbarkeit, reiche Bodenschätze und arbeitsame, sehr dichte Bevölkerung. Das Tafelland endlich reicht von dem baltischen Schild über die Ostsee zu der riesigen russischen Platte hinüber. Es ist binnenmeerisch und nach Osten zu immer mehr kontinental, klimatisch vielfach benachteiligt, im wesentlichen slawisch und griechisch-katholisch.

Über dieses Tafelland sei noch eine besondere Bemerkung gestattet. Das große einheitliche russische Flachland mit seinen niedrigen Höhen, den bequemen Wasserscheiden (über die schon die Normannen ihre Kähne hinübergetragen haben), den weiten Tiefebenen und den großen Strömen muß den Eindruck erwecken, als ob Rußland ein dem Verkehr besonders günstiges Gebiet sei. Allerdings trifft das in mancher Beziehung zu; aber für unseren Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, auch einmal die dem Verkehr ungünstigen Verhältnisse zu betonen. Rußland liegt allerdings an vier Meeren, aber trotz allem nicht am offenen Weltmeer, vielmehr ist es dem Ozean weit entrückt; zwei von den Meeren leiden zudem unter monatelangen Eisschwierigkeiten. Sodann wird Rußland mit überstarker Gewalt vom großen Raum beherrscht, d. h. gelähmt. Seine Macht wirkt sich um so mehr aus, je mehr man sich von den beiden wertvollsten Meeren, der südlichen, leidlich eisfreien Ostsee und dem Schwarzen Meer, von der kulturspendenden Nachbarschaft Deutschlands (Mitteleuropas) und von dem durch Fruchtbarkeit und Bodenschätze gesegneten Südgebiet, dem Land der schwarzen

Erde, entfernt und nach dem kalten Norden und dem heftige Temperaturunterschiede zeigenden Osten vorstoßen will. Hiermit ist auch schon die lähmende Kraft des Klimas angedeutet: vom Norden her wirkt sich das arktische Klima weit nach Süden, vom Osten her das kontinentale Klima weit nach Westen hin aus. Im allgemeinen werden auch die Möglichkeiten des russischen Binnenverkehrs zu günstig eingeschätzt: die schiffbaren Wasserläufe haben allerdings eine Gesamtlänge von 45000 km, aber sie sind während langer Monate vom Eis blockiert, und manche Flüsse (Dnjepr!) haben böse Stromschnellen; für den Landverkehr bieten die Flüsse vielfach stärkere Hindernisse, als man in einem so ausgesprochen flachen Lande vermuten sollte, denn die Flüsse sind oft tief eingeschnitten, so daß lange und hohe Brücken erforderlich sind; das Straßennetz ist im Sommer bei Trockenheit leidlich, im Winter bei Schnee gut, in den Übergangsjahreszeiten vielfach so unbrauchbar, daß der Russe diese Jahreszeiten als die „wegelosen" bezeichnet; Bau und Betrieb der Eisenbahnen leiden unter der Versumpfung und Kälte, im Winter kann man in Rußland nicht bauen, in den Übergangszeiten vielfach nicht einmal neue Linien erkunden. Insgesamt klafft zwischen Mitteleuropa und Rußland ein starker Riß im Verkehrswesen, nicht etwa wegen des Wechsels der Spurweite, sondern wegen des Klimas und vor allem wegen der Raumgröße. Mitteleuropa ist der kleine, Rußland der große Raum. Die darin begründete Stärke der Verkehrsgrenze zwischen Rußland und Mitteleuropa sollte man keinesfalls unterschätzen.

Stellt man sich nun die Aufgabe, zur Kennzeichnung der wichtigsten Verkehrsrichtungen Europas zunächst die Hauptknotenpunkte des Verkehrs zu bestimmen, so ergibt sich, daß dies ohne Bezugnahme auf den sogenannten Weltverkehr bezw. auf die Politik der europäischen Staaten nicht möglich ist. Die überragende Stellung, die das kleine Europa einnimmt, gründet sich neben anderen Vorzügen (Klima, Rassen, Bodenschätze) auf seine einzigartige verkehrsgeographische Lage. Europa verfügt über die bedeutendste „Mittellage", denn es bildet den Mittelteil der größten Landmasse, das Zentralgebiet der Landhalbkugel, deren Pol streng geographisch bei der Loire-Mündung, verkehrs- und wirtschaftsgeographisch im Raum Niederrhein-Ruhr liegt. Die andern vier Erdteile (Afrika, Asien, Nord- und Südamerika) liegen im Kreise um Europa herum; nur Australien bleibt, wie allgemein so auch in dieser Beziehung, abseits. Demgemäß hat Europa nach allen Erdteilen die vergleichsweise kürzesten Wege, was z. B. recht sinnfällig in der durchaus „zentrischen" Lage des Suezkanals und der „exzentrischen" des Panamakanals zum Ausdruck kommt. Obwohl allseitig von Landmassen umlagert, ist Europa aber nicht dem Meere entrückt, sondern im Gegenteil von ihm aufs günstigste aufgeschlossen, denn es liegt am Schnittpunkt des Atlantischen Ozeans mit der oben erwähnten, großen, die Erde umschlingen-



den West-Ost-Wasserstraße. Hierbei beachte man, daß der Atlantische Ozean nur ein verhältnismäßig schmaler „Kanal" ist und dadurch, im Gegensatz zum Großen und auch zum Indischen Ozean, nicht der lähmenden Kraft der großen Wasserwüsten unterliegt und daß er, gestützt auf diesen und andere Vorzüge, mehr als 75 % des Seeverkehrs beherrscht. Zu den anderen Vorzügen gehört vor allem der eigenartige Verlauf der „Hauptwasserscheide der Erde", die dem Atlantischen Ozean 53 % der Gesamtlandfläche, dem Großen und Indischen Ozean aber zusammen nur 22 % zuweist (der Rest von 25 % hat keinen Abfluß zum Meer). Von den sechs größten Strombecken der Welt öffnen sich fünf nach dem Atlantischen Ozean!

Hierdurch (und durch die zivilisatorische Leistungsfähigkeit seiner Bewohner) ist es Europa gelungen, an seinem Gestade das „Zentralbecken des Weltverkehrs" zu schaffen, nämlich die Nordsee mit Kanal und Irischer See, gekennzeichnet durch die „Welthäfen" Liverpool und London, Antwerpen und Rotterdam, Bremen und Hamburg. Als der hervorragendste Punkt dieses Verkehrsbeckens muß Hamburg bezeichnet werden. Wenn die anderen Häfen eine so hohe Bedeutung haben, so liegt das bei den „Rheinmündungshäfen" an dem Reichtum und der hervorragenden Wegsamkeit ihres engeren Hinterlandes, bei den englischen Häfen teils an der geographischen, also dauernden und zuverlässigen Gunst reicher Kohlenlager und guter Verkehrsgrundlagen, teils an der nur geschichtlichen, also nicht unbedingt zeitbeständigen Erscheinung einer zwar sehr geschickten und erfolgreichen, aber brutalen Politik.

Vom „Zentralbecken" strahlen die wichtigsten Welthandelsstraßen aus. Sie bestehen aus zwei Gruppen: die atlantischen Linien führen nach Nord-, Mittel- und Südamerika und nach Westafrika, die Suezlinien nach Indien, Ostasien Australien und Ostafrika. Die atlantischen Linien strahlen von Europa einfach (nach W und SW) aus. Die Suezlinien aber umfahren außerdem Europa, indem sie vom Zentralbecken über Gibraltar zunächst nach mittelmeerischen Häfen (Marseille, Genua, Neapel) führen; sie erzeugen damit einen transkontinentalen Verkehr zwischen Nordsee und Mittelmeer, der für das Eisenbahnnetz im Gebiet Hamburg-London-Marseille-Genua recht charakteristisch ist. Außer diesen Überseewegen sind noch folgende Seewege von „lokaler" (europäischer) Bedeutung zu nennen: die Routen nach den nördlichen Meeren (hauptsächlich dem Fang von Fischen usw. gewidmet), die Schiffahrtslinien in der Ostsee, die Linien vom Nordrand des Mittelmeeres nach dem Nordrand Afrikas, und schließlich die Wege vom westlichen Mittelmeer und der Nordsee nach dem östlichen Mittel- und dem Schwarzen Meer (Levante-Verkehr). Die an zweiter und dritter Stelle genannten Seeverkehrswege unterliegen dem Wettbewerbe der Binnenverkehrsmittel, worin ihr stark „binnenländischer" Charakter zum Ausdruck kommt.

Die Seehäfen sind die Ein- und Ausgangspforten für den radial zur Küste verlaufenden Verkehr der Flüsse und Eisenbahnen. Der Bedeutung der Häfen nach lassen sich auf dem eigentlichen Kontinent folgende Gruppen unterscheiden, die in ihrer Wichtigkeit stark abfallen (Figur 2): An erster Stelle stehen die von der Nordsee bis zur Hauptwasserscheide führenden Linien; sie bedecken den Raum von Le Havre - Lyon bis Hamburg - Kattowitz (Budapest), also den wichtigsten, durch dichteste Bevölkerung, Fruchtbarkeit, Bodenschätze, geringe vertikale Reliefentfaltung und große Ströme ausgezeichneten Teil Europas. Hier zeigt daher der Verkehr seine stärkste Verdichtung, was in der kleinen Maschenweite des Eisenbahnnetzes, den großen Bahnhöfen und der hohen Entwicklung der Binnenschiffahrt, namentlich auf Rhein und Elbe, zum Ausdruck kommt. Als die Hauptschlagader dieses Gebietes und ganz Europas könnte man das „Kohlenband" bezeichnen, das sich von Lens über Charleroi - Aachen - Essen bis Hannover hinzieht, als das Herz das „Industrierevier" Köln - Dortmund. An zweiter Stelle sind die vom mittleren Teil des Mittelmeeres nach Norden ausstrahlenden Linien zu nennen, die den Raum Marseille - Lyon bis Fiume - Budapest erschließen. An Bedeutung und Machtbereich stehen sie ihren nördlichen Brüdern stark nach, weil ihr Gebiet nicht so gesegnet ist und in dem Steilaufstieg der Alpen einen jähen Abschluß findet. An dritter Stelle folgen die von der Ostsee ausgehenden Linien, die schwedischen und die nordrussischen, nach Süden etwa begrenzt durch eine Linie Lemberg - Kiew - Kursk. Dann kommen die am Schwarzen Meer mündenden Ströme und Eisenbahnen; sie führen die Erzeugnisse Rumäniens und Südrußlands (namentlich Getreide und Petroleum) den Seeschiffen zu, welche diese größtenteils über Gibraltar zum Nordseegebiet weiterleiten. Die von der Südküste des Mittelländischen Meeres nach Afrika hinein ausgehenden Linien (Eisenbahnen mit anstoßenden Karawanenpfaden) haben vorläufig nur örtliche Bedeutung, merkwürdigerweise einschließlich der Bahnen im Gebiet des sonst so verkehrsgewaltigen Suezkanals; Ägypten ist eben nur eine „Oase" und der Kanal hat, da er durch die Wüste gebahnt ist, fast keinen Lokal- oder Nachbarschaftsverkehr. Die vom Ostgestade des Mittelmeeres nach Vorderasien und Indien führenden Landwege, einst von so großer Bedeutung und daher durch die ganze Geschichte hindurch so heiß umkämpft, müssen im Zeitalter von Kohle und Öl erst neu geschaffen werden, und zwar als Schienenwege (Bagdadbahn und die vielleicht aussichtsreichere Bahn Südrußland - Transkaspien - Afghanistan - Indien) und als Luft-Verkehrslinien.

Im Binnenverkehr überwiegen in Europa die West-Ost- über die Nord-Süd-Richtungen. Es ist das in der Gesamtgestalt des Erdteiles, seiner Lage zum Atlantischen Ozean und seinen Nebenmeeren und dem Verlauf der wichtigsten Gebirgszüge begründet, die für den Nord-Süd-Verkehr Hindernisse sind, den Nord-Ost-Verkehr dagegen begünstigen und manche Verkehrslinien in diese Richtung abbiegen.



Die wichtigsten Verkehrswege in West-Ost-Richtung sind:

1. die Nordsee-Ostsee, ausstrahlend nach Rußland hinein. Der Hauptweg wird durch einen Nebenweg ergänzt, der sich die schwedische Senke (Gotenburg-Stockholm) nutzbar macht, doch muß man die Bestrebungen um eine direkte Fähren-Eisenbahn-Verbindung Edinburg-Gotenburg-Stockholm-Reval-St. Petersburg sehr vorsichtig aufnehmen, denn der richtige Weg hierfür führt immer über London—Dortmund mit Gabelung nach Eydtkuhnen und Hamburg-Lübeck-Fehmarn-Kopenhagen. Leider ist die Fehmarnlinie unbegreiflicherweise noch immer nicht geschaffen, offenbar weil man fürchtet, der verkehrsgeographischen Vormachtsstellung Berlins dadurch Abbruch zu tun.

2. Die nordeuropäische Tiefebene. Sie sammelt den Verkehr von Westen (England, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien) und leitet ihn am Nordrand der Mittelgebirge entlang durch das „Niederrhein-Ruhr-Gebiet" nach dem „Nordkap" der Mittelgebirge (Raum Hannover), von wo er in die „Ostsee-Randlinie" Stettin—St. Petersburg, die „Mittellinie" Berlin - Warschau - Moskau und Kiew und die „Gebirgsrandlinie" Leipzig - Breslau - Oberschlesien - Lemberg - Odessa ausstrahlt. Die Macht der Ebene, noch vergrößert durch das große Kohle-, Erze-, Salz- und Öl-Band Lens-Essen-Bitterfeld-Kattowitz-Lemberg, ist so stark, daß sie den Verkehr zwischen dem Südwesten (Südfrankreich) und dem Südosten (Südrußland) um die sich nach Norden vorwölbenden Gebirge herumführt; der Verkehr nimmt lieber den großen Umweg in Kauf, als die von den Gebirgen bereiteten Schwierigkeiten. Hierdurch wird die Bedeutung der weiter südlich verlaufenden West-Ost-Wege naturgemäß verringert.

3. Paris - Saargebiet - Frankfurt - Leipzig und weiter nach Osten, eine sehr charakteristische „Buchten-Linie", denn sie verbindet die Buchten von Paris (Seinebecken), Frankfurt, Leipzig und Schlesien miteinander. Jede dieser Buchten für sich ist ein Sammelbecken für den Verkehr. Außerdem wird die Linie durch Bodenschätze (Steinkohle, Braunkohle, Salze, Erze) befruchtet.

4. Paris (und Saargebiet und Basel) - Stuttgart - München - Wien - Budapest - Konstantinopel, der stark überschätzte Weg des „Orient-Expreß". Er wird z. Zt. durch eine das Deutsche Reich vermeidende Linie Zürich-Arlberg ergänzt, die aber nur durch politische Künsteleien zu „internationaler" Bedeutung erhoben werden kann.

5. Spanien - Südfrankreich - Lombardei - Südslawien, ebenfalls eine überschätzte Linie, deren Wert durch die mehrmalige Überschienung hoher Gebirgswälle herabgesetzt wird.

6. Das Mittelmeer, von den Säulen des Herkules bis in den Orient hinein reichend und dort durch Fortsetzungen nach Indien und dem fernen Osten gestärkt.

Trotz der allgemeinen Überlegenheit des Seeverkehrs über den Eisenbahnverkehr muß man im europäischen West-Ost-Verkehr das Eisenbahnnetz, und zwar das der Nordeuropäischen Tiefebene, als den wichtigsten Träger des West-Ost-Verkehrs bezeichnen, denn die Ebene ist nicht nur außerordentlich wegsam, so daß die Schienenwege durch Wasserstraßen wesentlich unterstützt werden können, sondern sie ist auch mit Fruchtbarkeit und Bodenschätzen so gesegnet, daß sie das höchste wirtschaftliche und kulturelle Leben Europas hervorgerufen und daher höchstwertige Verkehrsanlagen und beste Betriebsleistungen gezeitigt hat.

Die Nord-Süd-Linien, als die Verbindungen zwischen Kanal-Nordsee-Ostsee einerseits und Mittelmeer andererseits, sind naturgemäß um so wichtiger, je weniger sie durch (hohe) Gebirge erschwert werden, je zentraler sie liegen, und je mehr sie wirtschaftlich hochstehende Gebiete erschließen. Die nicht durch Gebirge erschwerten Linien können gemäß dem Verlauf der Alpen-Karpathen nur im Westen und Osten, also nicht in der Mitte verlaufen, sie kranken also an ihrer Randlage.

Für den Westen sind vor allem die Linien 1. Bordeaux-Toulouse-Narbonne und 2. London-Paris und Brüssel-Lyon-Marseille zu nennen. Die entsprechenden Eisenbahnlinien werden durch alte (veraltete) Kanäle ergänzt, die aber nur für kleinen Verkehr in Betracht kommen. Den Plan eines See-Kanals — für größte (Kriegs-)Schiffe fahrbar! — Bordeaux-Narbonne muß man sehr skeptisch aufnehmen. — Die Linie London-Marseille folgt der um die Wende des Mittelalters so wichtigen Straße Flandern-Champagne-Burgund-Mittelmeer; sie bildet jetzt einen Teil der Linie England-Indien und hat hierfür den Abzweig Mont Cenis-Turin-Brindisi erhalten (Weg der englisch-indischen Post).

Als östliche Linien sind die Verbindungen zwischen der Ostsee (Danzig-Königsberg-Libau-Riga) und dem Schwarzen Meer zu nennen. Bedeutung für den Durchgangsverkehr haben sie kaum; der Plan einer ergänzenden „transkontinentalen“ Wasserstraße hält auch hier ernsthafter Kritik keinen Stand.

Die mittleren Verbindungen sind sämtlich nicht nur durch die zentrale Lage, sondern außerdem durch den Reichtum der durchzogenen Gebiete ausgezeichnet. Trotz des Hindernisses Alpen-Karpathen brauchen sie dank der Eigenart der Hauptwasserscheide meist keine großen Höhen zu erklettern.

Die östliche Mittellinie 4. Danzig (und Stettin)-Oberschlesien-Wien-Adria macht sich die tiefe Einsattelung der Mährischen Pforte zunutze; ihre Kraft „verpufft“ dann aber im Raum Wien an dem Wall der Dinarischen Gebirge.

Als ein System mitteldeutscher Linien kann man die Verbindungen 5. Skandinavien (über Saßnitz) und Ostsee (von Stettin aus)-Mittelmeer bezeichnen. Die naturgemäße Eisenbahn wäre die Linie Stockholm-Saßnitz-Magdeburg-Leipziger Bucht-Nürnberg-Augsburg-Brenner-Verona; sie ist aber durch die Be-



vorzugung von Berlin und München und die Vernachlässigung von Magdeburg, Nürnberg und Augsburg entstellt, und ihre Verkehrskraft ist überhaupt nicht groß, weil erstens die Brennerbahn einen sehr hohen Scheitel hat und zweitens die naturgemäße Ausmündung des nordischen Verkehrs nicht über die breite Ostseelinie Trelleborg-Saßnitz, sondern über den schmalen Fehmarn-Belt nach Lübeck-Hamburg und damit in den großen „Verkehrsgraben" führt.

6. Hamburg-Frankfurt-Burgundische Pforte-Marseille. Dieser Schienenstrang würde trotz der vom Wesergebirge bereiteten Schwierigkeiten von außerordentlicher Bedeutung sein können, wenn nicht die französische Politik hemmend dazwischenführe. Unter dem leidigen Einfluß der Politik wird ein beträchtlicher Teil des Verkehrs an die wichtigste Gruppe der Nord-Südlinien abgegeben, nämlich an 7. die Rhein-Alpen-Linien, die dem schweizerischen Staatswesen als Paßland größten Stiles außerordentliche Bedeutung verleihen. Der Verkehr fließt bei Köln aus dem großen Dreieck von Glasgow-London und Stockholm-Hamburg zusammen, wird in schmalem Bett von Köln nach Basel weiter geleitet, um von hier über die Alpenbahnen nach dem Mittelmeere auszustrahlen. Eine Abzweigung führt über Nürnberg-Wien nach dem Balkan.

Hierbei sei über die Alpenbahnen noch das folgende bemerkt: die Alpen steigen allerdings in ihrem mittleren Gebiet zu den größten Höhen auf. Das ist aber für den Verkehr nur solange schreckhaft gewesen, als man die Pässe selber überklettern mußte, was noch bei der Semmering- und der Brenner-Bahn der Fall war. Sobald sich aber der Ingenieur an das Bohren langer, tief unter den Pässen liegender Scheiteltunnel heranwagen konnte, wurde die große Höhe der Schweizer Alpen zum Vorteil, denn diese große Höhe geht Hand in Hand mit der scharfen Zusammendrängung der Gebirgsmassen auf ein schmales Band; man kann hier also mit einem Scheiteltunnel das ganze Gebirgshindernis überwinden, und die Bahnen nehmen daher nur auf sehr kurze Strecken den Charakter von Gebirgsbahnen an: die „Gotthardbahn" reicht nur von Erstfeld bis Biasca, die Simplonbahn zeigt überhaupt nur auf der kurzen Strecke vom Südportal des Tunnels bis etwa Domodossola den Charakter einer Gebirgsbahn. Dagegen sind die östlichen Alpen zwar niedriger, aber sie bestehen aus vielen Ketten, so daß die Bahnen mehrere Scheitelpunkte überwinden müssen. Der Vorteil der Schweizer Strecken wird überdies durch das Vorhandensein sehr tief eingeschnittener Täler, und vor allem durch die glänzende Verkehrslage der Schweiz zwischen Oberrhein und lombardischer Tiefebene noch erheblich gesteigert.

Von den Verkehrsknotenpunkten liegt im Binnenlande naturgemäß eine besonders wichtige Gruppe an den Stellen, an denen sich die wichtigen Nord-Süd-Linien mit den West-Ost-Linien schneiden; im Rheingebiet wären z. B. zu nennen die Räume Oberhausen-Köln, Frankfurt-Mannheim und Karlsruhe-Straßburg. Sodann sind zu



erwähnen die Brückenstädte, an denen die West-Ost-Linien die großen Ströme überschreiten (Magdeburg), ferner die Gabelpunkte der großen Linien (am charakteristischsten vielleicht Köln und Basel, auch Frankfurt) und schließlich die Städte in den „Buchten" (Sammelmulden des Verkehrs), die immer Zentren einer größeren Nachbarschaft sind (Paris, Köln, Frankfurt, auch Stuttgart und Nürnberg; sehr

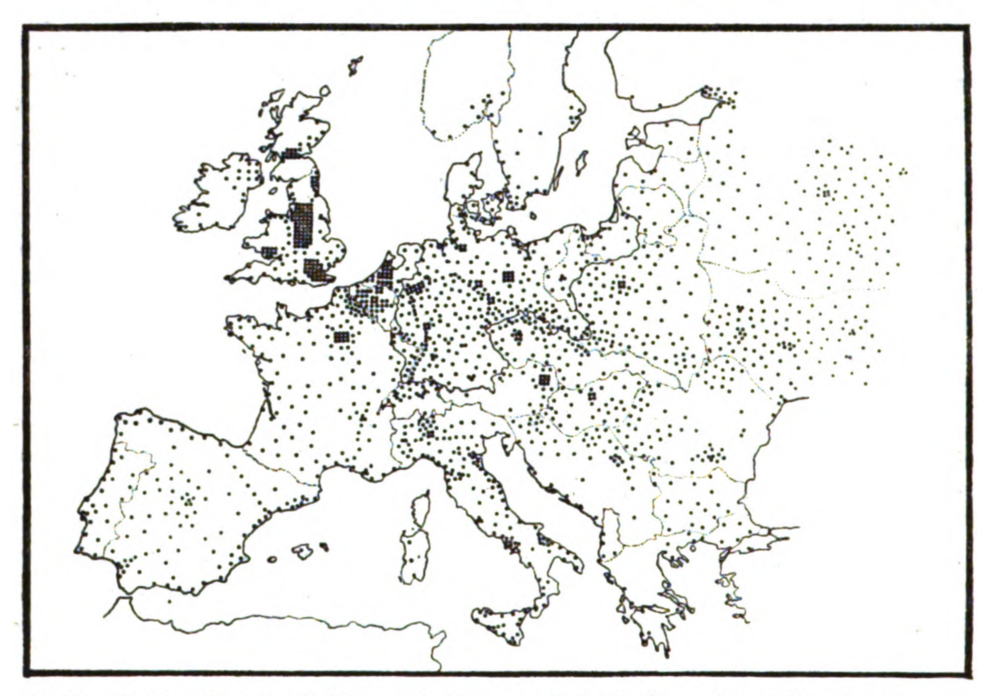


Fig. 3. „Die Verteilung der Bevölkerung in Europa." (Jeder Punkt = 250000 Einwohner.)

charakteristisch ist des weiteren das Städtepaar Halle-Leipzig, auch Prag, Breslau, Budapest). Aber die wichtigsten Verkehrspunkte werden auch hier nicht vom weitgespannten Durchgangs-, sondern vom engeren Nachbarschaftsverkehr geschaffen, und sie liegen daher in den Gebieten, die entweder durch hohe Fruchtbarkeit oder durch Bodenschätze ausgezeichnet und daher besonders dicht besiedelt sind.

In diesem Sinne kann man für Europa eine Reihe von Linien (Bändern) feststellen, die besonders gesegnet sind, nämlich das Band England-Flandern-Paris, Rhein-Lombardei, Flandern-Niederrhein-Ruhr-Hannover, Hannover-Leipzig-Breslau-Oberschlesien. Auf diesen Bändern, deren Bedeutung natürlich geologisch und damit wirtschafts- und verkehrsgeographisch tief begründet ist, wohnt der größte Teil der europäischen Bevölkerung, liegen die meisten Großstädte (Figur 3), die meisten Schienenwege und größten Bahnhöfe, die bedeutendsten Häfen. Es ist allgemein fruchtbar

und für das Verständnis lehrreich, bei verkehrsgeographischen Betrachtungen von Bändern (Linien, Reihen) auszugehen, denn sie weisen als Küsten, Flüsse, Täler, Gebirgsränder und geologische Linien (für Kohle, Salze, Heilquellen) dem Verkehr die Bahnen. So liegen z. B. alle deutschen Städte über 300000 Bewohnern auf vier Bändern: der Küste, dem Rheintal, dem Band Aachen-Hannover und dem Band Hannover-Kattowitz; nur Stuttgart, München, Nürnberg und Berlin liegen abseits.

Die vorstehenden Darlegungen zeigen, welch wichtige Stellung unser Vaterland im Verkehr Europas einnimmt. Tatsächlich bildet Deutschland verkehrsgeographisch in mehrfacher Beziehung die Mitte Europas. Für den Nord-Süd-Verkehr liegt es zwischen der Nord-Ostsee und dem Mittelmeer, aber nicht an einer beliebigen, charakterlosen, Stelle, auch nicht in Randlage, wie Frankreich und Rußland, sondern zentral und zwischen den wichtigsten Häfen (Rotterdam, Bremen, Hamburg, Lübeck, Stettin einerseits und Marseille, Genua, Triest, Fiume, Brindisi andererseits). Deutschland bildet den Übergang von dem angelsächsisch-germanischen Norden zu dem italienisch-slawischen Süden. Der Verkehr wird hier in hohem Maße begünstigt durch die Wegsamkeit des Rhein- und des Oder-March-Gebietes, und er wird kraftvoll befruchtet durch das hohe wirtschaftliche Leben in Deutschland selbst und den Grenzgebieten. Für den West-Ost-Verkehr liegt Deutschland zwischen dem gewerblichen Westen und dem landwirtschaftlichen Osten, zwischen der angelsächsisch-romanischen und der russisch-mohammedanischen Welt, zwischen dem Atlantischen Ozean und der Landmasse Rußland-Asien, und zwar auch hier an bevorzugter Stelle, nämlich an der vom „Zentralbecken des Weltverkehrs“ ausstrahlenden Nord-Ostsee. Außerdem ist hier Deutschland begünstigt, weil, wie oben gesagt, der West-Ost-Verkehr Südeuropas (wegen der Gebirge) nach Norden, also nach Deutschland, abgedrängt wird.

Demgemäß kann man Deutschland verkehrsgeographisch als die „Brust“ Europas bezeichnen, und das „Herz“ ist dann jenes Gebiet, in dem sich die wichtigsten Nord-Süd-Straßen, nämlich die Rheinlinien, mit den großen West-Ost-Straßen der nordeuropäischen Tiefebene schneiden. Der rheinisch-westfälische Gewerbebezirk, das Eisenbahn- und Wasserstraßennetz Köln-Dortmund ist tatsächlich das für den europäischen Verkehr bedeutungsvollste Gebiet; es bildet die Mitte jenes „höchsten Kulturkreises“, in ihm liegt wirtschafts- und verkehrsgeographisch geurteilt der Pol der Halbkugel der größten Landmasse, in ihm hat das eine der drei mächtigsten Kohlenbecken der Welt den einen der drei wichtigsten Industriebezirke geschaffen, und es wird von der einen der drei wichtigsten Binnenwasserstraßen der Welt durchströmt. — Unerträglich nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, daß dieser feinstentwickelte und höchstempfindsame Verkehrsorganismus einer Macht überantwortet ist, die, von dem Rechtsbruch ganz abgesehen, ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist.

H. LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT (MITTEL- UND WESTEUROPA)

Seit 10 Jahren ist der 400jährige Kampf zwischen Deutschtum und Franzosentum zu einer bisher unerreichten gigantischen Höhe emporgewachsen und beherrscht das geopolitische Bild Mittel- und Westeuropas bis in die feinsten Einzelzüge. Nachdem 1919 der Friedenszustand de iure wiederhergestellt war, folgte de facto die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", und Kampffront ist nach wie vor der breite Streifen von Hügel- und Gebirgsländern, der sich zwischen Alpenkette und Nordseeküste, zwischen dem Ostrand des Pariser Beckens und dem Rhein hinzieht („Arelatisch-Lotharingischer Grenzsaum"), ja, 1923 wurden die Brennpunkte des Kampfes sogar auf das rechte Rheinufer verlegt. „Heute geht es fast in dem ganzen Zwischengebiet um die vollständige kulturelle, wirtschaftliche und auch politische Herrschaft Frankreichs. Die Deutschen befinden sich demgegenüber vollständig in der Verteidigung. Diese wird aber in den bedrohten Gebieten immer mehr Sache des ganzen Volkes. Sie wird darüber hinaus fast in dem gesamten deutschen Sprachgebiet in steigendem Maße als gemeinsame, lebenswichtige Angelegenheit empfunden. Der Abwehrkampf ist auf der ganzen Linie aufgenommen worden und wird mit immer größerer Entschlossenheit und Erbitterung geführt" (H. Ammann, Aarau im Märzheft 24 der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur).

Das Deutsche Reich trat in diesen Nachkriegskampf aufs stärkste geschwächt durch die Bürde von Versailles. Es büßte in Versailles, in kurzen, grausamen Zahlen ausgedrückt, ein: 70539 qkm = 13% seiner Bodenfläche von 1913, 6471000 = 10% der Bevölkerungszahl von 1913, darunter 3481000 Deutsche = 53,8% des Bevölkerungsverlustes (— nachdem Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf seine Fahne geschrieben hatte! —), 12,8% des Weizenertrages von 1913, 18% Roggen, 10,2% Hafer, 17,2% Gerste, 19,7% Kartoffeln, 18,3% Zuckerrüben, 13% Klee und Heu, 9,9% Forste; 15,5% Pferde, 11,2% Rinder, 9,6% Schafe, 11,2% Schweine, 8,2% Ziegen; 74,8% der Eisenerzförderung von 1913, 28,3% Steinkohlen, 75% Zinkerz, 25% Bleierz, 29% seiner Hochöfen, 45% der Roheisenerzeugung, 37,5% Rohstahl, 5% Kali-, 41% Erdölförderung sowie über 10% seiner wichtigsten, der Textil-Industrie. Die Bevölkerungszahl von 1919, die 60,025 Mill. betrug, ist seither durch natürliche Vermehrung auf 63,5 Mill. gewachsen und entspricht damit dem Stand von 1909. Aber die Zusammensetzung nach Altersklassen ist jetzt viel ungünstiger als damals. Die Zahl der Männer zwischen 20 und 45 Jahren ist um 13% heruntergegangen, während die Altersklasse von 45 bis 65 Jahren um 6% zugenommen hat, der Anteil der Kinder ist von 33 auf 18% der Bevölkerung gesunken. Zudem ist die Geburtenziffer, die 1920 da wieder eingesetzt hatte, wo sie 1914 abgebrochen war, seither rapide gefallen, und die Auswanderung nimmt erschreckend zu (1922: 36 000; 1923: 120 000). Die Ernährung und damit die körperliche Leistungsfähigkeit des Volkes ist 1923 ungleich dürftiger als 1913. Dem englischen „Economist", der sicher keine übertriebenen deutschen Zahlen bringt, entnehme ich die folgenden der von Dawes geführten interalliierten Sachverständigenkommission kürzlich zur Verfügung gestellten offiziellen Angaben (die den Verbrauch für Industriezwecke einschließen): Es betrug 1913 bzw. 1923 der Verbrauch pro Kopf im Deutschen Reich an Fleisch 43 bzw. 27 kg, Roggen 153 bzw. 92 kg, Weizen 96 bzw. 48 kg, Gerste 108 bzw. 30 kg, Kartoffeln 700 bzw. 573 kg.

Formal dreht sich der Nachkriegskampf im wesentlichen um die Auslegung des Versailler Diktates. Die Behauptung, Deutschland habe seit seinem Inkrafttreten noch so gut wie nichts getan, um seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, gehört zu den beliebtesten Waffen des französischen Angriffs. Lujo Brentano hat kürzlich

die bis zum 31. XII. 22 getätigten deutschen Leistungen in seiner Schrift: „Was Deutschland gezahlt hat" (Berlin 1923, W. de Gruyter & Co.) zusammengestellt. Sie betragen nach den offiziellen Angaben der Reparationskommissin 7,94 Milliarden Goldmark (!), nach den Berechnungen des französischen Nationalökonomen Charles Gide 14, nach denen des europäischen Korrespondenten der „New-York Times" Ch. S. Grasty 15,4, des amerikanischen Institut of Economics, Washington („Germanys Capacity to pay. A. Study of the Reparation problem". By H. G. Moulton and C. E. Mc Guire. 384 S. $2^1/_2$ $. Mc Graw-Hill Book Co. New-York) 25,8, nach den Feststellungen der deutschen Regierung 41,6 Milliarden Goldmark. Zu letzterer Zahl kommen noch 14,3 Milliarden Goldmark Leistungen, die nach dem Buchstaben des Vertrages nicht anrechnungsfähig sind. Der Gesamtbetrag macht also 55,9 Milliarden Goldmark aus, denen etwa 40 Milliarden französische und belgische Reparationsausgaben gegenüberstehen. Die gesamten deutschen Verpflichtungen sind auf der Londoner Konferenz vom Mai 1921 bekanntlich vorläufig auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das ist mehr als das $1^1/_2$ fache des gesamten Goldbestandes der Welt! Dabei hat sich das deutsche Nationalvermögen, das vor dem Kriege über 300 Milliarden betrug, auf 165, nach anderen Berechnungen gar 125 Milliarden Goldmark verringert. Und schon 1920 schätzte der Völkerbund das jährliche Einkommen der Deutschen auf 103 $ pro Kopf, der Franzosen auf 265 und der Engländer auf 435 $. In den oben mitgeteilten Endzahlen der deutschen Leistungen sind zudem die sogenannten Verdrängungsschäden nicht enthalten, d. h. alle die Nachteile, die uns aus dem Entzug der Nutzung unserer Kolonien, aus der Vertreibung unserer Kaufleute und unseres Kapitals von den Weltmärkten, aus der Unterdrückung der gegebenenfalls für Kriegszwecke nutzbaren Industrien, aus der erzwungenen Gleichstellung der Ausländer mit den Deutschen bezüglich der Abgaben im Nord-Ostseekanal, auf Rhein, Elbe und Oder und vor allem aus der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrgebiets erwachsen, und die bisher überhaupt noch niemand in einer Endzahl ausgedrückt hat.

Von den Landschaften des Grenzsaums selbst ist Elsaß-Lothringen die seit Jahrhunderten am meisten umstrittene. Äußerlich hat sich das Land, wie seine Abgeordneten in Kammer und Senat bezeugen, der französischen Republik vollkommen angeschlossen. Diese entstammen aber nur der schon vor 1870 französierten Oberschicht. 90% der Elsaß-Lothringer jedoch verstehen kein Französisch. Trotzdem ging der französische Nationalismus sofort daran, die deutsche Sprache aus Schule und öffentlichem Leben, aus Verwaltung und Rechtsprechung auszuschließen. Dieser Versuch, $1^1/_2$ Millionen Menschen über Nacht ihrer Muttersprache zu berauben, kann jedoch heute als gänzlich gescheitert betrachtet werden.

Das Beispiel Elsaß-Lothringens zeigt klar, worum es sich handelt: Frankreich führt einen Kampf um die Seelen der deutsch sprechenden Bevölkerung in den eroberten Provinzen und in den besetzten Gebieten (s. Heft 2 d. „Z. f. G" S. 104). Es setzt die altbewährten Mittel französischer Kulturpropaganda in Bewegung, es stellt, ohne mit Geld zu sparen, Zeitungen, Theater, Kinos, Flugschriften in den Dienst seiner Idee, es vertreibt die deutschen Führer, um mit den Massen leichtes Spiel zu haben, es setzt separatistische Bewegungen in Szene und hindert die empörte Bevölkerung daran, sich ihrer zu entledigen. Diese Versuche bald mit Zuckerbrot, bald mit Peitsche sind, ganz besonders seit der Sturz des Franken den Franzosen nicht mehr das Benehmen von Hochvalutariern gestattet, fast gänzlich fruchtlos gewesen. Das beweisen die 11 Monate Ruhrkampf, die entschlossene Auflehnung der Rheinländer gegen die separatistische Bewegung, der Verzweiflungskampf der Pfälzer gegen die Autonomisten und die Wahlen der Saarländer zum Landesrat, die allerdings nicht verhindern konnten, daß der Völkerbund im März d. J. das Unrecht der Besetzung des Saargebiets durch französische Truppen erneut um ein Jahr verlängert hat und die ganz einseitig der französischen Politik dienende Regierungskommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung belassen hat. Die Quelle, aus der die wehrlose deutsche Bevölkerung die Kraft zu diesem

seelischen Widerstand schöpft, ist einmal das Bewußtsein der großen Masse — sind doch gerade diese Kampfgebiete meist sehr dicht bevölkert —, anderseits das vaterländische Empfinden, das in den Befreiungskriegen, dem Einigungskriege, der Zeit des glänzenden nationalen Aufstiegs und dem Weltkrieg mächtig entwickelt worden ist, und schließlich die steigende Einsicht des bedrohten Volksganzen in Frankreichs Ziele.

Kann somit auch der große französische Kulturangriff als gescheitert angesehen werden, so sind die Wunden, die der französische Militarismus dem durch die Gebietsabtretungen schon ungemein geschwächten deutschen Staatsganzen in den besetzten Gebieten schlägt, trotzdem wirtschaftlich wie politisch furchtbar genug. Die Franzosen halten mit einigen Abteilungen ihrer Verbündeten (einschl. Saargebiet) 34600 qkm deutschen Bodens (= 7,3 % des jetzigen Reichsgebiets) mit 10,64 Millionen Bewohnern (= 17 %!) unter ihrem Zwang und entziehen dieses Gebiet in jeder wesentlichen, vor allem steuerlicher Hinsicht der Hoheit des Deutschen Reiches. Dabei erklären sie, daß die im Versailler Diktat vorgesehenen Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen haben. Sie bemühen sich, die wirtschaftlichen Kraftquellen dieses Raumes ihren eigenen Zwecken dienstbar zu machen oder, soweit das nicht möglich ist, ihre Nutzung in deutschem Interesse zu unterbinden, in der klaren Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Gesundung die unumgängliche Vorbedingung der politischen Wiedergeburt ist. Die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der besetzten Gebiete ist allein schon aus der Tatsache zu entnehmen, daß 1913 der Eisenbahn- und Binnenwasserverkehr des altbesetzten Gebietes 20,2 %, der des Ruhrgebietes 34,4 %, der des ganzen besetzten Gebietes also 54,6 % des Reichswertes (innerhalb der heutigen Grenzen) ausmachte. Von den 410 Milliarden t Steinkohlenvorrat, die das Deutsche Reich, immer innerhalb der jetzigen Grenzen, 1913 besaß, enthält das Ruhrgebiet 213,6, das Saargebiet 16,5, das übrige besetzte Gebiet 10,5, und von der Steinkohlenförderung, die 1913 154 Mill. t betrug, lieferte die Ruhr volle 110,4, die Saar und das übrige besetzte Land 20,2 Mill. t. Die Steinkohlenversorgung des unbesetzten Deutschland ist infolgedessen im Laufe der letzten 5 Jahre immer trostloser geworden. Rollte doch von September 1919 bis zum Ruhreinbruch Tag und Nacht ununterbrochen alle 14 bis 15 Minuten ein Kohlenzug über unsere Westgrenze, und von Januar bis November 1923 war durch die Ruhrbesetzung unsere Steinkohlenwirtschaft völlig ruiniert. Es betrug daher die Gesamtförderung 1923 nur 62,2 Mill. t, d. h. den $2^1/_2$ Teil von der des Jahres 1913 (immer innerhalb der jetzigen Grenzen). Die Folge war eine gewaltige Steinkohleneinfuhr aus Böhmen, Ostoberschlesien und England (23,5 Mill. t), die zwar den Verkehr im Hamburger Hafen auf 109 % des Vorkriegswertes anschwellen ließ, jedoch eine völlige Umstellung des deutschen Güterverkehrs aus der W-O- in die N-S-Richtung, mit kostspieligen, unproduktiven Neuanlagen, zur Folge hatte und unsere Handelsbilanz aufs ungünstigste beeinflußte, so daß es nur ein Zeichen der ungeheuerlich geschwächten Kaufkraft des deutschen Volkes ist, wenn dieselbe 1923 endlich, seit 1885 das erste Mal, wieder schwach positiv geworden ist. (Handelsbilanz 1923 nach Gegenwartspreisen: Ausfuhr 6079, Einfuhr 6081 Mill. G.-M., nach Vorkriegspreisen 1923: Ausfuhr 5351, Einfuhr 4825 Mill. G.-M.). Die Koksproduktion des besetzten Gebiets beträgt 90 % von der des Reiches, 78,2 % davon kommen allein auf das Ruhrgebiet. Für die Roheisenerzeugung sind die entsprechenden Zahlen 77 und 54 %. Dadurch, daß das besetzte Gebiet durch eine scharfe Zollgrenze vom unbesetzten Deutschland geschieden wurde, ist diesem die Rohstoff- und Urerzeugungsindustrie genommen. Die Folge war eine Zahl von 5 Mill. Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Im Januar d. J. lebten nach den Angaben des Reichsarbeitsministers Brauns 15 Mill. Menschen, d. h. ein Viertel der Reichsbevölkerung ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln. Ein Ausgleich des Reichshaushalts ist unter diesen Umständen trotz verzweifelter Anstrengungen nur in einzelnen Dekaden möglich; seit der Stabilisierung der Mark, 16. 11. 23, bis 20. 3. 24, hatte das Reich vielmehr immer noch einen Gesamtzuschußbedarf von 716,1 Mill. G.-M. Angesichts des katastrophalen Stein-

kohlenmangels erlangt die Ausnutzung der Wasserkraft immer erhöhte Bedeutung, und so verdient die erfreuliche Tatsache Betonung, daß am 26. Jan. d. J. das größte Wasserkraftwerk Mitteleuropas, das 168000 P.S. liefernde Walchenseewerk in Betrieb genommen ist, das unter Vermittlung des Hochspannungsnetzes des Bayernwerkes bis weit nach Franken hinein Kraft und Licht spendet, daß im Sommer dieses Jahres auch das Großkraftwerk an der mittleren Isar fertiggestellt sein wird, so daß dann das ganze rechtsrheinische Bayern der Einfuhr ausländischer Kohle nicht mehr bedarf, und daß ebenso die Diemeltalsperre (unfern Warburg an der Bahn Kassel-Köln) ihrer Vollendung entgegengeht. Das Deutsche Reich hatte jedoch schon vor Inbetriebnahme dieser Anlagen seine verhältnismäßig bescheidenen Wasserkräfte stärker als jeder andere Staat der Erde, nämlich zu 50%, ausgenutzt und wird nie in der Lage sein, seinen Kraftbedarf lediglich aus eigener Wasserenergie zu decken. — Die Abschnürung des besetzten Gebietes hat die Kaufkraft des unbesetzten Deutschland ungemein geschwächt, und das hatte genau wie in Rußland (siehe 1. Heft, S. 49) ein Fallen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und damit eine Agrarkrise zur Folge. Diese ist darin ausgedrückt, daß im Januar d. J. Superphosphat 184%, landwirtschaftliche Maschinen 164%, Kalisalz 105%, Kartoffeln dagegen 96%, Roggen 89% und Mastochsen 73% des Vorkriegspreises kosteten.

Frankreich, das durch die geschilderte Kulturoffensive nichts erreicht hat, ist in seiner wirtschaftspolitischen Offensive zu äußerlich glänzenden Erfolgen gekommen. Es besaß schon nach dem Versailler Frieden die Hälfte der Eisenerzlager sowie je ein Drittel der Hochöfen und Kohlenlager des europäischen Festlandes. Nach dem Ruhreinbruch beherrscht es $^3/_5$ der Hochöfen und gar $^7/_{10}$ der Kohlenvorräte. Durch die Micumverträge erpreßte es allein im Januar d. J. der Ruhrindustrie 120 Mill. G.-M. Aber soweit es diese gewaltigen wirtschaftlichen Kraftquellen in eigener Regie verwaltet, hat es nicht verstanden, sie genügend zu nutzen. Obwohl seine Eisenerzvorräte etwa um 30% größer sind als die des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit, förderte es 1923 doch nur 23 Mill. t Eisenerz, gegenüber den 28,6 Mill. t deutscher Förderung des Jahres 1913, und die Roheisenerzeugung belief sich sogar nur auf 5,1 Mill. t gegenüber 16,7 Mill. t Deutschlands 1913, die Stahlerzeugung auf 4,9 gegenüber 19,0 Mill. t. Die Steinkohlenproduktion erreichte zwar 38,6 Mill. t, trotzdem mußten noch 26,3 Mill. t eingeführt werden. So erklärt es sich, daß die französische Handelsbilanz stark passiv ist. Die Regierung gibt eine Passivität von 2,2 Milliarden Fr. zu. Dr. J. Pfitzner hat jedoch kürzlich nachgewiesen, daß das Defizit $9^1/_2$ Milliarden beträgt. Von einer aktiven Zahlungsbilanz kann infolgedessen keine Rede sein. Das verhindern schon die immer erneuten Rüstungskredite, die Frankreich zur Knebelung des Deutschen Reiches, zur Bindung Ungarns und Italiens seinen Vasallen in Mittel- und Südosteuropa gewährt. Der Gesamtbetrag der französischen Darlehen an andere Staaten betrug am 15. 11. v. J. 15,4 Milliarden Fr. „Frankreich, das nicht einmal seine Schulden an England und die Vereinigten Staaten von Amerika bezahlen kann, hat Geld genug, europäische Nationen mit den Waffen der Zerstörung auszurüsten, um ihre Nachbarn einzuschüchtern und auf Befehl zu zerfleischen. Es kann nicht einmal die Zinsen seiner Schulden bezahlen. Dies bleibt den überbürdeten Steuerzahlern in England und Amerika überlassen, während zu gleicher Zeit Frankreich seine Hilfsquellen benutzt, um aus Europa ein Militärlager zu machen.“ (Lloyd George! 1923.) Das Ergebnis dieses Gebahrens ist die Frankenbaisse, die am 12. 3. d. Js. mit 120 Fr. für 1 Pfd. Sterling bisher ihr höchstes Maß erreichte. Dagegen hat es Frankreich verstanden, im Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete Ansehnliches zu leisten. Von 741000 zerstörten Wohnhäusern sind 598000, von 22900 Fabrikanlagen mehr als 20000 wiederhergestellt, von den verwüsteten 3 Mill. ha Ackerland 88% wieder unter den Pflug genommen. — Nach allem dürfte Frankreichs Plan einer wirtschaftlichen Hegemonie in Europa kaum Aussicht auf Erfolg haben. Wegen seiner exzentrischen Lage ist ihm das Verständnis für paneuropäische Wirtschaftsprobleme fremd, die enge Fühlung mit einer größeren Zahl europäischer

Staaten unmöglich. Die agrarisch eingestellte Bevölkerung besitzt nicht die wirtschaftlichen Instinkte und Fähigkeiten zur Lösung der komplizierten Aufgaben in Industrie-Europa, ihr kleinbürgerlicher Rentnerstandpunkt eignet sich nicht zur Inangriffnahme der brennenden sozialen Probleme, und alle Verkehrsfragen würde sie nur im Sinne ihrer militärischen Hegemoniebestrebungen anfassen. — Drohender erscheint der Gedanke eines schwarz-weißen Frankreich. Nachdem Frankreich im Weltkrieg gleich England die Sache des Europäertums dadurch verraten hat, daß es den Krieg in die afrikanischen Kolonien trug und Farbige gegen die deutschen Linien der West- und Südfront hetzte, ist es nur noch ein Schritt weiter, den Plan einer zivilisatorischen, kulturellen und rassischen Verschmelzung Westafrikas mit Frankreich zu verfolgen. „Man kann unserer Schuljugend nicht oft genug wiederholen", sagt das Journal des Débats, „daß die Landkarte von Frankreich sich geändert hat. Sie erstreckt sich jetzt vom Rhein bis zur Sahara, mit einem großen See in der Mitte, genannt Mittelmeer" (vgl. Berichterstattung in Heft 2, S. 113f). Verlockend erscheint der Gedanke eines schwarz-weißen Frankreich vor allem angesichts der Stagnation der Zahl der weißen Franzosen (1922 Geburtenziffer 19,4, Deutsches Reich 24,9; Sterbeziffer 17,6 bezw. 15,2).

Der erbitterte Nachkriegskampf zwischen Franzosentum und Deutschtum zieht naturgemäß die nächstliegenden Nachbarstaaten, die Schweiz und Belgien, — von dem Frankreich ohnmächtig ausgelieferten Luxemburg gar nicht zu reden — in Mitleidenschaft. Die Schweiz ficht in der Genfer Zonenfrage einen vom Volk mit Zähigkeit, von der Regierung nicht immer mit Festigkeit geführten Kampf mit dem Frankreich Poincarés aus. Die exponierte Lage der vom französischen Gebiet eng umschlossenen Stadt Genf hat dazu geführt, daß Frankreich sich 1815 und 1860 verpflichtet hatte, die unmittelbare Umgebung, die zum Wirtschaftsbereich der Stadt gehört, von seinem Zollsystem auszunehmen. 1919 verlangte Frankreich plötzlich eine Abänderung dieses Freizonenvertrages. Am 7. 8. 1921 wurde ein neues Abkommen von der Schweizer Regierung unter dem üblichen Vorbehalt der Ratifikation angenommen. In der Volksabstimmung vom 18. 2. 23 wurde dieses von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (414 305 gegen 93 892 Stimmen) verworfen. Trotzdem verlegte Poincaré seine Zollgrenze am 10. 11. 23 an die politische Grenze vor. Nunmehr bemüht sich die Schweiz, die Angelegenheit durch ein Schiedsgericht zu regeln, wobei Frankreich wieder die größten Schwierigkeiten macht. Stark beunruhigt ist die Schweiz auch durch Frankreichs elsässische Wasserstraßenpläne, bei deren Verwirklichung dem Rhein dicht unterhalb Basel große Wassermengen entzogen und die neutrale Schiffahrt auf dem Strom stark behindert würde. Infolge der Zerstörung der europäischen Wirtschaft ist die Industrialisierung der Schweiz völlig zum Stillstand gekommen; 1911 zählte man 7905 arbeitende Fabrikbetriebe, 1923 7871. Die Ausfuhr 1923 betrug nur 70 % des Wertes von 1913.

In Belgien wird das öffentliche Leben seit Kriegsende völlig von der Flamenfrage beherrscht. Obwohl die germanischen Flamen mit 3,2 Mill. gegenüber den 2,8 Mill. Wallonen in der Mehrzahl sind, war das Französische bislang die alleinige Amtssprache, und der französische Einfluß überwiegt wie in keinem zweiten Staate. Höhepunkte des Kampfes waren in den letzten Jahren der Streit um die Einrichtung einer flämischen Abteilung an der Universität Gent, um die Amtssprache der belgischen Verwaltung in Flandern, um die Schaffung getrennter wallonischer und flämischer Heereskontingente und um das Wirtschaftsabkommen mit Frankreich. Letzteres führte am 27. 2. d. Js. zum Sturz des zweiten Kabinetts Theunis. Es folgte jedoch am 6. 3. ein noch franzosenfreundlicher zusammengesetztes drittes Ministerium unter Theunis (vergl. Jules Destrée, Wallons et Flamands. La querelle linguitique en Belgique. Paris, Plon 1923).

KARL HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDOPAZIFISCHEN WELT.

Nachdem die wichtigsten latenten Spannungen und inneren Probleme in der ersten und zweiten erörtert worden sind, kann sich diese dritte Berichterstattung mit den aktuellen Randfragen des indo-pazifischen Kreises befassen. Solche sind: Von Nordwesten hereingetragen, die Auswirkung der abrupten Abschaffung des Kalifats durch die Angora-Türkei und seiner lokalen Wiederaufnahme in Arabien durch den Hedjas-König Hussein, den Machthaber über die heiligen Stätten des Islams. Die plötzliche Stellung vor eine vollzogene Tatsache hat in den indopazifischen Raum hinein zunächst verärgernd und verblüffend gewirkt und ein halbes Schutzversprechen zugunsten des landflüchtigen Kalifen durch den muhammedanischen Präsidenten der indischen Nationalversammlung hervorgelockt. Die Frage wird weiterhin die 80 Millionen indischer Mohammedaner in Aufregung versetzen und so den labilen Zustand Indiens, namentlich des Pendjab steigern, wo man für die Machtseite der Kalifatsfrage besonders empfindlich ist, schon wegen der Islam-Erinnerungen, die mit der einstigen Machthöhe von Delhi verknüpft sind.

Weiter im Norden hat Sowjetrußland die letzte Folge aus dem Verdrängen Japans vom sibirischen Festland gezogen, seine Vertreter von Wladiwostok fortgenötigt, seine eurasische Postverbindung durch Sibirien unterbrochen und überhaupt unfreundliche Saiten aufgezogen, nachdem die lange betriebene Verständigung nach mühsamem Hin- und Herziehen einstweilen aussichtslos scheint.

Auf Schwierigkeiten stieß auch die chinesisch-russische Flurbereinigung in den nordwestlichen chinesischen Außenländern. Wie eine gute ostasiatische Karikatur richtig schildert, fragt der auf der wiedergewonnenen ostchinesischen Bahn sitzende chinesische Unterhändler vorwurfsvoll: „Aber was macht mein mongolisches Kamel?" während dieses unter einem vergnügt lächelnden Sowjetreiter betrübt und ratlos im Hintergrund steht. Aus einer anderen, der westlichen Grenzmark, Szetschwan, hat der langjährige Reisegefährte von Legendre dort, Leutnant Jean Dessirier seine Eindrücke unter dem Titel veröffentlicht: „A travers les marches révoltées" (Paris 1923), was auch nicht gerade beruhigend klingt. England und Frankreich entfalten einen — nicht rein wissenschaftlichen! — Wettbewerb um die geopolitische Erkenntnis des chinesischen Wilden Westens.

Indopazifische Randsorgen des britischen Weltreiches könnte man auch die vielen kleinen Spannungen zusammenfassend nennen, aus denen immer zuweilen Funken springen, die, rechtzeitig gelöscht, ohne Schaden verpuffen, aber unbeachtet Brände stiften können. Dazu gehört die aus einer unausgleichbaren Dissonanz entspringende Zwitterlage, in die der hochgebildete Inder von guter Abkunft in jedem imperialistischen Rassenmilieu außerhalb seines Heimat-Erdteils sofort gerät, sofern er sich nicht absolut auf den Boden der Gleichberechtigung seiner Kultur, damit aber auch den der Swaraj-Forderung stellt, und damit notwendig zu einer Rebellenhaltung genötigt wird. Diese Tragödie des hochstehenden Inders, z. T. auch damit seine eigene (obwohl er selbst durch seinen allmählich erworbenen Weltruf schon jenseits von Rassenvorurteilen steht), behandelt R. Tagore in seinem neuesten Buch „Gora", das wegen seines selbstkritischen Eindringens in die indische Soziologie von heute, trotz seines belletristischen Grundzugs, auch als geopolitisches Dokument hier Erwähnung verdient. Der Deus ex machina, den Tagore schließlich konstruiert, löst wenig überzeugend einen Konflikt, den er besser erschaffen, als aus der Welt schaffen konnte. Die bevorstehende Kolonialausstellung in London, deren indische Teile bereits weit fortgeschritten sind, wird gerade für den gebildeten Inder sehr lehrreich sein, aber auch seine Gefühle und seine Nerven stark auf die Probe stellen, besonders bei Massenzustrom aus Jung-Australien und Süd-Afrika.

Zu den heiklen Rand-Fragen gehört auch das Verhältnis zwischen Indien und der Kenya-

Kolonie (Britisch-Ostafrika), sowie zwischen Indien und Natal, denn dort züngelt das Rassenfeuer schon längere Zeit hin und her und hat in den letzten Jahren bedrohlichen Umfang angenommen. Die ersten Inder kamen schon 1860 nach Natal, damals als gerufene und willkommene Retter der aus Mangel an farbigen Arbeitern zugrunde gehenden Kolonie, ähnlich wie die Japaner etwas später nach Hawaii. Drei Geschlechter sind also z. Teil dort geboren. Trotzdem wurden sie zu Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Streitruf nach einem „Weißen Natal“ zuerst des Staatswahlrechts, später des Gemeindewahlrechts beraubt. Obwohl sie im Kampf um die Wiedererlangung ihrer Bürgerrechte von keinem Geringeren als Gandhi geführt wurden, ist dieser Kampf bisher vergeblich geblieben. Seit 1913 ist nun allerdings Südafrika für die indische Neu-Zuwanderung so gut wie gesperrt, aber es bleiben doch die Altansässigen. Glaubt man im Ernst, ein autonomes Indien als Dominion im Weltreich werde sich diese Rassenbenachteiligung gefallen lassen, ohne seinerseits Repressalien zu versuchen? Es werde z. B. eine Grundbesitzkontingentierung von der Art der Class Areas Bill ertragen, die eine moderne Ghetto-Bildung durch Lokalbehörden ermöglicht, und von der die südafrikanischen Inder genau wissen, gegen wen sie sich wenden würde, ohne seinerseits Rache z. B. an den Erholungsstätten der Anglo-Indier in Darjeeling, Simla, Mount Abu oder Otacamund zu nehmen?

Das Britische Reich möchte aus dem Sudan eine Baumwollen-Reserve machen; und trotz kleiner Schwierigkeiten wegen unangemessener Gewinne des dort tätigen Syndikats läßt sich die Sache gut an. Aber wird man auf die Dauer der fleißigen Hände sicher sein, die man zur Baumwollernte braucht (wie auch im tropischen Queensland), wenn man die dunklen Rassen vergrämt, und wenn indische Vermittler dafür sorgen, daß die unumgänglich nötigen Helfer mit der stärker pigmentierten Haut auch dieses Problem „im dunklen Lichte“, also farbig, sehen lernen? Ende Januar hat General Smuts, der südafrikanische Premier, die etwas gewagte Behauptung aufgestellt, der einzig glückliche Mensch in Afrika sei der Schwarze! Die Weißen seien durchwegs unglücklich, entweder gejagt von Sucht nach Gewinn, oder vom Streben nach Selbstverbesserung, immer irgendwie vom göttlichen Mißfallen, oder wie man es nennen wolle, verfolgt. Da hätten es die Schwarzen in ihrer Harmlosigkeit doch besser! Leider sehen es die dunklen Rassen nicht so, gerade weil sie, wie Smuts meint, mehr natürliches Talent für Glücksgefühl und Lebensfreude hätten, wie übrigens auch die Rassen des indopazifischen Kreises. Trotz dieser Einschränkung ist diese Rede von Smuts in Kapstadt an die Missionäre ein aufschlußreiches Beweisstück für die Schwierigkeiten des Rassenausgleichs in einem Weltreich. Beachtenswert ist auch sein Hinweis auf die Notwendigkeit einer gründlicheren naturwissenschaftlichen und medizinischen Schulung der Missionäre als Vorbedingung für eine bessere hygienische Erziehung der Eingeborenen.

So spielen auch in den am wenigsten expansiven Raum der Erde, den indopazifischen, die Randfragen immer wesentlicher hinein. Auch hat seine Handelsbilanz seit dem Kriegsbeginn zunehmend an Selbstgenügsamkeit verloren, und dieser Verlust machte sich in Kultur-, Macht- und Wirtschafts-Geographie gleichmäßig geltend. Wenn der schmale Landrest der Angora-Türkei unter der Last des Kalifats überlastig wurde, die nur ein Reich tragen kann, wie das alttürkische, nicht der jetzige kleine Nationalstaat, der sie deshalb abschüttelte, so hätte auch diese Rückwirkung auf eine im indo-pazifischen Kreis mit ihren größten Bekennerzahlen verbreitete Weltanschauung noch vor einem Menschenalter nicht so tiefe Wellen vom Rande hereinschlagen können, wie heute. Im Islam steckt aber auch ein den modernsten Richtungen der Sowjet-Institute kongeniales, besitzaufhebendes Element, und dessen Ausstrahlungen werden dem indopazifischen Raum nicht so leicht fern zu halten sein, wie die Wirkungen des derzeitigen Niederbruchs des türkischen Kalifen.

Wohltätig wirkt es, wenn in solchen Zeiten der Wirren über ein davon besonders stark erfülltes Stück Welt das zuversichtlich fröhliche Buch eines Optimisten erscheint, wie über China das des alten Kenners Williams („China yesterday and to-day“, London 1924), in dem sein Verfasser seinen

Glauben an die unverwüstliche Zukunft des Landes verkündet, das er selbst so lang durchwandert und erforscht hat, und neue beachtenswerte Züge zur Erkenntnis seines Volkscharakters beiträgt, vor allem zu seiner unzerstörbaren Autoritäts-Auffassung.

Gewissermaßen erfreulich ist auch, wenn ein so weiter Teil unseres Beobachtungsgebietes, wie Indochina, allerdings unter einem reinen Ausbeutungs-Kolonialsystem, doch im allgemeinen dank der darin garantierten Ordnung, durch den verschwenderischen Reichtum seiner Natur dauernd zu den gesegneten Überschuß- und Überfluß-Gebieten der Erde gehört. Freilich dient es nur einem einzigen Herrenvolk in völliger Ausschließlichkeit, von einem Vorzugstarif umgeben, in einer typischen Monokultur-Ausbeutung, die ein Zerrbild von dem ist, was der Völkerbund an anderen Stellen fordert, wenn nämlich von der „Mandatsausübung zum Wohl der Einwohner und der Menschheit" in schönen Worten die Rede ist. Solche Redewendungen werden vor allem von den Vereinigten Staaten aus in fortwährender schulmeisterlicher Widerholung auf das ehemals deutsche Südseereich unter dem Mandat der Japaner angewendet, während man den Australiern gegenüber von derartigen Ratschlägen schonend absieht.

Eine wichtige innere Frage des indopazifischen Raums wird angeschnitten durch die gute Arbeit eines Inders: B. K. Ambedkar: „The problem of the Rupee", London 1923. China und Indien sind ja noch von dem Schwanken des Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber abhängig, obwohl beide seit Jahrtausenden eine rührende Tendenz zur Schatzanhäufung (Thesaurierung) haben, trotzdem so Vieles an ihnen raubt und saugt. Aber das Bewußtsein, daß diese Golddrainage-Tätigkeit der übrigen Welt nicht auf unabsehbare Zeit weiter dauern dürfe, ist dort nun wach geworden; und damit von den Randfragen zu den innersten übergehend, haben wir noch den Weiterverlauf der Swaraj-Bewegung seit dem letzten Bericht zu verzeichnen.

Der Ausgangspunkt des entscheidenden Vorgangs der Niederlage der indischen Regierung durch 76 Stimmen gegen 48 im Rumpfparlament in Delhi war ein Antrag des gemäßigten Abgeordneten Rangachariar, der zu einer Revision der Government of India Act aufforderte (obwohl ihre Veränderung vorläufig verboten sein sollte), um für Indien den vollen Selbstregierungs-Zustand einer Dominion im Reich und volle provinziale Autonomie zu sichern. Ihre ganze Schärfe erhielt diese Forderung aber erst durch den Zusatz Motilal Nehrus, des Führers der Swaraj-Partei im Parlament, daß erstens die Revision eine voll verantwortliche Regierung herbeizuführen habe, zweitens eine freie Konferenz den Konstitutionsentwurf unter Garantie der Minderheitsrechte schaffen müsse, drittens die gegenwärtige Versammlung aufzulösen sei. Der Entwurf sei zugleich einer neuen indischen gesetzgebenden Versammlung zur Genehmigung und dem Reichsparlament zur Registrierung vorzulegen,

All das klingt an sich maßvoll, und die Verhandlungen vollzogen sich auch in ganz guten parlamentarischen Formen, wie auch noch zuguterletzt am 10. März 1924 die Ablehnung des Budgets durch die Swaraj-Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen. Tatsächlich aber bedeutet es den Beginn einer neuen Ordnung der indischen Staatsform, mit bemerkenswert geschickter Handhabung der einmal gegebenen Formen eingeführt, und mit einem noch kaum abschätzbaren Erfolg der auf völlige Selbstbestimmung lossteuernden Kräfte verknüpft. Nun kommt alles darauf an, ob diese Kräfte einig bleiben werden, ob sie einig bleiben können! Sicher war es ein geschickter Zug, einen Moslim zum Präsidenten des so wichtigen vorbereitenden Halbwahlkörpers zu machen; sicher wollen die Hinduführer, vor allem Gandhi, an der Einheitslinie festhalten. Aber mit Recht sagt der „Economist" mit scharfem Witz: Nationalismus und Theokratie seien beides eifersüchtige Götter! Und beide sind im hohem Grad im Spiel. Auch die Randfrage des vielleicht nach Indien flüchtenden Kalifats und eines einzuberufenden allgemein-mohammedanischen Religionskongresses zur Entscheidung über das weitere Schicksal des Kalifats wird diese beiden eifersüchtigen Götter nicht in gleicher Weise und voraussichtlich gegeneinander erregen. Andererseits aber erkennen Einsichtige im Britischen

Reich, die ihre amerikanische Lehre von 1775 nicht vergessen haben, daß die bisher erfolgreiche Divide et impera-Politik zwischen den hadernden Religionen, Rassen und Klassen für den indischen Lebensraum zwar noch zerstörend wirken, aber keine zu positivem Aufbau tauglichen, geopolitisch fruchtbaren Motive mehr liefern, höchstens zu einem Fortwursteln auf nahe Sicht führen kann.

Dagegen aber wehrt sich — und das wird noch ein stolzes Ehrenzeichen für sie sein, wenn einst der letzte Vertreter des „British raj" von dannen fuhr-keine Kraft nachdrücklicher als die ausgezeichnete geopolitische Einsicht gerade des anglo-indischen Beamtenkörpers, eine der für ihre Aufgabe am vollendetsten ausgebildeten Zweckformen der Erde, die vollwertig zu ersetzen, für Indien einstweilen nach seinem eigenen Geständnis unmöglich ist.

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT.

Eine auf den wirtschaftlichen Grundlagen der Länder sich aufbauende geopolitische Übersicht für das verflossene Jahr 1923 ergibt im allgemeinen ein günstiges Bild für den inneren Zustand der einzelnen Staaten. Und besonders günstig erscheint das Bild, wenn man es etwa in Vergleich setzt mit den entsprechenden Zuständen und den wirtschaftlichen Prozessen in der Alten Welt. Schon Canada kann hierfür als Beispiel dienen, trotzdem es nicht Schauplatz eines so riesigen Aufschwunges in wirtschaftlicher und damit auch in politischer Beziehung gewesen ist, wie sein Nachbarstaat. Das Land brachte 1923 Ernten hervor an den wichtigen landwirtschaftlichen Nutz- und Nahrungspflanzen, die alles bis dahin Gesehene in den Schatten stellten. Wenn dennoch die Stellung der Farmer zu wünschen übrig ließ, so waren daran die niedrigen Preise schuld, die für die Produkte erzielt wurden. Nicht geringer war der Aufschwung bei der Ausbeutung bergbaulicher Produkte, z. B. in Nord-Ontario. In Zusammenhang mit dieser Zunahme der Ausbeutung wirtschaftlich wertvoller Quellen stehen neuerdings Projekte, die inneren Teile des Landes an den großen internationalen Überseeverkehr unmittelbar anzuschließen. Sind sie auch schon älteren Datums, so scheint man doch jetzt ernsthafter an ihre Verwirklichung herangehen zu wollen. Die Natur des Landes bedingt ohne weiteres, daß nur ein Weg hierfür in Frage kommt, der St. Lorenz Strom. Heute ist es bereits möglich, vom Ozean aus bis zu den großen Seen zu gelangen, aber es sind doch immer nur Schiffe geringeren Tiefganges und geringerer Ladungsfähigkeit, die diesen Weg passieren können, wobei sie zum Teil auf veraltete, Stromhindernisse umgehende Kanäle angewiesen sind. Die unmittelbare Nachbarschaft zweier Staaten an dem Strom setzte von vornherein voraus, daß die in Frage kommenden Projekte nur durch gegenseitiges Zusammenarbeiten erfolgreich gefördert werden können. Es entsprach daher denn auch der ganzen Sachlage, wenn vor zwei Jahren Präsident Harding an die canadische Regierung herantrat und mit ihr über einen direkten Vertrag zur Lösung der Frage Fühlung nahm oder den Wunsch äußerte, eine Kommission zur Ausarbeitung dieser Pläne einzusetzen. Canada aber lehnte damals ab, wohl in der nicht ganz unbegründeten Besorgnis, daß die Union bei der Schiffbarmachung des St. Lorenzstromes im Vorteil sein würde. Sind doch die heute wirtschaftlich wichtigsten Gebiete, die volkreichsten Städte und die verkehrswichtigsten Häfen an den



großen Seen auf vereinsstaatlichen Gebieten gelegen. In Canada sind aber jetzt Stimmen für und gegen die beabsichtigte Lösung der Frage laut geworden. Toronto und die Provinz Ontario begünstigen die Pläne, ebenso möchten sie die dem Atlantischen Ozean benachbarten Provinzen, sowie die reichen Ackerbaustaaten der Präriegebiete verwirklicht sehen, während Montreal sich dem energisch widersetzt. Aber auch in den Ver. Staaten ist nur der unmittelbar durch seine Lage in das Stromsystem des St. Lorenzstromes einbezogene Teil für die Schiffbarmachung eingenommen. Hier haben 18 Staaten zugestimmt, die etwa 40% der Bevölkerung derselben und 77% der weizenbauenden Bewohnerschaft darstellen. Eine heftige Opposition dagegen bereiten die großen atlantischen Häfen New York, Baltimore und Philadelphia, die dadurch ganz wie Montreal eine Schwächung ihres Warenumsatzes und ihrer verkehrsgeographischen Bedeutung befürchten.

Unter den Beziehungen Canadas zu den außeramerikanischen Gebieten sind die australischen seit einiger Zeit mehr in den Vordergrund getreten. Daß sie in absehbarer Zeit wirklich zu einer regeren Verbindung beider Länder von geopolitischer Tragweite führen werden, erscheint so lange nicht möglich, als die Hauptproduktion im allgemeinen in beiden Ländern die gleiche bleibt. Denn auch in Australien stehen Landwirtschaft und Bergbau wie in Canada im Vordergrund, und hier wie dort steckt die Entwicklung einer die Bedürfnisse beider Staaten befriedigende Industrie noch in den Anfängen. In nennenswertem Umfange führte Canada solche Güter ein, die auch Australien zu liefern imstande wäre, und zwar bisher aus den Ver. Staaten. Es sind das Rohbaumwolle, getrocknete Früchte und Rohwolle; dabei ist zu bemerken, das letztere zum großen Teil schon australischer Herkunft war und erst über die Union nach Canada gelangte. Es handelt sich dabei um beachtenswerte Beträge (1923 Rohbaumwolle 31 Mill. Doll., getrocknete Früchte über 5 Mill. Doll. und Rohwolle ca. 5 Mill. Doll.).

Die Einwanderung nach Canada belief sich von Januar bis November 1923 auf 118091 Personen, was der doppelten Zahl des Jahres 1922 entspricht. Aber die Zahl reicht nicht dazu aus, um die Lücken zu füllen, die durch eine gesteigerte Auswanderung nach der Union und zwar insbesondere nach den drei pazifischen Staaten Washington, Oregon und Californien entstanden waren. Die Zeitung: „Montreol-Star" berichtete kürzlich, daß seit Weihnachten etwa 250 Canadier um Einwanderung in die Union über Detroit nachgesucht hätten, von denen sicherlich die Hälfte nach den pazifischen Staaten sich begeben hätten. In britischen Kreisen sieht man dieser Bewegung mit Besorgnis für die Zukunft entgegen, denn man möchte nicht in Canada ein „Sieb" haben, durch das die britischen Einwanderer in die Union durchschlüpfen. (Economist, Band 98, Seite 289.)

In den Ver. Staaten war das Jahr 1923 in wirtschaftlicher Hinsicht ein ausgezeichnetes. Produktion und Handel hielten sich immer auf einer günstigen Höhe und trugen damit zum allgemeinen Wohlstand im Innern des Landes wie auch zur Stärkung seiner politischen Stellung gegenüber der anderen Welt bei. Von den Industrien, die in der Natur des Landes begründet sind, zeigt wohl den größten Aufschwung die Ölindustrie, deren vorläufig geschätzte Förderung für 1923 sich auf ungefähr 151 000 500 t beläuft. Während sonst das normale jährliche Wachstum der Ölproduktion auf der Welt 10% beträgt, erreichte es im letzten Jahre allein eine Zunahme von 18% über die Menge des Jahres von 1922. Diese Zunahme ist ausschließlich durch die Ver. Staaten hervorgerufen worden, die allein 1923 33,6% mehr Öl förderten als 1922, eine Zunahme, die bisher beispiellos dasteht. Dadurch besitzen die Ver. Staaten heute einen Anteil von 73% an der gesamten Weltproduktion, während dieser in der Zeitperiode von 1857—1922 62,2% betrug. Dieses Anwachsen der Förderung hängt damit zusammen, daß die ergiebigsten Ölfelder der Union gerade im vergangenen Jahre den höchsten Stand ihrer Ausbeute erreicht hatten. Das zeigt der sehr interessante Vergleich, daß im Oktober 1923 3800 Ölbrunnen auf einigen Feldern ungefähr 12 000 000 Barrels täglich lieferten, während noch ein Jahr zuvor 30 000 Brunnen nötig waren, um die gleiche Menge zu liefern. Das Maximum an Förderleistung während einer Woche im Jahre 1923 waren 228000 Barrels. Dem Anschein nach ist in vielen Ölfeldern

der Höhepunkt überschritten worden. Namentlich seit November sank die Produktion um ca. 16%, wobei hauptsächlich Californien und Texas in Frage kamen. Diese Zustände haben zu einem Anziehen der Ölpreise geführt.

In seiner landwirtschaftlichen Produktion wird Nordamerika bei seiner Ausfuhr bereits von Argentinien überflügelt, und es ist zu beachten, daß nicht mehr Chicago, sondern Buenos Aires das Handelszentrum für Mais in der Welt geworden ist. Dies stellt eine der wichtigsten Tatsachen in der Weltgetreideproduktion dar, der eine geopolitische Bedeutung nicht abzusprechen ist.

Die Vereinigten Staaten sind jetzt in direkte Verhandlungen mit sämtlichen Handelsvertretern von Mexiko, Mittel- und Südamerika in Washington eingetreten, wo Pläne für den Ausbau des Handels mit Latein-Amerika ausgearbeitet werden sollen. Hoover hat diese Zusammenkunft vorbereitet und sucht sie eifrig zu fördern. Dieser Eifer der Union erklärt sich aus der wachsenden Beunruhigung nordamerikanischer Exportkreise über die ständige Zunahme der Einfuhr europäischer Waren nach Südamerika. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Verstärkung des Personals der nordamerikanischen Handelsvertretungen in den latein-amerikanischen Ländern und die Einrichtung von neuen Handelsbüros mit zahlreichen Sachverständigen.

Die Unruhe der Nordamerikaner vor Schwächung ihrer Vormachtstellung in Süd- und Mittelamerika ist begreiflich, obwohl sie keineswegs sehr dringend ist, denn sie haben gegenüber ihren beiden Hauptkonkurrenten Deutschland und England immer noch ihre Vormachtstellung behauptet. Das beweist die amerikanische Statistik, die in den ersten 7 Monaten von 1923 eine Zunahme der Einfuhr nach Südamerika um 21% verzeichnete.

Eine Jahresübersicht über die Verhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten zeigt gegenüber den nordamerikanischen größere Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Am ungünstigsten hat sich die Lage in Mexiko gestaltet, dessen Wirtschaft durch die Revolution auf das schwerste geschädigt worden ist und infolge zahlreicher Streiks stark geschwächt war. Die endgültige Klärung der Lage ist bisher noch nicht erfolgt, obwohl die Rebellen entscheidend geschlagen worden sind. Trotzdem wird aber eine Gesundung des Landes fürs erste nicht zu erwarten sein. Am schwersten hat die Petroleumindustrie gelitten, die einen Rückgang von 1922 auf 1923 um 18% der Förderleistung aufzuweisen hat. Die Produktion belief sich im November 1923 auf zirka 8 Millionen Faß.

In den mittelamerikanischen und westindischen Ländern waren Schwankungen in den inneren Verhältnissen und in den Handelsbeziehungen zum Auslande in dem vergangenen Jahre häufig zu verzeichnen. Verhältnismäßig vorteilhaft stand Costa Rica da, ebenso auch Cuba, dessen Zuckerindustrie den Rückschlag von 1922 überwand und eine Ernte von etwa 3,5 Millionen Tonnen erzielte. Nach wie vor ist der Einfluß der Union auf dieser Insel stark, sie ist ein wesentliches Glied in der vereinsstaatlichen Politik im amerikanischen Mittelmeer vermöge ihrer Lage zwischen den Vereinigten Staaten und dem Panamakanal. Vier Fünftel der gesamten Ausfuhr der Insel geht nach den Vereinigten Staaten und zwei Drittel ihrer Einfuhr liefert die Union. — Auch El Salvador und Guatemala zeigen einen Aufschwung ihres Handels, desgleichen Haiti, nachdem seine in völlige Unordnung geratene Wirtschaft durch fremde Kontrolle beaufsichtigt wird. In Honduras haben politische Ereignisse Unruhe in das Land gebracht, so daß einige wichtige industrielle Unternehmungen ihren Sitz außer Landes verlegten. Die Silberminen des Landes waren infolge niedriger Preise nicht mehr konkurrenzfähig und wurden daher zum Teil aufgegeben. Naturereignisse wie Hurricanes schädigten die Bananenpflanzungen. — Ebensowenig befriedigend waren die Handelsverhältnisse in Nicaragua. Dagegen stellte sich Panama vorteilhaft dar. Der Kanal hat im vergangenen Jahre einen bedeutsamen Aufschwung genommen und zeigt damit immer deutlicher, welche wichtige verkehrsgeographische Bedeutung er besitzt. Die Gesamttonnage, die ihn passierte, wuchs 1923 von 11417459 Tonnen auf 18605786 Tonnen. Von dieser Summe entfielen auf die Vereinigten Staaten 56,5%. Die Reineinnahme aus den Kanalgebühren im Jahre 1923 belief sich auf rund 16051000 Dollars. Die Zunahme der Frequenz ist auch teilweise auf das starke An-

wachsen des Transportes von kalifornischem Öl und von Bauholz aus den atlantischen Häfen nach der pazifischen Küste zurückzuführen. Gerade der Holztransport zeigt eine so erhebliche Zunahme, weil Japan durch seine Erdbebenzerstörungen große Mengen von Bauholz braucht und auch die Zunahme der Besiedelung des der Küste unmittelbar benachbarten Teiles der Weststaaten zu einem gesteigerten Verbrauch geführt hat. Der Kanal hat aber noch nicht seine volle Leistungsfähigkeit erlangt. Gegenwärtig wird er nur bei Tage befahren, so daß nur 50% der möglichen Tonnage befördert wird. Da aber der ganze Kanal elektrisch beleuchtet werden kann, so steht einer vollen Ausnützung nichts im Wege.

In Südamerika hat die Petroleumindustrie 1923 einen bedeutenden Aufschwung genommen. In Venezuela sind neue Vorkommen entdeckt worden, neue Interessentengruppen haben sich aufgetan und gehen an die Ausbeutung der dortigen Felder mit modernen technischen Mitteln heran. Wichtig ist, daß die Ölfelder des Landes aus dem Besitz einer britischen Firma in nordamerikanischen übergingen. Colombia, Peru, Ecuador haben Konzessionen an neue Gesellschaften vergeben, deren Produktionsausbeute vielversprechend ist. Auch Bolivia hat seine Probebohrungen weiter fortgesetzt und Chile wie Argentinien suchen nach neuen Feldern. In Brasilien sind in Saõ Paolo Ölvorkommen erkannt worden und haben zur Bildung neuer Gesellschaften geführt.

Die Verbindungen zwischen Lateinamerika und England sind durch verstärkte Handelsbeziehungen enger geworden. Namentlich Argentinien und auch Bolivien sind hierfür namhaft zu machen. Für letzteres Land insofern, als die Erzausfuhr nach Großbritannien wesentlich zugenommen hat. Eine Abnahme zeigt sich dagegen für Mexico und Cuba. Folgende Übersicht möge dafür als Beispiel dienen (nach The Economist XCVIII, 284):

	1921	1922	1923
		Import	
	in 000 £	000 £	000 £
Cuba	6 425	10 510	8 704
Mexico	9 859	8 604	6 345
Argentinien	68 261	56 520	66 084
Brasilien	5 866	7 726	5 897
Chile	6 564	4 422	5 789
Peru	6 437	7 410	8 605
Uruguay	6 242	4 748	4 869
		Export	
	in 000 £	000 £	000 £
Cuba	1 891	1 388	2 934
Mexico	4 596	2 213	2 750
Argentinien	27 622	22 708	28 165
Brasilien	10 439	10 983	10 998
Chile	5 154	5 437	6 677
Peru	2 141	1 749	2 571
Uruguay	3 094	2 545	3 172

Was die Beziehungen Großbritanniens zu seinen Besitzungen innerhalb der atlantischen Welt anbetrifft, so zeigen diese besonders für Westafrika und Westindien, soweit die Einfuhr in Frage kommt, eine Zunahme, für Export nach seinen Besitzungen in der atlantischen Welt haben die größte Steigerung Canada und Südafrika erfahren. Genaue Zahlen ergibt folgende Zusammenstellung (nach The Economist XCVIII, 284):

	1921	1922	1923
		Import	
	in 000 £	000 £	000 £
Canada	62 287	54 895	53 448
Südafrika	19 959	16 152	15 353
Westafrika	10 833	9 760	11 166
Westindien	8 111	4 437	5 861
		Export	
	in 000 £	000 £	000 £
Canada	19 433	25 271	27 566
Südafrika	31 052	24 515	27 895
Westafrika	12 542	11 650	11 521
Westindien	5 027	3 462	3 678

LITERATURBERICHT ÜBER DIE ATLANTISCHE WELT

Geopolitische Literatur für den Atlantischen Raum als solche liegt in zusammenfassenden größeren Werken noch nicht vor. Einschlägige Fragen werden im Zusammenhang mit anderen Problemen behandelt, die auf Nachbargebieten, sei es geographischer oder historischer wie wirtschaftlicher Natur liegen, so daß man sich erst das Gewünschte aus der Fülle des anders orientierten Stoffes herausschälen muß. Am einfachsten ist das noch in einigen Zeitschriften möglich wie etwa der vorzüglichen „Geographical Review", die als Vierteljahrsschrift von der American Geographical Society herausgegeben wird, oder dem „Buletin of Panamerican Union", das monatlich in Washington erscheint und der Propaganda für den Gedanken des Panamerikanismus dient. Die lateinamerikanischen Staaten werden bei der Themenwahl hauptsächlich berücksichtigt.

Die übrige Literatur behandelt spezielle Fragen aus einem der oben genannten Gebiete, bringt aber manche wertvolle Notiz und manchen guten Gedanken geopolitischer Art. Unter den neueren Werken seien an dieser Stelle vorerst nur die folgenden näher angegeben:

Bennett, Hugh Hammond: The Soils and Agriculture of the Southern States XVIII und 399 Seiten 56 Abbild. 4 Karten im Text, 1 farb. Karte. New-York. The Macmillan Company 1921.

In diesem hauptsächlich für die praktischen Zwecke des Farmers bestimmten Werke findet auch der Geograph viele interessante Einzelheiten bodenkundlicher wie wirtschaftsgeographischer Art. Bei der Einteilung der einzelnen Bodenarten ist Verfasser dem Vorbilde des Bureau of Soils gefolgt, das die Benennungen derselben von Städten, Counties oder Flüssen ableitet, in deren Nähe zuerst geologische Aufnahmen der betreffenden Böden stattgefunden haben. Dadurch entsteht eine Schwerfälligkeit der Terminologie, die die Lektüre des Werkes für den nicht Landeseinheimischen erschwert, insofern der Leser sich jedesmal erst vergewissern muß, welche chemischen oder physikalischen Eigentümlichkeiten den einzelnen mit Lokalitätsbezeichnungen belegten Bodenarten zukommen. Der Stoff ist auf Grund einer Einteilung der Südstaaten in acht Provinzen gegliedert, wobei ausgeschieden werden: 1. Atlantic and Gulf Coastal Plain, 2. Piedmont Plateau, 3. Appalachian Mountains and Plateaus, 4. Limestone Valleys and Uplands, 5. Great Plains, 6. Central Prairies, 7. Stream bottoms and second bottoms, 8. Mississippi bluffs and Silt Loam Uplands. Jede dieser Provinzen zerfällt wieder in eine Anzahl untergeordneter Bodenregionen, die auf einer farbigen Karte eingezeichnet sind.

Jede Provinz wird im einzelnen besprochen, wobei Verfasser der Reihe nach Geographie, Oberflächengestaltung, Geologie und Boden, Landwirtschaft im allgemeinen nach den Anbaugewächsen bezw. Viehzucht und insbesondere in ihrer Abhängigkeit von den Böden der einzelnen untergeordneten Bodenregionen behandelt. Die allgemeinen Übersichten sind in ihrer knappen, aber alles Wesentliche hervorhebenden Art der Darstellung ausgezeichnet gelungen, so daß sie ein recht brauchbares Material für jeden liefern, der sich über die einschlägigen Verhältnisse schnell informieren will. Die mitgeteilten Zahlen stützen sich auf das neueste Material und geben interessante Einzelheiten über die Landwirtschaft im Weltkriege. Bemerkenswert ist, daß im Cotton belt die Viehzucht mehr und mehr an Ausdehnung gewinnt, so daß im Staate Mississippi schon nicht mehr die Baumwolle die einzig dominierende Produktion ist. Während früher die Südstaaten in bezug auf Schweine auf die Einfuhr aus den großen nördlichen Schweinezuchtzentren angewiesen waren, wächst die Schweinezucht jetzt dauernd an, so daß bereits Fleischzollhäuser für den Versand an verschiedenen Orten des Südens angelegt wurden. Mississippi zeichnet sich dabei besonders aus, daneben Alabama und Georgia (Mississippi hatte am 1. Jan. 1919 2 282 000 Stück Schweine). Diese Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion hängt zusammen mit dem durch den Baumwollkäfer verursachten Rückgang des Anbaus von Baumwolle und den günstigen Bodenverhältnissen für den Anbau gewisser Futterpflanzen (Erdnuß).

In einem Anhang werden Mitteilungen über die physikalischen und chemischen Eigenschaften der Böden, ferner ein bibliographisches Verzeichnis vereinsstaatlicher Publikationen über Bodenfragen etc. gegeben und endlich knappe statistische Notizen über Anbaufläche und Produktion der wichtigsten im Süden angebauten landwirtschaftlichen Kulturgewächse angefügt, die auf Zahlen aus den Jahren 1917, 1918 und 1919 beruhen (Tabak, Zuckerrohr, Kartoffeln, Bataten, Hafer, Heu, Reis, Sojabohne, Erdnuß, Baumwolle u. a.), desgl. finden sich Angaben über die Viehzucht. Eine Anzahl von Abbildungen erhöht die Anschaulichkeit. F. Termer.

B. Brandt, Kulturgeographie von Brasilien. Mit 5 Tafeln und 19 Abbildungen im Text. 1922 Stuttgart, Verlag von J. Engelhorns Nachf., 112 S.

Als Teil einer Monographie des ganzen Landes gedacht bietet diese Studie eine alle wesentlichen Punkte behandelnde Darstellung der Kultur Brasiliens in ihrer Abhängigkeit vom Erdraum. Boden, Klima, Mensch, Wirtschaft zeigen in diesem jungfräulichen Lande von der Größe Europas viel innigere, leichter erkennbare Beziehungen zueinander als in unserem Erdteil, wo historische Interferenzerscheinungen einer längeren geschichtlichen Entwicklungsepoche ihre Schärfe verundeutlichen. Die geopolitische Bedeutung des Klimas für die wirtschaftliche Zukunft des Landes ist vom Verfasser in ihrer Bedeutung durchaus erkannt und auch besonders für die Akklimatisation gewürdigt worden. Verkehr und Siedelungen unter Betonung ihres Einflusses auf Kolonisation, sowie die sich bemerkbar machenden Bewegungen einer landeseigenen geistigen Kultur nebst ihren Beziehungen zum Auslande ergänzen die auch geopolitisch wichtige Schrift. Gute Abbildungen fördern vielfach das Verständnis der Darlegungen, zumal ihre Auswahl nach streng geographischen Gesichtspunkten erfolgte. F. Termer.

Brandt, Bernhard. Südamerika. Ferdinand Hirt, Breslau 1923. 132 S., 32 Fig., 32 Abbild. (Jedermanns Bücherei, Abteilung Erdkunde) geb. 2,50 M.

Bei aller Kürze hebt diese Landeskunde Südamerikas die charakteristischen Wesenseigentümlichkeiten des Kontinents hervor. Die kulturgeographischen Erscheinungen werden dabei besonders betont, ihre Abhängigkeit von den Bedingungen des Lebensraumes ist hervorgehoben, so daß die Schrift auch vom geopolitischen Standpunkte aus Wert besitzt. Zahlreiche Textkärtchen und charakteristische Abbildungen ergänzen die bisweilen zu knapp gehaltene Darstellung.

F. Termer.

Canada: Social and Economic Conditions in the Dominion of Canada, Sonderheft der Annals of the American Academy of Political and Social Science. Band CVII, No. 196, Philadelphia, 1923.

Dieser Band ist eine wertvolle Übersicht über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Canadas. Er zerfällt in neun Teile, in denen Bevölkerung, Naturerzeugnisse, Erziehung, Verkehrswesen, Finanz- und Bankwesen, Außenhandel und soziale Probleme von vierzig führenden Fachleuten wie Coats, Jackson, Stead, Scott, Prince, Walter, White, Mac Iver u. a. m. behandelt werden unter der Redaktion von Prof. Kennedy (Toronto). Er enthält auch eine knappe, aber gut gewählte Bibliographie. Ein Inhaltsverzeichnis erleichtert die Orientierung.

Wie bei allen solchen Sammelwerken herrscht ein gewisser Mangel an Gleichgewicht, und es kommen Wiederholungen vor und sogar Widersprüche. Transportwesen, Schiffahrt und Ureinwohner sind ungenügend behandelt. Wenn das Werk nichts Neues für den Fachmann auf einzelnen Gebieten bietet, so entrollt es ein sehr umfangreiches Bild des heutigen Canadas, aus dem der Nichtfachmann sich einen Gesamteindruck dieses zukunftreichen Landes machen kann, mit allerdings zwei wichtigen Ausnahmen: Manufaktur und Binnenhandel. L. Hamilton.

Duchaussois P., Mid Snow and Ice. Verlag: Burns Oates & Washbourne, London, 1923, XIV. und 328 S., Abbildungen und 1 Karte (10 s 6 d).

Pater Duchaussois' Werk behandelt nicht nur die äußerst anstrengende, gefährliche und aufopfernde Missionstätigkeit der Ordensgesellschaft der Oblaten (Missionarii oblati beatissimae Virginis Mariae) unter den Indianern und

Eskimos des Mackenziebeckens ebenso wie mit erfreulicher Objektivität die der protestantischen Missionare, sondern gibt auch eine eingehende Beschreibung der Lebensverhältnisse im hohen Norden. Sehr lehrreich sind seine Kapitel über verschiedene Indianerstämme wie die Déné, Montagnais, Caribou-Eaters, Bieber, Hunderippen und Loucheux. Auch den Sitten und Gebräuchen der Eskimos ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die alten Pelzfaktoreien und Missionsstationen wie Ile à la Crosse und die Forts Smith, Chipewyan, Fond du Lac, Norman und Good Hope werden in ihrer Entwickelung von der Gründung an beschrieben. Ich kenne kein Buch, das besser geeignet ist, dem Leser ein so anschauliches Bild von dem unbesiedelten Teil des canadischen „neuen" Nord-Westens zu geben wie Duchaussois' Werk, das im übrigen auch in französischer Sprache unter dem Titel: Aux Glaces Polaires erschienen ist. Die zahlreichen Abbildungen, sowie eine sehr genaue Karte unterstützen den Text in hohem Maße. Leider fehlt ein Namen- und Sachregister. L. Hamilton.

Ethnos. Revista Dedicada al Estudio y Mejoria de la Poblacion indigena de Mexico. Director Manuel Gamio. 2a epoca Tom I. No. 1. Nov. 1922 á Enero 1923. Mexico 1922–23. 94 SS. 18 lam.s.

Die 1921 infolge finanzieller Schwierigkeiten eingegangene Zeitschrift erscheint wieder seit Herbst 1922. Das erste Heft bringt neben anthropologischen und archäologischen auch geologische und prähistorische Beiträge sowie historische Aufsätze und solche über die moderne Indianerfrage in Mexiko. Die Bestrebungen sind darauf gerichtet, die zahlreiche indianische Bevölkerung zu tätigem Interesse am Staatswesen zu bewegen. Als Mittel dazu soll ein auf die indianische Psyche eingestellter Elementarunterricht im Schreiben, Lesen und Rechnen dienen, der nur durch ethnologisch vorgebildete geistliche Lehrer zu erteilen ist. Daneben soll der Eingeborene zu geregeltem Landbau angehalten werden. Verständnis des geistigen Niveaus des Indianers und seiner daraus entspringenden Bedürfnisse auf Grund eingehender ethnologischer und archäologischer Landeskenntnisse ist eine der durch die Zeitschrift vertretenen Hauptforderungen. F. Termer.

Jefferson, Mark: The Rainfall of Chile. American Geographical Society. Research Series No. 7. (Am. Geogr. Soc.'s Expedition to A. B. C. Countries in 1918, No. 2). New-York, Oxford-Univ. Press. American Branch, 1921. 32 S. 10. Figg. 6 Tab. im Text. 75 cts.

Die wichtige Arbeit bringt neues Material über die Niederschlagsverhältnisse Chiles, das zugleich zum Entwurf einer neuen Niederschlagskarte verwertet wurde. Der Fortschritt gegenüber entsprechenden Untersuchungen früherer Zeit (Voß, Die Niederschlagsverhältnisse von Südamerika, Petermann's Mitteilungen, Ergänz.-Heft 157, 1907) läßt sich schon aus der größeren Anzahl von Stationen erkennen, deren Beobachtungen der Verfasser benutzen konnte (167 gegen 21 bei Voß). Die Trockenheit des langen inneren Tales und die ausgiebige Feuchtigkeit der andinen nach Westen gekehrten Abhänge ist eine beachtenswerte Feststellung. Denn auf dieser Tatsache beruht die Besiedelung des Tales, insofern sich dort fruchtbare Böden einerseits vorfinden, andererseits aber diesem Teile des Landes infolge seiner verhältnismäßigen Trockenheit Waldbedeckung fehlt, die sonst dichtere Besiedelung verzögert. Und ebenso günstig beeinflußte diese klimatische Besonderheit die Verkehrsverhältnisse dadurch, daß sie die Anlage guter Straßen ermöglichte. Das spricht sich auch darin aus, daß bei der wirtschaftlichen Erschließung dieser Gebiete die ersten Ansiedler den weiteren Weg von Concepción über Angol – Los Sauces – Purén zu ihrem westlich an der Nahuelbuta Kette gelegenen Siedlungsgebiet wählten, obwohl dieses nur 12 Meilen vom pazifischen Ozean entfernt lag. Der für die Landwirtschaft nicht günstigen Trockenheit kann durch reichliche künstliche Bewässerung begegnet werden. Im übrigen behandelt der Verfasser die Niederschlagstypen im einzelnen genauer, worauf an dieser Stelle nicht genauer eingegangen zu werden braucht. F. Termer.

Kulenkampff-Schenck, Dr. Elsbeth: Die Volksdichte von Mittelamerika unter Berücksichtigung der klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Kurt Schröder, Bonn

und Leipzig 1923. (Veröff. d. roman. Auslandsinstitutes Bonn. Bd. 4.)

Ein Versuch, die Volksdichte von Gebieten wie den mittelamerikanischen Republiken zur Darstellung zu bringen, hat mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, die in der mangelhaften für zurückliegende Zeiten sehr ungenauen und auch für die modernen nur mit großer Vorsicht aufzunehmenden Bevölkerungsziffern in den Statistiken begründet sind. Dazu kommen die für das behandelte Gebiet völlig unzureichenden Karten, die eine solche Arbeit ungemein erschweren. Können daher die zahlenmäßigen Ergebnisse der Studie keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben, so zeigen sie doch die Tatsache, daß die Dichte von 1800 bis zirka 1910 um das 6fache zugenommen hat (durch Skizzen erläutert). Es ergibt sich, daß die Dichte mit zunehmender Meereshöhe wächst, wobei neben den Temperaturverhältnissen den Niederschlägen ein Einfluß eingeräumt wird Dauernde dichtere Besiedelung ist nur möglich in Gegenden unter 100 m Seehöhe mit unter 1000 mm Niederschlag (aber Mayakultur im nördlichen Guatemala!) oder in solchen über 100 m ü. M. mit Niederschlägen zwischen 1000 bis 2000 mm im Jahre. Ob diese Ergebnisse in jedem einzelnen Falle anwendbar sind, dürfte fraglich erscheinen. Denn die Dichte richtet sich auch nach den für den Landbau günstigen Böden. Dieser Abschnitt hätte ausführlicher behandelt werden müssen, insbesondere waren dabei die vulkanischen Aufschüttungsböden eingehender zu behandeln. Leider haben die Zeitumstände die Veröffentlichung einer Karte verhindert.

F. Termer.

Lohmann, Martin: Die Bedeutung der deutschen Ansiedelungen in Pennsylvanien. Stuttgart 1923, Ausland- und Heimat-Verlags-Aktiengesellschaft. (Schriften des deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart. A. Kulturhistorische Reihe, Band 12).

Die bedeutsame Rolle, die die Deutschen in den Vereinigten Staaten während der Kolonialzeit gespielt haben, wird durch diese auf eingehenden Quellenstudien beruhende Arbeit sehr gut hervorgehoben. Die Eigenart des Deutschtums im Staate Pennsylvanien im 17. und 18. Jahrhundert liegt in der religiösen Einstellung der aus protestantischen Sektiererkreisen zusammengesetzten Einwanderer, die sich dadurch in deutlichen Gegensatz zu ihren puritanischen Nachbarn im Norden setzen. Hier Streben nach schnellem Gewinn durch eine „rationell gestaltete Profitwirtschaft", dort ein mehr gefühlsmäßig betontes Innenleben mit Selbstgenügsamkeit und Zurückgezogenheit. Daher sind die Deutschen Pennsylvaniens der frühen Zeit vorzugsweise der Landwirtschaft als Hauptbeschäftigung ergeben. Die fruchtbarsten Böden sind in ihrem Besitz, sie haben einen geschulten Blick für die Wahl günstigen Anbauterrains, wobei sie Unbequemlichkeiten zu seiner Urbarmachung (Roden) nicht wie ihre englischen Nachbarn scheuen. Deutsche brachten die Dreifelderwirtschaft im Staate zur Durchführung, sie nutzten die Anbauflächen intensiver als die englischen Einwanderer, zumal sie ihre Familienmitglieder viel mehr zur Arbeit heranzogen als die letzteren. Die deutsche Frauenarbeit im landwirtschaftlichen Berufe stand in scharfem Gegensatz zur Auffassung der englischen Kolonisten.

Die Sektierergenossenschaften mit ihrer klösterlich angehauchten Lebensführung — wie in den Siedelungen Ephrata, Bethlehem u. a. — waren Anlaß zur Entwicklung von Handwerk und Industrie im Staate. Buchdruckerei, Weberei, Eisenbearbeitung erlangten schnell eine geachtete Stellung, die sie sich bis heute bewahrt haben. Im geistigen Leben nahm die Pflege der Musik in diesen Kreisen eine besondere Stellung ein.

Den durch ihre Glaubensansichten zusammengeschlossenen und daher sich als Einheiten im Land fühlenden Sektierern und Schwarmgeistern stehen die nichtsektiererischen Deutschen gegenüber. Ohne finanzielle oder moralische Unterstützung in die Neue Welt gelangt, begaben sie sich vielfach in eine heute drückend erscheinende soziale Abhängigkeit auf Jahre hinaus, indem sie sich anderen Dienstherren im sogen. „Redemptionssystem" verpflichteten. Auf Vorschuß ihrer Reisekosten mußten sie sich verpflichten, nach der Landung die Summe in einer Reihe von Jahren als sogen. „indentured servants" abzudienen. Ein Drittel aller deutschen Einwanderer während der Kolonialzeit soll sich dieses Systems bedient haben,

um im Lande überhaupt erst festen Fuß zu fassen. Erfreulich ist, daß stets die Kolonisten trotz aller Anglisierungsversuche ihr Deutschtum sich bewahrt haben.

Der ersten Kolonialperiode folgt eine Zeit des Rückgangs des Deutschtums in Pennsylvanien bis etwa 1820. Dann beginnt ein neues Anwachsen, das seinen Höhepunkt 1848 erreicht. Eine dritte Periode folgt in der Zeit der Errichtung des deutschen Reiches, in der hauptsächlich dem Handarbeiterstand angehörende Deutsche einwandern.

Da die Untersuchung bis in die neueste Zeit hinein durchgeführt wurde, hat der Verfasser eine zusammenfassende Behandlung des Deutschtums innerhalb eines begrenzten Gebietes der Union unternommen, die vortrefflich den Wert und die Bedeutung des deutschen Bevölkerungselementes in der Entwicklung des gesamten Staatsverbandes der Union erkennen läßt und die durch die Art der Betrachtung von Bevölkerungsfragen auch als geopolitisch wichtige Studie angesprochen werden darf. F. Termer.

LITERATURANZEIGE FÜR DIE ATLANTISCHE WELT:

Barbeau, Marius: Indian Days in the Canadian Rockies. London, Macmillan & Co. 12 sh. 6 d.

Brawley, Benjamin: A social History of the American Negroe. Macmillan & Co. 18 Sh.

British Dominions Yearbook 1924, ed by Ed. Salmon, F. R. C. I., and James Worsfold, F. C. I. F., publ. by Eagle, Star, and British Dominions Insurance Company, London.

Davenport, E. H. and Cooke, S. R.: The Oil Trusts and Anglo-American Relations. London, Macmillan & Co. 7 sh. 6 d.

Davol, R.: Raw products of the World. Vol. 1. Africa. Taunton, Mass. Davol Pub. Co.

Domville-Fife, Charles W.: Among wild tribes of the Amazons. Ill. London: Seeley. 21 sh.

Fisk, George M.: International Commercial Policies with special reference to the United States. A Text book 12 sh.

Gold Mines of Canada. Herausgegeben von S. Straker & Sons, London, E. C. 3. 6 d.

Grinnell, George Bird: The Cheyenne Indians. Their history and ways of life. 2 vls. 50 Abb. Yale University Press. R.V. Coleman, New York 1924. 10.— Dollars.

Henze: Henzes Vergleichstafel New York, verglichen mit Hamburg, Amsterdam, London, Paris, Brüssel, Rom. Hamb. Fritz Henze. Geb. 10.50 G.M.

Hulbert, Archer Butler: The making of the American republik. Garden City, N. Y.: Doubleday. 3 $

Jollie, Ethel Tawse: The real Rhodesia. London, Hutchinson and Co. 18 sh.

Jones, Eliot: The Trust Problem in the United States. Macmillan & Co., New York 14 sh.

Lacroix, A.: Mineralogie de Madagascar. 3 vls. Paris. Challamel. 300 — fr.

Lambert, Ed. et Brown, Halfred: La lutte judiscaire du capital et du travail organisés aux Etats-Unis. Paris. Giard. 25.— Fr.

Nigerian Tin Mining Handbook. Herausgeber: Technical Book Shop, 724 Salisbury House, London, E. C. 2 oder Walter R. Skinner, 15 Dowgate Hill, London, E. C. 4. 2 sh.

Reeve, Henry Fenwich: The black republic: Liberia, its political and social conditions to-day. London: Witherby. 10 sh. 6 d.

Rey, Charles F.: Unconquered Abyssinia as it is to-day. Ill. London: Seeley, Service. 21 sh

Shantz, Homer Le Roy, and C. F. Marbut: The vegetation and soils of Africa. New-York: Amer. Geogr. Soc. 5 $

Schachtzabel, Alfred: Im Hochland von Angola. Studienreise durch den Süden Portugiesisch-West-Afrikas. 23 Taf., 40 Abb., 3 Karten. 192 S. Dresden, Verlag Deutsche Buchwerkstätten, 1924.

Thomas, David Y.: One Hundred Years of the Monroe Doctrine 1823—1923. Macmillan & Co. 18 sh.

Unterwelz, Robert: In Tropensonne und Urwaldnacht. Wanderungen und Erlebnisse in Deutsch-Ostafrika. 8. XII u. 206 S. Mit 40 Federzeichnungen. Stuttgart 1924. Strecker & Schröder. 4,50 G. M.

Wright, Quincy: The Control of American Foreign Relations. Macmillan & Co. 15 sh.

BERICHTIGUNG ZU HEFT 2

ROBERT SIEGER:
UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEM WACHSTUM DER STAATEN UND DEM DER NATIONEN

Infolge Verspätung einer Korrektursendung sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

Seite 101, Zeile 10 von unten, ist zu lesen: „Volkstum“ (das ja Begriff und Wesen des Volkes oder der Nation bezeichnet).

Seite 103, Zeile 17, ist zu lesen: Geographisch aber ist er als Raumproblem.

Seite 103, Zeile 4 von unten, ist „die Absonderung“ nicht zu sperren.

Seite 104, Zeile 5, ist zu lesen: So wie wir diese heute vor Augen sehen.

Seite 105, Zeile 17 von unten, ist zu lesen: Frankokanadiern.

Seite 107, Zeile 9, ist zu lesen: die Yankies.

Seite 107, Zeile 6 von unten, ist zu lesen: den Volkheiten.

Seite 107, Zeile 1 von unten, ist zu lesen: ihr (nicht ihnen).

Seite 108, Zeile 13 von unten, ist zu lesen: (bis an die staatlichen).

Seite 109, Anmerkung 1, Zeile 3, ist zu lesen: und Staatsgebiet und Staatsgedanke.

Seite 110, Anmerkung 4, Zeile 6, ist zu lesen: wie Volkstum.

Seite 110, Anmerkung 7, ist hinzuzufügen: Lenz, Die deutschen Minderheiten in Slowenien, Graz 1923, Seite 20 unterscheidet national gemischte Staaten (mit einem führenden Mehrheitsvolk) und Nationalitätenstaaten (unsere übernationalen). Diese Unterscheidung zwischen zwei Ausdrücken, die man in weiteren Kreisen im gleichen Sinne zu gebrauchen pflegt, hat eben deshalb keine Aussicht sich einzubürgern.

Seite 110, Anmerkung 9, vorletzte Zeile, ist zu lesen: Hettner (nicht Hiller).

Seite 110, Anmerkung 13, Zeile 5, ist das Wort „ausländische“ zu streichen.

Die Schriftleitung.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

ERNST TIESSEN:

DER FRIEDENSVERTRAG VON VERSAILLES UND DIE POLITISCHE GEOGRAPHIE

Der Begriff des Staates muß von der Geographie als einer Raumwissenschaft anders gefaßt werden als von anderen Staatswissenschaften, ohne daß sie sich damit zu deren Definitionen in sachlichen Widerspruch setzen darf. Geographisch gesehen ist der Staat: ein Teil der Erdoberfläche von fest bestimmten Grenzen mit seinem gesamten Inhalt. Der Nachdruck liegt dabei auf dem Merkmal der festbestimmten Grenzen, das den Begriff Staat von dem der natürlichen Landschaft oder irgend einer anderen Einteilung der Erdoberfläche wesentlich und zureichend unterscheidet, weil eben festbestimmte Grenzen nie von der Natur, sondern nur vom Menschen gezogen werden. Ohne auf eine allgemeine Begründung dieser Begriffsbestimmung hier näher einzugehen, wird die Untersuchung zu zeigen bemüht sein, daß sich tatsächlich alle politischen Verhältnisse, soweit sie einer Betrachtung im Raume, d. h. einer geographischen Behandlung, überhaupt zugänglich sind, auf dieser Grundlage erfassen lassen.

An die Staatsgrenze, die übrigens ja von alters her in ihrem unverletzlichen Bestand schlechthin als Vorbedingung und sogar als Symbol der Staatshoheit galt, werden zwei Ansprüche erhoben, die in ihrer Erfüllung einander widerstreben: einmal ein möglichst vollkommener Abschluß gegen die Nachbarn im Sinne der Verteidigung des Staates, zum andern eine hinreichende Durchlässigkeit im Sinne der Verkehrsmöglichkeit mit den Nachbarn und der weiteren Umwelt. Dadurch wird eine absolute Feststellung des so häufig ohne tiefere Überlegung gebrauchten Begriffs einer guten Grenze unmöglich[1]). Sowohl der Charakter des Nachbarstaates wie der verschiedene Gärungs- oder Ruhezustand der Zeitläufte kann den Wert derselben Grenze verschieden bestimmen. Wenn es als ein unbestreitbarer Satz angesehen werden darf, daß eine Grenze die Sicherstellung des gesamten Staatsinhalts zu verbürgen hat, so lassen sich immerhin einige allgemeine Forderungen festlegen. Eine gute Staatsgrenze hat zu gewähren: 1. nach innen: den Einschluß zureichender Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten, 2. nach außen: den Ausschluß der diese bedrohenden Einflüsse. Da im Zeitalter der großen Volksdichten und eines weltumspannenden Verkehrs die erste Forderung nicht völlig erfüllt werden kann, so kommt hinzu: 3. ein hinreichender Zugang zu internationalen Verkehrsgelegenheiten, insbesondere zum Weltmeer. Diese drei Forderungen sind in ihrer Erfüllung sämtlich, obgleich in sehr verschiedenen Richtungen, von

der Beziehung des Grenzverlaufes zu den natürlichen Gegebenheiten abhängig, und in der Erforschung dieser Bindungen liegt die Aufgabe der politischen Geographie. Damit ist auch die Richtschnur für die folgende Untersuchung gegeben, deren Ergebnisse, was zu bemerken nicht nötig sein sollte, aus den Tatsachen herausgewachsen sind und nicht etwa auf vorgefaßte Urteile zurückgehen, wie sie aus vaterländischer Einstellung an sich leicht zu erklären und zu entschuldigen wären, eine wissenschaftliche Forschung aber in ihrem Wert erheblich beeinträchtigen würden.

Der Friedensvertrag von Versailles (später abgekürzt: F. V. V.) ist, wie jedem bekannt sein sollte, in seiner deutschen Ausgabe ein Quartband von fast 250 Druckseiten, von denen je die Hälfte auf den deutschen und auf den französisch-englischen Text entfällt. Teil 1 enthält die Völkerbundsatzung, die an sich in einen Friedensvertrag „zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten“ durchaus nicht hineingehört, aber selbstverständlich mit gutem Bedacht von den Vertragsgegnern Deutschlands — nicht, wie es dort heißt, von den „Hohen vertragschließenden Teilen“ — einbezogen worden ist, um vom Deutschen Reich die Unterzeichnung auch dieser Bestimmungen zu erzwingen. Auf die gleichsam das Motto bildenden Sätze von der Unterhaltung „auf Gerechtigkeit und Ehre gegründeter internationaler Beziehungen“, von der Beobachtung der „Vorschriften des internationalen Rechts als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen“ usw. sei nur einmal verwiesen. Eine vollständige Ausschöpfung des eigentlichen Vertrages mit seinen 440 Artikeln, zu denen noch eine weitere große Zahl von Paragraphen in den sogenannten Anhängen tritt, ist hier selbstverständlich nicht möglich, auch wenn die geographisch nicht faßbaren juristischen und sozialen Teile ganz außer Betracht bleiben. Nur das Wesentlichste kann herausgehoben werden.

Die geographische Sphäre von Versailles. Der erste geographische Blick gilt den Vertragsgegnern von Versailles. Von 54 selbständigen (cum grano salis) Staaten der Erde standen 27 (ohne Rußland) dem Deutschen Reich gegenüber; davon 11 teils für, teils durch den Krieg miteinander verschworene Führerstaaten[2]) (9 europäische, 1 asiatischer, 1 amerikanischer) und 16 ad hoc zusammengenötigte Gefolgstaaten (1 europäische (Griechenland), 3 asiatische (China, Siam, Hedschas), 1 afrikanischer (Liberia), 11 amerikanische). Es fehlten nur aus Europa: Rußland und seine Staatssplitter (außer Polen), die skandinavischen Staaten, die Schweiz, die Niederlande, Spanien; aus Asien: Persien und Afghanistan; aus Afrika: Abessinien; aus Amerika: Mexiko, Costarica, San Salvador, Columbia, Venezuela, Paraguay, Chile und Argentinien — außerdem selbstverständlich die mit Deutschland verbündet gewesenen Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Jenes Konglomerat der „Alliierten und Assoziierten Mächte“ vertrat etwa 90 Millionen qkm[3]) oder 70 v. H. der bewohnten Erdoberfläche und rund 1375 Millionen Menschen



oder 77 v. H. der Erdbevölkerung. Demgegenüber stand das Deutsche Reich mit 0,4 v. H. der bewohnten Erdoberfläche und 4 v. H. der Erdbevölkerung. Selbst wenn die inzwischen bereits vom Feinde „eroberten“ Kolonien noch zum alten Bestand des Deutschen Reiches hinzugerechnet werden, erhöhen sich die letzten Ziffern nur auf (nicht ganz) $2^1/_2$ v. H. der Erdoberfläche und (nicht ganz) $4^1/_2$ v. H. der Erdbevölkerung. Wäre nicht das Russische Reich vor dem Kriegsende durch den völligen Zusammenbruch seines staatlichen Gefüges mit dem weitaus größten Teil seiner gewaltigen Ausdehnung aus seinen für und durch den Krieg geschaffenen Bindungen ausgeschieden, so würde das geographische Mißverhältnis der Vertragsgegner noch stärker gewesen sein.

DER VERTRAGSINHALT

Wird die Grenze als das geographisch wichtigste Merkmal des Staates, auf das die Betrachtung auch des ganzen Staatsinhalts zu beziehen ist, festgehalten, so ergibt sich für den Gang der Untersuchung zwangsläufig eine Zweiteilung: 1. die Grenzfestsetzung, 2. die Grenzdurchbrechungen = Antastungen des Staatsinhalts durch den Vertrag. Dabei sind die Wirkungen der Volksabstimmungen als mehr oder weniger unmittelbare Ausflüsse des Vertrages mit berücksichtigt worden. Dieser Erörterung ist aber zweckmäßig vorauszuschicken, obgleich an anderen Stellen bereits oft zusammengestellt, eine Übersicht über die Verluste des Deutschen Reiches außerhalb der durch den Vertrag bewirkten Staatsgrenzen, und zwar:

a) die Gebietsverluste b) die Volksverluste c) die Substanzverluste.

a) Die Gebietsverluste[4]):

	qkm	Einwohner (auf 1000 abgerundet)
an Frankreich	14522	1874000
„ Polen	46150	3856000
„ Dänemark	3993	166000
„ Memelgebiet	2657	141000
„ Danzig	1914	331000
„ Belgien	1036	60000
„ Tschechoslowakei	316	48000
	70588	6476000

oder gleich rund 13 v. H. der Fläche und etwa 10 v. H. der Bevölkerung des Deutschen Reiches vor dem Kriege. Dazu kommt der Verlust der Kolonien mit 2663000 qkm und 9143000 Einwohnern. Das kraft des Vertrages (also ohne das Ruhrgebiet) besetzte Gebiet umfaßte 31964 qkm (weitere 6 v. H. der Fläche), so daß im ganzen rund $^1/_5$ des alten Reichsgebietes durch den Vertrag mit Beschlag belegt worden ist.

b) Die Volksverluste (allein an Deutschsprachigen[5]):

an Frankreich	1634000
„ Polen	1364000
„ Danzig	315000
„ Memel	72000
„ Belgien	49000
„ Dänemark	40000
„ Tschechoslowakei	7000
	3481000

also ein Verlust von rund $3^1/_2$ Millionen Deutschen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die überwiegende Benutzung einer fremden Sprache — abgesehen von der Unsicherheit der Feststellung — noch kein entscheidendes Merkmal für den nichtdeutschen Charakter bedeutet, wie es z. B. der litauischsprechende Teil der Bevölkerung im Memelland beweist. Im ganzen leben allein in Europa mindestens 12, nach anderen Angaben rund 20 Millionen Deutsche in einer Irredenta. Das ist ein Ergebnis der in Versailles vorgenommenen Neuordnung Europas, die sich nach den Grundsätzen von „Frieden und Gerechtigkeit" und auf Grund eines gegen Deutschland überall vertretenen Strebens nach völkischer Abgrenzung der Staaten vollzogen hat.

c) Die Substanzverluste[6]) sind so vielseitig, außerdem so häufig erörtert worden, daß auf ihre einigermaßen vollständige Zusammenstellung verzichtet werden muß und darf. Daß auch sie eine Funktion der Grenzfestsetzung sind, liegt auf der Hand. Es sei nur erwähnt, daß nach den durchschnittlichen statistischen Berechnungen Deutschland durch den Vertrag verloren hat: rund 50 v. H. seiner Eduktion an Eisenerz, über 25 v. H. seiner Steinkohlenförderung, fast 80 v. H. der Zinngewinnung; ferner je 17 v. H. der Erntemengen an Kartoffeln und Gerste, 16 v. H. derer an Roggen, 13 v. H. derer an Weizen usw. usw. Solche Angaben ergreifen noch nicht einmal den eigentlichen Verlust an wirtschaftlicher Substanz, da für diese die weitere Entwicklungsmöglichkeit nach Maßgabe der Vorräte an Bodenschätzen, der Bodengüte bei der Landwirtschaft u. a. berücksichtigt werden müßte. Ferner wären die Kolonien, die eben erst die Erträge langwieriger und intensiver Neuschöpfungen zu bringen begannen, besonders in Rechnung zu stellen.

I. DIE GRENZFESTSETZUNGEN

1. Die Grenzlänge und der Grenzverlauf. Theoretisch gilt, mit einer gewissen, später zu erörternden Ausnahme für die Seegrenze, der Satz, daß eine im Verhältnis zum Areal möglichst geringe Grenzlänge am vorteilhaftesten sei, weil der Schutz der Grenze dann den geringsten Kräfteaufwand erfordere. Danach wäre die Kreisform für den Grenzverlauf das Ideal. Die Unterstellung dieses Satzes

ergibt bereits, daß die Grenze des Reiches durch den Vertrag ungünstiger geworden ist. Der Flächenraum des Reiches belief sich vor dem Kriege auf 540857 qkm, nach dem Vertrag (1922) auf 472082 qkm, war also um rund 13 v.H. verkleinert worden. Die Grenzlänge aber war von 5970 km auf 6066 km[7]) gestiegen. Mit anderen Worten: auf 1 km Grenze entfielen 1914: 90,6 qkm, 1922 nur 77,8 qkm Fläche. Das Verhältnis der idealen Grenzlänge, d. h. des der Gesamtfläche entsprechenden Kreisumfangs zur tatsächlichen Grenzlänge, war im ersten Fall 1:2,3, im zweiten 1:2,5. Die Abweichung des Grenzverlaufes von einer gleichmäßig gekrümmten Kreisform hatte also zugenommen. Diese Abweichung hat schon dann erhebliche ungünstige Folgen, wenn sie sich in einer mehr oder weniger starken Aus- und Einbuchtung der Grenzlinie bekundet. Die für die Landesverteidigung verhängnisvolle Wirkung von Ausbuchtungen der Grenze hat sich im letzten Kriege mit geradezu gesetzmäßiger Klarheit gezeigt: für Deutschland an der Ausbuchtung Ostpreußens, für Rußland an der Polens, für Rumänien an der der Walachei, für Italien an der Veneziens. In der neuen Führung der deutschen Grenze tritt dies Moment besonders durch die gesteigerte Abschnürung Schlesiens infolge des Verlustes von fast ganz Posen hervor. Das Höchstmaß erreichen solche Mißbildungen des Grenzverlaufes in den sogenannten Korridoren. Solche finden sich zum Preise der Neugestaltung Europas mehrfach, nämlich der Petschenga-Korridor für Finnland, der Polangen-Korridor (seitdem durch den Raub des Memellandes verbreitert) für Litauen, der Karpathen-Korridor für die Tschechoslowakei — sämtlich Zerrbilder einer Grenzführung, die durch Störung des Raumgleichgewichts den Frieden nicht zu fördern, sondern zu bedrohen geeignet sind.

Aber diese seltsamen Gebilde sind noch fast organisch zu nennen im Vergleich zu der Ungeheuerlichkeit des polnischen Weichsel-Korridors. Denn während die anderen Korridore doch nur schmale Vorschiebsel eines Staatsgebietes zwischen zwei Nachbarstaaten darstellen, reißt der polnische Weichsel-Korridor das preußisch-deutsche Gebiet auseinander und schafft Ostpreußen zu einer Exklave um, einer vom Stammkörper des Staates abgerissenen Insel. Exklaven waren im Mittelalter und bis zur neuzeitlichen Großstaatenbildung in Europa häufig, kamen aber begreiflicherweise nicht durch eine organische Staatenentwicklung, sondern gewöhnlich durch Heiraten und Erbschaften der Fürstenhäuser zustande. Im 19. Jahrhundert waren sie von der politischen Karte Europas, soweit die Außengrenzen der Staaten in Betracht kommen, ziemlich verschwunden, und es war den Verfertigern des F.V.V. vorbehalten, ein solches Mißgebilde, das sicher das äußerste Gegenteil einer dauerversprechenden Gebietsverteilung bedeutet, zum ersten Mal aus Willkür zu schaffen. Daß Exklaven sogar in einer innerstaatlichen Untergliederung höchst unzweckmäßig sind, zeigt das Beispiel der Pfalz, deren Drang-

salierung den Franzosen durch die vom übrigen Bayern abgetrennte Lage zweifellos wesentlich erleichtert worden ist. Es ist der Hervorhebung wert, daß der englische Oberst Th. Holdich, seinerzeit Präsident der Londoner Geographischen Gesellschaft, und ein namentlich in Grenzregulierungen ungewöhnlich erfahrener Mann, in einem größeren 1916 erschienenen Werk[8]), in dem er eine neue staatliche Gliederung Europas nach seinen geopolitischen Erfahrungen entwirft, als beste Grenze zwischen Polen und dem Deutschen Reich eine von der früheren Grenze nicht erheblich (nach Westen) abweichende Linie vorschlug, die sich hauptsächlich an Wasserscheiden (statt an Flüsse) hält und von ihm als eine relativ gute Verteidigungsgrenze bezeichnet wird. In einem zweiten, 1918 veröffentlichten Werk[9]) trat, vermutlich auf Grund einer geänderten Ansicht über den endgültigen Kriegsausgang, derselbe Verfasser freilich für eine Einkreisung des deutschen Gebietes durch eine Verlängerung polnischen Gebietes über Suwalki hinaus bis Memel ein, obgleich er noch keine erhebliche Verschiebung der Grenzen voraussah, auch nur ein Polen unter russischer oder deutscher Oberhoheit annahm. Als „wirksamsten Pufferstaat" bezeichnete er allerdings nunmehr eine Ausdehnung Polens von den Karpathen bis zur Ostsee einschließlich Ostpreußens (mit der üblichen Verwechslung der Masuren mit Polen), nicht ohne aber hinzuzufügen: „Such a political distribution will never be contemplated in Germany". Von der späteren politischen Weisheit einer ostpreußischen Exklave ahnte er jedenfalls nichts.

Von anderen gefährlichen Folgen des Grenzverlaufs muß noch die weitere Verschiebung der Reichshauptstadt nach der Peripherie genannt werden. Berlin liegt jetzt nur noch 150 (früher 300) km Luftlinie und 185 km Eisenbahnlinie (nach Bentschen, früher 326 km nach Stralkowo über Posen) von der polnischen Grenze entfernt.

Die wichtigste Veränderung des Grenzverlaufs, die Rheingrenze gegen das Elsaß, führt hinüber zu der Betrachtung des

2. Verhältnisses der neuen Staatsgrenze zu den natürlichen Grenzen. Von Naturgrenzen kommen in Kulturgebieten nur noch solche der Bodengestaltung und der Bewässerung in Betracht, also hauptsächlich Gebirge und Flüsse, wobei zu beachten ist, daß bei Flüssen, namentlich bei kleineren, die Bodengestaltung des Tales für eine politische Grenzführung (Verteidigungsmöglichkeiten) bedeutsamer ist als die Wasserader. Allgemein kann behauptet werden, daß Gebirge als eine gute d. h. zuverlässige, Flüsse als eine schlechte Staatsgrenze zu schätzen sind, und zwar gilt der Satz für die Flüsse umso schärfer, je größer die Flüsse sind. Das ergibt sich daraus, was oben über die beiden wesentlichsten Forderungen an eine Staatsgrenze gesagt worden ist. Was den Schutz gegen einen Angriff betrifft, so bietet nach den Erfahrungen des Krieges selbst ein sehr breiter Fluß (Weichsel, Donau) wenig Sicherheit. Wegen der breiteren und flacheren Talent-



wicklung wird die Bodengestaltung wenig zur Unterstützung der Verteidigung beitragen, und auch das sonst beträchtliche Hindernis versumpfter Überschwemmungszonen wird bei großen Strömen wenigstens in hochwirtschaftlichen Gebieten meist durch Regulierung in Fortfall gebracht worden sein. Andererseits bietet zwar auch ein großer Fluß für den Querverkehr bei der heutigen Technik des Brückenbaues (abgesehen vom Fährwesen) eine genügend durchlässige Grenze, aber dem Charakter einer politischen Grenze wird dadurch, daß der Hauptverkehr sich längs der Grenze, ja sogar auf der Grenze vollzieht, geradezu widersprochen, zumal dieser Umstand sich nicht auf die Schiffahrt beschränkt, sondern meist auch in Eisenbahnen betätigt, die das Flußtal als bequemste und meist auch besonders dicht besiedelte Strecke benutzen. In der Tat fehlen auch große Flüsse als Staatsgrenzen in hochentwickelten Gebieten durchaus; weit eher kommt es zur Querteilung des Flußgebiets (Donau, Elbe, Rhein, früher auch Weichsel, Memel). Das Gebiet eines großen Stromes in ausgedehnter Tieflandsfläche oder in einer breiten Talebene oder wenigstens ein morphologisch abgesetzter Teil eines solchen Gebiets ist ja seit alten Zeiten die natürliche Landschaft gewesen, in die ein Staat, um den bekannten Ausdruck Ratzels zu gebrauchen, hineinzuwachsen pflegt.

Die Flußgrenzen wieder eingeführt zu haben, ist ein weiterer Mißgriff des F. V. V. Während bedeutendere Flüsse vorher überhaupt nicht an der deutschen Grenze beteiligt gewesen waren, sind seitdem der Rhein, die Weichsel (und Nogat) und die Memel mit Teilen ihres Laufs zu Grenzströmen gemacht worden. Ferner verläuft die Grenze auch quer über das Frische und über das Kurische Haff. Als allgemeine Regel gilt nach dem Vertrag, daß die Grenze bei nichtschiffbaren Flüssen mit der Mittellinie des Flusses bezw. seines Hauptarmes, bei schiffbaren Flüssen mit der Mittellinie der Hauptfahrrinne zusammenfällt, so daß sich der Verkehr genau auf und längs der Grenze bewegt. Allerdings ist den Grenzregulierungs-Ausschüssen noch ein Freibrief auf willkürliche Abweichungen von dieser Regel ausgestellt. Daß auch der geschichtliche Entwicklungsgang jenen geographischen Leitsätzen, gegen die der F.V.V. so dilettantisch wie rücksichtslos verstößt, Recht gibt, erweist am besten der Rhein. Dort, wo er am Unterlauf früh einen stattlichen Verkehr erzeugt und getragen hat, ist er selbst in den Zeiten der schlimmsten Kleinstaaterei nie eine durchgreifende politische Grenze gewesen, und er bildet heute in der Rheinprovinz nicht einmal die Grenze zwischen Regierungsbezirken. Erst oberhalb Mannheim, wo er erst durch die intensive deutsche Arbeit während der letzten 50 Jahre (als eben beide Ufer in deutschem Besitz waren) bis Straßburg-Kehl für die Großschiffahrt erobert worden ist und weiter aufwärts bis Basel noch ausgebaut werden sollte, hat er als Staatsgrenze eine Rolle gespielt. Und so zwangsläufig scheinen jene politisch-geographischen Gesetze zu wirken, daß jetzt, wo diese Rheinstrecke bis Hagenau abwärts wieder zur Staatsgrenze gemacht worden

ist, alsbald die Franzosen den einer solchen eben abträglichen Verkehr nach Kräften lahmzulegen bestrebt sind, indem sie das Wasser und die Schiffahrt auf einen „Canal Latéral“ innerhalb ihres neuen Staatsgebietes ableiten wollen. Außerdem suchen sie mit Brückenköpfen und anderen Übergriffen auf das rechte Ufer die Flußlinie als Grenze nach Möglichkeit zu „verbessern“. So sind alle Brücken auf dieser Strecke französisches Staatseigentum, und alle Grenzbahnhöfe müssen auf dem rechten Ufer liegen. Von weiteren Übergriffen wird später zu sprechen sein. Oberst Holdich hat sein geographisches Gewissen selbst 1918[10]) nicht so weit vergewaltigen können, daß er nicht den Rhein als eine schlechtere Grenze für Frankreich als die Vogesen bezeichnen mußte. In seinem Werk von 1916 hatte er auch noch der Tatsache, daß auf beiden Seiten des Rheins der gleiche „ethnische Typ“ herrscht, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mit den Vogesen ist dem Deutschen Reich eine Gebirgsgrenze verloren gegangen, und der Tausch ist auch vom theoretischen Standpunkt ein sehr schlechter, obgleich die Vogesengrenze, wie ausführlich in politisch-geographischen Schriften erörtert worden ist, für Deutschland erheblich ungünstiger war als für Frankreich.

Im Osten ist zunächst die (schiffbare!) Netze und ihr Nebenfluß Küddow auf kleinere Strecken zur Grenze gemacht worden. Von der Weichsel ist Grenze die Nogat (ohne nähere Bestimmung) und der Hauptstrom selbst aufwärts bis zur Südgrenze des Kreises Marienwerder. Auch hier soll die Grenzlinie in der Hauptfahrrinne liegen, aber die Überwachung einschließlich des Ostufers, soweit „Regulierung und Melioration“ in Betracht kommen, Polen zustehen. Wie vernichtend diese „Regelung“ schon in den wenigen seither verflossenen Jahren auf den Zustand und die Schiffahrt der Weichsel gewirkt haben, allerdings noch unter Zuhilfenahme mehrfacher Vertragsverletzungen, ist allen bekannt. Längs der Memel endlich liegt die Grenze wieder in der Hauptfahrrinne, vom alten Grenzort Schmalleningken bis zur Mündung des Skirwith-Armes in das Kurische Haff.

3. Das Verhältnis des Grenzverlaufes zur Staatssubstanz würde eine breite Erörterung vertragen, aber dafür gilt z. T., was schon bei der nahe verwandten Fragengruppe der Substanzverluste gesagt wurde. Immerhin beleuchten die durch den F. V. V. und seine Folgen geschaffenen Zustände diese Zusammenhänge so scharf, daß sie nicht ganz übergangen werden dürfen. Im Westen stellte die Grenze von 1871 einen Schnitt quer durch das lothringensche Eisenerzgebiet dar, war aber damals eine relativ gerechte Entscheidung, indem sie zwar dem zu industriellem Aufschwung unfähigeren Frankreich den Löwenanteil an den Erzvorräten ließ, aber auch Deutschland einen für längere Zeit genügend erscheinenden Anteil sicherte. Jetzt ist das ganze Minettegebiet (außer dem Luxemburgischen Ausläufer) französisch geworden, und schon klagte in einer Kammersitzung (28. Dezember 1923) der französische Abgeordnete Reynold über den für Frank-



reich schlechten Grenzverlauf: „Das Unglück des Versailler Vertrages ist, daß er eine Grenze zwischen zwei Lagern, nämlich einem Kohlen- und einem Eisenerzlager, gezogen hat". Diese Äußerung beweist für sich allein sehr treffend, bis zu welcher „Grenzenlosigkeit" sich die politisch-geographische Anschauung drüben versteigt. Aber diese Auffassung findet noch eine schlechthin vollendete Abrundung durch die Tatsache, daß in angeblicher Ausführung des F.V.V. und unter Vergewaltigung des Abstimmungsergebnisses das durch deutsche Arbeit und Intelligenz zu einem hochwertigen Ganzen erhobene Kohlengebiet Oberschlesiens einfach wie mit der Schere durchgeschnitten wurde. Ich enthalte mich weiterer Zusätze zu diesen beiden wichtigsten Fällen, in denen der Verlauf der neuen Grenze die deutsche Staatssubstanz unentbehrlicher Werte beraubt hat.

4. Die Grenze und ihre internationalen Beziehungen. Da es den Vertragsgegnern Deutschlands darauf ankam, die Verteidigungsfähigkeit der deutschen Grenze möglichst zu schwächen, so ließe der Gegenpol der Forderung, ihre Verkehrsdurchlässigkeit nach den Nachbarländern, theoretisch nichts zu wünschen; nur die Rheingrenze wäre in beiden Beziehungen ungünstig. Von besonderer Bedeutung aber ist die Seegrenze, deren hinreichende Ausdehnung nächst ihrer günstigen Lage zum Weltmeer seit der beherrschenden Entwicklung des überseeischen Verkehrs geradezu eine Lebensbedingung für einen kräftigen, volkreichen Staat geworden ist. In dieser Hinsicht steht die wohl auch heute noch meist leichter zu verteidigende Seegrenze in einem gewissen Gegensatz zur Landgrenze, deren möglichst geringe Länge am dienlichsten erscheint (s.o.). Es ist bisher zu wenig beachtet worden, wie stark die Seefront des Deutschen Reiches verkürzt worden ist. Während die Landgrenze (trotz Verkleinerung der Fläche) von 4170 auf 4578 km oder um fast 10 v. H. zugenommen hat, ist die Länge der Seegrenze von (rund) 1800 auf 1488 km oder um mehr als 17 v. H. zurückgegangen! Auch die Nordseeküste hat durch die Abtretung an Dänemark[11]) immerhin 8 v. H. ihrer Länge (498 statt 540 km) eingebüßt, während die Ostseeküste mit 990 km Länge gar mehr als $^1/_5$ ihrer früheren Ausdehnung (1260 km) verloren hat. Da das Deutsche Reich als ein Teil Rumpfeuropas (im Gegensatz zu den Staaten Randeuropas, die sämtlich auf mindestens drei Seiten vom Meere umgeben sind) schon früher eine viel zu schmale Seefront gehabt hat, ist jede weitere Verengung von größerem Belang, als es gegenwärtig in den Zeiten unserer Ohnmacht, vornehmlich nach Auslieferung der Handelsflotte, fühlbar sein mag.

Beiläufig mag noch erwähnt werden, daß die Berechnung des von Supan[12]) eingeführten Druckquotienten die Brauchbarkeit dieses Mittels zur Abschätzung der politischen Lage eines Staates in Frage stellt. Der Druckquotient für das Deutsche Reich, d. h. das Verhältnis seiner Einwohnerzahl zu der Bevölkerungssumme der unmittelbar benachbarten Staaten, war 1914 = 1 : 4,4, 1920 nur 1 : 1,2.

Die Abnahme ist eine Folge des Zerfalles des Zarenreiches und der Österreich-Ungarischen Monarchie, aber doch zur Zeit wohl kaum als ein günstiges Moment im Sinne einer geringeren Gefährdung anzusehen, wie es nach der von Supan unterstellten Bedeutung des Begriffs der Fall sein müßte und bei einer stärkeren eigenen Macht des Deutschen Reiches allerdings auch der Fall wäre.

II. DIE GRENZDURCHBRECHUNGEN

Was dem Deutschen Reich durch die Beschneidung seines Gebietes und durch die Festsetzung der bisher erwähnten Grenzen im F. V. V. zugefügt worden ist, bedeutet doch nur einen Bruchteil der Schädigung, die durch Übergriffe über die Grenzen in den Staatskörper hinein planmäßig herbeigeführt worden ist. Diese Grenzdurchbrechungen sollen erörtert werden einmal als Erschütterungen der Staatsgrenzen als solcher und zweitens als Einbrüche in den Staatsinhalt in weiterem oder gesamtem Umfang.

1. Erschütterungen der Staatsgrenzen. Der F. V. V. hat in Verfolgung des in seinen ersten Zeilen aufgepflanzten Wahlspruchs „zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit" etwas geschaffen, was es bis dahin zwischen geordneten Staaten noch nicht gegeben hatte, nämlich labile Grenzen. Daß dieser Begriff eine contradictio in adjecto ist, liegt auf der Hand. Und das geschah zu einer Zeit, in der nach Vogel[13]) die Abschließungstendenz der Staaten lebendiger ist denn je. Die Labilität der Grenzen soll nach dem Vertrage freilich an gewisse Bedingungen und damit an eine vorübergehende Zeit geknüpft sein, aber jene Bedingungen sind eben von solcher Art, daß der Übergang in eine Stabilität und damit auch das Ob und Wann ihres Eintritts von der Willkür der Vertragsgegner abhängig bleibt. Solche labilen Grenzen sind gegeben in den Volksabstimmungsgebieten und in den besetzten Gebieten.

a) Die Volksabstimmungsgebiete. Was an politischer und wirtschaftlicher Unruhe durch die Volksabstimmungen in das Deutsche Reich wie in die beteiligten Nachbarstaaten hineingetragen ist und noch bevorsteht, ist unermeßlich. Daß nach dem Wortlaut des Vertrages diese Abstimmungen überall „frei, geheim und unbeeinflußt" vor sich gehen und nach dieser Richtung noch mit besonderen Sicherungen ausgestattet sein sollten, daran sei nur erinnert. In Ost- und Westpreußen, in Schleswig und in Oberschlesien sind diese Aktionen zum Abschluß gelangt, so daß in diesen Teilen die labile Eigenschaft der Grenze rechtlich aufgehört hat. Im Saargebiet steht die Abstimmung noch im Jahre 1934 bevor.

b) Die besetzten Gebiete. Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen soll zonenweise in drei Abschnitten bezw. 5, 10 und 15 Jahre nach Abschluß des Vertrages erfolgen. Hohnvoll wird hinzugesetzt, daß bei Erfüllung (der unbe-



messenen Forderungen!) eventuell eine sofortige Räumung auch vor 15 Jahren stattfinden könne. Eine Labilität der Grenze aber wird auf beliebige Dauer gesichert durch die Bestimmung, daß die Zurückziehung der Besatzungstruppen auch aufgeschoben werden, ja sogar die Wiederbesetzung schon geräumter Zonen eintreten kann.

2. Einbrüche in den Staatsinhalt. Wie schon bei der Begriffsbestimmung des Staates gesagt wurde, soll der Staatsinhalt als solcher im weitesten Umfang aufgefaßt werden, soweit er als geographisch greifbar gelten, d.h. einer räumlichen Betrachtung unterliegen kann. Der Einbruch in den Staatsinhalt kennzeichnet sich demnach als ein Übergriff über die Staatsgrenze hinweg in den eigentlichen Staatsbereich, sei es durch Inanspruchnahme fremder Rechte, sei es durch Minderung oder Aufhebung eigener Rechte innerhalb des Staatsgebietes. In der Aufzählung solcher Einbrüche in den Staatsinhalt soll ausdrücklich abgesehen werden von dem Heer der Forderungen zur Reparation (oder, wie der deutsche Text mit unglaublicher Leichtfertigkeit übersetzt hat: Wiedergutmachung), soweit solche Lieferungen einmalig (z. B. Auslieferung der Handelsflotte) oder nur innerhalb einer bestimmten, d. h. nicht dehnbar bemessenen Frist geschehen sollen. Außerdem sollen alle diejenigen Übergriffe unberücksichtigt bleiben, die sich nicht schon aus dem Wortlaut des Vertrages ergeben, sondern erst durch dessen willkürliche Auslegung, Mißbrauch oder Verletzung ergeben haben. Es ist zu beachten, daß die unten genannten Einbrüche z. T. auch den Staatsboden als solchen berühren.

a) Einbruch in die Volkssubstanz. In das Saargebiet können beliebig fremde Arbeiter eingeführt werden; auch darf den Bewohnern kein Hindernis in der Erwerbung fremder Staatsangehörigkeit bereitet werden.

b) Einbruch in die militärische Staatshoheit. Dem Deutschen Reich wird das Recht der eigenen Entscheidung über die Heeresbedürfnisse genommen, die Heeresstärke auf 100 000 Mann, alles Heeresmaterial durch bestimmte Vorschriften beschränkt und eine den neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechende Bewaffnung überhaupt verboten. Sogar die Unterhaltung von Zollwächtern, Gendarmen und Polizeibeamten wird beschnitten. Überdies bricht der Vertrag über die Westgrenze ein, indem er verbietet, bis zu einer Linie 50 km östlich vom Rhein Befestigungen oder irgend welche Streitkräfte zu unterhalten. Hierher gehört auch das Verbot des deutschen Großen Generalstabs und seiner Wiederherstellung in irgend einer Form.

c) Einbruch in die Finanzhoheit. Das Deutsche Reich hat die gesamten Unterhaltskosten für die Heere in den besetzten Gebieten zu tragen, was bei der labilen Frist der Besetzung (s. o.) die Gefahr einer Belastung auf unbestimmte Zeit und damit einer Vergewaltigung der deutschen Finanzverwaltung bedeutet.

d) Einbruch in die Staatssubstanz (über den Begriff s. Anm. 6): Auch die an sich auf 10 Jahre beschränkte Lieferung von Kohle an Frankreich, Belgien und



Italien trägt — abgesehen von der unbegrenzten Lieferungspflicht an Luxemburg — dasselbe Merkmal an sich, weil die geforderten Mengen von Deutschland nicht geleistet werden konnten, nachdem ihm zunächst die Kohle des Saargebietes, dann auch die des größeren Teiles des oberschlesischen Reviers entzogen war. Es lag also auch hier schon ein zeitlich nicht begrenzter Einbruch in die Kohlensubstanz des Reiches vor.

e) Einbruch in das Verkehrswesen. Die allgemeinste Bestimmung ist die des Art. 321, wonach für jede der Alliierten uud Assoziierten Mächte freier Durchgang durch das deutsche Gebiet auf den für den internationalen Durchgangsverkehr geeigneten Wegen (Eisenbahnen, schiffbaren Wasserläufen und Kanälen) einschließlich der Durchfahrt durch die Hoheitsgewässer (!) gefordert wird — ohne Durchgangszölle oder unnütze Verzögerungen und Beschränkungen, in jeder Hinsicht mit „Anrecht auf gleiche Behandlung wie der innerdeutsche Verkehr". Insbesondere erstreckt sich diese Rechtsgleichheit, d. h. Annullierung jedes deutschen Vorrechts auf eigenem Staatsgebiet, auf sämtliche Binnenwasserstraßen und auf die Häfen einschließlich der Benutzung ihrer Einrichtungen. Daran schließt sich das Bündel von Vorschriften, die als Internationalisierung der deutschen Ströme (Elbe, Oder, Memel, Donau) zusammengefaßt zu werden pflegen. Die Unterhaltung verbleibt zwar dem Uferstaat, aber in Abhängigkeit von einem Gerichtshof des Völkerbundes. Für jeden dieser Ströme wird ein internationaler Verwaltungs-Ausschuß bestellt, in dem sich die deutschen Vertreter stets in der Minderheit befinden, z. B. für die Elbe ein solcher von 10 Mitgliedern, und zwar 4 Deutschen, 2 Tschechen und je 1 Engländer, Franzose, Belgier und Italiener. Von einem Einfluß auf die Weichsel ist das Deutsche Reich, obgleich es noch Uferstaat geblieben ist, völlig ausgeschlossen. Die Internationalisierung wird auch bereits auf den erst geplanten Großschiffahrtsweg Rhein-Donau ausgedehnt. Einem späteren (1921 in Barcelona geschaffenen) allgemeinen Übereinkommen, das an die Stelle dieser Bestimmungen treten soll, ist das Deutsche Reich (wie in unzähligen anderen Fällen) im voraus verpflichtet beizutreten, d. h. ohne dessen Inhalt vorher zu kennen noch einen Einfluß auf seine Gestaltung zu haben.

Dasselbe ist der Fall gegenüber der Fassung eines neuen Abkommens betreffend die Rheinschiffahrt, das noch nicht geschlossen ist. Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, die früher (seit 1816) immer nur aus Vertretern der Uferstaaten am schiffbaren Rhein bestand, setzt sich nach dem F. V. V. zusammen aus 19 Mitgliedern, von denen Frankreich und Deutschland je vier und die Niederlande, Schweiz, England, Belgien, Italien je zwei stellen. Die Nichtuferstaaten England, Belgien und sogar Italien haben also die gleiche Vertretung wie die Schweiz und die im Besitz des wichtigen Mündungsgebiets stehenden Niederlande! Ferner hat Frankreich nicht nur eben so viele Vertreter wie Deutsch-



land, sondern stellt außerdem den Vorsitzenden, der im Text des Vertrages hinter den „vier" französischen Vertretern versteckt ist; endlich wird der Sitz der Kommission nach Straßburg verlegt. Wie groß die Ungerechtigkeit dieses französischen Übergewichts ist, geht aus folgender Rechnung hervor: Die ganze Rheinstrecke Basel-Rotterdam ist 834 km lang; davon ist im französischen Besitz das eine Ufer zwischen Basel und Sondernheim von 214 km Länge. Das ergibt einen französischen Anteil an dem Rheinufer von noch nicht 13 v. H. der Länge. Wenn gar, wie es zu rechtfertigen wäre, die bisher kaum schiffbare Strecke Basel-Straßburg (129 km) in Abzug gebracht wird, geht der französische Anteil am Rhein als eigentlichem Großschiffahrtsweg auf 6 v. H. herunter. Mindestens ebenso ungünstig würde Frankreich abschneiden, wenn die Anteile nach dem Einzugsgebiet des Stromes berechnet werden würden. Aus diesem Einzelbeispiel ist recht deutlich zu ersehen, was alles England in Versailles zugunsten Frankreichs zugelassen hat und was sich die neutralen, dort nicht vertretenen Staaten, in diesem Fall besonders die Niederlande, haben bieten lassen müssen — von dem deutschen „Vertragsgegner" gar nicht zu sprechen. Der schon dadurch scharf betonte Einbruch in das deutsche Staatsgebiet wird aber noch durch zahlreiche Einzelbestimmungen ergänzt und verschlimmert. Frankreich hat auf der deutsch-französischen Grenzstrecke das „Recht" zur beliebigen Wasserentnahme für Kanalbauten (auch zukünftige) und Wasserkraftanlagen (übrigens unterhalb auch Belgien für den geplanten Rhein-Maas-Kanal). Wenn hinzugefügt ist, daß dies Recht die Schiffahrt auf dem Rhein nicht beeinträchtigen dürfe, so hat dieser Vorbehalt wenig Wert, da eine Schiffahrt oberhalb Straßburgs ja noch kaum bestand und erst zusammen mit der Schweiz durch Ausbau und Korrektionen des Stromes geschaffen werden sollte, was zuzulassen oder zu verhindern Frankreich nunmehr völlig in seiner Gewalt hat. Die Schweizer fragen mit gerechtem Unwillen, wozu sie ihren schönen neuen Hafen in Basel gebaut haben. Aber weiter: Frankreich darf für seine Zwecke Arbeiten auch auf der deutschen Rheinseite vornehmen lassen und zu diesem Zweck sogar Gelände nach einfacher Benachrichtigung enteignen und in Besitz nehmen; mit der Entschädigung an die Eigentümer wird selbstverständlich das Deutsche Reich belastet. [14]) Ebenso selbstverständlich ist dem Deutschen Reich die Entnahme von Wasser wie der Bau eines Seitenkanals auf der Grenzstrecke verboten, auch darf es keinerlei Arbeiten weder im Strombett noch auf dem deutschen Ufer ohne Genehmigung der Zentralkommission (s. o.) ausführen. Frankreich dagegen darf Arbeiten sogar von Mannheim aufwärts, obgleich der Rhein von Sondernheim bis Mannheim noch 34 km ganz durch deutsches Gebiet fließt, auf Beschluß der Zentralkommission ausführen lassen. Deutschland „verpflichtet sich schon jetzt", keinen Widerspruch gegen die Ausdehnung der Zuständigkeit der Kommission auch auf die Mosel, die Rheinstrecke Basel-Bodensee und etwaige Seiten- oder

Verbindungskanäle zu erheben. Belgien hat 25 Jahre lang den Anspruch auf Bau eines Großschifffahrtsweges von Ruhrort nach der Maas und zu diesem Zweck für die auf deutsches Gebiet entfallende Strecke dieselben „Rechte" zu Übergriffen durch Arbeiten, Enteignung usw., wie sie oben für Frankreich auf der deutschen Rheinseite der Grenzstrecke genannt wurden.

Auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal (im Vertrag Kieler Kanal genannt) und seinen Zugangswegen (also auch Elbemündung und Kieler Bucht, d. h. innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer) haben die Schiffe „aller mit Deutschland in Frieden lebenden Nationen" völlige Gleichberechtigung mit deutschen Schiffen, und zwar auch Kriegsschiffe. In den Häfen von Hamburg und Stettin müssen an die Tschechoslowakei auf 99 Jahre Landstücke verpachtet werden, über deren Abgrenzung usw. ein Ausschuß bestimmt, in dem sich Deutschland in der Minderheit befindet.

Hier wäre auch der Tragweite des Art. 272 zu gedenken, wonach alle Untersuchungs- und Polizeirechte betr. Fischerei und Handel mit geistigen Getränken in der Nordsee gegenüber Fischereifahrzeugen der alliierten Mächte lediglich durch Fahrzeuge dieser Mächte ausgeübt werden dürfen.

Bezüglich der Eisenbahnen sei erwähnt, daß Deutschland schon im voraus zur Anerkennung einer Abänderung der Berner Konvention verpflichtet ist. Im Saargebiet darf Frankreich beliebig neue Verkehrswege anlegen, und ähnliche Bestimmungen gelten für die Besatzungsmächte im eigentlichen besetzten Gebiet.

f) Einbrüche in den Handel. Hier muß zunächst betont werden, was der Raub aller Kolonien sowie aller Rechte im Ausland, freilich noch weit über die Handelsinteressen hinaus, für Deutschland bedeutet — dieser Raub, der in besonders widerlicher Formulierung des F. V. V. als „von Rechts wegen, ohne irgendwelche Entschädigung" vollzogen worden ist. In seiner Entstehung, Absicht und Tragweite mir, wie ich bekennen muß, nicht ganz verständlich, aber in seiner Fassung gleichfalls in höchstem Maße kennzeichnend ist ferner Art. 281: „Treibt die deutsche Regierung internationalen Handel, so soll sie in dieser Hinsicht keinerlei Rechte, Vorrechte und Freiheiten der Souveränität haben, auch nicht so angesehen werden, als ob sie welche hätte", ein Satz, bei dem übrigens die deutsche Übersetzung zur Verschönerung des französisch-englischen Textes noch beigetragen hat. Ferner ist hervorzuheben der Vorbehalt der Mächte für eine eigene Zollordnung in den besetzten Gebieten, „um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu schützen (!)". Die Zollfreiheit für elsaß-lothringensche und polnische Waren ist zwar auf 5 Jahre bemessen, kann aber durch den Völkerbundsrat verlängert werden.

Diesem Korollarium, das nur als eine Auslese aus dem Füllhorn des Vertrages gelten kann, ist dann als Gemme aufgesetzt ein



g) Einbruch in den Staatsinhalt in toto durch die Bestimmung des Art. 248, wonach „der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung" usw. usw. haften — der „Wiedergutmachung", deren Höhe eben im Vertrag selbst gar nicht festgesetzt ist.

Ist die Staatshoheit als solche durch jede dieser Bestimmungen aufs schwerste angegriffen bezw. aufgehoben, so müssen in dieser Richtung noch als einzelne Zusätze genannt werden: die Anerkennung aller Friedensverträge usw. vorher; die unbedingte und unabänderliche Anerkennung der Grenzen Österreichs; in den besetzten Gebieten die Unterstellung des Verkehrspersonals unter den Befehl der Besatzungstruppen sowie deren „Berechtigung" zur Anlage beliebiger Telegraphenlinien u. a. (s. o. unter Verkehr), zur Verhängung des Belagerungszustandes usw. usw.

Und nun kommt endlich erst die Krönung des Werks, der berühmte Satz, der als § 15 der Anlage II zum Abschnitt I von Teil VIII verborgen ist und als Einbruch in totum bezeichnet werden kann: „Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen aufzufassen (!), können sein: wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten". Dieser Satz hätte eigentlich an den Anfang des ganzen Friedensvertrages gehört.

Trotz der Schaffung labiler Grenzen und unzähliger Grenzdurchbrechungen durch den Vertrag sind nun, wie bekannt, seitdem unzählige Verletzungen des Vertrags ausgeübt worden, die hier unmöglich aufgezählt werden können.

ERGEBNISSE.

I. Der F. V. V. ist kein Friedensvertrag, d. h. er dient durch die von ihm aufgestellten Regelungen nicht der Erhaltung des Friedens unter den nebeneinander bestehenden und besonders den aneinander grenzenden Staaten; er hat nicht ein stärkeres, zuverlässiges Gleichgewicht hergestellt, sondern hat im Gegenteil die Gegensätze verschärft und unzählige Spannungen neu geschaffen. Das mag und wird hoffentlich heute für jeden Verständigen, nicht nur in Deutschland, eine Binsenwahrheit sein; aber es ist doch nicht überflüssig, Beweise dafür auch aus der politisch-geographischen Betrachtung abzuleiten und auszuprägen. Daß ein Friedenszustand auf Grund dieses Vertrages nicht gesichert, noch auf längere Zeit möglich ist, wird bewirkt



1. durch eine für längere Dauer unerträgliche Festsetzung der Grenzen des Deutschen Reichs (besonders in der Exklave Ostpreußen und im polnischen Korridor);

2. durch den Ausschluß von weiteren $3^1/_2$ Millionen Deutschen aus dem Reich: Schaffung einer Irredenta in Ostpreußen (Memel), Westpreußen, Posen, Schlesien, Schleswig, Eupen und im Elsaß;

3. durch die in Zusammenhang mit der Einreißung der westlichen Staatsgrenze herbeigeführten Zustände: Kriegführung der Besatzungstruppen gegen die einheimische Bevölkerung mit allen Waffen (Kriegsgerichte!), planmäßige Züchtung und Unterstützung von Loslösungsbestrebungen (Separatismus = Bürgerkrieg);

4. durch die absichtlich geschaffene Unsicherheit der Zukunft infolge der Nichtfestsetzung der Höhe der Kriegsentschädigung und infolge zahlreicher Verzichte und Verpflichtungen des Deutschen Reichs im voraus;

5. durch die Beschneidung der nötigsten Existenzmittel im eigenen Lande: Verkleinerung der schon vorher ungenügend gewesenen Ernährungsbasis, Fortnahme des größeren Teils der Kohlen- und der wichtigsten Erzlager usw.;

6. durch den Abschluß eines 60 Millionen-Volks von freier Bewegung im Weltverkehr und Welthandel: Raub der Kolonien, der Handelsflotte, der auswärtigen Handelsbeziehungen usw.

Man kann, ohne damit die Bedeutung der vielen Vertragsverletzungen im Westen und Osten im mindesten zu verkleinern, sagen: Der F.V.V. ist so wenig ein Friedensvertrag, daß es nicht nötig war, den Vertrag zu brechen, um den Frieden zu brechen.

II. Vom politisch-geographischen Standpunkt gesehen ist der F.V.V. überhaupt kein Vertrag. Außer den Tatsachen, daß der Vertrag nicht durch Verhandlungen, sondern durch Diktat zustande gekommen und daß die Unterschrift erpreßt worden ist, sei hier besonders hervorgehoben:

1. Das Fehlen des Gleichgewichts und der Gleichberechtigung[15]) der Vertragsparteien: Dreiviertel der Welt gegen einen Staat.

2. Die Aufhebung des Staatscharakters des Deutschen Reichs durch den Vertrag infolge Aufhebung bestimmter Grenzen (labile Grenzen und Grenzdurchbrechungen). Dieser Punkt erscheint als das wichtigste Ergebnis gerade der politisch-geographischen Untersuchung. Auch der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann sagte in einer Rede am 16. Dezember 1923: „Zum Staat gehört eine feste Grenze — wo ist sie? — Zum Staat gehört eine starke Souveränität der Verwaltung — wo ist sie am Rhein und an der Ruhr? (und im übrigen Reich? Zusatz des Verf.) — Wieweit geht der Bereich der deutschen Eisenbahnen? — Zum Staat gehört Autorität nach innen und nach außen usw.“

Also: ein Vertrag, der keine bestimmten Grenzen schafft, sondern sie aufhebt, hebt den Staatscharakter eines der Vertragschließenden und damit den Charakter



des Staatsvertrages selbst auf. Solange der F.V.V. besteht, ist das Deutsche Reich nach der politisch-geographischen Auffassung des Begriffs kein „Staat".

Da gerade die Franzosen immer wieder auf den Frankfurter Frieden von 1871 verweisen, an dem sie nur „gerechte" Vergeltung geübt haben wollen, so sei der Charakter dieses Friedensschlusses im Gegensatz zu dem F.V.V. kurz gekennzeichnet:

Der „Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 10. Mai 1871" (erschienen u. a. als Heft 41 der Sammlung „Deutsche Reichsgesetze) ist ein dünnes Bändchen von 59 Seiten in klein 8°, die zur Hälfte auf den französischen Text entfallen und auch noch die Präliminarien von Versailles enthalten. Alle Bestimmungen sind kurz, klar und eindeutig. Es gibt keine Bindungen für eine ungewisse Zukunft („verpflichtet sich, verzichtet schon jetzt" u. a.). Die Kriegsentschädigung (nicht „Wiedergutmachung") ist mäßig und fest bemessen. Allerdings ist eine Besetzung französischen Gebiets bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung vereinbart, aber auch eine schnelle etappenweise Räumung nach Fristen, deren Einhaltung in der Macht Frankreichs stand, wie die geschichtlichen Tatsachen bewiesen haben. Außerdem bestand die Besatzung in deutschen Soldaten, Jünglingen und Familienvätern, nicht in Marokkanern, Senegalnegern und dergleichen. Und vor allem: das Land war erobert durch deutsche Tapferkeit und mit deutschem Blut, nicht erschlichen durch Anwendung von „Waffen", die mit einer ehrlichen Kriegführung nichts zu tun haben sollten.

Die Erklärung der Tatsache, daß ein solches Zerrbild eines Friedensvertrages überhaupt hat zustande kommen können, kann nur die Geschichte und die aus ihr hergeleitete Völkerpsychologie ergeben. Zweifellos ist sie zu suchen in dem spezifisch französischen Geist, der sich vom alten Gallierhäuptling Brennus her, der freilich gegen Erfüllung seiner alsbald fest bestimmten Forderung seinen Abzug zusagte und ausführte, stets in gleicher Richtung und gleicher Eigenart geäußert und betätigt hat und unmittelbar nach dem Raube Straßburgs (1681) von tüchtigen deutschen Politikern in ganz denselben Eigenschaften, Wirkungen und Zielen gekennzeichnet worden ist, wie es heute geschehen müßte. Das liegt, wie gesagt, auf anderem Gebiet. Die politische Geographie kann sich von ihrem Standpunkt nur mit den Tatsachen befassen, und die Ergebnisse einer solchen Untersuchung sollten hier mit möglichster Sachlichkeit und Klarheit vorgelegt werden.

ANMERKUNGEN

[1]) Bei der neuzeitlichen Entwickelung des Seeverkehrs, die freilich auch die Angreifbarkeit zur See sehr gesteigert hat, bildet die Seegrenze, im Höchstfall also die Inselnatur eines Staats die beste Vereinigung der beiden gegeneinander strebenden Forderungen an eine gute Staatsgrenze. Die moderne Ausbildung des Flugwesens sowohl als Angriffs- wie als Verkehrsmittel droht solche natürlichen Bindungen allerdings immer mehr in ihrer Bedeutung zu schwächen.

[2]) Vom britischen Imperium waren außer dem Vereinigten Königreich noch besonders vertreten: das Dominion von Canada, der Australische Bund, das Dominion von Neu-Seeland, Indien und die Südafrikanische Union. Die Gesamtzahl der „alliierten und assoziierten" Vertreter war 68 gegen 2 deutsche.

[3]) Berechnet nach „Die Länder der Erde nach ihrem Gebiets- und Bevölkerungstand". Wirtschaft und Statistik, 1923, S. 710 ff.

[4]) Nach „Wirtschaft und Statistik", 1923, S. 646.

[5]) Nach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 1923, S. 12 f.

[6]) Unter Staatssubstanz verstehe ich alle stofflichen Hilfsmittel, die sich für die Erhaltung des Staats aus dem Staatsinhalt ergeben, also alle Bodenerzeugnisse im weitesten Sinne des Begriffs (Edukte und Produkte bezw. Rohstoffe und Nahrungsmittel).

[7]) Die Ausmessung der neuen Grenzen ist durch Herrn Arno Winkler von der Handelshochschule Berlin besorgt worden.

[8]) Th. Holdich: Political frontiers and boundary making, London 1916; vgl. Zeitschrift Ges. Erdkunde, Berlin 1917, S. 566.

[9]) Ders., Boundaries in Europe, London 1918, S. 137 ff.

[10]) a. a. O., S. 213 ff.

[11]) Th. Holdich schrieb a. a. O. 1916 (Zeitschrift Gesellschaft Erdk. S. 566) übrigens: „Dänemark hat die Wiedererwerbung der Provinz Schleswig aus diesem Kriege nicht zu erhoffen; es muß sich ebenso wie Holland damit bescheiden, der deutschen Beherrschung entronnen zu sein, und kann sich im übrigen mit den materiellen Gewinnsten, die es infolge seiner Neutralität eingeheimst hat, zufrieden geben".

[12]) Supan, Leitlinien der allgem. polit. Geogr., Lpz. 1918, S. 59. — In der 2. Aufl. des Werks (S. 78 ff.) hat E. Obst bereits zutreffende kritische Bemerkungen angeknüpft.

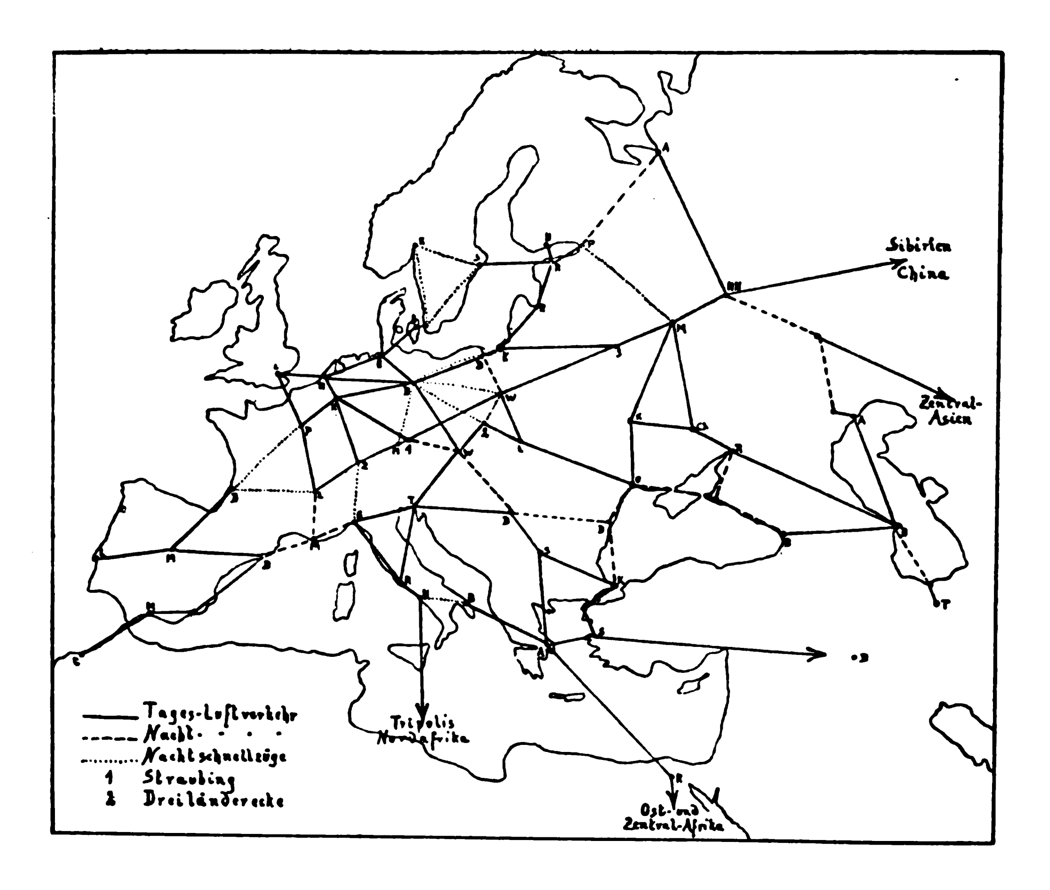
[13]) Vogel, Politische Geographie, 1922, S. 21.

[14]) Daß der deutsche Hafen Kehl auf sieben Jahre in eine französische Betriebseinheit mit Straßburg einbezogen worden ist (Art. 65), sei zur Erinnerung hinzugefügt.

[15]) Es sei hier auch an die Beschimpfung und Mißhandlung der deutschen Delegierten in Versailles erinnert.

JOHANNES WÜTSCHKE:
GEOPOLITIK UND EUROPÄISCHER LUFTVERKEHR

Das Jahr 1923 bedeutet für den internationalen Luftverkehr insofern einen Wendepunkt, als in Deutschland, das infolge seiner zentralen Lage besonders dazu berufen erscheint, nach Begründung größerer Arbeitsgemeinschaften von Flugverkehrsgesellschaften internationale Flugpläne aufgestellt werden konnten, deren politische Bedeutung unverkennbar ist. Unter Leitung der Junkers-Flugzeugwerke Dessau ist der organisatorische Zusammenschluß zahlreicher Luftverkehrsgesellschaften erfolgt (1. zur Trans-Europa-Union, 2. zur Osteuropa-Union, 3. zur Schweden-Persien-Linie), die erstmalig nach festem Flugplane 1923 dem internationalen Verkehr dienten. Ein erweiterter Plan für 1924 sieht ein enges Zusammenwirken des Luftverkehrs mit Erdbeförderungsmitteln, namentlich mit



Nachtschnellzügen, und darüber hinaus die Einrichtung von regelmäßigen Nachtflugstrecken vor. Nachtflugbetrieb mit Seeflugzeugen ist vorgesehen, wo Meeresküsten oder Flüsse (z. B. Donau von Straubing bis Braila) als Leitlinien benutzt werden können, da erfahrungsgemäß selbst in den dunkelsten Nächten die Wasserfläche ein stets zuverlässiger Wegweiser ist. Grundlegend für Linienführung und Verkehrsorganisation war vor allem der Grundgedanke, daß Europa heute mehr denn je im Weltwirtschaftskampf eine Wirtschaftseinheit bildet, die enger zu knüpfen sich die neuen Luftverkehrspläne zum Ziele setzen. Diese politische Bedeutung wird noch mehr betont durch die zweite grundlegende Erwägung, daß der Luftverkehr den Zug der Welthandelsstraßen innerhalb Europas zwischen den wichtigsten Erzeugungs- und Verbrauchszentren dort wieder zur alten Geltung bringen soll, wo durch die aus den verschiedenen Friedensverträgen erwachsenen politischen Verhältnisse dem Verkehr Hindernisse entstanden sind. Aus der Verkürzung der Reisedauer erhellt die Bedeutung der vorgesehenen Pläne für die wirtschaftliche Verknüpfung der europäischen Staaten, z. B.:

	Bodenverkehr	Luftverkehr	Ersparnis
London-Christiania	etwa 55 Stunden	etwa 27 Stunden	1 Tag 4 Stunden
„ -Moskau	„ 92 „	„ 35 „	2 Tage 9 „
„ -Teheran	„ 270 „	„ 74 „	8 „ 4 „
Lissabon-Petersburg	„ 130 „	„ 56 „	3 „ 2 „
„ -Braila	„ 130 „	„ 40 „	3 „ 18 „
Bordeaux-Konstantinopel	„ 94 „	„ 42 „	2 „ 4 „
Berlin-Konstantinopel	„ 68 „	„ 28 „	1 Tag 16 „

ROWLAND-KALLING:
DIE FEDERATED MALAY STATES — EINST UND JETZT

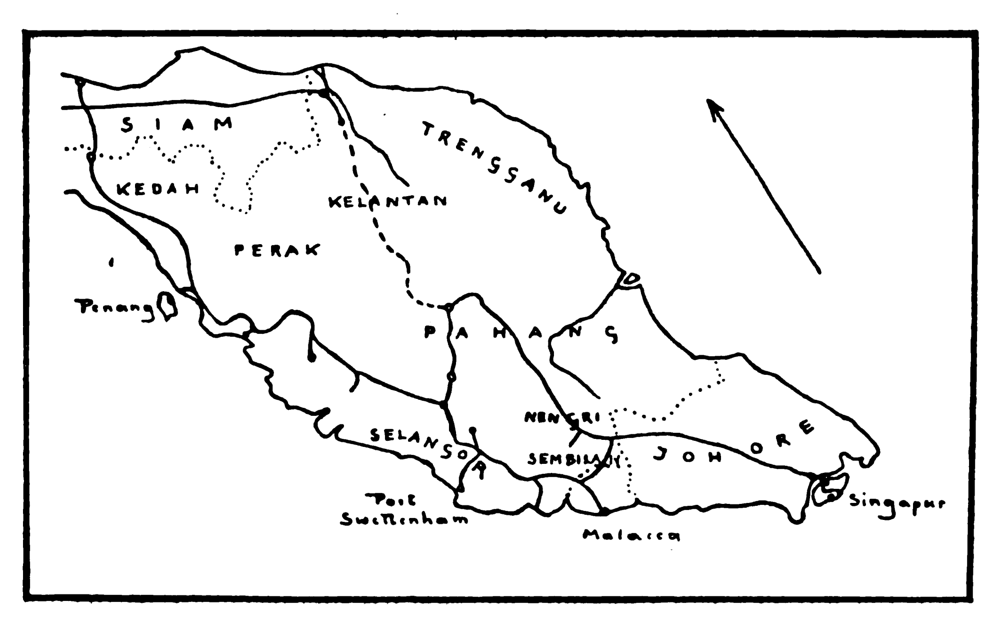
Eine kurze Einführung für den Aufsatz von Rowland scheint deshalb erwünscht, weil hier ein Beispiel vorliegt, wie Männer des praktischen, namentlich des überseeischen Wirtschaftslebens auch ohne streng wissenschaftliche Schulung der Wissenschaft Dienste leisten können, die sie selbst sich nicht zu leisten vermag, allein durch die ihnen eigene, anders eingestellte, aber eben in der Praxis erzogene Beobachtungsfähigkeit.

Hier wird ein Erdraum knapp und scharf in seiner wichtigsten Monokultur, der Rubber-Gewinnung aus der hevea brasiliensis geschildert, die tatsächlich seine Geopolitik in einem Menschenalter völlig verändert hat, weil durch sie seine Landoberfläche und ihr Pflanzenkleid, ihre ganze Wasserführung und ihr Wasserhaushalt völlig umgestaltet wurde, im Zusammenhang mit der Sonder-Raub-Ausnützung eines Bodenschatzes, Zinn, dem Durchgangs- und Umschlagverkehr der großen Randhäfen, und der Rassen-Umschichtung.

Diese Umgestaltung selbst ist Gegenstand der folgenden lebendigen Schilderung eines Begründers dieser geopolitisch so folgenschweren Monokultur. Daher sein besonderes Recht, gerade hier gehört zu werden! K. H.

Als ich im Herbst 1893 zum ersten Male, von Colombo kommend, durch die Straße von Malacca nach Singapore fuhr, war das ausgedehnte Gebiet von den Tage lang an unserer Linken deutlich sichtbaren Mangroven-Ufern bis an den blau-grünen Horizont von hohen Bergen, die das Rückgrat der Halbinsel Malacca bezeichnen, sogar für die meisten dort lebenden Europäer noch eine terra incognita. Nur ein Markensammler an Bord unseres P.&O.-Dampfers wußte zu berichten, daß hier irgendwo die Malaiischen Staaten Perak, Selangore und Sungey-Ujong liegen mußten.

In Singapore, wo ich für das unmittelbare Hinterland dieses großen Hafens einiges Interesse erwartet hatte, wußte man mir wenig mehr zu sagen, als daß Zinn das Hauptprodukt desselben sei; es werde von Chinesen im Tagbau gewonnen. Außerdem hätten einige zähe alte Kaffeepflanzer aus Ceylon, nachdem die Hemileia Vastatrix dort ihre Plantagen vernichtet hatte, Versuche mit einer neuen Art Kaffee angefangen, über die aber niemand Genaueres wußte. Die Verbindung von Singapore nach den Staaten sollten erratisch verkehrende, anderwärts längst ausrangierte Dampferchen vermitteln, auf denen man sich zwischen chinesischen Kulis und Stößen von großen Rohrkörben, von denen jeder ein mächtig großes, dickes, rosarotes Schwein beherbergte, selbst eine Schlafstelle erobern müsse, wenn es nicht gelang, den Kapitän, meist den einzigen Europäer an Bord, zur Abgabe seiner bescheidenen Koje zu bewegen. Im Singaporer Adreßbuch befand sich, als Anhang, die einzige damals existierende Karte der Malaiischen Halbinsel, auf der, zwischen augenscheinlich nur schematisch eingezeichneten Bergketten und Flußläufen eine Zahl von Landschafts- und Ortsnamen versuchten, die überwiegend



weiße Fläche zu beleben. An der Westküste fielen nur drei kurze Endchen von Eisenbahnen auf, schüchterne Versuche, ins Unbekannte vorzudringen.

Wirklich kartenhaft anzusehen waren nur die Stellen, welche zu der eigentlichen alten Kron-Kolonie der Straits Settlements gehörten, den „Ansiedelungen an den Straits", das ist an der Straße von Malacca: Singapore, die Insel am äußersten Südende der langen, schmalen Landzunge, welche die Engländer „Malay Peninsula" nennen; etwa 100 km weiter nördlich, an der Westküste, die uralte Stadt Malacca samt Gebiet; gleich weit, weiter nach Norden, der Distrikt der „Dindings" und, als letzte Etappe, schließlich die sogenannte Provinz Wellesley und dieser vorgelagert die Insel Penang, mit der nach dem Festlande zu blickenden Stadt gleichen Namens. Hier ist überall der Jahrhunderte alte europäische Einfluß zu spüren, wenn auch von den Portugiesen nur noch einige alte Kirchen, und von den Holländern ein paar malerische, düstere Forts und Reihen von kaum entzifferbaren Grabsteinen erzählen. Im übrigen hat die „Pax Britannica" — nachdem die Konkurrenz mit gänzlich unpazifistischen Mitteln beseitigt worden war — dafür gesorgt, daß diese Gebiete bevölkert wurden; die dunklen Wolken von eng aneinander gedrängten Ortsnamen scheinen den Kontrast mit den erst später durch sie beglückten Teilen der Karte herauszufordern.

Zwischen diesen alten englischen Vorposten am Meere und der zentralen Bergkette liegen die ältesten malaischen Protektorate. Östlich davon waren nur einige große Flußläufe bekannt; ein wütender Nord-Ost-Monsun macht die ganze Ost-



küste den größten Teil des Jahres über für alles außer Ruderboote unzugänglich und verriegelt die Mündungen der Flüsse durch gefährliche Sandbarren; sie besitzt nicht einen einzigen Hafen, und ist infolgedessen verurteilt gewesen, geduldig zu warten, bis ihre westlichen Nachbarn saturiert und in der Lage waren, ihr Verkehrs-System als Zufahrtswege anzubieten. Das Land nördlich des Kedah Peak, der sich Penang gegenüber so imposant erhebt, bis hinauf in die Gegend, wo aus den vielgeteilten Ausläufern des Himalaja die Halbinsel ihren Ursprung nimmt, war nur aus wenigen Reiseberichten lückenhaft bekannt. Daß aber auch der südlichste und breiteste, fast berglose Teil der Halbinsel, Johore, trotz seiner Nähe zu den ältesten Reisewegen des Ostens eine unbeschriebene weiße Fläche geblieben war, verdankte dieser „unabhängige“ Staat dem Umstande, daß sein Sultan, ein vielgereister, ungewöhnlich kluger alter Herr, es verstanden hatte, sich mit den anderen, kleineren Malaischen Fürsten nicht in einen Topf werfen zu lassen. Sein Palast, hart am Meere, Singapore gegenüber, gehörte zu den wenigen Sehenswürdigkeiten, die der eindruckshungrige Globetrotter gesehen haben mußte; abgesehen von den wunderbaren Gärten war sie aber ebenso enttäuschend, wie die meisten derartigen Kitsch-Ansammlungen und wie die überaus lahme Spiel-„Hölle“ der Hauptstadt, der ein zeitweises Verbot einen gewissen Reiz verschaffen muß.

Als ich zwei Jahre später beschloß, mich auf der Halbinsel als Dritter im Bunde mit zwei bekannten Pflanzer-Pionieren aus Ceylon an einer Plantage von Liberia-Kaffee zu beteiligen, machte ich die praktische Bekanntschaft mit den immer noch mit Chinesen und Schweinen befrachteten Miniatur-Dampfern und mit einer der Miniatur-Eisenbahnen, die in Port Dickson auf einem gemauerten Wellenbrecher ihren Anfang nimmt, bei dessen Bau sichtbar noch aus einem vollen Säckel geschöpft worden war.

Von dem Augenblicke an, wo nach einer kurzen Steigung der Rückblick nach dem Meere verschwindet, tauchen die schmalspurigen Schienen in eine grüne Wildnis. Eigentlichen hohen Urwald sieht man aber nur in der Ferne; 2 bis 3 km von der Bahn ist alles nur mehr Jungwald oder leicht gewellte, hellgrüne Steppe, bedeckt mit jenem Lalang-Gras (Alang Alang bei den Holländern), das wie ein Fluch allem Lande anhängt, das einmal dem Raubbau zum Opfer gefallen ist. Seit Jahrzehnten haben hier chinesische Siedler Tapioca und Cambier gebaut, einige gute Ernten aus dem prächtigen Urwaldboden herausgeholt und ihn dann sich selbst überlassen. Weiter im Inlande, wo die Ureinwohner und Malaien, unbeschränkt in der Wahl ihrer Anlagen, das gleiche System befolgt haben, konnten sich die zerstreut liegenden Parzellen von dem sie umgebenden Urwalde aus selbst wieder aufforsten. Näher der Küste und den Verkehrswegen, die den chinesischen Einwanderern als Basis dienten, wurde mit dem Lande nicht ganz so gewüstet; der Erfolg war aber schlimmer. Auf den sich hier aneinander reihenden entblößten

Stellen konnte sich die Natur nicht selbst helfen und das Resultat sind jene unübersehbaren Strecken von sonnedurchglühtem Lalang-Land, das von jedem Pflanzer als wertlos sorgfältig vermieden wurde, bis der Rubber-Boom und die damit aufgetauchte Neuwertung aller leichter zugänglichen Ländereien die alte Regel über den Haufen warf und zugleich das Sprichwort bestätigte, daß „zu Geld immer wieder Geld kommt". Daß aus einem der zinnreichsten Länder der Welt in wenigen Jahren einer der größten Gummi-Produzenten der Welt wurde, war eine ungewöhnlich glückliche Fügung; daß sich aber eine Industrie fand, die gerade auf den durch Mißwirtschaft wertlos gewordenen Ländereien die Aufforstung auf eigene Kosten und sogar unter Bezahlung für dieses Privilegium in die Hand nahm, veranlaßt den kritischen Beobachter die Ansprüche derer, die den unerhörten Wohlstand und Fortschritt des Landes als ihr eigenstes Werk hinstellen, mit einiger Reserve anzuerkennen.

Als einzige Unterbrechung in der grünen Wildnis kann man hier und da weite, sandgrubenartige, teilweise mit Wasser gefüllte Löcher sehen, an deren Rändern sich das ausgehobene Material von weißem Sand und Schotter wallartig erhebt, herausbefördert durch hundert, wie aufgestörte Ameisen durcheinander wimmelnde, fast nackte Chinesen, jeder zwei flache Weidenkörbchen an einem Bambusstocke auf einer Schulter balanzierend. Dies waren die ersten „Lampan"-Minen, wo das zinntragende Alluvium im Tagbau gefördert und in primitiver Weise gewaschen und bearbeitet wird.

Nachdem in zweistündiger Fahrt die knapp 25 km lange Strecke glücklich überwunden war, befinden wir uns in der Hauptstadt des Staates Sungey Ujong, Seremban.

Ein kleines steinernes Stationsgebäude mit rotem Wellblechdach, davon ausgehend eine breite, gerade, erbarmungslos sonnige Straße mit monoton gleichgebauten, weiß oder bläulich gestrichenen chinesischen Geschäftshäusern, etwas abseits, in bescheidenen Gärten halb versteckt, einige „Bungalows", Häuser der wenigen Europäer; auf einer dominierenden Höhe der weiße Flaggenmast mit dem blau-rot-weißen Doppelkreuz des Union Jack, dem Zeichen, daß Britannia sich hier von niemanden mehr dreinreden läßt, und das von kurz gehaltenem Rasen und einigen schönen Bäumen eingefaßte einfache Holzhaus, die „Residency", die ihrem Vertreter und Vorposten zur Wohnung dient — das war damals etwa das Bild einer typischen Hauptstadt eines malaiischen Protektorates. Von den eigentlichen Herren des Landes bekam nur der etwas zu sehen, der sich die Mühe nahm, den „Sultan" in seiner „Istana" aufzusuchen, die sich immer reichlich weit entfernt vom Sitz des bevormundenden britischen Residenten befindet.

Vor dem „Resthouse", dem primitiven Wirtshaus, wo man mit dem obligaten Huhn und Reis gefüttert und durch spannweite Löcher in den Moskitonetzen der



Betten nachtsüber mit fein singenden blutdürstigen und nebenbei Malaria bringenden Mücken versorgt wird, war, zur Fahrt nach der neuen Plantage, für jeden Teilnehmer ein „gharri" angekommen; Hundehüttchen auf zwei Rädern, in denen ein Europäer gerade genug Platz hatte, um den schmerzenden Schwerpunkt von Zeit zu Zeit verändern zu können; der malaiische „Sais" hockte, genau wie ein Affe, vor ihm auf einer der beiden Deichseln und versuchte mit einem winzigen Peitschchen unter Zungenschnalzen und fortwährendem Zerren an den vielfach geflickten Leitseilen das abgearbeitete Batakpferdchen zum Weitergehen zu bewegen. Von Laufen konnte man nur sprechen, solange wir noch auf der glatten „Market-Street" dahinrollen. Sobald wir die Häuser im Rücken haben und die eigentliche Landstraße beginnt, wird der Aufenthalt in dem Kästchen trotz reduzierter Gangart peinlich; der Wagen stolpert von einem Loch in das andere und gibt dem Reisenden kaum Zeit zu bemerken, daß sein Vehikel ihm keinerlei Aussicht auf die durchreiste Landschaft gewährt. Nach 6 km die erste Kaffee-„Estate", ein Chaos von kunterbunt durcheinanderliegenden, teilweise verkohlten Baumstämmen, in dem der Neuling vergebens nach dem Kaffee sucht. Noch einige Kilometer weiter durch hohen Urwald, und die Straße — wenn man ihr die Ehre dieses Namens zuteil werden lassen will — hört unvermittelt auf. Das Ende der Zivilisation. Es beginnt die Welt der Kultur-Pioniere.

Im Gänsemarsch schreiten wir auf einem kaum sichtbar ausgetretenen Pfade, vorsichtig mit den Füßen tastend, durch das Walddunkel; bergauf, bergab: waten durch ein paar morastige Mulden und unter Gestrüpp leise rauschende Bächlein und treten dann plötzlich ins Freie.

Vor uns eine Lichtung, 200 Meter im Quadrat; ein scharfrandiges Loch; wie wenn man ein kleines viereckiges Stück aus einer dicken Torte herausgeschnitten hätte; ringsum hohe Bäume, eine Wand von geraden, säulenartigen, astreinen Stämmen aller Dicken und darüber ein dichtes, viele Meter dickes Dach von Baumkronen, eine grüne Schicht zwischen dem Blau des Himmels und dem geheimnisvoll dunklen Raum hinter den hell beleuchteten Stämmen des Randes. Ein Blick wie aus einem Gefängnishofe; die ganze Lichtung wieder der Trümmerhaufen „Estate" genannt; riesige Baumleichen, wie im Kampfe wüst durcheinander gestürzt; die größeren, von ein und mehr Metern Durchmesser, dienen auf weite Strecken als Wege und Brücken. Darunter der mit Asche dick bedeckte Boden, den man beim Durchqueren eines solchen neuen Feldes überhaupt nicht betritt, und zwischen den Resten des halbverbrannten kleineren Holzwerkes hier und da ein winziges Pflänzchen, das man mir als Kaffeebaum bezeichnet: Ein paar dunkelgrüne, glänzend lackierte Kamelienblätter, die zwischen den zum Schutz gegen die Sonne aufgesteckten Palmwedeln kaum hervorsehen. In der Mitte der Lichtung ein riesiger Schuppen aus Palmblättern, um den einige zerlumpte Malaien herumlungern. Hart am

Rande des Waldes eine leichte Erhöhung, wo die gefällten Bäume zu kurzen Blöckchen geschnitten und auf Stapel gehäuft und teilweise schon verbrannt sind. Hier stehen zwei Reihen aufrechte Pfosten: Die ersten Pfeiler der künftigen Küche zum künftigen Hause des „Managers", in der er, nach einem möglichst kurzen Domizil unter einem Dache mit den Kulis, wohnen muß, bis in dem neuen Hause wenigstens ein Raum bewohnbar ist.

Das waren die Anfänge meiner Plantage!

Damals war der Liberia-Kaffee 42 mexikanische Dollar per Pikul wert, was bei einem Gestehungspreise von 20 Dollar und einer Ernte von 10 Pikuls per Acre Goldene Berge versprach; dafür konnte man wohl Arbeit, Einsamkeit und Malaria in Kauf nehmen.

Als wir drei Jahre später die erste, schöne Ernte einbrachten, hatte Brasilien die Verhältnisse total umgeworfen; der Preis unseres Kaffees war auf 16 Dollar gesunken und das entstandene Defizit verurteilte sofort den größten Teil der jungen Plantagen, die durchweg von Privaten mit geringen Mitteln angelegt worden waren, zum Tode. Einige besser fundierte Optimisten fristeten noch eine Zeit lang ein sorgenvolles Dasein, indem sie von der Regierung Straßen- und andere Arbeiten in Akkord nahmen, Holz bearbeiteten und verkauften, in den Bächen nach Zinn suchten und sich Verdienste von allen möglichen Seiten zusammenkratzten, um nur die mühsam zum Ertrag gebrachte Anlage erhalten zu können. Es waren schließlich ein halbes Dutzend übrig geblieben und die setzten dann ihr Letztes auf eine Karte: Sie pflanzten Para Rubber, Hevea Brasiliensis, zwischen ihren Kaffee, opferten also die mit Schmerzen erwarteten Ernten diesen rasch alles andere überschattenden Waldbäumen, die in wenigen Jahren für alle Mühen und Auslagen hundertfachen Ersatz geben sollten. Zu jener Zeit schrieb mir ein Freund, der von meinem veränderten Programm gehört hatte: „Was sollen wir um Himmelswillen mit so viel Radiergummi anfangen?" und es ist schwer, sich heute vorzustellen, mit welchem Mißtrauen damals das Publikum diesem großen Trumpfe entgegengekommen ist. Die vier Jahre bis zur ersten Ernte wurden nicht bloß durch die stets wechselnde Marktlage zu einer qualvollen Wartezeit gemacht; auch der hier im Osten nicht einheimische Baum, dessen Wachstumsbedingungen uns ganz unbekannt waren, sorgte für verschiedene Überraschungen unangenehmer Art. Den Höhepunkt erreichten unsere Sorgen, als wir eines Tages, nach fieberhaften gegenseitigen Besuchen der benachbarten Leidensgefährten, feststellen mußten, daß unsere schönen, dichtbelaubten, vor der ersten Ernte stehenden Bäume abzusterben begannen; in wenigen Tagen waren sämtliche Bestände von Hevea total kahl und in tiefer Verzweiflung irrten wir, durch dicke Lagen von herbstlichen Blättern, zwischen jämmerlichen Besen herum. Einer meiner Freunde ging in erstaunlicher Energie sofort daran, die enttäuschenden Waldbäume umzuschlagen,

um wenigstens einen Teil der darunter verkümmerten Kaffeebüsche zu retten, und entdeckte bei der Gelegenheit, daß aus dem totgeglaubten Baume eine Fülle von Rubber-Milch ausfloß und daß die von unten kahl aussehenden Kronen bereits dicht mit einem winzigen, feinen, bräunlichen Gefieder von jungen Schößen bedeckt waren; wenige Tage darauf war der junge Rubber-Wald in frischem Grün neu erstanden.

Schließlich wäre aber doch noch manchen von uns der Atem, oder der Mut ausgegangen, wenn nicht der damalige fernblickende Governor der Straits Settlements es durchgesetzt hätte, diesen wenigen zähen Überlebenden durch Anleihen über die letzten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

* * *

Zwanzig Jahre später! Nach Jahren der Abwesenheit von dem alten Wirkungskreise! Der große Krieg ist gerade vorüber!

In dem von Säulen getragenen Portal meiner letzten Residenz in den Malaiischen Staaten surrt der Motor eines 6-Zylinder-„Hudson". Im Einsteigen überblicke ich die mit buntfarbigen Schlingpflanzen überwachsene Pergola rings um den Teich mit dem Springbrunnen; jenseits das weite Tal, zwischen dem dominierend liegenden General-Manager's Bungalow und dem hohen Gebirge — ein Wald von Heveabäumen. Eine Stunde lang im scharfen Tempo in allen Richtungen durch meine alte Besitzung — jetzt eine große Londoner Gesellschaft — über vielgewundene, gut erhaltene Straßen; immer im Schatten, ein ununterbrochener Wald von Rubber. An den Straßen entlang, da und dort Reihen der starken blechernen Milchkannen, in die die Zapferinnen die Milch aus den hart am Stamm stehenden Bechern entlehren. Zwischen den Bäumen, jede ihre eigene Reihe entlang arbeitend, huschen — wie in alten Zeiten — die kleinen braunen javanischen Mädchen und äugen neugierig nach dem unbekannten Herrn, den ihre Vorgängerinnen so gut gekannt haben. Aber bei der Begegnung mit gesenktem Kopf niederkauern, wie vor ihren javanischen Fürsten, wie sie es früher vor mir getan hatten, das haben sie inzwischen verlernt.

Noch einen kurzen Umweg bei meinem alten Holzhause vorbei, meiner ersten architektonischen Leistung, das zu meinem Stolz immer noch steht; immer noch der alte „Porch" am Eingang, in dem in der guten alten Zeit unser Magistrat vom Frühstückstische aus Recht gesprochen hat; immer noch der riesenhafte Baumstumpf an der Ecke des Tennisplatzes, den Axt und Feuer und dreißig Jahre vergeblich unterzukriegen versucht haben; immer noch die Allee von selbstgepflanzten Kokospalmen, die Straße, auf der die Kinder gehen gelernt haben — und doch alles fremd. Wenige Schritte weiter das alte „Office" in dem so viel gerechnet und geplant worden war, ohne daß einer von uns, trotz allem Optimismus, die schließ-

liche Entwicklung der Dinge richtig vorausgesehen hat; und jenseits eine neue Eisenbahnbrücke: Die Linie Penang — Singapore.

Eine Strecke weit an der Bahn entlang bis zu der Station, die mich, wie die ganze Bahn, so viele heiße Kämpfe mit der Regierung gekostet hat, weil man damals durchaus einer bequemeren Trace folgen wollte. Daneben die Fabrik, in der Tag und Nacht die weiße Gummimilch zu „crêpe" und „sheets" verarbeitet wird. Weiter, vorbei an zahlreichen Milchkarren aus den entfernteren Teilen der Plantage, die tadellose Chaussee entlang nach Seremban. Alles Rubber. Nur einmal ein Stück Weideland mit freiem Ausblick nach den hohen Bergen, auf denen ich, nach langem Sträuben kleinlicher Beamter, für die Regierung vor Jahren ein Sanatorium gebaut habe, wo heute mancher den durch Hitze und Malaria geschwächten Körper auffrischen kann.

Seremban, das einst armselige kleine Nest, kaum wieder zu erkennen. Die alte Station jetzt ein Knotenpunkt von drei Linien, weitläufig ausgebaut; davor eine endlose Reihe von Automobilen, meistens Fordwagen. In den weiten Straßen, zwischen hunderten von gut ausstaffirten Läden, ein Gedränge von Menschen, weiß, braun und gelb. Dort wo früher die vereinzelnten Bungalows standen, jetzt Parkwege zwischen wohlgepflegten Anlagen hindurch, hinter denen, eine neben der andern, aber doch nicht zu nahe, sauber gebaute Villen stehen. Und der alte Union Jack weht immer noch von der gleichen Stelle, aber er steht jetzt vor einem imposaten steinernen Palais, an dessen marmornen Stufen ein Doppelposten von einem indischen Regiment auf und ab geht. Der alte Klub zur Unkenntlichkeit groß und stattlich geworden; an der Bar, wo wir sechs alten Gründer und lange einzigen Mitglieder die Klub-Interessen so oft vor die der eignen Finanzen setzend, den Konsum von Whisky und Soda nach Möglichkeit gehoben hatten, zwanzig, dreißig junge Männer in wesentlich weniger strapaziertem Kakizeug als wir es damals trugen, die neugierig die Köpfe zusammenstecken und meinen Freund leise fragen, wer der „Fremde" ist. Von den sechs Gründern lebt nur einer noch, das ist der „Fremde".

Dann weiter im „Hudson" nach Norden, gegen die Bundeshauptstadt Kwala Lumpur; 60 engl. Meilen, immer durch Rubber. Von dem wunderbaren alten Urwald, den ich auf Inspektionsreisen noch vor 10 Jahren allwöchentlich durchquert und immer wieder bewundert habe, ist nichts mehr übrig. Die ganze Gegend nicht wieder zu erkennen. Weite, offene Stellen mit altbekannten Ausblicken nach den Bergen in unübersichtlichen Wald verwandelt. Dann wieder bekannte Höhen im Urwalde, die ich an der Straßenführung wieder erkennen kann, auf denen man die lange Fahrt früher oft im tiefsten Schatten unterbrochen hatte, um den Motor zu kühlen, in märchenhafte Aussichtspunkte verwandelt, von wo aus man, über Quadratmeilen von jungen Anpflanzungen, Blicke auf Berge und Täler gewinnt, die man früher nicht geahnt hatte.



Nicht einmal die Straße ist ganz die gleiche geblieben und manche scharfe Kurve oder steile Stelle, an der wir damals unsere junge Motorfahrkunst erproben mußten, finde ich nicht mehr.

In der weiten Alluvialebene rings um die Hauptstadt überall Zeichen, daß auch in der anderen Hauptindustrie des Landes (Zinn) vieles anders geworden ist. Immer noch sieht man hier und da unter einer Brücke ein paar alte Malaienweiber mit halben Kokosschalen Zinnspuren — und manchmal wohl auch ein Körnchen Gold — aus dem Flußsande waschen; immer noch wimmeln die nackten Chinesen mit den kleinen Körben über der Schulter die steilen Sandwände der Tagbauten auf und ab. Aber daneben fauchen Dampfmaschinen; surrende Zentrifugalpumpen werfen Ströme von zinnsandhaltiger Erbsensuppe in die hölzernen Rinnen, in denen sich Erde von Metall sondert. Ganze Hügel, an die ich mich deutlich erinnere, sind verschwunden, andere sind frisch angeschnitten, wie man ein Stück von einem großen Laib Brot schneidet. Da, wo früher tausend fleißige Hände mühsam an den zinnhaltigen Höhen gekratzt haben, bohrt jetzt der Monitor in wenigen Minuten metertiefe Löcher. Aus der kanonenartigen Spritze schießt, wie eine kompakte Masse, der stahlharte Strahl von Wasser, der in geschlossenen Röhren seine Energie viele Meilen weit hoch oben aus den Bergen mitbringt. Gurgelnd nagt der weiße Strahl am Fuße der roten Bergwand entlang; plötzlich gerät die ganze steile Fläche ins Rutschen und Teile von dem, was einst ein Berg war, immer weiter zersetzt durch den bohrenden Strahl, treten, untermischt mit Grasboden, Gestrüpp und Baumstümpfen, als rotgelber Breistrom den Weg durch die Sortirrinnen an.

Aber nicht nur in solchem Neuland wird jetzt gearbeitet. Hunderte von Stellen, an denen sich früher die Mühe nicht lohnte, werden heute erfolgreich ausgebeutet; vielfach wird das alte „overburden" frisch durchsucht. In einigen Flüssen, die durch die Abfälle von Zinnminen höher oben in wertlose Schlamm- und Sandtümpel verwandelt worden waren, schwimmen jetzt riesige Baggermaschinen. In der Mitte einer jämmerlichen Pfütze, in der sich alles, was an Wasser noch zu haben war, sammelt, liegt schnaubend, kettenrasselnd, polternd, das schwimmende Ungetüm, das sich langsam, dem alten Flußlaufe nach, ein neues Bett in die Landschaft frißt, in seinem Inneren das Zinn zurückbehält und das wertlose Material auf den neugeschaffenen Ufern in langen gelbroten Fladen ablagert.

Blaue Bogenlampen leuchten überall über den offenen Minen auf, und je näher der Stadt wir kommen, um so deutlicher wird der Lichtschein über ihr. Aus dem alten Chinesendorf, das seinen Namen „Schmutzmündung" damals wohl verdiente, ist eine Metropole geworden mit breiten, sauberen Straßen, mit schmucken braunen Polizisten an jeder belebten Ecke; mit hohen modernen Geschäftshäusern neben einem Gewirr von alten chinesischen Baulichkeiten. Die Regierungsgebäude

im maurischen Stil rings um den „Padang“ können sich neben jeder Hauptstadt östlich von Suez sehen lassen, ebenso wie der Bahnhof, der, wenn auch architektonisch vielleicht nicht einwandfrei, allen Anforderungen der Neuzeit entspricht. Und hier, am Hauptausgang vom Bahnsteig, eine unerwartete Freude: Endlich zwei bekannte Gesichter — wenn auch nur in Bronze; Freunde, Altersgenossen aus der guten Zeit vor dem Kriege: Der Erbauer der Linie durch die Wildnis von Johore und der erste General-Manager der Staatsbahnen, der aus laufenden Einnahmen die Verbindung zwischen Nord und Süd hergestellt hat; beide innerhalb weniger Wochen nach Erreichung des Ziels im gleichen Monat gestorben.

Lautlos gleitet der Singapore-Expreß aus der großen Halle in die Dunkelheit. An makellos gedeckten Tischchen des vorzüglich gefederten Speisewagens, dessen Wände, so weit es die großen Spiegelscheiben erlauben, mit riesigen photographischen Aufnahmen aus allen Teilen der Halbinsel bedeckt sind, ist jeder Platz besetzt.

Kein Wort zu hören als englisch. Ein winziges, rollendes Stück Europa mitten in der malaiischen Nacht.

Jenseits der Grenze der Federated States, in Johore, gegen Mitternacht, verlassen uns verschiedene Mitreisende, um hier in den Zug von Singapore nach Bangkok umzusteigen. Wir setzen unseren Weg nach Süden fort, immer noch durch endlose Hevea-Anlagen. Die Fenster der Schlafwagen werden dunkel. Und ich träume von den Zeiten, wo, vor dreißig Jahren, zwei junge Anthropologen gerade in dieser Gegend viele Tage lang den Tebrau-Fluß in schmalen Booten aufwärts gerudert waren, um hier unter Tigern, Elefanten und wilden Büffeln, in einer unwegsamen Wildnis, wo sich die Scheidung zwischen Land und Wasser noch nicht vollzogen zu haben schien, nach den Ureinwohnern der Halbinsel zu suchen.

Noch vor wenigen Jahren mußte man, am südlichen Ende der Halbinsel angekommen, in Dampffähren den Meeresarm nach Singapore überqueren. Heute läuft unser Zug über einen soliden Damm direkt in die Stadt hinein; aus der einst trennenden Straße von Johore ist ein nach zwei Seiten offener, meilenlanger Hafen geworden; der Plan, ihn mit enormen Kosten zum größten Kriegshafen des Reiches auszugestalten, ist durch die inzwischen ans Ruder gelangte Arbeiterpartei wohl nur vorübergehend aufgegeben worden.

Singapore hat sich wenig verändert. Elektrische Trams und Automobile haben nur teilweise den alten Rickshaw verdrängt. In Tandjong Pagar, dem geschützten Hafen für große Schiffe, liegen die Kolosse heute, wie früher, Bug an Stern und jenseits in Pulau Brani rauchen immer noch die unförmigen Essen der Schmelzwerke, die, zum Trotz gegen Konkurrenzversuche von verschiedenen Seiten, heute noch immer den Löwenanteil des Zinnes aus der Halbinsel an sich ziehen, eine



der großartigsten Unternehmungen im Osten, deren deutscher Gründer schon längst vergessen ist.

Von der Veranda des Singapore Klub, aus dem zur Vergeltung für die „Belgischen Greuel" schon 1914 alles ausgemerzt wurde, was deutschen Namen oder Sympathien besaß — und sich durch deutschen Fleiß unliebsam bemerkbar gemacht hatte — der gleiche wunderbare Blick auf die weite, blaue Reede, in der Ferne begrenzt durch die langgezogenen Inseln jenseits der holländischen Hoheitsgrenze; noch immer schaukeln hier, je nach der Jahreszeit mehr oder weniger lebhaft, die hunderte von Sampans, Praus, großen und kleinen Dampfern der Küstenfahrt. Aber die kleinen, übelriechenden, mit Kulis und Schweinen an Bord, gehen jetzt nach Borneo und nach der Ostküste. Es sind schmucke, blendendweiße Yachten mit den modernsten Einrichtungen, die heute den Verkehr nach den Häfen der Westküste der Halbinsel, als Konkurrenten der Eisenbahn, in der Hand haben. Die rote britische Handelsflagge ist neben der holländischen auf den zahlreichen schönen Schiffen, welche die Verbindung mit Sumatra, Java und dem fernen Südosten herstellen, wieder vorherrschend.

Der Anteil, den deutsche Arbeit und Intelligenz an der Entwicklung dieses großartigen Hafens gehabt hat, ist geblieben und verwertet worden. Aber die deutschen Firmenschilder und ihre Eigentümer sind verschwunden. Und die schwarz-weiß-rote Flagge, der von der Klub-Veranda herab, vom Sammelpunkt der leitenden Kaufleute, so mancher scheele Blick zugeworfen worden war — um so verärgerter je auffallender ihre Häufigkeit wurde — die ist nirgends mehr zu sehen.

Das wahre Ziel des Krieges für die Menschenrechte scheint — hier wenigstens — restlos erreicht zu sein.

Bei Ankunft des ersten deutschen Dampfers in Singapore nach Friedensschluß hat ein englischer „Tuan" (malaiisch: Herr) nach Einschüchterung des Kapitäns durch eine Horde von Gesinnungsgenossen, sich die Mühe genommen, das schwarz-weiß-rote Tuch vom Mast zu holen und zu beschimpfen.

Unter meinen alten malaiischen, indischen und chinesischen Bekannten habe ich aber nicht einen einzigen getroffen, der der Rückkehr der Deutschen nicht mit Freude entgegensieht und so sollen die meisten unter ihnen — das sind 95 Prozent der Bevölkerung — denken. Was immer die Northcliffe-Presse unter Weißen erreicht hat, hier, unter Asiaten, hat sie versagt.

Wenn zwischen 1914 und heute eine Nation in ihren Augen verloren hat — die Deutsche ist es nicht.

HANS MEYER:
GEOPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ÜBER DAS PORTUGIESISCHE KOLONIALREICH IN AFRIKA

Von ihrem riesigen Kolonialreich des 16. und 17. Jahrhunderts haben die Portugiesen nur Trümmer in die Gegenwart herübergerettet. Die größten und wertvollsten Reste trägt der afrikanische Erdteil mit seinen vorgelagerten Inselgruppen: Es sind die Kapverdischen Inseln vor dem Westkap des Kontinentes — das portugiesische Madeira hat atlantisch-mediterranen Charakter und ist ein „distrito" Portugals, keine Kolonie — ferner das kleine Portugiesisch-Guinea unter dem 11.° n.Br. mit den Bissagos-Inselchen, die tropisch üppigen, vulkanischen Inseln Saõ Thomé und Principe im Golf von Guinea, und die auf der südlichen Kontinenthälfte einander gegenüberliegenden großen Kolonien Angola und Moçambique, jenes auf der atlantischen, dieses auf der Indiameer-Seite, beide das Kernstück des ganzen portugiesischen Kolonialbesitzes.

Von ihnen ist der Kapverdische Archipel geopolitisch bedeutungsvoll nicht durch seine Produktionskraft, die sehr schwach ist, und nicht durch seine Nähe zum afrikanischen Festland, trotz deren er nur ganz geringe Beziehungen zum Kontinent hat, sondern durch seine Lage vor der westlichen Ecke Afrikas und halbwegs zwischen Westeuropa und dem östlichen Südamerika, die die Kapverden zu einem wichtigen Rast- und Stützplatz des europäisch-südafrikanischen und europäisch-südamerikanischen Schiffsverkehrs machen.

Das kleine Guinea Portugueza (36625 qkm, 289000 Einw.) dagegen ist trotz seiner Lage nahe dem Kap Verde gänzlich bedeutungslos für den transatlantischen Verkehr, da seine Häfen Bolama und Bissão schlecht, sein heißes nasses Klima höchst ungesund für Europäer sind, und die nahen Kapverden für die großen Schiffahrtslinien viel günstiger als Proviant- und Kohlenplätze gelegen sind.

Portugiesisch-Guineas geopolitische Bedeutung gehört der Vergangenheit an. Als die älteste kontinentale Kolonie Portugals in Afrika war es einst ein Haupt-Sklavenexportgebiet für die Kapverden, für Saõ Thomé, für Süd- und Mittelamerika. Es hatte nicht nur in seinem Hinterland eine schier unerschöpfliche Quelle kräftiger, für Sklavenarbeit geeigneter Woloff- und Mandingoneger, sondern konnte diese auch vermöge seiner vorgeschobenen Westlage auf dem kürzesten Weg nach Brasilien verschiffen, wo sie stets hohe Preise erzielten.

Seit Abschaffung der Sklaverei 1878 ist es mit der Wohlfahrt von Portugiesisch-Guinea vorbei. Die Kleinräumigkeit der Kolonie läßt sie, außer der kolonialpolitischen Rückständigkeit der portugiesischen Verwaltung, nicht zur Entwicklung ihrer beschränkten Produktionskräfte kommen, und ihre politische Umfassung durch den großen Block des französischen Sudan legt ihr alle Nachteile einer kleinen



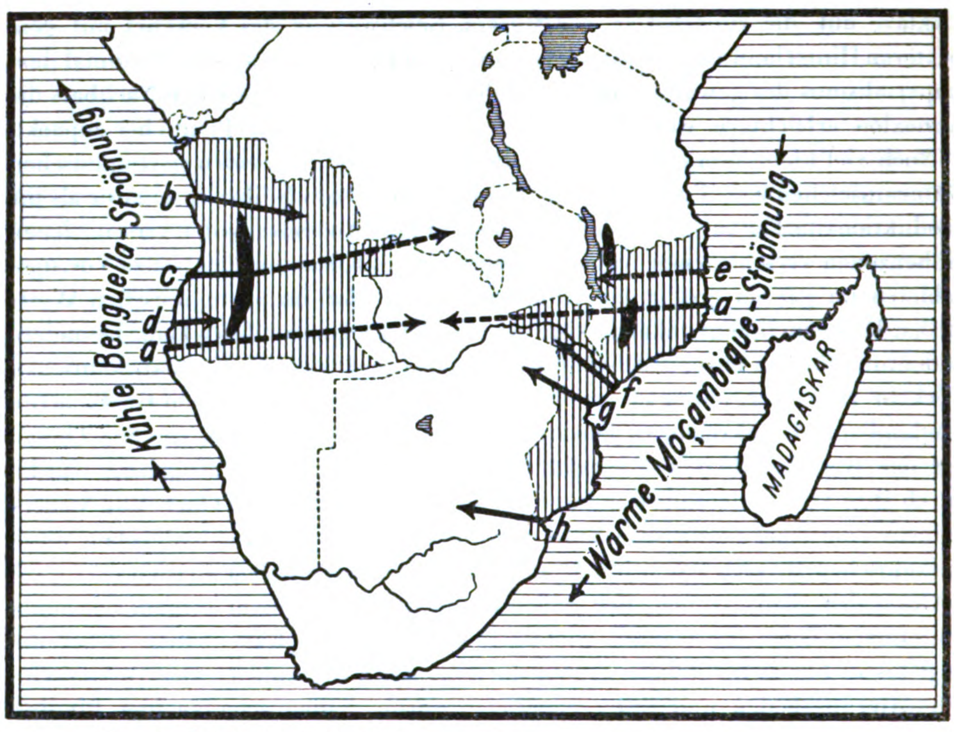
Enklave auf, die zunächst in der starken Erschwerung des Verkehrs mit dem weiteren Hinterland zum Ausdruck kommen, voraussichtlich aber bald einmal dem Imperialismus des gewaltig um sich greifenden großen französischen Nachbars die Annexion erleichtern werden, falls der nicht noch stärkere Brite eher zupackt.

Noch viel kleinräumiger als Guinea Portugueza sind die beiden portugiesischen Guineainselchen Saõ Thomé und Principe. Aber sowohl ihre Inselnatur als ihr produktionsstarker vulkanischer Boden und ihr feuchtwarmes, in den verschiedenen Höhenzonen verschiedenen Anbau ermöglichendes Klima machen sie zu Vorzugsgebieten im ganzen großen Guineabereich, nicht bloß im portugiesischen Westafrika. Da sie im Innenwinkel des Guineagolfes liegen, kommt ihnen keine besondere Bedeutung für den europäisch-westafrikanischen und europäisch-südafrikanischen Verkehr zu. Aber wären sie im Besitz einer der westafrikanischen Großmächte England und Frankreich, so könnten sie, wenn der weite Hafen von Saõ Thomé auf der windgeschützten Nordseite der gleichnamigen Insel ausgebaut würde, durch ihre kontrollierende Randlage vor den Festlandsgebieten Ober- und Niederguineas eine starke politische Kraft gewinnen, was sich die beiden großen westafrikanischen Rivalen schon längst ad notam genommen haben werden.

Unter den „Kulturzonen" der beiden Inseln ist die bis 400 m bergauf reichende küstennahe Zone die weitaus wichtigste als Gebiet des Kakaobaues. Über ihr liegt bis zu 800 m Bergeshöhe hinauf die Zone der Kaffeekultur. Der vulkanische Verwitterungsboden und das regenreiche warme Klima schaffen hier für den Kakaobau dieselben günstigen Bedingungen wie auf dem deutschen Kamerungebirge, und wie dort wird auch in Saõ Thomé der Kakao nur in europäisch geleiteten Plantagen gebaut, was ihm eine viel bessere Qualität sichert als der von Eingebornen betriebene Kakaobau in Nigerien und Gold Coast. Waren es früher aus Angola eingeführte Sklaven, die dem Kakaobau auf den Inseln dienten, so sind es jetzt, wie auf dem Kamerunberg, Kontraktarbeiter, die in Saõ Thomé aus Angola bezogen werden. Das Erzeugnis ist so vorzüglich, daß der Saõ Thomé-Kakao zu den besten Sorten der ganzen Welt gehört und die kleine Inselkolonie zu dem rentabelsten Besitz, ja der einzig gut rentierenden Kolonie Portugals macht. Bemerkenswert ist es, daß in Saõ Thomé der Grund und Boden und damit alle Plantagen im Besitz von Portugiesen sind, die das ausländische Kapital ausschließen.

Ganz anders stehen die Dinge in den beiden großen kontinentalen Kolonien Angola und Moçambique. Beide Kolonien liegen in den Tropen, bis auf den südlichsten Zipfel Moçambiques, der ein kleines Stück über den südlichen Wendekreis hinausreicht; beide sind mit breitester Front dem Ozean zugekehrt.

Angola ist mit rund 1,256,000 qkm und 2,124,000 Einwohnern die größte aller portugiesischen Kolonien. Seine Lage, Großräumigkeit und geringe Volksdichte von nur 2 Menschen auf 1 qkm sind die grundlegenden Faktoren für seine



Europäer-Siedelgebiete der Hochländer.

a-a Versuchte Vereinigung u. Sperre 1884–1891 }
b Eingangslinie Loanda-Kassanje } Angola
c " " Benguella-Bihe (-Katanga) }
d " " Mossamedes-Huilla }

e Eingangslinie Pembabucht-Nyassasee }
f " " Chinde-Sambesi-Tete } Moçambique
g " " Beira-Salisbury (Rhodesia) }
h " " Delagoabey-Pretoria (Transvaal) }

politische Lebensform, für seine ethnische, kulturelle und wirtschaftliche Eigenart. Dazu gesellen sich als mitbestimmende Elemente das Klima, der morphologische Bau und der 3 $^1/_2$ Jahrhunderte alte Einfluß der portugiesischen Herrschaft.

Nachdem sich die Portugiesen zuerst 1444 an der westsudanischen Küste festgesetzt hatten, hat es noch 40 Jahre gedauert, bis sie vom Kap Verde bis zum Südkap vordrangen. 1486 umschiffte Bartolomeu Diaz das Kap der guten Hoffnung und segelte an der Ostküste entlang bis nach Malindi (in der heutigen Kenya Colony), von wo er mit arabischen Lotsen den Indischen Ozean nach Calicut an der Malabarküste Vorderindiens überquerte. Lediglich der Sicherung des Seeweges nach Indien und dem Sklavenexport nach Brasilien dienten die zahlreichen befestigten Stationen, die Portugal an der afrikanischen West- und Ostküste angelegt hatte. Bis nach Mitte des 19. Jahrhunderts war die portugiesische Kolonisation nur eine an gute Naturhäfen gebundene „punktförmige" gewesen ohne bestimmte

Grenzen, mehr Anspruch als Machtausübung, mehr Interessensphären als Herrschaftsgebiete. Nirgends wurden die Landeserzeugnisse ausgenutzt (außer den Sklaven), nirgends produktive Arbeit geleistet. Nur allmählich rückten Missionen weiter ins Landesinnere vor und erweiterten mit den kirchlichen auch die politischen Einflußzonen: so im „Königreich" Congo, so im Reich Monomotapa des Kaffernlandes.

Es dauerte bis 1885, der Berliner Kongo-Konferenz, bis Portugal, das inzwischen nach dem Verlust Brasiliens und fast aller seiner asiatischen Kolonien eine rein afrikanische Kolonialmacht geworden war, dank Bismarcks Vermittlung seine afrikanischen Kolonien gegen die Ansprüche Englands, Frankreichs und Belgiens flächenhaft abrunden und sichern konnte. Im Innern aber blieben die Grenzen noch offen und warteten auf feste Vereinbarungen der an der Aufteilung Innerafrikas beteiligten Mächte.

Diese Übergangszeit benutzte Portugal, das schon 1884/85, nach dem Eintritt Deutschlands in die afrikanischen Koloniengründungen, durch seine bewährten Reisenden Capello und Ivens das Angolagebiet nach Osten auszudehnen bestrebt war, zu dem Versuch, seine beiden Kolonien Angola und Moçambique quer durch den Kontinent zusammenzuschließen, wurde aber 1890 daran durch England gehindert, das seine südnördlichen Expansionspläne dadurch gefährdet sah und sich bis zur Kriegsdrohung an Portugal verstieg. Es ist der analoge Vorgang, wie weiter südlich der Versuch Deutschlands, sein 1884 gegründetes Südwestafrikanisches Schutzgebiet ostwärts bis zum Anschluß an die Burenstaaten auszudehnen. England konnte auch dort seinen großen Plan der Schaffung eines „British backbone" auf der Kap-Kairolinie nicht durch eine fremde Sperrzone durchbrechen lassen und schob einen breiten britischen Keil dazwischen durch die Besetzung von Betschuanaland, von Matabele- und Maschonaland und die Gründung von Rhodesien. Reste der portugiesischen Sperrtendenz sind die Wachstumsspitzen im südöstlichen Angola am Kuango und auf der Moçambiqueseite am mittleren Sambesi. In der Folge wurden die Grenzen Angolas gegen Rhodesien, Deutsch-Südwest und den Kongostaat festgelegt, die dem portugiesischen Angola seine heutige Gestalt gaben, während an der Abgrenzung Moçambiques noch in späteren Jahren mancherlei und stets zuungunsten des schwachen Portugal geändert worden ist.

Der Weltkrieg und Versaillesvertrag haben an den Grenzen Angolas nichts geändert, an denen Moçambiques nur einen winzigen Zuwachs im äußersten Nordosten gebracht, wo das vordem deutsche sog. Kiongadreieck an der Mündung des Rowuma den Portugiesen zugesprochen worden ist. Aber sehr zum Nachteil Portugals hat sich durch den Versaillesvertrag und seine vielfachen Mandatsgründungen die politische Nachbarschaft der beiden Kolonien Angola und Moçambique verändert. Hier wie dort ist der deutsche Nachbar ausgefallen, so daß nun auf der

Kontinentalfront Angola in seiner Südhälfte und Moçambique vollständig von britischen Territorien umklammert werden. Das sind politische Lageverschiebungen, die in Anbetracht der Schwäche und völligen finanziellen Abhängigkeit Portugals von England sowie der gleich zu besprechenden innern Zustände in den beiden Kolonien von starkem Einfluß auf die weitere Entwicklung Angolas und Moçambiques sein müssen und ihre Zukunft, die ohnehin gegenüber England und der Südafrikanischen Union nicht sicher war und ist, schwer gefährden.

Geopolitisch betrachtet, sind die Verhältnisse im großen Angola einfacher und leichter zu durchschauen als im kleinern Moçambique. Seine symmetrisch an der Küste verteilten Haupthäfen Loanda, Benguella — Lobito, Mossamedes — Porto Alexandre sind von Natur gut und öffnen leichten Zugang zum innern Hochland. Gar nicht aber sind als Zugangswege die Flüsse zu gebrauchen, die entweder, wie der Kuango und der Kassai, auf belgischem Kongogebiet münden, oder, wie der Kuanza und der Kunene und viele kleinere, nur auf kurzen Strecken schiffbar sind. Und da auch das minimale portugiesische Stückchen der Kongomündung ganz peripher liegt, ist die Erschließung der großen Kolonie nur durch Landwege und Eisenbahnen ermöglicht. Diese aber treffen, sobald sie das schmale niedere Küstenhinterland durchmessen haben, auf die große Erschwernis des Steilaufstiegs zu den innern Hochplateaus. Erst wenn das Hochland erreicht ist, können sich die Verkehrswege leicht in die Weite ausstrecken.

Das Hochland Westangolas, die 1600—1800 m hohen „Planaltos" von Loanda, von Benguella und von Mossamedes, die zusammen ca. 70000 qkm Fläche haben, sind das Hauptstück in dem geopolitischen Kräftekomplex der Kolonie. Hier sind in dem durch die kühle Benguellaströmung des Atlantik und durch die Höhenlage gemäßigten Klima, in der breiten Zone mittlerer Regenmengen und offner Gras- und Buschwaldvegetation nicht nur die Eingebornen von festerer Konstitution und stärkerer Willens- und Geistesart als in den umliegenden Tiefländern, sondern auch der Europäer fühlt sich hier wohl, kann hier siedeln und tüchtig arbeiten.

Die Eingebornen, fast lauter Bantu, mit sehr geringem hamitischen Einschlag, hätten in ihrem weiträumigen Wohngebiet wohl die Möglichkeit zu größerer Vermehrung und Ausbreitung gehabt, da sie seit Jahrhunderten — Djaggaeinfälle Mitte des 16. Jahrh. — von gewaltsam eindringenden Völkerwellen verschont geblieben sind und besonders die Staatsbildung des Lundareiches ihre Existenz sicherte. Aber der portugiesische Sklavenhandel und die damit verknüpften Sklavenjagden haben 3 Jahrhunderte lang dem Volkskörper schwere Wunden geschlagen und sein Wachstum geschwächt. Und in neuer Zeit ist durch die behördliche Ausfuhr von Kontraktarbeitern nach Saõ Thomé und Principe, durch Militärzwang und Steuerdruck, denen sich die Eingebornen zu Tausenden durch Abwanderung in die belgischen, englischen und südwestafrikanischen Nachbargebiete entziehen, die



Schwächung der Bevölkerung immer weiter gegangen. Daher Arbeitermangel im ganzen Land und Unruhen bald hier bald dort.

Diese Verhältnisse erschweren nicht bloß die europäischen Plantagen-, Industrie- und anderen Unternehmungen im tropisch-warmen Küstenland, sondern auch die Weißensiedlung in den Hochländern. Im geopolitischen Bild Angolas bilden ja die siedelbaren Planaltos, namentlich das mittlere und höchste, das Benguella-Hochland, den wichtigsten Charakterzug. Auf die südlichen Hochplateaus sind schon seit 1880 aus Transvaal kommende Buren in immer größerer Zahl eingezogen und treiben teils halbnomadische Viehzucht, teils Feld- und Gartenbau, während auf den nördlicheren Planaltos sich in größerem Maß portugiesische Farmer und Händler, in kleinerer Zahl englische, deutsche und andere Pflanzer, Farmer und Kaufleute festgesetzt haben. Besonders nach dem Verlust unserer Kolonien mehrt sich der Zuzug von Deutschen aus unsern ehemaligen Schutzgebieten von Monat zu Monat. Sie finden auf den angolesischen Hochplateaus ein ähnliches Klima, ähnliche Landschaften und Böden wie in Südwestafrika, in Manenguba, Usambara, Usagara etc., aber sie finden auch eine viel schwierigere Lage durch die Schlamperei der portugiesischen Behörden, die sehr anfechtbare Land- und Volkspolitik, den Arbeitermangel, die hohen Steuern, Zölle, Tarife usw., obwohl anerkannt werden muß, daß die Portugiesen überhaupt den durch den Versailler Schandfrieden geächteten Deutschen wieder den Eintritt und die Siedlung in Angola — freilich sehr im Interesse ihrer Kolonie — erlaubt haben; was sonst unter den Ententemächten bisher nur noch die Südafrikanische Union und in geringerem Maß die Australier in Neuguinea getan hat. Deutsche Arbeitslust, Intelligenz und Zähigkeit werden sich aber auch in Hoch-Angola zweifellos durchsetzen, und zwar je eher, je früher Portugal seine rückständige Kolonialpolitik im eigensten Interesse modernisiert, wozu neuerdings der Anfang gemacht ist.

Viel weniger in den Planaltos als im warmen Küstentiefland haben sich hauptsächlich zur Ausnutzung des tropischen Pflanzenbaues großkapitalistische Konzessionsgesellschaften — nicht Chartergesellschaften wie in der Moçambiquekolonie — festgesetzt und ausgebreitet, in denen überwiegend englisches und französisches Kapital investiert ist. Mit ihren Plantagen von Zuckerrohr, Baumwolle, Kaffee, Kautschuk usw. hat aber noch keine der Gesellschaften beachtenswerte Geschäfte gemacht und Dividenden ausgeschüttet, nicht weil der Boden und das Klima ungeeignet wären, sondern wegen der Erschwerung durch Arbeitermangel und durch die jedem wahren Fortschritt abholde portugiesische Kolonialpolitik.

Nur mit erheblichen Staatszuschüssen kommen auch die drei von den Hafenplätzen Loanda, Lobito (Benguella) und Mossamedes durch englische Gesellschaften zu den Hochländern hinaufgeführten Bahnlinien auf ihre Kosten. Die Nord- und Südbahn sind bald nach Erreichung der dortigen Planaltos wegen zu geringer



Entwicklung ihres Einzugsgebietes stecken geblieben und vom Staat übernommen worden. Die ertragreichere Mittelbahn zum Benguellahochland hingegen ist im Besitz der englischen Gesellschaft geblieben und wird, wiewohl langsam, nach Osten fortgesetzt. Der geopolitische Scharfblick der englischen Unternehmer und der hinter ihnen stehenden Staatsmänner hatte von Anbeginn erkannt, daß hier durch die Landesnatur die einzige gute Möglichkeit einer relativ leichten Erschließung des südäquatorialen Zentralafrika, insbesondere des Oberkongo und des großen erzreichen Katangagebietes von Westen her gegeben sei. Denn das Benguella-Hochland setzt sich nach Osten in die lange Kongo-Sambesi-Wasserscheide fort, auf deren welligen Rücken eine Bahn ziemlich geradlinig und ohne schwierige Flußübergänge von Westen her bis in die aussichtsreichste Provinz des Congo-Belge durchgeführt werden kann.

Durch diese Bahnlinie wird die Angolakolonie, die im übrigen sehr wenig Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen zu ihren belgischen und rhodesischen Nachbargebieten hat, aus einem atlantischen Randland zu einem geopolitisch wichtigen und einflußreichen Schwellen- und Durchgangsland für das südäquatoriale Zentralafrika; und den Schlüssel zu diesem Durchgang haben die Herren der mit allen möglichen von Portugal gewährten Garantien ausgestatteten Bahnlinie, die Engländer, in der Hand. Bis nach Katanga zum Anschluß an die Kap-Kairo-Bahn fortgesetzt, wird die Benguellabahn voraussichtlich den größten Teil des Verkehrs mit dem belgischen Oberkongogebiet nach Westen durch Angola zum Atlantik ableiten, weil diese Linie direkter ans Meer führt und die Verbindung mit Europa bedeutend kürzer und schneller als die über Rhodesia—Beira oder über Tanganika —Daressalam ist, auch die erheblichen Kosten der Suezkanalpassage sparen wird. Angola selbst aber wird einen mitten durch die Kolonie laufenden Erschließungs-Schienenweg erhalten, der die wirschaftliche Entwicklung der ganzen Kolonie und die Besiedlung seiner gesunden Hochländer außerordentlich beschleunigen und verstärken wird.

Um so drohender wird dann aber auch die Gefahr anwachsen, daß das ländergierige England in weiterem Verfolg seiner bisherigen Afrikapolitik dem schwachen portugiesischen Nachbar aus irgend einem leicht zu konstruierenden Grund die wichtige Bahnzone wegnehmen wird, und womöglich die ganze übrige Kolonie dazu.

Der gleichen Gefahr ist aus noch mehreren Gründen die zweitgrößte portugiesische Afrikakolonie, das Angola gegenüber am Indischen Ozean gelegne Moçambique oder, wie es amtlich heißt: „Africa Portugueza Oriental", ausgesetzt. Moçambique ist mit 1 109 000 qkm Fläche über 150 000 qkm kleiner als Angola, hat aber rd. 1 Million mehr Einwohner (3 120 000) als jenes, d. h. eine Volksdichte von 3,1, was freilich noch wenig genug ist. Seine schmale langgestreckte Gestalt füllt das östliche Küstenvorland des tropischen Südafrika aus; es ist also



im Gegensatz zu Angola fast ganz Tiefland und reicht im Westen nur bis zum Rand der transvaalischen und rhodesischen Hochländer hinauf, ohne auf diese selbst überzugreifen. Bloß nördlich vom Sambesi und am Nyassa gehören noch den Portugiesen ein paar Gebirgsstreifen von mehr als 1000 m Höhe, die einen sehr beschränkten Raum für Europäersiedlung bieten. Das Klima aber ist zu allermeist heiß und naß, da die aus der Äquatorialzone kommende warme Moçambiqueströmung die ganze Küste bespült und weit landeinwärts wirkt, und der feuchte Südostpassat jahrein jahraus über das Land hinstreicht. Darum vorwiegend Waldwuchs, viel Sumpf, ungesundes Malariaklima, das den europäischen Beamten und Kaufleuten einen längern Aufenthalt verbietet. Bloß die Hauptstadt Lourenzo Marques am außertropischen Südende der Kolonie ist gesünder. Moçambique ist demzufolge im Gegensatz zu Angola fast ganz „black mans country" unter weißer herrschender Oberschicht, und demgemäß liegen hier auch die geopolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich anders als in Angola. Die eingebornen Makua, Wajao und andere Stämme der Nordprovinzen sind ebenso wie die Kaffern der Südprovinzen kräftige, intelligente und arbeitswillige Menschen, die im Dienst der europaischen Unternehmungen gut zu brauchen sind. Ihre Zahl ist durch den portugiesischen (und arabischen) Sklavenhandel nicht so arg vermindert wie die der Angolaneger, obwohl die Portugiesen auch von dieser Kolonie einen lebhaften Sklavenexport über die auf dem Inselchen Moçambique gelegene Sammelstelle und Landeshauptstadt nach Arabien, Ägypten, Angola und andern Ländern betrieben haben.

Eine schwere Gefährdung des Eingeborenenbestandes erwächst aber aus den seit einigen Jahrzehnten von den portugiesischen Behörden ausgeübten umfangreichen Rekrutierungen von Kontraktarbeitern, die jährlich zu Zehntausenden nach den Minen Katangas und Transvaals, nach Angola und Saõ Thomé ausgeführt und vermietet werden und großenteils in der Fremde hängen bleiben. Dadurch ist der Ausfall von Menschenkräften für die Kolonie kolossal und wirkt sich naturgemäß in starken Stammesverschiebungen, in allgemeiner Unzufriedenheit mit dem auch sonst sehr drückenden portugiesischen Regiment und in fortwährenden Unruhen, namentlich in den relativ dicht bevölkerten Norddistrikten, aus. Unsere gegen Ende des Weltkrieges in das portugiesische Gebiet eingedrungene Schutztruppe Lettow-Vorbecks wurde dort ja überall als Befreier vom portugiesischen Joch begrüßt. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Eingeborenenkulturen Moçambiques nur sehr wenig für den Handel produzieren können.

Besser, aber keineswegs befriedigend haben sich die europäischen Unternehmungen in Plantagenbau, Farmwirtschaft und Bergbau entwickelt. Und zwar sind es große, kapitalkräftige, mit riesigen Ländereien konzessionierte Gesellschaften, die fast ganz mit englischem Kapital ausgestattet sind und von Engländern

geleitet werden und die Form von souveränen „Chartered Companies" wie im benachbarten Rhodesien haben, nicht von einfachen Konzessionsgesellschaften wie in Angola. Diese mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestatteten „Companhias soberanas" haben ihren Wirtschafts- und Herrschaftsbereich allmählich so weit ausgedehnt, daß sie gegenwärtig rund die Hälfte der gesamten Kolonie einnehmen und die portugiesische Verwaltung kontrollieren. Die größte und stärkste unter ihnen ist die Companhia de Moçambique, deren Konzessionsgebiet 156000 qkm mißt; die zweite die Companhia do Nyassa mit 150000 qkm Konzessionsland, worauf noch zwei große und mehrere kleinere folgen. Es wird brav gearbeitet in diesen Kompanien und dem Handel eine jährlich wachsende Produktenmenge (Zucker, Mais, Sisal, Tabak, Baumwolle) zugeführt, aber der noch geringe Ertrag fließt in englische Taschen. Unter englischer Kontrolle stehen auch die ohnehin von englischen Gesellschaften gebauten Bahnlinien, die Hafenbauten und die Schiffahrt. In Summa eine englische wirtschaftliche Überfremdung Moçambiques, eine Anglisierung der Kolonie, die zwangsläufig auch zu den letzten staatspolitischen Konsequenzen führen muß.

Der Grund für dieses ungemein starke Interesse Englands an der Moçambiquekolonie liegt aber nicht in den eigenen Vorzügen des Landes, sondern er ist ein geopolitischer, dessen Triebkraft und Ziel außerhalb der Kolonie gelegen ist. Moçambique ist durch eine 2700 km lange Küste und durch seine Lage vor dem innerafrikanischen Hochland die langgestreckte Schwelle und das Durchgangsgebiet vom Indischen Ozean nach Britisch-Südafrika. Über seine Häfen, unter denen die Delagoabai mit der Hauptstadt Lourenzo Marques der beste, die meist in versunkenen Flußmündungen gelegenen Buchten von Pemba, Chinde, Sofala mit Beira, Inhambane u. a. leidlich gute sind, ferner über seine Landwege und Eisenbahnen geht der größte Teil des Verkehrs von Britisch-Nyassaland, Rhodesien (weiter Katanga) und gutenteils auch von Transvaal. Da die Flüsse, außer dem unteren Sambesi und Schire, nur sehr wenig schiffbar sind, liegt das Hauptgewicht auf den beiden Bahnen, die von Beira nach Süd-Rhodesien und von Lourenzo Marques nach Transvaal hinaufführen. Auf ihnen bewegt sich der meiste Transitverkehr dieser großen produktenreichen und handelsregen Weißensiedlungsländer des britischen Südafrika mit der Außenwelt. Ihre Ein- und Ausgangshäfen sind auf der indischen Ozeanseite die wichtigen Schlüssel zur wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit dieser Gebiete der Südafrikanischen Union und der nördlich angrenzenden großen Protektorate.

England hat deshalb ein vitales Interesse daran, daß das Schwellenland Moçambique in der Hand der schwachen Portugiesen unter völliger britischer Kontrolle bleibe und keinesfalls einer anderen Großmacht anheimfalle, wie es vor dem Weltkrieg, wenigstens partiell, durch Deutschland von Deutsch-Ostafrika her zu drohen

schien. Durch diese für das britische Südafrika bestehende Notwendigkeit wird auch das künftige Schicksal der portugiesischen Moçambique-Kolonie besiegelt sein. England hatte schon 1898 Verhandlungen mit Deutschland über die Erwerbung und Aufteilung Moçambiques wie auch Angolas geführt (Fürst von Bülow, Deutsche Politik, S. 126) und sie Ende 1913 wieder aufgenommen. Danach sollte die Nordhälfte Moçambiques bis zum Sambesi an Deutsch-Ostafrika, die Südhälfte mit den Bahnen an England fallen, Angola aber ganz den Deutschen überlassen werden.

Es scheint mir nicht aussichtslos, daß an dieses Abkommen in modifizierter Form wieder angeknüpft werden könnte, wenn es zu der unausbleiblichen Revision des Versailler Vertrags kommt und England uns gegen andere Koalitionen braucht oder die Zeit zum Zugriff auf die portugiesischen Afrikakolonien gekommen erachtet. Keinesfalls wird England auf die Südhälfte Moçambiques als östliches Schwellenland zu Transvaal und Rhodesien verzichten, keinesfalls die dem britischen Südwest-Afrika benachbarte Südhälfte Angolas mit den Hochländern von Mossamedes und Benguella und mit der werdenden großen Bahnlinie Benguella-Katanga in andere Hände fallen lassen. Aber die Nordhälfte von Moçambique, an der England kein wesentliches Interesse haben kann, mit dem Zugang zum Nyassasee, dem Anteil an der Sambesiwasserstraße, mit den Bergländern Mandji, Namuli, Mandimba, Ostnyassa u. a. m. ist ein geopolitisch und wirtschaftlich wertvolles Stück Ostafrikas, dessen Erwerbung sich für das nach neuem Kolonialbesitz Ausschau haltende Deutschland wohl lohnen würde. Und nicht minder wertvoll wäre für neudeutsche Kolonisation die Nordhälfte Angolas mit dem wenn auch kleinen Planalto von Loanda, den tropischen Produktionsgebieten des Tieflandes, dem Anteil an der Kongowasserstraße und dem Zugang zum großen südlichen belgischen Kongobecken, das sehr wahrscheinlich auch einmal der Aufteilung unter den afrikanischen Großmächten verfallen wird und dann einem in Nordangola sitzenden deutschen Nachbar die Möglichkeit einer Beteiligung an solcher „Dismembration" des Congo Belge bieten würde. Auch das sind geopolitische Momente, die sachlich zu werten sind und in einer Betrachtung des portugiesischen Äquatorial- und Südafrika nicht übergangen werden dürfen.

ERNST SCHULTZE:

DIE AUSDEHNUNG DES BRITISCHEN UND DES RUSSISCHEN HERRSCHAFTSGEBIETES I.

Die Weltgeschichte hat gar manches Großreich abdanken und so manches andere in sich zusammenstürzen sehen. Nichts ist beständig als der Wechsel — diese Erfahrung wird auch durch die Geschichte der „Weltreiche" bestätigt. Mag ein solches scheinbar auf noch so festen Füßen stehen, zuweilen genügt ein kräftiger Stoß, um es zu Fall zu bringen. Faßt man größere Zeiträume ins Auge, so ist der Wechsel der Weltreiche erstaunlich. Die schöne arabische Sage, die Rückert uns in dem Gedicht von Chidher, dem ewig jungen, verdeutscht hat, rechnet mit zu großen Zeiträumen, wenn sie den vollständigen Wechsel in Perioden von je einem halben Jahrtausend veranschaulicht:

„Und aber nach fünfhundert Jahren,
kam ich desselbigen Wegs gefahren".

Reiste Chidher heute über die Länder, so würde er kaum noch eines der Weltreiche erblicken, die vor einem halben Jahrtausend das größte Gewicht auf dem Erdball hatten: Spanien, die Türkei, das Inka-Reich. Nur China, dieser ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, hinter dem schon um 1500 eine Geschichte von Jahrtausenden lag, hat mittlerweile zwar an politischer Macht erheblich eingebüßt, ist aber, täusche ich mich nicht, auf dem besten Wege, im 20. Jahrhundert militärisch, wirtschaftlich und politisch abermals zu hervorragender Bedeutung emporzusteigen.

Stellen wir den Blick zunächst nur auf die in Europa wurzelnden Mächte ein, so zeigt sich, vergleichen wir die jüngsten beiden Jahrhundertwenden, folgender Wandel der „Weltreiche":

	1804	1907
Türkei	2 707 509 qkm	2 987 117 qkm
Großbritannien	3 558 791 „	29 872 061 „
Spanien	9 782 592 „	717 618 „
Rußland	18 721 514 „	22 296 727 „

Heute, nach dem Weltkriege, würden die Ziffern wiederum anders lauten. Spanien, das seit der Loslösung seiner Kolonien kein Weltreich mehr ist, tritt ganz zurück. Die Gebietsgröße der Türkei ist scharf beschnitten worden. Rußland hat dem Umfang nach unbeträchtliche, aber wirtschaftlich hochwertige Landflächen verloren. Dagegen hat Großbritannien an Herrschaftsraum gewonnen.



Für die Zukunft dürfte die Rolle Rußlands als Weltreich keineswegs ausgespielt sein, während mancherlei Gründe dafür sprechen, daß das britische Weltreich seinen Höhepunkt erreicht hat, und innerhalb absehbarer Zeit gar manches Stück seines jetzigen Besitzes verlieren wird. Es verlohnt daher der Mühe, die allmähliche Ausdehnung des britischen Herrschaftsgebietes genauer zu untersuchen und damit die des russischen in Vergleich zu stellen. Betrachten wir zunächst das Wachstum des russischen Reiches:

1. DAS RUSSISCHE REICH.

Um das Jahr 1500 war das Großfürstentum Moskau, selbst nach der Angliederung der Republik Nowgorod, die sich bis an das Weiße Meer ausdehnte, noch ein durchaus festländischer Staat und von nicht eben übermäßigem Umfang. Dagegen beherrschte das Zarenreich am Ende der Regierung von

Iwan III. (1505)	gegen	2,2	Millionen	qkm
Iwan IV. (1584)	„	4,1	„	„
1613	„	8,6	„	„
Michail (1645)	„	12,4	„	„
Alexei (1676)	„	14,5	„	„
Peter (1725)	„	15,5	„	„
Elisabeth (1761)	„	17,6	„	„
Katharina II. (1796)	„	19,4	„	„
Alexander I. (1825)	„	20,2	„	„
1888	„	22,0	„	„
1914	„	23,9	„	„

Die Bevölkerung des russischen Reiches ist in den letzten zwei Jahrhunderten außerordentlich stark gewachsen. Auf Grund von Schätzungen — statistische Ziffern, deren Genauigkeit wohl nicht übergroß ist, liegen erst seit 1897 vor — ergibt sich die folgende Zahlenreihe:

Jahr . . .	1722	1742	1762	1782	1796	1812	1815	1835	1851	1859	1897	1906	1908
Bevölkerung in Millionen	14	16	19	28	36	41	45	60	68	74	129	149	155

In den vier Jahrhunderten von 1500 bis 1900 betrug die Landfläche, die Rußland sich im Durchschnitt täglich aneignete, etwa 130 qkm. Rechnet man nur die zwei Jahrhunderte nach dem Tode Alexeis, des Vaters Peters des Großen, also von 1676 bis 1876, so betrug der mittlere tägliche Zuwachs etwa 90 qkm. Zwischen 1762 (Thronbesteigung Katharinas II.) und 1856 (Thronbesteigung Alexanders II.) wuchs das Zarenreich täglich im Durchschnitt um 80 qkm.

Vergleichen wir damit die Zuwachsziffern für das britische Weltreich. Es wird noch gezeigt werden, daß dieses sich in dem Zeitraum von 1804 bis 1911 (also in 39082 Tagen) um 26459386 qkm vermehrte. Der mittlere tägliche Zuwachs des britischen Weltreiches in diesem Zeitraum betrug mithin 677 qkm, das mittlere

monatliche Wachstum 20600 qkm. Allmonatlich erwarb England demnach ein Gebiet von der Größe des Königreichs Württemberg (19507 qkm). Mithin wird das Größenwachstum des Zarenreichs durch das des britischen Reichs in den letzten 100 Jahren um das 8½ fache übertroffen. Ein überraschendes Ergebnis, das mit der gewöhnlich gehegten Vorstellung durchaus nicht übereinstimmt.

Noch klarer wird das russische Zahlenbild, wenn man die Größe des russischen Reiches etwa nach den folgenden Zeiträumen überschaut:

gegen die Mitte des 17. Jahrhunderts	12,4	Millionen	qkm
beim Tode Katharinas II. (1796)	19,4	„	„
beim Tode Alexanders I. (1825)	20,2	„	„
1914	23,9	„	„

In den letzten Zeitraum fällt der Verkauf Alaskas, das 1867 an die Vereinigten Staaten gegen eine Summe von 7200000 Dollars überging. Der Flächeninhalt Alaskas beträgt 1376280 qkm. Rechnet man diese Ziffer, abgerundet auf 1400000 qkm, zu dem Landzuwachs des letzten Zeitraumes hinzu, um ein genaues Bild der durch Eroberung gewonnenen Strecken zu erhalten, so betrug die Gebietsvermehrung des russischen Reiches:

von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Jahre 1796	7 000 000	qkm
von 1796 — 1825	800 000	„
von 1825 — 1914	5 100 000	„

In den letzten 2½ Jahrzehnten vor dem Weltkriege war eine nennenswerte Gebietserweiterung für Rußland nicht mehr zu erreichen. Seit 1825 hat das Zarenreich durch Eroberung eine Fläche gewonnen, zwei Drittel so groß wie in den 1½ Jahrhunderten von etwa 1650-1796. Das Zeitmaß hat sich also ein wenig verlangsamt, da neue Länderstrecken nur mehr in erheblicher Entfernung von dem eigentlichen Rußland einverleibt werden konnten. Aufgehört haben die Erfolge der russischen Eroberungspolitik — nicht ihre Triebkräfte — aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Die freien Oasenländer Mittelasiens waren die letzten bedeutenden Landstrecken, die Rußland sich angliedern konnte. Zwar hat es auch dann keineswegs nachgelassen, nach weiterer Beute Ausschau zu halten. Allein, es ist ihm nicht gelungen, etwa das nördliche Persien oder bedeutende Strecken in Ostasien sich anzueignen.

Der Weltkrieg hat die Größe des russischen Reiches etwas vermindert. An Menschen hat es jedoch beträchtlich mehr eingebüßt, da das schnelle natürliche Wachstum seiner Bevölkerung die gewaltigen Kriegsverluste und die Verminderung durch Hunger und Not in den letzten Jahren nicht auszugleichen vermochte. Auch ist durch die Abtrennung der westlichen Randstaaten manches stark bevölkerte Gebiet verloren gegangen. Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 28. Januar 1920 (bezw. für die meisten asiatischen Gebietsteile des Jahres 1916) lauten die Ziffern für das heutige russische Reich (SSSR):

	Fläche in qkm	Bevölkerung
Räterußland (RSFSR, Moskau)	16 353 068	90 594 375
Räte-Ukraine (USSR, Charkow)	446 838	26 001 802
Räte-Weißruthenien (BSSR, Minsk)	59 634	1 634 223
Räte-Transkaukasien (ZSFSR, Tiflis)	191 987	5 683 767
Autonome Republiken, Gebiete u. Kommunen ca.	6 115 217	ca. 23 214 930
zusammen	23 166 744 qkm	147 129 097 Menschen

Mithin ist ein Rückgang des russischen Staatsgebietes von 23,9 auf 23,17 Millionen qkm erfolgt. Aus der abgeschnittenen Fläche sind die westlichen Randstaaten Litauen, Lettland, Estland und Finnland nebst Polen (das außerdem ehemals deutsches und österreich-ungarisches Gebiet erhalten hat) entstanden, während in Asien nur Buchara und Chiwa für Rußland verlorengegangen sind.

Die Gesamtbevölkerung des russischen Reiches beläuft sich nach den Ziffern von 1920 (bezw. 1916) auf 147 Millionen, während sie 1908 bereits 155 Millionen betragen haben soll. Hier wäre mithin ein Rückgang um 8 Millionen zu verzeichnen.

Die territorialen Kriegsverluste Rußlands sind:

Staaten	Fläche in qkm	Bevölkerung
Finnland (1921)	387 576	3 402 593
Estland (1923)	47 550	1 109 479
Lettland (1922)	65 791	1 863 900
Litauen (1922)	52 810	2 404 000
Polen	238 600	16 022 000
Bessarabien	44 400	2 213 000
Paschalik Kars	19 900	492 000
zusammen	856 627 qkm	27 505 972 Menschen
Buchara	203 430 „	1 500 000 „
Chiwa	67 430 „	800 000 „

Die beiden letztgenannten Staaten sollen 1921 bereits wieder, wenn auch mit gewissen Vorbehalten, den Weg zum Allmütterchen Rußland zurückgefunden haben. Überhaupt kann man obige Zahlen nicht anführen, ohne die Vorstellung von der Unsicherheit der neugebildeten Randstaaten zu wecken. Niemand kann mit Sicherheit sagen, was von alledem nach 100 Jahren noch selbständig sein wird. Die längste Lebensdauer verspricht wohl doch Finnland, das schon unter der Herrschaft des Zarismus bewiesen hat, mit welch unbeugsamer nationaler Energie es sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr setzte. Kommen in Rußland die imperialistischen Strömungen, die ja selbst im bolschewistischen Staate niemals erkaltet sind, wieder zur Geltung, so ist der Bestand der meisten übrigen Neustaaten sicherlich in Frage gestellt. Die Verkleinerung des russischen Reiches durch den Weltkrieg macht jedenfalls einstweilen den Eindruck einer nur vor-

übergehenden Erscheinung. Rußland ist der vollendete Typus des massigen Kontinentalstaates, dem einmal ein paar Glieder amputiert werden können, ohne daß ihm das jedoch wirklich wehe tut.

Andererseits dürfte sein Größenwachstum, selbst wenn Rußland die durch den Weltkrieg verlorengegangenen Gebiete wieder an sich bringen sollte, kaum über die alten Grenzen hinausgehen. Nicht daß es gesättigt wäre, denn der imperialistische Geist widerspricht jeder Sättigung; wohl aber wird eine Ausdehnung des russischen Herrschaftsgebietes nicht nur über die gegenwärtigen Grenzen, sondern über die von 1914 hinaus so viel Mühe und Kosten erfordern, daß eine nennenswerte Ausweitung darüber hinaus äußerst unwahrscheinlich ist.

Auf der anderen Seite dürfte einstweilen eine wesentliche Verkleinerung der heutigen russischen Herrschaftsfläche ebenfalls nicht in Frage kommen. Die von den räte-russischen Staaten beherrschten Fremdvölker haben entweder nicht den Willen oder nicht die Macht, sich aus diesem Verband zu lösen. So ist denn anzunehmen, daß das russische Reich seinen Sättigungspunkt erreicht hat, und daß es in absehbarer Zukunft weder nennenswert wachsen, noch auch an Gebietsfläche wesentlich verlieren wird.

Ganz anders ist die geopolitische Zukunft des britischen Weltreichs zu bewerten.

2. DAS BRITISCHE WELTREICH

Von den rund 131 Millionen Geviert-Kilometern bewohnbaren Landes, die der Erdball aufweist, entfallen fast genau 32 Millionen Geviert-Kilometer auf das britische Reich. Das bedeutet etwa 24,4 % — merkwürdigerweise annähernd dieselbe Ziffer, die sich für den Bevölkerungsanteil desselben Reiches an der Gesamtbevölkerung der Erde ergibt (25,4 %). Letztere wird von H. Wagner 1923 geschätzt

für Europa auf	450	Millionen Köpfe
für Asien auf	920	„ „
für Afrika auf	135	„ „
für Amerika auf	212	„ „
für Australien und Polynesien auf	8	„ „
zusammen	1 725	Millionen Köpfe,

Von diesen 1725 Millionen Menschen stehen unter britischer Flagge rund 438 Millionen, die jedoch über die einzelnen Teile des Reiches ungleichmäßig verstreut sind. Neben dicht bevölkerten, wenn nicht übervölkerten Gebieten wie Indien mit 320 Millionen Menschen (einschließlich Ceylon) stehen andere mit überaus geringer Menschenzahl, beispielsweise Australien mit etwa 6 Millionen Menschen auf einem Flächenraum, der dem ganzen Europa fast gleichkommt. Will man ein richtiges Bild von der Kräfteverteilung des britischen Reiches gewinnen, so ist im Auge zu behalten, daß gerade seine wichtigsten Siedelungsgebiete



für Weiße, sieht man von dem Mutterlande ab, außerordentlich spärlich sind. Umfaßt doch selbt Kanada, dessen Größe der ganz Europas sehr nahe kommt, nur etwa 8,79 Millionen Menschen. Verhältnismäßig dichter besiedelt ist Südafrika, dessen britische Teile auf einem Gebiete etwa vom halben Umfang Kanadas 9,69 Millionen Menschen zählen, doch sind unter diesen nur wenig über 1½ Millionen Weiße.

Die runden Zahlen für Flächeninhalt und Bevölkerung des britischen Weltreichs betrugen vor dem Kriege:

	Flächeninhalt		Bevölkerung
Großbritannien und Irland . .	314 377	qkm	46 184 500 (1913)
Kaiserreich Indien	4 843 400	„	316 008 000 (1911)
Kolonien und Schutzstaaten . .	24 860 400	„	60 676 800 (1911)
zusammen	30 018 177	qkm	422 869 300 Menschen

Nach einer weitverbreiteten Vorstellung ist dieser britische Besitz durch langsame, zwar nicht stetige, aber doch im wesentlichen ohne Rückschläge erfolgende Ausdehnung zusammengekommen, und zwar seit Beginn des Zeitalters der Entdeckungen. Beide Vorstellungen sind irrig. Das britische Reich ist nicht regelmäßig und nicht ohne bedenkliche Rückschläge gewachsen; im wesentlichen hat es sich in seiner heutigen Gestalt erst im 19. Jahrhundert gebildet. Auch begann die überseeische Ausdehnung Englands nicht im 15. und nicht im 16., sondern erst im 17. Jahrhundert.

Noch im Zeitalter der Königin Elisabeth gab es kein größeres Britannien, ja nicht einmal ein Großbritannien. Die Periode des festländischen Imperialismus war damals für England seit anderthalb Jahrhunderten vorüber. Der hundertjährige Krieg gegen Frankreich, den das englische Königshaus 1340 begann und der englische Truppen über die Fluren Frankreichs hinaus bis an die Tore von Valladolid und bis an die Mauern von Florenz führte, hatte so wenig greifbare Vorteile gebracht, daß man sich hatte entschließen müssen, auf festländische Eroberungen zu verzichten. Als einziges Überbleibsel aus jener Zeit war England der Besitz der Kanal-Inseln geblieben, die noch heute in seiner Hand sind, sowie der von Calais, das im 16. Jahrhundert verloren ging. So war es denn seit der Mitte des 15. Jahrhunderts wieder auf seine eigentlichen Grenzen beschränkt; diese aber deckten sich nicht mit denen des heutigen Großbritannien. Zwar Wales befand sich seit 1284 in englischer Hand, aber die Eroberungszüge gegen Irland hatten noch immer nicht zur festen Angliederung der grünen Insel geführt, und Schottland hatte sich seine Selbständigkeit in blutigen und haßerfüllten Kriegen bewahrt. Das England der Königin Elisabeth war daher, gemessen an der Größe des heutigen britischen Reiches, ein Zwergstaat. Erst 1603 geriet Schottland durch die Thronbesteigung Jakobs I. in Personalunion mit England. Allein es

verflossen weitere 100 Jahre, ehe die staatsrechtliche Vereinigung vor sich ging. Irland wurde erst durch die blutigen Kriegszüge Cromwells endgültig unterworfen; und die überseeischen Eroberungen Englands begannen mit den Unternehmungen der beiden Gesellschaften „abenteuernder Kaufleute", die sich von Jakob I. Freibriefe ausstellen ließen, um sich an der Küste Nordamerikas festzusetzen.

Noch war dies herrenloser Raum. Zwar erhoben auch noch andere Staaten darauf Anspruch, tatsächlich jedoch kümmerte sich niemand ernsthaft darum, weil man das Land für unergiebig hielt. Gold und Silber, die man vor allem suchte, waren dort nicht zu haben. England verdankte es wirklich nur der Tatkraft des Kapitän Smith, daß die südliche Ansiedlung nicht alsbald wieder aufgegeben ward.

Außer dem nordamerikanischen Landbesitz, der sich nur langsam ins Innere vorschob, erwarb England im Laufe des 17. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 18. eine Anzahl weiterer Gebiete. Die Kriege, durch die es zunächst Spanien, dann Holland, endlich Frankreich der wichtigsten Kolonien zu berauben suchte, hatten manch wichtige Fläche britischrot gefärbt. Der dreißigjährige Krieg war das letzte große Beispiel eines Völkerringens aus anderen Ursachen — er wurde unmittelbar abgelöst durch die großen und kleinen Kriege der europäischen Völker um den überseeischen Kolonialbesitz. Selbst wo es sich um europäische Rechte oder Ansprüche zu handeln schien, wie im spanischen Erbfolgekrieg, traten doch mit voller Deutlichkeit die kolonialen Zweckbestimmungen hervor. In der beinahe ununterbrochenen Reihe von Kriegen, die England seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, zumal seit dem Jahr 1689 führte, gewann es ein Stück Kolonialland nach dem anderen.

Leider gibt es keine Berechnung über den Flächeninhalt, den das britische Reich nach den diese Kriege beendenden Friedensschlüssen umfaßte. England hat allein mit Frankreich zwischen 1689 und 1815 nicht weniger als sieben große Kriege geführt, nach denen sich jedesmal die Besitzverhältnisse verschoben, während zur selben oder zu anderen Zeiten auch Krieg mit anderen Staaten herrschte. Die Weltkarte änderte sich beständig, der Kolonialbesitz der einzelnen Mächte schwoll an oder schrumpfte zusammen. Im großen und ganzen ruft der unablässige Kampf der Staaten gegeneinander den Eindruck hervor, als wenn ein paar Glücksspieler stets von neuem zum Würfelbecher griffen. Ein kennzeichnendes Beispiel ist die Art, wie man sich wieder und wieder die Felsenstation Gorée abnahm. Ursprünglich hatten die Holländer sie besetzt (1617). Von den Engländern wurde sie 1663 erobert. 1664 nahmen die Holländer sie wieder fort, um sie 1677 an die Franzosen zu verlieren. 1692 ward Gorée wieder durch die Engländer erobert. Ein paar Monate später erhielt Frankreich es wieder zurück. Nun blieb



es in dessen Händen für mehr als ein halbes Jahrhundert. Aber 1758 nahmen es die Engländer von neuem fort. Im Frieden von Paris 1763 wurde es den Franzosen wieder zurückgegeben. 1779 eroberten es abermals die Engländer. Wiederum fiel es im nächsten Friedensschlusse (1783) an Frankreich zurück. 1800 jedoch eroberten es die Engländer wieder. Derselbe Vorgang wiederholte sich vier Jahre später: an Frankreich zurückgegeben, wurde es noch im selben Jahre von den Engländern zurückerobert und aufs neue bis zum Abschluß der napoleonischen Kriege von ihnen festgehalten, obwohl es, um die Worte des englischen Gouverneurs zu gebrauchen, durch „den Kehricht aller Wachtaufzüge in England" verteidigt wurde — „keine schlechte Art von Leuten, wenn irgend etwas zu tun war; aber wenn nichts zu tun war, waren es eingefleischte Teufel".

Im ganzen vergrößerte England trotz mancher Verluste seinen Kolonialbesitz. Überblickt man die letzten Jahrhunderte, so stellt sich der Flächeninhalt des britischen Reiches heute als erheblich größer dar, denn er um die Mitte des 19. Jahrhunderts war. Damals wiederum überstieg es an Flächeninhalt beträchtlich die Ausdehnung, die es im 18. Jahrhundert erreicht hatte. Seine Größe im 18. Jahrhundert jedoch übertraf die im 17., und schon im letzteren stellte es sich gegenüber seiner zwergenhaften Größe im 16. Jahrhundert als ein Riese dar.

Namentlich durch den Pariser Frieden (1763) gewann England riesige Landflächen. Damals ging Canada Frankreich für alle Zeiten verloren. Hatte Voltaire dieses Land auch verächtlich als „einige Morgen Schnee" bezeichnet, so wußte man doch bereits, daß es keineswegs ohne Bedeutung war, obwohl man diese mehr im Pelzhandel als in der Landwirtschaft und im Bergbau sah. Wie ungern Frankreich es verlor, offenbarte sich in dem wiederholten Versuch, es zurückzugewinnen. — Gleichzeitig mußte Frankreich im Pariser Frieden die Ansprüche auf das Gebiet zwischen Mississippi und den Rocky Mountains an Spanien abtreten, das seinerseits Florida an England verlor. Dieses wurde dadurch Besitzer der ganzen östlichen Hälfte des nordamerikanischen Festlandes, vom Atlantischen Ozean bis zum Mississippi.

Jedenfalls vermehrte sich der englische Kolonialbesitz damals so bedeutend, daß das britische Reich nun eines der machtvollsten und stattlichsten der Welt wurde. Die Art, wie es diesen Besitz gewonnen hatte, war allerdings nirgends in Vergessenheit geraten: man haßte oder beargwöhnte diesen Staat, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit über andere herfiel, um die besten Stücke aus ihrem Leibe herauszuschneiden. Als sich 1776 die 13 Kolonien gegen das Mutterland empörten, stand dieses daher völlig vereinsamt da. Schon damals hätte man von der „splendid isolation" sprechen können, die Chamberlain im Burenkriege mit sauersüßer Miene pries.

Die Losreißung der dreizehn nordamerikanischen Kolonien beraubte das britische Reich eines innerlich, zumal an wirtschaftlicher Kraft sehr bedeutenden Teiles;

an Flächenausdehnung war die Einbuße nicht gleich empfindlich. Im Verhältnis zu dem England treu gebliebenen Canada umfaßten die so verlorenen Gebiete nur einen Bruchteil der nordamerikanischen Besitzungen. Erstreckte sich doch die englische Herrschaft keineswegs über das gesamte Festlandsgebiet der heutigen Vereinigten Staaten, sondern nur bis zum Mississippi. Ein paar Menschenalter hatte sie sich sogar auf den schmalen Küstensaum am Atlantischen Ozean von der Mitte des jetzigen Staates Maine bis etwa zur südlichen Grenze von Süd-Karolina beschränkt, also ungefähr auf das Gebiet vom 44. bis zum 32. Breitengrade. Landeinwärts, nach Westen, war die Tiefe dieses Besitzes geringfügig gewesen. Von Süden nach Norden konnte selbst damals, vor Erfindung der Dampfschiffahrt, ein Schiff, wenn es guten Wind hatte, begünstigt durch den Golfstrom, die ganze Strecke innerhalb drei Tagen zurücklegen.

Andererseits ist diese verhältnismäßige Enge des wichtigsten englischen Kolonialbesitzes in Nordamerika wohl nicht ohne Einfluß auf die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Entwicklung geblieben, Davon zogen jedoch nur diejenigen Teile Nutzen, die sich als „Vereinigte Staaten“ von England losrissen. Der Verlust dieses wichtigsten Teiles des britischen Besitzes übersee mußte daher besonders schmerzlich empfunden werden.

Dabei mag die Frage ganz offen bleiben, ob England nicht vielleicht aus dem Verlust der dreizehn Kolonien für die Folgezeit manchen politischen Vorteil zog. Diese Anschauung wird mit guten Gründen z. B. von Charles Pearson vertreten, der in seinem ungewöhnlich weitblickenden, zuerst 1893 erschienenen Buche „National Life and character. A forecast“. (Neudruck London: Macmillan and Co., 1913, S. 234f.) meint: „None the less it may be doubted whether the colonies could have borne the strain of the French war in which England engaged a few years later; and more generally, whether England has not done better for herself in India, Africa and Australia from having an absolutely free hand.“

Nach der Loslösung der dreizehn Kolonien glaubte man in England, da man nur noch das einstweilen erst sehr dünn besiedelte und wenig ertragreiche Canada behalten hatte, daß sich Siedelungskolonien für Weiße kaum lohnten. Man stand völlig unter dem Einfluß der Prophezeiung Turgots, daß Kolonien zu gegebener Zeit wie reif gewordene Früchte sich gesetzmäßig vom Mutterlande lösten. Adam Smith hatte diese Ansicht aufgenommen und in seinem „Reichtum der Nationen“ sich zu eigen gemacht. Sein 1775 vollendetes Manuskript erschien freilich erst 1776, zu der Zeit also, da die Unabhängigkeitserklärung in Philadelphia erfolgte. Nachdem der Revolutionskrieg sieben Jahre später seinen für England ungünstigen Abschluß gefunden hatte, herrschte in England eine so ausgesprochene Kolonialmüdigkeit, daß man selbst das Kolonialamt auflöste. Erst mehrere Jahrzehnte später faßte man neue Hoffnung.



Gegen Ende des 18. Jahrhunderts besaß England nur einen Bruchteil des riesigen Gebietes, den die Spanier als Kolonialbesitz beherrschten. Als letzteres seine größte Ausdehnung erhalten hatte, konnte sich das britische Reich mit ihm bei weitem nicht messen. Alexander von Humboldt hat wenige Jahre vor der Losreißung der südamerikanischen Kolonien Spaniens einen statistischen Vergleich zwischen dem spanischen und dem englischen Kolonialreich gegeben:

Spanisches Kolonialreich 1804:	Quadratmeilen (lieues carrées)
Buenos-Aires	143 014
Neuspanien und Guatemala	144 530
Neugranada	64 520
Peru und Chile	52 964
Caracas	47 856
Cuba, Portorico und Florida	15 476
zusammen	468 360
Englisches Kolonialreich 1804:	
Asiatische Besitzungen (einschließlich verbündeter und tributpflichtiger)	80 946
Gebiet der Hudson-Gesellschaft, Kanada, Antillen	82 000
zusammen	163 000

Dies sind die verbesserten Zahlen, die Humboldt in seinem „Atlas geographique et physique du Royaume de la Nouvelle-Espagne“ (Paris 1811 folg.) angab. Ein Jahr zuvor hatte er in der deutschen Ausgabe die „großen politischen Körper im Jahre 1808“ folgendermaßen zusammengestellt[1]):

Große politische Körper im Jahre 1808	Quadrat-meilen	Totalbe-völkerung	Bewohner auf 1 Quadratmeile
I. Das russische Reich	492 452	40 000 000	42
1. Der europäische Teil	215 809	36 400 000	169
2. Der asiatische Teil	726 644	3 597 000	5
Bloss das Gouvernement von Irkutzk	350 000	680 000	2
Bloss das Gouvernement von Tobolsk	200 000	72 547	1
Ganz Europa	476 111	182 599 000	383
II. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich:			
1. Mit Luisiana	260 340	6 800 000	22
2. Ohne Luisiana	156 240	6 715 000	43
3. Ohne Luisiana und das indianische Territorium (in Georgia und Western Waters)	78 120	6 655 000	85
III. Indostan diesseits des Ganges*)			
Englisches Territorium, auf welchem die Ostindische Compagnie die Souverinität hat	48 209	23 806 000	493
Alliierte u. Tributairs der englischen Compagnie	32 647	16 900 000	518

*) Karte 20, Teil 2: Etendue territoriale et Population des Métropoles et des Colonies en 1804.

Große politische Körper im Jahre 1808	Quadrat-meilen	Totalbe-völkerung	Bewohner auf 1 Quadratmeile
IV. Das türkische Reich in Europa, Asien und Afrika .	136 110	25 330 000	186
V. Die österreichische Monarchie	33 258	25 588 000	769
VI. Frankreich, nach Herrn Peuchet	32 000	35 000 000	1 094
VII. Spanien, nach Herrn Laborde	25 147	10 409 000	413
Neu-Spanien			
1. Mit den Provincias internas	118 378	5 837 100	49
2. Ohne die Provincias internas	51 289	5 413 900	105

In dieser Tabelle fehlen merkwürdiger oder vielmehr kennzeichnenderweise die amerikanischen Besitzungen Englands; diese waren eben durch den Verlust der dreizehn Kolonien ihrer wertvollsten Teile beraubt, so daß die übrigbleibende Landfläche zunächst von sehr geringer Bedeutung erschien. Dies gibt sich darin kund, daß Humboldt in dem „Atlas geographique" für die amerikanischen Besitzungen Englands überhaupt keine Bevölkerungsziffer angab, so daß er sie offenbar als ganz unerheblich einschätzte. In der Tat wird das Gebiet der Hudson-Gesellschaft, Kanadas und der Antillen beträchlich weniger als eine Million Menschen umfaßt haben.

ANMERKUNG

[1]) Friedrich Alexander von Humboldt: Versuch über den politischen Zustand des Königreichs Neuspanien. Bd. 2. Tübingen: Cotta, 1810, S. 11. Die Quadratmeilenzahl für das asiatische Rußland wird hier auf 726644 angegeben, in dem Atlas geopraphique auf 728644.



H. LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT (NORD- UND OSTEUROPA)

Neben der deutsch-französischen Kampffront im Bereich des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums, von der im März-Bericht die Rede war, lebt allmählich eine andere europäische Front wieder auf, die Kanalfront. Großbritannien sieht sich infolge der überragenden Vormachtstellung, die Frankreich sich auf dem Kontinent dank der im Weltkrieg geleisteten angelsächsischen Hilfe aufbauen konnte, dazu gezwungen, zur Politik des europäischen Gleichgewichts zurückzukehren, nach der es die jeweils stärkste Macht auf dem Festland bekämpfen muß. „Die Politik der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts nötigt uns dazu", heißt es im Neujahrsheft 24 der Fortnightly Review, „mit dem stärksten Staat Abmachungen zu treffen, die verhindern, daß dieser seine politische Bewegungsfreiheit ausnutzt oder sonst politische Schwierigkeiten verursacht." Damit beginnt der historische Kampfzustand zwischen England und Frankreich erneut, der bisher im hundertjährigen Kriege (1346—1440) und in den späteren Kolonialkriegen (von 1608 [Port Royal] bis 1898 [Faschoda]) seine Höhen gehabt hat. Die in diesen Kampf eingesetzten Kräfte sind nicht, wie in Westdeutschland, Tanks und Marokkanerbataillone einerseits, fester Widerstandswille der Massen andererseits, sondern alle Mittel einer Diplomatie von vielhundertjähriger Erfahrung, sowie wirtschaftliche und finanzielle Manöver. Während die poinkaristische Politik sich nur durch immer weiter um sich greifende Bewegung halten kann, weil sie, zum Stillstand gebracht, sich unlösbaren Ordnungsproblemen gegenübersehen würde, ist das englische Streben auf die Pax britannica gerichtet, d. h. auf die Befriedigung Europas in einem Zustand, von dem nichts anderes gefordert wird, als daß er der englischen Wirtschaft ein möglichst umfangreiches kontinentales Betätigungsfeld bietet, läuft den französischen Zielen also stracks zuwider. Großbritanniens Machtstellung ist beim Eintritt in diese Auseinandersetzung mit Frankreich nicht unwesentlich schwächer als vor dem Weltkrieg. Seine geopolitische Lage gegenüber Frankreich hat sich durch die technischen Fortschritte auf dem Gebiet der weittragenden Geschütze und der Unterseebootswaffe, die auf Frankreichs Verlangen 1922 von den Abrüstungsbestimmungen der Washingtoner Konferenz ausgenommen wurde, sowie durch Frankreichs Überlegenheit in der Luft stark verschlechtert. Besaß Frankreich Mitte 1923 doch 1562 Militärluftfahrzeuge gegenüber 408 englischen. Von der „splendid isolation" ist nicht mehr viel übrig geblieben, seit Frankreich in der Lage ist, die ganze englische Küste von Dover bis Kap Lizard unter Fernfeuer zu nehmen. Dazu kommen schwere kolonialpolitische, soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die die Zusammenfassung des nationalen Willens auf ein einziges Ziel erschweren. Durch die Übernahme der Regierung seitens der Labour-Party sind diese nur noch gesteigert worden. Es ist ein Widerspruch in sich selbst, daß die Rolle des britischen Weltherrschers und die Methoden und Notwendigkeiten imperialistischer Kolonialpolitik von einer Partei übernommen worden sind, die ihrer Ideologie nach doch eine Partei der Schwachen und Unterdrückten ist. Doppelt bedenklich ist diese Dissonanz in der jetzigen Zeit, nachdem die britische Reichskonferenz vom Sommer 1923 gezeigt hat, daß die Dominions wohl an der kulturellen Gemeinschaft mit dem Mutterland freudig festhalten, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet aber immer bewußter eigene Wege gehen. Die Ausfuhr britischer Waren in die Kolonien, die 1921 42,5 % der Gesamtausfuhr betrug, ist auf 39,2 % im Jahre 1923 gesunken, und es ist noch sehr die Frage, ob die British Empire Exhibition, die Mitte April in London eröffnet wird, „the world's big event of 1924", die großen Erwartungen auf die Belebung des kolonialen Geschäftes erfüllen wird. Die Zahl der Streiks und Lohnbewegungen, die das britische Wirtschaftsleben

seit Regierungsantritt Macdonalds mehr denn je bedrohen, will kein Ende nehmen (Streik der Eisenbahner, Dockarbeiter, der Londoner Verkehrsbetriebe, Lohnbewegungen der Bergarbeiter, der Londoner Arbeiter in den Elektrizitäts- und Wasserwerken). Nicht weniger als 690 000 Arbeitstage sind im März durch Lohnkämpfe verloren worden. Es ist unzweifelhaft, daß sich die breiten Massen in ihren Forderungen durch die bloße Tatsache einer Arbeiterregierung wesentlich ermutigt fühlen, und daß sie auf eine Sozialisierung der englischen Wirtschaft hinstreben. Und auch dabei ergibt sich ein unlösbarer Widerspruch insofern, als es nationale Aufgabe auch der Arbeiterregierung ist, das gesamte Wirtschaftsleben zu schützen, während die Gewerkschaften, die die eigentliche Kraftquelle der Regierung bilden, einseitige Klasseninteressen verfolgen. Dabei fällt es der britischen Wirtschaft, obwohl sie sich gegen 1922 erholt hat, schwer, solche Belastungsproben zu ertragen. Die Einfuhr betrug 1923 93%, die Ausfuhr aber nur 74,5% des Vorkriegsbetrages, und die englische Handelsbilanz war um 322,7 Mill. £ passiv. Auch die Produktion, besonders in der Textilindustrie, ist von dem Vorkriegsstande meist noch weit entfernt. Die Kohlenförderung (1913: 287 Mill. t, 1923: 280 Mill. t) und die Stahlerzeugung (1913: 7,7 Mill. t, 1923: 8,5 Mill. t) allerdings überschreiten den Vorkriegswert. Die Roheisenerzeugung (1913: 10,3 Mill. t, 1923: 7,5 Mill. t) aber bleibt wieder hinter ihm ansehnlich zurück; im Jahresdurchschnitt von 1913 waren 337 Hochöfen, in dem von 1923 nur 200 im Betrieb. Die Kohlenausfuhr hat nur nach Deutschland und Frankreich eine ansehnliche Steigerung gegen den Vorkriegsbetrag erfahren; ihr Gesamtbetrag dagegen erreicht jenen nicht (1913: 73,4 Mill. t, 1923: 79,4 Mill. t). Hand in Hand mit dieser Abschwächung der Intensität des britischen Wirtschaftslebens geht die Arbeitslosenzahl. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die am 1. Januar 1922 1 906 000 betrug, ist zwar bis Mitte Februar 1924 auf 1 124 000 herabgegangen. Zu letzterer kommen aber noch die Stellungslosen der versicherungsfreien Gewerbe und die Schwerkriegsbeschädigten. Lloyd George schätzt die Zahl der Arbeitslosen und -unfähigen immer noch auf insgesamt 2,2 Mill. Das im Jahre 1923 von englischen Schiffen beförderte Frachtgewicht hat in allen Richtungen, mit Ausnahme des Fernen Ostens, gegenüber 1922 abgenommen.

Der Irische Freistaat, dessen Grenze gegen das protestantische Nordirland bis heute noch nicht endgültig festgelegt ist, treibt infolge des Verhaltens der unentwegten Republikaner, die von der Irland gewährten Homerule nicht befriedigt sind, neuen Unruhen entgegen. Den Anstoß hierzu gab die Ausführung des Beschlusses der Reichskonferenz, wegen der Gärung in Irland das irische Heer von 55 000 auf 18 000 Mann zu verkleinern.

Das Dänentum hat eine Kulturoffensive gegen das Deutschtum in der bei Deutschland verbliebenen südlichen Abstimmungszone Schleswigs begonnen. Operationsbasis ist das deutsche Flensburg. Kampfmittel der Eiderdänen sind: Die Errichtung einer dänischen Realschule, die Pflege des schleswigschen Dänenvereins, Einrichtung von Lesestuben und Volkshochschulen, Ankauf von Zeitungen. Auf den Dänemark gehörigen Fäöer, auf die in letzter Zeit Norwegen geschichtliche Ansprüche erheben zu können glaubt, errang die Nationale Dänische Einheitspartei bei den Wahlen zum Landesparlament Mitte Januar d. J. den Sieg. Mit Norwegen schloß Dänemark ein Abkommen über Grönland. Norwegen erkennt die dänische Oberhoheit über Grönland an, die Norweger erhalten das Recht, an der ostgrönländischen Küste an Land zu gehen, um Fischfang zu treiben, und für Wohnungs- sowie Lagerzwecke Land in Besitz zu nehmen. Durch die letzten Reichtagswahlen in Island im November 1923 ist eine freihändlerisch eingestellte Regierung ans Ruder gekommen, die die Einfuhrverbote (z. B. auf deutsches Salz) abbaut. Hier ergeben sich Handelsmöglichkeiten für Deutschland.

Da das Ruhrgebiet in der Regel nicht weniger als 70% der schwedischen Eisenerzausfuhr erhält, lag der Eisenerzbergbau in Schweden im Jahr des Ruhreinbruchs schwer darnieder. Die schlechte Ernte verringerte die Haferausfuhr. So ergab sich nach dem Ausfuhrüberschuß von 1922 eine nega-

tive Handelsbilanz von 206,5 Mill. Kr., ein für den schwachbevölkerten Staat ernstes Ergebnis.

Vom nördlichen Eismeer bis zur Ägäis zieht sich ein mehr oder weniger breiter Streifen Landes, der seit den Friedensschlüssen am Weltkriegsende von einem wahren Gewirr von 15 kleinen bis mittelgroßen Staaten mit 0,5 bis 30 Mill. Bewohnern erfüllt ist. Nahezu 120 Mill. Menschen, mehr als ein Viertel der Bevölkerung Europas, wohnt in ihm. Dieser Streifen bietet, von Finnland abgesehen, überall politische Erscheinungen, die früher auf dessen Südende beschränkt waren, er ist balkanisiert worden: Allenthalben Nationalitätenstaaten (mit Ausnahme Deutschösterreichs und Danzigs) mit schärfsten nationalen Gegensätzen, brutale Vorherrschaft einer dieser Nationalitäten, Finanznot, Militarismus, häufige Regierungskrisen, stark aktivistische Außenpolitik, die dauernd neue Reibungsflächen und Konflikte schafft, Todfeindschaft der meisten dieser Staaten untereinander und gegenüber den großen Nachbarn Deutschland und Rußland, intensive Versuche Frankreichs (Polen, Kleine Entente), dieses Staatengewirr seinen großen militärpolitischen Zielen gefügig zu machen, neuerdings wachsender Einfluß Englands.

In diesem balkanisierten Landstreifen Europas liegen zunächst die Baltischen Randstaaten. Der Plan des polnischen Marschalls Pilsudski, sie mit Polen zu einem politischen Bund zusammen zu schmieden, dessen Spitze sich gegen Rußland richten sollte, ist 1922 am Widerstande Finnlands gescheitert. Frankreich hatte diesen Plan im Interesse der weiteren Einkreisung Deutschlands und der Beobachtung Rußlands begünstigt. Litauen würde sich diesem Bunde nie angeschlossen haben, denn es leht seit 3 Jahren, seit der wilkürlichen Besetzung des Wilnagebietes durch Polen, mit diesem in latentem Kriegszustand. Längs der Wilja und bei Koschedary stehen sich nun schon durch 2 Jahre die Vorposten mit geladenem Gewehr gegenüber. Dagegen haben Estland und Lettland am 1. November 1923 einen Vertrag geschlossen, der ein Verteidigungsbündnis sowie ein Wirtschafts- und Zollabkommen enthält. Zur Zeit des Ruhreinbruches hatten die Litauer das von Deutschland in Versailles an den Völkerbund abgetretene Memelgebiet mit Gewalt an sich gerissen. Die darauf dort ausbrechenden Unruhen hatten zur Folge, daß dem überwiegend deutschen Memelgebiet Versprechungen betreffs Selbständigkeit von Verwaltung, Unterricht und Rechtspflege gegeben wurden. Doch sind diese Versprechungen nicht gehalten worden. Das vom Völkerbundsrat Ende März d. J. angenommene Memel-Abkommen soll diesem unhaltbaren Zustand nun ein Ende machen. Durch dieses übertragen die vier alliierten Hauptmächte ihre „Rechte“ auf das Memelgebiet an Litauen, bestimmen jedoch gleichzeitig dessen „Autonomie, d. h. seine gesetzgeberische, verwaltungstechnische und finanzielle Selbständigkeit unter Litauens Oberhoheit. Diese Entscheidung bedeutet eine Schlappe für Polen, das gehofft hatte, sich über Memel einen zweiten Korridor zur Ostsee zwecks Umklammerung Ostpreußens schaffen zu können. Es ist übrigens bemerkenswert, daß bei einer vorher stattgehabten Volksbefragung, die der französische Kommissar des Memellandes in polnischem Interesse hatte vornehmen lassen, sich 98,2 % der Bevölkerung für den deutschen Schulunterricht ausgesprochen hatten. Litauen gedenkt nun, nach dem Völkerbundentscheid, Polen den freien Transitverkehr auf der Memel und die Benutzung des Memeler Hafens nur dann zu gestatten, wenn es das Wilnagebiet räumt. Auch in Lettland ringen die Deutschen mit Zähigkeit um ihre nationale Existenz. Sie haben, fußend auf dem lettischen Verfassungsentwurf, dem Lettischen Landtag ein „Gesetzprojekt über die national-kulturelle Selbstverwaltung der deutschen Sprache in Lettland“ eingereicht und führen z. Zt. um dessen Annahme einen scharfen Kampf. Die wirtschaftliche Lage der Baltischen Randstaaten ist nach der völligen Mißernte des vorigen Jahres eine ungünstige. Immerhin macht die Industrialisierung erstaunlich schnelle Fortschritte, und es bahnt sich ein Wirtschaftsbund Lettland-Estland-Litauen an. Estland wird in diesem die textilindustrielle Führung haben, Lettland die Versorgung mit Kleinartikeln der Metallindustrie, Glaswaren und Geschirr übernehmen, während das noch fast rein agrarische Litauen die Lieferung von Häuten und Leder

leisten kann. Für die Ausfuhr kommen Butter, Flachs, Zement, Holz und Papier in Betracht. In Estland ist kürzlich, 60 km von Reval entfernt, das erste Torfkraftwerk mit 1000 PS fertiggestellt worden.

Dieselbe Tagung des Völkerbundrates, die Polen den Weg nach Memel verschloß, gestattete ihm ein um so festeres Zufassen an der Weichselmündung. Sie genehmigte den polnischen Antrag auf Anlegung eines Munitionsdepots im Danziger Hafen auf der Halbinsel Westerplatte. Erst am 14. März d. J. ratifizierte der polnische Sejm mit fünfjähriger Verspätung den Friedensvertrag von St. Germain; die Ratifizierung war bisher unterblieben, weil der Vertrag die Verfügung über Galizien den alliierten Hauptmächten vorbehielt, die jedoch im vorigen Jahr die ehemalige österreichische Ostgrenze am Zbruz als neue polnische Grenze anerkannten. Während sich Polen unter Führung der großagrarischen, kapitalistischen, klerikalen Rechten bisher eng an Frankreich anschloß und in Deutschland den Feind sah, regen sich jetzt, geführt vom „Kurjer Polski", Stimmen, die eine Rückendeckung gegen Rußland bei England suchen. Genannte Zeitung schrieb kürzlich ironisch, für den derzeitigen Außenminister, Graf Zamoyski, sei Polen ein Planet, der in vorgeschriebener Bahn die Sonne von Paris umkreise. Bei der kleinbürgerlich-sozialistischen Linken hat die Übernahme der Regierung in England durch die Labour-Party tiefen Eindruck gemacht. Das ganze innerpolitische Leben Polens krankt an der Fiktion, daß Polen ein Nationalstaat sei. Die deutschen, ukrainischen, russischen, jüdischen Minderheiten, die zusammen 31 % der Bevölkerung bilden, werden systematisch an der Mitarbeit im Parlament und Regierung gehindert, obwohl sie geeignet wären, durch Bildung eines derzeit fehlenden Zentrums zwischen der sich scharf befehdenden Rechten und Linken zu vermitteln. Diese nationalen Minderheiten sind es bisher auch allein gewesen, die die Kosten der im Juli 1920 und Dezember 1923 beschlossenen Agrarreform zu tragen hatten. Diese entsprang dem intensiven Landhunger der polnischen Kleinbauern. Sind doch in Galizien wie Kongreßpolen über 50 % der Bauernstellen lebensunfähige Parzellenbetriebe, deren Besitzer sich früher nur durch die jetzt nicht mehr mögliche Saisonarbeit in Deutschland eine Existenz schufen: diese war für 300 000 Menschen die Grundlage des Auskommens. Und den Bevölkerungsüberschuß der ehemals preußischen Landesteile schluckte früher das Ruhrgebiet. Der Großgrundbesitz und das von ihr gesellschaftlich abhängige Beamtentum machen jetzt die dringend notwendige Durchführung der Agrarreform illusorisch.

Ungarn, das auf drei Seiten von der kleinen Entente umringt ist, hatte sich bisher nicht dazu verstehen können, den Nationalitätenkampf gegen das Volk aufzugeben, das in geschlossener Masse seine vierte Seite umwohnt, das deutsche. Hoffen wir, daß der kürzlich von Graf Bethlen unter ausdrücklicher Mißbilligung des bisherigen Systems erneut feierlich versprochene Schutz der Sprache der Minderheiten nun endlich Wirklichkeit wird! Nach der Zählung von 1920 wohnen innerhalb der ungarischen Grenzen 551 700 Deutsche (= 6,9 %).

Rumänien leidet derzeit schwer unter den Folgen seiner überstürzten Agrarreform. Durch sie ist der altrumänische Großgrundbesitz bis auf 557 000 ha enteignet worden, so daß es heute in Altrumänien 8 1/4 Mill. ha Bauernland gibt. Die Folge war, daß Rumänien aus dem vierten Brotgetreidelieferanten der Welt ein mittelmäßiger Futttergetreidelieferant geworden ist. In einen schweren Konflikt ist das kleine Rumänien mit dem großen russischen Nachbarn gekommen, zu dem es in einem unüberwindlichen nationalen und jetzt auch sozialpolitischen Gegensatz steht. Bessarabien war 1812 vom Fürstentum Moldau abgetrennt und dem Zarenreich angegliedert worden, 1856 hatte Rußland Teile Bessarabiens verloren, die ihm jedoch 1878 auf dem Berliner Kongreß wiedergegeben wurden. Am 29. Oktober 1920 hatten die alliierten Hauptmächte die Reannexion Bessarabiens durch Rumänien, die am Weltkriegsende erfolgt war, anerkannt. Ende März d. J. begannen nun in Wien auf Grund dieser Sachlage Verhandlungen zwischen Rumänien und Rußland, die nach kurzer Dauer am 2. April infolge der Unnachgiebigkeit der Sowjetregierung scheiterten. Rumänien hat

Anfang des Jahres den französischen 100 Mill.-Kredit abgelehnt. Es ist das ein Ausdruck für die Tatsache, daß Frankreich sich wie von Polen so auch von Rumänien zurückzuziehen beginnt, um sich die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland offen zu halten.

Eine der wichtigsten politischen Tatsachen des letzten Halbjahres ist der Wiedereintritt Rußlands in die Reihe der europäischen Großmächte. Ist doch Rußland der einzige „Erdteilstaat" (s. Literaturbericht dieses Heftes, Aufsatz von Vogel) auf europäischem Boden. Von den soeben besprochenen westlichen Randstaaten abgesehen, hat es die Sowjetmacht trotz der zeitweilig unüberwindlich scheinenden inneren Schwierigkeiten verstanden, den ganzen gewaltigen eurasischen Besitz des Zarenreiches wieder unter ihrer Herrschaft zu vereinigen und als äußerer Ausdruck dieser Tatsache fährt der Sibirienexpreß jetzt wieder fünfmal in der Woche nach Wladiwostok, Chabarowka oder Tschita. Die Sowjetregierung ist bisher von Deutschland, England, Italien, Schweden, Norwegen, Österreich und Griechenland anerkannt worden. Der Verfall der Gesamtwirtschaft ist aber immer noch so bedeutend, daß der Innen- wie Außenhandel nur einen kleinen Bruchteil des Vorkriegshandels darstellt, daß mehr als die Hälfte der Fabriken nicht arbeiten, daß im Agrarstaate Rußland Mitte März d. J. 1,2 Mill. Arbeitslose existierten, und daß die Kaufkraft des verarmten russischen Volkes noch überaus gering ist. „Namentlich in den Provinzstädten ist das Elend unbeschreiblich und kann von einem westeuropäischen Begriffsvermögen eigentlich überhaupt nicht erfaßt werden" (Georg Popoff). Immerhin scheint eine langsame Besserung im Werden zu sein. Der Außenhandel hat sich besonders im letzten Viertel des abgelaufenen Jahres (— das russische Wirtschaftsjahr beginnt am 1. Oktober —) belebt. Rußland, das im Jahresdurchschnitt 1909/13 10,2 Mill. t Getreideausfuhrüberschuß aufwies, führte im Wirtschaftsjahr 1922/23 nur 684000, vom 1. Oktober 1923 bis 22. Januar 1924 dagegen schon wieder 1647000 t Getreide aus. Dabei ist der Roggen, vor dem Kriege an letzter Stelle, zum ersten Exportgetreide geworden, und sofort läßt die Roggenerzeugung und -ausfuhr der Union und Kanadas, die in der Nachkriegszeit aus dem Nichts zu einem ansehnlichen weltwirtschaftlichen Faktor erwachsen war, stark nach. Schon aber legen sich wieder Schatten auf dieses Bild. Die Getreideausfuhr, die im 4. Vierteljahr 1923 42 % der Gesamtausfuhr betrug, hatte eine Erhöhung der Getreidepreise im Inland zur Folge. Damit nahm die Not der Bauernschaft ein Ende, ihre Kaufkraft stieg und der Absatz der Industrieerzeugung kam wieder in Fluß. Die in der Berichterstattung des 1. Heftes, S. 49, geschilderte Lage hörte damit auf. Aber es stieg die Not der städtischen Bevölkerung durch die einsetzende inländische Getreideknappheit und Brotteuerung, so daß die Sowjetregierung sich schweren Herzens Ende Februar d. J. zu einer Stillegung der Getreideausfuhr entschließen mußte. Die Handelsbilanz Rußlands für das Wirtschaftsjahr 1922/23 war, wenn man die Gegenwartspreise heranzieht, um 23 Mill. Goldrubel aktiv, wenn man die Vorkriegspreise nimmt, jedoch noch schwach passiv. Das Deutsche Reich war an der russischen Ausfuhr mit 32 %, an der Einfuhr mit 41 % beteiligt und stand damit in beiden Reihen weitaus an erster Stelle. Die russisch-englischen Kreditverhandlungen, die demnächst in London getätigt werden, sind für den eben erwachenden deutschen Handel mit Rußland aber eine große Gefahr. Vom gesamten Handelsumsatz des letzten Vierteljahrs 1923 entfallen 64 % auf den privaten, 26 % auf den staatlichen und 10 % auf den genossenschaftlichen Handel. Das Prinzip der Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, dessen radikale Durchführung die Sowjetregierung mit der „Neuen Wirtschaftspolitik" schon 1921 aufgegeben hatte, erscheint danach in vollem Bankrott.

Der Herrscher der Mongolei, der „lebende Buddha", hat das Amt eines Sowjetkommissars übernommen. Damit reicht der Einfluß der Sowjets bis an die chinesische Mauer, und die ist schon recht morsch!

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Auch geopolitisch bringt die Arbeiterregierung in England allerlei Überraschungen. Eine unerwartete Wendung ist in der Behandlung der Singapore-Frage eingetreten. Am 18. März 1924 hat die britische Regierung und das Unterhaus zunächst auf den Ausbau des wichtigen Hafens zum Kriegshafen und die vorbereitenden Riesen-Dockanlagen verzichtet, unter deutlicher und lauter Mißbilligung der nächstbeteiligten Dominien Australien und Neuseeland, bei merkwürdig zwiespältiger Stellungnahme des etwas ferner beteiligten Japan, das sich offenbar gar nicht so sehr davon betroffen gefühlt hatte. Der Verzicht war mehr ein Opfer auf dem Altar der nächsten Abrüstungskonferenz (kommt sie, ein Vorteil, kommt sie nicht, ein Fehler!), also vielleicht ein Ausfluß ähnlicher politischer Klugheit, wie das beherrschte und scheinbar gleichgültige Mienenspiel des japanischen Flottenchefs und nachmaligen Ministerpräsidenten Kato bei dem überraschenden Flotten-Einschränkungs-Vorschlag des U. S. Staatssekretärs Hughes zu Beginn der Washington-Konferenz. Nur daß diesmal „den Schritt zurück" das westeurasische Inselreich allein tut, und daß er es vielleicht erhebliche Strukturveränderungen gerade im Indopazifik kostet. Denn schon ist als Folge die Selbständigmachung der australischen Flotte im Frieden an die Wand gemalt worden; kein geringerer als der Chef des australischen Geschwaders hat der Commonwealth nunmehr Port Darwin als ihre gottgewollte Flottenbasis empfohlen. Neben Singapore treten damit auch wieder Port Moresby (im südöstlichen Neuguinea), Port Darwin (am nordwestlichen Bruchpunkt Australiens gegen die Sunda-Welt) und Port Jervis (die naturgegebene Hafenbucht der australischen Bundeshauptstadt Cánberra zwischen Sidney und Melbourne) als Wettbewerber des Stützpunkts an der Malakkastraße auf den Plan. Schon allein die Art und Weise, wie der Kampf für den einen oder anderen in der Öffentlichkeit geführt wird, kann wertvolle geopolitische Aufschlüsse darüber geben, wie sich die besten Kenner die Zukunftsaufgaben des Britischen Reichs und seiner hauptbeteiligten Dominien im Pazifik vorstellen.

Auch Canada darf dabei nicht außer Acht gelassen werden; und weil ein Strohhalm oft anzeigt, wohin die Strömung umsetzen will, stellen wir auch hier ein anthropogeographisches Symptom fest: die Monate der Haupteinwanderung in Canada lieferten 1923 zwar allerdings 124 680 Einwanderer, gegen nur 60 247 im Vorjahr; aber in dem Beobachtungsjahr für Wanderungen und Bevölkerungsverschiebung, das am 30. Juni 1923 zu Ende ging, hatten auch 117011 offiziell, und vielleicht nicht viel weniger fleißige Hände inoffiziell das Land nach Süden verlassen, gelockt von den höheren Löhnen und besseren Erwerbsmöglichkeiten des südlichen Nachbars, und z. Zt. tun es ihnen etwa 20000 monatlich nach. Diese zu Anfang d. J. 1924 erkannte Landflucht erschreckt die geopolitisch hellhörigen Canadier noch mehr in ihrem von Fremdrassen gefährdeten pazifischen Westen, als im gesicherten atlantischen Osten. Die Folge ist, daß der Westen bereits wieder, wie z. B. der Regina Board of Trade, den deutschen Siedlern — in voller Erkenntnis von Canadas Bedarf nach harten Landsiedlern nordischer Rassen — herzlichen Willkomm bietet, während der Osten — auch stark französisch durchsetzt — noch Resolutionen gegen die Zulassung der deutschen Einwanderer faßt. Das ist ein Strahl von wieder beginnender Erkenntnis einer seit 1914 sinnlos zerrissenen Interessengemeinschaft. Es werden ihm noch viele folgen, und was Canada jetzt schon aufdämmert, wird auch Australien und Neuseeland einmal zum Bewußtsein kommen, aber vielleicht wenn es zu spät ist: daß sie sich mit dem Abschnüren rassenverwandter, land- und raumsuchender Einwanderung des stärksten Mittels zur Behauptung ihrer weiten, menschenleeren Räume begeben haben. Denn eine Bevölkerung mit sich stauendem Wachstum, zu einem Drittel in wenigen Großstädten zusammengeballt, kann nicht auf die Dauer Riesenräume gegen stark wachsenden Volksdruck in der Nachbarschaft verschlossen halten,



außer sie erhält Zustrom verwandter, assimilierbarer, in diesem Fall nordischer Rassen, auch wenn sie alle vier vorgenannten Häfen rings um Australien zu kanonengespickten Seeburgen ausbaut und weitere in Neuseeland dazu befestigt.

Die Antworten der großen Dominien auf die Ankündigung der Reichsregierung, daß sie zunächst den Ausbau von Singapore einstellen werde, gehören zu den geopolitisch interessantesten Dokumenten unserer Zeit. Neufundland und Neuseeland, die beiden insularsten, erklären das Aufgeben für „unweise" (Neufundland), „bedauern das Aufgeben außerordentlich und protestieren dagegen" (Neuseeland); Canada und der Irische Freistaat enthalten sich des Urteils, aber Canada mit leichtem Bedauern, Irland mit heimlicher Freude, so wie es Indien ausgesprochener tun würde, wenn es eine Stimme hätte. Das kontinental denkende, unozeanische Südafrika „stimmt von ganzem Herzen zu" (freilich angeblich in der Hoffnung, daß Australien damit einverstanden sein werde, was sich allerdings nicht erfüllte) aus dem Wunsch heraus, daß sich nicht eine Spannung im Pazifik auf das noch glimmende Europa übertrage und aus dem Gedanken, den Frieden der Satten, zur Zeit bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit Ausgedehnten, der Beati possidentes nicht zu stören. Australien, vor Wahlen mit einer möglichen Labour-Mehrheit stehend, zwiespältig in seinem Kontinental-Egoismus einerseits, seiner Furcht vor dem „smell of the East in the Northwind" andererseits, leistet geradezu ein Meisterwerk von indopazifischem Cant, mit dem es die im Grunde sehr schroffe Ablehnung des Regierungsentschlusses verschleiert, das wir leider wegen seiner Länge nicht wiedergeben können.

Zugestimmt hat also, im Gegensatz zu Macdonalds Vorbringen im Parlament, eigentlich nur das eine Südafrika (das nebenbei eine Flottenbasis bei Kapstadt möchte); scharf dagegen waren Australien, Neuseeland und Neufundland, und ihre Gleichgültigkeit haben Canada und Irland bekundet. Das große Australien aber hatte geschrieben: „Unberechenbarer Schaden wird dem Prestige des Reiches erwachsen; das Vertrauen der kleinen Staaten wird erschüttert, der Ehrgeiz schwächerer Mächte gesteigert, und tiefes Mißtrauen wird sich über das Reich verbreiten. Nicht durch Handlungen mit solchen Ergebnissen können wir hoffen, künftige Einschränkungen der Rüstungen zu erzielen . . ." In diesem Stile geht es noch lange fort. Das ist mehr Lord Curzons als Macdonalds geopolitische Auffassung. Tatsächlich hat denn auch der Präsident der Vereinigten Staaten die ihm nahegelegte neue Rüstungs-Einschränkungs-Konferenz zunächst auf die lange Bank geschoben, und die große Geste von Singapore hat keine pazifische Gegenliebe gefunden.

Dabei stellen sich weite Kreise immer noch, als ob die Schwierigkeiten in der Singapore-Frage z. T. von Japan ausgingen, als ob sie nicht weit mehr innere Fragen der britischen Reichsstruktur wären, vor allem weit mehr indische, als pazifische, wenn ihnen natürlich auch die indopazifische Randlage des berühmten Emporiums eine besondere geopolitische Pointe gibt. Die beiden ostasiatischen Mächte haben aber mindestens im Frühjahr 1924 ganz Anderes zu tun, als sich vorwiegend mit dem Randgebiet gegen den indischen Lebensraum zu befassen. Sie stehen vor entscheidenden Fragen ihres inneren Aufbaues, die freilich z. T. allein vom menschlichen Willen bestimmt scheinen könnten, aber doch auch sehr erdgebunden sind.

China und Japan werden wahrscheinlich in diesem Frühjahr ihren Räumen neue Stimmführer geben müssen. Im einen Lande (China) ist die Präsidenten- und Länder-Krise akut geworden, im anderen (Japan) die der Parteien und ihrer Erneuerung, zusammenhängend mit der großen Frage, ob der Schritt zum allgemeinen Männerwahlrecht der 25 jährigen gewagt werden kann; ob man warten solle, bis es von unten erzwungen wird, was der japanischen Staatsdenkweise widerspricht, oder ob man es besser mit kühner Staatskunst von oben her dem widerstrebenden Egoismus der in der Mehrheitsmacht befindlichen Partei aufzudrängen habe. Es ist kaum ein Zweifel, daß Japan in diesem Jahre ein Seitenstück zur Chartistenbewegung durchzumachen hat und daß China wahrscheinlich vor dem Zwang des Übergangs der Zentralgewalt an die jüngere Generation gestellt wird, da von der älteren kaum mehr ein unverbrauchter Mann übrig ist, wenn wir nicht den schon sehr entgötterten Sun Yat Sen im Süden

oder den Anfu-Häuptling Tuan Chi Jui noch als solche gelten lassen wollen. Ist Wu Pei Fu, mit ihm die erneuerte nördliche Zentrallandschaft schon regierungsreif oder werden sie sich noch einmal eines Strohmannes bedienen müssen? Es ist in China eine ähnliche Lage, wie sie Altrom zwischen der Konferenz von Lucca und dem Rubicon-Übergang durchgemacht haben mag.

Drängender aber noch ist die japanische Lösung der bevorsteheeden Frühjahrswahlen und ihres geopolitischen Sinnes, den uns die Mitteilungen erraten lassen, die von der alljährlichen Beratung der Provinzgouverneure in Tokio in die Öffentlichkeit durchsickerten. Unter den vielen klugen Mitteln des japanischen Reiches, die nötige Einheit für das Staatsganze bei aller Sonderart der einzelnen Flußgebietslandschaften zu gewährleisten, ist dieses regelmäßige Zusammenfassen aller wichtigen Männer („Schlüsselmenschen") zu persönlicher Aussprache und ihre einheitliche, auch geopolitische Information eines der wirksamsten, gleichviel, ob es sich nun um Verwaltungsbeamte, Seeleute oder Soldaten, Journalisten oder Wirtschaftler des ganzen weitgedehnten Reiches handelt. Es ist nicht ungerecht, wenn Graf Kiyoura, der Premier, bei der wichtigsten dieser Zusammenkünfte von dem auseinandergejagten Reichstag sagte, daß er seinen großen konstruktiven Aufgaben in keiner Weise gewachsen war. Wird es aber der neue sein? Die amtliche Wahlmaschine ist in Japan fast so stark, wie in Frankreich, und die gerade im Amt stehende Regierung befindet sich deshalb in sehr überlegener Stellung, wenn sie diesen Vorteil zu meistern versteht. Die alten Parteien sind völlig verbraucht und verachtet; aber trotzdem ist — im Gegensatz zu vielen anderen Reichen der Erde — der Gedanke allgemein verbreitet, fast ein öffentliches Dogma, daß ein wechselndes Parteienregiment in der Art des englischen des XVIII. Jahrhunderts für Japan in seinem gegenwärtigen Stande das Richtige wäre. Es kommt also nur darauf an, eine Partei zu bilden, die diesen Gedanken annähernd so in die Praxis umsetzt, wie es die Seyukai, die japanische Nationalliberale Partei, unter Hara immerhin fertig gebracht hatte, und vorher Graf Okuma mit der gegen diese stärkste Partei des Reisbauern-Mittelstandes von beiden Seiten zusammengeballten Opposition. Tatsächlich haben sich die starken Clan-Klüngel diesen Parteien gebeugt, sich ihre Programme aufnötigen lassen, sogar die eigenwilligen Satsuma-Admirale und eine so starke Persönlichkeit wie Fürst Katsura; dieser tatsächliche Erfolg parlamentarischer Auslese wird sich nicht mehr zurückschrauben lassen; die Tage der japanischen Bürokratie als Alleinträger des öffentlichen Willens sind vorüber, damit aber auch ein Teil der konzentrierten Schlagkraft des Inselreichs. Freilich darf nicht vergessen werden, daß eine weise Voraussicht in der japanischen Staatsrechts-Gestaltung Verfassung selbst und Wahlgesetz getrennt hat, so daß die einzelnen Träger des Staatswillens, Reichstag und Herrenhaus, in ihrer Struktur geändert und ausgewechselt werden können, ohne daß die Verfassung selbst die Erschütterungen mitzumachen braucht. Was umgestaltet wird und bereits mehrfach umgestaltet wurde, ist nur das Wahlgesetz, das kein Verfassungsgesetz ist.

Noch haben wir zweier vorwiegend sportlicher Unternehmungen zu gedenken, wegen der großen Bedeutung, die sie für die Geopolitik des indopazifischen Raumes haben; die erste ist der tatsächliche Beginn des amerikanischen Erdrundfluges von Los Angeles aus, des englischen vom Kanal aus im März 1924, die beide annähernd auf derselben Strecke den indopazifischen Raum durchqueren werden und sich wahrscheinlich innerhalb der Längsentwicklung des japanischen Reichs begegnen: Vancouver—Fort Wrangel—Yakutat—Cordoba in Alaska—Dutch Harbour—Nazan-Bucht—NikolskPetropowlowsk—(Kamtschatka)—Kurilen—Jezo—Ominato ga Ura—Tokio—Kagoshima—Shanghai—Hongkong—Bangkok—Rangoon—Kalkutta—Delhi—Karatchi und umgekehrt. Die Vorbereitung des nordpazifischen Flugs durch eine dreimonatliche Flugkartenaufnahme der Aleuten und die Überwindung der um die Flugzeit immer noch mit 60 % Nebeltagen belasteten Kurilen (der Name kommt von russisch kurit' „rauchen" wegen der Vulkane und des Nebelschleiers) wird dabei die geopolitisch interessanteste Flugverkehrsleistung sein. Das zweite Sportereignis von wenigstens beschränkter geopolitischer Tragweite ist die dritte Mount-Everest-Expedition, die nun zwischen

Ende April und Monsunregen-Beginn 1924 die Entscheidung bringen muß, ob es britischer Bergsteigerzähigkeit gelingen wird, den höchsten Gipfel der Erde zu erreichen, und damit immerhin eine Steigerung des Ansehens zu gewinnen, die von symbolischer Tragweite ist und eine gewisse Bedeutung als Vorzeichen in Indien haben wird, worüber sich auch die Teilnehmer klar sind.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

In Südafrika steht die Frage der politischen Stellung der Inder im Mittelpunkt des Interesses. Man hat eine Verfügung erlassen, nach der die örtlichen Behörden ermächtigt werden, eine bestimmte Klasse von Personen in einem besonderen Ortsviertel anzusiedeln; außerhalb dieses Bezirkes dürfen die Betreffenden keinen Grund und Boden erwerben. Diese „Class areas bill" hat unter den Indern, gegen die sie gerichtet ist, schärfste Opposition hervorgerufen. In ihr sehen sie den ersten Schritt in der Boykottbewegung des indischen Handels in Südafrika von seiten der Weißen. Natal und Transvaal sind die beiden Gebiete, um die sich hauptsächlich der Streit dreht. In Natal besonders deshalb, weil hier die asiatische Bevölkerung zahlenmäßig die weiße schon übertrifft und sich im Besitz nicht unbeträchtlicher Ländereien befindet. Es handelt sich dabei meist um reich gewordene Händler, die ihr Vermögen in Grundbesitz angelegt haben. Eine Entziehung ihres Besitzes kommt durch die neue Bill ebensowenig in Frage wie eine Verweigerung, bestehende Lizenzen zu erneuern. Man will nur einem Weiterumsichgreifen der Landerwerbungen durch Inder entgegentreten.

Wenn trotz ihrer milden Seiten der Erlaß so angefeindet wird, so beruht das auf der Tatsache, daß das indische Element bereits seit 3 Generationen im Lande ist und sich als durchaus bodenständige Volkseinheit fühlt. Fast alle sind bereits im Lande geboren und haben zweifelsohne durch ihre Tüchtigkeit mit zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Inder haben nicht nur einen großen Teil des Handels in ihrer Hand, sondern sehen sich auch im Besitz ausgedehnter Farmen. Es ist erklärlich, daß gegen dieses Ausgreifen sich eine Strömung unter den weißen Farmern und Kaufleuten bemerkbar macht. Ihnen ist die Bill noch zu zahm. Sie sähen lieber eine völlige Ausschließung des indischen Konkurrenten, ohne sich aber der letzten Konsequenzen politischer und wirtschaftlicher Art für ihr Land bewußt zu werden. Und nicht bloß der sozial höher gestellte wird als lästig empfunden, sondern auch der einfache Arbeiter, dem man eine Herabdrückung der Löhne vorwirft und dem man daher die Aufnahme in die einheimischen Arbeiter Unions versagt. Auch diese Behandlungsweise ist kurzsichtig. Denn sehr treffend hat kürzlich ein guter Landeskenner ausgesprochen: „Entfernt den indischen Arbeiter heute aus der Provinz, und ihr werdet wieder einen Zustand der Zahlungsunfähigkeit haben." Denn diese war es, die 1860 die Farmer zum ersten Male indische Kulis auf ihre schwer bedrängten Zuckerrohrplantagen holen ließ. Heute ist die Einwanderung von Indern nach Südafrika seit 1913 verboten, aber dafür hat man nun eine sich schnell vermehrende Bevölkerung asiatischen Ursprungs im Lande, die sich berechtigt fühlt, ihre politischen Rechte geltend zu machen,

nachdem sie Südafrika ihre zweite Heimat nennen darf. — Im Kapland besteht die Inderfrage nicht, da hier längst eine starke Vermischung der einzelnen farbigen Elemente eingetreten ist und die Farbigen fast gleiche Rechte wie die Weißen genießen. Da sie zudem den Hauptteil der Arbeiterbevölkerung in den wichtigen Minendistrikten stellen, die an sich zur Opposition leicht geneigt ist, so hütet man sich, die Frage durch rassenpolitische Maßnahmen noch mehr zu verschärfen. Zudem findet die Class areas bill auch in dem einflußreichen „South African Jewish Board of Deputies" einen heftigen Gegner, der befürchtet, daß sie auch einmal in Zukunft gegen die jüdischen Glaubensgenossen angewandt werden könnte. In Indien selbst hat sich Gandhi der Sache seiner Landsleute in Südafrika angenommen und bezeichnet die Bill als einen Bruch der Abmachungen zwischen der südafrikanischen Regierung und Indien vom Jahre 1914.

In den britischen Kolonien Ostafrikas und im britischen Sudan paßt man die Ausbeutung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Gegenden mit peripher an. Sie werden auch die politischen Verhältnisse der nächsten Zukunft beeinflussen. Heute interessiert besonders die künstliche Bewässerung und die dadurch sehr günstig gestalteten Aussichten für den Baumwollanbau. Vor kurzem wurden ansehnliche Summen vom Unterhaus für ein umfangreiches Bewässerungssystem in der Gezirah Ebene im Gebiet zwischen weißem und blauem Nil bewilligt, durch das ungefähr 400 000 ha für Baumwollkultur erschlossen werden sollen. Man wird am Nil ein 90 km langes Staubecken erbauen mit einem Fassungsvermögen von etwa 36 Mill. cbm Wasser. Das neue Baumwollgebiet wird an Fläche etwa 7 mal so groß werden als jenes, das der Baumwollkonzern in den Vereinigten Staaten sein eigen nennt. Durch die afrikanische Baumwolle wird die englische Textilindustrie in Zukunft fremde Märkte entbehren können, und es wird damit den Vereinigten Staaten ein unangenehmer Konkurrent erwachsen. Die äußerst hohen Dividenden des Pflanzungssyndikats vom Sudan weisen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Gebiete hin, die noch um die Jahrhundertwende wegen ihrer Trockenheit sehr wertlos erschienen. Jetzt sind sie durch den neuen wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß auch politisch wichtig geworden. Ebenso liegen die Verhältnisse in Britisch Ostafrika und angrenzenden Gebieten, wo allerdings die Transportfrage zuerst noch gelöst werden muß, da die Baumwollgebiete hier im Innern des Landes in weiter Entfernung von der Küste liegen und schiffbare Flüsse wie der Nil im Sudan fehlen.

Kolonialen Zuwachs seiner afrikanischen Gebiete erstrebt Italien, zu dem sich auf Grund bestimmter Abmachungen während des Krieges berechtigt glaubt. Es wünscht einen Streifen am Dschuba-Fluß zur Abrundung seines Besitzes im Somaliland. Die schon seit 5 Jahren gepflogenen Verhandlungen scheinen nun endlich einer den italienischen Ansprüchen gerecht werdenden Lösung entgegenzugehen, die zu einer Stärkung der italienischen Stellung am Osthorn Afrikas führen würden.

Die Vorbedingung dafür ist aber, die wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer ostafrikanischen Besitzungen zu vermehren, denn heute verdanken sie ihre Bedeutung nur ihrem verkehrsgeographischen Wert als die Durchgangsländer für den Ausfuhrhandel von Abessinien und dem östlichen Sudan. Unter den drei Kolonien Erythräa, Somaliland und Djubaland ist Erythräa die wichtigste. Denn in den höher gelegenen und daher kühleren Gegenden gedeiht Kaffee und Getreide, in den heißen Tieflandsgegenden am Baraka- und Mareb-Fluß Baumwolle. Und diese zeigt noch viele Entwicklungsmöglichkeiten im Lande, da ihr Anbau noch sehr im Rückstande geblieben ist. Zwar hatte eine lebhafte Propaganda vor einigen Jahren zu verstärktem Anbau geführt, aber länger anhaltende Dürren hatten dem beginnenden Aufschwung schnell Einhalt getan, da für künstliche Bewässerung keine Vorkehrungen getroffen worden waren. Nur diese verbürgt jedoch in dem dortigen Klima Erfolg, was die italienische Regierung eingesehen hat. Der Durchführung der Projekte steht aber noch die Arbeiterfrage im Wege, da die Hitze die Verwendung italienischer Arbeitskräfte ausschließt. — Italienisch Somaliland ist noch wenig erschlossen und auf weite Strecken in seinem Innern fast unbekannt. Landbau kann nur in den Flußtälern getrieben werden, von denen nur das der Schabeli

und Djuba in Frage kommen; das übrige Gebiet wird nur für die Viehzucht lohnend sein. Auch hier hängt alles vom Problem der Wasserversorgung ab. Unter der Führung des Herzogs der Abruzzen ist eine Bewässerungsanlage im Schabeli-Tale bei Schidli in Aussicht genommen. Hier wird ein Terrain von ca. 6000 ha Fläche für künstliche Bewässerung durch Dammbauten im Schabeli-Fluß hergerichtet. Je ein Drittel dieser Fläche soll mit Getreide, Baumwolle und Futterpflanzen bebaut werden. Als Ausfuhrweg nach dem Hafen Mogadischu kommt der Schabeli selbst und eine Bahn durch den schmalen Dünengürtel zum Hafenplatz in Frage, da ja der Fluß selbst keine Mündung in den indischen Ozean besitzt. Dazu ist aber Mogadischu in der Zeit des SW-Monsuns als Hafen nicht zu benutzen, worunter alle anderen Küstenplätze im Somaliland in gleicher Weise zu leiden haben. Erst Kismayu im Djubaland kann das ganze Jahr über angelaufen werden.

So wird das Verlangen Italiens nach Verbesserung dieser ungünstigen Lage durch Erwerb des Djubalandes verständlich, worunter die Ufergebiete des Djukaflusses zu verstehen sind. Auf Grund des Geheimvertrages zu London vom Jahre 1915 zugunsten kolonialer Kompensationen an Italien hat England einen großen Teil des Djubalandes 1919 und 1920 an Italien abgetreten. Die westliche Grenze zwischen dem italienischen und englischen Gebiet verläuft heute vom Dicks Head am Indischen Ozean am 41. Meridian nach N bis El Watt, dann nordöstlich zum Zusammenfluß von Djuba- und Dawa-Fluß. Damit ist Italien nicht zufrieden, weil es gern ein längeres Stück Grenze mit Abessinien gemeinsam haben möchte. Jetzt aber ist die Grenzsetzung so geschehen, daß die Grenze spitz nach N zu läuft und somit Italien keine neue Grenzgemeinschaft mit Abessinien erhalten hat. Denn ohne diese entfällt auch jeder weitere Ausbau der Handelsbeziehungen zu Abessinien, den aber die italienische Kolonie braucht. Der abessinische Handel, namentlich aus den reichen Distrikten von Sidamo, geht über das von den Engländern angelegte Moyale und kaum über das italienisch gewordene Dolo am Zusammenfluß von Dawa und Djuba, weil bei letzterem Wege sehr ungünstige wüstenhafte Gebiete zu queren sind. Italien möchte daher seine Grenze viel weiter nach W vorrücken, um Moyale zu erhalten, ja es will sogar den Lorian-Sumpf, ein günstiges Ackerbaugebiet, für sich in Anspruch nehmen. Um diese Fragen dreht sich gegenwärtig der Streit zwischen Italien und England.

Andere Verhandlungen zwischen England und Italien sind durch einen umfangreichen Schleichhandel mit Elfenbein über die Grenze vom britischen Konya ins italienische Gebiet notwendig geworden. Der seit Jahren von eingeborenen Somalis betriebene Handel hat die englische Kolonie beträchtlich geschädigt. Denn es gingen jährlich für etwa 30 bis 50000 £ Elfenbein auf diese Weise der englischen Zollbehörde verloren.

In den französischen und belgischen Kolonien legt man gegenwärtig das Hauptgewicht auf die Erschließung durch verbesserte Verkehrswege. Neben die schon in den früheren Berichten genannten Bahnen treten Automobilstraßen. Zentralafrika soll durch sie vor allem mit der Außenwelt in Verbindung gebracht werden. In letzter Zeit sind größere Straßenbauten zwischen Nil und Kongo in der Ausführung begriffen. Stanleyville soll Anschluß zum Nil erhalten; von Himbiri aus quer durch die Waldgebiete, unmittelbar am Äquator, legt man moderne Automobilstraßen vom mittleren belgischen Kongo nach Redjat am Nil. Redjat selbst ist durch eine neue 522 km lange Straße mit Faradji und Niangara verbunden, so daß jetzt eine geschlossene Landverkehrsverbindung zwischen Südafrika und Ägypten besteht. — Ebenso rührig ist man im portugisischen Angola, das jetzt vier Haupteisenbahnlinien besitzt. Alle werden noch weiter ausgebaut. Außer der Benguella Bahn sind es die Strecken Loanda-Malange mit 500 km Länge, die die fruchtbarsten Gebiete der Kolonie (Cazengo, Ebenen von Ambaca) und zugleich auch die gesündesten, weil hochgelegenem Distrikte erschließt. Die Bahn soll bis Kinshassa-Katanga weitergeführt werden. Ferner die Mossamedesbahn im Süden der Kolonie, 250 km lang zum Abtransport der Kolonialprodukte aus der Gegend am Gá de Bandeira, endlich noch eine Privatbahn der Companhia de Amboim von Benguela Velha ausgehend, deren Land aber noch in den Anfängen steckt und die nur mit Rücksicht auf die Besitzungen dieser Gesellschaft

angelegt wurde. Der Handel Angolas geht fast ausschließlich über Lissabon, da die portugiesische Regierung auf jede Weise durch Fracht- und Abgabenermäßigung die einheimische Schiffahrt gegenüber der fremden Konkurrenz zu fördern sucht.

Diese wirtschaftspolitischen Tatsachen sollten berücksichtigt werden, wenn man daran denkt, deutsche Ansiedler in größerer Zahl nach Angola zu bringen. Zunächst müssen freilich die gesundheitlichen Verhältnisse genau studiert werden, die allein die Hochebenen für Siedelungen geeignet erscheinen lassen. Zur näheren Erkundung dieser Fragen werden sich demnächst einige deutsche Fachleute nach Angola begeben.

HERMANN LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER SYSTEMATISCHE UND ERDUMSPANNENDE ARBEITEN

Friedrich Ratzel, Politische Geographie, 3. Aufl., durchgesehen und ergänzt v. E. Oberhummer, XVI und 628 S., München u. Berlin 1923, R. Oldenbourg. Geh. GM. 16,–, geb. GM. 18,–.

Am Anfang der Entwicklung der Politischen Geographie als Wissenschaft steht der Name Ratzel. Er war der erste, der den Staat nach seinen Raumverhältnissen und seiner Lage auf der Erdoberfläche untersuchte und damit ein gesundes Gegengewicht gegen die abstrakte Auffassung der Staatswissenschaft schuf. Er hat in der Geographie auf schematischem Gebiet überhaupt keinen Vorläufer, auf länderkundlichem nur A. v. Humboldt mit seinem vielgerühmten „Essai politique sur le Royaume de la Nouvelle Espagne". Was sonst vor Ratzel unter dem Titel Politische Geographie oder Staatenkunde existierte, waren geistlos zusammengestellte Angaben über Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse, Denk- und Merkwürdigkeiten, für die die Staatsgrenzen nur den rein äußerlichen Rahmen lieferten. Ratzels Politische Geographie, die 1897 in 1. und 1903 in 2. Auflage erschien, bildet noch heute einen der wenigen Grundsteine, auf denen jeder bauen muß, der sich mit Politischer Geographie oder Geopolitik befaßt. Es ist daher als eine Tat zu begrüßen, daß das Werk nach 20 Jahren erneut erscheint, zumal Oberhummer die Neuauflage mit der liebevollen Sorgfalt betreut hat, die beredt von der Hochachtung gegenüber dem ehemaligen Meister und Freund zeugt. Er hat nur da Veränderungen vorgenommen, wo der Wortlaut mit der Gegenwart schlechterdings unvereinbar ist. In sparsam eingestreuten, durch Kursivdruck hervorgehobenen Anmerkungen und Zusätzen hat er die seit 1903 erfolgten Ereignisse und Publikationen berücksichtigt. Viele der Kartenskizzen, die im wesentlichen aus der 2. Auflage übernommen sind, dürften jedoch heute entbehrlich sein. Aus den zahlreichen guten Hand- oder sogar Schulatlanten, die wir heute besitzen, kann der geographisch vorgebildete Leser — und ein solcher kommt allein in Betracht — das, was die Skizzen zeigen sollen, ebensogut oder besser entnehmen. Ganz besonderes Verdienst hat sich Oberhummer durch den kurzen Anhang erworben, in dem die Entwicklung der politischen Geographie vor und nach Ratzel gewürdigt wird. Schade nur, daß die nachratzelsche Zeit auf knapp 3 Seiten behandelt ist. Eine ausführlichere Darstellung der politisch-geographischen Arbeiten, die besonders in den letzten der seither verflossenen 20 Jahre erschienen sind, der Kritik, die Ratzels Werk gefunden hat, wie der Ausge-



staltung, die viele seiner Gedanken, z. B. über die Grenzen, über die Auffassung des Staates als Organismus, erfahren haben, würden dem Leser die Einstellung auf Ratzels Gedankenwelt erleichtert haben. Die nachfolgenden Buchbesprechungen sind unter diesen Gesichtspunkt gestellt.

Alexander Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Naturlehre des Staates. 2. umgearb. Auflage, besorgt von Prof. Dr. E. Obst. VIII u. 200 S. Berlin u. Leipzig 1922. Vereinigung wissensch. Verleger. Walter de Gruyter & Co.

Eine knappe Formulierung scharfer Begriffe und konkreter Ergebnisse war nicht Ratzels Stärke. So kam es, daß er nur auf einen kleinen Kreis unmittelbar befruchtend wirkte, und daß es vom ersten Erscheinen seiner Politischen Geographie ca. 20 Jahre dauerte, bis, von ihm angeregt und doch unabhängig, ein ebenbürtiger Geist ein eigenes System der politischen Geographie aufstellte. Das war die von den erschütternden Ereignissen des Weltkrieges machtvoll getriebene letzte Lebensarbeit Alexander Supans. Für Supan ist die Politische Geographie die Lehre von den natürlichen Grundlagen des Staates. In ihrem Sinne ist nach S. der Staat eine Menschenvereinigung innerhalb festgelegter Grenzen oder ein aus zwei Grundbestandteilen, Boden und Volk, zusammengesetzter Naturkörper, im Sinne der Staatswissenschaft ist er eine Organisation, aber nicht ein Organismus, wie Ratzel wollte; denn es ist möglich, daß gestorbene Staaten wieder zum Leben erwachen. Die Merkmale des Staates sind Gestalt, Größe und Lage sowie physische, völkische und wirtschaftliche Struktur. Sie alle werden von S. eingehend gewürdigt. Den Hauptnachdruck aber legt er in der 2. Auflage auf die Auseinandersetzung über Territorial- und Nationalstaat, die ihm angesichts des Versailler Diktats eine Angelegenheit tiefsten vaterländischen Empfindens ist. Für ihn, den geborenen Österreicher, der die Schwächen des alten Territorialstaates Jahrzehnte hindurch aus nächster Nähe sah, ist der Nationalstaat das Ideal, und er beklagt es, wie jeder aufrechte deutsche Mann, bitter, daß in Versailles „nicht das Nationalprinzip siegte, sondern der Pseudonationalismus vom Eroberungstypus, der im Grunde genommen nur ein Ableger des Territorialismus ist“ (S. 123). Eine noch tiefere Auffassung von den Beziehungen der Staaten und Nationen ist übrigens Sieger gelungen, und dessen Ausführungen S. 101 ff. dieser Zeitschrift ergeben eine hervorragende Ergänzung zu der Supanschen Behandlung des Problems. Neue Begriffe, die Supan in die politische Geographie eingeführt hat, sind auch die „Maritimität“ eines Staates, d. h. der Quotient aus den Längen der Meeres- und Landgrenze, und der „geographische Druckquotient“, der sich aus der Division der Summe der Bevölkerungsziffern der Nachbarstaaten durch die des eigenen Staates ergibt. Letzterer Begriff hat aber kaum jemals reale politische Bedeutung; denn kaum jemals wirken alle Nachbarstaaten gleichzeitig mit einem der Bevölkerungszahl proportionalen Druck. Manche wirken vielmehr häufigenfalls gar nicht selbst drückend, sondern druckabhaltend. Schon Supan hat daher den Begriff des „politischen Druckquotienten“ aufgestellt, d. h. das Zahlenverhältnis der Bevölkerungen von kriegführenden Mächten. Dessen Nachteil ist wieder, daß er nur im Kriegsfall verwendbar ist. Es fehlt noch heute an einer Methode, die politischen Kräfte, mit denen zwei Staaten aufeinander wirken, irgendwie zahlenmäßig und damit auch kartographisch festzulegen. Erst wenn das gelungen sein wird, und es wird Aufgabe dieser Zeitschrift sein, in dieser Hinsicht bahnbrechend zu wirken, kann die Aufstellung eines Druckquotienten reale und damit politische Bedeutung gewinnen.

Rudolf Reinhard. Weltwirtschaftliche und Politische Erdkunde, 3. Aufl., 188 S. Breslau 1923. F. Hirt.

Supans Politische Geographie fand sofort nicht nur unter den akademischen Fachvertretern, sondern auch unter den Schulmännern begeisterte Zustimmung. Durch sie ließen sich manche der letzteren aber bei der Abfassung von Schulbüchern zu einer allzu engen Anlehnung verleiten, die eine persönliche Stellung zur geographischen Systematik des Staates vermissen läßt. Das ist z. B. in den Oberprimaheften der Erdkundebücher der Gebrüder Geistbeck (herausgegeben von Sittig u. Vogel) und von Dröber-Weyrauther (herausgegeben von Simmer) der Fall. Auch das im übrigen sehr verdienstvolle Werkchen von Reinhard ist im politisch-geographischen Teil nicht frei von einer solchen

Abhängigkeit, schlägt aber im weltwirtschaftlichen Teil dadurch einen neuen Ton an, daß es den Stoff unter dem Gesichtspunkt wirtschaftsgeopraphischer Einheiten: Kornkammern, Fischgründe, Viehweiden, Wälder, Plantagenländer, Bergwerke, Industriestätten betrachtet. Die in die dritte Auflage reichlich aufgenommenen wirtschaftsgeographischen Skizzen, die sich häufig der schwerfälligen Streifendiagramme bedienen, sind nicht immer anschaulicher, als wenige Zahlen es gewesen wären.

Rudolf Kjellén, Der Staat als Lebensform, VIII und 236 S., 3. Auflage, Leipzig 1920. Hirzel. (Eine vierte, in der Übersetzung wesentlich verbesserte Auflage erscheint demnächst im Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee.)

Der Verfasser dieses Buches ist der Mann, der den Namen „Geopolitik" geprägt hat. Trotzdem ist das Buch als Ganzes kein geopolitisches, noch weniger ein politisch-geographisches. Es bietet vielmehr einen ersten, sehr wertvollen Versuch eines „Systems der Politik auf Grundlage rein empirischer Auffassung des Staates" und steht damit in bewußtem Gegensatz zu der bisher üblichen Behandlung der Staatswissenschaft, die den Staat als Rechtssubjekt betrachtete oder ihre Perspektive in die geschichtliche Entwicklung und die metaphysischen Begriffe hineinlegte. Sein System gliedert die Politik als Wissenschaft in folgender Weise. Ihr linker Flügel ist die Geopolitik, d. h. die Lehre vom Staat als geographischem Organismus oder Erscheinung im Raum; sie behandelt den Staat als Reich. Ihr rechter Flügel ist die Herrschaftspolitik, die die rechtliche Organisation zu Regierungszwecken darstellt; sie behandelt den Staat als Regiment. Im Mittelpunkt steht die Lehre von der politisch organisierten Menschenmasse, die das Handeln des Staates trägt: die Demopolitik betrachtet den Staat als Volk. Zwischen der Geopolitik und der Demopolitik steht die Wirtschaftspolitik, schließlich zwischen letzterer und der Herrschaftspolitik die Soziopolitik, die den Staat als Gesellschaft behandelt. Die Betrachtung dieser fünf Erscheinungsformen des Staates führt Kj. zu der Auffassung, daß der Staat eine tief in geschichtlichen und tatsächlichen Wirklichkeiten wurzelnde, organisch entstandene Erscheinung desselben grundlegenden Typus wie der einzelne Mensch ist, sich somit als biologische Offenbarung oder Lebensform zeigt (vgl. Besprechung von Supan). Sein Zweck ist Vervollkommnung der Volksanlage, sein Ziel die Erreichung einer harmonischen Lebensform: auf dem Gebiet der Geopolitik die Erreichung geographischer Individualität in einem harmonischen Naturgebiet, auf dem der Demopolitik die Erreichung ethnischer Individualität als Nationalstaat, auf dem der Wirtschaftspolitik die Erreichung der Autarkie, auf dem der Soziopolitik die Erreichung einer harmonisch gegliederten Gesellschaft, auf dem der Herrschaftspolitik schließlich die Erreichung einer organischen Verfassung.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieser Besprechung den ungemein reichen Inhalt des in packender, leicht verständlicher Sprache geschriebenen Werkes kritisch zu würdigen. Der Geograph wird mit Bedauern gewahr, wie ungemein schwankend die politisch-geographische Namengebung zur Zeit noch ist. Kjellén nennt Naturgrenze, was Penck gleichzeitig (Über politische Grenzen, Rektoratsrede, Berlin 1917) und vorher (Die österreichische Alpengrenze, Stuttgart 1916) natürliche Grenze genannt hat, und umgekehrt. Wesentlicher ist, daß der dieser Zeitschrift zugrunde gelegte Begriff Geopolitik von dem Kjelléns abweicht. Für Kj. ist die Geopolitik die Lehre von der einen, der räumlichen, Erscheinungsform des Staates, und die Aufstellung dieses Begriffes ist dem Verlangen entsprungen, das Wesen des Staates restlos und systematisch gliedernd zu beschreiben. Für diese Zeitschrift dagegen ist „Geopolitik die Wissenschaft von der politischen Lebensform im Lebensraum, in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung". Sie bemüht sich also, alle raumgebundenen, gegenwärtigen oder vergangenen Züge in den Lebensäußerungen der Staaten aufzuzeigen, einerlei, welchem der fünf Kjellénschen Erscheinungsgebiete diese Züge angehören.

Walter Vogel, Politische Geographie, Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 634, 134 S., Leipzig und Berlin 1922. B. G. Teubner.

Wie das Beispiel des Druckquotienten gezeigt hat, sind die politisch-geographischen Begriffe, die Supan geprüft hat, zwar klar und häufig sogar rechnerischer Behandlung fähig, aber doch nicht

selten zu abstrakt und wirklichkeitsfremd, als daß man bei der geopolitischen Behandlung einzelner Staatsindividuen zu ihrer unmittelbaren praktischen Anwendung gedrängt würde. Dem hilft Vogel ab, indem er sich unter dem Motto „Qui bene distinguit, bene docet" mit Erfolg bemüht, die Begriffswelt der politischen Geographie so zu prägen, daß sich neue tiefe und zum Teil überraschende Blicke in die Zusammenhänge staatlichen Lebens von Vergangenheit und Gegenwart ergeben. „Die Schwierigkeit, den verwickelten Beziehungen zwischen Staatsleben und Erdoberfläche nachzuspüren, darf nicht von dem Versuch abschrecken, auch im Gebiet der Staatengeschichte das Gebiet der Notwendigkeit gegen das der Freiheit abzugrenzen", und so das Vorurteil zu zerstören, „als ob die Völker und die Staaten oder geradezu die einzelnen Staatsmänner, ihre Geschicke nach augenblicklicher Eingebung völlig frei gestalten". Einige der Begriffe, die V. einführt, sind die folgenden. Er scheidet gute Verkehrsleiter (hindernislose Fruchtebene zwischen Waldgebirgen, schiffbarer Fluß) von schlechten Verkehrsleitern (Wüste, Hochgebirge, Urwald, Sumpf, Polareis, Sprachgrenze) und entwickelt die Bedeutung beider für Entstehen und Wachsen des Staates, der in einfachen Verhältnissen zunächst eine Siedlungs- und Verkehrsgemeinschaft ist. Sehr fein und aussichtsvoll ist die begriffliche Trennung von Charakterlandschaft (ein Gebiet einheitlicher Naturausstattung in seinem objektiven Gepräge) und Zwecklandschaft (ein Gebiet, das eine Menschengruppe unter dem Gesichtspunkt eines bestimmten Zweckes betrachtet und zu beherrschen sucht); letztere kann eine wirtschaftliche („wirtschaftsharmonische Region", z. B. Böhmen) oder eine strategisch-kommerzielle Zwecklandschaft (z. B. Walachei) sein. Dieser Unterscheidung entspricht die von geophysischer Lage, d. h. der Staatslage in Rücksicht auf die physisch-geographischen Verhältnisse (Klima, Pflanzenkleid, Bodengestalt und -gehalt), die Möglichkeiten enthält, und der geopolitischen Lage, die Verwirklichungen bietet. Bei der Darstellung der staatlichen Raumentfaltung stellt V. die Raumstufen Pagus, Territorium, Regnum und Imperium auf, die für ihn nicht rein schematische Größenklassen, sondern Typen innen- und außenpolitischer Entwicklung sind, die er scharf umreißt. V. zeigt sich in diesem kurzen Büchlein als ein Meister geopolitischer Geschichtsanalyse. Vgl. den Aufsatz von Vogel in Heft II und III dieser Zeitschrift.

Walter Vogel, Erdteilstaaten als Weltmächte. Weltwirtschaftl. Archiv, XX, 1924, Heft 1, S. 55-78.

Dieser Aufsatz führt einen einzelnen Gedanken des vorgenannten Buches (S. 67, 131) weiter aus: Der Großmachttypus, der bis zur letzten Jahrhundertwende allein existierte, ist der europäische Kolonialtypus, der sich aus dem System des europäischen Gleichgewichts und der überseeischen Kolonialunternehmungen heraus im 16. u. 17. Jahrhundert entwickelte, und den heute das Britische Reich „sozusagen in vollendeter Reinkultur und in höchster Potenz" darbietet. Vogel stellt ihm den neuen Typus gegenüber, den der Erdteilstaaten, wobei er unter Erdteilen große, gewisse durchgehende einheitliche Züge aufweisende Charakter-Regionen versteht. Die auszeichnenden Merkmale dieses Typus sind: die Flächengröße geschlossenen Besitztums, der sich mit einem solchen Erdteil mehr oder weniger vollkommen deckt, Reichtum an gutem Boden, an Rohstoffen und Kraftquellen und gewisse Züge der geographischen, nationalen und sozialen Struktur. Diesen Typus, den Typus der Zukunft, verkörpern die Vereinigten Staaten bisher am kraftvollsten. Seine beiden anderen Vertreter, China und Rußland, werden von schweren inneren Krisen heimgesucht und sind zur Zeit nicht in der Lage, ihre Rolle als Weltmächte wahrzunehmen. Der Aufsatz ist hervorragend dazu geeignet, den Blick für gewisse geopolitische Zusammenhänge, die sich immer machtvoller auszuwirken beginnen, zu schärfen und daher für die Lehre dieser Zeitschrift von besonderem Interesse. Vgl. den Aufsatz von Obst „Das Problem Europa", Seite 57 dieser Zeitschrift.

Karl Sapper. Karte der mittleren jährlichen Bevölkerungszunahme der Erde. München und Berlin. Oldenbourg. Geh. 1.00 GM.

Die Karte stellt in gut gewählten Farben, meist für den Stand des 1. Jahrzehntes dieses Jahrhunderts, die Gebiete mit Bevölkerungsabnahme, mit 0—0,5, 0,6—1,0, 1,1—2,0, 2,1—3,0 und über

3,1 % Bevölkerungszunahme dar. Nordcanada, Irland, und einige andere atlantische Inseln sind Gebiete mit Bevölkerungsabnahme, der mittlere Westen Nordamerikas, Brasilien, Argentinien, Westaustralien sowie die ehemaligen Burenrepubliken zeigen die größte prozentuale Zunahme. Für den größten Teil Afrikas sowie Vorder- und Innerasien fehlen genügend sichere bevölkerungsstatistische Unterlagen. Ein flächentreuer Entwurf wäre besser gewesen als die Merkatorprojektion. Einen Einblick in die geopolitische Bedeutung der Karte gewinnt man durch die Ausführungen Maulls S. 94 dieser Zeitschrift.

(Die Besprechung von politisch-geographischen Neuerscheinungen systematischen Inhalts wird fortgesetzt.)

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

JOHANNES WÜTSCHKE:
EIN GEOPOLITISCHES GRUNDGESETZ IN DER ENTWICKLUNG DER FRANZÖSISCHEN POLITIK.

Es ist das eigenartigste Merkmal in der Geschichte der jüngsten europäischen Politik, daß nach dem gewaltigsten Völkerkampf, den je die Welt sah, der die europäischen Staaten, Sieger wie Unterlegene, in ein Chaos zu stoßen schien, sich jetzt derjenige Staat zum Herren Europas aufzuwerfen berufen fühlt, dessen seit Jahrzehnten sinkende physische wie psychische Volkskraft durch den Krieg den letzten Stoß erhalten zu haben schien: Frankreich.

Es ist nicht das erste Mal in der europäischen Geschichte, daß Frankreich seine imperialistischen Ziele auf dem europäischen Kontinent mit unbeirrter politischer Zähigkeit, mit rücksichtslosester militärischer Schärfe, mit ehrgeizigster Ruhmsüchtigkeit ohne jeden Gewissenskonflikt durchzusetzen sich bemüht. Dieses imperialistische Ziel Frankreichs ist, soweit es den europäischen Kontinent im Auge hat, niemals oder doch nur nebenher von wirtschaftlich-kulturellen, d. h. praktischen und werteschaffenden Erwägungen heraus erstrebt worden; sondern eine Gewaltherrschaft mit dem Ziele größtmöglichster räumlicher und äußerer Machtentfaltung als Befriedigung nationaler Eitelkeit ist das Hauptkennzeichen der französischen Kontinentalpolitik gewesen, mögen ihre Träger Ludwig XIV. oder Napoleon in der monarchischen Ära des Staates oder Delcassé und Poincaré als Vertreter einer autokratischen Schicht in der republikanischen Geschichte heißen.

Ausdehnungs- und Machtbestrebungen mit praktisch-wirtschaftlichen Zielen hat Frankreich nur verfolgt, wenn die politische Konstellation auf dem europäischen Festland ihm eine Gewähr für die Befriedigung seiner Ehrsucht nicht zu bieten vermochte und es daher sich der Überseepolitik zuwendete. Aber auch hier hat der gewaltimperialistische Gedanke in den letzten Jahrzehnten vor dem wirtschaftsimperialistischen durchaus die Oberhand gewonnen.

Es ist reizvoll, diesen lebendigen, deutlich wechselnden Pendelschlag der französischen Politik von der gewaltimperialistischen Kontinentalpolitik zu der mehr praktisch-imperialistischen Übersee- und Kolonialpolitik und wieder zurück seit der Zeit der inneren Festigung des französischen Staates nach dem mehr als 100jährigen Krieg mit England (1339—1453) zu verfolgen, doppelt reizvoll, weil hierbei das Moment der Abhängigkeit der Politik von den geographischen Gegebenheiten des Staatsraumes, besonders von der Lage und der Grenzführung, eine nicht unwesentliche Rolle spielt.

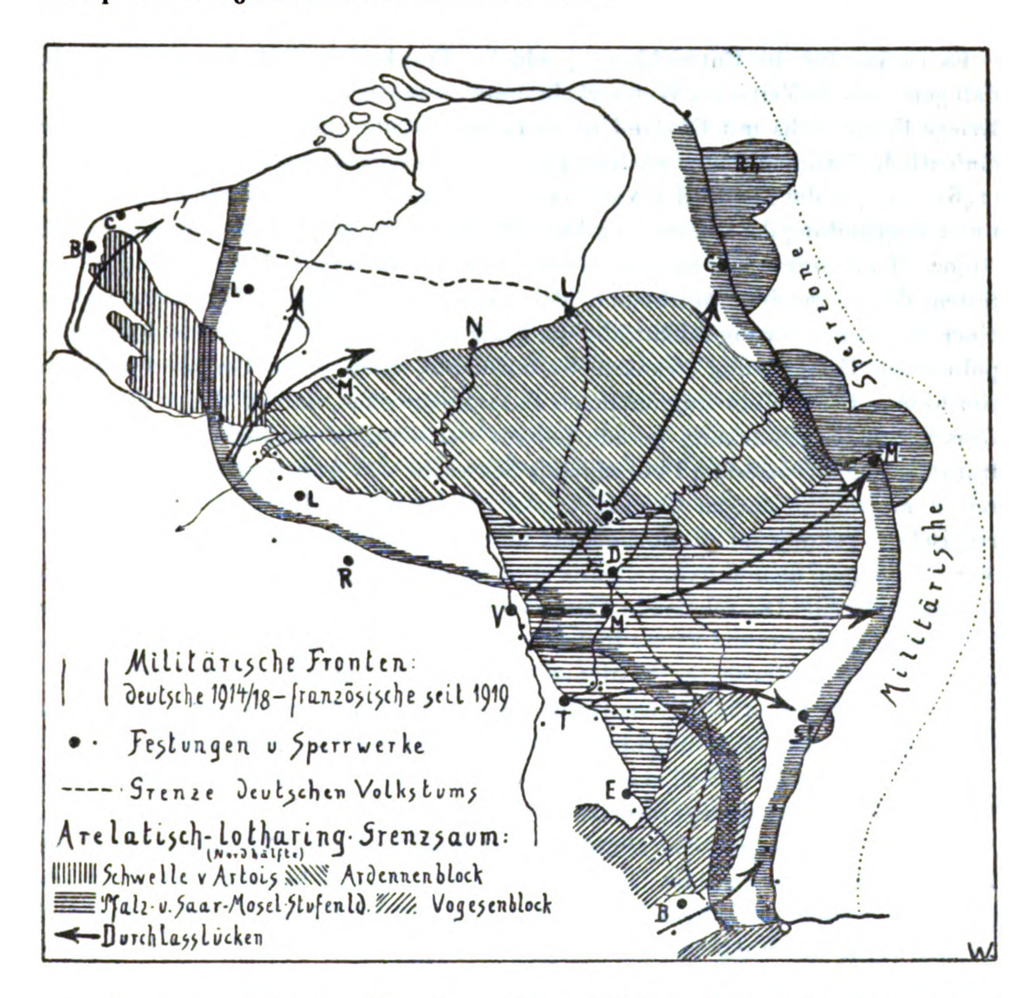
Dem völkischen und politischen Ausdehnungsdrang des französischen Volkstums seit seiner Loslösung aus dem karolingischen Einheitsreich im 10. Jahrhundert



setzten sowohl die Küstensäume der Meere als auch besonders die Gebirgswälle der fast paßlosen Pyrenäen und Westalpen vom Rhoneknie südwärts gegen die iberische Halbinsel und in die oberitalienische Ebene hinein Schranken, gegen die von der Außenseite in gleicher Weise die völkischen Wellen anders gearteten Volkstums brandeten. Die Gebirge erwiesen sich seitdem als konstante völkische Grenzsäume; aber auch politisch offenbarten sie seit jener Zeit durchaus ihre trennende Kraft. Das zeitweise Hinausgreifen des französischen Staates über diese Schranken bedeutete immer nur mehr oder minder bedeutungslose Episoden in dem Geschichtsablauf des Staates, denen nachhaltige Wirkungen durchaus versagt geblieben sind. So wäre Frankreich, eingekeilt zwischen den seinen Ausdehnungsdrang hemmenden Gebirgswällen, in seiner Fast-Halbinsellage von der Natur zu einer Beschränkung auf einen festen geographischen Raum verurteilt, wenn dieser geographische Lebensraum nicht gegen Nordosten eine Grenzzone geringsten Widerstandes besäße, gegen welche die Ausdehnungskräfte mit stärkerer Aussicht auf Erfolg andrängen konnten, als es im Südosten und Südwesten möglich war. Die lange Reihe der waldreichen gebirgigen Sperrlandschaften von den Juraketten bis zur Straße von Calais bilden an sich schon ein geringeres Hemmnis als die Hochgebirgswälle, sind zudem aber von einer Reihe von Durchgangspforten aufgeschlossen, die dem Drange nach Osten die Wege weisen. Ich habe an anderer Stelle die Reihe jener Grenzsperren vom Alpen- und Vogesenwall über die lothringische (Saar-Mosel-) Hochfläche, über das Pfälzer-Bergland, Hundsrück, Eifel und Ardennen bis zum Anschluß der Schwelle von Artois an das Meer als arelatisch-lotharingischen Grenzsaum bezeichnet. Er wirkt infolge der landschaftlichen Vielgestaltigkeit als strategischer Sperraum zwischen Frankreich und Deutschland nicht in allen seinen Teilen gleichmäßig. Die massigen Aufragungen der Vogesen, des Hundsrücks und der Eifel mit den anschließenden Ardennen sind überaus scharfe Sperrlandschaften, durch die auch die tief eingeschnittenen Täler der Mosel und Maas keine strategisch brauchbaren Wege öffnen. Die Buntsandsteinhochfläche des Pfälzer Landes steht ihnen wenig nach. So erhalten die wenigen Hauptlücken der burgundischen Pforte, des Zaberner Steiges, der Nahelinie, der Luxemburger Lücke und der Schwelle von Artois erhöhte strategische Bedeutung, die im Bau der Sperrfestungen auf beiden Seiten zum Ausdruck kommt. Die innerhalb des Sperraumes eingelagerten offenen Landschaften der Woëvre-Ebene und der lothringer Ebene östlich der Mosel ließen diesen breiten Raum zwischen den Vogesen und dem Hundsrück-Ardennenrand als besonders wichtiges strategisches Stoßgebiet nach Osten hin sich entwickeln. Nur im Bereich der flachen Schwelle von Artois ist das Hinüberschreiten des französischen Volkstums begünstigt, während sonst überall die Volkstumsgrenze inmitten des Grenzsaumes verläuft. Als Außengrenzen des Sperraumes sind die



großen Leitlinien der Flußtäler des Mittelrheines auf der einen Seite, der oberen Mosel (bis Toul), der Maas (bis zu den Ardennen), der oberen Oise und der Somme auf der anderen Seite anzusehen, die als Sammelräume eines durch die Lücken des Sperraumes geführten Stoßes anzusehen sind.



In dieser geographischen Gestaltung des arelatisch-lotharingischen Sperraumes im Gegensatz zum Pyrenäen- und Westalpen-Wall liegt die wichtigste geopolitische Tatsache der Umrandung des französischen Lebensraumes.

Die Bedeutung der Meeresküsten Frankreichs für die französische Politik ist im Zusammenhang mit dem allmählichen Umwenden des europäischen Kulturantlitzes vom Mittelmeer zum Atlantischen Ozean hin zu würdigen. Die mit der

Entdeckung der Neuen Welt und des Seeweges nach Indien einsetzende atlantische Weltverkehrsperiode lenkte auch Frankreichs Blick auf seine atlantische Küste, die nun erst als Basis für transatlantische Unternehmungen gewertet werden konnte, nachdem bisher allein die mittelmeerischen Gestade hätten in Betracht kommen können.

Es ist ein für die Entwicklungsgeschichte Frankreichs bedeutsames Ereignis, daß gerade in der Zeit jener Weltverkehrsumwertung aus dem mehr als 100jährigen Kriege Frankreichs mit England unter Führung der Jungfrau von Orleans jener einheitliche Nationalgeist erwachsen konnte, der einem Ludwig IX. und Karl VIII. (1461—1498) die Macht der Vasallen brechen und das einheitliche Gesamtreich unter Begründung der unumschränkten Monarchie durch Angliederung Burgunds, Anjous, der Provence und Bretagne zusammenschweißen half. Es erwuchs der vom festen Willen geleitete Machtstaat, der schon unter Heinrich II. (1547—59) zu einer Machterweiterung schritt, die die Linie des geringsten Widerstandes in der politischen Umgrenzung Frankreichs aufsuchte, eben jenen Grenzsaum gegen Nordosten. Es war ein unglückliches Zusammentreffen, daß in dieser Zeit französischer Machterstarkung gerade jenseits der einzigen Auflockerungszone der französischen Grenzsäume Deutschlands Schwäche den französischen Machtdrang reizen mußte, diejenigen Gebiete wieder zu erstreben, die einst bei der lotharingischen Teilung im 9. Jahrhundert auseinandergerissen waren. Metz, Toul, Verdun gingen dem durch religiöse und innenpolitische Zwistigkeiten kranken Reiche verloren. Die folgenden Erschütterungen der Hugenottenkämpfe und die inneren Kämpfe um die Krone ließen in Frankreich außenpolitische Fragen vergessen. Nach der erneuten Festigung der Staatsgewalt unter dem ersten Bourbonen Heinrich IV. (1589—1610) hatte das europäische Machtgleichgewicht einen Stoß erlitten. Der Zusammenbruch der Armada und die dadurch geschaffene „Freiheit der Meere" (1588) lenkte, noch ehe sie England für sich beanspruchte, die französische Politik aus ihrer kontinentalen Richtung ab und zum Meere hin. Zum ersten Mal wird mit dem Hinübergehen nach Canada der Schritt zur bewußten Überseepolitik getan; die letzte Auswirkung dieser ersten französischen Kolonialperiode war unter Richelieus Einfluß seit 1642 die Festsetzung in Madagaskar und Vorderindien. Aber der Ehrgeiz kontinentaler Macht hat das Erbe nicht zu bewahren vermocht. Der neue, wiederum über die aufgelockerte Grenzzone nach Nordosten führende Kontinentalstoß, der verursacht war durch die Schwächung der deutschen Zentralmacht nach dem 30jährigen Kriege, und die europäische Hegemonie, die Ludwig XIV. mit seiner Teilnahme am spanischen Erbfolgekriege, sein Urenkel Ludwig XV. mit der am polnischen Thronfolge-, am österreichischen Erbfolge- und am siebenjährigen Kriege aufzurichten gedachten, führte zum Verlust des europagroßen Kolonialbesitzes in Nordamerika und des kaum gewonnenen



ostindischen. Trafalgar (1805) besiegelte zwar vollends dieses erste mißglückte Kolonialunternehmen, von dem spärliche Reste noch heute an Neufundlands und Vorderindiens Küsten als schmerzliche Erinnerungsmale zeugen; aber Frankreich hatte mit Straßburgs Raub den ersten Schritt über den Sperrwall hinüber getan und damit sich die feste strategische Stellung verschafft: man stand vor dem Grenzwall der Vogesen und vor den Eingangstoren der Durchlässe vom Rheintal her westwärts, um desto besser den Grenzwall selbst in Besitz zu halten. Napoleons bewußte Fortführung der imperialistischen Kontinentalpolitik verdankte nicht zuletzt seinem klaren geopolitischen Weitblick ihre Erfolge. Der Kampf um den Sperraum setzte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bewußt ein, nachdem die jahrhundertelangen Anstürme Frankreichs auch in Deutschland den Nationalgeist geweckt hatten. Ernst Moritz Arndts Ruf vom Rhein als Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze war der natürliche Widerhall des französischen Schlachtrufes zum Rhein als Frankreichs Ostgrenze. Beide Gegner haben seit jenen Tagen erkannt, daß der Besitz der Sperrlandschaften den besten strategischen Schutz der Grenzmarken verbürgt. Man verteidigt aber eine Grenzmauer ähnlich wie einen Flußübergang nicht, indem man sich mitten darauf stellt, sondern indem man sich davor setzt und die gefährdete Stelle deckend im Rücken behält. Diese strategische Grundforderung wird, solange ein Wille zum Staat und seiner Macht im deutschen und im französischen Volkstum besteht, den arelatisch- lotharingischen Grenzsaum zu einem ewigen Kampfgebiet beider Völker machen. Der Vorstoß der deutschen Heere 1914 über diesen Grenzsaum hinaus bis in das Somme-Marne-Maas-Gebiet entsprang den gleichen strategischen Erwägungen, wie augenblicklich Frankreichs Festsetzung an der ganzen Rheinlinie von Basel bis Wesel mit der Front gegen Osten und den vorgeschobenen rechtsrheinischen Brückenköpfen. Diese heutige französische Frontlinie und die der deutschen Truppen 1914—1918 in Frankreich nach Erstarrung der Kampflinie von den Vogesen bis nach Flandern sind Parallelerscheinungen ein und desselben geopolitischen Grundgesetzes, den breiten Saum der Sperrlandschaften als strategischen Verteidigungsraum der Grenzmarken in festem Besitz zu halten.

Wenn auch die von Napoleon erreichte Rheinlinie von Basel bis Wesel nach dem Wiener Kongreß nur noch im südlichen, elsaß-lothringischen Drittel aufrechterhalten werden konnte, so war doch wenigstens hier mit dem Hinausgreifen über die natürliche Sperrmauer der Vogesen hinaus dem imperialistischen Drang Genüge getan. Die nun folgende politische Ungefährlichkeit Deutschlands infolge der inneren Zwistigkeiten um die Vormachtstellung zwischen Preußen und Österreich (1815—1866) lenkte die französische Politik von dem Festland ab und ließ sie zum zweiten Male ihren Ehrgeiz auf überseeischem Gebiete befriedigen. 1830 erfolgte der Schritt über die südliche Meeresküste hinüber nach Algier; damit war die

erste Etappe zu den neuen imperialistischen Plänen über die Seegrenzen hinaus gewonnen, der als nächste die Beteiligung am Krimkriege und das mexikanische Abenteuer durch Napoleon III. folgten. Die in die Weltweite gerichtete imperialistische Politik erfuhr nur eine kurze Unterbrechung durch die Niederlage 1870/1; sehr bald erfolgte, im Rahmen des allgemeinen Wettlaufes der europäischen Mächte um die Aufteilung Afrikas, auch der weitere planmäßige Ausbau des französischen Kolonialreiches, der durch die Niederlage von Faschoda 1898 abgebrochen wurde. Sie und gleichzeitig Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Aufstieg lenkten von neuem den Blick auf jene Gefahrenzone in den nordöstlichen Grenzmarken: Das Pendel französischer Machtpolitik schlug abermals zurück nach dem europäischen Festland. Das französische Kolonialreich, das aus Mangel an Arbeitskräften und wirtschaftlichen Kräften nie wirtschaftlich ausgenutzt war, und, je mehr es wuchs, um so weniger ausgenutzt werden konnte, wurde nunmehr einzig und allein bewertet zur Behauptung einer Machtfülle, mit der man das aufstrebende Deutschland im Zaum zu halten vermochte. Man wertete das Riesenkolonialreich bei der eigenen, stetig erlahmenden Menschenkraft des Mutterlandes weit mehr als militärisches Menschenreservoir statt als wirtschaftlichen Faktor zur Stärkung der Machtfülle des Staates. Frankreich stand unter starker Vernachlässigung seiner kolonial-wirtschaftlichen Pflichten wiederum inmitten einer Periode ausgesprochener Kontinentalpolitik, indem es sich willig in den Einkreisungsplan Eduards VII. einspannen ließ und den es von neuem in anderer Form nach den Friedensschlüssen des Weltkrieges mit Hilfe der Mitglieder der kleinen Entente als die getreuen Vasallen wiederaufnahm. Die augenblicklich starre Beharrung in der Verfolgung seiner europäischen Kontinentalpolitik stützt sich allein auf die militärische Behauptung in dem arelatisch-lotharingischen Sperraum und an seine natürliche Verteidigungslinie vor seinem Ostfuß, wobei Belgien, das durch seine Lage im Sperraum besonders stark der Gefahr einer Zerreibung ausgesetzt ist, treue Gefolgschaft leistet; überseeisch-wirtschaftliche und koloniale Belange aber treten jetzt völlig zurück.

RICHARD POHLE:
DIE POLITISCHEN ZUSTANDSÄNDERUNGEN IM RUSSISCHEN REICH SEIT 1914.

DER ZUSTAND VON 1914.

Der von Westen nach Osten langgedehnte Körper des Reiches weist Gesetzmäßigkeit insofern auf, als die Natur ihn mit vier von N nach S aufeinanderfolgenden Gürteln ausgestattet hat: Tundra, Taiga, Steppe, Wüste. Die für den Menschen wichtigste Landschaftszone ist die Steppe, die nach Osten zu allmählich, hinter dem Baikal völlig auskeilt. Dafür ist sie im Westen — unter den klimatisch günstigsten Verhältnissen — recht breit, und ihre Wirkung wird — abermals im Westen — verstärkt durch einen recht sehr gelichteten, parkartigen Eichenwaldgürtel. Es handelt sich hier um die mineralkräftigen Schwarzerde- und kastanienfarbenen Böden, welche der Wirtschaft des Russischen Reiches alljährlich eine große Getreidemenge liefern. Diese reicht allerdings nicht völlig zur Ernährung des Bauern- und Arbeiterproletariats hin, da eine bedeutende Ausfuhr von Körnerfrüchten das Budget des Staates aufrechterhalten, vor allem die Zinsen für Rüstungsanleihen an das Ausland bezahlen muß. Verfolgen wir auf unserer Karte den nach Glinka[1]) gezeichneten Nordrand der Schwarzerde, so sehen wir, wie er einigen größeren Sumpf- und Sandgebieten ausweicht und entsprechend der 20° Juliisotherme nach Osten zu ansteigt. Unter dem Einfluß zunehmend binnenländischen Klimas entsteht im Bereich der Wjatka der nördlichste Punkt. Der breite, für Ernährung und Ausfuhr so wichtige Schwarzerdestreifen ist also schräggestellt. Die Längsachse des Europäischen Rußland ist dadurch aus ihrer ursprünglichen NS-Lage in eine NW-SO-Richtung verschoben, nnd damit sind die Entfernungen zwischen Schwarzerde und Ostsee verkürzt! Die von Zar Nikolaus I. mit dem Lineal aus Petersburg nach Moskau gezogene Nikolaibahn zeigt die neue, durch Verwandlung des Graslandes in Ackerland hervorgerufene Achsenrichtung an. In ihrer Fortsetzung liegt die Wolgamündung mit der Stadt Astrachan. Ihr parallel laufen die auf dem Nordrand der Schwarzerde senkrecht stehenden Linien von Orel nach Riga, von Romny nach Libau, von Berditscheff nach Königsberg. Diesen, für Getreideausfuhr früher so wichtigen Häfen an der Ostsee gegenüber liegt am Schwarzen Meer die Zahl der neueren Verladeplätze von Odessa bis Noworossiisk, die jetzt mehr als 70% der russischen Getreideausfuhr bewältigen. Und von Schwarzerde umgeben lagern in Schwarzmeernähe: der eisenerzhaltende Dnjeprrumpf, der Anthrazit, Kohle und Metall spendende Donezrumpf, die tertiären, Manganerz liefernden Sedimente . . . Wir erkennen noch deutlicher die ausschließliche Bedeutung des zwischen Schwarzmeer und Ostsee sich hinbreitenden Raumes bei

Betrachtung des russischen Eisenbahnnetzes an Hand der Darstellungen und Kartenvon Mertens[2]) und Tuckermann[3]). Es ergibt sich, daß die Wolga, an deren Bergufer 11 Bahnen herankommen, eine bemerkenswerte Grenzlinie bildet. Jenseits derselben führt nach N nur eine Bahnlinie über Jaroslaw, führen nach O nur zwei Linien über Sysran und Saratoff hinaus in die Ferne. Wenige Stränge sind es, die das Land auf der anderen Seite der überhaupt nur einmal — bei Sysran — überbrückten Wolga beleben, und nur im Ural finden wir um Jekaterinburg herum die Anfänge eines Eisenbahnnetzes. Mütterchen Wolga, Europas Riesenstrom, die wichtigste natürliche Verkehrsstraße des Russischen Reiches, die, mit Hilfe des Marien-Kanalsystems an die Newa gebunden, den Kaspi mit der Ostsee, den Orient mit dem Okzident verbindet, ist also ein Grenzfluß! Nicht durchfließt sie, sondern sie umschließt den Hauptraum des Reiches, in dem die russische Brot- und Eisenversorgung wurzelt, sie umfließt die Metropole... Verhältnismäßig zahlreiche Eisenbahnen charakterisieren die große Bedeutung dieses Hauptraumes; Mangel an Eisenbahnen verrät uns die geringere Bedeutung der noch lange nicht erschlossenen Nebenräume. Obwohl mit dem Mutterland organisch verbunden, erscheinen uns doch gleich Kolonien: Das Waldland im N der Wolga, das an Platin, Gold und wertvollem Eisenerz so reiche Uralien, unmittelbar anschließend mit sagenhaften Bodenschätzen Sibirien, das noch großen Menschenvorrat aufnehmen kann, dann — durch Wüsten des abflußlosen aralokaspischen Beckens so weit entrückt — Turkestan, welches dem Reich mehr als 50% seines Baumwollbedarfs liefert, endlich Kaukasien, ungemein reich an Erdöl und anderen Bodenschätzen, unwegsam durch Hochgebirge, jedoch durch Meere mit Wolga und Don verbunden.

Mit 21,8 Millionen qkm Fläche ist das Russische Reich von 1914 trotz seiner Mineralschätze, seiner Holzvorräte und des reich entwickelten Netzes natürlicher Wasserstraßen immer noch nur Agrarland. Und diesem agrarischen Charakter entspricht bei unentwickelter wirtschaftlicher Kultur die Volksvermehrung. In seiner Denkschrift von 1900 nimmt Kuropatkin[4]) vorsichtig für das Jahr 2000 eine Vermehrung der Bewohner auf 380, vielleicht 400 Millionen an, während der Statistiker Ballod dieses Ereignis bereits für die 1960er Jahre erwartet. Oldenburg[5]) schätzte für 1914 die Zahl der Geburten auf 8 Millionen, von denen 4,4 Millionen starben, somit ein Überschuß von 3,6 Millionen verblieb. Erhielt Deutschland damals alljährlich den Zuwachs von einem Armeekorps, so marschierten in Rußland ganze vier auf. Julius Wolf schätzt das Asiatische Rußland auf 32,5 Millionen, das Europäische Rußland dagegen auf 141,5 Millionen Menschen. Ich stelle fest, daß hiervon über 85%, d. h. mehr als 120 Millionen, in der Metropole wohnen, in dem von bedeutenden Ostsee-, Schwarzmeer- und Wolga-Hafenstädten eingeschlossenen Raum, den das „Innere Eisenbahnnetz"



erfüllt, in dem die wichtigsten Industriebezirke meist der Peripherie angehören, in dem die beiden geistigen Mittelpunkte — das nationale Moskau und das politische Petersburg — durchaus exzentrisch gelegen sind. Und in diesem Raum zieht sich aus dem Moskauer Industriegebiet im NO ein nach SW zu auf der Schwarzerde immer breiter werdender Streifen dichter Besiedlung mit 100 Menschen je qkm hin. Nahe der Westgrenze erscheint demnach das Schwergewicht des Reiches verlagert...

Es gibt im Jahre 1914 keinen anderen Staat der Erde mit derart zahlreicher Bevölkerung auf zusammenhängender Fläche. Die ungeheure Weite, der Überfluß an ungenutztem Land, die im Boden schlummernden Naturreichtümer, sie erfüllen alle Räume des Staatswesens mit einer potentiellen Energie, die imstande ist, die Bevölkerung in Rauschzustände zu versetzen. Dann kann diese Menschenmenge, noch einmal dem unbeschränkten Willen der Staatsmacht gehorchend, in Bewegung geraten. Dann entwickeln sich in der zwischen Eis- und Wüstenräumen und Sackgassenmeeren eingeschlossenen Landmasse Spannungen, entstehen an den Landengen Druckverhältnisse, unter deren Wirkung der pralle Staatskörper überzuquellen trachtet — über den finnländischen Isthmus nach Skandinavien, über den mitteleuropäischen Isthmus nach der Halbinsel Westeuropa und dem Balkan, über den kaukasischen Isthmus nach Vorderasien. Dies der geopolitische Ausdruck des russischen Imperialismus von 1914.

DER ZERFALL

Der Krieg schafft sogleich Sperrung der westlichen Landgrenze, Blockade westlicher Meere. Unwegsam werden die Verkehrsflächen von Schwarzmeer und Ostsee, wegsam bleibt hier nur der Bottnische Golf. Unter ungeheuerlichen Stockungen — der innere für Erdöl, Getreide, Holz so wichtige Wolga-Newa-Wasserweg versagt völlig — Umstellung des Eisenbahnverkehrs: Südrussisches Getreide kann nur noch übers Weiße Meer ins Ausland verschifft werden, englische Kohle findet nur noch über Archangel Eingang, am Hinterpförtchen Wladiwostock entsteht der Großstapelplatz[6]) für japanische und amerikanische Kriegslieferungen, 10000 km von der Westfront entfernt. An seinen Entfernungen geht das Russische Reich zugrunde. Außer Verkleinerung staatlichen Bewegungsraumes durch Besetzung bringt der Krieg Verringerung der gesamten Anbaufläche, der gesamten Weidefläche, sowie einiger bedeutender Industrieflächen mit sich. So entsteht infolge der durch Aushebung von Menschenmaterial verursachten beruflichen und sozialen Umschichtung, die verstärkt wird durch Leerung („Evakuierung") ganzer Industriebezirke, z. B. Rigas[7]), das 1913 76000 Arbeiter beherbergt — eine gewaltige Umlagerung der Menschheit. An bestimmten Plätzen, besonders in den großen Städten, nimmt die Bevölkerung stark zu, zumal in St. Petersburg[8]), das Zentrum für Kriegspolitik und Kriegsindustrie geworden ist. Mit unerbittlicher Logik

treibt im Jahre 1917 der Krieg das Land in längst vorbereitete politische Umwälzungen. Die erwähnten geopolitischen Erscheinungen erfahren Verstärkung. Weitere Verminderung von Anbau-, Weide- und Industrieflächen gehen vor sich. Neue Erscheinungen stellen sich ein. Aus der Märzrevolution (Februarrevolution der Russen) ergibt sich vor allem eine einzigartige nationale Umschichtung als geopolitisches Ereignis erster Ordnung. Die bis dahin vom russischen Staatsvolk getragene Regierung bricht zusammen, und damit versinkt auch der Wahlspruch des angestammten Hauses Romanoff: „Ein Zar, ein Glaube, eine Sprache" in Vergessenheit. Die so lange von den Völkern getragenen Fesseln autokratischen Machtwillens sind gefallen. Unaufhaltsam zerfällt das Reich in eine Anzahl nationaler Schollen. Schnell waschen die Wellen der Revolution die dünne Tünche der Russifizierung ab. Staunend erinnert sich die Welt der seit 1897, dem Jahr der ersten allgemeinen Volkszählung bekannten Tatsache, daß 43,3% der Bevölkerung den Russen, 32,1% den Ukrainern, Polen, Weißruthenen und Juden, und der Rest von 24,4% mehr als 25 verschiedenen Völkern und Völkchen angehörte[9]). Und während die Welt in den am Westrand des Russichen Reiches sich bildenden nationalen Gemeinschaften schon die Umrisse neuer Staatenräume erkennt, schreitet im Innern der Zerfall noch viel weiter fort. Die Novemberrevolution (Oktoberrevolution der Russen) enthüllt schon das nahezu vollendete Chaos. Jetzt kommt es in Rußland zur größten sozialen und beruflichen Umschichtung aller Zeiten. Der Soldat, der landarme, landhungrige Bauer, der Industriearbeiter, sie begründen die Klassenherrschaft des ländlichen und städtischen Proletariats als Arbeiter- und Soldatenräte. — Doch den geopolitischen Auswirkungen dieser Ereignisse wenden wir uns erst wieder zu nach kurzer Besichtigung der wie Vögel Phönixe aus der Asche hervorgegangenen fünf Freistaaten des Westrandes.

FINNLAND. Erklärt im Januar 1918 seine Selbständigkeit, wird von der russischen „Roten Armee" überfallen, das von Branting regierte Schweden versagt Hilfeleistung, Rettung durch deutsche Truppen (2. IV. Befreiung von Helsingfors). 387 565 qkm mit (1921) 3 402 600 Bewohnern, von denen 88% Finnen; 12% Schweden bewohnen die Ålandsgruppe und Küstengebiete. Zweisprachiges protestantisches Ostseeland mit Korridor zum offenen fischreichen Murmanmeer, mit hoher, auf skandinavischer Grundlage erbauter national-finnländischer Kultur, mit mehr als hundertjähriger Erfahrung in Selbstregierung und Selbstverwaltung. Die Wirtschaft ist fest gegründet auf Holz- und Steinrohstoffe, Erze, Wasserkräfte; hochentwickelte Landwirtschaft, zukunftsreiche Industrie. Ausfuhr von Holz, Holzerzeugnissen und Butter nach England (1923 = 42,3%), Einfuhr aus Deutschland (1923 = 34,5%), England, Rußland.

ESTLAND. Datiert seine Unabhängigkeit seit Februar 1918, hauptsächlich durch Deutsche vom russisch-bolschewistischen Einfall 1919 befreit, der estnisch



sprechende Teil der vom Deutschen Reich 1561 aufgegebenen Kolonie Livland, protestantisches Ostseeland von 47 549 qkm mit (1922) 1 110 530 Bewohnern, finnisch-ugrischen Esten. Nationale Kultur und wissenschaftliche Sprache sind erst in Bildung begriffen. Agrarland mit landwirtschaftlicher Industrie, mit Mineralöl-, Salz- und Phosphatvorkommen. Wirtschaft auf Ententegeld angewiesen, noch nicht im Gleichgewicht (1923: mehr als 1/3 der Ausfuhr nach England, mehr als 1/2 der Einfuhr aus Deutschland).

LETTLAND. Ostseeland, 65791 qkm mit (1923) 1950000 Bewohnern (72,6% meist protestantischer Letten, 9,9% Russen, 5% Juden, 3,7% Deutschen, 3,3% Polen), datiert seine Unabhängigkeit seit November 1918, durch deutsche Kämpfer unter Graf Goltz 1919 von russisch-bolschewistischen Horden befreit, der lettisch sprechende Teil der alten deutschen Kolonie Livland. Nationale Kultur und wissenschaftliche Sprache noch nicht voll entwickelt. Agrarland mit fruchtbaren Böden und viel Wald, mit landwirtschaftlicher Industrie. Wirtschaft auf Entente-Anleihen angewiesen. Hauptausfuhr: Flachs, Holz, Butter nach England, Belgien, Frankreich, Haupteinfuhr aus Deutschland und England. — Letten und Esten sind landwirtschafttreibende Völker, ohne Geschichte und Erfahrung im Regieren, deren obere Kulturschicht früher im Deutschtum aufging. Sie haben jetzt den Landbesitz der Deutschen (keineswegs nur den des baltischen Adels) entschädigungslos aufgeteilt[10]) und das deutsche Element aus seinem Heimatland vertrieben.

LITAUEN. Laut Manifest Wilhelms II. im Februar 1918 unabhängig erklärt, verlor durch polnischen Überfall das Wilnagebiet, erlangte einen Zugang zur Ostsee durch Raub des deutschen Memellandes. Die den nichtslawischen Letten nahe verwandten, römisch-katholischen Litauer sind ein junges Volk mit alter Geschichte und großer Tradition, dessen obere Kulturschicht früher polonisiert oder russifiziert wurde, dessen nationale Kultur und wissenschaftliche Sprache in Bildung begriffen sind. Auf Entente-Anleihen angewiesenes reines Agrarland von 52810 qkm mit (1923) 2011200 Bewohnern (84,4% Litauern, 7,6% Juden, 3,2% Polen, 2,4% Weißruthenen). Ausfuhr 1923 nach Deutschland (37%), England (26%), Lettland (15%), Einfuhr aus Deutschland.

POLEN. „Das Kind der Völker". Erklärung der Unabhängigkeit Kongreßpolens durch die Mittelmächte November 1916, später Angliederung österreichischer und deutscher Lande, Galiziens, Posens und Westpreußens — Zugang zur Ostsee durch den „polnischen Korridor" — durch die Entente, dann Raub des Wilnagebietes, Gewinn weißruthenischer und ukrainischer Teile aus dem polnisch-sowjetrussischen Krieg, endlich Gewinn des laut Abstimmung bei Deutschland verbleibenden Ober-schlesien, dessen Kohlen jetzt zu 2/3, Metallwaren zu 3/4, Zink zu 3/4, Blei fast ausschließlich — von Deutschland gekauft werden. Agrar- und Industrieland mit fruchtbaren Böden, großen Wäldern, reichen Erdöl-, Kohlen- und Erzvorräten.

386409 qkm mit (1921) 27178700 Bewohnern, davon 70% römisch-katholische Polen, dann folgen Juden in großer Zahl. Völkische Minderheiten werden mißhandelt, Deutsche mit Gewalt vertrieben. Die Wirtschaft noch nicht völlig im Gleichgewicht, Hauptausfuhrgegenstände sind Erdöl, Kohle, Holz, Salz, Zucker, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Textilien nach Deutschland, Rumänien, den baltischen Staaten, Haupteinfuhrländer sind Deutschland und in weitem Abstand Österreich, Tschechoslowakei.

Während die westlichen Nachfolgestaaten fieberhaft an ihrem Aufbau arbeiten, festigen sich Räteregierung und Rätewirtschaft im übrigen Rußland. An der Spitze der bolschewistischen Partei befiehlt Uljanoff, genannt Lenin, der russische Edelmann tatarischer Abkunft: Verteilung des Landes der Gutsbesitzer unter die Bauernschaft, Sozialisierung aller Handels- und Industrieunternehmen, Einziehung von Kapitalien und privatem Eigentum. Der Klassenkampf entblößt das Land durch Hinrichtung von bürgerlichen Elementen, den wichtigsten Trägern der bisherigen Wirtschaft. Mehr als 2 Millionen fliehen für immer ins Ausland: Berlin, Prag, Warschau, Belgrad werden Flüchtlingszentren, Kosaken der Wrangelarmee siedeln sich in Südslawien an. Schnell zerstört die Diktatur des Proletariats, was Krieg und Revolution an wirtschaftlichen Werten noch übriggelassen, Stätten der Arbeit veröden, Hunger und Seuchen wüten, fordern weitere Millionenopfer[11]) ...

DIE SAMMLUNG

Um den Klassenkampf durchzuführen, zieht Lenin nach Moskau, setzt sich im Kreml fest und leitet von hier aus den Krieg des Proletariats gegen den Bürger. Moskaus geographische Lage gewährt ihm alle Vorteile der inneren Linie. Denn an der Peripherie Rumpf-Rußlands sammeln sich die Feinde des Bolschewismus und der sich bildenden „Roten Armee" — am Schwarzen wie am Weißen Meer, am Finnischen Golf und an der Wolga, ja aus Sibirien ziehen sie am Ural sich zusammen. Mit englischer, französischer und japanischer Unterstützung leisten eilig gebildete „Weiße Truppen", die russischen Antibolschewisten, den fanatisch geführten, eisern disziplinierten, blutigsten Terror ausübenden Roten — überall Widerstand. Die hin und her schwankenden Kämpfe enden mit dem Sieg der Roten. Am 25. VIII. 1922, dem Einmarschtag der Sowjettruppen in Wladiwostock, verlassen nach vierjähriger Besetzung die letzten Japaner Sibiriens Festland. Lenin hat Rußland erobert[12]) ... Das ist die *eine* Art des Sammelns. Sie geschieht durch Niederkämpfung mit der blanken Waffe. Sie genügt in den von Russen bewohnten Gebieten, kann aber nicht angewandt werden auf dem Boden der Fremdvölker, auf den nationalen Schollen.

Ihrer geographischen Verbreitung nach unterscheide ich „Innenvölker" von „Randvölkern". Die *äußeren Randvölker* werden dank ihrer glücklichen geographischen



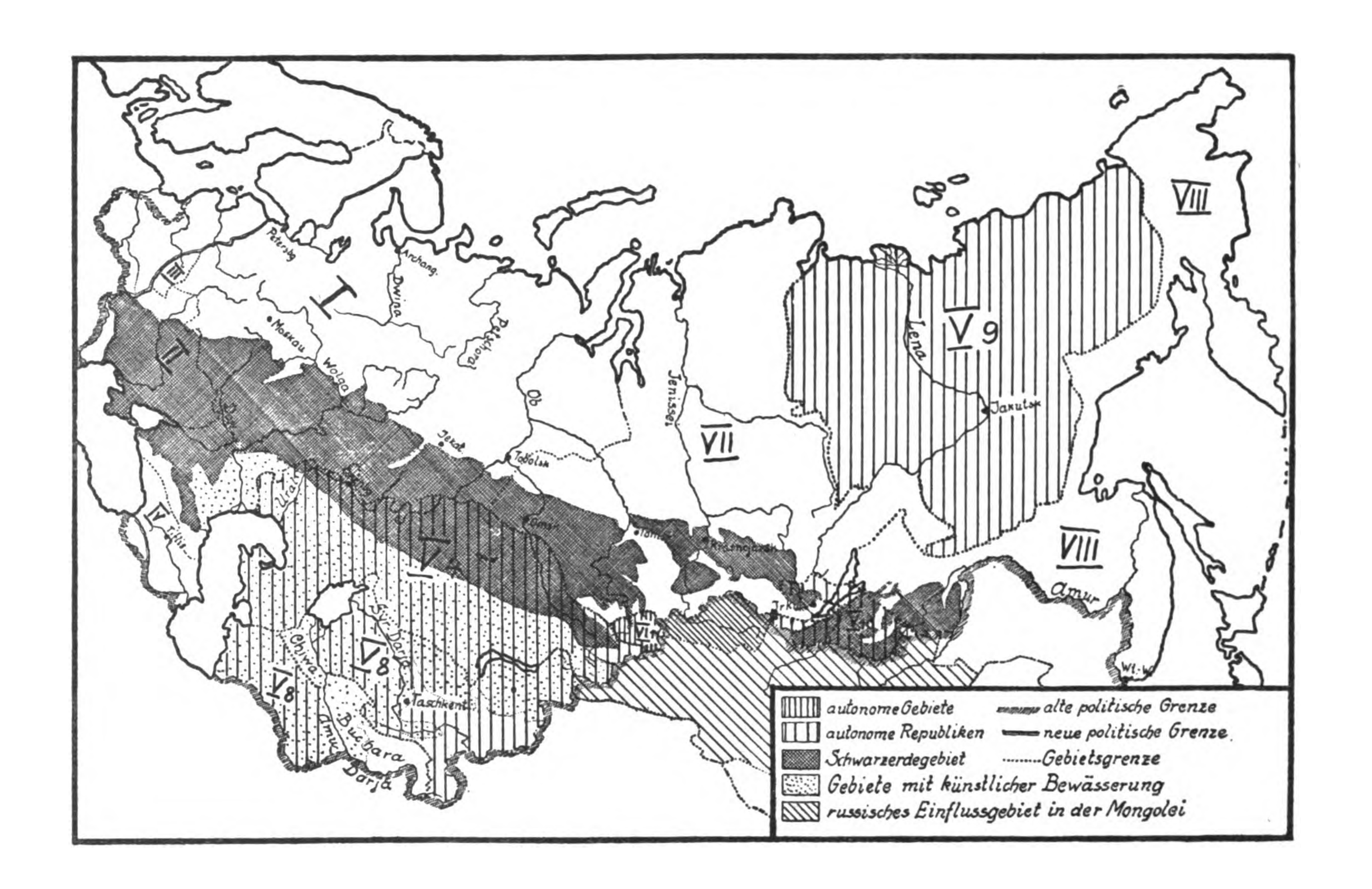
Lage von den benachbarten Mächten geschützt oder gerettet. Deutsche Reichstruppen oder Kämpfer haben Litauen, Lettland, Estland, Finnland vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt. Sodann gewährten Ententemächte den nötigen Rückhalt; den neuen Ostseestaaten das seebeherrschende Albion, Frankreich ward zum Armhalter Polens. Schützend wirkten in mancher Beziehung auch die inneren Randvölker, welche als Puffer oder Hindernisse die Enfernung zwischen Moskau und dem äußeren Rand gewissermaßen vergrößern. Die andere Art des Sammelns, welche Moskau ausübt, ist die „Sowjetisierung", und zwar die Einrichtung nationaler Räteregierungen. Der Rätegedanke, durch Propaganda eingeimpft, politisch durch Aufstände zur Auswirkung gebracht, wird hier zum zusammenhaltenden Prinzip. Für die inneren Randvölker ist ihre Ozeanferne von einschneidender politischer Bedeutung. Der 1918 entstehende Schwarzmeerstaat Ukraine, der russischen Metropole von 1914 reicher Kern, wird nach Abmarsch der deutschen Truppen zum Zankapfel zwischen gleich ländergierigen Gegnern — Polen und Russen. Der zahlreichen Volksmasse fehlt das nationale Rückgrat, da die kulturelle Oberschicht bis zur Befreiung erst polonisiert, dann russifiziert wurde. Deshalb vor allem mangelt dem großen Staat — die „Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik" zählt 1920 auf 442000 qkm 26765000 Bewohner — die politische Aktivität des ebenso menschenreichen Polens. Gleichfalls 1918 entstand eine „Unabhängige Volksrepublik Weißruthenien", deren sowjetierter Rest, die W. S. S., nur 60000 qkm mit (1920) 1634000 Bewohnern umfaßt; doch hat es hier eine elementare nationale Bewegung bereits durchgesetzt, daß mindestens eine Verdoppelung des Areals aus dem Bestand benachbarter Gouvernements vorgenommen wird. Auch die Völker Kaukasiens bildeten 1918 eine Reihe unabhängiger Republiken. Ihre schwierige Isthmuslage setzte sie aber von Anfang an einer Pressung von seiten der Roten im N, der streitbaren Türken im S aus. So erfüllte sich ihr Schicksal, und die drei S. S. R. schlossen sich zum Bundesstaat T. S. F. S., der „Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" zusammen. Es sind das: der Schwarzmeerstaat Georgien mit Tiflis (73000 qkm mit 2471000 Bewohnern), der tatarische Kaspistaat Aserbeidshan mit Baku (86000 qkm mit 2096000 Bewohnern) und ein unglücklicher Rest des Binnenplateaustaates Armenien mit nur 26000 qkm und 1214000 Bewohnern[13]). Wir haben nunmehr auf dem Areal Rumpf-Rußlands: 1. das von Moskau geführte Sowjet-Rußland, die „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik", R. S. F. S. R., aufgebaut a) aus 43 europäischen, 6 sibirischen und 4 fernöstlichen Gouvernements, b) aus den „Autonomen Republiken" Baschkirien, Bergrepublik, Burjätien, Daghestan, Jakutien, Karelien, Kirgisien, Krim, Tatarien, Turkestan c) aus 11 „Autonomen Gebieten", zusammen 20173000 qkm mit (1920) 98095000 Bewohnern, 2. die Ukraine, 3. Weißruthenien und 4. Transkaukasien. Sie schlossen sich am 30. VII. 1922

zum Staatenbund der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammen, den wir am besten als S. S. U. (Union) bezeichnen. Hier offenbart sich die dritte Art des Sammelns, sie erfolgt aus der tiefen Not, welche die politische und soziale Entwicklung über alle Sowjet-Republiken gebracht hat. Mit den verbündeten mohammedanischen Sowjet-Republiken Buchara und Choresm (Chiwa) gebietet diese neue russische Union über insgesamt 21 134000 qkm mit 136275000 Bew... Fürwahr ein mächtig ausgedehnter Komplex von nationalen Schollen, zusammengefügt durch den „Geist" des Bolschewismus. Doch ein ganz jugendlicher Organismus, durch die Union noch lange nicht aneinandergeschweißt, höchstens gefrittet. . . .

DER ZUSTAND VON 1924.

Die Gestalt der S. S. U. zeigte uns einen amöboiden Körper, dessen geringster Durchmesser in der Horizontalen vom Ural nach W bis an Pencks „Warägischen Grenzsaum", nach O bis zum Baikalsee und Stanowoigebirge reicht. Der von diesen Grenzen eingeschlossene Raum ist das Lager des russischen Bären. Er kann wohl von innen heraus durch Russen, doch von fremder Seite niemals ernstlich gefährdet werden. Um ihn herum bilden Nachbarländer und Randstaaten Schutzkissen, die feindliche Stöße nicht nur mildern, sondern auch völlig abfangen können. Übrigens droht der Union heute keinerlei ernste Kriegsgefahr. — Im W hat Sowjet-Rußland sich in die Abtrennung der Randstaaten gefunden, obgleich es keineswegs daran denkt, die ostseebeherrschenden Ålandsinseln aus dem Auge zu verlieren. Wenn das jetzt bekannt gewordene Aufbauprogramm der russischen Ostseeflotte einmal ausgeführt wird, dann gibt es auch eine Ålandsfrage. Vom Murmanmeer bis zum Dnjepr erscheint die Westgrenze stabil, solange Polen Ruhe hält. Ein feindliches Verhältnis ist aber das natürliche zwischen Polen und Rußland, daher Rußlands Einwilligung in Litauens Besitzergreifung des Memellandes. Immerhin kann es auch eines Tages eine Memelfrage aufrollen. — Viel empfindlicher ist der russische Organismus in der Umgebung des Schwarzen Meeres. Dort gibt es eine offene Wunde, eine wichtige, „Bessarabische Frage". Zwar betrauern weder Russen noch Ukrainer in Bessarabien[15]) eine Irredenta, doch es liegt auf dem Wege nach Konstantinopel, und Rumänien kann wegen seiner Lage nicht umittelbaren Schutz einer großen Ententemacht genießen. — Am Südrand ward die Einbuße des Karsgebietes ruhig hingenommen, ja zu Kars entstand am 16. III. 1921 jene russisch-türkische Übereinkunft, die den Völkern des Orients das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zuerkennt. Im Interesse seiner neuen Großen Asienpolitik will Rußland mit seinen Orientnachbarn in Frieden und Freundschaft leben. Verträge verbinden Sowjet-Rußland, Ukraine und Georgien mit der türkischen Schwarzmeermacht, dem persischen Kaspistaat: Türkei und Persien — die beiden südlichen Glacismächte der S. S. U., das mit ihnen ver-




autonome Gebiete
autonome Republiken
Schwarzerdegebiet
Gebiete mit künstlicher Bewässerung
russisches Einflussgebiet in der Mongolei
alte politische Grenze
neue politische Grenze
Gebietsgrenze
I
II
III
IV
V 9
V 8
VII
VIII
Petersbg
Moskau
Wolga
Archang.
Dwina
Petschora
Jekat
Ob
Tobolsk
Jenissei
Lena
Jakutsk
Amur
Syr-Darja
Taschkent
Chiwa
Buchara
Amu-Darja
Tiflis
Ural

bündete Afghanistan — ein hoher, mächtiger Turm, von dem man auf Indien hinabschaut! Seitdem der Engländer 1918 in Murmansk und in Baku, in Sewastopol und in Konstantinopel sich festsetzen wollte, tobt der britisch-russische Kampf mit unverminderter Stärke fort. Jeder will dem anderen die Meerengen verschließen. Niemals hat die orientalische Dardanellenfrage aufgehört, Rußlands brennendste Lebensfrage zu sein! — Greifbare Fortschritte konnte Sowjet-Rußland gegenüber China verzeichnen; die äußere Mongolei wurde sowjetisiert, das seit 1913 tributäre Uranchaigebiet nennt sich jetzt Tannu-Tuwil-Sowjetrepublik.[16]) Groß ist Rußlands Einfluß in der Mongolei. Zwischen ihm und China schwebt die mongolische Frage. Dagegen hatte es im Fernen Osten ein Minus zu buchen, als Folge des hier seit 1918 von beiden Seiten mit Grausamkeit geführten latenten russisch-japanischen Krieges[17]). Mit der Besetzung von Nordsachalin schuf Japan die Sachalinfrage, in der nur eine der großen Schwierigkeiten zum Ausdruck kommt, welche durch das Aneinanderstoßen nicht abgegrenzter russischer, japanischer und chinesischer Machtsphären geschaffen werden.

Während S. R. seine rote Viermillionenarmee vorerst nach Hause schickte, wurde die neue polnische Großmacht zum Militärstaat erster Ordnung, der jährlich 120000 Rekruten einstellt und gut 2000000 ins Feld zu senden vermag, da er mit der Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs zu rechnen wünscht. Polens Bedeutung ergibt sich aus seiner Isthmuslage, aus Erstreckung über zehn Breitengrade, vom 58. bis zum 48. Parallel. Polen verfügt über die wichtigsten Teile der Wasserstraßen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, mit dem verbündeten Großrumänien sperrt es die mitteleuropäischen Eisenbahnwege nach dem O völlig ab! Im W kommt seine Landmasse auf 120 km an Berlin heran, im N erreicht der preußische Lappen die Ostsee, der weißruthenische die Düna. So steht Polen an der Preußischen Bucht, klar ist sein Streben — gestützt auf einen rumänischen Sockel — an die Rigabucht zu gelangen, Ostpreußen, Litauen mit der Halbinsel Kurland von drei Seiten zu umfassen. Klein und unbedeutend neben Polen erscheint Litauen, das — empört über den Raub von Wilna — die polnisch-russische Gegnerschaft ausnutzt und einen latenten Krieg gegen die militärmächtige Großmacht führt. — In die physisch-geographische Einheit der Baltischen Tafel teilen sich Lettland und Estland. Es ist verständlich, daß sie nach engerem Zusammenschluß trachten, der durch ein Wirtschaftsbündnis eingeleitet wird. Isthmuslage hat wiederum Finnland. Umgeben von kalten Meeren, sperrt der nördlichste Staat der Erde indes keine wichtigen Verkehrslinien. Interessant ist, daß Finnland die strategische Bedeutung der Ålandsinseln auszunutzen nicht wagen kann, wegen seiner unmittelbaren Nähe an Petersburg-Kronstadt, dem wichtigsten Flottenstützpunkt Sowjet-Rußlands, — es sei denn nach engem Zusammenschluß mit Schweden. Aus einem schwedischen Bündnis mit den baltischen Staaten würde sich aber laut



Tschitscherins Ausspruch sofort der Kriegsfall ergeben! Daher Finnlands politische Zurückhaltung und der immer wieder geäußerte Wunsch, die Ostsee möchte neutralisiert werden, ein Wunsch, den der Minister Erich schon 1918 propagierte.

Vier von den fünf Nachfolgestaaten sind wichtige Transitländer. „In geographischer Beziehung ist Estland gewissermaßen das Haus an der Landstraße“[18]). Sie scheiden die S. S. Union von der Ostsee. Furcht mag sie wohl überkommen, wenn der russische Riese vermeint, in den abgetrennten Gliedmaßen ein Zwicken zu verspüren. Es gibt zwei Stellen, gegen die Rußland anrennen könnte: 1. Die offene, über das im Winter gefrorene polessische Sumpfland laufende Ostgrenze Polens; sie erscheint schon von innen jederzeit gefährdet durch die Polen glühend hassende weißruthenische und ukrainische Irredenta. 2. Die hinter den Häfen der „Baltischen Pforte“ von Dünaburg bis Hungerburg (an der Narwe) gespannte Grenzlinie. Hier dürfte indes geraume Zeit vergehen, bis Rußland wirtschaftlich so weit erstarkt, daß es glaubt, die Häfen nicht länger entbehren zu können .... Daher die in zahlreichen Konferenzen zum Ausdruck kommenden Bemühungen von seiten Polens, des „mächtigen Gönners“, von Lettland und Estland, den „Bund der Randstaaten“ zu schließen. Diese Union scheitert bisher immer an Litauens Polenfeindschaft und an Finnlands unbezwinglicher Abneigung, sich mit dem unruhigen, ungesättigten, von Frankreich gegen Deutschland gehetzten Polen einzulassen.

Es wäre nun aber doch ganz falsch, diese, als Märkte für die Wirtschaft Europas, insbesondere Mitteleuropas so wichtigen Randstaaten wegen ihrer Lage zu Rußland für Eintagsfliegen zu halten. Je mehr ihre Grenzen im Osten gefährdet sein mögen, desto stärker können sie sich auf den großen Nachbarn im Westen stützen. Denn England ist Herr auf der Ostsee! Solange zwischen Bär und Walfisch der Gegensatz andauernd wächst, solange erscheint auch die Existenz der baltischen Randstaaten gesichert.

ANMERKUNGEN

1) Glinka, Die Typen der Bodenbildung. Bornträger, Berlin 1914. Mit wichtiger Bodenkarte.

2) Mertens, 30 Jahre russische Eisenbahnpolitik. Archiv f. Eisenbahnwesen. Berlin 1917–1919.

3) Tuckermann, Verkehrsgeographie der Eisenbahnen im Europäischen Rußland. Bädecker, Essen 1916.

4) Pohle, Rußlands Ländergier. Engelhorns Nachf., Stuttgart 1916.

5) Julius Wolf im „Tag“ vom 18. 8. 1916.

6) Wert der Einfuhr in Millionen Rm.: 1914 349,5; 1915 967,56; 1916 2125,2.

7) Pohle, Riga. „Meereskunde“, Heft 152, Berlin 1919.

8) Pohle, Petersburg, die Seele Rußlands. „Deutsche Politik“ 1916. Pohle, St. Petersburg. „Meereskunde“ H. 128, 1917.

9) Zur Fremdvölkerfrage vergl.: Kasteeianski, Formen der nationalen Bewegung in den gegenwärtigen Staaten. St. Petersburg, 1910

(russ.); Völkerkarte von Osteuropa 1 : 600 000, nach amtl. Quellen entworfen und bearbeitet von R. Pohle und H. Heyde, Gea-Verlag, Berlin 1919; R. Pohle, Rußland, Mensch und Natur. Ztschr. Ges. f. Erdkunde Berlin 1917; R. Pohle, Die Ukraine als Lebensraum eines Volkes. „Die Ukraine" Dezember 1919.

[10]) „Ein lettländischer Staatsbürger deutscher Nationalität kann in seiner eigenen Heimat nur unter besonders glücklichen Verhältnissen ein eigenes Stück Land erwerben". Dr. Paul Schiemann „Rigaische Rundschau" 23. 2. 1924.

[11]) Ich schätze den gesamten Menschenverlust auf mindestens 15 Millionen.

[12]) Sowjetrußlands Entstehung und Entwicklung habe ich kurz dargestellt in „Rußland und das Deutsche Reich". Schröder, Bonn 1922.

[13]) Alle Zahlen gelten für 1920.

[14]) Zur Einsicht genauerer Daten empfehle ich A. Radó, Textanhang zur politischen und Verkehrskarte der Sowjetrepubliken, Georg Westermann, Braunschweig 1924.

[15]) Die Zusammensetzung der Nationalitäten: Rumänen 47,6 %, Ukrainer 19,6 %, Juden 18,6 %, Russen 8 %, Deutsche 3 % usw. Vergl. E. Schmidt in „Die wirtschaftliche Zukunft des Ostens". Köhler, Leipzig 1920.

[16]) A. Radó, Territoriale Wandlungen innerhalb des Russischen Reiches. Ztschr. d. Ges. f. Erdk., Berlin 1924, S. 58.

[17]) Pohle, Sibirien als Kampfplatz der großen Politik. „Deutsche Politik" 1921.

[18]) Sagte der estländische Außenminister Dr. Akel 1923 in einer Rede.

Zahlennachweise meist aus „Diplomatisches Jahrbuch 1924" J. Perthes, Gotha.

HERMANN LEVY:

AMERIKAS WIRTSCHAFT UNTER DEM EINFLUSS DES GOLD-REICHTUMS.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden seit dem Beginn des Weltkrieges und seit der Nachkriegszeit einen Konzentrationspunkt im internationalen Goldverkehr. Die gewaltige Warenausfuhr der Union während des Krieges konnte nur dadurch vor sich gehen, daß Europa sich der Union in einem bisher nicht da gewesenen Maße verschuldete. Von 1914 bis 1921 haben die Vereinigten Staaten Waren im Werte von 42 Milliarden Dollars ausgeführt, dagegen weniger als die Hälfte dieses Wertes eingeführt. Von dieser Ausfuhr kamen 26 Milliarden nach Europa, das hingegen nur 5 Milliarden in entsprechenden Einfuhrwerten bezahlte. Die Goldzahlungen, die Frachtdienste, die europäische Länder Amerika leisteten, die Zinsen, die Amerika auf Effekten schuldete, andrerseits die Überlassung amerikanischer Wertpapiere an die Union und Rimessen der Auswanderer bildeten einen gewissen Ausgleich des Saldos der Handelsbilanz. Aber im Jahre 1921 belief sich, wie Professor Friday von der Universität Michigan angegeben hat, die Verschuldung Europas gegenüber Amerika auf ca. 15 Milliarden Dollars. Diese Schulden sind zum Teil solche an die amerikanische Regierung, zum Teil solche an private Unternehmer oder Unternehmungen, Kaufleute oder amerikanische Exporteure. Auch heute noch hat die Union eine aktive Handelsbilanz, auch heute noch muß das Ausland einen großen Teil seiner Bezüge in Gold oder Wertpapieren begleichen. Daß dies sogar in steigendem Maße der Fall ist, zeigen die letzten Ziffern. Amerika führte im Jahre 1922 für 238 Millionen Dollars, dagegen im Jahre 1923 für 294 Millionen Dollars Gold ein.

Kein Wunder also, wenn der Goldreichtum der Union ins Gigantische wächst. Nach den Schätzungen des Mr. Leonhard Keynes, die er unlängst in der Zeitschrift „New Republic" veröffentlicht hat, befindet sich im Besitz oder Gewahrsam der Union fünf Mal so viel Gold wie im ganzen britischen Imperium. Am 1. Dezember 1923 verteilte sich der Goldvorrat der Vereinigten Staaten wie folgt:

	1 000 Dollars
Es befanden sich: im Treasury	3 516 227
„ „ „ in den Federal Reserve Banks	293 558
„ „ „ in Umlauf	399 848

Der gewaltige und, obschon schon von den Amerikanern als eine große Gunst des Schicksals angesehen, annormale Zufluß an Gold erfordert selbstverständlich eine besondere und durchaus nicht einfache Politik.

Vor allem war die Regierung der Vereinigten Staaten besorgt, daß dieser Zustrom nicht zu einer Goldinflation führen sollte. Zwar ist diese in gewissem Ausmaß dennoch eingetreten. Löhne und Preise sind in Amerika beträchtlich



höher als vor dem Kriege. Um die letztverfügbaren Ziffern aus den Indexberechnungen des Professor Irving Fisher zu wählen, betrug das Preisniveau in der zweiten Aprilwoche 1924, wenn man dasjenige von 1913 gleich 100 setzt, 146,6, das heißt die Kaufkraft eines Dollars von 100 Cents war auf 68,2 Cents gesunken. Aber diese Inflation wäre natürlich noch weit größer, wenn die amerikanische Regierung nicht seit einiger Zeit schon das Ziel verfolgte, den Goldzufluß nicht zu Kreditzwecken an die Industrie und den Handel weiterzuleiten, sondern ihn fast ausschließlich zu Deckungszwecken für die Währung zu verwenden.

Damit ist die internationale Position des Dollars wesentlich verstärkt worden. Vor dem Kriege erachteten die Federal Reserve Banken eine Deckung von 40% Gold für ihre Noten als ausreichend. Heute haben sie diesen Prozentsatz auf 75% erhöht und außerdem hat man sogenannte Gold-Zertifikate ausgegeben, die ein „backing", d. h. eine Deckung von 100% Gold aufweisen, und man nimmt an, daß auch die Banknoten der Federal Reserve Banks in nicht zu langer Zeit diese Deckungshöhe aufweisen werden. Von der oben erwähnten Summe, die sich im Gewahrsam des Treasury (der Münze) befindet, werden allein 2,2 Milliarden Dollars für die Federal Reserve Banken gehalten.

Man hat von vielen Seiten diese Thesaurierungspolitik angegriffen. Neuerdings hat sie Professor Cassel in Stockholm damit zu verteidigen gesucht, daß er auf eine eventuell zu erwartende Goldknappheit hinweist. Er schreibt wörtlich: „Die Ansicht ist ziemlich verbreitet, daß der Goldüberfluß in Amerika zu einer Erweiterung der Kreditgebung zwingen wird, wodurch das Preisniveau in die Höhe getrieben werden müßte . . . Ohne Zweifel könnte die jetzige Goldversorgung als Unterlage für ein wesentlich höheres Preisniveau dienen. Die Zurückhaltung in der Kreditgebung hat aber gute Gründe. Der jetzige Goldüberfluß ist aller Warscheinlichkeit nach eine zufällige Erscheinung und in relativ kurzer Zeit, sagen wir einem Dezennium, wird bei der jetzigen niedrigen Goldproduktion unvermeidlich eine ausgeprägte Goldknappheit hervortreten".

Die Thesaurierungspolitik Amerikas aus einer kommenden Goldverknappung in der Welt rechtfertigen zu wollen, erscheint volkswirtschaftlich nicht ganz einwandfrei. Denn ganz abgesehen davon, daß man auch in der Golderzeugung auf Überraschungen rechnen darf, wie die Geschichte immer wieder gelehrt hat, darf nicht vergessen werden, wie einschneidend im Augenblick für Amerika selbst wie für die ganze Welt die Anhäufungspolitik des Goldes ist, wenn man ihre wirtschaftspolitischen Auswirkungen betrachtet. Gewiß, es ist verständlich, daß die amerikanische Wirtschaftspolitik darauf bedacht ist, die Preise zu „stabilisieren", was ihr ja auch insofern gelungen ist, als die Entwertung des Dollars resp. die Minderung seiner Kaufkraft in letzter Zeit aufgehalten, ja zurückgedrängt worden ist. War sie doch im Mai 1920 schon auf 40 Cents gesunken. Aber andererseits darf man dieses



Gold- und Währungsproblem nicht ohne Rücksichtnahme auf seine Wirkungen auf die gesamte volkswirtschaftliche Verfassung der Union betrachten und bewerten.

Die unmittelbare Folge der Goldanhäufungspolitik und der verstärkten Deckung des Papierdollars durch Gold ist die Vorzugsstellung gewesen, die heute der Dollar in der Welt einnimmt. Selbst das englische Pfund, den Sovereign, hat es seit langen übertrumpft. Wird doch heute ein Pfund Sterling anstatt mit 4,86, wie im Frieden, nur mit 4,33 Dollars bezahlt. Der „teure“ Dollar muß in der Austauschwirtschaft der Welt die Tendenz auslösen, daß er einerseits abschreckend auf die Ausfuhr Amerikas wirkt, andererseits die Einfuhr nach Amerika stimuliert. Wie einst der Goldüberfluß Spaniens im Mittelalter dazu reizte, daß alle Länder nach dort ausführten, um sich die dortigen inflatierten Preise zu sichern und das begehrte Gold herauszuholen (vergl. die Schrift von Prof. M. J. Bonn über den „Niedergang Spaniens“, Cotta), so muß heute die Tendenz bestehen, viel an Amerika zu verkaufen und wenig von ihm zu kaufen, solange der Dollar „teuer“ bleibt.

Diese Tendenz kommt, soweit die Ausfuhr Amerikas in Frage kommt, auch bereits praktisch darin zum Ausdruck, daß die meisten früheren Abnehmer Amerikas, ganz besonders aber die heute verarmten Länder wie Deutschland, Rußland, Österreich, Ungarn, Polen, Randstaaten, aber neuerdings auch die valuta „schwachen“ Länder wie Frankreich, Belgien und Italien sich darauf zu beschränken suchen, nur diejenigen Waaren aus der Union einzuführen, die sie unumgänglich von dort beziehen müssen oder in denen zumindest die Union eine Vormachtstellung auf den Weltmärkten besitzt. Dahin gehören vor allem Weizen, Baumwolle, Kupfer, Petroleum und dessen Erzeugnisse, verschiedene Metalle außer Kupfer, ferner Fleischerzeugnisse, Fette und gewisse Konserven. Es ist daher ganz natürlich, daß die amerikanische Ausfuhr eine sinkende Tendenz aufweist und daß der teure Dollar die Tendenz in sich trägt, die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten zu passivieren.

In Millionen Dollars betrug:

im Jahre	Wert der Ausfuhr	Wert der Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
1915	2 716	1 674	1 042
1920	8 080	5 278	2 802
1921	4 485	2 509	1 976
1922	3 831	3 112	719
1923	4 165	3 789	376

Der starke Abstieg des Wertes des Ausfuhrüberschusses seit 1920 erklärt sich natürlich zu einem Teile aus dem Sinken der Preise. Aber für das letzte Jahr ist dieses Moment wohl kaum mehr zutreffend gewesen. Demgegenüber muß vermerkt werden, daß im Jahre 1923 der Ausfuhrüberschuß wahrscheinlich noch

viel geringer, wenn nicht überhaupt gleich Null gewesen wäre, wenn nicht die Baumwollernte in der Union einen beträchtlichen Ausfall gezeigt haben würde. Dieser verursachte ein rasches Steigen der Baumwollexportpreise und kommt daher in dem Ausfuhrwert mit einem Betrag zum Ausdruck, der zu den wirklich ausgeführten Mengen in keinem normalen Verhältnis steht.

Es ist besonders bemerkenswert, daß dieser Rückgang des Ausfuhrüberschusses erfolgt ist, obschon sich Amerika mit allen möglichen Mitteln bemüht, eine aktive Handelsbilanz auch weiterhin zu erzielen. Zu diesen Mitteln gehört vor allem der Zolltarif. Der Maccumber Tarif vom Jahre 1922 ist durchaus hochschutzzöllnerisch. Die Zölle sind höher bemessen als unter dem letzten republikanischen Zolltarif, dem Payne-Aldrich-Tarif, der von 1909 bis 1913 in Kraft war, von früheren demokratischen Tarifen ganz zu schweigen. Er enthält mit nicht weniger als 1460 Nummern zirka doppelt so viel Positionen wie der letzte Friedenstarif. Dazu hat der Präsident sehr weitgehende Anti-Dumping Befugnisse erhalten. Amerikas Schutzzollpolitik beschränkt sich aber nicht hierauf. Wie der Referent beim Deutschen Industrie- und Handelstag Dr. G. Riedberg, in beachtlichen Aufsätzen nachgewiesen hat (vgl. Berliner Börsenkourier vom 22. und 25. März), betreibt auch Amerika eine Politik der von ihm früher so bekritelten „peaceful penetration", als man diese nämlich den Deutschen nachsagte. „Ein wesentlicher Teil der Handelspolitik der Ver. Staaten", so schreibt Riedberg, „besteht in der Anwendung gerade der Mittel, die nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung eigentlich verpönt sein sollten, der Mittel kapitalistischer Durchdringung und Unterwerfung. In Mittel- und Südamerika vor allem ist das Wesen der amerikanischen Handelspolitik nicht aus der Fassung der Handelsverträge zu erkennen. Dort geht die Eroberung mit dem Dollar, jenes System von Anleihen mit Konzessionen und Verpfändung von Zöllen . . . seinen ungestörten Gang". Selbstredend muß auch diese, sich eigentlich in der Zahlungsbilanz auswirkende Politik, ausfuhrbegünstigend für Amerika wirken, weil die Beschaffung von Material amerikanischer Provenienz etc. zumeist einen wichtigen Bestandteil solcher „Durchdringung" bildet. Auf der anderen Seite schreckt Amerika vor keinem Mittel zurück, wenn es gilt, den heimischen Produzenten oder Händler vor fremder Konkurrenz zu schützen. Den Landwirt schützt man jetzt schon durch einen nicht unbeträchtlichen Zoll vor dem kanadischen Weizen, dort, wo dieser wegen besonderer Frachtumstände an Grenzgebieten den heimischen Landwirten und Müllern unbequem geworden ist, obschon doch die Union nach wie vor eines der größten Ausfuhr-Weizenländer ist. Die Schiffahrt will man neuerdings durch Anwendung des verpönten § 28 des Merchant Marine Aktes schützen, nach welchem alle auf amerikanischen Schiffen eingehende Waren einen Vorzugszoll genießen sollen. Zwei Präsidenten haben sich, indem sie auf die außenpoli-



tischen Gefahren solcher Flaggenzölle hinwiesen, geweigert, diesen Paragraphen in die Praxis umzusetzen. Neuerdings steht seine Bestätigung bevor.

Und trotz all dieser protektionistischen Maßnahmen, trotz des Druckes auf die Einfuhr und der Stimulierung der Ausfuhr, ergibt sich ein Schwinden der Aktivität der Handelsbilanz, zumindest ein Sinken des Ausfuhrüberschusses. Es scheint also, daß die Tendenzen, die der teure Dollar, der Goldreichtum, auslöst, stärker sind als die Gegenmaßnahmen wirksam sein können.

Es entsteht die Frage: hat denn Amerika eine aktive Handelsblanz „nötig"? Man scheint in Amerika noch immer zu meinen, daß eine aktive Handelsbilanz ein Zeichen des Reichtums sei, eine passive ein Zeichen der Verarmung. Man scheint vergessen zu haben, daß Serbien mit seiner aktiven Handelsbilanz ebenso zu den armen Ländern vor dem Kriege rechnete, wie England mit seiner stark passiven Handelsbilanz zu den reichsten. Aktivität und Passivität der Handelsbilanz richten sich im normalen Wirtschaftsverkehr der Länder nach dem Aussehen der Zahlungsbilanz. Denn der Überschußwert an Exporten soll ja dazu dienen, Schulden aus der Zahlungsbilanz auszugleichen. Amerika war vor dem Kriege ein Schuldnerland. Nach den Angaben, die neuerdings ein so vortrefflicher Finanzsachverständiger wie Sir George Paish gemacht hat (vgl. Manchester Guardian Commercial vom 17. April 1924), hatte Amerika vor 1914 ca. 6 Milliarden Dollar Schulden im Auslande, die es verzinsen mußte. Heute ist Amerika Gläubigerland. Es hat nicht nur seine Schulden zum größten Teile getilgt, sondern darüber hinaus heute einen Bestand von 15 Milliarden Dollar an auswärtigen Wertpapieren, die ihm ungefähr 700 Millionen Dollar Zinsen im Jahre bringen. An Verpflichtungen gegenüber dem Ausland kommen die Summen in Betracht, die reisende Amerikaner mit ins Ausland nehmen, so wie die nicht unerheblichen Aufwendungen wohltätiger Art, welche amerikanische Bürger in letzter Zeit zugunsten ihrer notleidenden Verwandten in den verarmten Ländern gemacht haben. Beide Summen sind nach Paish mit 400 Millionen Dollar im Jahre abzusetzen. Zinsenerträgnis und Exportwert-Überschuß ergeben ein Plus von einer Milliarde in der Zahlungsbilanz der Union, wovon der Abzug der obigen 400 Millionen also 600 Millionen Dollar übrig läßt. Von diesem Nettosaldo zugunsten der Union ist im letzten Jahre die Hälfte in Gold (s. oben gegebene Ziffer), die Hälfte wiederum in Wertpapieren bezahlt worden.

Man erkennt also, vom Standpunkt seiner Zahlungsbilanz hat es Amerika keineswegs nötig, eine aktive Handelsbilanz aufzuweisen. Selbst ein beträchtlicher Einfuhrüberschuß wäre durch die Plus-Posten der Zahlungsbilanz gedeckt. Aber ein großer Ausfuhrüberschuß entspricht dem nationalen Ehrgeiz der amerikanischen Politiker. Und so kommt es, daß alles geschieht, um der Passivierung der Handelsbilanz entgegenzuwirken. Damit aber gerät die Union in einen „circulus vitiosus".



Der Zufluß an Gold, wie er durch die Behinderung der Einfuhr immer weiterbestehen muß, solange überhaupt andere Länder in Gold zahlen können, verstärkt andauernd die Position des Dollars, hat die Tendenz, die Preise in die Höhe zu treiben, also den Export aus Amerika zu entmutigen und die Ausfuhr herabzudrücken. So entsteht die Tendenz abnehmender Ausfuhrüberschüsse. Als Mittel hiergegen weiß man in Amerika nichts anderes, als von neuem die Zölle zu erhöhen, um auf diese Weise der abnehmenden Ausfuhr auch eine abnehmende Einfuhr gegenüberzustellen. Hiervon wiederum ist die Folge, daß die Valuta der anderen Länder sich noch weiter verschlechtert und die Einfuhr aus Amerika noch stärker beschränkt wird, und so haben wir auch hier, ähnlich wie in den Zeiten der Inflation bei uns, eine „Schraube ohne Ende“, indem jeder Gegendruck gegenüber der lästigen Tendenz wieder diese selbst verstärken muß.

In Wirklichkeit ist die Einfuhr eines Landes in der Regel der Ausdruck einer Ausfuhrtätigkeit. Diese also setzt gewissermaßen Einfuhr voraus. Denn es ist auf die Dauer nicht möglich, daß Ware gegen Gold getauscht wird. Schon heute zeigt es sich in der Union, daß das Gold als solches keine Produktivität bedeuten kann. Das reichste Land der Welt kann sich keine Ausfuhrüberschüsse erzwingen, wenn seine Kunden verarmen. Vor allem aber sollte es ja den amerikanischen Wirtschaftspolitikern nicht darauf ankommen, große Ausfuhr*überschüsse* in der Handelsbilanz zu erzielen, sondern eine *absolute* Höhe der Ausfuhr und eine *absolute* Steigerung derselben zu erreichen, was mit aktiver Handelsbilanz durchaus nicht identisch zu sein braucht. Bisher hat Amerika, weil es eine in sich geschlossene Weltwirtschaft ist, weil es seine Konjunkturen aus seiner inneren Konsumkraft erzeugt, nicht die entscheidenden Folgen dieses Gesetzes verspürt, wie es etwa England, dessen Konjunkturen auf den Export gestellt sind, sehr bald verspüren würde, wenn es in der gleichen Lage wäre. Diese Tatsache muß immer berücksichtigt werden, ehe man die Wirkungen der hier geschilderten *Goldpolitik Amerikas auf dessen eigne Wirtschaft* einschätzt. Amerika ist reich genug, sich manches verkehrte wirtschaftspolitische Experiment zu erlauben, gerade so wie das Fiasko seiner Handelsflotte nur als ein Schönheitsfehler am Gesamtorganismus des amerikanischen Wohlstandes erscheint. In dem Augenblick freilich, wo Amerika die Beziehungen zur Weltwirtschaft stärker als bisher vom Standpunkt des Suchenden und nicht nur von dem des unentbehrlichen Lieferanten betrachten wird, dürfte ihm ebenfalls die Erkenntnis kommen, daß die Anziehung der Goldschätze der Welt durch ein einziges Land, so vorteilhaft es für dieses zunächst erscheint, sehr bedenkliche Wirkungen auf die natürliche und normale Entwicklung auch *seiner* Wirtschaft ausüben muß.



WALTHER WÜST:

DER LAMAISMUS ALS RELIGIONSFORM DER HOCHASIATISCHEN LANDSCHAFT

Seit Ratzels Anthropogeographie hat man sich allmählich daran gewöhnt, den Erdräumen denjenigen Einfluß auf die Geschichte zuzugestehen, den man ihnen nie hätte streitig machen sollen. Daß ähnliche Bindungen auch zwischen der Landschaft und den religiösen Vorstellungen eines Volkes bestehen können, mit anderen Worten, daß — um nur zwei Beispiele zu nennen! — ein ursächlicher Zusammenhang walte zwischen den Gestalten der derben, ungeschlachten Eis- und Nebelriesen und den skandinavischen Sitzen der Nordgermanen, oder daß der Götterkreis der vedischen Zeit nicht ohne das Pandschab, der aber des Hinduismus nicht ohne das Gangestal zu denken ist, dafür scheint mir die Religionsform des Lamaismus ein eindeutiger Beweis.

Erkenntnis und Lösung der Aufgabe müssen von drei Seiten her angegangen werden.

Zunächst von Indien, wo die wesentlichen Gesichtspunkte über den Buddhismus und seine Ideengeschichte, über den Gestaltwandel des Ordensstifters und die Entwicklung der Mönchsgemeinde in aller Kürze klarzulegen sind. Denn ganz bedeutende Stücke seiner äußeren wie inneren Form hat der Lamaismus von der Lehre des Sakyamuni bezogen. Von solcher Fragestellung aber überhaupt auszugehen, empfiehlt sich — es ist dies eine Angelegenheit der Methode! — deshalb, weil man von dem festen Boden der geschichtlichen Hergänge sicherer zu den folgenden Betrachtungen vorschreitet.

Buddha war kaum tot (rund 480 v. Chr.), als auch schon über die klare, schlichte Form seiner Weisheit vom Leiden, von der Entstehung des Leidens, von seiner Vernichtung und dem Wege, der dazu führt, auf Konzilien, die daneben von Rang- und Lehrstreitigkeiten ungestüm und heftig erregt waren, neue Sätze geschlungen wurden, darunter die vom „achtgliedrigen Pfad“ und von der Ursachenformel, den 12 Nidânas. Aber nach wie vor blieb doch im großen ganzen der Meister diesen schwächeren Nachfahren eine fest umrissene Persönlichkeit und das Hauptgewicht der Lehre ruhte, wie zu seinen Tagen, auf der Erlösung des Einzelnen durch sich selbst. Man nannte einen solchen um seine Erlösung bemühten, wenn ihm das Heil zugekommen war, Pratyekabuddha (d. i. „one who has attained, like a Buddha, by his unaided powers the knowledge necessary to Nirvána, but does not preach it to men“, Childers / Dictionary of the Pali Language, S. 309), die in den Suttas niedergelegte Lehre das Hînayâna (kleines Fahrzeug). In der nun folgenden Zeitstufe, die sich etwa bis ins sechste nachchristliche Jahrhundert

herauferstreckt, ändert sich das alles von Grund auf. Mitten aus frischen Spaltungen und Sektierereien heben sich eigenwillige Denker und Gestalter wie Nâgârjuna (wahrscheinlich gegen Ende des 2. Jahrhunderts n. Chr.) und andere heraus, die in eigenen Schriften die alte Lehre wiederum erweiterten. Nicht mehr sich allein, nicht mehr den Einzelnen zu erlösen, gilt fortan als hohes Ziel, sondern möglichst vielen den Heilsweg gangbar zu machen. Und Tür und Tor öffnen sich damit für die neuen Vorstellungen der unzähligen Buddhas und Bodhisattvas, die alle tätig in das Erlösungswerk zugunsten der gesamten leidenden Kreatur eingreifen, während unglaublich spitzfindige philosophische Systeme diese Entwicklung begleiten. Mehr und mehr verblaßt in solchen Zusammenhängen die Gestalt des Meisters, der nun nichts weiter als einer unter vielen Erleuchteten ist, und über der herben, gemessen-sachlichen und leidenschaftslosen Grundstimmung, die von ihm ausgegangen war, wächst ein völlig neues Lebensgefühl empor. Denn hatte man früher das Heil darin gesehen, alles in sich möglichst abzutöten, zu ersticken, zugunsten eines Heils, das nicht von dieser Welt war, so hängt man sich jetzt mit einer geradezu glühenden Inbrunst an die Bodhisattvas, die ihr Leben, ihr Fleisch und Blut für das anderer Wesen freudig hingeben. Nicht mehr die Vernichtung, sondern das Opfer der eigenen Persönlichkeit, daß ein anderer darum lebe, das erscheint wertvoll! So ward das Hînayâna vernichtet; an seine Stelle trat das Mahâyâna (großes Fahrzeug) und — was für diese Untersuchung wesentlich ist! — in dieser Form, eben in der des Mahâyâna, ward der Buddhismus in Tibet eingeführt. Neben diesen beiden großen Schichten, ihnen nicht zeitlich nachgeordnet, sondern mitten in sie hinein verschlungen und verwoben, so daß sich kaum noch der Punkt angeben läßt, an dem solche Entwicklung begann, geht eine dritte einher, in welcher der nördliche Buddhismus, das Mahâyâna, wiederum umgestaltet wurde, indem es den Einflüssen des Śivaismus und Tantrismus erlag und damit typische Religionselemente der Bergländer in sich aufnahm. Denn Śiva muß, wie nicht nur jenes Fragment 40 des Megasthenes, sondern mit ebensoviel Wahrscheinlichkeit Stellen aus der tibetischen Literatur beweisen, in dem Gürtel angesetzt werden, der etwa durch die Punkte Kelas-Manasarowar-Gaurisankar gekennzeichnet wird, während der Tantrismus unmittelbar auf die ältesten Zauberpraktiken der Inder, wie sie im Atharvaveda niedergelegt sind, zurückgeführt werden kann. Seine Heimat ist besonders, wie auch bezeichnenderweise beim Atharvaveda, Kaschmir. Die gesamten Bestandteile solchen grausen Kultes dringen damit in das Mahâyâna ein: Wilde, unzüchtige Tempelfeste, Hexenmeister, die mit Zauberkreis (Maṇḍala) und Donnerkeil (vajra = tib. rdo-rje) auf Friedhöfen nächtlich die Dâkinîs beschwören und unter mystischem Ausruf seltsamer Wortgebilde um Leichen ihre verschlungenen Tänze tanzen, zusammen mit den unheimlich-fratzenhaften Geistern des Wassers, der Erde und der Luft.



Der Repräsentant dieser ganzen Entwicklung, wie sie durch drei Lagerungen hindurch verfolgt werden konnte, ist der buddhistische Mönch. Zu des Stifters Zeiten ein wandernder Asket, ein Bettler, Bhikkha, der von den Almosen mildtätiger Spender lebend, in dem Eingehen ins friedvolle Nirvâna höchstes Glück sah, dessen Stätte zumeist der einsame Wald, das abgelegene Dorf waren, da er sich nur zur Regenzeit mit anderen Gleichgesinnten zusammentat, war er in dem Maße, wie der Buddhismus unter Aśoka (rund 250 v. Chr.) und seinen Nachfolgern allmählich zur Staatsreligion geworden war, empor- und hineingewachsen in die Kreise höfischen Lebens, der großen Politik, der zünftigen Wissenschaft, und so zeichnen sie auch tatsächlich besonders fein die Berichte der chinesischen Pilger, als Prälaten, Kirchenfürsten, als Rektoren der großen theologischen Universitäten, als Beichtväter der Könige und gewaltige Zauberer.

Breiter muß der Querschnitt — die zweite Forderung! — durch die gesamten vorbuddhistischen Verhältnisse Tibets genommen werden. Von einem großartig aufragenden Wall mächtiger Bergketten umzogen — von Himâlaya, Karakorum, den Pamiren und dem Kuën-lun im Süden, Osten und Nordwesten, während die Ostflanke verriegelt ist von dem Tang-la-Gebirge der chinesischen Grenzprovinz Sse-chuan, der Norden von dem Zug des Tan-la-Gebirges — zeigt das „Land des großen Eises" in seinem Innern zum größten Teil das Bild einer endlosen, hochgelegenen Steppenlandschaft, die stellenweise in unfruchtbare Wüste übergeht. Drei Gebietsgürtel scheiden sich so von selbst: im Süden der des Brahmaputra, der der großen Seen in der Mitte und der der fast unbewohnten Steppe im Norden. Und dieser ganze, sehr einheitliche und in sich geschlossene Raum über sein ganzes Gebiet hin besiedelt von nomadischen Hirten, die in allem ein getreues Abbild ihrer Heimat, ihrer Berge sind. Denn selten hat ein Raum mit seiner Eigenart so sehr Fleisch und Blut seiner Bewohner durchdrungen, gebildet und beseelt, wie das in Tibet geschah. (Von den Bewohnern freilich des Südgürtels müssen wir bei dieser Betrachtung wegsehen, da sie von Osten dem chinesischen, vom Westen her dem indischen Einfluß zugänglich waren und deshalb keineswegs einen so einheitlichen Menschenschlag darstellen wie die Hirten). Diese sind die eigentlichen Tibeter. Sie haben dank der Abgeschlossenheit ihrer einsamen Bergtäler in ihren schwarzen Zelten die alten Bräuche gewahrt: Da dauert noch die uralte Einteilung in Herdengemeinschaften, deren Glieder untereinander durch die Gemeinsamkeit des Blutes und der gleichen Lebensbedingungen aneinander gebunden sind, dauert die Ansehensgewalt eines erblichen oder gewählten Oberhauptes, in dessen Händen die Pflicht ruht, Recht zu sprechen, die auf den Einzelnen entfallenden Steuern und Abgaben zu verteilen, den Familien ihre Weideplätze anzuweisen, dauert eine gern geübte Gastfreundschaft, alles in allem das Bild eines uralten Lebens, das schon seit vielen Jahrhunderten so strömte und zäh von Geschlecht zu Geschlecht

weiter vererbt ward und wird. Und diese Menschen können nicht aus dieser durch jeden Winter, jeden Steppensturm neu befestigten Schicksalsgemeinschaft heraus: Denn Tag für Tag umragen sie die ewigen, gleichen Berge und schütten Frost und Wind und Schnee und das nährende Wasser über sie hin und gießen zuweilen in schmalem Sommer karge Sonnenblicke in ihre Täler und heißen sie im Frühling dahin ziehen mit ihrem Vieh und im Herbst dorthin, alles nach einem unwandelbaren Gesetz! Dazu läßt ein Zweites sie nicht heraus aus diesem Ring alter Gewohnheiten, das ist ihre Herde, die völlig an die ärmlichen Futterbedingungen dieses Lebensraumes angeglichen ist. Ihre zahmen Yaks liefern ihnen Milch, Käse, Butter und für die Festtage Fleisch, und aus dem Fell der geschlachteten oder auf der Jagd erlegten wilden Yaks, fertigen die Frauen sich und den Gliedern des Zeltes Kleider, spinnen aus den Haaren Zeltstoffe und allerlei Tuche, während der Yakmist zum Heizen, Kochen und Düngen dient.

Und wie tief, wie gewalttätig greift selbst auch dann noch der Raum in ihr Wesen! Eine Menge von Sitten, Gewohnheiten, festen Formen des Lebens gehen auf solche Einwirkung zurück: Daß die Tibeter trinkfeste Leute und arbeitsam sind, daß Younghusband sie die geborenen Händler nennt, daß das tibetische Haus flache, ebene Dächer hat, sich nur in größeren Ansiedlungen findet, daß aber der Hirte das Zelt als Wohnraum benützt, all das hängt letzten Endes ganz notwendig mit dem tibetischen Klima und seinen beiden Grundkräften, der Kälte und dem unbändigen Wind zusammen. Die eigenartige Form der tibetischen Ehe ferner, daß nämlich mehrere Brüder zusammen nur eine Frau nehmen, der Rechtsbrauch, daß das väterliche Erbe ungeschmälert erhalten werden müsse, auch das erklärt sich nur aus der durch Lage und Klima verschuldeten allgemeinen Not des Landes. Bis hinein in die kleinsten Dinge des Alltags sogar regiert dieser Raum. So, wenn der Tibeter nach dem Genuß fetten Fleisches mit den fettigen Fingern sich das Gesicht einreibt, wenn die tibetische Frau von jeher das Gesicht mit einer schwarzen Salbe schmierte, beides nichts anderes als eine, allerdings sonderbare, Art des Windschutzes, die man nicht, wie man das gerade bei dem zweiten Falle tat, so auslegen darf, als ob der Lamaismus seine Mönche vor allzu verführerischen Weibsgesichtern hätte bewahren wollen. Nur jene erste Deutung kann vielmehr richtig sein, weil sie die Dinge in ihren Zusammenhängen sieht und beurteilt.

Welche bedeutenden Gestaltungen des Göttlichen aber müssen erst aus diesem Raume wachsen, wenn man bedenkt, in welchem Maße der tibetische Mensch nach allen Seiten hin den schaffenden Einflüssen einer mannigfach und großartig gegliederten und ebenso bewegten Natur offensteht. Hier mußten die Anfangsgefühle aller Religion, jenes dunkle Grauen vor den mächtigen Dingen überall umher, im wallenden Wasser, in wehender Luft, im starrenden Fels, das tief erregende Bewußtsein der Furcht vor höheren Kräften, die Geisterangst, der Glaube



an leibliche Naturgewalten sehr lebhaft geweckt werden. Und in der Tat, die vorbuddhistischen Götter Tibets sind nichts anderes als Schöpfungen der überpersönlichen tibetischen Landschaft! Und man stelle sich nur einmal lebendig die bleibenden Züge dieser Landschaft vor: das nach allen Seiten hin gleichsam ins Ewige ausgereckte Hochland und das darüber herfahrende, mächtig sausende Wehen von Norden her, der Wind, und als Gürtel ringsum die schimmernden Schneeberge mit Eis und Fels und Firn und geheimnisvoll glucksenden Schrunden und Spalten, aus denen die Gletscherbäche, „die blauen Wasser des kühlen Schiefers" in die Täler niederrauschen, und im Herzen dieser Landschaft die großen Seen, in denen sich ein gewaltig gewölbter, von keinen kleinen Linien aufgerissener Himmel spiegelt! Und schon tauchen sie auch schon auf, der „Geist des Felsens" und die „Göttin der Luft", die sagenhaften Stammeltern des tibetischen Volkes, und hinterdrein, die Dämonen des Gebirges, „die das Gesicht des Schnees zeigen", die Dâkas, dem Tibeter die Erfinder der Schneeschuhe, zu deren Verehrung man auf den Gipfeln Fahnen, blau oder rot, in die Ferne wehen läßt oder an den Pässen Steinmäler, womöglich von weißer Farbe, auftürmt, und die Wassergeister — wir kennen sie besonders genau aus einem ihnen geweihten Gedichtwerk! — fahren aus der unergründlichen Seetiefe herauf, begleitet von dem „kleinen Fisch Goldauge und dem blauen Wasserpferd", und schrecken die Boote, die es wagen den Frieden des Wassers zu brechen. Und wie der tibetische Raum nach seinem inneren Aufbau nur zwei Jahreszeiten kennt, einen kurzen, sonnigen Sommer und einen langen, eisigen Winter, so reiten sie uns auch schon entgegen, die Göttinnen des Sommers und des Winters auf ihren Yaks, gekleidet in blaue Gewänder. Oder — „und das beweist eine gewisse alte Kulturgemeinschaft mit ihren früheren mongolischen und türkischen Nachbarn und auch mit den Chinesen!" — die „Göttin Aschenerde" erscheint und der Gott des Himmels — auch eine Himmelskönigin, die „weißgefleckte Mutter" ist uns gut bezeugt! — dieser ein Greis, mit wallenden Kleidern und blauem Haar, auf einem Hunde reitend, ein ganz inniges Bild, wenn wir uns dem Zauber überlassen, wie da schalkhaft und ziervoll die weißen Wölklein das ewig blaue Antlitz des Vaters Himmel überhuschen! Und in dem Gefolge der „Göttin Aschenerde" erscheinen, von ihr gezeugt, „die weiße Eislöwin" auf der Bergspitze, auf der Wiese „der schwarze wilde Yak", über die Ebene sprengend „der Kiang (Wildesel) mit dem weißen Maul", „der wilde Vogelkönig" den Felsen umflatternd, die Tiere dieses Lebensraumes, in halbgöttlicher Gestalt, wie sie uns aber auch — ein Beweis für die Festigkeit der Zusammenhänge! — noch jetzt in den Berichten der dort Reisenden gezeigt werden, und daneben, Gleichnisse des dahinrasenden Sturms, Gewitterdrache und Windpferd. Und vor allen diesen kleinen und großen, bald neckischen, bald gefährlich zürnenden Geistern und Geistlein muß man sich hüten, ihnen opfern, Tiere

und – ganz selten – auch Menschen, damit die bösen, krankheitbringenden Gespenster sich freundlich bezeigen! So wird zur Hauptperson im vorbuddhistischen Glauben der Zauberer. Er muß Krankheiten heilen, Dämonen bannen, die Zukunft voraussagen, wirksame Tränke brauen, jeder gottesdienstlichen Handlung assistieren, und so stark hat sich solches Bedürfnis erwiesen, daß selbst der Buddhismus hier weitgehende Zugeständnisse machen mußte und der Dharmapâla (tib. chos-skyong) von Ne-chung eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der ganzen Kirche ist.

Eines bleibt zu unterstreichen und hervorzuheben übrig: die unterbewußte Steigerung ins Unendliche hinein, welche der tibetische Raum an und für sich allem religiösen Wesen des tibetischen Menschen, wie wir an den Bildungen selbst beobachten konnten, ins Blut gestoßen hat. Er ist es, der in dem gesamten Gottestum Fleisch ward, in alle religiöse Form den Zug zum Weiten hineintrug, das Steppenhafte dieser Landschaft, und er konnte es, weil die Träger dieses Göttlichen Nomaden waren!

So ist der Zusammenprall vorbereitet, der Zusammenprall zwischen dem vorbuddhistischen Tibet und dem immer mehr nach Norden sich vorschiebenden Mahâyânabuddhismus Indiens. Was freilich den letzten Anstoß zu solcher, gegeneinander gerichteten Bewegung gab, das ist bei der bis dahin so gut wie geschichtslosen Sphäre Tibets gar nicht, bei den verwickelten und gegenseitig sich überschneidenden Hergängen Indiens kaum mit Gewißheit zu sagen. Zu gelten hat jedenfalls als einer der ausschlaggebenden Gründe der immer mehr um sich greifende Verfall des buddhistischen Ordens in seiner Heimat, welcher zur Bekehrung nach außen mehr aus Notbehelf denn aus überströmender frischer Stoßkraft zwang, und eine mehr legendenhafte Historie fügt dem hinzu, daß der König Srong-btsan-sgam-po etwa um das Jahr 632 n. Chr. seinen Minister Thon-mi-sam-bho-ta als Führer einer Gesandtschaft nach Indien schickte, um von dort den Buddhismus zu holen. Nach längeren Reisen im heiligen Lande kehrt dieser mit reicher Ausbeute an Texten zurück und eine Menge buddhistischer Prälaten, darunter ausgesprochene Vertreter des Tantrismus, wie Padmasambhava aus Udyâna, bereisen in der Folgezeit das Land und vollziehen das Bekehrungswerk. Die lange Regierungszeit dieses Königs (629—691) und der fromme Eifer eines seiner Nachfolger auf dem Thron, des Khri-srong-lde-tsan (723—786) fördern dann diese Entwicklung so, daß bald über vereinzelte Anschläge des alten Glaubens, trotzig aufglühende oder unterirdisch wühlende, hinweg jener stolze, prunkvolle und einheitliche Bau hierarchischer Gliederung entsteht, wie ihn unerschüttert auch noch die Gegenwart zeigt, Hergänge, die noch rascher und sicherer abliefen, sobald einmal erst die Äbte von Sa-skya die kirchliche Oberleitung übernahmen und die Verbindung mit den in den Geleisen der Weltgeschichte sich bewegenden Mongolenkhanen knüpften (rund seit 1250 n. Chr.).



Die Gründe für solch raschen Fortschritt des Begonnenen und die wesentlichen Stücke des damit entstehenden Lamaismus sind deshalb noch darzustellen. Einiges, das auf politischem Gebiete lag, ist eben schon flüchtig berührt worden. Darüber hinaus aber läßt ein in jenen Tagen entstandener und deshalb um so wertvollerer Liedkreis, in welchem tibetische Adelige ihre uneingeschränkte Freude über die neueingeführte Lehre mit klingenden Worten bezeigen, erkennen, daß nicht bloß in den Kreisen des Hofes, sondern bis weit in sämtliche Schichten der Bevölkerung hinein eine ganz bestimmte seelische Bereitschaft der Predigt der indischen Panditas entgegenkam. Denn es war, wie an anderer Stelle schon gezeigt worden ist, eine völlig anders geartete Lebensstimmung, die den nur auf härtesten Daseinskampf und mühevolle Armut des Tages eingestellten Gebirgsmenschen da ergriff, diese Lehre, die, weltflüchtig vorbetont, immer wieder die Hinfälligkeit alles Geschaffenen, jeglichen Seienden verkündete, wahres Glück nur im Nirvâṇa erkannte, dies aber mit den Mitteln einer ganz nur Weltbejahung atmenden Heilslehre erstritt und deshalb wie berufen für die inneren Notwendigkeiten dieses Lebensraumes war. Dazu kam ferner die eigenartige Form der tibetischen Familie, die, so damals wie heute noch, auf der Vielmännerei beruhte und damit eine natürliche Gleichgültigkeit aller Mitglieder gegeneinander großzog. Gerade dieser lockere Familienverband mußte es den buddhistischen Glaubensboten sehr leicht machen, die Sätze vom Auszug aus der Heimat in die Heimatlosigkeit zu predigen und sogar so weit zu gehen, diesen ohnehin schon losen Zusammenhang ganz zu sprengen durch eine Reihe vollends zersetzender Vorschriften, die aufzuzählen hier jedoch kein Raum bleibt. Da war weiter, was besonders die unteren Klassen zu dem neuen Glauben hinzog, die heimliche Zuversicht, diese fremden, aus Südland heraufkommenden Priester müßten den bösen Geistern noch überlegener sein als ihre einheimischen Zauberer, war eine glänzende Pracht entfaltet, Ausstrahlungen eines erhöhteren, sicheren und uralten Lebens. Denn man stelle sich nur auch einmal vor: „Welche Wirkung muß es auf das Gemüt des Nomaden ausüben, wenn er nach monatelanger Reise durch vereiste Gebirgswüsten, von einer Gebirgsstraße zur anderen klimmend, nach endlosen Beschwerden, bedroht von giftigen Dämpfen, von Stürmen und Räubern, die heiligen Stätten endlich erreicht, fruchtbare Täler, umgeben von großen und alten Bäumen, hochragende Tempelpaläste mit goldenen Dächern in prunkvollem Stil, mit all der Verfeinerung altindischer Kultur, bewohnt von den wiedergeborenen Heiligen, zu denen zu pilgern von allen zeitlichen und jenseitigen Schmerzen und Peinen befreit".

All dem gehen schließlich, den Gesamthergang befestigend und abschließend, die Zugeständnisse zur Seite, die der Buddhismus an Landschaft und Bewohner machte. Sie liegen im wesentlichen auf vier Gebieten. Einmal werden die metaphysischen Elemente des Mahâyâna gekürzt und dorthin verwiesen, wo sie in der

Folgezeit denn auch weiterlebten, in das gelehrte Schrifttum. Die tantrischen und śivaitischen Bestandteile dagegen — sie hatten sich auf dem Durchgang durch die Paßländer Kaschmir und Nepal noch dichter um die Lehre des Mahâyâna gelagert — werden in demselben Maße gestärkt und reicher entwickelt, wobei der Lama allmählich an die Stelle der alten einheimischen Zauberer rückte. Große Teile des vorbuddhistischen Geisterglaubens mit allem äußeren Zubehör werden dann in diesem Zusammenhang mit der neuen Lehre, so gut es eben ging, vereinigt und dabei auch die uralten Kultfeiern mit übernommen, ehrwürdige Aufzüge und Musikspiele, die auch jetzt noch mit glänzendem Prunk in Lhasa und Bkra-śis-lhun-po begangen werden und ein bemerkenswertes Stück althergebrachten Volkstumes darstellen. Das größte Zugeständnis schließlich bezog sich auf Änderungen des Kultus und der mönchischen Disziplin. Der Orden konnte fortan nicht mehr wie in Indien, wo es das Klima so gestattet hatte, aus lauter für sich lebenden Einzelmitgliedern bestehen, sondern mußte sich um große Klostermittelpunkte gruppieren. Halbnackt zu gehen war von nun an eine Unmöglichkeit, die Mönche mußten sich wärmer kleiden, Sandalen tragen und was dergleichen Dinge mehr waren, wie denn auch die Fastentage, ausgenommen die höchsten Feiertage, abgeschafft werden, da es bei den klimatischen Verhältnissen des Landes ein Mönch kaum längere Zeit ohne genügendes Essen aushielte. Die während der Regenzeit in Indien abgehaltenen gemeinsamen Zusammenkünfte mußten auf andere Tage verlegt werden.

So, in diesem innigen gegenseitigen Durchdringen und Befruchten, unter dem unsichtbaren Gesetz dieses Lebensraumes, entstehen jene eigentümlichen Bilder — sie können und konnten nur in ihren Hauptlinien aufgezeigt werden! —, die den Lamaismus so sehr als Glaubensform des Hochgebirges hinstellen, die Tschorten (Steinhaufen), einfach übernommen aus dem alten Glauben, wo diese Male den Geistern des Gebirges errichtet wurden, die Obos (ein mongolischet Wort = Steinpyramide), die Gebetsfahnen auf den Gipfeln, die Riesenmanis in die Felsenwände eingemeißelt, die Felsentempel — denn Holz fehlt ja fast völlig! — und schließlich auf den Bergen über den Tälern der großen Flüsse die, manchmal geradezu prächtig gelegenen Klöster und Abteien, oft nicht so sehr Stätten frommer Verehrung als vielmehr Burgen und Zwingfesten eines wahrhaft machtbewußten Klerus.

Dessen gesellschaftliche Stellung, sein Verhältnis zum Volke, sein tiefgehender Einfluß, den er jahrhundertelang auf die politischen Geschicke Hochasiens übte, wären als Ausläufer solcher Betrachtung noch zu untersuchen. Doch gehört dies anderen, entlegeneren Zusammenhängen an.



ERNST SCHULTZE:
DIE AUSDEHNUNG DES BRITISCHEN UND DES RUSSISCHEN HERRSCHAFTSGEBIETES II.

Humboldt stellt die Weltreiche jener Zeit auch graphisch nebeneinander. Das französische erwähnt er nicht, entweder weil es (in Europa) in eine Anzahl von Teilreichen mit besonderen fürstlichen Spitzen zerfiel, oder auch weil er kein Vertrauen zu seinem Bestande haben mochte. Das englische gliedert er — vielleicht, weil seine Trennung in asiatische und amerikanische Besitzungen ebenfalls kaum den Eindruck der Einheitlichkeit gewährte — in diese beiden Teile; in halber Verbindung mit den amerikanischen Besitzungen Englands, gewissermaßen noch an der Nabelschnur mit ihnen zusammenhängend, führt er die Vereinigten Staaten an. Lassen wir sie hier fort und ziehen wir die englischen Besitzungen in jenen beiden Weltteilen in ein Kolonialreich zusammen, so ergeben sich für den Anfang des 19. Jahrhunderts nach der Zertrümmerung des französischen Kolonialreichs, das sich nach der Schlacht von Trafalgar nicht mehr halten ließ und dessen Reste (Louisiana) Napoleon deshalb an die nordamerikanische Union verkaufte, die folgenden vier Weltreiche, deren Grundziffern ich tabellenmäßig anordne:

	Flächeninhalt in Geviertmeilen (lieues carrées) einzeln	zusammen	Bevölkerung einzeln	zusammen
I. Spanien:				
a) Mutterland	25 147	493 507	10 1/2 Mill.	24 1/2 Mill.
b) Kolonien in Amerika	468 360		14 "	
II. Großbritannien:				
a) Mutterland	16 586		15 "	
b) Besitzungen in Asien nebst Verbündeten und Tributären	80 946	179 532	49 "	64 "
c) Gebiet der Hudson-Gesellschaft, Kanada, Antillen	82 000		nichts angegeben	
III. Türkei:				
a) Europäische Türkei	33 244		11 "	
b) Besitzungen in Asien	67 400	136 587	} 14 "	25 "
c) Besitzungen in Afrika	35 943			
IV. Rußland:				
a) Europäisches Rußland	215 809	944 453	36 1/2 "	40 "
b) Besitzungen in Asien und Amerika	728 644		3 1/2 "	

In qkm umgerechnet (lieue carrée = 19 826 qkm) ergeben sich für die Größe der vier Reiche im Jahre 1804 jene Ziffern, die ich in der ersten Tabelle (S. 244) neben die (nach Otto Hübner's „Geographisch-statistischen Tabellen“ angegebenen) Ziffern für dieselben Reiche im Jahre 1907 gestellt habe.

Bevölkerungsmäßig standen sich 1804 die Türkei und Spanien beinahe gleich, auch in dem Verhältnis von Mutterland und Besitzungen. Dagegen überwog der Flächeninhalt der spanischen Außenbesitzungen den des Mutterlandes um das achtzehnfache, während bei der Türkei das Verhältnis sich nur auf 3:1 stellte. Ungefähr das gleiche Verhältnis zeigte das russische Reich, während Großbritannien überseeische Gebiete in zehnfacher Ausdehnung des Mutterlandes beherrschte.

Hingegen war das Verhältnis der heimischen Bevölkerung zu den in den Außenbesitzungen für Rußland und England umgekehrt: auf je einen Menschen im außereuropäischen kamen 11 im europäischen Rußland, während auf einen Engländer drei Köpfe im britischen Besitztum fielen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat sich diese Relation zwar etwas verschoben, ist aber im Wesen dieselbe geblieben: die Bevölkerung der britischen Besitzungen ist wesentlich (heute etwa hundertmal) größer, als die der britischen Inseln, während das Schwergewicht der von Rußland beherrschten Menschenzahl noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den europäischen Reichsteilen lag. Seine asiatischen Besitzungen blieben, gemessen an europäischen Verhältnissen, menschenleer, trotz allen Kolonisations-Versuchen und trotz der Eroberung des dichtbesiedelten Turkestan. Kolonialpolitisch hat diese verschiedene Gestaltung der Bevölkerungsziffern im russischen und britischen Reich tiefe Gründe, ebenso wie die in die Augen fallende Verschiedenheit zwischen der Zerstreuung des britischen Reichs über alle fünf Weltteile und der geographischen Geschlossenheit des Zarenreichs.

In beiden Fällen waren es nicht etwa vorausschauende Überlegungen, die dieses Ergebnis herbeiführten, nicht ein fester Wille, der diesen und keinen anderen Weg wollte, sondern der innere Zwang der Verhältnisse, der sich unter den gegebenen Umständen nicht anders auswirken konnte. Die Eroberungen Rußlands mußten infolge der Unfähigkeit seiner Heeres- und Staatsleitung nach Westen hin alsbald ein Ende finden und konnten sich daher nur in die benachbarten, menschenarmen Gebiete Asiens ergießen. Zur See blieb Rußland untüchtig — nicht sowohl weil ihm eisfreie Häfen gefehlt hätten, als weil es ihm an seemännischer Tüchtigkeit und an Unternehmungsgeist gebrach. Daß England dagegen in Übersee ein ungemein zersplittertes und doch sehr volkreiches Herrschaftsgebiet erwarb, ist mindestens ebenso sehr wie auf seine Insellage darauf zurückzuführen, daß ihm mehr an Menschen, denn an Landflächen gelegen war, weil sich letztere ohne erstere nicht ausbeuten ließen.

In einem der zukunftsversprechendsten Gebiete des Erdballs, in den Randländern des nördlichen Stillen Meeres, hatte es scheinbar (die Wirklichkeit bestätigte dies) viel weniger Aussichten als andere Reiche. So spricht Humboldt für diesen Teil der Welt von einem drohenden Zusammenstoß zwischen Rußland und Spanien, nicht aber zwischen einem dieser beiden Staaten und England.



Seit 1788 zeigte die spanische Regierung Unruhe über das Erscheinen der Russen an den nordwestlichen Küsten der neuen Welt. Sie ließ, „da sie jede europäische Nation für einen gefährlichen Nachbarn ansieht", den Zustand der russischen Faktoreien auskundschaften. Ja, die beiden Staaten gerieten — das erste und einzige Mal in ihrer Geschichte — miteinander in Krieg, nicht auf europäischem Boden oder weil sich ihre Interessen in der alten Welt feindlich berührten, sondern infolge dieses Wettbewerbs im nördlichen Stillen Meer. 1799 erklärte Zar Paul an Spanien den Krieg, so daß man damals in Mexiko mit dem Plan umging, eine See-Expedition gegen die russischen Kolonien in Amerika auszurüsten. „Wäre dieser Plan ausgeführt worden", sagt Humboldt, „so hätte man zwei Nationen im Streit gesehen, welche, auf den einander entgegengesetzten Enden von Europa stehend, in der anderen Halbkugel mit den östlichen und westlichen Grenzen ihrer ungeheuren Reiche zusammenstoßen[1])".

Der Zwischenraum, der diese Grenzen schied, wurde damals immer kleiner. Die Lage war voller Reibungsmöglichkeiten. Kannte man doch in Neu-Spanien nicht einmal den Parallelkreis, bis zu welchem Rußland ost- und südwärts vorgedrungen sei. Die absolute Entfernung zwischen Petersburg und der am weitesten nach Osten gelegenen russischen Faktorei auf dem amerikanischen Festlande war ungefähr ebenso groß wie die zwischen Madrid und San Franzisko, — damals einer ganz kleinen Missionsniederlassung — in Neu-Kalifornien. Mit richtigem Blick bezeichnete Humboldt es 1810 als wahrscheinlich, „daß, bevor die Russen den Zwischenraum, welcher sie von den Spaniern trennt, überschreiten, irgend eine andere unternehmende Macht entweder auf den Küsten von Neu-Georgien oder auf dessen fruchtbaren Nachbar-Inseln Kolonien zu gründen suchen wird[2])". Dies waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Obwohl bereits das russische Reich das spanische an Flächeninhalt übertraf, so waren die spanischen Besitzungen doch durch die viermal überlegene Menschenzahl, auch abgesehen von ihrem Bergwerksreichtum, wichtiger als die russischen, mit denen man noch nicht viel anzufangen gewußt hatte. Will man das britische Weltreich, das sich um dieselbe Zeit von neuem auszudehnen begann, an einem anderen politischen Körper messen, so kommt daher weit mehr als das russische das spanische Kolonialreich in Betracht — auch deshalb, weil es mit dem Mutterlande nicht in einer Fläche zusammenhing. Das englische Reich bedeckte 1804 einen Flächeninhalt von 3558791, das spanische einen solchen von 9782592 qkm. Mithin war das britische Weltreich damals nur etwa den neunten Teil so groß wie heute, während das spanische Weltreich an sich dreimal größer war, d. h. fast ein Drittel des heutigen britischen umfaßte.

Ein großer Schmerz war es für England, daß es ihm nicht gelingen wollte, in Süd- oder Mittelamerika einige spanische Kolonien bei ihrer Loslösung vom Mutter-

lande einzuheimsen. England tat dafür, was es irgend konnte; es unterstützte die Revolutionäre mit Geld, Waffen, Munition, mit Freiwilligen, vor allem mit Proklamationen und Versprechungen. Dennoch wollte keines der befreiten Länder an dem britischen Angelhaken festbeißen. So ging England zu seinem Ärger leer aus, bis auf die Ausdehnung seiner Handelsbeziehungen, die ihm jedoch bei weitem nicht so erwünscht war wie die politische Angliederung eines dieser vielversprechenden Länder.

Indessen hielt es sich an anderen Punkten der Erdoberfläche schadlos. In britischen Geschichtsbüchern allerdings wird die Ansicht vertreten: Nach den napoleonischen Kriegen sei die Ausdehnungslust Großbritanniens völlig erstorben, die Jahrzehnte, die der Einführung des Freihandels vorausgingen, seien dem Imperialismus nicht günstig gewesen. Die Tatsachen ergeben jedoch ein anderes Bild. Hatte der Flächeninhalt des britischen Reichs im Jahre 1804 erst 3558791 qkm betragen, so wuchs er bis zum Jahre 1841 auf 22084000 qkm. Geändert hatten sich also nicht sowohl die britische Eroberungslust als ihre Richtung. Da in Nordamerika nichts mehr zu erobern war und in Südamerika ebenfalls nichts, da man ferner auf Afrika wenig Gewicht legte — erst Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts begann das Hürdenrennen der europäischen Mächte um die Aufteilung des schwarzen Erdteils — eroberte man Indien, von dem im 18. Jahrhundert außer Bengalen erst ein paar Küstenstriche unterjocht worden waren. Zur selben Zeit, da man in Indien einen Staat nach dem andern unter britische Oberherrschaft brachte, rotteten die englischen Ansiedler in Australien auf eigene Faust, ohne daß große Kriegszüge nötig gewesen wären, die Urbevölkerung aus; in Neuseeland geschah das gleiche.

Der fünfte Weltteil konnte von England daher auf „friedliche" Art erobert werden, obwohl sein Dasein den Weißen schon seit Jahrhunderten bekannt war. Hier spielte sich beinahe derselbe Vorgang ab wie ursprünglich in Nordamerika: alle anderen Staaten hielten das Land für zu wenig wertvoll, als daß es die Besetzung lohnte, so daß England leichtes Spiel hatte. Zwar waren schon lange Zeit vorher spanische Schiffe in die Inselwelt der Südsee vorgedrungen, aber ihre Entdeckungen waren beinahe wieder in Vergessenheit geraten. Auf alle Fälle hatte Spanien keinen Appetit auf so weitentfernte Gebiete, in denen scheinbar Gold und Silber nicht vorhanden waren. So konnte denn nach der Wiederentdeckung jener Inselwelt und nach ihrer Erforschung durch Kapitän Cook England seine Hand darauf legen. Die erste nennenswerte britische Ansiedlung erfolgte in Neusüdwales — ebenfalls auf Grund eines Zufalls: nach dem Verlust der dreizehn Kolonien in Nordamerika konnte England seine Verbrecher nicht mehr dorthin abschieben, aber auch nicht in das loyal gebliebene Kanada; deshalb schickte es sie an das entlegene und wertlos dünkende Gestade Australiens.



Das auf diese Art neu gewonnene Gebiet übertraf die verlorenen amerikanischen Besitzungen an Flächenumfang bedeutend. Der Weltteil Australien gibt der Gesamtfläche Europas oder der von U. S. A., die beide annähernd dieselbe Größe haben, nur wenig nach. Allerdings ist Australien bei weitem weniger fruchtbar, hat ein sehr viel ungünstigeres Klima und ist von Europa aus weit schwerer zu erreichen, so daß es als ein vollwertiger Ersatz der südlichen Hälfte des nordamerikanischen Festlandes nicht betrachtet werden kann.

Im Jahre 1841 — das zwar keineswegs einen besonderen Einschnitt in der Geschichte des Britenreiches darstellt, aber insofern brauchbare Ziffern liefert, als damals in vielen englischen Kolonien die erste Volkszählung stattfand — betrug der Gesamtumfang des britischen Weltreiches, wie erwähnt, 22084000 qkm. Bis 1911 ist er auf rund 30000000 qkm gestiegen. In dem „friedlichen“ Zeitraum der Königin Viktoria führte es nicht weniger als vierzig Kriege. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erwarb es riesige Gebiete in Afrika und Asien, beispielsweise das wichtige Birma. Durch den südafrikanischen Krieg verleibte es sich die wichtigsten Goldgebiete des schwarzen Kontinents, wenn nicht der ganzen Erde, ein. Auch im 20. Jahrhundert blieb es expansiv. Bis zum Jahre 1914 fand es Gelegenheit, ohne selbst Krieg zu führen, neue Gebiete in Hinterindien, in Nordafrika und an anderen Stellen in seinen Herrschaftsbereich einzufügen.

Mit einem Gesamtumfang von etwa 30 Millionen Geviertkilometern übertraf das britische Reich beim Ausbruch des Weltkrieges das spanische Kolonialreich des Jahres 1804 um etwa 20 Mill. qkm und war mehr als siebenmal größer denn das Römerreich, das zur Zeit seiner größten Ausdehnung etwa 4 Millionen qkm beherrschte. Die Bevölkerung des römischen Reiches ist auf etwa 120 Millionen Menschen berechnet worden; sicherlich viel zu hoch, wie beinahe alle Zahlenangaben vor dem 19. Jahrhundert, die ja größtenteils auf Schätzung beruhten. Wären jene Zahlen richtig, so würde die Menschenzahl des britischen Reiches 1914 nur etwa $3^1/_2$ mal größer sein, und das römische Reich die doppelte Bevölkerungsdichte gehabt haben müssen. Das ist trotz der gewaltigen Flächen, die im heutigen britischen Reiche unbesiedelt sind oder überhaupt nicht besiedelt werden können, (wie das Nordterritorium in Australien) unwahrscheinlich.

Die Bevölkerungsziffer des britischen Reiches betrug 1841 nach den Berechnungen eines der führenden englischen Statistiker, Sir J. Athelstaine Baines, 20322100 Köpfe, ist also in den sieben Jahrzehnten bis 1911 auf mehr als das Doppelte (414000000 Köpfe) gestiegen. Von dieser Steigerung entfielen 68,2% auf die Bevölkerungsvermehrung der schon damals in englischer Hand befindlichen Gebiete, während 37,8% durch die Eroberungen der Zwischenzeit hinzukamen.

Es ergeben sich mithin als Etappen-Ziffern für das Flächenwachstum des britischen Reichs:

1804	1841	1911
3 558 791 qkm	22 084 000 qkm	30 018 177 qkm

Innerhalb der letzten 100 Jahre ist das britische Reich daher auf den 9fachen Umfang gewachsen.

Durch den Weltkrieg hat es abermals nicht unerheblich an Ausdehnung gewonnen. Zwar stieg der prozentuale Anteil des britischen Weltreiches an der bewohnbaren Erdfläche nur von 22 auf 24,4%, mithin um 2,4% des bewohnbaren Erdraumes, oder etwa 11,4% des bisherigen britischen Anteils; aber in absoluten Ziffern beläuft sich der Zuwachs auf rund 2000000 qkm, das heißt eine Fläche etwa von der Größe Spaniens, Portugals, Frankreichs, Italiens und des heutigen Deutschen Reiches zusammengenommen.

Der größte Teil des britischen Gebietszuwachses ist in Afrika und im südwestlichen Asien erfolgt. Am meisten fallen ins Gewicht:

Staaten	Fläche in qkm	Bevölkerung
Palästina-Mandat	59 000	757 182 (1922)
Mesopotamien-Mandat	371 114	2 849 282 (1920)
Asien zusammen	430 114	3 606 464
Ostafrika	949 000	4 130 000

Nicht eingerechnet ist hier Deutsch-Südwestafrika, das der Südafrikanischen Union überantwortet wurde.

Im ganzen lauten die Flächen- und Bevölkerungsziffern für das britische Weltreich nunmehr nach dem Gothaischen Kalender 1923:

		Fläche	Bevölkerung
I.	Mutterland (Großbritannien und Irland)	313 449 qkm	47 573 330 Menschen
II.	Stützpunkte im Mittelmeer (Gibraltar, Malta, Zypern)	9 603 „	545 062 „
III.	Vorderasiat. Mandate (Palästina, Irak)	430 000 „	3 606 464 „
IV.	Indisches Reich einschl. Aden und Ceylon	4 825 607 „	320 102 605 „
V.	Hinterindisch-Malaiischer Besitz	357 126 „	4 064 406 „
VI.	Ostasiatische Stützpunkte	1 753 „	779 582 „
VII.	Australien und Südsee	8 511 048 „	7 774 766 „
VIII.	Westafrikanischer Besitz	1 284 189 „	20 772 155 „
IX.	Südafrikanischer Besitz	3 958 000 „	8 690 000 „
X.	Ostafrikanischer Besitz	2 162 741 „	11 791 816 „
XI.	Nordamerikanischer Besitz	9 770 120 „	9 072 303 „
XII.	Mittel- und Südamerikanischer Besitz	306 379 „	2 099 449 „
	zusammen	31 930 015 qkm	437 871 938 Menschen
	dazu das noch fragliche Mandat über Transjordanland	109 000 „	350 000 „
	dazu das von England beanspruchte west-antarktische Gebiet	7 800 000 „	—



Danach liegt das Schwergewicht des britischen Weltreiches, rechnet man nach der Flächengröße, in Amerika, rechnet man dagegen nach Bevölkerungzahlen, in Asien. Die von Großbritannien in Asien beherrschte Menschenzahl ist, verglichen mit der in anderen Weltteilen, so außerordentlich groß, daß ein Erlöschen der englischen Herrschergewalt in Asien das britische Weltreich zum Krüppel schlagen würde. Ein Blick auf die Zahlentafel lehrt, daß es in allererster Linie der Besitz Britisch-Indiens und Ceylons ist, der dieses Vorwiegen der asiatischen Untertanen des britischen Weltreiches ausmacht. Mehr als 315 Millionen leben in Britisch-Indien, fast $4^1/_2$ Millionen in Ceylon.

Es begreift sich danach, wenn den meisten Engländern die Herrschaft über Indien als unentbehrlich für das Fortbestehen des britischen Weltreichs dünkt. Nur selten einmal haben kühne politische Denker die Möglichkeit in Erwägung gezogen, Indien aus dem britischen Staatsverbande zu entlassen. Die überwiegende Mehrzahl aller Politiker jedoch in Großbritannien und nicht minder in den britischen Tochterstaaten will von einer Loslösung Indiens unter keinen Umständen etwas wissen. Selbst derjenige Teil der liberalen Presse, der für weitgehende Selbstverwaltung in den Kolonien und Besitzungen eintritt, der die Missgriffe der britischen Politik in Indien mißbilligt und Brutalitäten wie die in Gura Ka Bagh geisselt, lehnt doch jede Selbstverwaltung Indiens ab, soweit sie das Vorspiel zu der politischen Lostrennung sein würde. Eine solche will man nur den Siedlungskolonien zubilligen — Kanada, Australien und Südafrika sind bereits faktisch selbständige Staatsgebilde — nicht aber den überwiegend von Farbigen bewohnten Ländern, die innerlich mit der britischen Herrschaft heute noch weniger einverstanden sind, als sie es vor ein paar Jahrzehnten zu sein schienen. So gilt denn Indien als unverrückbarer Schlußstein in dem Gewölbe des britischen Weltreiches, den man nicht herausnehmen könnte, ohne es zum Einsturz zu bringen.

Daß diese Gesichtspunkte, von der andern Seite betrachtet, der nationalistischen Bewegung in Indien eine ausserordentlich große Tragweite verleihen, sei hier nur angedeutet. Handelt es sich doch an dieser Stelle nur darum, festzustellen, wie weit das Größenwachstum des britischen Weltreiches gediehen ist und wo etwa seine größte Stärke oder andererseits seine Achillesferse zu sehen ist.

In Europa hat das britische Reich eine noch heute in seiner Bedeutung schwer abschätzbare Umwandlung durch die verfassungsmäßige Loslösung des irischen Freistaates erfahren. Zwar ist dessen Flächengröße gering, und seine Bevölkerungszahl von 3,16 Millionen fällt gegenüber derjenigen Großbritanniens kaum ins Gewicht. Immerhin wird die Verkehrslage Englands durch die Abtrennung gerade seines westlichen europäischen Vorpostens eine durchaus andere, obwohl einstweilen dieser in dem Staatsverband des Gesamtreiches verblieben ist.

Für die Gesamtausdehnung des letzteren spielt weder die Fläche noch die Be-

völkerung der europäischen Teile eine nennenswerte Rolle. Vielmehr haben wir im britischen Weltreich den Typus des Erobererstaates vor uns, dessen Volkszahl im Vergleich mit derjenigen der unterworfenen und beherrschten Völker gering ist. Politisch und wirtschaftlich allerdings fällt das spezifische Gewicht der Bevölkerung Großbritanniens für das Gesamtreich schwer in die Wage.

Unter den über die anderen Weltteile verstreuten Teilen des britischen Reiches ist der Besitz am wenigsten wohl in Asien gefestigt. Die nationalistische Bewegung in Indien dürfte so bald kein Ende nehmen. Wollte England jetzt, da es fast zu spät ist, eine Versöhnung mit den Eingeborenen, die beinahe geschlossen trotz aller inneren Gegensätze gegen den Fremdherrscher stehen, mit den klugen Mitteln britischer Versöhnungspolitik anstreben, die sich in Südafrika schon wenige Jahre nach dem Burenkriege glänzend bewährte, so würde dies doch eine weitere Lockerung des Staatsverbandes bedeuten und Indien eine Selbständigkeit gewähren, die es aller Wahrscheinlichkeit nach dazu benutzen würde, sich politisch und wirtschaftlich von den Fesseln, die es zu Gunsten Englands umschnüren, zu befreien.

Dagegen steht die englische Herrschaft sowohl in Amerika wie in Australien auf viel festeren Füßen, nur enthüllt sich hier ihre geopolitische Schwäche. In beiden Weltteilen beherrscht England ein Riesengebiet, das von einer verhältnismäßig geringen Bevölkerung bewohnt wird. Im britischen Amerika sind auf 10 Millionen qkm nur 11 Millionen Menschen verteilt, in Australien und Polynesien auf $8^1/_2$ Millionen qkm nur 7,7 Millionen Menschen. Dem Ansturm übervölkerter Nachbarvölker würden diese britischen Gebietsteile daher kaum Stand halten können. In Amerika ist ein solcher Siedlungsansturm kaum zu befürchten. Denn hier kommt als einziger Nachbar, von Westindien und Honduras abgesehen, nur das Gebilde der USA in Betracht, deren Bevölkerungsvermehrung sich abschwächt. Freilich ist die Zahl der nach Kanada hinüberwandernden USA-Amerikaner nicht gering. Die Gefahr ist aber eine wesentlich andere: die wirtschaftliche Durchdringung Kanadas durch den südlichen Nachbarn, der Kanada schon längst in den Bann seiner Währung gezogen hat und mit ihm über kurz oder lang ein Zollbündnis abschließen dürfte. Durch kein Machtgebot und durch kein noch so kluges Entgegenkommen wird England vermeiden können, daß sich hier jenes amerikanische Großwirtschaftsreich bildet, das Erich Obst für die Zukunft vorausgesagt hat (Die Wirtschaftsreiche in Vergangenheit und Zukunft, Hannover-Berlin 1922).

Wesentlich ungünstiger noch liegen die Dinge für England in Australien. Einerseits erstreckt sich bis hierher der vor allem finanzielle und der politische Einfluß der Vereinigten Staaten (Auslandkapital, Bekämpfung der „gelben Gefahr"), andererseits droht bevölkerungspolitisch der weißen Einwohnerschaft Australiens eine Überflutung mit fremden Rassen. In China mit seiner überaus starken Menschen-



zahl quillt die Bevölkerung über die Ränder, auch Japan hält sich für ein übervölkertes Land; die Mandschurei genügt ihm nicht als Kolonisationsgebiet. Es ist schwer abzusehen, wie sich Australien des gelben Menschenstroms erwehren sollte. Vielleicht wird der fünfte Weltteil schon nach einem halben Jahrhundert überwiegend von Gelben bewohnt sein; einstweilen ist das nur durch die Einwanderungsgesetze verhindert worden, die ihnen den Zutritt wehren. Der schon jetzt unverkennbare Wandel der politischen Machtverhältnisse stellt die Möglichkeit der dauernden Aufrechterhaltung dieser Gesetze in Frage.

Mithin bleibt für die ungestörte Machtentfaltung Englands als günstigster Weltteil Afrika übrig. Hier liegen in der Tat, soweit ich sehe, für Großbritannien die bedeutsamsten Zukunftsmöglichkeiten. Heute bereits gehören ihm nach der Berechnung von E. Obst von dem gesamten Kolonialgebiet Afrikas 28780083 qkm, also 39%, während Frankreich 38,9%, Belgien 8,4%, Portugal 7,1%, Italien 5,6% und Spanien 1,1% besitzen. Von der gesamten Kolonialbevölkerung (125464000 Seelen) gehören England sogar 49,5%, während Frankreich nur 26,2%, Belgien 16%, Portugal 6,1%, Italien 1,2% und Spanien 1% unterstehen.

Nach dem Weltkriege schien es, als ob die Vorherrschaft Frankreichs in Afrika ebenso fest begründet sei wie auf dem festländischen Europa. In Wirklichkeit dürfte das kaum zutreffen, denn England verfügt über wirtschaftliche, politische und verkehrspolitische Machtmittel, die Frankreich in solchem Maße nicht zur Verfügung stehen. In dem kommenden europäischen Kriege, den so viele annehmen, hat Frankreich als größten Einsatz seine europäische Luftflotte und seine Negersoldaten aus Afrika. England trifft deshalb planmäßig alle Vorkehrungen, um Frankreich beide Waffen aus der Hand zu schlagen. Es hat in der Presse wenig Beachtung gefunden, als Anfang 1924 die lakonische Meldung erfolgte: das größte Geschwader Englands sei von der Atlantischen in die Mittelmeer-Station verlegt worden. Hier bereitet sich der Stoß gegen die Vorherrschaft Frankreichs in Afrika vor. Nelson hat die Kriegsflotte Napoleons in zwei großen Schlachten vernichtet und damit nicht nur den französischen Unternehmungen in Afrika die Sehnen durchschnitten, sondern Napoleon gleichzeitig zum Verkauf Louisianas an die Vereinigten Staaten gezwungen. Ähnlich dürfte die englische Mittelmeerflotte der Gegenwart auf das französische Kolonialreich in Afrika zielen. Und gerade weil die geopolitischen Grundlagen der britischen Herrschaft in den übrigen fremden Weltteilen heute keine genügende Sicherheit mehr bieten, wird Großbritannien bestrebt sein, sich in Afrika ein neues, sicheres, zusammenhängendes Reich zu schaffen, weit größer als das jetzige. Wenn Chidher, der ewig junge, nach abermals hundert Jahren (es brauchen nicht 500 zu sein) wieder über die Länder dahinfährt, so wird er vielleicht weder in Asien noch in Australien von dem britischen

Reiche mehr als Trümmer finden, und über ganz Nordamerika dürfte das Sternenbanner wehen. Aber es könnte sein, daß mittlerweile in Afrika ein neues britisches Weltreich erstanden sein wird — bis sich auch dieses infolge der panafrikanischen Bewegung der Herrschaft Europas entzieht.

ANMERKUNGEN

[1]) Humboldt: Versuch über den politischen Zustand des Königreichs Neu-Spanien, Band 2, S. 271
[2]) a. a. O. S. 278.



E. OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Die Geopolitik der Alten Welt erhält ihr charakteristisches Gepräge durch jene wichtige Dreigliederung, die vielleicht später einmal in irgendwelcher Form zur Einheit führen mag, einstweilen aber immer und immer wieder bedeutsam in Erscheinung tritt.

1. Alt-Europa von den britischen Inseln bis zur Donaumündung und von Skandinavien bis zur iberischen und italischen Halbinsel. Rasse- und Religionsgegensätze sind hier im Bereich typischer europäischer Zivilisation durch intensive Durchmischung allmählich stark gemildert, ja fast ausgelöscht worden; dafür aber hat die orographische Zellenstruktur ein buntscheckiges Nebeneinander von Volkheiten entstehen lassen, von Kulturgegemeinschaften und Staaten, die von Anbeginn an ewige Fehde geschworen zu haben scheinen. Die wahnwitzige politische Zersplitterung wurde im Anfang des 19. Jahrhunderts ein wenig gemildert, Rivalität, Neid und Haß blieben aber auch im nachnapoleonischen Europa die Motoren zwischenstaatliehen Lebens. Sie wurden es erst recht, als der Reichtum an Kohle und Eisenerzen praktische Bedeutung gewann und Alt-Europa zum ersten Industrierevier der Welt wurde. Seitdem werden die in ihrer Volkszahl ungeheuerlich anschwellenden Staaten mehr und mehr von wirtschaftspolitischen Problemen beherrscht. Der territoriale Imperialismus von einst ist von nicht minder krassem Wirtschaftsimperialismus abgelöst worden. Alt-Europa mit seinen rivalisierenden Weltmachttendenzen bleibt der Herd fortgesetzter politischer Erschütterungen, die schließlich, bei der weltumfassenden Bedeutung vieler alteuropäischen Staaten, das ganze Erdenrund in Mitleidenschaft ziehen.

2. Neu- oder Osteuropa, das unermeßlich weite und einförmige Flachland, der breitflächige Übergang von Europa nach Asien. Lebensraum überwiegend slawischer Menschheit, Gebiet eines einzigen Riesenstaates, dessen Erstreckung von Meer zu Meer nur im Westen durch die Bildung der baltischen Randstaaten ein wenig gelitten hat. Verhältnismäßig dünn bevölkert, Agrarland ersten Ranges, die natürliche Korn- und Butterkammer Europas; als Staat im ewigen Zwiespalt zwischen Ausbau im Innern und Ausgreifen nach außen, zwischen Orientierung nach Westen oder nach Osten, dabei aber seit Jahrzehnten immer erneut gepackt von schweren sozialpolitischen Krisen, die schließlich den Sowjetstaat entstehen ließen.

3. Der Orient, der weite Länderraum vom nördlichen Westafrika über Ägypten und Arabien bis nach Persien und Afghanistan, den gebirgsumgürteten Toren nach Indien. Überwiegend islamische Menschheit, noch heute vor allem im Banne religiös-politischer Probleme; die Staatswesen denen von Alt- und Neu-Europa weder wirtschafts- noch machtpolitisch gewachsen und daher in ständiger Gefahr, von jenen (Großbritannien, Frankreich, Italien) oder von diesen (Rußland) ins Schlepptau genommen zu werden (der urewige Drang Rußlands nach dem Orient, nach Konstantinopel und dem indischen Ozean, erscheint jetzt in Gestalt des diplomatischen Geplänkels um die bessarabische Etappe). Gegenwärtig ein großartiges nationales Erwachen im gesamten Orient, unbändiger Selbständigkeitsdrang (Türkei, Ägypten).

Die drei geopolitischen Großräume der Alten Welt führen einstweilen jeder sein eigenes Leben, wenngleich sie die Gemeinsamkeit europäischer Belange zu ahnen beginnen. Die Berührung untereinander ist nicht sonderlich innig; auf der einen Seite liegt der nasse Graben von Mittelmeer und Schwarzem Meer, auf der andern Seite trennt die beiden Hauptgruppen jene Übergangszone zwischen alteuropäischer Kleinräumigkeit und osteuropäischer Großräumigkeit, neuerdings markiert durch die Reihe der polnisch-baltischen Pufferstaaten. Nur an einer Stelle könnte man von einer europäischen Dreiherren-Ecke sprechen, das ist der uralte politische Wetterwinkel Europas, der Balkan. Hierhin strebte Alt-Europa (Österreich

Ungarn), hier glaubte Osteuropa eine große Zukunftsrolle spielen zu können (Panslawismus), hier verteidigte der Orient zäh sein letztes Bollwerk auf dem europäischen Kontinent im engeren Sinne.

Wir schickten diese allgemeinen Bemerkungen voraus, um die gegenwärtigen geopolitischen Ereignisse innerhalb der Alten Welt in den großen Zusammenhängen zu erkennen und für die Betrachtung der einzelnen Staaten ein einheitliches Leitmotiv zu gewinnen.

1. Alt-Europa als Ganzes scheint den Höhepunkt des akuten politischen Wirrwarrs glücklich überschritten zu haben. Die durch den großen Krieg heraufbeschworenen Schwierigkeiten waren so gewaltig, daß sie bisweilen eine neue, noch furchtbarere Katastrophe auszulösen drohten. Jahrelang redete man und schrieb Noten hinüber und herüber, aber trotz Völkerbund, großer und kleiner Entente, registrierten und geheimen Bündnissen war eine irgendwie geartete Einheit nicht zu erreichen. Schließlich zog man die Folgerung und — kapitulierte vor dem führenden Großstaat der Welt, vor U.S.A. Die tiefe Verbeugung, die alle europäischen Währungen längst vor dem Dollar gemacht hatten, wurde jetzt ins Hochpolitische übertragen: U.S.A. der offizielle Schiedsrichter in dem von sich aus zur Einigung unfähigen Alt-Europa! Ein neuer Akt der Weltgeschichte beginnt damit; der politische Schwerpunkt der Welt ist endgültig weiter nach Westen gewandert und liegt nun wohl für absehbare Zeit drüben, jenseits des Atlantik.

Der wichtigste Inhalt des Sachverständigen-Gutachtens darf als bekannt vorausgesetzt werden. Drei Hauptziele sucht man zu erreichen: erstens die wirtschaftliche Integrität Deutschlands wiederherzustellen, zweitens eine Atempause des Friedens und der Ruhe zu gewähren, und drittens für die Folgezeit große deutsche Zahlungen zu sichern, ohne Deutschland dadurch zu ruinieren. Die Regelung, wie sie hier vorgeschlagen, weist verschiedene arge Mängel auf. Als wichtigste erscheinen uns diese:

1. Die Sachverständigen-Vorschläge stellen die wirtschaftlichen Ausführungsbestimmungen des Versailler „Friedens“ dar und beruhen somit, wie das politische Diktat, auf der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg. Mit dieser Feststellung machen wir den wirtschaftlichen Sachverständigen keinen Vorwurf, wohl aber den verantwortlichen Staatsmännern aller beteiligten Länder. Eine wahrhafte Friedensaktion wird einst mit der Einsetzung eines anderen Sachverständigen-Ausschusses beginnen, einer unparteiischen Geschichtsforscher-Kommission, der sämtliche Archive der Welt zur Feststellung der Kriegsursache unbehindert offen stehen.
2. Die jetzt auf der Grundlage der Versailler Schuldlüge ausgearbeitete wirtschaftliche Regelung ist zwar von Amerikanern entworfen, ihre Durchführung aber ist nicht ihnen übertragen worden, sondern den gänzlich uneinigen und eifersüchtigen europäischen Politikern. Wir fürchten sehr, daß diese wieder verderben, was amerikanische Wirtschaftler Vernünftiges zu begründen ehrlich bemüht waren. Diese unsere Befürchtung betrifft in erster Linie die Räumung von Rhein und Ruhr durch die Franzosen. Nur wenn der Sturz des Bloc National zu einer grundsätzlichen Änderung der französischen Außenpolitik führt, darf man hoffen, daß die fundamentale Voraussetzung des Dawes-Vorschlages, die Herstellung der wirtschaftlichen Integrität des Reiches, schnell und restlos erfüllt wird.
3. Die uns gegönnte Atempause von nur einem Jahr mit „bloß“ 1000 Millionen Goldmark Kontributionsleistung ist entschieden zu kurz gemessen.
4. Es fehlt die klare Festsetzung der endgültigen Höhe unserer Kontributionsleistungen. Wir sollen als „alleinige Urheber des Weltkrieges“ zahlen:

während der Atempause (1. Jahr)	1000	Millionen	Goldmark
im 2. Jahr	1220	„	„
im 3. Jahr	1200	„	„
im 4. Jahr	1750	„	„

vom 5. Jahr ab jährlich ca. 2500 Millionen Goldmark

Vom 5. Jahr ab sollen sich die Kontributionszahlungen der deutschen Leistungsfähigkeit



anpassen. Die Jahreszahlung soll nicht überschreiten „den Unterschied zwischen dem Höchsbetrag der Einnahmen (aus dem Budget) und dem Mindestbetrag der Ausgaben Deutschlands für seine eigenen Bedürfnisse; aber ebenso wenig darf sie überschreiten den Höchstbetrag, der fremden Ländern übermittelt werden kann, ohne den Kurs der deutschen Währung zu stören". Sehr gut gemeint, aber überreich an Gefahren, den europäischen Politikern als Vorwand dazu zu dienen, erneute „Verfehlungen" des deutschen Reiches zu konstruieren.

5. Der Dawes-Vorschlag bietet keine Gewähr dafür, daß nicht nach der Willkür der Entente von neuem „Sanktionen" gegen das wehrlose deutsche Volk ergriffen werden.

Trotz alledem sollte Deutschland dem Beispiel der übrigen Staaten folgen und in möglichster Geschlossenheit den Dawes-Vorschlag annehmen, denn zum einen kann nur mit Hilfe des Sachverständigen-Vorschlages eine erträgliche außenpolitische Atmosphäre geschaffen, unsere Währung gehalten und eine Überfremdung unserer Wirtschaft verhindert werden, zum anderen braucht unser Volk vor allem außenpolitische Ruhe und noch einmal Ruhe, um sich innerpolitisch zu sammeln. Unsere Aufgabe auf dem Gebiet der Außenpolitik kann im Augenblick nur darin bestehen, durch Verhandlungen zu einer obige Gesichtspunkte möglichst berücksichtigenden endgültigen Regelung der Kontributionsfrage für die nächsten Jahre zu gelangen. Was dann weiter wird, hängt in erster Linie von der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands und der seelischen Gesundung der europäischen Menschheit ab.

Die Wahlen haben die politischen Leidenschaften in unserem Volke nicht sonderlich aufgepeitscht, weil im Grunde eine belangvolle Wahlparole fehlte. Die einen wollten am 4. Mai ihr Urteil über den Dawes-Vorschlag fällen, die andern dem Marxismus den Todesstoß versetzen, wieder andere mit ihrem Votum der Rückkehr der Monarchie den Weg bereiten oder wenigstens den Parlamentarismus gegenwärtiger Prägung beseitigen helfen, die extremen Flügel endlich eine grundlegende Änderung unseres gesamten Staats- und Volkslebens herbeiführen. Dem völligen Auseinanderstreben im Ziele entspricht die Zersplitterung im Ergebnis. Es erhielten:

Deutschnat. Volkspartei	95 Sitze	(vorh.	67 Sitze)
Deutsche Volkspartei	45 „	„	66 „
Zentrumspartei	65 „	„	65 „
Bayerische Volkspartei	16 „	„	— „
Deutsch-demokrat. Partei	28 „	„	39 „
Vereinigte Soziald. Partei	100 „	„	173 „
Kommunistische Partei	62 „	„	16 „
Deutsch-völk. Freiheitsp.	32 „	„	3 „
Deutschsoziale Partei	4 „	„	— „
Bayerischer Bauernbund	10 „	„	1 „
Dtsch.-hannoversche Part.	5 „	„	5 „
Nationall. Verein. u. Landl.	9 „	„	— „

Wie ein derartig buntscheckiger Reichstag arbeitsfähig sein soll, vermag im Augenblick niemand zu sagen. Eine radikale monarchistische Rechtsregierung ist unmöglich, da die Völkisch-Sozialen schwerlich hierfür zu gewinnen sein werden; eine Linksregierung ist ebenso ausgeschlossen, weil die Kommunisten, die Vereinigten Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten unter „Sozialismus" jeder etwas anderes begreifen; die Mitte endlich erscheint für eine dauerhafte Regierungsbildung kaum tragfähig. — Um die innerpolitische Verwirrung zu vollenden, ist nun auch noch das geopolitisch höchst interessante Problem „Zentralismus oder Föderalismus" brennend geworden. Die Vorabstimmung in Hannover ergab anstelle der erforderlichen 588858 nur 449560 Stimmen für ein selbständiges Niedersachsen. Preußen bleibt also vorerst ungeteilt erhalten. Indessen wird man sich klar darüber sein müssen, daß die Frage des innerstaatlichen Umbaues damit keineswegs endgültig entschieden ist. Was in Thüringen schüchtern begonnen, wird auch sonst früher oder später durchgeführt werden müssen: die Umwandlung der aus alter Ueberlieferung übernommenen dynastisch-territorialen Länder in völkisch-stammesmäßig bedingte autonome Reichsprovinzen. Nur dadurch wird das im deutschen Boden und in der deutschen Geschichte begründete Problem „Zentralismus oder Föderalismus" organisch gelöst, nur so in allen Teilen des Reiches eine frohe Staatsbejahung erzielt werden können. Für den Augenblick ist man der Ent-

scheidung durch ein einfaches „es bleibe beim Alten“ aus dem Wege gegangen, leider ohne damit zugleich die weitreichende Unzufriedenheit und Uneinigkeit in einer Stunde zu bannen, wo Reichsfreudigkeit und Geschlossenheit nach außen das selbstverständliche Gebot nationaler Notwehr sein sollten.

Erstaunlicherweise hat sich trotz aller innen- und außenpolitischen Wirrnis unsere Wirtschaftslage entschieden ein wenig gebessert. Das „Wunder“ der Rentenmark ist vor allem der Industrie zu gute gekommen und hat die Zahl der Arbeitslosen von 1,53 Mill. im Anfang Januar auf 1,17 Mill. Anfang März und auf 712000 am 1. April sinken lassen. Ob diese Besserung anhält, erscheint bei der augenblicklich geradezu katastrophalen Geldknappheit leider zweifelhaft. — Die Kohlenproduktion des Ruhrgebiets ist erheblich gestiegen und erreichte in der letzten Märzwoche 85 % der Friedensförderung. Unsere Gesamtkohlenwirtschaft hat allerdings gegenüber dem Frieden ein wesentlich anderes Gepräge erhalten. Setzt man die Steinkohlenförderung jeweils gleich 100, so betrug die Braunkohlenförderung 1913 45,8 %, 1923 209,1 %, im Januar 1924 108,8 %, im Februar 1924 immer noch 85,6 %. — Bei der Beurteilung unserer wirtschaftlichen Kräfte werden wir gut tun, auch eine andere überaus wichtige Änderung im Auge zu behalten: am 1. August 1914 wurde der gesamte deutsche Besitz im Ausland auf 32,5 Millarden Goldmark bewertet, der fremde Besitz in Deutschland auf 2,7 Milliarden Goldmark; am 1. Januar 1923 war der Wert des deutschen Besitzes im Ausland auf 5,5 Milliarden Goldmark gesunken, der des fremden Besitzes in Deutschland auf 7,85 Milliarden Goldmark gestiegen. Die Verhältnisse sind seither eher schlechter als besser geworden. Im Mc-Kenna-Bericht werden die deutschen Auslandsguthaben auf nur 4 Milliarden Goldmark angegeben. Hand in Hand mit diesem Verlust an materieller Substanz geht eine nachgerade erschreckend zu nennende Auswanderung von Arbeitskräften. Die Kurve unserer überseeischen Auswanderung ist seit Kriegsende steil angestiegen: 3000 Auswanderer im Jahre 1919, 10000 im Jahre 1920, 25000 im Jahre 1921, 37000 im Jahre 1922, mehr als 120000 im Jahre 1924. Im Jahre 1923 ist mithin bereits ein Fünftel des natürlichen Bevölkerungszuwachses im Wege der überseeischen Auswanderung abgeflossen! Nach Regelung der Valutaverhältnisse muß damit gerechnet werden, daß das Jahr 1924 einen neuen deutschen Auswanderungsrekord bringen wird (Ministerialrat Dr. Berger im B. T. vom 27. März 1924.) Einem derartigen Riesenstrom gegenüber scheint das Reichswanderungsamt leider zu versagen; jedenfalls hört man nichts davon, daß die Auswanderung planmäßig geregelt wäre, um die Auswanderer ihrem Volkstum zu erhalten.

Frankreichs großzügige und brutale Wirtschaftsexpansion ist in Heft 3 dieser Zeitschrift gekennzeichnet worden. Der Mitte April stattgehabte Besuch des rumänischen Königspaares in Paris bereitete augenscheinlich den Abschluß einer weiteren Entente vor, die zum einen wohl die politische Einkreisung Mitteleuropas fortsetzen, zum andern und vor allem aber der russischen Expansion über Beßarabien nach Konstantinopel rechtzeitig einen Riegel vorschieben soll. — Im übrigen ist Frankreich vollauf beschäftigt, die mit Hilfe der Alliierten errungene militärische Vormachtstellung in Europa mit allen Kräften auszubauen. Die Abrüstung Deutschlands wurde seinerzeit erzwungen mit der Phrase: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen ....“. Und in der Tat, auch Frankreich rüstet ab; der Mannschaftsbestand wird von 750079 (1923) auf 695000 (1924) herabgesetzt; um jedoch im Ernstfalle bei der Neuaufstellung von Formationen nicht in Verlegenheit zu geraten, wird die Zahl der Generäle und Stabsoffiziere wesentlich erhöht (1914: 5696, 1924: 8296)! Die militärischen Ausgaben Frankreichs für 1924 stehen im Etat mit 5,859 Milliarden Franken zu Buch! An Flugzeugen 1. Linie verfügten 1923 Frankreich über 1562, Großbritannien über 408; die Zahl wird sich im Laufe 1924 erhöhen in Frankreich auf 1800, in Großbritannien auf 600 Flugzeuge. Einschließlich aller sofort verfügbaren Reserven schätzt man den Bestand an Flugzeugen in Frankreich gegenwärtig auf 4000 Stück!

Die ganze Welt ist in größter Spannung den französischen Neuwahlen gefolgt. Die französische Nation hat in ihrer überwiegenden Mehrheit die

Politik Poincarés nicht gebilligt, so daß mit dem endgültigen Rücktritt dieses starrsinnigen Staatsmannes bestimmt zu rechnen ist. Von einer absoluten Mehrheit der Linksparteien kann allerdings kaum gesprochen werden; der neue französische Kurs dürfte schwerlich vor der Bildung der Fraktionen klar zu erkennen sein. Die Verteilung der Mandate zeigt die folgende Aufstellung:

Gesamtzahl der Abgeordneten 584.

Rechtsblock:	
Rechtes Zentrum	137
Linkes Zentrum	92
Unabhängige Radikale	34
	263
Monarchisten	11
Linksblock:	
Radik. u. Radikalsozialist.	127
Sozialistische Republikaner	39
Sozialisten	101
Kommunisten	29

Stichwahl 4 Mandate,
ausstehend 10 Mandate (Kolonien).

In Großbritannien ist es der Labour Party-Regierung immer wieder gelungen, manch gefahrdrohende Klippe glücklich zu umschiffen und die Opposition der Lloyd George-Gruppe in Schach zu halten. Ihre Friedenspolitik findet im ganzen Volke einfach deshalb ein Echo, weil das britische Weltreich zur inneren Stärkung und zum weiteren Ausbau seiner Macht vorerst unbedingt allgemeine Weltruhe braucht. — Die Ende April vom englischen König persönlich eröffnete grandiose Reichsschau (Wembley Exhibition) übertrifft an Glanz und Ruhm die britische Weltausstellung von 1851 in all und jedem. Sie soll, wie der König in typisch englischer Mentalität sagte, nicht nur die Einheitlichkeit und den Fortschritt des „Empire" veranschaulichen, sondern zugleich dem Frieden und Wohlsein der Welt dienen. „It is", so kommentiert der Manchester Guardian, „a commonwealth or a fraternity of States rather than an Empire which will be representented at Wembley .... „Empire" itself has come to be an expression not for power of vast range wielded from a centre, but for political unity on a greater than national scale." — Während man sich in Wembley an der Idee des „Empire" berauscht, schaut man zum andern wieder emsig auf den Kontinent hinüber. Die Eröffnung der Eisenbahnfähre Harwich-Zeebrügge feierte der Herzog von York als neuen klaren Ausdruck dafür, daß England und der Kontinent zusammengehören. Der alte Fährplan Immingham-Gothenburg wird wieder mehr denn je besprochen. Und schließlich: „der Tag, wo man in Aberdeen den Zug besteigt, um ihn in Konstantinopel, Basra oder gar in Bombay zu verlassen, ist noch nicht gekommen, aber er ist in Sicht." — Für ein Volk von solchem Weitblick und so hervorragender politischer Schulung ist es eigentlich ein wenig beschämend, daß es ihm nicht gelingen will, in Irland rasch zu einem glücklichen Ende zu kommen. Die Verhandlungen zwischen Großbritannien, dem Ulster-Staat und dem Irischen Freistaat sind am 25. April abermals gescheitert. Es drehte sich um die Nordgrenze des Irischen Freistaates bezw. um fünf Grafschaften, die 1920 bei der provisorischen Grenzfestsetzung zu Ulster gekommen waren, die aber Südirland für sich beansprucht, weil die Bevölkerung überwiegend katholisch sei.

Frankreich und Großbritannien finden auf dem Kontinent ein gewisses Gegenstück in Belgien und Holland. Belgien, der Staat mit stark kontinental orientierter Politik, entschloß sich, die Freundschaft zu Frankreich dadurch zu vertiefen, daß Zeebrügge zur zentralen Festung des Landes ausgebaut wird. Eine einheitliche Seefront reicht damit jetzt vom Aermelkanal bis zur niederländischen Küste. Nicht genug damit. Die Bemannung der belgischen Kriegsmarine erhielt französische Lehrmeister; als Übungsschiff wurde im Zeebrügger Hafen der ausser Dienst gestellte französische Kreuzer „Entrecasteaux" verankert. Auch im Ausbau der Flugwaffe werden die Winke des großen französischen Bruders artig befolgt. 1924 verfügt Belgien bei $6^{1}/_{2}$ Millionen Einwohnern über 21 Flugzeug-Geschwader, während sich die U. S. A. bei 100 Millionen Einwohner mit 25 Heimats-Geschwadern begnügt! — Korrekt, doch kühl sind die Beziehungen Belgiens zu Holland, dem Nachbarn an der Unter-Schelde. Der ewige Wettstreit zwischen Antwerpen und Rotterdam hat gerade in den letzten Wochen wieder zu einer Trübung dadurch geführt, daß die Zahl der Schiffs-

unfälle auf der unteren Schelde stark zugenommen hat und die Belgier behaupten, die Holländer baggerten dort absichtlich nicht sorgfältig genug, um dem Hafen von Antwerpen zu schaden. Der Streit ist soeben beigelegt, die Sorge der Belgier aber nicht behoben. Vom 1. Oktober 1923 bis 7. März 1924 ereigneten sich beim Anlaufen von Antwerpen 280 Unfälle (gegen 178 im Vorjahre). Englische Versicheruugsgesellschaften erwägen infolgedessen allen Ernstes eine Erhöhung der Prämien für Antwerpen anlaufende Schiffe. Daß Holland an alledem schuldlos ist, konnte einwandfrei festgestellt werden. Selbstverständlich aber hat Holland, das längst Einfuhrüberschußland geworden und seine Zahlungsbilanz nur durch Handelsgewinne ausgleichen kann, das größte Interesse daran, den Verkehr seines Hafens Rotterdam mit allen Mitteln zu fördern. Im ersten Vierteljahr 1924 ergab sich folgender Hafenverkehr:

Rotterdam	2053 Schiffe,	2989109 netto t
		(1922: 2502205 netto t)
Hamburg	2386 Schiffe,	3384736 netto t
		(1922: 2560416 netto t)
Antwerpen	2298 Schiffe,	3834209 netto t
		(1922: 2805959 netto t)

Mit banger Sorge fragt man sich in Holland, ob wenigstens dieses Verhältnis gewahrt bleiben wird, falls der im Versailler Friedensdiktat vorgesehene, auf der Höhe von Ruhrort beginnende Maas-Scheldekanal zur Tat werden sollte.

In den **Nordischen Staaten** sind nur wenig Ereignisse von geopolitischer Bedeutung zu verzeichnen. Der Wahlerfolg der dänischen Sozialdemokraten unter ihrem Führer Stauning hat fast ausschließlich innerpolitische Gründe und erklärt sich vor allem aus der Unfähigkeit der Venstre-Partei, dem Sinken des dänischen Kronenkurses Einhalt zu gebieten. Für die endgültige Regelung der nordschleswigschen Frage bedeutet der Sieg der dänischen Sozialdemokraten zweifellos eine gewisse Entspannung. Auch die Sozialdemokraten Dänemarks sind zwar gute Dänen, aber sie wissen sich freizuhalten von jener Begehrlichkeit, die namentlich den Konservativen, aber auch den Venstre-Parteilern eignet. — Für Norwegen nähert sich mit dem Sommer der ersehnte Augenblick, in dem der König mitsamt dem Ministerium die Reise nach Spitzbergen unternehmen wird, um endgültig die Herrschaft über diese polare Kohleninsel anzutreten. Von der Förderung des Spitzbergischen Kohlenbergbaues erhofft man in Norwegen große Dinge (Jahresausfuhr geschätzt auf 160000 t); aber auch die Regelung der Jagd auf Eisbären und andere Pelztiere, auf Walrosse, Renntiere usw. wird der norwegischen Volkswirtschaft, so hofft man, sehr zugute kommen. Man ist im ganzen in Norwegen jetzt etwas optimistischer gestimmt, u. a. auch deswegen, weil der Export von Fischen und Fischprodukten in den ersten drei Monaten des neuen Jahres eine ungeahnte Steigerung erfahren hat. Von Januar bis März 1924 wurden ausgeführt:

		im Durchschnitt der 7 vorhergehenden Jahre:
8,8 Mill. kg	Fischkonserven	4,9 Mill. kg
7 „ „	Klippfische	5,8 „ „
4,3 „ „	Stockfische	2,2 „ „
1,3 „ „	ungesalzene Fische	0,9 „ „

Schweden erholt sich rasch von dem schweren Schaden, den der ungewöhnlich strenge Winter seinem Ausfuhrhandel zugefügt hat, und erwartet von der soeben erfolgten Anerkennung des Sowjetstaates durch Schweden und dem im Entwurf bereits fertiggestellten Handelsvertrag mit Rußland eine wesentliche Belebung des Geschäfts mit dem Osten. Auch die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen werden allmählich wieder normal. Seit langen Jahren hat jetzt Schweden wieder zum ersten Mal Ruhrkohle (20000 t) bestellt, und die schwedischen Eisenerzlieferungen nach dem Ruhrgebiet werden im April 75% des Vorkriegsniveaus erreichen. — In dem Ausbau der schwedischen Wasserkräfte steht ein bedeutungsvoller Fortschritt bevor. Der ganze Vänernsee (5568 qkm) wird so ausgebaut werden, daß er als Staubecken für die nebenliegenden Wasserfälle dienen kann. Sämtliche Kraftwerke werden mit dem bereits bestehenden bei Älvkarleby und Motalaström verbunden werden. Wie schwer trotz allem, die Weltwirtschaftskrisis auch auf Schweden lastet, zeigt die Auswandererstatistik. Es wanderten aus 1920: 6078, 1921: 5062, 1922: 8014, 1923: 25282 Menschen. Da man mit einem Anhalten dieser

für Schweden außerordentlich hohen Zahlen rechnet, bemüht man sich zur Erhaltung des Volkstums den Auswandererstrom in bestimmte Gebiete zu lenken. Man denkt in erster Linie an Südamerika und Niederländisch-Indien; aber auch Guatemala wird als gemeinsames Ziel erwogen.

Kehren wir zur Mitte Alt-Europas zurück, so tritt uns das geopolitische Leitmotiv des Gesamtgebietes wieder in voller Schärfe entgegen. Der Genfer Zonenkonflikt (s. diese Zeitschrift S. 188) spukt noch immer; jede der beiden Parteien hat jetzt glücklich einen juristischen Vertrauensmann ernannt, damit diese zwei Juristen — den Entwurf einer Schiedsordnung ausarbeiten mögen! Weit ernsthafter beschäftigt die Schweiz nunmehr die fortgesetzte Industrie-Auswanderung. Viele Schweizer Fabriken werden geschlossen, um mit Maschinen, Inventar und Patenten nach Frankreich verkauft zu werden; andere Schweizer Werke verlegen ihren Schwerpunkt in die Filialbetriebe, die wiederum vor allem in Frankreich entstanden sind. Die Gründe hierfür sind in den übermäßig hohen schweizerischen Frachten, Preisen und Löhnen zu suchen; die Arbeitslöhne in Frankreich betragen nur $^2/_3$ der schweizerischen Löhne, ein Pfund Fleisch ist in Frankreich um ein Drittel, die Frachten um die Hälfte billiger als in der Schweiz.

In der Tschechei, jenem „Nationalstaat“ mit grenzenlosem völkischem Wirrwarr, zerreiben sich die Sudetendeutschen in inneren Zwisten, statt einheitlich ihre Rechte als völkische Minorität zu erkämpfen. Die 3,1 Millionen Deutsche sind glücklich in eine Deutsche Nationalpartei (Führer Lodgman), einen Bund der Landwirte (Krepek), eine christlich-soziale Volkspartei (Hasting), eine deutschdemokratische Partei (Kafka), eine deutsche Sozialdemokratie (Czech) und eine nationalsozialistische Partei (Knirsch) zerfallen und können nicht einmal im Ziel, geschweige denn im Weg zur Einigung gelangen. — Die vom statistischen Staatsamt der Tschechoslowakei veröffentlichte Handelsbilanz 1923 offenbart durch ein Aktivum von 2389 Mill.Kr. die außerordentliche wirtschaftliche Kraft dieses von Natur so reich bedachten Landes. An der Einfuhr ist Deutschland mit 40,82 % weitaus am stärksten beteiligt; an der Ausfuhr streiten Österreich mit 21,8 % und Deutschland mit 20,4 % um die Palme. Es entbehrt nicht eines gewissen geopolitischen Interesses, daß in der Einfuhr U.S.A. mit 7,05 % an zweiter Stelle steht, und in der Ausfuhr nächst Österreich und Deutschland nur England (9,72 %) und Ungarn (5,70 %) vor U.S.A. (4,45 %) rangieren.

In Spanien besteht nach wie vor die Diktatur des Generals Primo de Rivera. Es läßt sich nicht leugnen, daß es dem Diktator gelungen ist, im Innern mit eisernem Besen auszukehren und erhebliche Erfolge zu erzielen. Das unheilvolle Marokko-Problem freilich harrt noch immer der Lösung, und auch sonst läuft die Außenpolitik keineswegs immer glatt. Der Versuch, die spanischen Reeder für die im Weltkrieg erlittenen Verluste durch Einführung einer Sonderabgabe für alle spanische Häfen anlaufenden Schiffe zu entschädigen, hat in England lebhafte Proteste hervorgerufen. Es ist in der Tat etwas viel verlangt, wenn ein englischer Kohlendampfer von 3850 t sowohl bei der Ankunft wie dem Verlassen eines spanischen Hafens je 45 £ zur Stützung der spanischen Flagge zahlen soll.

In Italien haben bei einer Wahlbeteiligung von 63 % nicht weniger als 65,26 % der Wähler für die beiden offiziellen Faszisten-Listen gestimmt. Mussolinis Herrschaft ist also gefestigter denn je; die Hauptmasse der Italiener bekennt sich freudig zu der Idee des nationalen Machtstaates. Daß damit zugleich die nationale Empfindsamkeit abermals erheblich gesteigert wurde, beweisen der Zwischenfall von Ponte Tresa und das energische Auftreten der Italiener in der Djubaland-Frage. Großbritatannien hat endgültig darauf verzichtet, die unmittelbar bevorstehende Übergabe des Djubalandes an Italienisch-Somaliland mit der Frage des Dodekanes zu verquicken. — Bei alledem krankt auch Italien an einer Massenauswanderung, der Mussolini demnächst die größte Aufmerksamkeit widmen will. Im Jahre 1923 wanderten aus Italien rund 400000 Personen aus (104000 mehr als 1922), davon 94000 nach Argentinien, 58000 nach U.S.A. und 15000 nach Brasilien. Die in Europa verbleibenden Auswanderer bevorzugten Frankreich (182000), Belgien (14000) und die Schweiz (8500).

Die Balkanstaaten sind noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Griechenland, seit dem

24. März Republik, ist mit der Sicherung der neuen Staatsform vollauf beschäftigt. Zwischen Bulgarien und Jugoslawien steht die leidige mazedonische Frage, bei der es letzten Endes doch wohl um den Besitz von Saloniki geht. Der greise Paschitsch hoffte nach Abschluß des Vertrages mit Italien freie Hand im Osten zu bekommen, aber ein tragisches Schicksal entwand ihm die Staatsleitung just in dem Augenblick, als er den Belgrader Zentralismus zu vollenden gedachte. Gegen die Auflösung des Deutschen Kulturbundes war im Augenblick irgend ein Widerstand nicht möglich. Aber nun erschienen, einem Wink der Londoner Labour Party folgend, plötzlich Stefan Raditschs Kroaten-Abgeordnete, ihrer 65 an der Zahl, in der Skupschtina, der sie bislang ostentativ ferngeblieben waren. Diese kroatischen Bauern, die seit Jahren nicht müde werden, das Selbstbestimmungsrecht der „kroatischen Nation" zu verlangen, verstärkten die Opposition gegen Paschitsch derartig, daß dieser unmittelbar nach der Eidesleistung der kroatischen Abgeordneten demissionierte. In welcher Form nun eine Aussöhnung der Serben, Kroaten und Slowenen ermöglicht werden soll, weiß niemand. Manchester Guardian läßt sich melden, daß Raditsch plane, eine Konferenz aller nationalen Minderheiten von ganz Zentral- und Südost-Europa einzuberufen. Aus Südslawien selbst kommt die Nachricht, daß Raditsch einen Umbau des Staates im Sinne eines weitgehenden Förderalismus durchführen werde.

2. Rußland schaut gelassen dem politischen Wirrwarr Alt-Europas zu. Man hat eben das Gefühl, gleichsam auf einer Insel zu leben, eine Welt für sich zu bilden und geht unbeirrt den einmal für richtig erkannten Weg weiter. Daß die hierbei zur Anwendung gelangenden Methoden in Alt-Europa oftmals Entsetzen erregen, macht den Russen garnichts. Das sozialpolitische Ziel einer klassenlosen Volksgemeinschaft erscheint ihnen so riesengroß und so lebenswichtig, daß kein Opfer gescheut werden darf, um das Ideal der neuen Gesellschaftsstruktur schnell und gründlich zu verwirklichen. Mit grausamer Brutalität, aber auch mit bewunderungswürdigem Fleiß und achtungsgebietender Hingabe wird diesem Ziel nachgestrebt, die gesamte Wirtschafts- und Kulturpolitik in den Dienst dieser Idee gestellt. — Die Anerkennung des Sowjetstaates durch Deutschland, Großbritannien, Italien und neuerdings auch die nordischen Staaten hat das Selbstgefühl der Russen natürlich sehr gesteigert. In allen Städten prangen Riesenplakate, die die Tatsache der Anerkennung verkünden mit dem lakonischen Zusatz: „Wer wird folgen?" Auch bei den Handelsvertrag-Beratungen tritt überall ein stolzes Selbstbewußtsein der Russen in Erscheinung. Man ist eben von dem Gefühl beherrscht

Gewiß, wir brauchen Europa sehr,
Indessen Europa uns vielmehr!

Das geopolitische Problem, das den Osten gegenwärtig am stärksten beschäftigt ist, die bessarabische Frage. Als Glacis von Odessa und der Dnjepr-Mündung sowie als Etappe zur Donaumündung und nach Konstantinopel erscheint dieses Land, um das einst Tataren und Türken stritten, den Russen außerordentlich wertvoll seit jenem Frieden von Bukarest (1812), durch den es an das Zarenreich kam. Genau wie nach 1856, wo Teile von Bessarabien an die Moldaufürstentümer gegeben wurden, so kann Rußland auch jetzt wieder den Verlust Bessarabiens nicht verschmerzen und hofft auf einen neuen Berliner Frieden (1878). Indessen die Wiener Konferenz ist Anfang April ergebnislos abgebrochen worden, weil die Russen eine Volksabstimmung in Bessarabien verlangen, die Rumänen darauf aber absolut nicht eingehen wollen. Auch der politische Gegner des Sowjetsystems wird zugeben müssen, daß die Russen in Wien moralisch Sieger blieben. Der unter dem Zwang der rumänischen Bajonette, nach Erschießung vieler rumänenfeindlicher Abgeordneten zustandegekommene Beschluß der bessarabischen Nationalversammlung vom 9. April 1918, die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien auszusprechen, ist wirklich eine sehr schwache Stütze der rumänischen Politik. Eine andere als diese aber fehlt ihnen gänzlich. Tschitscherin hat deshalb den Rumänen demonstrativ den Rücken gekehrt. Rußland pfeift auch hier wieder einmal auf Europa. Rußland kann warten. Ob es Rumänien trotz der französischen Rückenstärkung ebenso lange aushält, nach Norden zu völlig isoliert zu sein, kann mindestens fraglich erscheinen.

Wie wir schon oben sagten, fühlt sich Sowjet-Rußland so stark, daß es auf die Unterstützung und das Wohlwollen der europäischen Staaten keinen unbedingten Wert legt. Das trat auch bei dem Berliner Zwischenfall von Anfang Mai 1924 hervor. Ob die russische Handelsvertretung in Berlin das Recht der Exterritorialität genießt oder nicht, ist zweifelhaft. Sicher war es eine unglaubliche Torheit der deutschen Polizisten, sich von dem gefangenen deutschen Kommunisten in das Gebäude der Handelsvertretung locken zu lassen; sicher konnte die rücksichtslose Untersuchung der Amtsräume der Handelsvertretung durch die Berliner Polizei von den Russen nicht ohne weiteres hingenommen werden. Bestätigt es sich jedoch, daß in der russischen Handelsvertretung wüstes Agitationsmaterial beschlagnahmt wurde, so täten die Russen gut, sich im eigenen Interesse nicht zu sehr aufzuregen. Oder ist der ganze Zwischenfall den Russen etwa gelegen gekommen, um sich von Deutschland allmählich zu lösen? Wir haben mit unserer Anerkennung des Sowjetstaates den Bann gebrochen. Mehr kann Rußland von uns nicht erreichen, denn Geld haben nicht wir, sondern England, Amerika usw. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! Was bedeuten diese kraftlosen europäischen Staaten wie Deutschland dem Russen! Der Starke ist am mächtigsten allein! Ungleich viel wichtiger ist U.S.A. und vor allem — der weite Osten.

Zielbewußt dringt der russische Einfluß tiefer und immer tiefer nach Asien hinein. Hier erblickt Rußland seine größte Zukunft, in Asien fühlt es die große Weite, die der russische Mensch braucht. Angora allerdings hat zweifellos enttäuscht. Aber die nordpersischen Bauern, die unter der Latifundienwirtschaft ihres Landes schwer leiden, haben ein offenes Ohr für die bolschewistischen Lehren einer neuen, besseren Gesellschaftsstruktur. In Kabul spielen die Russen den Beschützer der Unabhängigkeit des aristokratisch-feudal aufgebauten Staates. Ost-Turkestan, Mongolien, selbst China wird von moskowitischen Sendboten überflutet. Der Plan der Union der russischen Sowjetstaaten wächst sich sichtlich aus zu dem gigantischen Vorhaben einer panasiatischen föderativen Union unter Moskaus Führung. Japan erscheint hier als einzig ernst zu nehmender Gegner, Japan im Bunde, wie die „Iswestija“ meint, mit Frankreich. Damit ist das außenpolitische Lieblingsthema Moskaus angeschlagen: Frankreich, die stärkste Stütze der gegen Rußland gerichteten Politik, Frankreich der ewige Störenfried nicht nur in Alt-Europa, sondern auch im riesigen russischen Osten.

3. Der gesamte Orient erbebt noch immer bei dem Gedanken an die Abschaffung des Kalifats durch die Angora-Türkei. Die Notwendigkeit einer allgemeinen islamischen Konferenz wird allenthalben betont, wenngleich im übrigen alles andere denn Übereinstimmung herrscht. England und Frankreich unterstützen jede Bestrebung, die durch Schürung der völkischen Gegensätze und Eifersüchteleien ein neues allgemeines Kalifat verhindert. König Hussein von Irak, der Schützling Englands, erklärt stolz, er sei als Kalif in Hedschas, Irak, Transjordanien, Palästina und Syrien anerkannt und werde die Rückkehr eines osmanischen Kalifen niemals dulden. Frankreich scheint aus alter Gegensätzlichkeit zu Großbritannien daran zu arbeiten, für das Kalifat des ägyptischen Königs Fuad Stimmung zu machen. Die bengalische Kalifatskonferenz unter Mohammed Ali endlich hält — angeblich von Rußland unterstützt — ein allgemeines Kalifat mit dem Sitz in der Türkei für notwendig. Nimmt man hinzu, daß in weiten Kreisen der islamischen Welt die Rückkehr Abdul Medschids gewünscht wird, so hat man einen Begriff von den religiös-politischen Wirren, die gegenwärtig den Orient in Atem halten.

All diese typisch orientalische Problematik wirkt sich im westlichen Nordafrika natürlich am wenigsten aus bezw. wird dort am wenigsten sichtbar. Die Franzosen halten das Land fest in der Hand und ketten es durch den Ausbau des Verkehrsnetzes immer inniger an das französische Mutterland. So ist z. B. in Marokko als Normalspurbahn ausgebaut die Strecke Rabat-Meknes-Fes mit Anschluß über Taza an das algerische Netz; im Bau befinden sich die Küstenbahn von Rabat nach Casablanca und die Abzweigungsstrecke Fez-Tanger; fertig ausgebaut ist auch die Strecke Casablanca-Marrakesch mit doppelter Abzweigung nach den Phosphatlagern des Settat-Hochlandes

(Gute Kartenskizzen in „Annales de Géographie" Nr. 182 vom 15. III. 1924). Die Abfuhr der Phosphate — vorgesehen 1000 t täglich — wird nunmehr wesentlich schneller bewerkstelligt werden können. Überdies arbeiten die Franzosen eifrig daran, die Wasserkräfte des unteren Um er Rbia bei Si-Saïd Machu großzügig auszunutzen, das Eisenbahnnetz zu elektrisieren und sich so von der teuren englischen Kohle unabhängig zu machen. — Man kann die Zielsicherheit und Ausdauer der Franzosen in Nordafrika nur bewundern und dies um so mehr, als die unbestreitbaren Fortschritte mit ganz geringer Aufbietung heimischer Volkskraft erzielt werden. Siedlungskolonien größeren Stils sind die französischen Länder in Nordafrika für die Franzosen selbst gewiß nicht. In Algerien sind von den 830 000 im Jahre 1921 dort gezählten Europäern wenig mehr als 400 000 Franzosen, in Tunis stehen den 54 500 Franzosen 84 800 Italiener gegenüber. Die von der Regierung sehr tatkräftig geförderte Besiedlung Algeriens mit Franzosen hatte in den 19 Jahren von 1904—1922 das Ergebnis, daß insgesamt 2 405 französische Familien auf 194 000 ha angesiedelt wurden.

In Aegypten wurde am 15. März 1924 das erste aus freien Volkswahlen hervorgegangene Parlament eröffnet. Mac Donald beglückwünschte in einem Telegramm Zaghlul Pascha aufs herzlichste. „Ich versichere Ew. Excellenz des guten Willens und der Freundschaft, womit wir das jüngste Parlament begrüßen, und unseres Vertrauens, daß dieser Tag einen bedeutsamen Fortschritt für Aegypten, den Erben der ältesten Zivilisation, in der Gesellschaft der freien und fortschrittlichen Völker bezeichnet." — Zu gleicher Zeit jubelt die englische Textilindustrie darüber, daß die gesetzlichen Beschränkungen des Baumwollanbaues in Aegypten gefallen sind, die Anbaufläche daher um fast $^1/_3$ gewachsen ist und die Ernte 1924/25 einen Rekord verspricht. „A developement of this kind would make up for the falling off in recent years in the growth of cotton in the United States" (The Economist, 5. 4. 24.). In die gleiche Richtung einer rechtzeitigen Vorbeugung gegen die drohende neue cotton famine fallen die gigantischen Bewässerungsarbeiten der Engländer im aegyptischen Sudan. 13 Mill. hat das englische Unterhaus bewilligt, um zwischen Blauen und Weißen Nil ein Baumwollland ersten Ranges zu schaffen. Am Blauen Nil wird bei Mekwar ein Riesendamm errichtet werden, der den Fluß auf 90 km hin aufstauen und eine Wassermenge von 36 Mill. Kubikmeter schaffen soll. Ein Kanal von 95 km Länge wird alsdann die Bewässerung von rund 400 000 ha ermöglichen. Die agrartechnische Leitung liegt in den Händen des Pflanzungs-Syndikats des Sudan, das über große Erfahrungen im Baumwollbau verfügt. Das neue Baumwolland im ägyptischen Sudan wird etwa siebenmal so groß sein als das Gebiet, das der größte Baumwollkonzern in U.S.A. besitzt.

In Syrien versuchen die Franzosen, wenigstens das ihnen gebliebene Reststück Groß-Syriens in Schach zu halten, nachdem sie Cilicien wieder an die Türkei herausgeben mußten und Palästina von vornherein den Engländern zufiel. Aber auch in diesem Mandats-Syrien (150 000 qkm = doppelt Bayern) erleben sie keine reine Freude, und wenn einmal die französischen Truppen abziehen sollten, werden sich die auseinanderstrebenden Kräfte im syrischen Hexenkessel mit elementarer Gewalt bemerkbar machen. Die Schwierigkeiten liegen hier vor allem in dem beispielslosen Völker- oder richtiger Religionsgemisch. Die neuesten, 1921 und 1922 vorgenommenen Zählungen haben ein genaues ziffernmäßiges Bild dieses Durcheinanders entrollt:

Volkszählung im französischen Mandat Syrien und Libanon 1921/22.

Mohammedaner			1 553 311
davon	Sunniten	1 144 653	
„	Schiiten	113 804	
„	Drusen	90 681	
„	zwei andere Gruppen	204 173	
Christliche Religionsgemeinschaften			498 043
zerspalten in 11 (!) Gruppen			
Juden			16 145
Fremde			71 566
Verschiedenes			17
		zusammen	2 139 082



Volkszählung im englischen Palästina-Mandat 1922.

Mohammedaner	598 339
zerspalten in 4 Gruppen, darunter 590 890 Sunniten	
Christliche Religionsgemeinschaften	73 024
15 (!) Gruppen, darunter 33 369 Griechisch-Orthodoxe	
Juden	83 957
Hindus und Sikhs	1 862
zusammen	757 182

Syrien — Palästina spiegelt also noch heute seine Eigentümlichkeit als eine Wiege der Religionen wieder. Dazu kommt eine ständige Einwanderung von Menschen, die hier ihrem religiös-völkischen Leben eine dauernde Stätte bereiten zu können hoffen. Seit dem Kriege haben 37 000 Personen die palästinensische Staatszugehörigkeit erworben, und die Zahl der aus der Türkei nach Syrien und Palästina geflüchteten Christen wird auf 85 000 geschätzt. Wie bei einem derartigen Durcheinander von gegenseitig sich hassenden und bekämpfenden religiösen Volkheiten ein gesichertes staatliches Leben möglich sein soll, ist schlechthin rätselhaft.

Die Türkei ringt sich mühselig zu einer klaren innerpolitischen Orientierung durch. Daß das bei einem so jungen revolutionären Staatswesen nicht ohne starke Reibungen und Übertreibungen abgeht, versteht sich von selbst. Das Vertrauen zu Ghazi Mustafa Kemal ist nicht erschüttert, aber man möchte die Befugnisse des Präsidenten der Republik dennoch stark beschneiden, weil keine Gewähr dafür vorhanden ist, daß auch die Nachfolger Kemals die Fähigkeiten und die Größe des Schöpfers der Republik werden aufweisen können. Neben dieser Regelung parlamentarischer Streitfragen um die Verfassung geht eine sehr bewußte und von der gesamten Bevölkerung gutgeheißene Stärkung des türkischen Volkstums. Der gegenseitige Bevölkerungsaustausch Türkei-Griechenland wird emsig betrieben; bislang sind 160 584 Mohammedaner aus Europa in Anatolien eingetroffen. Überdies ist ein Gesetz verkündet worden, daß in keiner Stadt der Türkei die nichttürkische Bevölkerung mehr als 10% betragen dürfe; eine Ausnahme ist nur für Konstantinopel vorgesehen, dessen Bevölkerung soeben gezählt wurde: 656 000 Mohammedaner, 280 000 Griechen, 73 000 Armenier und 56 000 Juden. — In der Außenpolitik verfolgt man augenscheinlich die altbewährte Methode, die verschiedenen Rivalen gegeneinander auszuspielen: Rußland, England, Amerika, Frankreich, Italien, Rumänien usw. — An der türkisch-syrischen Grenze haben die Versuchsflüge der französisch-rumänischen Luftfahrt-Gesellschaft zu einer ernsthaften Spannung, ja zu fortgesetztem Guerillakrieg geführt. Trotzdem treiben in Konstantinopel „Stamboul" und „Journal d'Orient" französische Propaganda und setzen ungeachtet der am 14. April einstimmig erfolgten Annahme des deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages ihre Hetze gegen Deutschland anläßlich des Hitler-Ludendorff-Prozesses gehässig fort. Leider verfügt Deutschland im Augenblick über keinerlei Zeitung, um in türkischer oder französischer Sprache die Masse des türkischen Volkes über die Sinnlosigkeit des Geredes von der „Gefahr der deutschen chemischen Industrie" (im kommenden Giftgaskrieg), der „wirtschaftlichen Offensive Deutschlands in der Türkei" usw. usw. aufzuklären. Der Rückkauf der Anatolischen Bahn macht unter diesen Umständen keinerlei Fortschritte. Ismet Pascha behandelt die Angelegenheit dilatorisch und hat weder Parker die erbetene Audienz bewilligt, noch die Verhandlungsvollmachten Huguenins anerkannt. — Um die Genehmigung zum Bau einer Eisenbahn Ineboli-Kastamuni bewirbt sich eine amerikanische, um den Bahnbau Panderma-Kutaia eine italienische Gruppe. Die Linien Angora-Siwas und Siwas-Samsum werden in Staatsregie ausgeführt; man ist eben dabei, die Tunnelbauten zu vergeben.

Der entschlossene Bruch mit uralten Traditionen, den die Angora-Türkei mit gutem Erfolg gewagt hat, ist auf den persischen Nachbarn nicht ohne Eindruck geblieben. Die politische Unfähigkeit des Herrscherhauses, die schwankende und kraftlose Haltung der Regierung im Kriege und nach dem Kriege, die weltabgewandte Scholastik der Mollas, alles das kam in Persien zusammen, um ein Nachfolgen des türkischen Beispiels ratsam

erscheinen zu lassen. Ende März hielt man die persische Republik im Grunde für sicher. Deputationen drängten sich zum Ministerpräsidenten und verlangten den Wechsel der Staatsform, rote Fahnen flatterten bereits allenthalben über Teheran, die revolutionären Zeitungen erschienen auf rotem Papier. Da, plötzlich, erfolgte der Umschwung der Stimmung. Die Revolutionäre hatten die Bazare schließen lassen und dadurch die Kaufleute vor den Kopf gestoßen; einige Deputierte erklärten, eher für den Islam und die Monarchie zu sterben, als für die Republik zu stimmen; die Mollas appellierten mit allen Mitteln an die religiösen Empfindungen des Volkes, und Riza Khan, der vom einfachen Soldaten zum Generalissimus Persiens aufgestiegen ist, setzte sich unerwarteter Weise nicht mit dem Militär für die Republik ein. So ging der Sturm vorüber, und es bleibt vorerst alles beim Alten. Noch einmal haben sich hier die religiösen Bindungen stärker erwiesen als staatspolitisches Wollen. In Persien ist der Orient sich selbst treu geblieben.

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDOPAZIFISCHEN WELT.

An drei Stellen sind im April durch den indopazifischen Raum Richtfeuer aufgeflammt, die bedeutende geopolitische Probleme ungewöhnlich scharf beleuchten. In Indien hat Mahatma Gandhi Mitte April in einem Brief an die Swaraj-Partei empfohlen, die non-cooperation, die reine Obstruktion aufzugeben, und mit dem anglo-indischen Beamtenkörper zusammen zu arbeiten, was freilich leichter nach einem deutlichen Erfolg möglich war, wie ihn die prinzipielle Kreditverweigerung dargestellt hatte. Das ist ein Weg, der die stärkste Partei Indiens auf die Linie einer Evolution zunächst innerhalb des Reiches führen könnte, freilich auch zur Selbstzersetzung und Spaltung.

In den Vereinigten Staaten hat der Präsident wegen einer Frage, die vor allem mit der pazifischen Ölgeopolitik zusammenhängt, dem Senat mit einer bis an die Grenze seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit gehenden Schärfe entgegentreten müssen; und in der Frage der Einwanderung der Ostasiaten kam sein Veto gegen ein Abstimmungsverhältnis von 72 zu 2 in Frage. Damit ist wieder einmal gezeigt, wie sehr die Struktur und Regierungsmaschine der Vereinigten Staaten hinter ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Wucht zurückgeblieben sind, woraus Konfliktstoffe entstehen müssen; verschärft werden diese Wirkungen noch durch den Protest Japans gegen die nach Ansicht des Inselreichs ungerechte und seine Rasse herabsetzende Behandlung der japanischen Einwanderer durch das 1913 erlassene, nun von den obersten Bundesbehörden als rechtswirksam erklärte kalifornische Bodengesetz. Bei dieser Frage kommt vor allem ein Konstruktionsfehler im inneren Bau der Vereinigten Staaten auf, deren Zentralbehörden trotz ihrer außenpolitischen Verantwortlichkeit schwer in der Lage sind, einen der mächtigeren und für die Gesamtvertretung wichtigeren Einzelstaaten wie Kalifornien zu zwingen, auf besondere Landschutzbestimmungen und Sondergesetze von außenpolitischer Wirkung zu verzichten, wenn die obersten Gerichte mit dem Rassenabwehrinstinkt des Landes einig gehen.

Es ist verdienstlich, wenn in der deutschen Presse, so D. A. Z. vom 13. 4. 24, kurzgedrängt die einzelnen Etappen der Einwanderungsfrage zwischen Japan und den Vereinigten Staaten (1906, 1907, 1913, 1917, 1922 und Nov. 1923) ins Gedächtnis gerufen werden; man mag rein tagespolitisch eine gewisse Berechtigung haben, den Beginn des Konfliktes auf 1906 anzusetzen, das Jahr vor seiner ersten Begütigung durch das „Gentlemen-Agreement“, in dem sich die Vereinigten Staaten und Japan verpflichteten, sich gegenseitig nur erwünschte Einwanderer zu senden, das nun auf Wunsch des Senats und des pazifischen Teils der Vereinigten Staaten fallen soll. Aber an solchen Stellen zeigt sich der Unterschied zwischen tagespolitischer und geopolitischer Auffassung. Ein Zurückgehen nur auf 1906 legt die



geopolitisch wirksamen Ursachen nicht bloß und setzt Ostasien schwer in Nachteil, den amerikanischen Westen in Vorteil. Denn das Problem geht als geopolitische Erscheinung mindestens zurück bis in die Mitte der 80er Jahre, wo das Bedürfnis amerikanischer Unternehmer in Hawaii die japanische Einwanderung dorthin hervorrief, entstand eigentlich 1854, erfuhr eine zweite Verschärfung zwischen 1896 und 98, und entwickelte sich von da ab in geopolitischer Zwangsläufigkeit mit Wellenhöhen in den obengenannten Jahren und zwar zunächst nicht aus Bewegungen oder Zuständen Japans, sondern aus Gewalthandlungen der Vereinigten Staaten gegenüber den Daseinsbedingnngen des ostasiatischen Inselraums, aus Übergriffen, denen Japan eben bis 1906 nicht anders als in der Abwehrhaltung seines Jiu-Jitsu gegenüberstand. Aus diesen Übergriffen der Vereinigten Staaten über den Pazifik hinüber entstand, wie manches andere, was jetzt Kopfzerbrechen kostet, auch die japanische Einwanderungsfrage in den pazifischen Küstenstaaten als Reaktion, die allerdings nun für diese dünnbevölkerten reichen Landschaften eine Gefahr ihrer Selbsterhaltung als Lebensformen der weißen Rasse zu werden anfängt.

In der verschiedenen Haltung der Angelsachsen und Franzosen zur Rassenfrage liegen allerdings auch aus diesem Grunde Annäherungsmöglichkeiten dauernder Art zwischen Frankreich und Japan, wie Entfremdungs-Wahrscheinlichkeiten geopolitischer Grundnatur zwischen den Angelsachsen, und zwar ihren beiden Reichen, und Ostasien; das macht die kalifornische, aber auch die australische Einwanderungsfrage für Mitteleuropa wichtiger, als sie scheint! Angesichts des hohen japanischen Volksdrucks (Altkulturlandschaften über 200, Hochdrucklandschaften 3—400, Großstadtumgebungen 1300—1600 auf den qkm) erkennt J. Bowman, führend in der New-Yorker Geographischen Gesellschaft, die Tatsache an (in einer in London-Sidney herausgegebenen Arbeit über die Probleme der Politischen Geographie nach dem Krieg): „Japan müsse seine Grenzen überfluten.“ Er ist projapanischer Gesinnung nicht verdächtig! Andererseits zeigt eine Grundbesitz-Karte amerikanischer Herkunft von den höchstwertigen Ländereien Kaliforniens, die auf 623752 acres geschätzt werden, etwa 458065 — mehr als zwei Drittel — in Besitz, Pacht oder Kontrolle von Japanern, wobei nicht zu leugnen ist, daß sie diesen Anteil durch fleißige Bewässerung und gartenartigen Anbau mit zu dem gemacht haben, was er ist: einem Garten der Erde! Wenn nun 1922 unter $3^1/_2$ Millionen Kaliforniern wirklich 110000 Japaner waren, so warf das an sich das Rassengefüge noch nicht um, und nur etwa 30000 Japaner wurden ja durch das kalifornische Landgesetz von Grundeigentum ausgeschlossen. Aber das von ihnen „kontrollierte“ Land liegt (mit Ausnahme eines einzigen freigehliebenen im Norden) an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Verkehrszentralen des mittleren Längstales, und das hat den Kaliforniern doch sehr zu denken gegeben. Ob mit Recht oder Unrecht — sie trauten einem so straff organisierten fremden Volkstum im schlimmsten Fall eines Konflikts das Verursachen einer akuten Verkehrslähmung zu, und was eine solche im menschenleeren Hochverkehrsgebiet bedeutet, wissen sie nur zu gut. Ohne seinen Eisenbahnpulsschlag wäre Kalifornien schnell entwehrt und lebensunfähig.

Der Kern der Frage ist aber die auch in den Vereinigten Staaten anerkannte Tatsache, daß der japanische Lebensraum die rasch wachsende Bevölkerung nicht mehr zu fassen vermag. Die der Rasse sympathischen Auswanderungswege nach Süden und Osten werden durch die Angelsachsen unterbunden; den Impuls zum Wiederaufflammen der bereits in Trägestauung geratenen Vitalität hat unstreitig die gewaltsame Landöffnung durch die Vereinigten Staaten seit 1854 gegeben. Und die zwangsweise Industrialisierung haben wieder die Vereinigten Staaten veranlaßt, durch ihren Griff nach dem rassenverwandten japanischen Auswanderungsgebiet in Hawaii und in der Südsee, und den Zwang, Waren statt Menschen zu exportieren!

Das praktische und wissenschaftliche innere Ringen der Japaner mit ihrem Bevölkerungsproblem ist so ehrlich und intensiv wie das der Deutschen, nur von mehr Glück und mehr Raum-Weitsichtigkeit begleitet. In Ausdehnung und Auswanderung waren auch geraume Zeit mehr ge-

schickt führende Hände sichtbar, die augenblicklich gehemmt scheinen. Wie ernst die Frage auch heute noch behandelt wird, das zeigen etwa zwei Bucherscheinungen, die nächstens ohnehin im Literaturbericht der Z. f. G. besprochen werden müssen: Eijiro Hongo „The Population of Japan in the Tokugawa Era", Kioto 1923, ist das eine Werk, das in der Einleitung die wichtigsten japanischen Quellen zur Bevölkerungspolitik und die Bevölkerungsbewegung selbst in Übersicht gibt. Die andere Arbeit stammt von Ushisaburo Kobayashi und Kushida, und behandelt die Kriegs- und Rüstungs-Besteuerung Japans (Oxford University Press, Carnegie Trustees, American Branch, New-York 1924) und ihren Druck auf die Wirtschaft und Lebenshaltung des übervölkerten Raums. Hier ist — nur mit schärferer räumlicher Einschränkung — in mancher Richtung eine Anklage wie Henry Georges „Progress and poverty", aber nicht nur gegen die japanischen Regierungen und ihre indirekte Besteuerung entstanden, sondern auch gegen die Einpressung übervölkerter Staaten durch die mächtigen Räuber der untersiedelten und menschenhungrigen Räume. Trotz seiner größeren Ausgleichskraft steht eben doch auch rings um den Pazifik, z. Z. scheinbar unbeweglich, aber zuweilen blitzerhellt und scharf beleuchtet, Gewölk am Sehkreis, von dem es — wie die japanische Auswandererfrage — plötzlich heraufsteigen **kann**, wenn auch nicht **muß**.

Die Siege der Labour Party im weit untervölkerten **West- und Süd-Australien** bedeuten geopolitisch kaum eine Veränderung; denn der Raumbesitz-Egoismus der australischen Sozialisten, ihre Stellung zu dem Glaubenssatz „White Australia" ist genau so scharf vom eigenen breiten Raumbedürfnis und dem Hochlohnschutz seiner Herrenrasse, also national gestimmt, wie die der Parteien, die sie ablösen. Nur werden die Schwierigkeiten, die sonst Australien wegen des Aufschubs von Singapore, wegen der Verzögerung in der Schaffung seiner Beruhigungs-Flottenbasis bereitet hätte, der Londoner Arbeiterregiernng gegenüber geringer sein, oder wenigstens äußerlich nicht so hervortreten. Der australische Labour-Wahlerfolg wird also im Augenblick eine erleichternde Rückwirkung für das geopolitische Feld in Europa haben.

Der **Weltrundflug** der Amerikaner und Briten hat den indopazifischen Raum nicht zur vorgesehenen Zeit erreichen können, und ist durch unliebsame Zwischenfälle in der griechischen und alaskischen Inselflur aufgehalten worden. Die britische **Reichsschau** in Wembley ist zwar am St. Georgs-Tag 24. April 1924 tatsächlich eröffnet worden, aber sie macht von oben her bis jetzt mehr den Eindruck eines unfertigen Industrieviertels von ausgesprochen abendländischem Charakter mit einigen indopazifischen Fremdeinschlüssen, als den einer harmonischen Darstellung eines erdumspannenden meerverbundenen Reiches. Dennoch wird ein starker sammelnder Impuls von der Veranstaltung ausgehen, wie er auch von der französischen Kolonialausstellung in Marseille ausging, bei der freilich der einheitlichere, wenn auch einseitigere Charakter des französischen Kolonialreichs zutage trat.

Den unvollkommenen Eindruck im Fliegerbild teilt das Hauptobjekt der Aufmerksamkeit des westlichen Rand-Inselreichs mit dem des fernöstlichen, dem aus der Asche etwas regelmäßiger und weiträumiger, aber nicht ganz so prächtig wie erhofft, neu erstehenden **Tokio**. Schwere Zinsen hat das betroffene Inselreich den beiden anderen für die schließlich doch benötigten Anleihen bewilligen müssen, und quittiert mit einiger Verbitterung und frankophilen Extratouren. Aber schwere Anleihen sind ein gewisser Schutz gegen Einkreisung und rufen den Anteil der Gläubiger am Gegenstand der Belastung wach. Der japanische Kredit ist nachträglich etwas gesunken unter dem schon erwähnten Eindruck der Nachbeben.

Auch in der japanischen öffentlichen Meinung zittert noch immer das Erdbeben fort; unter den Anzeichen seiner Überwindung begrüßen wir die vorbildliche Haltung des prächtigen Geopolitikers und Journalisten Tokutomi, der seine Schöpfung, den „Kokumin", unverzagt wieder aus der Asche hob. Demnächst erscheint eine Arbeit von Professor Yasutaro Hirai, der z. Z. in Deutschland weilt, über „betriebswirtschaftliche Zeitfragen nach dem Erdbeben in Japan" (das freilich nicht mehr als ein Zehntel der Hauptinsel, ein Dreißigstel des Reiches etwa betraf, aber doch seine wichtigste Zentrale vorübergehend mattsetzte). Diese Arbeit

(Maiheft der betriebswirtschaftlichen Rundschau, Frankfurt) wird nun wirtschaftlich ein ähnliches Bild der Veränderung geben, wie ja auch schon auf zwei neuesten Seekarten die morphologischen Veränderungen durch das Erdbeben eingetragen sind, auf Grund vorläufiger Aufnahmen, wie sie Sagami-Bucht und Tokio-Bucht erfuhren. Die Hebung der Westküste der Sagami-Bucht hat 1 m fast nirgens überschritten. Der größte Hebungsunterschied fällt bei 2 kleinen Inseln unweit Atami auf (2—3 m) und am Eingang der Bucht von Tokio (1 1/2—2 m); Senkungen, nirgends mehr als 1/2 m bis jetzt sind nur zwischen Shimoda und Manazuru Saki festgestellt. Große Unterschiede aber (bis zu 488 m Veränderung), stellten sich im Grunde der Sagami-Bucht heraus, der unverhältnismäßig stärker verändert ist, als die Küstenlinie. Angesichts dieser gewaltigen Umformungen erkennt man nachträglich an, daß die Flutwellen, nirgends höher als zwischen 6 und 7 m (Kamakura), sich dafür noch in mäßigen Grenzen hielten.

In China wie in Japan hat die Tatsache, daß 1924 für den ostasiatischen Tierkreis im Zeichen der Maus (Ratte) steht, und trotzdem so viele Entschlüsse von diesem Jahr erwartet werden (wie Chinas Ausgleich mit der russischen Sowjetföderation, Wahlen in so vielen Ländern, Sanierungen größten Stils), die politische Karikatur stark angeregt, aus der Rückschlüsse auf völkerpsychologische Stimmungen gezogen werden können. Die chinesische Neujahrsmaus z. B. des North China News fährt auf einem schwächlichen Rad gegen ein hindernisbesätes Gelände an, in dem hinter den Steinen des Anstoßes zunächst der unfähige Parlamentarismus und käufliche M. P.'s attentatbereit liegen, hinter den nächsten Militärgouverneure und Banditen einander gegenüber lauern, dann unbezahlte Schulden hocken, und zuletzt in tiefem Schlummer die öffentliche Gleichgültigkeit gegen das Alles miteinander. Das sind auch tatsächlich Chinas allgemeine Sorgen in nuce; und dazu kommen augenblicklich noch die besonderen, die ihm Rußland im Osten macht, die E. v. Salzmann mit gewohntem Scharfblick umreißt, bei deren Ausgleich die überlegene Hand beiderseits fehlt, und die Russisch-chinesische Bank sich von Paris her sehr breit macht. Hier rächt sich an China das alte Lügenspiel, auf beiden Achseln zu tragen, das in der Far Eastern Review wieder einmal durch Veröffentlichung des chinesisch-russischen Geheimvertrags von 1896, der Wurzel vieler Übel, aufgezeigt ist. In diesem geopolitisch ganz unglücklichen Zur-Verfügung-stellen weiter chinesischer Landräume für jede russische Angriffshandlung gegen Japan bis 1911 lag der Kern zu der bösen Entwicklung, die über Liautung, die südmandschurische Frage hinwegführend, das Reich der Verfügung über seine nordöstlichen Außenländer stufenweise beraubte. Aber auch Rußland erwuchs kein Segen aus den Geheimverträgen mit einem schwachen und hinterhältigen Partner; Japan und Rußland waren in Ostasien immer dann am stärksten, ja beide unangreifbar, wenn sie sich mit der nötigen Vorsicht vertrugen und möglichst lückenlos aneinanderlegten. In jede Fuge, die zwischen den Anliegermächten entstand, setzten immer Überseer, Abendländer und Vereinigte Staaten den Fuß. Wenn Japan über die Schutzstreifenlinie seines Bahnnetzes Nordkorea-Charbin-Liauho-Tal hinausgreift, betritt es ihm wesensfremdes, festländisches, nordisches Gebiet; und wenn Rußland über diese Grenze küstenwärts auslangt, sieht es sich auf blutigen Spuren. Daseinsnotwendigkeiten hat das eine und das andere Reich nicht jenseits dieser Scheide; wenn sie nicht geachtet wird, dienen beide Mächte fremden Zwecken, wie eben jetzt bei dem Ränkespiel in Peking.

Nicht ganz ohne Zusammenhang mit anderen Durchdringungsziffern verzeichnen wir zum Schluß ohne Kommentar die Missionsausgaben für Großbritannien und die Vereinigten Staaten vergleichend: In Indien ca. 620000 £ gegenüber 1138200 £ (wobei allerdings Vereinigte Staaten und Canada gemeinsam zeichnen), in China 325000 £ gegenüber 2071978 £; in Japan 21000 £ gegenüber 63730 £ ... Gottes Lohn und Geopolitik reichen sich hier die Hände; sie erzielen dem Aufwand entsprechende Wirkungen!

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

In den letzten Jahren ist die wirtschaftliche Bedeutung des Westens der Vereinigten Staaten erneut Anlaß zu einer politischen Stärkung im Verbande der Union wie auch nach außen hin in seinen Beziehungen zu anderen amerikanischen und altweltlichen Staaten geworden. Mit der Auffindung und Ausbeutung der Edelmetalle nahm diese Entwicklung ihren Anfang, sie setzte sich fort in der Einführung von Viehzucht und im vermehrten Anbau wichtiger Getreidearten, sie fand neuen Anstoß durch die Zunahme des Garten- und Obstfruchtbaues, der große Erträge abwarf. Diese Entwicklung ist nicht in gleichmäßig gesteigertem Tempo vor sich gegangen, sie hat vielmehr mancherlei nicht unbedeutende Schwankungen durchgemacht. Heute steht aber der Westen wieder einmal in einer Zeit einer erheblich gesteigerten Schnelligkeit seiner Entwicklung, wobei Kalifornien wie auch früher die maßgebende Rolle spielt.

Gegenwärtig ist es der äußerste Süden dieses Staates mit der Stadt Los Angeles, die etwa 160 Kilometer von der mexikanischen Grenze entfernt gelegen ist, der diese Blüte hervorruft. Die geschichtliche Vergangenheit hatte dieser Gegend den Stempel spanischer Verträumtheit der Kolonialzeit aufgeprägt. Angelegt von den Spaniern im Jahre 1781 war sie 100 Jahre hindurch bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ein kleiner Ort geblieben, in dem sich die umwohnenden Viehzüchter zum Verkauf ihrer Produkte in größerer Zahl nur zu gewissen Zeiten einfanden. 1900 belief sich die Einwohnerzahl schon auf 102479, und nun begann ein schneller Aufschwung, der selten auf der Erde seinesgleichen gehabt hat, und nur in der schnellen Besiedlung der südafrikanischen Minendistrikte seine Parallele findet. 1905 hatte sich diese Zahl schon verdoppelt, 1915 betrug sie 391000 Seelen. Doch nun wurde im Kriege ihr Wachstum immer größer in immer kürzeren Zeiträumen. 1920 zählte man 576673 Einwohner, Ende Mai 1921 722726; 1922 850000; dann schnellte die Zahl am 31. Dezember 1923 auf 1050000 hinauf. Damit ist in den letzten 3 Jahren Los Angeles die viertgrößte Stadt in den Vereinigten Staaten geworden, soweit man diesen Zahlenangaben Vertrauen schenken kann. Selbst für amerikanische Verhältnisse hat diese Zunahme in so kurzer Zeit etwas Außergewöhnliches. Da benachbarte, in der gleichen Grafschaft wie Los Angeles gelegene Städte (die Hafenplätze Long Beach und Santa Monica) ebenfalls an Einwohnerzahl erheblich gewachsen sind, so erreicht diese im ganzen Bezirk etwa 1³/₄ Millionen.

Natürlich muß diese Bevölkerungszunahme sich auch in den einzelnen Einrichtungen des öffentlichen Lebens, des Verkehres wie in der Wirtschaft überhaupt bemerkbar machen. So belief sich der Wert der Neubauten in Los Angeles im Jahre 1923 auf 186 Millionen Dollar, eine Summe, die diejenige der Neubauten in Gesamtcanada im gleichen Jahre weit übertraf. Der Verkehr zeigt eine überraschende Zunahme, seitdem an der Mündung des Los Angelesflusses eine neue moderne Hafenanlage von beträchtlichem Umfange geschaffen worden ist, die zu den größten zwischen Alaska und dem Kap Hoorn gehört. 1914 liefen erst 139 Schiffe in diesen Hafen ein, dessen Handel sich auf 3795000 Dollar belief. 1919 war die Zahl auf 305 Schiffe, der Gesamthandel auf 7517566 Dollar gestiegen. 1922 aber suchten bereits 1074 Fahrzeuge den Hafen auf, und der Handelsumsatz betrug 29841498 Dollar. 1923 aber fuhren 3171 Schiffe ein und der Gesamthandel erreichte den stattlichen Umsatz von 73473000 Dollar.

Den täglichen Strom Neuzuwanderer, die die Absicht haben sich dauernd niederzulassen, schätzt man auf 500. Selbstverständlich kann in dem gleichen Maße die Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten nicht vorgenommen werden, und so kampieren viele Leute in Zelten in den Vorstädten von Los Angeles. Die Zuwanderer sind fast durchweg Nordamerikaner, die aus den Oststaaten und

aus dem Mississippital stammen. Doch auch 6000 Canadier sind bereits in der Grafschaft Los Angeles ansässig geworden, denen sich viele Angehörige britischer Nationalität zugesellen. Sie stellen in der Hauptsache das Arbeiterelement. Die Verbindung zwischen Los Angeles und England wird übrigens schon durch eine englische Linie (Furness-Withy Line) aufrecht erhalten.

Die Gründe dieser erstaunlichen Entwicklung liegen in der zunehmenden Frequenz des Panamakanals, der natürlich den Absatz der südkalifornischen Erzeugnisse wesentlich erleichtert hat. Dazu kommt die Bedeutung von Los Angeles als Durchgangspforte für die reichen Minenschätze seines Hinterlandes (Nevada, Arizona, Neu Mexico) und die dort vorhandenen auf künstlicher Bewässerung beruhenden Zukunftsaussichten der Landwirtschaft. Diese beiden Produktionszweige sehen jetzt einen billigeren Weg zur Verbindung mit der Außenwelt über die Küste durch Los Angeles und den Kanal eröffnet, als früher durch die lange und bedeutend teuerere Bahnstrecke an die Küsten des Mexikanischen Golfes. Somit neigen diese Staaten jetzt ebenfalls mehr zum Pazifischen als Atlantischen Ozean. Ebenso wie mit den genannten Produkten ergeht es dem Handel mit Wolle, Häuten und Baumwolle, die sonst immer über die östlichen Häfen zur Ausfuhr kamen. Los Angeles geht aber auch daran, diese Rohstoffe in eigener Fabrikation zu verarbeiten und damit Fertigwaren zur Ausfuhr zu bringen. Da zugleich auch Eisen- und Stahlwerke errichtet wurden, so ist die Stadt auf dem Wege, sich zu einer industriellen am Stillen Ozean auszuwachsen. Freilich darf nicht unbeachtet bleiben, daß alle diese Unternehmungen von echtamerikanischen Optimismus getragen sind und daß noch manche Schwierigkeiten zu überwinden bleiben, wie Beschaffung ausreichender Rohstoffmengen aus den benachbarten Gegenden, besonders aus den Oststaaten und den südamerikanischen Republiken. Bei der Industrie selbst ist zu bemerken, daß die Labour Unions vor einigen Jahren den Unternehmern unterlagen und damit die Stadt eine „no union city" geworden ist. Nachteilig ist für Los Angeles in erster Linie das Fehlen von Kohle in unmittelbarer Nachbarschaft. Jedoch ist in gewisser Weise Ersatz dafür durch die reichen Ölvorkommen und Naturgasquellen geschaffen, die man zu Heizzwecken nutzbar macht. Ebenso sind Wasserkräfte zur Erzeugung elektrischer Kraft vorhanden, zumal wenn ein Staudamm am Colorado-Fluß fertig gestellt sein wird (Boulder Dam).

Ist der Panamakanal einer der Gründe des Aufschwunges der Gegend von Südkalifornien, so ist ein weiterer das Vorkommen der erwähnten reichen Ölfelder daselbst. Heute wird ein Drittel der gesamten Ölproduktion der Vereinigten Staaten in einem Umkreis von etwa 80 Kilometern um Los Angeles herum gewonnen. Ebenso erfährt die Landwirtschaft durch diese Entwicklung erneute Antriebe zur Ausdehnung, die nur noch durch den Mangel einer ausreichenden künstlichen Bewässerung behindert wird. Vornehmlich werden Zitronen, Apfelsinen, Wein und Obst im allgemeinen gezogen.

Die drei Weststaaten (Kalifornien, Oregon, Washington) zusammen haben einen größeren Flächenraum als Deutschland und Frankreich, aber nur 8 Millionen Einwohner. Die landschaftlichen wie klimatischen Verhältnisse würden aber einer bedeutend größeren, bis auf 50 Millionen geschätzten Einwohnerzahl Wohngelegenheit bieten, so daß also hier noch weite Zukunftsperspektiven bestehen.

Betrachtet man die Beziehungen Kaliforniens zu anderen Staaten außerhalb der Union, dann sind solche zu Kanada besonders in der Gegenwart zu nennen. Denn kanadische Einwanderer strömen in stets größerer Menge in die pazifischen Staaten ein, so daß hier eine Verbindung zwischen den beiden Staatswesen sich herausbildet, die auch einmal vielleicht politisch für sie von Bedeutung werden kann. Jedenfalls zeigt sich aber deutlich in der letzten Zeit, eine wie wichtige politische Stellung Kalifornien und gerade sein südlicher Landesteil innerhalb der Union sich zu erringen im Begriffe steht. —

Für Kanada beginnt das Bevölkerungsproblem neuerdings in den Vordergrund der Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse zu treten. In den 9 Monaten des laufenden Fiskaljahres, die die Haupteinwanderungszeit umfassen, hat sich die Einwandererzahl gegen die gleiche Zeit des vorhergehenden Fiskaljahres um 107% gehoben.

Aber noch bemerkenswerter ist die Steigerung der Zahl von Auswanderern, die sich in der Mehrzahl nach den Vereinigten Staaten wenden. In dem am 30. Juni 1923 endenden Fiskaljahre begaben sich 117011 Auswanderer nach den Vereinigten Staaten. In den folgenden 6 Monaten, also bis zum 31. Dezember 1923, belief sich diese Ziffer bereits auf 103616. Jedoch hat seit Beginn dieses Jahres die Auswanderung noch größeren Umfang angenommen. So sollen in den ersten Monaten von 1924 20000 Auswanderer monatlich gezählt worden sein, was die Zahl der entsprechenden Monate von 1921 um das vierfache überträfe. Bei allen diesen Zahlen ist zu bemerken, daß es sich lediglich um solche Auswanderer handelt, die rechtmässig, d. h. unter Entrichtung einer bestimmten Auswanderungstaxe an den Staat, die Grenze passieren. Dazu aber kommt dann noch eine ganze Anzahl, die unter Umgehung dieser gesetzmäßigen Verpflichtung die Grenze passiert. Daraus wird erklärlich, daß man in den offiziellen kanadischen Kreisen der Weiterentwicklung dieser Dinge mit Sorge entgegensieht. Denn zweifellos übersteigt die Auswanderung heute die Einwanderung. Die Mehrzahl der Einwanderer sind britischer Nationalität, doch kommen auch deutsche hinüber. Namentlich die Behörden der westlichen Staaten Kanadas sind den letzteren geneigt, weil sie sie als brauchbare Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in der Urbarmachung des Bodens zu schätzen wissen. In den östlichen Staaten dagegen ist man ihnen nicht so weit entgegen gekommen, sondern es sind hier vielmehr direkte Erlasse gegen ihre Zuwanderung in Kraft gesetzt worden. Von den anderen auswärtigen Nationen sehen sich die Chinesen von der Einwanderung ausgeschlossen, und man bedauert, daß man gleiche Einschränkungen nicht auch gegen die Japaner erlassen hat.

Diese dem Lande nicht gerade günstige Bevölkerungsbewegung ist zu einem großen Teil auf eine, wenn auch nur vorübergehende Schwächung der kanadischen Landwirtschaft zurückzuführen, die fast gleichzeitig mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung in den benachbarten Vereinigten Staaten einherging.

Die Beschränkung der Einwanderung, die die Vereinigten Staaten vorgenommen haben und in noch stärkerem Maße demnächst vornehmen wollen, hat im Innern des Landes zu beachtenswerten Verschiebungen gewisser Bevölkerungsschichten geführt. Am deutlichsten tritt dies bei der Negerbevölkerung hervor, und es ist bei ihr das gerade Gegenteil von dem festzustellen, was vor dem Kriege James Brice für sie prophezeit hatte. Denn anstatt daß die Neger, wie Brice meinte, durch das ihnen zusagende warme Klima und ihre Betätigung in der Landwirtschaft sich in den wärmeren Gebieten der südlichen Union niederlassen würden, zeigt die neueste Zeit vielmehr eine Zunahme der Niederlassung in den Nordstaaten. Während 1870 in den Nordstaaten 452818 Neger gezählt wurden, betrug ihre Zahl im Jahre 1920 1472309, die in der Mehrzahl in den Großstädten wohnhaft waren. So leben z. B. 75% aller Neger des Staates New York in der gleichnamigen Stadt, 60% aller Neger des Staates Illinois in Chicago. Es ist natürlich, daß bei der Zusammendrängung der Farbigen in bestimmten Stadtvierteln eine gewisse Rassenfrage für die Städte entsteht. So leben in Chicago 44% aller Neger in einem einzigen Stadtviertel, wo sie ihrerseits 70% der Gesamtbewohnerschaft darbieten. Die Neger betätigen sich in den allerverschiedensten Berufen. In der Mehrzahl stellen sie ungelernte oder halbgelernte Arbeiter. Sie haben sehr oft Arbeiten übernommen, die sonst von europäischen Einwanderern ausgeführt zu werden pflegten. So wurden z. B. in den Fordwerken Detroit im Jahre 1910 nur 1/2% Neger unter den Arbeitern gezählt, 1920 waren es aber 19,4%. Man sieht also, wie günstig der Krieg für das Vordringen der Farbigen nach Norden geworden ist. Sie haben die Unterbindung der Einwanderung in den Kriegsjahren zum Teil ausgeglichen.

Sind nun auch die ökonomischen Lebensbedingungen für die Schwarzen in den Nordstaaten nicht ungünstig, so leiden sie doch schwer unter den natürlichen Bedingungen der dortigen Umwelt, an die sie sich nicht anpassen können. Die Geburtenziffer der Farbigen ist im Norden niedriger als im Süden, ihre Sterblichkeitsziffer dort höher als hier. Als häufigste Todesursache bei den Negern wird der „weiße Tod“ angegeben (die

Tuberkulose). Dieselbe hat unter 100 000 Farbigen 220, bei der gleichen Zahl von Weißen nur 75,9 dahingerafft. Ebenso steht es auch bei anderen Krankheiten, wo die Sterblichkeit der Neger höher als die der Weißen ist. So ist also der natürliche Zuwachs der Neger in den Nordstaaten gering und muß daher durch Zuwanderung aus dem Süden ergänzt werden. –

In dem südlichen Nachbarstaat der Union, Mexiko, machen sich bevölkerungspolitische Bestrebungen geltend, die sich gegen die mehr und mehr zunehmende Einwanderung von Chinesen richten. Im Staate Sonora ist der Antrag gestellt worden, die Chinesen unter Ausnahmegesetz zu stellen und die mit China bestehenden Verträge über die Einwanderung abzuändern. Man behauptet in Sonora, die Gelben hätten sowohl die Kontrolle über den Kleinhandel sich erobert als auch in der Hausarbeit sich den Vorrang verschafft. Da das gleiche auch in den Staaten Sinaloa Nayarit, Chihuahua, Tamaulipas und Niederkalifornien der Fall wäre, so müßte schleunigst zu energischen Abwehrmaßregeln gegriffen werden. —

In Brasilien hat man bei der letzten Volkszählung das Verhältnis von Fremden und Brasilianern festgestellt. Nach den vorliegenden Zahlen stehen 30611188 Brasilianern 1565961 Fremde gegenüber. Diese letzteren verteilen sich auf die einzelnen Nationalitäten folgendermaßen:

Deutschland	52870
Österreich	28354
Belgien	1937
Frankreich	11894
Spanien	219142
England	9637
Italien	658405
Portugal	433577
Andere europäische Länder	77698
Argentinien	22117
Chile	445
Vereinigte Staaten	3439
Paraguay	17329
Andere amerikanische Länder	13200
Uruguay	33621
Japan	27976
Asiatische Türkei	50251
Andere Länder	6069

E. OBST:

LITERATURBERICHT ÜBER DIE ALTE WELT

I. GESAMTGEBIET

W. Vogel, Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen. 2. Auflage, mit 10 Kartenskizz. 322 S. Verlag Kurt Schroeder, Bonn und Leipzig 1923.

Mit voller Absicht stellen wir dieses nun schon in 2. Auflage erschienene hervorragende Werk an die Spitze. Wer die tieferen geopolitischen Grundlagen der gegenwärtigen Neuordnung der europäischen Staatenwelt zusammenfassend überblicken will, muß zu diesem einzigartigen Buche greifen. Jeder gebildete Deutsche sollte es nicht nur durchlesen, sondern gründlich durcharbeiten, denn nirgends sonst wird er gleich viel Aufklärung und Anregung finden.

In meisterhafter Klarheit und unübertrefflicher Gründlichkeit behandelt Vogel im 1. Hauptteil das Staatensystem Europas vor dem Kriege, sodann Großbritannien, Deutschland, Rußland, Frankreich und die Stellung der britischen Dominions, Japans und der Vereinigten Staaten zum europäischen Konflikt. Überall werden die geographischen und historischen Gegebenheiten, die wirtschaftlichen

und völkisch-sozialen Verhältnisse in ihrer mannigfachen Wechselwirkung so scharf herausgearbeitet, daß ein grandioses Bild der einzelnen Staatsindividuen und ganz Europas sich entrollt.

Der 2. Teil bringt alsdann eine Darstellung einzelner Probleme, die für uns Deutsche gleichfalls von hohem Belang sind: Die irische Frage, Frankreich contra Deutschland (die Rheinlinie), die österreichisch-ungarische Erbmasse, die türkische Erbmasse, die russische Erbmasse, die nordschleswigsche Frage. Ein gewaltiges Tatsachenmaterial, auf das im Einzelnen einzugehen hier der Platz mangelt, wird in diesen Abschnitten so vorzüglich gemeistert, daß es nicht nur im höchsten Maße lehrreich, sondern zugleich ein wahrer Genuß ist, dem Verfasser zu folgen.

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Versuch eines Zeitgenossen, die akuten politischen Ereignisse in den großen Gang der geschichtlichen Entwicklung einzuordnen, gelegentlich zu subjektiven Urteilen gelangen muß, über die nicht jeder gleicher Meinung sein wird (z. B. Beurteilung der Sozialdemokratie, des Judentums u. a. m.). Es ist auch nur zu verständlich, daß Vogel, seinem Werdegang entsprechend, die geographischen Grundlagen bisweilen kürzer behandelt als die geschichtlichen (z. B. bei Deutschland und bei Frankreich), daß er das französische Nordafrika, Tripolis und Ägypten nur vorübergehend streift und sich im wesentlichen an den üblichen Schulbegriff „Europa" hält. Aber alles das hindert nicht, sein Werk als hervorragenden Beitrag zur Geopolitik der alten Welt zu werten und es angelegentlichst zu empfehlen. Kein anderes Volk der Erde darf sich rühmen, diesem ungemein gediegenem Werke Vogels etwas auch nur annähernd Ebenbürtiges zur Seite zu stellen.

Wir wollen zum Schluß noch kurz skizzieren, welche Gestaltung Europa in Zukunft nach der Auffassung Vogels erfahren wird. „Das eine ist uns wahrscheinlich, daß das Zeitalter der souveränen Nationalstaaten, die wie vollkommen abgeschlossene Persönlichkeiten nebeneinander standen, vorüber ist. Wie oben schon bemerkt, sind sie wirtschaftlich viel zu sehr voneinander abhängig geworden, als daß sie noch einzeln auf sich selbst stehen könnten.... Die Notwendigkeit, die europäische Staatenwelt zu einem höheren Ganzen zusammen zu fassen, wird von vielen Seiten erkannt. Sie scheint in der Luft zu liegen.... Aber ehe es soweit ist, müssen auch die Weiterblickenden vor allem um Stärkung und Erhaltung der eigenen Nation kämpfen, denn die geistigen Güter sind wertvoller als die wirtschaftlichen, bedürfen allerdings auch dieser zur Entfaltung. Und da noch eine ganze Reihe europäischer Staaten und Völker, Frankreich und die neuen Oststaaten voran, weit davon entfernt sind, die wirtschaftliche und letzten Endes doch auch geistige Solidarität Europas zu begreifen, so wird noch viel Blut fließen und wird noch unendliche Not, namenloser Jammer die Völker heimsuchen, ehe die Geister reif werden für eine brüderliche Gemeinschaft der europäischen Nationen, für die Vereinigten Staaten von Europa."

A. Hettner, Grundzüge der Länderkunde, Bd. I. Europa. 2. Auflage, mit 4 Tafeln und 197 Kärtchen im Text. 373 S. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1923.

Aus dem Text zu Spamers Handatlas ist dieser Abriß der Länderkunde Europas hervorgegangen. Es handelt sich, wenn man so sagen darf, um eine geographische Ergänzung zu Vogels „Das neue Europa", um eine sehr gedrängte und daher nicht immer gleich lebendige und anschauliche Darstellung des europäischen Kontinents und seiner Teile unter besonderer Hervorhebung der Naturausstattung.

In knappen, vielfach bloß skizzenhaften Zügen werden behandelt: Der Erdteil als Ganzes, die nordischen Inseln (Island, Spitzbergen, Büreninsel, Franz-Josefland, Nowaja Semlja), die britischen Inseln, die skandinavische Halbinsel, Frankreich, Mitteleuropa, das osteuropäische Tiefland, die spanische Halbinsel (einschl. Portugal), Italien, die Karpatenländer, die Balkanhalbinsel, Griechenland.

Die Kürzung des Textes auf fast die Hälfte der ersten Auflage unterstreicht den Charakter dieses sehr fleißigen und gewissenhaften Buches als „Grundzüge" einer Länderkunde von Europa. Der geopolitische Leser, der sich bisweilen an der Nüchternheit und Gedrängtheit des Stiles stoßen mag, wird sich auf der anderen Seite entschädigt fühlen durch den großen Reichtum an höchst instruktiven Textkärtchen, die er in gleicher Fülle

kaum sonst wieder findet. Alles in allem wird der Geopolitiker entschieden mit Nutzen zu dem Hettnerschen Buche greifen, wenn es sich darum handelt, sich rasch und doch zuverlässig über diesen oder jenen europäischen Staat und seine Naturgrundlage zu orientieren.

Richard N. Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa. 168 S. Pan-Europa-Verlag, Wien 1923.

„Dieses Buch ist bestimmt, eine politische Bewegung zu erwecken, die in allen Völkern Europas schlummert.

Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar — als Ziel des Wollens wird es fruchtbar.

Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer.

So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt."

Mit diesen Worten leitet Kalergi sein Buch ein, und über dem Ganzen schwebt das Motto: „Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität".

Die Kalergische Schrift ist recht anregend und mit Herzblut geschrieben. Sie gipfelt in der Forderung, daß Europa im ureigensten Interesse trotz des Widerstandes der Chauvinisten und Militaristen, der Kommunisten und Schutzzöllner den Weg zur überstaatlichen Gemeinschaft finden müsse und alsbald eine paneuropäische Konferenz einberufen werden sollte. Obgleich wir Kalergi in vielen Punkten zustimmen, bleibt doch ein starkes Bedauern darüber zurück, daß Kalergi der unbedingt erforderlichen geopolitischen Schulung augenscheinlich entbehrt und infolgedessen in der Weisung des Zieles und des Weges dahin bisweilen arg daneben greift. Er will eine Europäische Union unter Ausschluß von Großbritannien und von Rußland und erwartet eine Aufteilung der Welt in Pan-Europa, Pan-Amerika (ohne Kanada), ein britisches, ein russisches und ein ostasiatisches Bundesreich. Sein Pan-Europa ist also ein Rumpfgebilde, aber ein vielteiliges, denn sämtliche außerbritischen Kolonien europäischer Staaten sollen bei Pan-Europa verbleiben, Französisch- und Holländisch-Guayana ebenso wie Französisch-, Belgisch-, Spanisch-, Portugiesisch- und Italienisch-Afrika, Holländisch-Insulinde und Französisch-Hinterindien. Auch sonst sind Bedenken vielfach nicht zu unterdrücken. Der Grundgedanke der Schrift jedoch ist gut und verdient sehr wohl, ernsthaft erörtert zu werden. Die von Kalergi ins Leben gerufene Paneuropäische Union (Wien VI, Gumpendorferstr. 87) kann, ins richtige Fahrwasser geleitet, gewiß Gutes stiften, ohne den Anhänger der Idee seiner Volks- und Kulturgemeinschaft notwendig entfremden zu müssen. Über die zu erwartenden weiteren Veröffentlichungen des Pan-Europa-Verlages werden wir seinerzeit berichten.

K. A. Rohan, Europa. 43 S. Der Neue Geist-Verlag Dr. Peter Reinhold, Leipzig 1924.

Das Ziel dieser recht lebendigen und von starkem Aktivismus erfüllten Schrift skizziert der Verfasser selbst im Schlußwort folgendermaßen: „Ich wollte, was mir an den Daseinsformen des heutigen Europa wesentlich scheint, herausstellen. Deshalb habe ich stilisiert, gelegentlich vielleicht sogar karikiert. Stilisierte Bilder aber vermitteln das Gewollte unmittelbar, auch wenn sie verzeichnet sind. Ich wollte den Kulturbund geistesgeographisch bestimmen, die Linien aufzeigen, die zu ihm führen, sein Erkenntnis-Inventar aufstellen."

Zunächst werden Adel, Bürgertum und Proletariat auf ihren letzten Sinn hin untersucht; dann folgt eine Skizze der europäischen Jugend, deren Problematik gekennzeichnet wird durch „Überwindung der Technik vom Geiste her, Wiederverwurzelung des allzu irdisch gewordenen Lebens im Ewigen, Schaffung eines wahrhaft freien Europa, nicht frei von irdischen oder gar überirdischen Herren, sondern befreit von der Materie"; es schließen sich kurze, aber geistvolle Bemerkungen über Bolschewismus und Faszismus an, und das Ganze endet nach einer knappen Behandlung des deutschen Volkes, Frankreichs, Englands und der slavischen Welt in dem starken Verlangen nach den „Vereinigten Staaten von Europa". Klar und tief erfaßt Rohan auch hier die Situation. „Der Internationalismus hat Schiffbruch gelitten, weil er seichtem Materialismus entsprang. Der Pazifismus hat versagt, weil er zuweilen aus Feigheit,

jedenfalls aber aus Sentimentalität, oft sehr schöner Sentimentalität, geboren war und sich aus Gefühl und Sehnsucht nach Gerechtigkeit allein in der Welt nichts Dauerhaftes schaffen läßt. Ein europäischer Zusammenschluß ist niemals auf inter-, sondern nur auf übernationalem Wege denkbar. Zuerst müssen die Völker in ihre Form gebracht werden, jedes muß bei sich auskehren, die faule alte Welt liquidieren, und erst wenn jedes real darstellt, was es ist, wird die Form der Gemeinschaft gefunden werden können. . . . Wie das heutige Deutschtum aus Bayern, Sachsen, Preußen usw. entstanden ist, wie der heutige Italiener noch vor kurzem Mailänder, Florentiner, Neapolitaner war, so wird, auf den nationalen Autonomien als Säulen, auf den heutigen Staaten als Kapitälen eine neue große Kuppel gewölbt werden müssen: „Die Vereinigten Staaten von Europa". — Um diesem Ziele näher zu kommen, hat Rohan den „Kulturbund" geschaffen, denn sein Pan-Europa soll aus dem Geiste geboren werden. Der vorjährige Kongreß in Albrechtsberg hat führende Geister aus Deutschland, Österreich, Italien, England, Schweiz, Ungarn, Frankreich (der Physiker Langevin) vereinigt und zweifelsohne grundlegende und erfolgversprechende Arbeit geleistet.

R. Saitschik, Die geistige Krise der europäischen Menschheit. 93 S. Verlagshaus Schulthess u. Co., Zürich 1924.

Eine tiefschürfende, das Ziel leider meist nur unscharf erfassende, kritische Betrachtung des modernen europäischen Menschen von mehr kulturphilosophischem als geopolitischem Interesse. In der Veräußerlichung des Lebens erblickt Saitschik das Grundübel der gegenwärtigen europäischen Menschheit, die Grundursache für Haß und Neid im innerpolitischen und zwischenstaatlichen Leben. Ohne völlig geistige Umstellung des einzelnen Menschen ist an eine Gesundung des sozialen Lebens nicht zu denken. „Der uns vorgezeichnete Heilsweg ist die Erlösung von Gewalttätigkeit, nicht nur von der Vergewaltigung durch Menschen, sondern auch durch Gedanken. Stehen doch die Denker im Banne ihrer Systeme, die Theologen in dem ihres starren und oft leeren Intellektualismus, die Menschheitsbeglücker in dem ihrer trügerischen Träume, die falschen Propheten in dem ihrer Idole, die Politiker in dem ihrer Parteidoktrinen, und alle sind wir innerlich unfrei. Was kommen muß, ist die Überwindung aller Extreme und zugleich allen Mittelmaßes, die Verkörperung des Wesentlichen im Leben des Einzelnen und dadurch auch allmählich im Leben der Völker".

K. Brüning.

F. L. Crome, Das Abendland als weltgeschichtliche Einheit. XVI und 408 S., C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München 1922.

Wer das europäische Problem in seiner vollen geopolitischen Schwere erschöpfend studieren und hierbei auch die zeitliche Wandlung des Problems erfassen will, dem sei dieses glänzende Werk Crome's auf's angelegentlichste empfohlen. Neben Vogels „Das neue Europa" muß das Buch Crome's als sachlich wie stilistisch gleich hervorragende Behandlung des geopolitischen Kernproblems der Alten Welt gerühmt werden.

Crome geht von der Grundlegung Europas im römischen Kaiserreich aus, bespricht sodann die Entstehung der römisch-germanischen Kulturwelt, das abendländische Universalreich, die Bildung der europäischen Nationen und den Aufstieg Europas zum hegemonischen Erdteil. Darauf folgt eine Betrachtung Europas im 19. Jahrhundert (Europa im Weltstaatensystem) und ein Kapitel über den Weltkrieg und die soziale Revolution. Der „Zusammenbruch des abendländischen Staatensystems" bildet den Schluß.

Crome beschränkt sich nun aber nicht darauf, die Vergangenheit darzustellen, sondern wagt es, auf Grund der klar gezeichneten Entwicklung, den notwendigen Fortgang des Prozesses zu skizzieren. „Ich glaube nicht, daß es uns je gegeben sein könnte, Geschichte vorauszubestimmen. Aber durch Einfühlen in den Gang einer Entwicklung können wir die Möglichkeiten erkennen, die dieser Entwicklung für die Zukunft noch bleiben, und aus dieser Erkenntnis heraus sollen wir die Ideale aufstellen, denen wir, die Träger dieser Entwicklung, nachzustreben haben.... Der abendländische Völkerkreis, der einst aus der Durchdringung junger germanischer Nationen mit der überalterten Kultur des Römerreiches emporgewachsen ist, steht

in einer schweren Krisis. Seine Kultur, die in unvergleichlicher geistiger und politischer Vielgestaltigkeit auf unserem europäischen Kontinent erblühte, hat in den drei Jahrhunderten ihrer unbedingten planetarischen Hegemonie den Grund zu neuen Kulturkreisen gelegt, die sich während des 19. Jahrhunderts von ihr lösten und jetzt in immer fester umrissenen Konturen auf der großen Bühne des Weltgeschehens erscheinen. Vor den Toren des Abendlandes dehnt sich, auf den mächtigen Pfeilern riesenhafter Siedlungsgebiete in allen Kontinenten ruhend, durch das völkerverbindende Meer zusammengehalten, der angelsächsische Kulturkreis. In dem an Naturkräften überreichen, jungfräulichen Süden der neuen Welt entstehen aus der Vermischung der europäischen Einwanderer mit den einheimischen Indianern und importierten Negern neue Nationen, die durch den katholischen Glauben und den spanisch-portugiesischen Einschlag in ihrem Blute zusammengehalten werden. In den weiten Ländern zu beiden Seiten des Ural, welche die Eroberungslust der Zaren von Moskau zu einer mächtigen Einheit zusammengeschweißt hat, bricht der greuelvollste und gigantischste Umsturz der Weltgeschichte das Erdreich um, aus dem schon, in nicht allzu ferner Zeit, eine neue zukunftsreiche Kultur entsprießen kann. Im fernen Osten richtet immer kühner und selbstbewußter Japan sein Sonnenbanner auf, um unter ihm die Völker der gelben Rasse zusammen zu schließen. Noch ruht der schwarze Erdteil politisch und kulturell anscheinend in tiefem Schlummer, aber auch hier dämmern in weiter Ferne ungeahnte Möglichkeiten herauf, zu denen vielleicht der wahnsinnige „farbige Militarismus" unserer Feinde den ersten Anstoß gegeben hat. In dieser Welt, in der allenthalben ungeheure Einheiten im Werden sind, drängt sich der Gedanke an einen Zusammenschluß der Völker des alten, europäischen Abendlandes förmlich auf. . . . Will das deutsche Volk sich selbst erhalten, so kann es dies nur, indem es die aus seiner Geschichte (und seiner geographischen Lage! Ref.) sich ergebende Aufgabe ergreift, der Kristallisationspunkt für den Zusammenschluß der abendländischen Völker zu werden, die weltgeschichtliche Einheit des Abendlandes zu vollenden durch seine weltpolitische Einheit. Dies ist ein Ziel, das angesichts der heutigen Lage des deutschen Volkes fast übermenschlich erscheint, das aber des deutschen Idealismus würdig ist! Das deutsche Volk kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, getragen von der Idee, die die politische Quintessenz der abendländischen Entwicklung ausmacht, von dem nationalen Gedanken."

Fürst N. S. Trubetzkoy, Europa und die Menschheit. Mit einem Vorwort v. O. Hoetzsch. 107 S. Drei Masken-Verlag, München 1923.

Fürwahr eine Schrift, die der deutschen Ausgabe wert war, weniger wegen ihrer recht abstrakten Beweisführung, als weil sie einen Blick gestattet in die Probleme, die von den Spitzen der emigrierten russischen Intelligenz diskutiert und umstritten werden. Jene über ganz Europa zerstreuten Gelehrten, Künstler, Politiker des nicht bolschewistischen Rußlands wollen wissen, weshalb sie eigentlich an „Mütterchen Rußland" hängen: sie stellen die Frage nach Wert oder Unwert der russischen Kultur. Fürst Trubetzkoy, Hochschullehrer wie einst sein bekannter Vater, zuvor an der Universität Sofia, jetzt in Wien tätig, beruhigt seine Lands- und Leidensgenossen. Fälschlich setzt das Romanogermanentum Europas sich mit der zivilisierten Menschheit gleich; irrig die Anschauung, daß nur seine Kultur von Wert sei. Ja, Über- und Unterordnung von Kulturen — sie ist nur das Ergebnis der egozentrischen Psychologie des Europäertums, das sich und nur sich meint, wenn es von der Menschheitskultur spricht. Soweit Trubetzkoy, der Europa den Rücken kehren und sich der Völkermutter Asien erinnern möchte. Wir können ihm insofern beipflichten, als das europäozentrische Denken sich in naiver Weise breit genug macht, während es doch in streng wissenschaftlicher Auffassung — vgl. auch den Arbeitsplan dieser Zeitschrift — bereits verpönt ist. Ferner hat der Verfasser die Gegenrechnung vergessen: hat nicht die russische, vom Westen befruchtete Literatur sich ganz Europa erobert? Beherrscht nicht, um ein Beispiel herauszugreifen, Dostojewski mit seinem Gefolge von Kommentatoren und Übersetzern die Auslagen unserer Buchhändler? Endlich ist Trubetzkoy selbst nicht frei von einer mit europäischen Bewegungen auf's engste zusammen-

hängenden Geistesrichtung: die Slawophilie, die nach Hoetzsch' Einleitung den Nährboden für das neue Eurasiertum abgibt, gravitierte selbst mehr nach Westen als nach Osten, wenn anders die Bezeichnung einen Sinn haben soll. Daher auch die übrigens nicht gerade deutschfreundlichen Bemerkungen über „nationalistische deutsche Junker".

Streng genommen gehören Buch und Kritik nicht dem eigentlichen Arbeitsgebiet dieser Zeitschrift an; es ist Psycho- nicht Geopolitik, die Trubetzkoy treibt. Wir haben aber um Aufnahme dieser Zeilen gebeten, weil wir zur „vergleichenden Politik" im Sinne Kjelléns namentlich auch die seelischen Besonderheiten der Völker und Rassen, ja gerade sie in stärkerem Maße heranziehen möchten, als es der schwedische Meister tut. Nur muß die Erörterung darüber aus den Niederungen der Schulaufsätze, der Tagesschriftstellerei und der Unterhaltungen in Fremdenpensionen hinaufgehoben werden auf die Höhen wissenschaftlichen Weitblicks. In diesem Sinne begrüßen wir auch Trubetzkoys Skizze als nützliche Anregung.

Univ.-Prof. Dr. Häpke-Marburg.

ZUR BESPRECHUNG GELANGEN IN SPÄTEREN HEFTEN:

A. Hettner, Rußland. Eine geographische Betrachtung von Volk, Staat und Kultur. Leipzig-Berlin 1921.

R. Pohle, Rußland und das deutsche Reich. Bonn-Leipzig 1922.

W. Tuckermann, Osteuropa. 2 Bändchen. Breslau 1922.

F. Nansen, Rußland und der Friede. Leipzig 1923.

D. Schäfer, Osteuropa und wir Deutschen. Berlin 1924.

Ph. Snowden, Durchs bolschewistische Rußland. Berlin 1921.

A. H. Kober, Unter der Gewalt des Hungers (Vom neuen Werden in Rußland). Jena 1922.

K. Wiedenfeld, Lenin und sein Werk. München 1923.

A. Kirkeby, Russisches Tagebuch. Berlin 1924.

K. Stählin, Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin-Leipzig 1923.

A. von Hedenström, Geschichte Rußlands von 1878 bis 1918. Stuttgart-Berlin 1922.

K. Nötzel, Die soziale Bewegung in Rußland, ein Einführungsversuch auf Grund der russischen Gesellschaftslehre. Berlin-Leipzig 1923.

K. Nötzel, Die Grundlagen des geistigen Rußlands. Leipzig 1923.

Wegweiser für wirtsch. Interessenten des Ostens, Die wirtschaftliche Zukunft des Ostens. Leipzig 1920.

N. Nikitin, Die Wirtschaftsprovinzen des europäischen Rußlands. Moskau 1921 (russ.).

(Amtlich), Statistisches Jahrbuch für Rußland 1921. Moskau 1922 (russ.).

S. J. Nebolsin, Die Moskauer landwirtschaftliche Provinz. Bd. I. Phys.-geogr. Atlas. Moskau 1922 (russ.).

(Amtlich), Die Arbeiten des Gosplan, staatlichen Kommission für Planwirtschaft. Bd. I. Moskau 1922 (russ.).

B. A. Lindener, Übersicht über die Tätigkeit des Keps, Kommission zur Erforschung der natürlichen Produktionskräfte Rußlands 1915 bis 1921. (Russ. Akademie der Wissenschaften.) Petrograd 1922 (russ.).

(Amtlich), Wirtschaftlicher Wegweiser für Sowjet-Rußland. Berlin 1922/23.

L. Krassin, Die Aussichten für die russische Ausfuhr. Berlin 1923.

S. v. Bubnoff, Die Kohlenlagerstätten Rußlands und Sibiriens und ihre Bedeutung für die Weltwirtschaft. Berlin 1923.

W. Henrici, Die Kohlenwirtschaft Rußlands in und nach dem Kriege. Berlin 1924.

(Amtlich), Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Union der Soz. Sowjet-Republiken. Berlin 1924.

P. W. Danckwortt, Sibirien und seine wirtschaftliche Zukunft. Leipzig-Berlin 1921.

R. Pohle, Sibirien als Wirtschaftsraum. Bonn-Leipzig 1921.

F. Nansen, Sibirien ein Zukunftsland. Leipzig 1922.

A. Schultz, Sibirien, eine Landeskunde. Breslau 1923.

F. Machatschek, Landeskunde von Russisch-Turkestan. Stuttgart 1921.

H. Siegel, Die Baumwollwirtschaft in Russisch-Turkestan. Berlin 1923.

R. Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan. Graz 1923.

W. Saar, Die Halbinsel Kola. Greifswald 1923.

G. Braun, Politisch-geographische Probleme des europäischen Nordens. Greifswald 1921.

A. Jürgens, Skandinavien von heute. Bonn-Leipzig 1922.

G. Andersson, Spitzbergens Kohlenvorräte und Schwedens Kohlenbedarf. Bonn-Leipzig 1922

G. Braun, Die nordischen Staaten, eine soziologische Länderkunde. Breslau 1924.

M. Friederichsen, Finnland, Estland und Lettland, Littauen. Breslau 1924.

F. Doflein, Mazedonien. Jena 1921.

N. Krebs, Beiträge zur Geographie Serbiens und Rasciens. Stuttgart 1922.

N. Radoslawoff, Bulgarien und die Weltkrise. Berlin 1923.

A. Théveneau, La Roumanie économique. Paris 1923.

R. A. Reiss, La question des Comitadjis en Serbie du Sud. Belgrade 1824
O. Maull, Griechisches Mittelmeergebiet. Breslau 1922.
E. Fickendey, Der Ölbaum in Kleinasien. Leipzig 1922.
W. Lierau, Die neue Türkei, wirtschaftliche Zustände und Aussichten. Berlin 1923.
J. Ancel, Manuel historique de la question d'Orient (1792-1923). Paris 1923.
E. M. Earle, Turkey, the great powers and the Bagdad railway. New York 1923.
B. Georges-Gaulis, La Nouvelle Turquie. Paris 1924.
Sven Hedin, Persien und Mesopotamien. Leipzig 1923.
H. Fischer, Wirtschaftsgeographie von Syrien. Berlin 1919.
H. Levy, Die englische Wirtschaft. Leipzig-Berlin 1922.
W. Dibelius, England. 2 Bände. Leipzig-Berlin 1923.
N. Angell, Wenn England weiterleben will. München 1923.
A. von Hofmann, Das deutsche Land und die deutsche Geschichte. Berlin-Leipzig 1923.
N. Krebs, Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums. Karlsruhe 1923.
N. Krebs, Süddeutschland. Leipzig-Berlin 1923.
F. W. Mohr und W. von Hauff, Deutsche im Ausland. Breslau 1923.
Ch. H. Clarke, Germany yesterday and to morrow. London 1923.
H. Stegemann, Der Kampf um den Rhein (das Stromgebiet des Rheins im Rahmen der großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte). Berlin-Leipzig 1924.
Süddeutsche Monatshefte, Deutschland von außen. München 1924.
H. Schnee, Die koloniale Schuldlüge. München 1924.
R. Sieger, Die neuen Grenzen in den Alpen. Wien 1923.
Heiderich-Festschrift, Zur Geographie des Wiener Beckens. Wien 1923.
R. Lauert-Belart, Studien zur Eröffnungsgeschichte des Gotthardpasses. Zürich 1924.
Em. de Martonne, Les régions géographiques de la France. Paris 1921.
K. Glaser, Frankreich und seine Einrichtungen (Grundzüge einer Landeskunde). Bielefeld-Leipzig 1923.
E. Scheu, Frankreich. Breslau 1923.
J. Beyhl, Tausend Jahre Franzosenpolitik. München-Berlin 1924.
A. von Hofmann, Das Land Italien und seine Geschichte. Stuttgart-Berlin 1921.
A. Marvaud, L'Espagne au XXe siècle (Étude politique et économique). Paris 1922.
A. Mousset, L'Espagne dans la politique mondiale. Paris 1923.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

ROBERT SIEGER: RUDOLF KJELLÉN

Wenige wissenschaftliche Werke haben in Deutschland so rasche und so weite Verbreitung und Anerkennung gefunden, wie vor einem Jahrzehnt des Schweden Kjellén kurze deutsche Ausgabe seiner „Stormakterna" und durch diese und seine folgenden Arbeiten ist er in viel weiteren Kreisen bekannt und wirksam geworden, als sein Meister Ratzel. Da war es nun bezeichnend, daß man nicht wußte, wohin man seine wissenschaftliche Tätigkeit einordnen sollte; Historiker, Staatswissenschaftler, Geograph, Volkswirtschaftler, Politiker wurde er von den Kritikern seiner Werke genannt. Und in der Tat, von alledem lag etwas in seiner vielseitigen und eigenartigen Persönlichkeit. Er selbst hat sich zumeist als Staatswissenschaftler bezeichnet. Aber er war ein Staatswissenschaftler, der sich mit geographischem Wissen und geographischer Auffassung bereichert hatte, und eine Zeitlang auf dem Wege zum geographischen Darsteller und Forscher. Es ist sein hohes Verdienst, Ratzels Gedankenwelt den Kreisen der Staatswissenschaftler und der praktischen Politiker lebendig gemacht zu haben. Damit hängt auf das Engste zusammen, daß er in die schlaff gewordenen Schläuche der alten „Staatenkunde" neuen Wein gefüllt und die Notwendigkeit dieser Wissenschaft, die neben der allgemeinen Staatslehre steht, wie die Länderkunde neben der allgemeinen Geographie, auch als akademisches Unterrichtsfach so schlagend erwiesen hat, daß sie außer in Schweden, wo sie noch ein dürftiges Dasein führte, auch anderwärts, so 1917 nach einer eingehenden Begründung durch Penck und Pohle in Berlin, Eingang an die Hochschule fand. Indem er den Großteil der politischen Geographie der Staatswissenschaft und insbesondere die politische Länderkunde der Staatenkunde als „Geopolitik" eingliederte, kam er zu einem System der wissenschaftlichen Politik, das er schließlich in voller Klarheit und Eindringlichkeit entwickelte. Der Grundgedanke seiner „biologischen" oder „organischen Staatslehre", von ihm bis ins einzelne durchgebildet, ist die Ratzelsche Anschauung, daß der Staat nicht nur mit einem Organismus vergleichbar, sondern ein wirklicher Organismus sei, der geboren wird, lebt und stirbt. Durch diese grundsätzliche Neuorientierung (man mag ihr zustimmen oder sie ablehnen, wie ich dies zum großen Teil tun muß) und durch die große Bereicherung, die

wissenschaftliche Erkenntnis und Methodik seinen Arbeiten im einzelnen verdankt, ist er von so großem Einfluß auf seine Zeit geworden, daß der Wunsch der Herausgeber dieser Zeitschrift, den Schöpfer des Begriffs „Geopolitik" anläßlich des 60. Geburtstages, den er nicht mehr erleben sollte, einer kurzen Würdigung zu unterziehen, volle Berechtigung hat [1]).

Kjellén war ein systematischer, streng logischer und zu theoretischen Erwägungen geneigter, wohl auch bisweilen etwas doktrinärer Denker. Darüber darf die leichte und flüssige, von manchen mit Unrecht als „journalistisch" getadelte Darstellung, die Neigung zu packenden bildlichen Wendungen, die aus der scharfen Herausarbeitung des Wesentlichen manchmal hervorgehende starke Vereinfachung des Verwickelten nicht hinwegtäuschen. Es ist ein großer Genuß, in frühen Arbeiten Kjelléns zu erkennen, wie bald die Grundlinien seines Systems gelegt waren. Aber er hatte auch einen hervorragenden praktischen Sinn, den er durch seine Tätigkeit im politischen Leben schulte, und so baute er seine Darstellung weniger aus der Analyse von Begriffen auf als aus der Synthese von Tatsachen und Beobachtungen. Er führte sein System an und aus den zahlreichen Beispielen und Einzelfällen aus, die er überaus anschaulich zu beleuchten und zu gruppieren verstand, ehe er es als geschlossenes Ganzes vorführte. So waren die Begründungen gleichsam schon im Voraus gegeben. Das erklärt die starke Wirkung seiner abschließenden theoretischen Arbeiten.

Kjelléns Werdegang erklärt sich zum guten Teil aus den besonderen Verhältnissen seines Heimatlandes. Die Geographie war hier hinter der glänzenden Entwicklung der Naturwissenschaften zurückgeblieben, die einen großen Teil ihres Arbeitsgebietes an sich gezogen hatten. Sie war wesentlich ein Schulfach, das als solches hervoragende methodische Pflege fand. Eine wissenschaftlich geographische Länderkunde Schwedens fehlte, wenn auch landschaftliche Monographien und allgemeingeographische Untersuchungen bereits vortreffliche Bausteine geliefert hatten. Das ist seither anders geworden. Damals aber fand die Geographie an den Hochschulen noch eine recht bescheidene Unterkunft im Rahmen der Staatenkunde. Ein Mann, auf den Ratzel so stark gewirkt hatte, wie auf Kjellén — auch der zu früh verschiedene Karl Ahlenius, ein Bahnbrecher der Anthropogeographie, war übrigens von Ratzel vielfach angeregt — mußte diese Lücke schmerzlicher empfinden, als die hervorragenden Morphologen aus geologischer Schule. Dazu kam ein äußerer Umstand. Als Johann Rudolf Kjellén, geboren am 13. Juni 1864 zu Torsö in Västergötland, 1890 auf Grund einer Arbeit über die Ministerverantwortlichkeit Dozent der Staatswissenschaften in Uppsala und ein Jahr später an der jungen Hochschule in Göteborg wurde, hatte er auch Prüfungen aus Geographie abzuhalten und mußte sich mit allen Teilen dieses Faches beschäftigen. Auch sein früher Eintritt ins politische Leben scheint ihn in der Überzeugung bestärkt zu haben,



daß eine gesunde Politik nicht nur der Geschichte, in der er sich schon an der Universität in Uppsala gründlich ausgebildet hatte, als Grundlage bedarf, sondern ebensosehr der Geographie. So faßte er den Plan, eine zusammenfassende moderne Geographie Schwedens zu schreiben, die auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Nach Veröffentlichung mehrerer mir nicht bekannter staatswissenschaftlicher Arbeiten [2]) ließ er die Ergebnisse geographischer Forschungen erscheinen. 1899 brachte die Zeitschrift Ymer seine „Studier öfver Sveriges politiska gränser", eine in vielem grundlegende Arbeit. Nach eingehender Beschreibung und geschichtlicher Darstellung der schwedischen Grenze und ihrer einzelnen Strecken, ihrer Veränderungen und ihrer Bezeichnung folgt die „geopolitische Analyse" (hier begegnet also schon der Name Geopolitik) mit ihrer scharfen Unterscheidung zwischen Natur-, Kultur- und Konstruktionsgrenzen und ihren vielen politisch-geographischen Ausblicken. Im nächsten Jahr folgte in der Sammlung populärwissenschaftlicher Vorlesungen der Göteborger Hochschule die „Inledning till Sveriges geografi". Schon hier wird S. 17 die Ansicht ausgesprochen, Ratzels politische Geographie und der Hauptteil seiner Anthropogeographie führe aus dem Bereich der Geographie weg und in das der Politik. „Ich möchte es Geopolitik nennen" sagt Kjellén. Die „Einleitung" umfaßte daher allgemeine Voraussetzungen, das Kartenbild Schwedens und dessen historische Entwicklung, den völkerrechtlichen Umfang des heutigen Territoriums, die allgemeine Morphologie (d. h. die politisch-geographische Lage) des Landes und die kritische Analyse seiner Grenzen. Der gemeinsame Grundgedanke dieser Ausführungen, in denen zum erstenmal auch die Seegrenze (das Territorialmeer) behandelt ist, ist die Frage „inwieweit Schweden ein geographischer oder blos ein politischer Begriff ist". Nach der Auffassung des Verfassers stellt dies Buch also die geopolitischen Prolegomena zu dem geographischen Werk dar, dessen Plan er (S. 26 ff.) folgendermaßen entwickelt: endogene Dynamik, exogene Dynamik, Morphologie, Hydrographie, Klimatologie, Biogeographie. Von diesen Kapiteln nahm Kjellén zunächst das erstgenannte mit Eifer in Angriff. Eine ganze Reihe von Arbeiten über endogene Wirkungen, Vulkanismus und Erdbeben sind von ihm erschienen, die letzten noch zu einer Zeit, da er seinen Plan fallen lassen und sich eine neue Lebensaufgabe gesteckt hatte [3]).

Dies geschah wieder unter der Einwirkung äußerer Verhältnisse und der inneren Entwicklung Kjelléns. Die Übernahme der ordentlichen Professur für Staatswissenschaften in Göteborg 1910 enthob ihn der geographischen Lehrverpflichtung. Einzelnes von seinen physischgeographischen Veröffentlichungen stieß auf berechtigten Widerspruch; in der eigentlichen naturwissenschaftlichen Beobachtungsarbeit scheint ihn eine gewisse Neigung zu abstrakten Gedankengängen beirrt zu haben. Vor allem aber gewannen die Studien, die er selbst als geopolitische bezeichnet hatte, immer mehr Anziehungskraft für ihn und er verfolgte die Wege

weiter, die er um die Jahrhundertwende betreten hatte. Sie führten ihn mit großer Folgerichtigkeit über den Ausbau der „geopolitischen“ Länderkunde zu dem der Staatenkunde überhaupt und zu einem System der besonderen, wie der allgemeinen Staatswissenschaft, das — wie er mit Recht hervorhob — zwar auf der biologischen Auffassung des Staats als Organismus aufgebaut wurde, aber sich unabhängig von dieser theoretischen Grundlage für jede Behandlung des Staats eignet, die diesen darstellen will, wie er wirklich ist.

1905 erschien in Stockholm das zweibändige Werk „Stormakterna“, das er im Untertitel als „Konturen um die Großpolitik der Gegenwart“ bezeichnet hat. Es unterzieht die einzelnen Großmächte der Vergangenheit und insbesondere die der Gegenwart auf Grund eindringender Studien und scharfsinniger Beobachtungen einer Betrachtung mit Rücksicht auf die Grundlagen ihrer Lebenstätigkeit und Lebensfähigkeit; eine allgemeine Einleitung über die Weltlage (in Kjelléns Sprache: die planetarische Situation) und die vergleichende Schlußzusammenfassung insbesondere sind von großen Gesichtspunkten beherrscht. Kjellén — von dem Meinecke einmal gesagt hat, ihm seien Rankes Grundideen über die Lebensfunktionen der Großmächte in Fleisch und Blut übergegangen — sieht das Wesen der Großmacht in einem einheitlichen und starken, mit reichlichen Machtmitteln ausgerüsteten Willen. Aber dieser schwebt ihm nicht in der Luft, sondern ist in Boden, Raum und Volk begründet. Der Staat strebe nach Harmonie auf allen Gebieten seiner Betätigung. Das Maß dieser Harmonie ist Gegenstand der Untersuchung. Grundsätzlich wird sie in der Persönlichkeit des Landes, d. h. der Erreichung der Wasserscheidengrenzen, und der des Staatsvolks, also im Nationalstaat, gesucht und von dieser Doktrin nur widerstrebend Ausnahmen zugegeben. Das inhalt- und gedankenreiche Werk, dessen Verfasser ein gut Teil der Welt aus eigener Anschauung kannte, ist dann 1911—1913 nach weiteren großen Reisen in zweiter Auflage auf vier, allerdings kleinere Bände erweitert worden. Aber — obwohl Kjellén in der deutschen wissenschaftlichen Welt durch seine „geopolitischen Betrachtungen über Skandinavien“ (Geogr. Zeitschr. 1905), eine ebenso vornehme als tiefgreifende Erwiderung auf Reusch' Versuch einer geographischen Begründung der Loslösung Norwegens, bekannter (allerdings wenig verstanden) worden war — ist der von mir schon damals nachdrücklich ausgesprochene Wunsch nach einer deutschen Ausgabe erst erfüllt worden, als er 1914 sein Werk in einem knappen Bändchen konzentriert hatte. Der Zeitpunkt des Erscheinens dieses Werkes „Die Großmächte der Gegenwart“ und die freundliche Stellung seines Verfassers zu unserem Volk und dessen politischen Bestrebungen hat ihm in kurzer Zeit zu einer großen Zahl von Auflagen verholfen, deren letzte 1921 (unter den Titel: „Die Großmächte und die Weltkrise“) durch die eingehende Behandlung der Neugestaltungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre



besondere Eigenart erhielt. Vorangegangen waren ihr die ebenso meisterhafte Arbeit über „Die politischen Probleme des Weltkrieges" (zuerst 1916) und die mehr volkstümlichen „Studien zur Weltkrise" (zuerst 1917).

Die kräftige Betonung der bisher so leicht übersehenen geographischen Grundlagen und der starke Wirklichkeitssinn — von dem man trotz gelegentlicher Irrtümer, wie der anfänglichen Überschätzung Wilhelm II., durchaus sprechen darf — zeigten sich für uns besonders fruchtbar in der Beurteilung Deutschlands, seiner großen Aufgaben und Möglichkeiten, aber auch der Gefahren, die es umdrohten. Fast als Prophet des Weltkrieges erschien der schwedische Verfasser, aber auch als Verkünder der Ideale, die in dem vielgelästerten deutschen „Imperialismus" lebten. Mit Recht erkannte er das hohe Verantwortlichkeitsgefühl gegen die Welt, das unser Volk beseelt hat. Bezeichnend für Kjelléns feines Gefühl für den Ideengehalt des Krieges, aber auch für seine innerpolitische Stellung, die mit seiner wissenschaftlichen Arbeit eng verbunden war, ist das Schriftchen „Die Ideen von 1914" (Leipzig 1915). Er sieht in Deutschland oder erhofft doch von seinem, auch für Schweden wünschenswerten, Siege die Synthese zwischen der Gedankenwelt des ancien régime, die im russischen Polizeistaat noch lebte, und den Ideen von 1789, unter deren Zeichen die westliche Demokratie stand. Die Leitworte dieser Synthese sind ihm: Pflicht, Ordnung, Gerechtigkeit. So ist ihm der Krieg das Bündnis der These mit der Antithese gegen die Synthese. Denn diese „ist ein Kind, das bei seiner Geburt Vater und Mutter ums Leben bringt, während es zugleich ihre besten Eigenschaften in die Zukunft trägt". Das Suchen nach einem solchen „Gleichgewicht zwischen moderner Demokratie und monarchisch-bürokratischer Überlieferung" fasse ich als ein Ergebnis, wenn man will eine Pflicht, der geographischen Lage, auf. Deutlich ausgesprochen hat dies Kjellén nicht für Deutschland, aber für sein Vaterland, dessen allgemeiner Typus für ihn „der zentrale, wie der Deutschlands — vielleicht nur einen Strich mehr im Westen" ist (Schweden S. 163).

Schritt für Schritt hatte sich Kjellén in seinen staatenkundlichen Untersuchungen die Gliederung der Politik in 5 Gebiete — der Staat als Reich (Geopolitik), der Staat als Volk (Demopolitik), der Staat als Haushalt (Ökopolitik), der Staat als Gesellschaft (Soziopolitik) und der Staat als Regiment (Kratopolitik) — aus einer ursprünglichen Dreigliederung erarbeitet. Schon in seinen Vorlesungen 1908 hatte er seine Staatslehre als System vorgeführt. Aber erst 1917 erschien, zugleich in deutscher Ausgabe, das Werk „Der Staat als Lebensform" und 1920 der „Grundriß zu einem System der Politik", vorbereitet durch eine Reihe von Abhandlungen „Undersökningar till politikens system" (Statsvetenskaplig Tidskrift 1918 und 1919). Als unmittelbare Anwendung seiner Theorie in ihrer letzten Ausgestaltung, als „das erste Beispiel einer nach den Methoden des Verfassers durchgeführten

politischen Monographie" hat er uns das kleine Meisterwerk über Schweden (deutsch als 1. Band von Meineckes Sammlung „Nachbarvölker Deutschlands" 1917) geschenkt.

An dieser Stelle darf wohl auf seine Anschauungen über die Stellung der politischen Geographie im System der Wissenschaften eingegangen werden. 1917 sagte er (Staat als Lebensform 43), der Gegenstand der Geopolitik sei nicht das Land, sondern immer und allein das mit politischer Organisation durchdrungene Land, das „Reich", wie er mit mehr schwedischem, als deutschem Sprachgebrauch sagt[4]). 1920 (Grundriß 28ff.) erläutert er das dahin, daß das „nackte Land" die Politik nur als Form, Territorium, und als Inhalt, Dominium, interessiere, aber immer und allein als Element der Macht. „Hieraus ergibt sich unter anderem ein ganz anderes System der Übersicht über die Erde für die analytische Geopolitik als für die politische Geographie. Ein Beispiel mag genügen: Indien ist für die letztere ein asiatisches, für die erstere jedoch ein britisches und im Hinblick hierauf ein europäisches Land; denn die politische Macht, die es organisiert und durchsäuert, ist die britische"[5]). Gerade dies Beispiel scheint mir die Willkürlichkeit der Abgrenzung oder vielmehr ihre Unmöglichkeit darzutun. Denn eine machtpolitische Betrachtung Indiens kann unmöglich die Widerstände und Gefahren beiseite lassen, die England als Folge der Zugehörigkeit Indiens zu den südostasiatischen Monsunländern bedrohen. Kjellén hatte sich denn auch (ebd. 34ff.) mit der Auffassung Pohles auseinanderzusetzen: „geopolitisch sind" nach diesem „in gewissem Sinn überhaupt alle Bestrebungen der Staaten". Und er muß sich auch gegen das „Mißverständnis" wehren, als sei das geopolitische Kapitel der Kernpunkt seines Systems[6]). Wenn er dann weiter (ebd. 63ff.) die Reichslage, Reichsgestalt und das Reichsgebiet als physische Ausfüllung des Staatsraumes als Gegenstand der Geopolitik bezeichnet, so bleibt für die politische Geographie wenig besonderes mehr übrig. Kjellén ist denn auch völlig in seine Auffassung von 1900 zurückverfallen, wenn er in einer Antikritik gegen Radnitzky sagt, seine Arbeit füge in das System „auch die politische Geographie in weitestem Sinne (Haushalt, Volk und Reich)" ein[7]. So erscheint die Abgrenzung der Geopolitik sowohl innerhalb der Staatswissenschaft, wie auch gegenüber der Geographie eine Sisyphusarbeit. In der letzteren Hinsicht werden wir uns wohl damit zu bescheiden haben, daß ein für zwei Wissenschaften wichtiges Grenzgebiet von beiden beansprucht und je nach dem vorwaltenden Gesichtspunkt etwas verschieden behandelt und verschieden benannt wird. Schaden kann daraus nur erwachsen, wenn einer der beiden Gesichtspunkte zu einseitig vorherrscht. Gerade in der Vermittlerstellung zwischen zwei Auffassungen scheint mir Kjelléns hervorragendes Verdienst zu liegen. Die Einführung der räumlichen Gesichtspunkte in alle Teile der Politik, wenn sie auch in manchen davon weniger hervortreten, ist im Grunde seine

Lebensarbeit, wenn er auch daneben noch Bedeutendes auf anderen Gebieten der Staatswissenschaften und der Geographie geleistet hat.

Kjelléns politische Wirksamkeit kann nicht übergangen werden. Die vornehme Sachlichkeit und der Weitblick, der sie beherrscht, ebenso aber auch der hohe Idealismus, der sie beseelt, wurzeln in seinem wissenschaftlichen Ernst. Bezeichnend sind die Ausführungen am Schlusse seines Werkes über den Staat als Lebenform. Wie für das Individuum nicht das Glück, sondern „die Verbesserung der Persönlichkeit zu immer größer werdender Vervollkommnung“ das Ziel ist, so liegt auch der Zweck des Staats darin „die Volksanlage zu vervollkommnen“. Unter solchem Leitgedanken wirkte er 1905 bis 1911 in der zweiten Kammer als Mitglied der „Jungen Rechten“, dann in der ersten Kammer und seit Ausbruch des Weltkrieges im Geheimen Ausschuß des Reichtags. Zahlreiche politische Aufsätze hat er verfaßt. Erst als er 1916 die Professur in Uppsala erhielt, zog er sich vom öffentlichen politischen Leben zurück[8]). Er widmete sich ganz seinen Studien. 1921 ist noch als Erweiterung eines Aufsatzes über die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871-1914, Studien über die politische Aufstellung zum Weltkrieg (Schmollers Jahrbücher 45. Bd.), sein Werk „Dreibund und Dreiverband“ über die diplomatische Vorgeschichte des Weltkrieges erschienen. Er verfolgt darin die langjährigen Spannungen, deren Auslösung der Krieg war.

Als Kjellén am 16. November 1922 starb, war ein Lebenswerk von seltener Geschlossenheit beendet. Beobachtung und systematisches Denken vereinigten sich in ihm zu voller Harmonie. Seine Geistesart zielte gleich der Ratzels und Haushofers auf die Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten hin. Er hatte die Gabe, sie intuitiv zu erfassen; das zeigt seine Fragestellung, die vielfach von der geahnten Antwort bestimmt ist. Auch seine Neigung, widersprechende Tatsachen zu sorgsam untersuchten Ausnahmefällen, deren Erklärung er viel Mühe zuwandte, zu stempeln, spiegelt den abstrakten Denker. Aber sein Wirklichkeitssinn und seine Gewissenhaftigkeit veranlaßten ihn, immer wieder an den Tatsachen nachzuprüfen, was er erkannt hatte. Veränderte Bedingungen hat er zumeist rasch erfaßt. Ebensolche Sorgfalt verwendete er auf die Anordnung der Gedankengänge und die Form des Ausdrucks. Sie hat er in wiederholten Vorlesungen bis zu voller Klarheit und Anschaulichkeit durchgeprobt, ehe er zur Feder griff. Dem verdanken wir auch die — um mit F. W. P. Lehmann zu sprechen — „kräftige, oft Schlagworte prägende Sprache“, die diesen Beurteiler an Ratzel und Lamprecht erinnerte. Nicht zuletzt durch diese Verbindung von Vertiefung und Gemeinverständlichkeit hat Kjellén so breite Wirkungen erzielt und sich ein so hohes Verdienst um die politische und geographische Bildung der Zeitgenossen erworben.

ANMERKUNGEN

[1]) Umso auffallender ist, daß sein Tod, soviel ich sehen kann, kaum zu einer eingehenden Würdigung seines Lebenswerkes den Anstoß gab, auch nicht in den schwedischen geographischen Zeitschriften (die staatswissenschaftlichen sind mir nicht zugänglich). Nur die Wiener Akademie der Wissenschaften hat ihrem korrespondierenden Mitglied im Almanach für das Jahr 1923 (Wien 1924) S. 211 bis 216 einen Nachruf gewidmet, dessen Verfasser Alfons Dopsch eine kurze, der Akademie auf Wunsch 1921 eingesendete Selbstbiographie benutzen konnte und der ich reiche Belehrung verdanke. Sonst sind mir nur kurze Notizen im Politischen Handlexikon (I S. 953, an schwer auffindbarer Stelle), in der Geogr. Zeitschrift 1923, 61 f. und Peterm. Mitt. 1922, 224 bekannt. Einige nicht durchaus richtige Daten enthalten auch die meist ausführlichen Referate über Kjellén's Arbeiten in diesen Zeitschriften. Ich selbst stand mit Kjellén seit Jahren in lebhaftem brieflichen Verkehr, lernte ihn aber nicht persönlich kennen.

[2]) Dopsch nennt solche über die Unionsfrage und die Regierungsform Schwedens von 1809. Aus späterer Zeit erwähnt er Studien über Japans ancien régime (1906 u. 1908) und den großen Orient (1911),

[3]) Eine Reihe von Aufsätzen als „Bidrag till Sveriges endogena geografi" in Geologiska föreningens förhandlingar, Stockholm 1902 u. 1903, die sehr wertvolle Arbeit Sveriges jordskalf, Göteborg 1910, die weit mehr als einen kritischen Erdbebenkatalog darstellt, der kurze, als „Versuch einer seismischen Landeskunde" bezeichnete Auszug aus ihr in der Geogr. Zeitschr. 1910, endlich bezeichnender Weise für den Systematiker „Den endogena geografins system" in der Jahresschrift der Göteborger Hochschule 1915. Erst in dem Vorworte zu dieser Schrift nimmt Kjellén von der Geographie endgültig Abschied. Noch 1905 (Geogr. Zeitschr. S. 658 Anm.) hatte er betont, daß er vom staatswissenschaftlichen Gebiete aus „zur Geographie" gekommen sei (Vgl. unten Anm. 6). Einzelne seiner genannten Arbeiten enthalten auch wertvolle Beiträge zur Geschichte der geographisch-geologischen Forschung.

[4]) Vergl. Grundriß 29 rike = Staatsgebiet. Wir verstehen unter Reich im Deutschen nur einen größeren und mächtigeren Staat oder auch einen Oberstaat im Gegensatz zu seinen Gliedstaaten.

[5]) Vgl. auch S. 40 ff. und die Unterscheidung von dem Begriff des deutschen Wortes „Raumpolitik", in dem etwas dynamisches liege.

[6]) ebd. 38 f. und ausführlicher Statsvet. Tidskr. 1918, 121 f. Dieses Kapitel sei als verhältnismäßig neu besonders in die Augen gefallen. Vielleicht habe er auch persönlich eine gewisse Vorliebe für diese Seite der Wissenschaft gewonnen, „da sie diejenige scheint, durch die ich mich selbst aus einem langjährigen Konflikt zwischen physischer Geographie und Staatsrecht gerettet habe, in den mich äußere Umstände meiner Lehrerlaufbahn gebracht hatten." (Vgl. oben Anm. 3.)

[7]) Archiv des öffentlichen Rechts, 39. Band.

[8]) Dopsch S. 214 könnte man so verstehen, als sei dies schon 1916 geschehen. Kjellén selbst aber erwähnt (Grundriß 39, Anm.) eine Rede in der ersten Kammer vom 9. Juni 1917.

ADOLF GÜNTHER:

ÜBER FRANKREICHS GEOPOLITISCHE STELLUNG

Welche wesentlichen geopolitischen[1]) Gesichts- und Entwicklungsfelder birgt das heutige Frankreich?[2]) Daß es militärisch das kontinentale Europa beherrscht, England mindestens in Schach hält, die romanischen „Schwesterstaaten" zu einer freilich politisch noch nicht recht wirksamen Abwehrfront gegen französische Übergriffe zusammengeführt hat, die „kleinen Nationen" als Hilfsvölker organisiert, in Nordafrika sich Auffüllungsgebiete für seine geschwächte Volkskraft schuf, das und einiges andere liegt auf der Hand, ist einstweilen mehr „allgemein-politisch" als „geopolitisch" und soll nur für die eigentlichen Ausführungen bereitgestellt werden. Nicht weniger bekannt ist die vor kurzem zu Tage getretene Abhängigkeit Frankreichs vom angelsächsischen Kapital, das allein dem sinkenden Franken Halt gebieten konnte, dazu aber auch gezwungen war: denn den Schuldner erhält der Gläubiger am Leben, und die aus einem Schuldverhältnis entspringende Abhängigkeit ist, zumal zwischen Staaten, meist eine wechselseitige (woraus man wohl schon politische Richtlinien entwickeln könnte). — Wir meinen aber, daß das Thema tiefer zu verankern ist, wenn man den Begriff „Frankreich", dessen geopolitischer Wert oder Unwert festzustellen ist, analytisch zergliedert. Denn, um eins vorwegzunehmen: das „materielle" Frankreich, das, bis an die Haarwurzeln bewaffnet, zu Land, auf und unter dem Wasser und in der Luft den Frieden Europas und der ganzen Welt bedroht; und das „geistige" Frankreich, das sich durch seine revolutionären Energien, durch fraglos geistige Leistungen und einen, gelegentlich wohl fragwürdigen Schönheitskult die Rolle eines Lieblings der Völker zu sichern wußte; — das sind nicht ganz dieselben Dinge; und wenn die geopolitische Stellung dieses Landes und Volkes mit auf seinem, tatsächlichen und vermeintlichen, geistigen Besitz beruht, so sind damit doch andere Wertbeziehungen und Zusammenhänge geopolitischer Art gegeben, wie die sind, als deren Ausdrucksformen schwere Artillerie, Flugzeug, Unterseeboot, Giftgas und Raubinstinkt gelten müssen.

Das „geistige" Frankreich ist Gegenstand der Weltsympathie nicht erst im Weltkrieg gewesen, und es gehört zu den politischen Fehlern, die maßgebende Deutsche begingen, daß sie jene zweifellos vorhandenen und am unmittelbarsten auf die Menschen wirkenden politischen Unwägbarkeiten nicht hinreichend beachteten: und doch mußten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich geistige Zusammenhänge obwalten, die auf eine recht ähnliche Rolle beider Völker in der großen Revolution der letzten Jahrhunderte zurückführten. Nur hierdurch konnte die unmittelbare Teilnahme französischer Führer am amerikanischen

Befreiungskampf dauernde Spuren hinterlassen, die der gleichen Tätigkeit Deutscher versagt blieben. Indem sich aber damals Frankreich auf die Seite der Gegner Englands schlug, sind doch die engen geistigen Beziehungen zwischen diesen Ländern niemals ganz unterbrochen worden. Man muss sich nur vorstellen, in welch großem Umfange Frankreich von jeher die englische politische und wirtschaftliche Literatur durch Übersetzungen sich eingliederte, und wie stark Paris die Engländer anzog, sei es auch nur, daß diese der Langeweile ihres puritanischen Sonntags entgehen wollten. Nicht alles war „Geist" in solchen Beziehungen, aber eine gewisse Vergeistigung auch sehr körperlicher Vergnügen wird doch unterlaufen sein, wenigstens in der verklärenden Erinnerung. Daneben aber hat auch die englische und französische Entwicklung durch lange Jahrzehnte unter sehr ähnlichen revolutionären, demokratischen und sozialen Antrieben gestanden, wennschon die geschichtlichen Ereignisse eine ungleiche, nach Temperament, Wirtschaftslage und Bevölkerungsdichte abgetönte Prägung erfuhren. Natürlich ist damit keine ewige Freundschaft zwischen England und Frankreich zu begründen.

Dieses „geistige" Verhältnis Frankreichs zu Amerika und England ist im Zeichen des Nationalismus von zwar andersgearteten, aber doch auch mehr geistigen als unmittelbar materiellen Beziehungen zu den lateinischen Schwesternationen begleitet gewesen, zum Teil freilich auch durchkreuzt worden. Natürlich bestanden hier (wie auch gegenüber England) hinreichend Reibungsflächen; da aber doch nur Grenzbezirke von untergeordneter Bedeutung die Identität der Sprachgebiete und der politischen Herrschaftsgebiete störten, so gelang es den an gemeinsame antike Überlieferungen anknüpfenden panromanischen Bestrebungen, Erinnerungen jüngeren Datums an französische Übergriffe unter die so bewegliche Schwelle des völkischen Bewußtseins zu drücken. Erst neuerdings scheinen, unter dem unmittelbaren Eindruck des französischen Machtstrebens, diese Stimmungen einer politisch realeren Auffassung zu weichen.

Wie aber konnten zwischen Frankreich und Rußland geistige Interessengemeinschaften entstehen? Ein wenig schwingt auch hier diejenige revolutionäre Energie mit, die Frankreich mit den angelsächsischen Ländern verband: ein wenig ist das Vergnügungszentrum Paris beteiligt, mehr die französische Sprache und das Angewiesensein Rußlands auf die geistige Kultur des Westens, die übrigens nicht selten auch durch deutsche und baltische Kanäle nach Petersburg und Moskau floß; die dort wirkenden Altdeutschen und Balten standen mitunter stark unter französischen Geisteseinflüssen; fast bedingungslos galt das natürlich von den Polen, und es war ein politisches Meisterstück, diesen und den Russen zugleich als gefällig und unentbehrlich zu gelten. Im übrigen sind die französisch-russischen Wechselbeziehungen vorwiegend materieller Art, sie mögen aber gleich erwähnt werden:



das oben in anderem Zusammenhang gewürdigte Verhältnis des Gläubigers (Frankreich) zum Schuldner (Rußland) brachte an sich schon stärkste Bindungen mit sich; die Volksarmut des degenerierten Weststaates suchte ganz folgerichtig Anlehnung an der unerschöpflichen Zeugungskraft des Ostens; räumlich waren Rußland und Frankreich nirgends benachbart, sodaß alle aus dem Nachbarverhältnis notwendig fließenden, geopolitisch so sehr wichtigen Reibungen wegfielen, umsomehr aber die Gemeinsamkeit gegenüber den in der Mitte gelagerten Reichen herausgearbeitet werden konnte.

Wir sind nun schon auf das Gebiet der materiellen Gründe für Frankreichs geopolitische Stellung getreten und haben hierbei zu verweilen; denn auch die geistigen Werte eines Volkes treten meist erst durch Vermittlung seiner materiellen Umstände in Wirkung. Betrachten wir nun das Wirtschaftliche, das Bedingung aller materiellen Geltung ist, so sind einige wichtige geopolitische Elemente im französischen Mutterlande seit langem gegeben: sein guter Boden; seine günstige soziale Struktur (breiter Bauern- und sonstiger Mittelstand); Wohlhabenheit, die, zum Teil auf Geistiges: Sparsamkeit, Nüchternheit, rationelles Verhalten bei der Zeugung und demgemäß kleine Familien, zurückführend, hier nur materiell zu werten ist, aus der heraus sich die führende Stellung des Landes auf dem internationalen Kapital- und Kreditmarkt ergab; ferner, gleichfalls ursprünglich geistig begründet, Kunstfertigkeit und Eignung für auf Geschmack berechnete Produktion. Schließlich die Lage im Westen des Erdteils, Afrika schräg gegenüber, mit langen Meeres- und verhältnismässig kürzeren, durch Natur, völkische Verwandschaft (Belgien) und Kunst gesicherten Landesgrenzen; das Ganze frühzeitig zu politischer und wirtschaftlicher Einheit zusammengefaßt, an eine lange, ruhmreiche Geschichte angeschlossen, von dieser geradezu auf Politik hingewiesen.

Hinzu tritt das Kolonialreich, das Frankreich unter wohlwollendster Duldung, ja Förderung seitens des Gegners von 1870/71 in sehr kurzer Zeit aufbaute. Was dies Kolonialreich vor dem größeren England auszeichnet, ist die nahe, fast räumliche Berührung des wichtigen nordafrikanischen Teiles mit dem Mutterland, welche die oben erwähnten bevölkerungspolitischen Wirkungen ermöglicht; ist, seit dem auf Kosten Deutschlands nach Abschluß des Weltkrieges erfolgten Zuwachs, die große, geschlossene Ländermasse in relativer Nähe und jedenfalls in militärischer Reichweite des Mutterlandes; ist — nun aber ein geistiger Umstand — die Sympathie, welche Frankreich bei den Moslem vor England voraus hat, und für welche eine gewisse stimmungsmäßige und traditionelle Annäherung vielleicht nicht ganz gleichgültig war. Schon in der Geschichte haben sich bekanntlich Franzosen und Türken als Bundesgenossen gefunden, und der Allerchristlichste König hat dem Sultan Waffenhilfe gegen die konservative Macht Österreich geleistet, — sollte eine gewisse Wahlverwandtschaft, wiederum auf revolutionärer

Grundlage, ausgeschlossen sein? Frankreich und die Welt des Islam begegneten sich jedenfalls in propagandistischen Zielen, in einer gewissen Dynamik gegenüber stabileren Systemen.

Diesen Vorteilen des französischen Weltreiches stehen sehr viele Nachteile gegenüber: Die Unfähigkeit oder auch der mangelnde Wille der Franzosen, Kolonien wirtschaftlich zu erschließen, ihre Belange anders als vom Interesse des Mutterlandes oder eigentlich nur einiger Unternehmer und Spekulanten aus zu sehen, das Vorherrschen weiterhin der militaristischen Gesichtspunkte. Es hat sich hierin manches vielleicht zu Gunsten Frankreichs verändert, insbesondere wird auf wirklich ökonomische Großleistungen im nördlichen Afrika hingewiesen. Aber der Grundcharakter steht fest, der wurzelt in der französischen Eigenart, nicht zuletzt aber darin, daß ja Frankreichs Kolonialpolitik im wesentlichen von militärischen und imperialistischen, nicht von bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgeht. Jene oben, bei Besprechung des Mutterlandes, erwähnte soziale Ausgeglichenheit, die geringe Bevölkerungszahl, die, wenn nicht erreichte, so doch annähernd erreichbare Autarkie des französischen Gebietes in Europa — das alles läßt Kolonisation mehr als Luxus denn als Wirtschaftsnotwendigkeit erscheinen (die es für Deutschland wäre). Es wird immer die Gefahr bestehen, daß der kleine Wirtschaftskörper des Mutterlandes durch die großen Interessen des Kolonialreiches ausgesogen und absorbiert würde, wollte man diesen Interessen die Zügel schießen lassen. Eine Entwicklung gleich der großbritannischen scheint ausgeschlossen, um der eigentlichen französischen Kolonialzwecke willen sogar unerwünscht zu sein: die Konzentration von Industrie, Handel und Geldwesen, wie sie innerhalb des großbritannischen Reichs im Vereinigten Königreich und zumal in London geschah, brachte soziale Verschiebungen mit sich, die vom machtpolitischen Standpunkt aus abzulehnen sind: würde für Frankreich zumal Aufopferung seiner günstigen sozialen Lage bedeuten, auf der — gegenüber England — seine politische Großmachtstellung mit in erster Linie beruht. Opfert man den französischen Bauern durch Öffnung der Grenzen und Niederlegung der Zollmauern und den kleinen und mittleren französischen Gewerbetreibenden den Trusts und Gewerkschaften, dann erzieht man sich das besitzlose Proletariat, das heute Großbritanniens Größe bedroht und das in der Labour-Regierung soviel politische Schwäche und eine überraschende Unsicherheit und Instinktlosigkeit zutage fördert. Vestigia terrent.

Wir stehen hier wohl vor einem geopolitisch entscheidenden Faktor: die Geschichte zeigt viele Typen von Kolonialreichen, doch lassen sich, ohne daß man ihr Zwang antut, zwei Grundzüge herausarbeiten: Zentralismus und dezentralisierte Systeme, bei welch letzteren, je nach Umfang und geographischer Beschaffenheit, einzelne, mehrere oder auch viele kleinere und größere Mittelpunkte möglich



sind. Der Zentralismus nun kann ein politischer oder ein wirtschaftlicher oder beides sein; für Frankreich besteht er einstweilen mehr im politischen Sinn, was aber für sein Kolonialreich nicht die Folge reicher wirtschaftlicher, dezentralisierter Entfaltung, sondern, von einigen Ausnahmen abgesehen, wirtschaftlicher Verkümmerung hat (ähnliches gilt ja auch für die französische Provinz gegenüber der Hauptstadt). Die geringe französische Bevölkerung kann niemals hinreichend Konsument der wirtschaftlichen Erzeugnisse der Kolonien sein, erzeugt überschüssige Volkskraft auch nicht in Gestalt von Kolonisatoren und Siedlern, sondern nur in Gestalt von Entdeckungsreisenden, Offizieren, allenfalls Ingenieuren. Und das letzte Ziel dieser „Kolonialpolitik" ist ja auch gar nicht Export von Waren aus den Kolonien, sondern von Menschen, von Soldaten in erster Linie, später vielleicht einmal von Aufzuchtmaterial für die schwindende Volkskraft des Mutterlandes.

In diesem aber hat der Kriegserfolg entscheidende Veränderungen mit sich gebracht: was Frankreich an Erzlagern in Lothringen und in der Normandie schon bis dahin besessen hatte, war zum großen Teil der Verwertung für eigene Zwecke entzogen: Deutsche Ingenieure und deutsches Kapital hatten hier unbestritten die Führung, die französische Schwerindustrie war zurückgeblieben, seine übrige Industrie (mit Ausnahme der auf Luxus und Mode beruhenden) ziemlich rückständig; wenigstens nach deutschen Maßstäben, wie die Franzosen selbst anerkannten. Der besetzte französische Norden und Osten zeigte uns Mittelmäßigkeit, persönliche Tüchtigkeit bei Mangel an Initiative, den Rentner von 40 Jahren, die kapitalistische Sättigung des alten Familienunternehmens, dabei wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland, England und Amerika. Die Förderung der eigenen Kohlenbergwerke reichte selbst für den mäßigen Eigenbedarf nicht aus. Am besten war noch das Verkehrsnetz infolge der Kanäle entwickelt, hier zeigten sich geopolitische Ziele, freilich mit räumlicher Begrenzung.

Die deutsch-lothringer Erzschätze, in glänzenden Produktionsstätten gefördert und bearbeitet, fielen dem „Sieger" zu, als kaum genug bewertete Ergänzung des eigenen, nun von der deutschen Kontrolle befreiten Mineralbesitzes; die Saargruben, später die des Ruhrgebiets, gerieten unmittelbar, die meisten oberschlesischen Werke mittelbar unter französische Bajonette. Nun ist Kohle und Erz in einer Hand vereinigt, — an sich eine geopolitische Norm, die aber doch nur durch wirtschaftliche Notwendigkeiten dazu wird und im vorliegenden Falle eher einen Witz der Wirtschaftsgeschichte bedeutet: denn die Hand, welche gepanzert auf Erz und Kohle liegt, wird aus ihnen doch vor allem Hilfsmittel ihrer militärisch-imperialistischen Absichten zu produzieren versuchen und diese Absichten sind aller Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit entgegengesetzt.

Wenn man sich von Gedanken gleich den oben entwickelten leiten läßt, kann das gar nicht anders sein: denn die soziale Konsequenz der hemmungslosen Ent-

wicklung aller in Frankreichs Hand vereinigten Wirtschaftskräfte würde eben dieselbe sein, welche sich aus der ökonomischen Zentralisierung des Kolonialreichs im Mutterlande ergeben würde; der Zuwachs an äußerem Glanz und an Reichtum wäre durch die Industrialisierung und Proletarisierung des Landes zu teuer erkauft. Ob auf Erz und Kohle, ob auf die Kolonien, ob auf beides gestützt: in jedem Falle müßte Frankreich das Geschick Englands erfahren, das von seiner Peripetie vielleicht nicht so sehr fern ist. Politisch-imperialistisch-nationalistische Erwägungen werden verhindern, daß Frankreich den wirtschaftlich gebotenen Weg geht, was natürlich nicht ausschließt, daß aus den usurpierten Gebieten und aus den aufgezwungenen Verträgen die private Kapitalbildung und Unternehmertätigkeit stärkere Antriebe erfährt, als dem französischen Politiker und Militär erwünscht ist. Vielleicht darf die jüngste, im übrigen mehr kleinbürgerliche als demokratisch-sozialistische Reaktion gegen die Politik Poincaré's und Millerands auch als Ausdruck der Sorge weiterblickender Politiker gelten; der Mittelstand übersah jedenfalls über den kapitalistischen Gewinnen der Großen die steigenden Steueransprüche nicht.

Sind diese Gedankengänge im wesentlichen richtig, dann fallen Geopolitik und Wirtschaftspolitik nicht mehr zusammen, dann erleidet die Weltwirtschaft aus außerökonomischen Gründen gewaltige Anstöße, unmittelbare Einbußen. Das Ideal, welches an die Erschließung der natürlichen Hilfsmittel der Erde für eine immer mehr anwachsende Erdbevölkerung denkt und das in der Richtung der französischen Weltverbrüderungsphrase liegen müßte, weicht einem Zustand künstlichen Niederhaltens wirtschaftlicher Energien, für den die Wirtschaftsgeschichte manche Vorbilder aufweist, der aber in solch ungeheurem Ausmaß noch nie verwirklicht sein dürfte. Es sieht aus, und manch andere Beobachtung stimmt damit zusammen, als ob die wirtschaftlichen Beweggründe endgültig den politischen gewichen seien; vor allem aber tritt hier ein Nationalismus und Imperialismus auf, dessen Expansionsstreben sich nicht mehr ökonomisch, nicht einmal nur-privatwirtschaftlich, am wenigsten aber volks- und weltwirtschaftlich erklärt. Wer im Sinne materialistischer Geschichtsauffassung alle Politik aus ökonomischen Quellen ableiten will, kommt hier nicht auf seine Rechnung, was übrigens methodologisch ein ganz schätzbares Nebenergebnis ist.

Es bleibt übrig, die Aussichten einer solchen geopolitischen Einstellung Frankreichs in Kürze zu besprechen.

Einer der sonst allgemein wirksamen geopolitischen Veränderungsfaktoren fällt, was das Mutterland Frankreich angeht, fort: dessen stabile, räumlich gut verteilte Bevölkerung wird niemals ein Gewicht darstellen, durch das ein Druck in geopolitischer Beziehung stattfinden könnte. Eher könnte man an ein Nachlassen des völkischen Selbstbehauptungsvermögens denken, an ein Eindringen schwarzer und



gelber Franzosen zur Sicherung — nicht des Volkes, sondern des Imperiums auf Kosten der Rasse. Ansätze hierzu sind vorhanden, früher gewürdigte geistige Elemente, ein revolutionärer Einschlag — der sich seltsamerweise mit der oft betonten sozialen Ausgeglichenheit zu vertragen scheint und zur Scheindemokratie führte — schaffen hierfür jedenfalls einen günstigeren Boden, als er in England gegeben wäre, das stark auf Tradition und Rasse hält. Aber die Sorge vor Übervölkerung, Industrialisierung, Proletarisierung, die uns schon wiederholt als wichtiges politisches Motiv entgegentrat, wird fremdstämmigen Franzosen immer nur zum Ausgleich für die populationistische Schwäche der Landeskinder in mäßiger Zahl das Bürgerrecht der Grande Nation verschaffen, man wird sich in dem Lande, das sich so gern auf römische Vorbilder beruft, vor den Nachteilen einer wahllosen und massenhaften Verleihung dieses Rechts zu schützen wissen [3]).

Anders wird man das bevölkerungspolitische Element innerhalb des geopolitischen vom Standpunkt der französischen Kolonialen ansehen müssen. Wir scheiden hier die außerafrikanischen Besitzungen zweckmäßig aus. Auf ihnen ruht der Nachdruck dieses Reiches nicht. Auch wenn an den Gerüchten von einer Abtretung der hinterindischen Kolonien zwecks Abbürdung der Kriegsschuld kein wahres Wort gewesen sein sollte, — gegenüber dem afrikanischen Frankreich sind jene doch Nebengebiete. Ob aber und welche Anstöße von den Massen der dortigen Farbigen ausgehen werden, ist ganz allgemein die Frage der Emanzipation des Negertums, dieser „ausgeruhten Völker", ohne deren Hilfe die kriegstüchtigen, aber nicht dicht genug siedelnden und von der Zivilisation stark berührten Nordafrikaner kaum gegen den Stachel der Eindringlinge löcken werden. Wenn Frankreich Mitglieder so vieler Stämme, die unter sich selbst vielfach in Krieg gelegen oder wenigstens auf Blutrache und Frauenraub eingestellt waren, unter seiner Fahne vereinigen konnte, so mag hier, Hand in Hand mit brutalem Zwang, ein geistiges Moment mit im Spiele gewesen sein, das dem oben öfters erwähnten praktisch gleichkam: die Kunst, Sympathien zu erwerben. Ob auch hierbei die revolutionäre Mentalität, freilich in diesem Falle mehr als Maske, mitspielte, ob die Farbigen etwas von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verspürten, ist für den Außenstehenden nicht zu entscheiden, aber vielleicht nicht ganz abzulehnen. Man hat ja auch Europäer, nicht zuletzt Deutsche, mit der Marseillaise geködert. Jedenfalls scheint der Empfang der farbigen Franzosen während des Krieges durch die einheimischen, zumal seitens eines Teils der Frauen, sehr freundlich gewesen zu sein und die in der Anmerkung erwähnten Sicherungen sind gewiß sehr notwendig geworden.

Einer afrikanischen Rebellion gegenüber würden Flugzeuge und Giftbomben nicht die Rolle spielen wie über den europäischen Großstädten, den Riesenfabriken, den entwickelten Kulturen. Die moderne Kriegführung wirkt am furchtbarsten

auf engem Raum, gegenüber dichter Bevölkerung, ist in Wüsten noch nicht hinreichend erprobt. Die großen Perspektiven der Geopolitik können hier also mit Möglichkeiten rechnen, die in Mittel- und Westeuropa nicht mehr gegeben sind. Die erwähnten Umstände, denen zufolge Brachliegen und geringe Wirtschaftsentwicklung der kolonialen Kräfte im Sinne der französischen Kolonialpolitik liegen mußte, mögen auch dazu beitragen, daß die vom Mutterland wirtschaftlich nicht allzu abhängigen Kolonien eher ihre politische Freiheit erringen, als etwa ein Land wie Indien, das erst seit kurzer Zeit eigene Wirtschaftspolitik zu treiben beginnt, das als Rohstofflieferant und Abnehmer von Fertigfabrikaten wirtschaftlich fast unlösbar mit England verknüpft scheint.

Man kann nun verstehen, daß Frankreich, seines kolonialen Besitzes nicht immer gewiß und nicht immer froh, sich um so stärker auf die europäischen Belange stützt und die militärisch-diplomatische Vormachtstellung, von der wir einleitend als einer bis auf weiteres unumstößlichen Tatsache sprachen, auszubeuten und zu festigen bemüht ist.

Kriegerische Möglichkeiten, die immer vorhanden sind, mögen hier nur im Vorbeigehen erwähnt werden. Ihre Entwicklung hängt wohl am ehesten von der Wiedererstarkung Rußlands ab, das noch manches andere außer Bessarabien nicht verschmerzt hat, wenn es auch augenblicklich diesen Verlust in den Vordergrund schiebt. Frankreich sieht sich aber nicht nur diesem Fragezeichen, sondern auch der Koalition der südlichen Halbinseln — Spanien, Italien, z.T. Jugoslavien — gegenüber, von der die gefährliche Balkanbrücke schon betreten wurde; an ihrem Ende liegt die Stadt, die vielleicht auch einen Schlüssel enthält, der einmal das nordafrikanische Problem aufschließen mag; — die unruhigen Randgebiete des Mittelmeeres sind heute sämtlich nicht ohne Verbindung untereinander, England aber, dessen traditionelle Außenpolitik ja auch von der Arbeiterregierung nicht ganz lahmgelegt werden kann, weiß, daß die Gefahr für den Suezkanal bei keinem jener Randstaaten so sehr wie bei Frankreich liegt. Es wäre töricht, wollten wir Deutschen deshalb mit dem Status quo auf die Dauer rechnen, weil wir es zu unserem Schaden allzulang so gehandhabt haben.

Aber ganz außerhalb aller möglichen kriegerischen Kombinationen liegen reale Fragen der europäischen, zur Zeit noch wesentlich von Frankreich gestalteten Geopolitik. Kann, so lautet die wichtigste, von diesem Lande kontinentaleuropäische Wirtschaftspolitik erwartet werden, die ein entscheidender Faktor aller Geopolitik sein müßte? Die Frage beantwortet sich zum Teil bereits aus früherem, doch ist einiges hinzuzufügen.

Dieselbe Quelle der bevölkerungs- und sozialpolitisch bedingten Wirtschaftsschwäche fließt auch hier. Wenn für die nur scheinbar demokratisch und parlamentarisch, tatsächlich auf unbedingte Aufrechterhaltung des gesellschaft-



lichen Gleichgewichts gerichtete innere Politik Frankreichs eine gesellschaftliche Umschichtung zu außenpolitischen Einbußen führen kann, ja muß, dann darf es für den imperialistischen Ehrgeiz nur eine Lösung geben: die feste soziale Grundlage gegen alle Folgen großindustrieller Entwicklung schützen, das Proletariat nicht zum beherrschenden Faktor des Staatswesens werden lassen. Die ganz großen Wirtschaftsangelegenheiten Europas sind nun aber einmal ohne Industrialismus, Kapitalismus und Arbeiterheere nicht zu lösen; wer sie ablehnt, lehnt auch die wirtschaftspolitische Führung über das europäische Festland ab.

Unabhängig davon erhebt sich die bereits rein-geopolitische Frage, ob ein Land, das selbst Randstaat ist, dessen Interessen an sich peripherische sind und durch die Kolonialpolitik noch mehr nach Außen abgedrängt wurden, sich überhaupt mit dem Erdteil, zu dem es geographisch gehört, solidarisch fühlen kann. Frankreich ist stolz auf seine spezifisch westliche Kultur (diese als Sammelbegriff, der auch hinreichend viel Unkultur umfaßt, betrachtet), sein geistiger Anschluß an England, Amerika wurde schon erwähnt. Es scheint mir eine völlige Verkennung des Sachverhalts vorzuliegen, wenn man heute das Problem „Mitteleuropa" oder „Kontinentaleuropa" wieder aufleben lassen, anstelle der Führung durch Deutschland und Österreich aber einfach die durch Frankreich setzen will. Diese Führung kann und will es nicht leisten, übrigens schon deshalb nicht, weil solche Politik früher oder später die Belange der Kolonien kreuzen müßte; scheidet England zweifellos als „europäische" Wirtschaftsmacht aus, so gilt das für Frankreich in kaum geringerem Grade; zeigte sich ja doch seine finanzielle Haltlosigkeit ohne englisch-amerikanische Hilfe aufs deutlichste. Auch kann man nicht zugleich militärisch den Zerstörer und wirtschaftlich den Wiederaufbauer spielen wollen.

Europas wirtschaftliche Kraftfelder liegen brach, die früheren Verbindungen sind durchschnitten, uralte Verkehrswege verschüttet, Produktion und Konsum ohne organische Verbindung, das Geldwesen ist zum Kinderspott geworden. Es ist unmöglich, hieraus einen Sinn zu konstruieren, es sei denn der militärisch-imperialistische Zweck der Hegemonie, des „Prestiges", der „Gloire", der Großmannssucht und damit verbunden der Futterkrippe und des parasitären Herrenlebens. Überall aber draußen in der Welt nützt man dies Abdanken des europäischen Wirtschaftsfaktors, das Versiegen der europäischen Wirtschafts- und sonstigen Kultur. Hat Europa noch den Willen, Kontinent zu sein, dann kann es nur aus seiner Mitte heraus wieder aufgebaut werden; weil Deutschland das schwere Schicksal der Mitte übernommen hat, darf es auch glauben, daß die geopolitischen Notwendigkeiten, die damit verbunden sind, sich doch einmal wieder zu seinen Gunsten durchsetzen werden.

Die Wendung in der französischen Politik, die möglicherweise aus dem letzten Wahlergebnis abzuleiten ist, mag der imperialistischen Note die demokratische



anfügen und im Einzelnen eine Entlastung und Entspannung bringen. An Ruhr und Rhein wird etwas weniger Gewalttätigkeit verübt werden und es wird nicht an solchen fehlen, welche die „nationalistische" Schwenkung der deutschen Wählermassen dafür verantwortlich machen, daß Frankreichs demokratische Absichten sich nicht stärker durchsetzen können. Aber derselbe französische Bourgeois, der sich einmal zur Abwechselung mit dem Stimmzettel gegen die Methoden Millerands noch mehr als Poincarés zu wenden schien, will doch vor allem niedrigere Steuern und größere soziale Ruhe, er ist der vollen Ausschöpfung aller durch den Kriegsausgang Frankreich eröffneten Wirtschaftsmöglichkeiten durchaus nicht geneigt, fürchtet von ihr nur Einbuße seiner Renten, unbequemen Antrieb zur Mehrarbeit und verhängnisvolle Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts. Dies blutleere Rentnervolk, das, auch wenn es sich als „radikal" oder selbst als „radikal-sozialistisch" einführt, doch gut bürgerlich gesinnt bleibt, ist nun einmal nicht das Wirtschaftsvolk, wie es das deutsche Volk war und wie es zur Lösung der geopolitischen Probleme früher oder später wieder in Europa benötigt wird. Es mag zur Widerlegung des vorhin angedeuteten falschen, auf Gegenüberstellung des deutschen und französischen „Nationalismus" abzielenden Schlusses auch darauf hingewiesen werden, daß selbst die stärkste „nationalistische" Bewegung in Deutschland oder Österreich heute vom geopolitischen Standpunkt aus anders zu werten ist als der französische Imperialismus: Die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschafts-, Kultur- und Machtgebietes enthält geopolitisch keine Bedrohung, kein maßloses Expansionsstreben, würde vielmehr erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer durch Frankreich unterbundenen europäischen Geopolitik bringen.

Gewiß dürfen auf geopolitische Zusammenhänge die dem Verfasser geläufigeren gesellschaftswissenschaftliche Methoden übertragen, darf in diesem Sinne von „Verhältnissen" und „Beziehungen" nicht nur zwischen Menschen und menschlichen Gruppen, sondern auch zwischen dem Raum (z. B. als wirtschaftlichem oder politischem „Standort") und der Gesellschaft gesprochen werden. Der soziologisch gerichteten Anthropo-Geographie ist dieser Gesichtspunkt sogar sehr geläufig. Daraus würde sich für Frankreichs geopolitische Stellung die schon einmal erwähnte exzentrisch-peripherische Lage gegenüber seinem Erdteil als in vielen Hinsichten bestimmend ergeben. So wie der, einer Gruppe nur mit halben Gefühlen und Interessen zugehörige Mensch; so wie die ihre Sonderbelange gegenüber der Gesellschaft verfechtende Gruppe: so ist wohl auch ein Randstaat als außerhalb sehr zahlreichen Beziehungen anzusehen, die für eine Gruppe, eine Gesellschaft, eine geschlossene Ländermasse vordringlich sind. Soweit aber Beziehungen bestehen, sind sie dann mehr solche des Herrschenwollens als der Einfügung und der Anlehnung. Ob der Randstaat Insel oder Halbinsel ist, entscheidet hierbei nur dem Grade nach, und so wird es zulässig sein, das Verhältnis Japans zum ostasiatischen Festland,



Englands zu Europa in Parallele zu setzen. Man mag ferner auch die französischen Kulturleistungen als Mittel, ein Herrschafts- oder wenigstens ein Überlegenheitsverhältnis zu begründen, heranziehen, ähnlich wie die revolutionäre Propaganda, die Frankreich im Inland eingestellt hat, um sie nach außen (u. a. als „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen") um so wirksamer zu entfalten. Auch in dieser Richtung scheint sich die geopolitische Lage des Randstaates mit der subjektiv-egoistischen Mentalität des Außenseiters oder der von der Gesellschaft abgetrennten „Klasse" zu begegnen. Die letzte Frage ist: kann die auf Herausarbeitung gesellschaftlicher und (zumal) wirtschaftlicher Optima angewiesene Geopolitik (wenn man in ihr jetzt weniger wissenschaftliche als politische Zielgebung sieht) mit dem gekennzeichneten exzentrisch-peripherischen Egoismus des Randstaates und Randvolkes in Einklang gebracht werden? Die Geschichte dürfte das Gegenteil dartun: denn die erfolgreiche französische Staats- und Volksgeschichte ist entweder begrenzte Territorialgeschichte oder aber, soweit sie sich mit der Geschichte Europas und der Welt vermengte, lieferte sie dieser vorzugsweise auflösende Ideen und Motive: Esprit, Raffinement, Luxus, Dekadenz, Revolution; — es ist kein Zufall, daß die meisten dieser Begriffe gleich „Prestige" und „Gloire" (nicht nur für den Deutschen!) kaum übertragbare Fremdwörter geblieben sind. —

ANMERKUNGEN

[1]) Der Begriff „Geopolitik" dürfte in diesem Aufsatz weiter gefaßt sein, als die Leser im allgemeinen gewohnt sind. Dem Verfasser liegt an sich der „soziologische" Gedankengang näher; indem er aber auch geistige und allgemein-gesellschaftliche Gesichtspunkte der „Geopolitik" unterordnet, glaubt er, etwa im Sinn des als Soziologen ebenso wie als Geographen geschätzten Altmeisters Friedrich Ratzel, Wechselwirkungen anzuerkennen, die zwischen Boden, Klima, Verkehrswegen, geistiger, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Entwicklung in bunter Menge spielen.

[2]) Verfasser verweist auf einige frühere Arbeiten, die sich mit Frankreich befassen: „Das besetzte französische Gebiet" (1918); „Deutsche und französische Sozialpolitik" (1919); „Frankreich", Heft 6 der Serie „Das Ausland im Weltkriege" (1919); einschlägig ferner seine Preisschrift: „Rückkehr zur Weltwirtschaft" (1920) sowie „Frankreich und Europa", Deutsche Allgemeine Zeitung, 1924. Die Bücher erschienen mit Ausnahme von „Frankreich" (Niemeyer, Halle) bei Duncker und Humblot in München.

[3]) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte unlängst sehr bezeichnende Zahlen über die Verleihung des französischen Bürgerrechts an Eingeborene; höchst bemerkenswert ist das System von Schutzmaßregeln gegen wahllose und summarische Einbürgerung; und bei diesem scharfen Strich, der zwischen weißen und farbigen Franzosen doch noch gezogen wird, sprechen Enthusiasten von einem „90-" oder gar „100 Millionen-Volk"!

L. HAMILTON:

DIE WASSERKRÄFTE CANADAS UND IHRE AUSNÜTZUNG

Es ist mit Recht gesagt worden, daß die Geschichte Canadas nur an der Hand seiner Wasserstraßen verständlich ist. Bis zur Eroberung durch die Engländer im Jahre 1757, ja sogar bis zum Ende des 18. Jahrhunderts spielte sich die Geschichte Canadas tatsächlich an den Strömen des St. Lorenzbeckens ab. Es ist nicht nur möglich, sondern in den alten Tagen war es gang und gäbe, vom St. Lorenz aus mit Kanus bis nach der Hudson's Bai, bis zum Golf von Mexico und den Mackenziefluß entlang nach dem Arktischen Ozean zu fahren. Und selbst heute, wo Eisenbahnnetze das Land durchziehen, bleiben die Wasserstraßen Canadas immer noch der Hauptbeförderungsweg für Fracht. Dort, wo die Bahn nicht hinkommt, schaffen die Ströme und Seen überall eine Verbindung mit den entferntesten Winkeln des Landes. So, wie die frühere geschichtliche Entwicklung Canadas von seinen Wasserstraßen abhängig war, ist es heute die Industrie. Der industrielle Aufbau und das Gedeihen des Landes ruhen im hohen Maße auf der Benutzung seiner Wasserkräfte. Die Flüsse dienen nicht nur dem Verkehr, sondern sind von größter Wichtigkeit wegen des beinahe kostenlosen Transportes von Holz, welches im Winter, wenn die Landwirtschaft ruht, durch Schnee und Eis begünstigt leicht auf die Ströme gebracht wird.

Hiermit ist natürlich die Nützlichkeit der Ströme nicht erschöpft. Als Krafterzeuger leisten sie jetzt schon Großes, wenn es auch gering im Vergleich zu dem ist, was geleistet werden könnte. Dadurch, daß die vielen großen Ströme mit Ausnahme der Prärieflüsse zahllose Wasserschnellen und Fälle haben, sind sie besonders geeignet, der Industrie billige Kraft zu liefern und sie vielfach von Kohle unabhängig zu machen, was wegen der weit auseinanderliegenden canadischen Kohlenfelder und der daraus sich ergebenden hohen Transportkosten von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gegebenenfalls macht dieser Umstand auch die Industrie unabhängig von der Union. Die Ströme treiben allerlei Mühlen, Säge- und andere Werke erzeugen vor allem elektrische Kraft und dienen durch große Staudämme (siehe Abb. 1) Irrigations- und hydroelektrischen Zwecken.

Man bedenke, daß Ontario und Quebec vorläufig kohlenlos sind und daß erstere Provinz ihre gesamte Kohle und Quebec mit den Prärieprovinzen einen großen Teil ihrer Kohle aus Pennsylvanien beziehen. Canada hat sich allerdings ein Äquivalent hierfür geschaffen, indem es Strom nach der Union exportiert (und zwar vornehmlich aus Neu-Braunschweig, Quebec, Ontario und Britisch Columbien)



in Mengen, die ungefähr den Wert der importierten Kohle darstellen. Es ist ein ebenso wichtiges wie günstiges Moment für Canada, daß ein großer Teil der verfügbaren Wasserkraft da liegt, wo es am stärksten an Kohle fehlt, nämlich in der sogenannten „acute fuel zone“, welche sich je 500 englische Meilen nach Osten und Westen von den großen Seen mit ihren schier unerschöpflichen Wasserkraftquellen (Niagara usw.) erstreckt. Zu Gunsten der Ausnützung von Wasserkräften, wo sie sich auch befinden, muß man sich die generelle Tatsache vor Augen führen, daß in Kriegszeiten, bei Streiks und Unruhen das Fördern von Kohle stark gefährdet wird. Einerseits verlangen die Bergwerke eine enorme Zahl von Arbeitern, andererseits können Streiks die Förderung und mit ihr die von Kohle abhängende Industrie lahmlegen. Kriege und Streiks ziehen derartige Teurung nach sich, daß die Rentabilität mancher Industrien ganz in Frage gestellt wird. Zu den wichtigen Faktoren, welche die Entwicklung der Wasserkräfte gefördert haben, gehört speziell in Neuländern, wo Arbeitskräfte teuer und schwer zu haben sind, der große Krieg und die daraus entstandenen Streiks und die verminderte Arbeitslust. Die Zahl von Arbeitern, die nötig sind, um die größte Wasserkraftanlage in voller Kraftlieferung zu erhalten, ist verschwindend klein im Vergleich zu der Riesenzahl von Bergleuten, Transportarbeitern usw., welche man braucht, um die gleiche Menge von Kraft zu erzielen. Abgesehen hiervon und von den niedrigen Kosten der Krafterzeugung (ca. 50 %) kann eine Fabrik Kraft einschalten wie Licht. Die enorme Ersparnis an Kesseln und Maschinen liegt auf der Hand.

Die Gesamtfläche Canadas umfaßt 3729655 englische Quadratmeilen, wovon allein 125755 auf Seen fallen. Es besitzt somit von allen Ländern der Erde das weitaus größte Frischwasserareal. Die Länge seiner 100 Hauptflüsse mit ihren Nebenflüssen beträgt rund 45000 englische Meilen. Bei den Flüssen Canadas mit Ausnahme derjenigen auf den Prärien findet man im Gegensatz zu denen, welche die westlichen und zentralen Staaten der Union entwässern, daß sie von Haus aus nicht auf weite Strecken ohne Unterbrechung fahrbar sind. Sie werden von Stromschnellen und Fällen unterbrochen. Wo sie als Verkehrshindernis auftreten, werden sie heute von Kanälen umgangen. In früheren Zeiten benutzte der Reisende die sogenannten „Portages“ oder Trageplätze, über die die leichten Kanus um die Schnellen herum getragen wurden.

Die entwickelte und verfügbare Wasserkraft der mit Wasserkraft ausgestatteten führenden Länder wird aus der umstehenden Tabelle, Seite 360 (nach den Angaben des „Canada Year Book“ für 1921, Ottawa 1923 zusammengestellt) ersichtlich:

Die gesamten Wasserkräfte der Welt werden auf 439 Millionen P.S. berechnet, wovon 43,3 % in Afrika sind und 14,1 % in Nordamerika (nach der „United States

Geological Survey"). Die bis jetzt entwickelten Wasserkräfte der Welt werden mit 22829000 P.S. berechnet, wovon Canadas Anteil 12% beträgt.

Unter den canadischen Provinzen steht Quebec an 1. Stelle mit 6915244 P.S. Es folgen dann: Ontario mit 4950300 P.S., Manitoba mit 3270491, Britisch Columbien mit 1031142, Saskatchewan mit 513481, Alberta mit 475281 Yukon nnd Nordwest-Territorien mit 125220, Neu Braunschweig mit 50406, Neu Schottland mit 20751 und Prince Edward Insel mit 3000.

Länder	Bevölkerung	Wasserkraft		
		entwickelt		verfügbar
		P.S.	Per 1000 Einw.	P.S. (minimum)
Vereinigt. Staaten	105683000	9823540	100	28000000
Canada	**8788000**	**2762880**	**338**	**18255316**
Norwegen	2700000	1350000	500	5500000
Frankreich	41500000	1400000	34	4700000
Schweden	5814000	1460000	251	4500000
Italien	40000000	1150000	287	3800000
Schweiz	4000000	1070000	267	1400000

Die Zahl von 18255316 verfügbaren P.S. hat man für das gewöhnliche Minimum des Flußwasserlaufes berechnet. Bei einer maximalen Entwicklung rechnet man, daß 32075998 P.S. während einer Periode von 6 Monaten zur Verfügung stehen würden. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß durch den strengen Winter die Mehrzahl der canadischen Wasserkraftanlagen zeitweise vollkommen stillgelegt werden; freilich nicht für 6 Monate. Die Berechnungen werden aber auf 6 Monate gemacht, um die Minimalzeit der Inbetriebhaltung festzustellen und die Berechnungen auf dieser Basis zu machen. Nach einem Bericht von J. B. Challies, dem Direktor der Abteilung für Wasserkraft im canadischen Ministerium des Innern, wären Turbineninstallationen möglich, die 41700000 P.S. ergeben würden. Somit wäre Canada im Besitz von fast 10% der gesamten Wasserkraft P.S. der Erde. Und in Anbetracht der Schnellen und Fälle, deren Gefälle nicht vollkommen berechnet ist, sowie der gewöhnlichen Flußneigungen mit Ausnahme solcher Stellen, wo definitive Untersuchungen gemacht worden sind, dürfte obige Zahl nicht zu hoch gegriffen sein. Den amerikanischen und canadischen Behörden kann man eine ausgesprochene Neigung zum Zahlengrößenwahn nicht absprechen,



Abbildung 1. Bassano, Staudamm, Bow River, Alberta. Hydro-elektrische Kraft- und Bewässerungsanlage. Mit der gütigen Genehmigung des „Canadian Government Motion Picture Bureau", Ottawa, abgedruckt.



Abbildung 2. Laurentide Holzbreimühle in Grand Mère, Quebec. (Siehe Nr. 28 auf der Karte.) Mit der gütigen Genehmigung des „Canadian Government Motion Picture Bureau", Ottawa, abgedruckt.

und ihre Statistiken sind „cum grano salis“ zu bewerten; jedoch ist die canadische Wasserkraftbehörde eine der wenigen rühmlichen Ausnahmen. Um jeglicher Übertreibung aus dem Wege zu gehen, wollen wir aber die Berechnungen der Krafterzeugnis der canadischen Flüsse in Kohle umgesetzt auf die sehr mäßig gehaltene Zahl von 18255316 P. S., wie in der obenstehenden Tabelle angegeben, stützen. Bei der Berechnung von 22 Tonen Kohle per P. S. pro Jahr ergibt sich die Zahl von 401616952 Tonnen Kohle oder etwa $^1/_3$ der Gesamtkohlenerzeugnis der Welt. Um diese Menge Kohle zu fördern, wären ca. 2770000 Arbeiter nötig. Die tatsächliche Wasserkraft P.S. (1921) belief sich, wie wir gesehen haben, auf 2762880 P.S. = 60783360 Tonnen, zu deren Förderung 429000 Arbeiter nötig gewesen wären (wenn wir die Förderungsleistungen von England im Jahre 1921 zu Grunde legen). Dagegen förderte Canada an Kohlen nur 15631954 Tonnen (1921).

Die Ufergegenden der großen Ströme Canadas bilden wichtige Siedelungszonen, unter denen der St. Lorenz die erste Stelle einnimmt; dieser wichtige Fluß kann ungefähr 3500000 P.S. liefern. Die drei canadischen Niagara Kraftwerke senden 740000 P.S. nach Canada. Doch ist der Niagara, der 5300000 P.S. darstellt, nicht der größte potentiale Krafterzeuger Canadas; vielmehr ist dieses der Hamiltonfluß in Quebec, der in einem Abschnitt von 12 Meilen ein Gefälle von 760 Fuß hat und dessen Grand Falls mit 302 Fuß beinahe zweimal so hoch wie die Niagarafälle sind. Nach H. M. Ami könnte der Hamiltonfluß mit den Grand Falls 9000000 P.S. liefern. Er liegt aber vorläufig vollkommen unberührt, ja er ist nur von der Labradorküste aus erreichbar und hat somit in absehbarer Zeit keinen praktischen ökonomischen Wert.

Die hauptsächlichen Wasserkraft spendenden Nebenflüsse des St. Lorenz sind der Saguenay, St. Maurice und Ottawa. Die beiden ersteren können 500000 P.S. liefern, letzterer mindestens 678000 P.S. Die Küstenströme der Georgian Bai (Huron See) und des canadischen Ufers des Obersees können alle daranliegenden und zukünftigen Ortschaften mit Kraft beliefern. Die Flüsse um die James Bai herum (Südende der Hudson's Bai) könnten während 6 Monaten des Jahres ca. 2000000 P.S. liefern. Aber die Siedlungen dieser Gegend liegen noch immer 150 Meilen südlich der Bai. Äußerst günstig ist es, daß Winnipeg, Manitoba, welches in einer vollkommen kohlenlosen Gegend liegt, seine elektrische Energie aus dem Winnipegfluß holen kann. Von seinen 500000 P.S. sind bis jetzt nur 13% „eingespannt“. Durch die Eröffnung der Hudson Bai Bahn haben die Wasserkräfte des gewaltigen Nelsonflusses mit seinen verfügbaren 2500000 P.S. an industriellen Möglichkeiten gewonnen (elektro-chemische, elektro-metallurgische Unternehmungen und Gewinnung von Holzbrei und Papier). Was die beiden andern Prärieprovinzen, Saskatchewan und Alberta, anbelangt, so hat erstere

noch keine Turbine installiert; letztere erhält 33187 P.S. durch Turbinen-installation. Britisch Columbien mit seinen zahlreichen Gebirgsströmen hat eine zukunftsreiche Wasserkraftentwicklung. Auch die kleinsten Flüsse sind dank ihrer großen Gefälle wichtige Kraftspender und in einem so mineralreichen Gebiet besonders wertvoll. Innerhalb eines Radius von 100 Meilen von Vancouver sind rund 1000000 P.S. verfügbar.

Bis heute nützt Canada nur 7 % von einer möglichen Turbineninstallation aus. Aber nichtsdestoweniger sind große Fortschritte gemacht worden, und diese 7 % stellen gewaltige Krafterzeugnisse dar. Am Anfang dieses Jahrhunderts war die gesamte installierte P.S. nur 150000. Heute besitzt Canada 2762880 operierende P.S. und über 21000 englische Meilen Transmissionen und Verteilungssysteme, die zwischen einigen wenigen P. S. und den 55000 P.S.-Turbinen, welche an den Niagarafällen in Gebrauch sind, schwanken. Von den durch „Einspannung“ der Fälle und Ströme gewonnenen P. S. werden 2204000 P. S. durch Centralverkaufsstellen verteilt; von diesen sind 648000 P. S. staatlich oder municipal. Eine Industrie, die in ungeheurer Entwicklung begriffen ist, ist die Holzbreifabrikation; (vergl. den Aufsatz des Verfassers: „Die canadische Forstwirtschaft“ in Heft 3 dieser Zeitschrift, S. 153). Sie verdankt ihre Blüte beinahe ausschließlich der Entwicklung der Wasserkräfte. So ist es nicht zu verwundern, daß diese Industrie schon rund 500000 P.S. selbst erzeugt (siehe Abb. 2).

Auf Norwegen mit 500 P.S. pro tausend Einwohner folgt Canada mit 338 P.S. an zweiter Stelle. Während der Jahre 1921 und 1922 sind weitere 500000 P.S. verfügbar gemacht worden. Hydroelektrische Erzeugung ist eine der größten fundamentalen Industrien. Vom Standpunkt der Kapitalisation ist sie die größte, denn das Kapital, welches am Ende des Jahres 1922 darin investiert war, betrug $ 620000000. Die Konstruktionskosten beliefen sich nach den letzten verfügbaren Ziffern auf $ 69,11 per installierter P.S. Aber seitdem sind Materialien und Lohnpreise derartig gestiegen, daß diese Summe sich um mindestens 25 % erhöht. Der Stromlieferungspreis schwankt zwischen $ 15 und $ 35 per P.S. je nach Entfernung usw., liefern doch die Niagarafälle auf Entfernungen bis zu 242 englische Meilen (bis Windsor Ontario). Viele große Städte wie Quebec, Montreal und Toronto beziehen ihre gesamte elektrische Kraft für Beleuchtung, Industriezwecke und Straßenbahn von den Strömen her. Hydroelektrische Kraft kommt im steigenden Maße der Landwirtschaft zugute, einerseits dadurch, daß die Industriezentren, die sich um die Kraftstation kristallisieren, günstige Absatzgebiete für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden, andererseits daß die Landwirte Licht und Kraftstrom beziehen. Die Bedeutung und der Wert von billiger Elektrizität für die Landwirtschaft ist kaum zu überschätzen. Von ebenso großer Bedeutung ist



die Möglichkeit, die canadische Bahn zu elektrisieren. Die erfolgreiche Anwendung von elektrischen Schmelzöfen für Eisen- und Kupfererze in Canada kann von umwälzender wirtschaftlicher Bedeutung werden.

BENUTZTE LITERATUR:

„Social and Economic Conditions in Canada." Band CVII von „The Annals of the American Academy of Political and Social Science", Philadelphia, 1923; „Canada. Natural Resources and Commerce", Ottawa, 1923; Heaton's „Annual", Toronto, 1923; „Canada Year Book 1921", Ottawa, 1922; L. Hamilton, „Canada", Gotha, 1921; H. M. Ami, „North America", Band I, London, 1915; R. J. Barret, „Canada's Century, London, 1907.



JOSEF MÄRZ:

DIE ZUGÄNGE ZUM INDISCHEN LEBENSRAUM

Einer Untersuchung über die Zugänge zum indischen Lebensraum wird zunächst eine Begrenzung des Gebietes vorangehen müssen. Sie ist dadurch erleichtert, daß dieser Lebensraum eine der am besten herausgearbeiteten Unterabteilungen der Erde ist und daß die immerhin schwankenden Grenzzonen an seinem Außenrand unberücksichtigt bleiben können, da das rasche Absinken der in Indien selbst so hoch gesteigerten Bevölkerungsdichte nach allen Seiten hin zweifelsfrei die Übergangslinie kennzeichnet. Was die Abgrenzung gegen die Nachbargebiete des asiatischen Kontinents anbelangt, so hat sie auf dieser Grundlage Haushofer[1]) im zweiten Kapitel von „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung" für anthropogeographische Zwecke überzeugend durchgeführt. Sie kann hier übernommen werden. Sie zieht etwa vom Indusdelta bei Karatschi über die Wasserscheide der großen indischen Ströme gegen die abflußlosen Gebiete von Iran und Zentralasien. Gegen Ostasien ist das Land der meridionalen Stromfurchen in seiner Verkehrsfeindlichkeit eine gute Abschließung; für unsere Zwecke können wir die Kette als Grenze nehmen, die in der malaiischen Halbinsel ausläuft, denn eine Durchstechung der Landenge von Krah würde unmittelbar den indischen mit dem ostasiatischen Raum an der schmalsten Stelle der Grenzscheide in Verbindung bringen.

Wenn die Zugänge zu einem Raum genannt werden, so kommt es bei der Vielheit von Einlässen von selbst zu einer Auslese in der Richtung, daß nur politisch und historisch besonders wichtige Einfallspforten des Festlandes an Bedeutung den Zugängen von der See her gleichkommen. Der Begriff des Zuganges ist identisch mit dem des Verkehrsweges, für Massenverkehr ist aber fast ausschließlich der Wasserweg verfügbar. In dieser Beziehung stellen die großen Flüsse Indiens ebenso wenig ein Verbindungsglied zu den Nachbarräumen dar, wie das sein bis jetzt noch isoliertes Bahnnetz fertig bringt. Wollen wir aber die wichtigsten Zugänge zur See erfassen, so müssen wir das Gebiet des indischen Lebensraumes seewärts so weit hinausschieben, als es zulässig ist, um bis an die wirklichen Eingangstore gelangen zu können. In dieser Beziehung deckt sich der indische Lebensraum seewärts mit dem Außenrande des Indischen Ozeans als mit der ozeanischen Ausprägung des Vorlandbegriffes, der auch die Gegenküste noch einschließen kann. Von den Nebenmeeren ist dabei der Persische Golf, der sich mit der englischen Stellung darin an das indische System anschließt, mit ihm verwaltungstechnisch zusammengespannt ist, als eine Hineinstülpung des indischen Raumes in den Körper des Kontinents aufzufassen, dagegen kann das Rote Meer



von unserer Betrachtung ausgeschlossen bleiben, da die Stellung von Aden das eigentliche Tor zu Indien von dieser Seite her darstellt und der Besitz von Suez ohne den von Aden wertlos ist. Im Osten wird die australische Westküste bis zur Torresstraße und zurücklaufend die Inselreihe von West-Neu-Guinea bis in dem Raum von Singapure mehr aus politischen und strategischen als aus biogeographischen Gründen noch einbezogen werden können. Dagegen lassen sich Einwände geltend machen; und tatsächlich ist auch heute noch der australische Küstenraum von Perth bis zur Torresstraße (mit der einzigen Unterbrechung von Port Darwin) eine ebensolche Verkehrswüste, wie er es vor der Entdeckung des Erdteiles war; immerhin ist aus praktischen Gründen ein fester Außenrand einer theoretischen Linie vorzuziehen, die etwa von der Sundastraße an der Keelinginsel vorbei nach der Südwestecke Australiens gezogen werden müßte und den Nordostzipfel des Indischen Ozeans abschneiden würde.

Der Zusammenhang dieses letztgenannten Abgrenzungsproblems mit der Entdeckungsgeschichte im Raume des Indischen Ozeans ist offensichtlich. So lange nicht in Westaustralien blühende neue Staatswesen in dem Ausmaß entstehen, wie sie sich in bevorzugten Teilen dieses Kontinents aus den ersten Anklammerungspunkten entwickelt haben, hat der Verkehr kein Interesse, sich dorthin ablenken zu lassen. Die Landesnatur macht eine solche Umlagerung im Westen ziemlich unwahrscheinlich, dieser Ausläufer des Indischen Ozeans wird voraussichtlich noch lange Zeit in seiner Abgeschiedenheit verharren. Was an Verkehrslinien im Südosten zusammenläuft, verknotet sich im Raum von Perth - Freemantl oder in Albany. Der befestigte Hafen von King George's Sound deckt militärisch diesen entlegensten der zu behandelnden Zugänge. Eine bestehende Dampferlinie Kapstadt-Hobart (auf Tasmanien)-Neu Seeland schaltet übrigens bemerkenswerter Weise das australische Festland vorläufig vollständig aus. Diese Erscheinung ist als Gradmesser wohl zu beachten. Auch die australische Überlandbahn ist ein Beweis dafür, daß der Verkehr nach der Südwestecke gravitiert; die entsprechende Nordsüdbahn ist nur zu einem Drittel ihrer Länge vollendet. Ferner tritt Port Darwin, auf das jetzt die australische Flottenverwaltung ihr Augenmerk gerichtet hat[2]), als Knotenpunkt von Dampferlinien und Kabeln an Bedeutung hinter den genannten Häfen noch zurück. Die Stichbahn ins Innere ist nur kurz; der Platz hat einstweilen lediglich örtliche Wichtigkeit, er ist durch die Telegraphenverbindung mit Singapure (über Java, wie über Timor) enger mit dem genannten Machtzentrum verbunden als mit den Interessen Australiens. An der Nordküste des Festlandes ist die Melville-Insel schon 1864 zur Sicherung der australischen Kolonien in festen Besitz genommen worden; in der Torresstraße, deren Besetzung mit zahlreichen Riffen die Durchfahrt sehr zusammenschnürt, ist die Donnerstaginsel befestigt und beherrscht diesen Zugang.

Eine Aufsicht über die vielen Durchlässe zwischen den Inseln des austral-asiatischen Mittelmeeres ist schwer durchzuführen. Der Schwerpunkt und der entscheidende Übergang liegt im Raum von Singapure. Wenn man in Betracht zieht, daß durch Kabelverbindung wie durch verwaltungsmäßigen Anschluß sowohl die Position auf der Kokosinsel (Keeling) wie die auf der Weihnachts-Insel südlich von Java an diesen Angelpunkt zwischen zwei Lebensräumen geknüpft ist, daß ferner Labuan, der Stützpunkt an der Küste Borneos, der eine Wache für den Weg Singapure-Hongkong darstellt, in das gleiche System eingegliedert ist, so wird erkennbar, daß damit zwar nur eine Auslese einiger weniger bevorzugter Lagen gegeben ist, daß aber deren Besitz politisch entschieden das Übergewicht verleiht gegenüber der politisch ungegliederten, schlecht geschützten Masse des holländischen Kolonialbesitzes mit seiner Überfülle von Positionen zweiter Güte, die gegebenenfalls alle von außen her in die Mitte genommen und matt gesetzt werden können.

Die Bedeutung des Zuganges von Singapure erstreckt sich in seinen Ausstrahlungen auf fast alle Punkte des ganzen indischen wie ostasiatischen Fragenkomplexes, denn gegen beide hin nimmt der Platz eine Vorpostenstellung ein. Die machtpolitischen Interessen Englands in Südchina (den beiden Kwangprovinzen und Yünnan) finden hier einen Rückhalt, seitdem auf der Washingtoner Konferenz England sich verpflichtet hat, Hongkong nicht weiter auszubauen, als es ohnehin schon geschehen ist. Der ganze Handel Ostasiens kann von hier abgeriegelt werden, wenn ein Zusammenwirken mit dem niederländischen Kolonialbesitz stattfindet. Außerdem ist Singapure die Deckung für die Ölvorkommen auf Borneo und Sumatra, wie andererseits für die in Burma[3]).

Bei der kaum zu überschätzenden Bedeutung, die der Platz Singapure als Torweg zwischen zwei der reichsten und dichtestbevölkerten Erdräume besitzt, ist es verwunderlich, daß diese Lage im engeren Sinne erst seit einem Jahrhundert ausgenützt wurde, obwohl sich der Kampf der letzten Jahrhunderte um die Seeherrschaft im weiteren Umkreise dieser Übergangsstelle widergespiegelt hat. Es ist bei dem „Gibraltar des Ostens“ ähnlich gewesen, wie bei seinem namengebenden Gegenstück im Westen: eine Reihe anderer beherrschender Stellungen hat sich abgelöst, bevor der Hauptplatz politisch betont und herausgehoben wurde. So war das von der Natur nicht so stark bevorzugte Malakka lange Zeit einer der berühmtesten festen Punkte, zuerst der einheimischen, dann der europäischen Mächte in diesen Gewässern. Die Portugiesen haben innerhalb ganz weniger Jahre nach der Fahrt Vasco da Gama's die Schlüsselpunkte für den indischen Lebensraum besetzt und neben Ormuz, Maskat, Goa und Aden war für sie vor allem Malakka begehrenswert, sie zerstörten das einheimische Reich, das hier von den vertriebenen Bewohnern der Insel Singapure errichtet worden war. Die noch



zu wenig erforschte Geschichte des vorportugiesischen Handelsverkehrs im Indischen Ozean weiß zu melden, daß, begünstigt durch den Monsun, sich ungemein lebhafte Beziehungen entwickelt hatten, zumal Chinesen wie Japaner damals noch Außenhandel trieben und ihre Schiffe und Volksgenossen weit in den indischen Raum hinein vordrangen. Die portugiesische Herrschaft, die in erster Linie auf Beherrschung und Monopolisierung des Handels ausging, machte aus Malakka den Hauptmittelpunkt ihrer Macht und einen der stärksten Plätze des Ostens. Sie hat in Bauten und in anderen Zügen ihre Spuren bis heute hinterlassen. Der Festungspunkt hielt sich auch so ziemlich am längsten gegen die Holländer, als diese das Erbe der Portugiesen antraten, und nach der Erwerbung dieser Position hatten die neuen Herrscher zur See geraume Zeit beide Hauptstraßen nach dem Osten unter ihrer Aufsicht, sowohl die Sundastraße als die von Malakka und zwar deren beide Gestade[4]).

Eine so einzigartige Stellung mußte die Eifersucht des nächststarken Wettbewerbers herausfordern. England hat hier, wie überall, zielbewußt gearbeitet. Seine ersten Fühler, die den Versuch machten, Fuß zu fassen, drangen sogar weiter vor, als jede spätere Wachstumserscheinung: Pulo-Run in den Molukken (Banda-Inseln) war kurze Zeit in ihrem Besitz, lag aber zu ausgesetzt, um sich halten zu können, ein Schicksal, dem ein Jahrhundert später noch das kleine Pulo Pisang in der Malakkastraße ebenfalls verfiel. Auch auf Java versuchte sich die ostindische Gesellschaft schon im 17. Jahrhundert einzunisten, freilich ohne nachhaltigen Erfolg; besser gelang es auf Sumatra, wo neben Natal, Tapanuli und ein paar anderen unbedeutenden Plätzen Benkulen 140 Jahre lang der Hauptposten Englands war. Freilich war der Besitz kein unbestrittener, in den Kolonialkriegen fielen diese Niederlassungen mehrmals in französische Hände und der örtliche Machtbereich war eingeengt, da die Holländer sofort die Gebiete um diese Außenposten herum beschlagnahmten und sie damit absperrten. Benkulen liegt von der Hauptverkehrsstraße entfernt; man hielt aber beharrlich an dem Platz fest und wollte ihn durchaus zu einem solchen ersten Ranges ausbauen. Denn der Weg durch die Malakkastraße war vorläufig noch durch die Holländer gesperrt; wollte England diese bequemere Straße in die eigenen Hände bekommen, so mußte es sich Austauschobjekte sichern, gegen die es den Holländern dann die Überlassung der Durchfahrt durch die Sundastraße anbieten konnte. Bis es zu dieser Bereinigung kam, verging eine lange Zeit. Es war zweifellos ein guter Gedanke, an der Nordspitze Sumatras sich in Atschin Einfluß zu verschaffen, denn aus diesem Raum heraus konnte die Straße westlich wie östlich an der großen Insel vorbei überwacht werden (ein Gesichtspunkt, der 1901 auch zu dem Gedanken führte, für ähnliche Zwecke, zunächst als Kohlenstation für den Handelsschiffverkehr, PuloWeh (Sabang) an der Nordspitze Sumatras pachtweise den deutschen Interessen

dienstbar zu machen, und der in seiner räumlichen Fortsetzung dazu führen mußte, die Andamanen zu besetzen, die mit Pinang in engerer Wahl gestanden hatten. aber damals wegen des Fiebers bald wieder aufgegeben und erst 1853 endgültig englisch geworden waren, und sich auch der Nikobaren zu bemächtigen, die schon 1778 als herrenloses Land an die englisch-ostindische Gesellschaft gefallen waren). Auch nach der Überlassung ganz Sumatras an Holland behielt der Herrscher des die längste Zeit fast unabhängigen Atschin eine Sonderstellung als alter Verbündeter Englands bei, zumal das Land von Anfang an enge Handelsbeziehungen mit Pinang unterhielt. Erst 1872 gab England diese Rechte auf.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts aber hielten einige scharf ausgeprägte Führerpersönlichkeiten in Britisch-Indien den Zeitpunkt für gekommen, um die Besitzverhältnisse zu ordnen und den Holländern das Durchfahrtsmonopol abzunehmen. Das Wachstum, das zur Bildung der „Straßenniederlassungen" führte, begann von Norden wie von Süden her. Schon im 16. Jahrhundert war die Küsteninsel Pulo Pinang einmal als Stützpunkt für das Vorgehen gegen Portugal benützt worden; nunmehr wurde sie 1786 englisch. Der Gründer des Platzes, Leight, hatte seine Wahl für die von ihm als erstem vorgeschlagene Interventionspolitik an der Straße durchgesetzt und seitdem ist er ein „Ausstrahlungspunkt der britischen Macht im mittleren Osten" geblieben, der freilich ebenso von Singapure überflügelt wurde, wie er seinerseits Malakka in den Schatten gestellt hat. Warren Hastings dachte an eine Reihe von Stützpunkten an der Ostseite Sumatras: Riouw, Lingga, die beide gegen Pinang unterlegen waren (die aber noch heute von Holland in ihrem insularen Wert dadurch hervorgehoben sind, daß sie eine eigene Präsidentschaft bilden, wenn auch erst 1909 z. B. die Sabangbucht auf Riouw, als Kohlenstation in der Rolle der Ergänzung zu dem gegenüberliegenden Singapure von großer Bedeutung, in unmittelbare Verwaltung genommen wurde). Aber die Machtverhältnisse waren um die Wende des 18. Jahrhunderts immer noch so ungleich, daß man einem Durchbruch ein Umgehen der holländischen Stellung vorzog; denn noch zwei Jahrzehnte später griff Raffles, der Gründer von Singapure, anfänglich auf den Gedanken zurück, die Westküste von Sumatra zu benützen und dort eine Reihe von Stationen bis zur Sundastraße auszubauen. Die Festsetzung bei Riouw sollte dann in Verbindung mit Pinang den Ring um den holländischen Besitz schließen, in dem Siak, Singapure gegenüber, freilich noch ein Stein im Wege war.

Raffles betrachtete es als seine, mehrmals ausgesprochene und auch schriftlich niedergelegte, Hauptaufgabe, dem britischen Einfluß eine möglichst vorteilhafte Zentralstation zu erwerben und als Entschädigung dafür die Sundadurchfahrt den Holländern zu überlassen; er ließ sich in aller Form die Ermächtigung geben, eine Station südwärts von Malakka zu besetzen. Palembang,



Riouw, Bintang fand er schon in festen Händen, Karimon und Siak schienen ihm für seine Zwecke ungeeignet. So entschied er sich für Singapure, sicherte 1818 trotz scharfen holländischen Einspruchs Vorrechte für England und führte 1824 die endgültige Besitznahme herbei. Durch Vertrag wurde den Holländern Sumatra mit den anderen Inseln überlassen (Java war bekanntlich während der napoleonischen Kriege längere Zeit von den Engländern besetzt), das England dafür Malakka und die Insel Singapure auslieferte. Das Sultanat Johore, aus dem dieser Stein herausgebrochen wurde, behielt aber unter allen malaiischen Herrschaften der Halbinsel die verhältnismäßig größte Unabhängigkeit, wie auch das Hinterland der vier „Straßenniederlassungen" — 1874 kamen noch die Dindings (Pangkor) dazu — die längste Zeit unbekannt und unerschlossen blieb[5]). Erst 1884/85 fand die erste Durchquerung der Halbinsel statt! Es waren bloße Anheftungspunkte, die anfänglich lediglich bestimmt waren, von einem Stück Land aus wieder auf die See hinaus zu wirken. Erst in jüngster Zeit begann das Aufeinanderzuwachsen der Besitzungen, die Zusammenfassung der Eingeborenenstaaten in verschiedenartiger Bindung. England baut sich hier, wie in Indien von punktförmigen Anfängen ausgehend, ein neues „kleines Indien" in vielen Übergangsformen und mit dem Vorzuge der ausgezeichneten Lage zwischen zwei Ozeanen. Aus wachem geopolitischen Instinkt heraus wehrt es sich mit allen Mitteln gegen eine Durchstechung der Landenge von Krah, durch die seine Stellung im Rücken umgangen werden könnte. Ein Problem für sich ist die Überflutung der Halbinsel und des holländischen Besitzes durch die chinesische Einwanderung, die unangenehm zu werden beginnt.

An diesem Zugang zum indischen Lebensraum hat sich das britische Reich einen „Platz an der Sonne" gesichert. Der Punkt Singapure ist „einer der Mittelpunkte, um die sich das Leben der Welt dreht". Ein Vorgang ist dabei viel zu wenig beachtet worden, der die malaiische Halbinsel in jüngster Zeit verwaltungstechnisch aus der Masse der übrigen Besitzungen heraushob; die vier „Straßenniederlassungen" waren schon bisher Kronkolonien, im Gegensatz zu den malaiischen Schutzstaaten, und in diesem Verhältnis etwa mit der Stellung der spanischen Presidios zu der spanischen Zone in Marokko vergleichbar. Malayasia ist mit den Seychellen, Amiranten, mit Ceylon, den von diesem abhängigen Malediven, den Lakkadiven, die von Britisch-Indien ressortieren, den Andamanen und den Tschagos-Inseln, die wie Rodriguez ihrerseits zum System von Mauritius gehören, zu einer gesonderten Verwaltungsgemeinschaft mit dem Regierungssitz in Mauritius zusammengefaßt worden[6]). Diese Reihe von Kolonien ist dadurch noch schärfer als früher vom Körper des eigentlichen indischen Reiches abgehoben worden. Diese Zusammenfassung fühlt vielleicht kommende Entwicklungen voraus; es ist damit ein Gürtel quer durch den Seeraum gelegt worden, der ausgesprochen wehrgeographische Ziele verfolgt. Vor

den großen Festlandsblöcken Britisch-Südafrikas, Britisch-Indiens, Australiens soll ein trennender Streifen mit verstärkter Schutzfunktion und unmittelbarer Beherrschung geschaffen werden, damit dem Mutterlande für alle Fälle die Kette erdumspannender Verbindungsglieder erhalten bleibe, wenn die großen Landgebiete um den indischen Ozean herum einmal andere, auseinanderführende Wege gehen sollten. Dieser Gürtel schiebt sich zwischen die indische, australische und ostasiatische Welt mit seinem Endpunkte gerade dort ein, wo die Trennungslinien der drei Erdräume zusammenstoßen und einem Übergang von weltpolitischer Bedeutung Platz machen. Diese Aussonderung hat bereits eine Vorstufe in der Entwicklung der „Straßenniederlassungen", ihrer Zusammenfassung unter eigener Verwaltung 1826 — schon zwei Jahre, nachdem Singapure, dem sein Gründer mit unvergleichlichem Scharfblick von Anfang an die Handelsfreiheit verschafft und dadurch den Grundstein zu seiner Entwicklung gelegt hatte, gegründet worden war —, ihrer Trennung vom Bereich der indischen Verwaltung 1867 und in der oben gekennzeichneten Verwaltungsgemeinschaft mit dem Streubesitz rund um das malaiische Inselgebiet herum. Schott sah ein deutsches Kriegsziel in einer „äquatorialen Interessensphäre maritimer Natur": Sansibar-Pemba — verschiedene kleine Inseln südlich bis Kerguelen-Seychellen-Diego Garcia bis Deutsch Neu-Guinea. Damit sah er die entsprechende englische Zielsetzung, die jetzt erst verwirklicht worden ist, voraus und wollte sie durchkreuzen.

Von der Landenge von Krah ab bis zum Nordwestende des Himalaja sind wohl Paßstraßen und Übergänge über die Gebirgsschranken zu verzeichnen, die aber, wie auch die Flußdurchbrüche, nicht als eigentliche Zugänge aufgefaßt werden können. Erst der Khaiberpaß nimmt wieder eine an Bedeutung vergleichbare Rolle ein. Auf das jahrzehntelang scharf zugespitzte und auch jetzt nur auf einige Zeit vertagte, auf andere Wege abgelenkte Aufeinanderzuwachsen des englischen und russischen Machtbereiches, auf die Rolle Afghanistans als Paßstaat soll hier nicht näher eingegangen werden; gemeinsam mit der Darstellung des Landweges durch Persien ist dies eine Aufgabe für sich, die zweifellos in diesen Blättern noch von berufener Feder erfolgen wird.

Dagegen ist die Golfstellung einer gesonderten Behandlung zu unterziehen. Die Außengrenze des indischen Lebensraumes ist hier im Raum von Basra zu suchen, heute, wenn man will, sogar noch weiter aufwärts im Zweistromland. Das ganze indische Verwaltungssystem im Golf ist von Indien aus geleitet, ist Vorlandssicherung für dieses. Im inneren Winkel des Golfs laufen Verkehrswege vom Mittelmeer und Schwarzen Meer her mit sehr verschiedener Bedeutung zusammen, sowie die aus Innerarabien nach Kuweit, auch münden von Norden her bei Mohammera, Buschir und Bender Abbas die Straßen aus Persien ein. Gegen ein russisches Vordringen an den Golf auf diesem Wege war England stets äußerst



empfindlich; die Äußerungen von Curzon und anderen sparen nicht mit Vorwürfen und kräftigen Worten. In der gleichen Weise beunruhigten die deutschen Bagdadbahnpläne die Engländer, die am „Gleichgewicht" am Golf interessiert waren und sind. Für europäische Verhältnisse ist dieses Gleichgewicht ja keines; für die englische Verwaltung besteht es aber darin, daß durch das System der Subsidien und Schiedsgerichte mit einem Mindestmaße von wirklichen Machtmitteln ein Höchstmaß von ausgleichendem Einfluß und Ausbalanzierung der örtlichen Machtbestrebungen erreicht wird. Die Beherrschung dieses Zuganges ist zwar nur eine locker anhaftende, aber deshalb nicht minder bedeutsame, und vor England haben schon die Portugiesen (Ormuz, Bahrein usw.) und nach ihnen die Holländer in gleicher Weise versucht, das Golfgebiet durch die Besitznahme einiger auserlesener Punkte in seiner Ganzheit zu kontrollieren und zu beherrschen, weil sie in ihm einen der wichtigsten Durchgangsräume vom Westen nach Indien erblickten. Der Verkehr, der diese Straße benützte und benützt, darf indes nicht als zu stark angenommen werden, wenn auch Plätze wie Ormuz und Maskat in den alten Schilderungen aufs höchste gerühmt werden. Eine kurze zusammenhängende Darstellung darüber wird in einigen Monaten erscheinen[7]).

An Wichtigkeit mit dem von Singapure vergleichbar ist der Zugang durch die Straße von Bab-el-Mandeb, gekennzeichnet schon dadurch, daß sich in der Neuzeit fast alle Nationen dort eingenistet haben. Sie hat aber noch einen Vorzug vor dieser voraus: sie ist praktisch schlechthin unumgehbar, nicht nur für den Schiffsverkehr, der die Durchfahrt benützen muß und nicht eine Mehrheit von Durchlässen zur Verfügung hat, sondern auch für den Landverkehr, der sich durch die beiderseits nahe herantretenden hohen Gebirge Jemens und Abessiniens und auf der arabischen Seite auch durch die Wüstennatur des Landes gehemmt sieht. Auch hier liegen die bemerkenswerten Punkte dicht beisammen. Aden ist hier der Brennpunkt aller Interessen, die auf eine Überwachung dieses Zuganges zugeschnitten sind; hier laufen die Kabel aus dem Roten Meer und die von Kapstadt aus an der ostafrikanischen Küste entlang geführten zusammen, um vereinigt nach Bombay weiter zu gehen; hier kreuzen sich ebenso die Dampferlinien, die den oben genannten Wegen folgen. Denn unähnlich der vorportugiesischen Zeit und der darauffolgenden 3 Jahrhunderte hat sich jetzt der Verkehr vom Monsun unabhängig gemacht, der eine Diagonalverbindung Vorderindiens—Ostafrika längst geschaffen und sowohl die Verwaltung Ostafrikas von Goa aus als auch das Entlangwachsen des portugiesischen Herrschaftsbereiches und vor ihm wie nach ihm des Maskatarabischen Seereiches am ostafrikanischen Küstenraum begünstigt hatte; Aden hat heute viel von diesem Verkehr abgefangen und an sich gezogen, obwohl Klima und Wassermangel nicht einmal zu einem selbst nur vorübergehenden Aufenthalt anreizen könnten. Die Gunst der Lage, die mit einer natürlichen Festigkeit, wie bei

Gibraltar, zusammenwirkt und einen naheliegenden Vergleich herausfordert, und die Vorzüge des Hafens, des besten Arabiens, haben es trotzdem vermocht, dem Platz eine beherrschende Stellung zu verschaffen [8]).

Dabei ist Aden für eine tatsächliche Überwachung nicht einmal so sehr geeignet, wie sein „Auge" Perim, die kleine Insel inmitten der durch Korallenklipppen und Strömungen noch mehr eingeengten Straße Bab–el–Mandeb. Nach ihrer Besetzung durch die Portugiesen kam zuerst wieder Napoleon auf den Gedanken, sich dieses Musterbeispiel eines rein militärischen Stützpunktes zu bedienen; englisch-indische Truppen kamen ihm aber zuvor und hielten die Insel von 1799–1801 besetzt. Sie mußte damals wieder aufgegeben werden, da der Wassermangel den Besitz ohne Anlehnung an einen nahen stärkeren Platz unhaltbar machte, Perim ist auch jetzt noch in seiner Versorgung vollständig von Aden abhängig. 1857 wiederholte sich die Durchkreuzung französischer Absicht, die schon die Bedeutung des Suezkanals vorweg ausnützen wollte, und brachte die endgültige Beschlagnahme für England.

Nicht immer war Aden in seiner beherrschenden Stellung unbedroht. Der Verkehrsweg war zeitweilig verödet, der Handel abgelenkt. Übrigens ist dieser Handel, der seit der Erklärung des Ortes zum Freihafen (1850) seinen so hohen Aufschwung genommen hat, zu $^{9}/_{10}$ Zwischenhandel, der für Südarabien keineswegs typisch ist — wie überhaupt Aden nur lose als eine maritime Erscheinungsform an den Körper der Halbinsel angeheftet erscheint und eine ähnliche natürliche Abschließung aufweist, wie Gibraltar. Wenn auch sein Gebiet viermal erweitert wurde, hauptsächlich zur Sicherung der Wasserversorgung, so läßt sich hier doch kaum so von einer Einwurzelung sprechen, wie sie etwa die Handelskolonien an der chinesischen Küste zeigen. Aden ist in überragendem Maße Ausfallstor, nicht Eingangstor ins Land.

Die Besitznahme Adens war einer der Hauptpunkte bereits in der Seestrategie Albuquerques, der, kaum daß ein portugiesisches Schiff überhaupt den Indischen Ozean durchfahren hatte, binnen wenigen Jahren schon die beherrschenden Positionen in seine Gewalt brachte. Der erste Handstreich glückte freilich nicht, und auch später gelang es den Portugiesen nicht, sich lange hier zu halten. Die sonst sehr rührigen Holländer schenkten dem Platz keine Beachtung; nach der Besetzung durch die Türken bei ihrem Vorgehen gegen Portugal fiel er in vollkommene Bedeutungslosigkeit unter einheimischen Stammeshäuptern zurück. In dieser Zeit begann sich die Aufmerksamkeit der britisch-indischen Regierung auf ihn zu richten. 1809 erhielt der Gouverneur von Bombay den Vorschlag, dort Befestigungen zu errichten, eine 1828 errichtete Kohlenstation wurde bald wieder verlegt, aber das unabweisbare Bedürfnis nach einer solchen ließ 1837 den Gedanken einer Besitznahme wieder auftauchen, die dann 1839 durch einen Handstreich erfolgte.



Aden wie Perim und die Kabelinsel Kamaran im Roten Meer werden, gleich der Golfstellung, von Indien aus verwaltet. Die Besetzung des britischen Somalilandes dient wesentlich der Sicherung der Gegenküste und des Versorgungsgebietes von Aden, Sicherungsverträge über Teile davon wurden schon vor der Besitznahme des anfänglich etwas unterschätzten Perim abgeschlossen, 1888 wurde bei einer Bereinigung der Ansprüche an dieser Stelle ein Stück an Frankreich abgetreten, das aber keinen Gebrauch von dem Vorteil der Lage machte und auch aus Obok, das schon vor der Eröffnung des Suezkanals erworben worden war, nur eine kümmerliche Kohlenstation zu schaffen wußte, trotzdem es günstig an der Meerenge liegt. Sokotra war als notwendige Ergänzung schon 1835 kurze Zeit von England benützt worden, aber aus klimatischen Gründen wurde es wieder aufgegeben, Albuquerque und d'Almeida hatten schon im Anfang des 16. Jahrhunderts den Wert dieser Lage erkannt. 1876 sicherte sich England die Insel mit den Nebeninselchen gegen eine Abtretung an fremde Mächte. Italien wurde damals beargwöhnt, das sich schon vorher um Roheita, wenige Jahre später um Adulis und Moka bemühte und 1885 Massaua erwarb, das im Gegensatz zum Hinterland in unmittelbare Verwaltung genommen wurde. 1886 folgte dann die englische Schutzherrschaft über Sokotra, ohne daß unmittelbare Einflußnahme und Besetzung für nötig gehalten wurde.

Umstritten und rätselhaft ist die politische Stellung von Scheich-Said, das mit dem afrikanischen Vorgebirge Ras Segân die berufenen Wächter des „Tores der Tränen" bildet. Der Punkt überhöht, selbst so gut wie uneinnehmbar, die Insel Perim, welch letztere im Weltkriege zeitweise dadurch von türkischer Artillerie bedroht werden konnte. Die Stellung ist noch günstiger als die von Aden, sie scheint auch im Altertum schon Beachtung gefunden zu haben. Dagegen sind ihre natürlichen Vorzüge zweifellos überschätzt worden; der Strandsee hat nur geringen Tiefgang. Über der Geschichte des Punktes hängt ein gewisser Schleier; er wird ein „aufgegebenes französisches Gibraltar" genannt, ein „wunder Punkt der französischen Kolonialgeschichte". Tatsache ist jedenfalls, daß der kühne französische Reichserbauer im indischen Raum, Mahé de Labourdonnais, mit seinem ausgezeichneten Blick für solche Lagen 1743 die Abtretung von Kap und Lagune Scheich-Said betrieb. Auch Napoleon gab Auftrag zur Besetzung, die freilich nicht ausgeführt wurde, und als dann 1838 sich Ägypten, von Frankreich vorgeschoben, in den Besitz des Punktes setzen wollte, stieß es bereits auf englischen Widerstand, noch ein Jahr vor der Besetzung von Aden. Trotz der Bedeutung für Perim scheint dann aber bei den Engländern das Gefühl für die Wichtigkeit des Punktes abgenommen zu haben, denn eine Gesellschaft Marseiller Kaufleute konnte 1869 den Platz mit der Umgebung kaufen. 1870/71 wurde während des Krieges dort eine französische Kohlenstation eingerichtet, aber seitdem geschah

merkwürdigerweise nichts mehr, um die französischen Ansprüche auf den Punkt durchzusetzen oder seine Vorzüge zu verwerten. Heute ist er lediglich ein Riegel für eine weitere Ausdehnung des englischen Gebietes von Aden. Immerhin, eine gewisse Spannung zwischen Frankreich und der Türkei einerseits, Frankreich und England andererseits hat sich nie ganz beseitigen lassen; Vereinbarungen sind jedenfalls über den Punkt getroffen worden, ihr Inhalt entzieht sich aber der Kenntnis[9]). Jedenfalls betrachtet sich Frankreich als den Eigentümer des Platzes. Scheich–Said hat auch in der deutschen Kolonialgeschichte einmal eine Rolle gespielt: 1870 wie 1884 wurde von dritter Seite eine Erwerbung für Deutschland angeregt, im ersteren Falle wurden auch Rußland und Italien als Interessenten genannt. Die Akten des ehemaligen Kolonialamtes enthalten darüber eingehende Aufschlüsse, die noch nicht veröffentlicht worden sind (der Verfasser hatte Gelegenheit, Einsicht zu nehmen). So viel kann aus ihrem Inhalt angegeben werden, daß die deutsche Regierung es ablehnte, auf die Angebote einzugehen. Ein Aufsatz in der „Allgemeinen Zeitung" vom Januar 1885, der die Oberhoheit des türkischen Sultans über den Platz betonte, ist, wie in manchen anderen Fällen, vielleicht auf Lothar Bucher zurückzuführen, der ja die Stellungnahme der deutschen Regierung kennen konnte. Schon das Gerücht hatte 1884 in Frankreich einen Sturm der Entrüstung gegen Deutschland entfesselt und doch war damals nicht nur der Kaufpreis zu hoch, sondern der Platz hätte auch Seestreitkräfte unnötig gebunden und wäre trotzdem für Deutschland nur von relativem Wert gewesen. Eine ähnlich scharfe Stellungnahme, diesmal von englisch-indischer Seite, trat ein, als 1901 der Plan einer deutschen Kohlenstation auf den Farisan-Inseln, einem früher wichtigen Schiffahrtsmittelpunkte im südlichen Teil des Roten Meeres, auftauchte.

Die gesamte afrikanische Ostküste, vom Ausgang des Roten Meeres bis zum Kap der Guten Hoffnung, kann kurz abgetan werden. Zugänge zum Indischen Ocean, von mehr als rein örtlicher Bedeutung, münden hier nicht ein, auch die noch nicht vollendete Verbindung Ägypten — Viktoria-See — Mombasa hat vermutlich kaum Aussicht, mehr als ein gelegentlich benützter Umgehungsweg zu werden. Das gleiche wird für die ostwestliche Verbindung Kongo — Tanganjikasee — Daressalam zu gelten haben. Der überwiegende Vorteil des Seeweges ist für Personen- wie Güterverkehr trotz des großen Umweges um das Kap nicht ausgeschaltet.

Das Kapland selbst ist an sich schon eine der wichtigsten Lagen des Erdballes. Sein Hinterland erhöht seinen Lagewert nicht, vermehrt aber die Sicherheit und bringt durch seine Bodenschätze den wirtschaftlichen Gesichtspunkt zur Geltung. Ein Haupteckpfeiler des Seeverkehrs, behielt es auch nach der Eröffnung des Suezkanals seine Bedeutung als der eine der großen Zugänge zum indischen Lebensraum bei. Nicht umsonst ist es nacheinander in die Hände fast aller Nationen



gefallen, die das Weltmeer beherrschen wollten; seine Rolle für die Verteidigung von Indien und Australien darf nicht unterschätzt werden: Aus dem Anheftungspunkt hat sich inzwischen eine große Selbstverwaltungskolonie entwickelt, und die Reichsteile wachsen unaufhaltsam aufeinander zu.

Im indischen Lebensraum ist heute erfüllt, was Castlereagh als Forderung aufstellte: „Jede Position auf dem Wege nach Indien muß uns gehören". Landwege wie Seewege haben sich die Engländer gesichert, und mögen sie auch Vorgänger gehabt haben, die die gleichen Ziele anstrebten, in dieser Vollendung ist es nur ihnen allein gelungen. Da aber ihre politische Erfahrung ihnen sagt, daß die Seeherrschaft nicht von Zufälligkeiten auf dem Festlande abhängig gemacht werden darf, so haben sie, wie schon ausgeführt, bereits wieder den Anfang gemacht, kontinentalen und maritimen Besitz auseinander zu halten. „Bereit sein ist alles."

LITERATUR UND ANMERKUNGEN

[1]) In Haushofer — März „Zum Freiheitskampfe in Südostasien", Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Teil I: Haushofer, „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung", S. 32, 146, 147.

[2]) Siehe: „Zeitschrift für Geopolitik", Heft 4, S. 260.

[3]) Vergleiche hierzu: Gadow, „Der Zusammenhang der weltpolitischen Machtfragen", „Marine-Rundschau", Jahrgang 1924, Heft 2, S. 57.

[4]) Über die Geschicke dieser Erdstelle unterrichtet am besten das Werk von Arnold Wright und Thomas A. Reid: The Malay Peninsula. A Record of British Progress in the Middle East. London und Leipzig 1912. — Die vorstehende Darstellung ist in den Grundzügen dem Buch des Verfassers entnommen: Haushofer — März, Teil II: März, „Die Stützpunktpolitik der großen Mächte: Grundlagen und Entwicklung", S. 388 ff. Viele Einzelangaben finden sich in Supan: „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien", Gotha 1906.

[5]) Vergleiche hierzu den Aufsatz von Rowland-Kalling in Heft 4 dieser Zeitschrift.

[6]) Über diese Neugliederung der Verwaltung s. Haushofer, a. a. O. S. 141, 147, 155; März, a. a. O. S. 192, 225, 248, 249, 422; Gadow; Schott, „Geographische Zeitschrift" 1917, S. 525: „Deutsche Zukunftsbedürfnisse auf den Weg des Seeverkehrs".

[7]) Eine ausführliche Skizze der geopolitischen Probleme, die mit dem Persischen Golf verknüpft sind, wird vom Verfasser in den „Freien Wegen vergleichender Erdkunde" erscheinen, die zum 60. Geburtstag Erichs von Drygalski geplant sind. Einzeldaten und Literatur s. März, a. a. O. S. 398 ff.

[8]) Quellen und ausführlichere Darstellung s. März, a. a. O. S. 406 ff.; Rawson W. Rawson, European territorial claims on the coasts of the Red Sea and its southern approaches, in 1885. „Proceedings of the Royal Geographical Society", Bd. VII, 1885, S. 39 ff.

[9]) Quellen s. März, a. a. O. S. 413 ff.; Corbie, Le Mystère de Cheik — Said, Paris 1913.

OTTO SCHLÜTER:

STAAT, WIRTSCHAFT, VOLK, RELIGION IN IHREM VERHÄLTNIS ZUR ERDOBERFLÄCHE: I.

Einer Ausbildung von Gruppen innerhalb der Menschheit kommt die Gestaltung der Erdoberfläche mannigfach entgegen. Enge Talschaften im Gebirge, kleine waldumrahmte Gaue – das sind in vielen Gegenden die Kammern, in denen sich die Bewohner anfangs einrichten müssen. Abgeschlossen gegen die Umgebung, sind sie es doch niemals in solchem Maße, daß jeder Verkehr mit der Nachbarschaft fehlte. Immer bleibt daher die Möglichkeit, sich in dieser oder jener Weise zu verbinden. Je mehr dann die trennenden Wälder gelichtet, Sümpfe wegsam gemacht werden, verlieren die ursprünglichen Naturgrenzen ihre Bedeutung, und die alten Gaue verschmelzen zu größeren Einheiten. So geht es fort, bis stärkere Schranken, sei es ein schwer zu bewältigendes Gebirge oder gar das Meer, dem Zusammenschluß der Teile abermals zeitweilig Halt gebieten.

Andere Länder stehen der Völkerbewegung von vornherein weithin offen, während sie eine tieferdringende Kulturarbeit nicht erlauben oder zum mindesten nicht anregen, nicht erzwingen. Locker am Boden haftend verbreitet sich die Bevölkerung schnell über große Flächen. Und doch bringt es die Weite des Raumes auch wieder mit sich, daß nicht jede Völkerwelle das Ganze zu erfassen vermag. Von dem Punkt, wo sie erregt wird, breitet sie ihre Kreise aus, die sich allmählich im Grenzenlosen verlieren. Darum gewähren solche Gebiete, die zunächst mehr die Einheit zu begünstigen scheinen, doch auch widerstrebenden Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit, sich irgendeiner neuen Macht zu entziehen und sich in ihrer Eigenart zu erhalten. Welche bunten Bilder dabei entstehen können, zeigt am besten das osteuropäische Völkermosaik vor der Verrussung.

So bestimmen Gliederung und Zusammenhang in wechselndem Verhältnis die Eigenart der Wohngebiete. Neben diesen aber dehnen sich die leeren Räume der Wüste und des Meeres aus, die dem Wohnen eine Grenze setzen und dennoch, als Verkehrsgebiete, wieder Verbindungen von gewaltigem Ausmaß vermitteln können. Zuletzt fügt sich die ganze Mannigfaltigkeit der Gestaltung des Lebensraumes in die schlichte Einheit der Erdkugelfläche.

Gliederung und Zusammenhang, Vereinzelung und Verbindung sind also immer zugleich gegeben, und nicht läßt sich sagen, daß eins von beiden natürlicher wäre als das andere. Das gilt zunächst und unmittelbar für die Menschengruppen, wenn wir darunter nur Summen benachbarter Einzelmenschen und Familien verstehen. Es muß aber auch für die Gemeinschaften, die eine größere Zahl solcher Einzelwesen durch ein unsichtbares Band zusammenschliessen, seine Bedeu-



tung haben. Denn alle Gemeinschaftsbildung hat ihre Grundlage im Verkehr, die gemeinschaftbildenden Gedanken haften an körperlich auf der Erde lebenden und wandelnden Menschen. So ergibt sich auch für den Staat schon hieraus eine wichtige Folgerung. Jede Größenordnung staatlicher Vereinigung, wenn auch nicht jede einzelne Gestaltung, kann sich auf geographische Tatsachen berufen, findet in den Bedingungen der Erdoberfläche ihre Rechtfertigung. Die Geographie ist in der Beziehung an sich völlig neutral. Nie wird es gelingen, aus ihr allein die Entscheidung über den Vorrang partikularer, nationaler oder universaler Bestrebungen abzuleiten. Was sie uns lehrt, ist nur das Zugleichsein von Gliederung und Zusammenhang und die allgemeine Wichtigkeit der geographischen Bedingungen für jede Art von Politik.

Die menschlichen Gemeinschaften stehen jedoch zum Boden nicht in dem gleichen Verhältnis, und es ist Aufgabe der geopolitischen Betrachtung, diese Unterschiede zu beobachten; zu verfolgen, wie Staat, Wirtschaft, Volk, Religion, jedes nach eigenen Gesetzen, sich auszubreiten streben, wie sie auf der Erdoberfläche mit einander ringen und wie sich insbesondere der Raumanspruch des Staates mit dem anderer Gemeinschaften auseinandersetzt.

1. Im Staat wird die Beziehung zum Boden schärfer und bewußter als anderswo erfaßt. Das Gebiet gehört zum eigensten Wesen des Staates als sein Herrschaftsraum, in welchem er — bei klaren Verhältnissen — die höchste, die allein unabhängige Gemeinschaft bildet, und wo die von ihm geschaffene Ordnung als die höchste gilt, der sich alle anderen fügen. Denn nicht darin besteht die Eigenart des Staates, daß er überhaupt eine Rechtsordnung darstellt, sondern eben darin, daß er als höchste Instanz in seinem Gebiet anerkannt wird. Er ist der Träger, der Schöpfer des Rechts; sein besonderes Wesen liegt aber nicht im Recht, sondern in der Herrschaft. Indem er diese seine Herrschaft zur Aufrichtung und Unterhaltung einer alles umfassenden Rechtsordnung benutzt, indem er mit seiner Macht diese Ordnung und das soziale Leben seiner Bevölkerung schützt, gewinnen Herrschaft und Macht dann aber doch mit reichem Inhalt zugleich auch sittliche Bedeutung; nicht als ob sie nun ohne weiteres sittlich gut wären, wohl aber im Sinne einer sittlichen Aufgabe, die gut wie schlecht gelöst werden kann.

Allein wir müssen zunächst den Staatsgedanken in seiner reinsten Form herauslösen, wo die Herrschaft als Selbstzweck erscheint. Da erblicken wir als die wesentlichen Komponenten des Staates: ein Gebiet, das er ausschließlich beherrscht, und eine Bevölkerung, die durch Unterordnung unter seinen Willen zur Einheit verbunden ist. Sein Streben geht nun dahin, den Einklang zwischen diesen beiden herzustellen und zu erhalten, woraus sich sogleich ein Bedürfnis nach verbindendem Verkehr innerhalb des Staatsgebietes, nach guten, leicht zu sichernden Grenzen und nach einer für den Wettkampf mit den Nachbarn

möglichst günstigen Lage ergibt. Dieser eigentliche Staatsgedanke mag zu einfach sein, um in der Wirklichkeit ohne Beimengung anderer Motive aufzutreten; doch ist er kein bloßer abstrakter Begriff, sondern eine gestaltende Idee, die zu allen Zeiten höchst wirksam war, unabhängig von der jeweiligen Form und Verfassung der Staaten. Es ist von seinem Standpunkt aus gleichgiltig, ob die Bevölkerung eines Stammes sei oder vielfach zusammengesetzt, gleichgiltig auch, wie sie sonst etwa gemeinschaftsweise gegliedert sein möge, sofern nur das alles sich dem Staate unterordnet. Bezeichnend genug, daß der Staat des Staufers Friedrich II, der in manchem als erster Vertreter neuzeitlicher Auffassungen gilt, auf dem in Volk und Kultur damals so sehr gemischten Sizilien erwuchs. „Hier ist kein Volk mehr, sagte Jakob Burckhardt von ihm, sondern ein kontrollierbarer Haufe von Untertanen."[1])

Die Bevölkerung und ihr Wachstum, ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit, bildet den Urgrund des staatlichen Lebens. Vermehrt sich die Zahl der Bewohner dauernd und rasch, so gibt sie dem Staat einen Drang nach Ausbreitung. Bleibt sie stehen oder geht zurück, so liegt darin eine Schwäche, die früher oder später auch zu einem Weichen der Staatsgrenzen führen wird. Die einfache Tatsache, dass eine zahlreiche Bevölkerung eines großen Lebensraumes bedarf, ist von so grundlegender Bedeutung, daß manchmal alles andere daneben zurücktritt. Rußlands größte Stärke lag vor dem Weltkrieg in seiner gewaltigen, schnell wachsenden Bevölkerungsmenge, mit der es in gefährlicher Weise auf Europa drückte. Von noch höherer Bedeutung waren für das „Land der Menschen", wie China in altindischen Schriften bezeichnend genannt wird, die Menge seiner dicht siedelnden Bewohner, ihre Zähigkeit und Anpassungsfähigkeit, die ihm eine seltene Dauer und Widerstandsfähigkeit gegen fremde Einwirkungen verliehen haben.

Gesetzt nun, ein Staatsgebiet habe eine Bevölkerungsmenge, die seiner Ausdehnung zu einer bestimmten Zeit gemäß wäre, gesetzt ferner, es bestände in der Hinsicht ein gewisses Gleichgewichtsverhältnis zu den Nachbarstaaten, so wird sich das infolge der Veränderung der Menschenzahl alsbald verschieben. Damit entstehen Spannungen zwischen Staat und Bevölkerung, die auf die politischen Bestrebungen einwirken. Sinkt die Bewohnerzahl unter das Maß, das der Staatsraum fassen kann, so besteht die Gefahr, daß der Staat dem Druck volkreicherer Nachbarn nachgeben muß. Um sich in seinem Bestand zu erhalten, wird er dann vielleicht die Einwanderung Fremder in stärkerem Maße begünstigen, wobei es dem Staat an sich nicht darauf ankommt, welcher Art diese Fremden sind. Die Aufnahme der Germanen in das römische Reich und die Verwendung farbiger Truppen im heutigen Frankreich sind nur zwei Beispiele aus einer großen Zahl von Fällen, die zeigen, wie der reine Staatsgedanke oft gerade das Wichtigste, die militärische Sicherung, durch fremde Diener am besten gewährleistet glaubt. Schon



früher machte sich bei Frankreich der Bevölkerungsdruck in einem langsamen Einsickern von Fremdenelementen an den Grenzen bemerkbar. Nun sollen die Afrikaner, einstweilen als Soldaten, bald aber wohl unvermeidlich auch als Ansiedler, ein starkes Einströmen, besonders aus Deutschland, wie es dem Grade jenes Druckes entsprechen würde, aufhalten, bis vielleicht doch einmal der Zeitpunkt kommt, wo solches nicht mehr zu verhindern ist. Nahezu den umgekehrten Weg pflegen Kolonialländer zu gehen, deren Bevölkerung den Sättigungsgrad überhaupt noch nicht erreicht hat. Lange Zeit wahllos die Einwanderer aufnehmend, wie sie dem aussichtsreichen Jungland aus allen Völkern und Rassen zuströmten, sah sich die amerikanische Union dann doch seit 1882 mehr und mehr genötigt, manche Elemente als wenig erwünscht der Zahl nach zu beschränken oder völlig auszuschließen.

Wenn die Bevölkerung den Sättigungsgrad übersteigt, muß der Staat suchen, den Überschuß zu erhalten und ihn zur Vermehrung seiner eigenen Kraft zu benutzen. Die Besiedelung unbewohnter Gebiete führt am leichtesten zum Ziel. Wo solche nicht mehr zur Verfügung stehen, sind die Völker gewöhnlich eher geneigt, schwächere Nachbarn zu überwältigen als den eigenen Boden durch weiteren Ausbau für eine größere Menschenmenge tragfähig zu machen. Hierzu wird im allgemeinen nur spät und ungern geschritten. Auch gewährt das immer nur einen kürzeren oder längeren Aufschub; schließlich muß sich die Bevölkerung doch einmal nach außen wenden. Und es wird in der Regel nicht erst eins das andere ablösen, sondern die gesunde Kraft eines wachsenden Kulturvolkes wird sich gleichzeitig auf den inneren Ausbau wie auf die äußere Erweiterung des Wohngebietes richten. So hat das mittelalterliche Deutschland in besonders großartiger Weise die weitere Urbarmachung des Stammlandes, die Besiedelung des Ostens und hier wie dort die Gründung zahlreicher Städte gleichzeitig vollführt. In diesem Falle hielt die Ausbreitung des Staates mit der des Volkes allerdings nicht gleichen Schritt. Will aber der Staat die anwachsende Bevölkerung für sich behalten, so wird er früher oder später immer auf den Weg territorialer Ausdehnung gewiesen. Dabei ist es für den reinen Staatsgedanken wiederum gleichgültig, ob mit der Gebietserweiterung auch Bevölkerungselemente anderer Art aufgenommen werden müssen. Nur wird, je größer deren Zahl ist, der erweiterte Raum umso rascher wieder zu eng werden, und das Spiel beginnt von neuem. Daß es aus inneren Gründen ein Ende finden sollte, ist nicht abzusehen, so lange dieser Staatsgedanke in voller Kraft wirkt.

Äußere Hindernisse, wie sie die Erdoberfläche bietet, können wohl der Ausbreitung Schranken setzen. Doch sind sie meist nur von relativer Bedeutung, und oft wird gerade durch sie der Blick wieder auf neue Ziele gelenkt. Ein Gebirge lockt als erstrebenswerte Staatengrenze. Ist es erreicht, so zeigt sich, daß der

Besitz der Pässe und Straßen nur gesichert erscheint, wenn die Grenze möglichst weit über die Kammlinie hinausgeschoben wird. Der Staat sucht den natürlichen Grenzwall vollständig in seine Gewalt zu bekommen und greift auf den jenseitigen Gebirgsfuß über. Dadurch kann er dann wieder veranlaßt werden, Teile des Nachbarlandes sich anzugliedern, und so fort. Gerade die geographischen Gesichtspunkte in ihrer Bedeutung für das Militärische treiben leicht den Herrschaftsgedanken immer weiter, und da der Wille zur Macht ohnedies zur Maßlosigkeit neigt, so überschreitet das Streben bald den Punkt, bis zu dem es durch die natürliche Bevölkerungsvermehrung, den Urquell des Staatenwachstums, genährt wurde; es wird zur Eroberung um ihrer selbst willen.

Wie sehr Frankreich, besonders wieder das heutige, diesem Bilde entspricht, weiß jedermann. Über die vernünftige Grenze der Vogesen hinaus hat es von neuem das ihm fremde, deutsche Elsaß sich angefügt, und wieder verlangt es nach dem durchgängigen Besitz der „natürlichen" Rheingrenze. Hat es diese erst fest in der Hand, so wird es bald finden, daß auch sie kein Ziel darstellt, bei dem man sich beruhigen könne, wie sie ja durch Besetzung des Ruhrgebiets tatsächlich schon bedeutend überschritten worden ist. Es wird zum weiteren Schutz einen breiten Streifen östlich des Stromes, mindestens bis zur Höhe des Schwarzwaldes und Odenwaldes für nötig erklären, was dann beliebig fortgesetzt werden kann. Und das alles trotz oder vielmehr wegen der sinkenden Zahl des eigenen Volkes.

Keine Grenze aber lockt so sehr ins Weite wie die Meeresküste, die doch unter allen am schärfsten absondert. Hat auch der frühere Anspruch Englands, daß die umgebenden Meere bis zum Gegengestade ihm gehörten, nie rechte Geltung erlangt, so hat England im Grunde doch immer in diesem Sinne gehandelt und das Meer als seinen eigentlichen Herrschaftsraum angesehen. Die Seebeherrschung steigerte den Raumsinn ins Ungemessene, der sich dann bei dem Ausbau des britischen Weltreiches in so hervorragender Weise betätigte. Wie planvoll England insbesondere die Sicherung seines indischen Besitzes seit langem betreibt und wie es durch diesen Gedanken in der Aneignung von Ländern und ganzen Erdteilen Schritt für Schritt weiter geführt worden ist, braucht nur angedeutet zu werden.

Der überlegene geographische Blick ist immer eine der wesentlichsten Eigenschaften der Eroberer und Eroberervölker gewesen, dem sie zu einem sehr großen Teil ihre Erfolge verdanken. Da fehlt denn auch das letzte nicht, daß alle geographische Sonderung vor dem Geist zurücktritt und die bekannte Welt in ihrer Gesamtheit als des Strebens höchstes Ziel erscheint. Auf keinen unter den Eroberern hat die Vorstellung des Ganzen so stark gewirkt wie auf den mazedonischen Alexander, der, voll von den erdkundlichen Anschauungen seiner Zeit, überall die vermeintlichen Grenzen der Ökumene zu erreichen und das wissenschaftliche Weltbild der Griechen in die Wirklichkeit eines Weltreiches umzusetzen versuchte. Doch selbst



der nüchterne Caesar zeigt in seinen Unternehmungen in Spanien, Gallien und Britannien, daß ihm der Gedanke, den Erdkreis bis an seine Grenzen zu unterwerfen, nicht fremd war. Mit naiver Selbstverständlichkeit nahmen die Mongolen des Mittelalters die Weltherrschaft für sich in Anspruch, so daß sie die Franzosen, die nach allzeit beliebtem Rezept in ihnen Bundesgenossen hinter dem Rücken des islamischen Gegners zu gewinnen hofften, von vornherein nur wie eine Art tributpflichtigen Volkes betrachteten. Inzwischen sind die Schranken gefallen, die unvollkommene Erdkenntnis früher solchen Vorstellungen und Bestrebungen zog. Es steht nichts im Wege, den Gedanken der Weltherrschaft auf die ganze Erdkugel auszudehnen, und in der Tat ist schon vor Jahrzehnten — natürlich in der englischen Literatur — von einem wirklich allumfassenden Weltreich ernstlich gesprochen worden[2]). Was bisher stets mißlungen war, was bei dem einzelnen Eroberer nur als ein Ausfluß der Hybris erschien, die notwendig zur Katastrophe führen mußte, das braucht der Neuzeit immerhin nicht als so völlig unmöglich zu gelten, da andere Kräfte das Streben nach Allumfassung stärker unterstützen als es jemals der Fall war.

ANMERKUNGEN

[1]) Jacob Burckhardt, Die Kultur der Renaissance in Italien. 11. Aufl. Leipzig 1913, Bd. I, S. 5.

[2]) Vgl. H. J. Mackinder, The geographical pivot of history. Geogr. Journal, London 1904, Bd. 23, S. 421—444.

H. LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Das geopolitische Bild Mitteleuropas steht nach wie vor unter dem Zeichen des Kampfes von Franzosentum und Deutschtum im Bereich des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums (vgl. S. 184). Es ist interessant, unter diesem Gesichtspunkt den Ausfall der elsaß-lothringischen Wahlen zur Deputierten-Kammer zu betrachten. Sie zeigen, daß es zur Zeit in Elsaß-Lothringen keine Partei gibt, die es wagen kann, eine Änderung des im Versailler Diktat festgelegten politischen Zustandes, der Angliederung an Frankreich, in ihr Programm aufzunehmen. Es gibt also unter dem Druck des Staates, der als erster die innenpolitische Freiheit auf seine revolutionäre Fahne schrieb, in der französischen Kammer keine „Elsässer", wie im Deutschen Reichstag vor 1914! Allein der unterelsässische Kommunist Hueber erklärte, er werde in der Kammer in hochdeutscher Sprache gegen den Versailler „Vertrag" Protest erheben! Im Oberelsaß und in Lothringen ist infolge des unsinnigen französischen Wahlgesetzes mit 58900 bzw. 57600 Stimmen restlos der Bloc national Sieger geblieben, der die Verelendung Deutschlands mit allen politischen und mititärischen Mitteln betreibt, während die 52000 bzw. 55500 gegnerischen Stimmen keinen Sitz erhalten haben, das Unterelsaß schickt 6 Anhänger des Bloc national, 2 Sozialisten und 1 Kommunisten in die Kammer. Gegenüber den Wahlen vom Winter 1919 ist in Elsaß-Lothringen eine starke Zunahme der Linksstimmen festzustellen und nur in dieser Form können es die Elsaß-Lothringer schüchtern wagen, zur elsaß-lothringischen „Frage" Stellung zu nehmen. Der Zustrom der nicht französisch gesinnten Elsaß-Lothringer zu den Linksparteien würde noch größer gewesen sein, wenn diese nicht kirchenfeindlich wären. Nur im Rahmen der Kirche ist heute in Elsaß-Lothringen eine Pflege von bodenverwurzelter Stammesart, von Heimatkultur möglich, und während man in den Straßen Straßburgs kein deutsches Firmenschild mehr sehen, kaum noch ein deutsches Wort hören darf, erklingen im hehren Hause Meister Erwins von Steinbach noch deutsche Kinderchöre!

Der Rücktritt Poincarés und die Abdankung Millerands, die Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik und die Berufung Herriots zum Ministerpräsidenten lassen die Möglichkeit offen, daß der Kampf an der arelatisch-lotharingischen Front demnächst etwas an Schärfe verliert. In der Tat ist Frankreich nur durch eine sklavische Unterwerfung unter das angelsächsische Kapital in die Lage versetzt worden, eine Anleihe von 100 Millionen Dollar aufzunehmen und damit dem beängstigenden Sturz des Franken Einhalt zu bieten. Es ist demnach in Zukunft nicht mehr in der Lage, unter Verneinung aller ökonomischen Gesichtspunkte ausschließlich eine kulturfeindliche Angriffspolitik gegen das Deutsche Reich zu treiben. Es ist zur Wiederaufrichtung der eigenen Finanzen auf eine Kriegsentschädigungen abwerfende deutsche Wirtschaft angewiesen. Infolge der der Markstabilisierung folgenden ungemein scharfen Zahlungsmittelknappheit, der geringen Kaufkraft des Inlandes und der Verkümmerung der Absatzmärkte im Ausland befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit jedoch in einem Zustand gänzlichen Darniederliegens. Den erschreckendsten Ausdruck findet diese Tatsache in der deutschen Handelsbilanz. Diese ergab, nachdem sie im Jahre schlimmster Inflation schwach aktiv geworden war (s. S. 186), allein in den ersten 4 Monaten dieses Jahres eine Passivität von 955 Mill. Goldmark. Die Aus-

fuhr Hollands nach Deutschland hat sich im 1. Vierteljahr 1924 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres vervierfacht und beträgt 45 % der Gesamtausfuhr, während die Einfuhr aus Deutschland nur 24 % der Gesamteinfuhr ausmacht. England führte in der gleichen Zeit Waren im Werte von 10,1 Mill. £ nach Deutschland aus, bezog von uns dagegen nur solche im Werte von 6,73 Mill. £, während die entsprechenden Zahlen vom 1. Vierteljahr 1913 9,32 bzw. 20,05 Mill. £ waren; es hat damit eines seiner ersten Ziele, die Konkurrenz der deutschen Industrie im eigenen Lande auszuschalten, weitgehend erreicht, es hat die Passivität seiner Bilanz gegenüber dem deutschen Reich in eine Aktivität verwandelt.

Nichts hat die traurige Lage der deutschen Industrie so augenfällig gezeigt, wie die Tatsache, daß sie auf den Ruhr- und Oberschlesienstreik des deutschen Steinkohlenbergbaus kaum noch durch Betriebseinschränkungen oder verstärkte Kohlenkäufe im Ausland reagiert hat. Obgleich dieser am 6. Mai beginnende Streik einen Verlust von 22 Arbeitstagen brachte, obgleich die Monatsförderung des Ruhrkohlenreviers von 6,5 Mill. t im April auf 1,1 Mill. t im Mai, die von Deutschoberschlesien von 1,0 auf 0,1 Mill. t herabging, ergab sich doch durchaus nicht wie im Jahr des passiven Ruhrwiderstandes ein vermehrtes Einfuhrbedürfnis: Der Gesamteinfuhrbedarf an Steinkohlen betrug im Jahre 1922, in dem Deutschland zu einem Steinkohleneinfuhrland wurde, 1,05 Millionen t im Monatsdurchschnitt, hob sich im Jahre 1923 auf 1,96 Millionen t, um im ersten Vierteljahr 1924 wieder auf 1,10 Millionen t monatlich zu sinken; dagegen ergab die Einfuhr englischer Steinkohlen über Hamburg für die Monate Januar bis März d. J. 13500 t auf den Tagesdurchschnitt, im Mai d. J. aber betrug sie trotz des Streiks nur noch 12200 t. Die jüngste Folge des Darniederliegens der deutschen Industrie ist sogar eine schwere Absatzkrise im Ruhrkohlenbergbau. Die bis 15. Juli verlängerten Mikumverträge erzwingen von den Zechen entschädigungslos eine 27 %ige Kohlenabgabe, deren Zahlungsausfall auf den Preis der Privatlieferungen verrechnet werden muß; zudem erheben Regie und Reichsbahn jede für sich die Abfertigungsgebühren. Dadurch hat sich der Umkreis der Wettbewerbsfähigkeit der Ruhrkohle stark veringert. 1914 ging die Wettbewerbsgrenze zwischen oberschlesischer und Ruhrkohle von Chemnitz über Berlin, Pasewalk nach Greifswald, jetzt ist sie bis zur Linie München, Ulm, Meiningen, Erfurt, Magdeburg, Büchen zurückgedrängt, und selbst in Hamburg und Rotterdam hält sich die Ruhrkohle nur mit Mühe gegen die englische.

In Süd- und Südosteuropa ist eine durchgreifende politische Umgruppierung in der Entwicklung, deren Linien in den Berichten S. 112ff., 258f. und 319f. zum Teil schon angedeutet werden konnten. Sie gründet sich auf den immer tiefer werdenden Gegensatz zwischen Frankreich und Italien und besonders zwischen Rumänien und Rußland. Die Kleine Entente war gegründet worden zu dem Zweck, Ungarn niederzuhalten und die Rückkehr der Habsburger auf den madjarischen Thron zu verhindern. Die Tschechoslowakei sowenig wie Südslawien aber sind geneigt, sich durch Rumänien in eine Gegnerschaft zu Rußland hineindrängen zu lassen, für das sie trotz der augenblicklichen scharfen Unterschiede in sozialer Struktur und Regierungsform panslawistische Gefühle der Zuneigung hegen. Rumänien aber weiß, daß ihm das Frankreich Herriots noch weniger gegen Rußland helfen wird als das Poincarés. Es ist durch die ungeheure Munitionsexplosion von Cotroceni, einem Fort Bukarests, in seiner Verteidigungsbereitschaft empfindlich geschwächt und leidet wirtschaftlich unter den Folgen seiner Agrarreform, die durch die neuerdings versuchte Bildung bäuerlicher Betriebsgenossenschaften günstigstenfalls nur sehr langsam überwunden werden können. Daher sucht es jetzt an demselben Ungarn eine Rückendeckung, das vom rumänischen Heer entgegen selbst der Weisung der großen Ententegenossen im Jahre 1920 überrannt worden war, und sogar der österreichische Bundeskanzler Seipel darf in Bukarest hochoffizielle Begrüßungsreden in deutscher Sprache erwidern. Südslawien andererseits, durch sein Nationalitätenproblem in eine schwere Krise gestürzt (S. 320, 114), macht seinen Frieden mit Italien und erteilt an die Tschechoslowakei bei dem Versuch des Herrn

Benesch, auch Belgrad in das französische Bündnis zu verstricken, eine glatte Absage, so daß auch diese mit Rom einen „Freundschaftsvertrag" zu schließen für gut befindet. Damit ist Frankreichs Versuch, Italien vom Rücken her zu fassen, gescheitert, und Mussolini, der bei seinem Regierungsantritt im Oktober 1922 die enge Zusammengehörigkeit der beiden im Weltkrieg verbündeten romanischen Schwesternationen betonte, kann jetzt offen das Gesicht dem westlichen Mittelmeerbecken zukehren, in dem die französische Flottenmacht immer stärker wird. Er treibt mit England antifranzösische Politik und erhält dafür, im Zusammenhang mit dem Besuch des italienischen Königspaares in London, ohne unmittelbare Zugeständnisse bezüglich des von ihm besetzten Dodekanes machen zu müssen, den wichtigeren Teil des von Italien noch begehrten Stückes des Dschubalandes (S. 115, 265, 319), so daß nunmehr das ganze 180 km lange ostafrikanische Küstenstück von der Dschubamündung bis zum Kap Dicks Head nach Kriegsende italienisch geworden ist, er stellt sich bei der Mailänder Zusammenkunft mit den belgischen Ministern in der Reparationsfrage auf den Boden des Sachverständigengutachtens, er lehnt die Anerkennung des Tangerabkommens (Seite 112) schroff ab und knüpft, ebenfalls mit Hilfe des Besuches seines Königs, die Beziehungen zu Spanien immer enger (S. 114). Hat er somit — von dem verunglückten Korfuabendteuer im Sommer 1923 abgesehen — außenpolitisch hervorragende Erfolge zu verzeichnen, so macht ihm innerlich die unkluge Maßlosigkeit und verbrecherische Unduldsamkeit mancher seiner aus vielen Lagern zusammengewürfelten Parteigenossen große Schwierigkeiten, und es ist zur Zeit eine ernste Schicksalsfrage für Italien, ob nicht der Faszismus, der eben erst mit Hilfe einer keine Geldmittel sparenden, auf die Mentalität des südländischen Volkes aufs geschickteste eingestellten Reklame einen beispiellosen Wahlerfolg erzielte, an seiner eigenen Maßlossigkeit zu grunde gehen wird.

Am auffälligsten tritt der geringe Grad der Ausreifung der Staatenbildungen des Balkan immer wieder in Albanien hervor. Dieses Land, durch eine fast hafenlose, fieberreiche Flachküste wie durch einen eisernen Riegel vom Meer abgeschlossen, durch wild zerklüftete hohe Kalkgebirge in einzelne Becken gegliedert und gegen die übrigen Teile der Balkanhalbinsel geschieden, arm an Bodenschätzen, stellt eine staatliche Keimzelle dar, der das tragische Schicksal der Verkümmerung notgedrungen und erdgebunden anhaftet. Zu schwach, klein und zersplittert, um eine hochstehende staatliche Organisation aus sich selbst heraus zu entwickeln, hat sich Albanien stets mit Leidenschaft und Zähigkeit dagegen gewehrt, daß ihm eine solche von außen aufgedrängt wurde. In religiöser Hinsicht ist es unter römische Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner aufgeteilt, in völkischer haben sich die zahlreichen grundverschiedenen Mundarten der einzelnen Becken noch nicht zu einer allgemein gültigen Schriftsprache durchgerungen, in sozialer herrschen im S und der Mitte die Feudalherren, die Begs, die je eine fruchtbare Talschaft ihr Eigen nennen, und unter die sich die kleinen Pächter, die Krämer und Handwerker der Landstädte ducken, im N streitbare Bauernsippen, Clans, mit primitivsten Gemeinschaftsorganisationen, mit Ältestenräten und Volksversammlungen, Brautkauf und Blutrache. Die politischen Interessengegensätze der Begs und Clans werden nicht durch Stimmzettel und Parlament, sondern durch das Aufgebot schwer bewaffneter Haufen ausgetragen. Das hat sich auch nicht geändert, seit sich Albanien 1913 der nominellen Türkenherrschaft entwand und infolge des Gegensatzes Österreich-Italien zu einem selbständigen international anerkannten Staatswesen wurde, das 1919 als ein Schoß- und Sorgenkind des Völkerbundes neu belebt wurde. Während für Bulgaren und Serben das Ende der Türkenherrschaft zu einer Befreiung der Kleinbauern wurde, die hier als freie Eigentümer auf eigener Scholle zum Kern des Staatsvolkes heranwuchsen, blieb im politisch unentwickelten Albanien die alte Feudaloligarchie und -anarchie bestehen. Eine solche für Albanien charakteristische Umwälzung vollzieht sich wieder in diesen Tagen, in denen die „Nationalisten" die Viermännerregierung von Tirana stürzen.

Im Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 war eine Einigung über die Zuweisung des an Petroleum



feldern reichen Wilajets Mossul zwischen der Türkei und England nicht zustande gekommen, vielmehr war bestimmt worden, daß die Ziehung der Grenze zwischen dem Angorastaat und dem Irak einer innerhalb 9 Monaten zu berufenden Sonderkonferenz vorbehalten bleiben sollte. Diese „Mossulkonferenz" hat vom 21. Mai bis 5. Juni in Konstantinopel getagt; eine Einigung war nicht zu erzielen; auch haben es die Türken abgelehnt, sich der Bestimmung des genannten Vertrags über die Verweisung der Streitfrage an den Völkerbund zu fügen. Sie schlagen Verhandlungen über Vereinbarung einer anderen Schiedsinstanz vor.

König Faisul von Irak hatte am 12. Oktober 1922 mit England auf 20 Jahre einen Vertrag abgeschlossen, nach dem den Briten die Überwachung der Finanzen und der äußeren Politik des Irakstaates sowie das Recht, eine Besatzung zu unterhalten, übertragen wurde. Gegen diesen Vertrag regte sich seit Anfang April d. J. eine starke Volksbewegung. Von den 100 Notabeln der Volksvertretung wagten nur 14, sich für die Ratifikation einzusetzen, von denen darauf 2 in den Straßen Bagdads erdolcht wurden. So wurde die Ratifikation am 10. Juni abgelehnt. 8 Tage darauf setzte England sie trotzdem durch.

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT.

Der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit wird diesmal in den indischen Raum zu legen sein, trotz den japanischen Wahlen und dem Erfolg der regierungsfeindlichen Parteien, trotz dem umstrittenen Tod von Sunyatsen, der ein geopolitisch bedeutender Exponent des chinesischen Südens und des Gedankens der Vereinigten Staaten von China bleibt, trotz der Volksstimmungs-Änderung in Australien, wo das Pendel immer mehr zu Gunsten der Labour Party und innerhalb ihrer zu Gunsten der weniger imperialistischen Strömungen ausschwingt, und trotz der schon im letzten Bericht angedeuteten Annäherungen zwischen Frankreich und Japan in bestimmt umschriebenen kolonialen und pazifischen Lokalfragen. Zu dieser Auffassung bestimmt uns nicht nur die Wirkung so wichtiger Werke, wie die besprochenen von Gwynn und Carthill auf die öffentliche Meinung, sondern auch der Eindruck eines Rechtsstreits, der im Mai die Spalten der Tageszeitungen füllte, wenn er auch mit seinem Gegenstand schon weit zurückliegt. Sir Michael O'Dwyer, bei Kriegsende Lieutenant Governor des Pendjab, strengte eine Beleidigungsklage gegen Sir Sankaran Nair an, ein ehemaliges Mitglied des Exekutivbeirats des Vizekönigs und Generalgouverneurs von Indien, und Mitglied des Rats von Indien, der ihn bezichtigt hatte, in einem Buch: „Gandhi and Anarchy", terroristische Methoden angewandt zu haben. In dem Kreuzverhör, das der ehemalige Inhaber der höchsten Gewalt in der indischen Schlüssellandschaft fast eine Woche lang auszuhalten hatte, sind manche arcana imperii aufgedeckt worden, die sonst Mitteleuropa nicht zu sehen bekommt. Anlaß war auch hier der unvermeidliche Konflikt zwischen einsichtiger, aber entschlußunfähiger Staatskunst und energischer, aber einsichtsloser Vollzugsgewalt, die bei einer unmöglichen Aufgabe die Grenzen des Zweckmäßigen weit überschritt. Denn unmöglich war im Grunde die Aufgabe, aus einer dem Krieg und seinen Zielen abgeneigten Bevölkerung zwangsweise Freiwillige zu eben diesem Kriege zu erpressen. Allerhand völkerpsychologische Erkenntnisse lassen sich diesem Kreuzverhör entnehmen: „Die Eingeborenen ziehen das Gepeitschtwerden den Geldstrafen vor." Das gilt aber sicher doch nicht für alle, denn Gandhi erklärt die vergewaltigende Behandlung der Bevölkerung nach den Unruhen in Amritsar, der heiligen Stadt der Sikhs, um die es sich bei dem Prozeß handelt, für einen unsühnbaren Greuel. „Den Befehl, daß alle Eingeborenen die Offiziere mit Salam ehren mußten, mißbilligt der Generalgouverneur" (darin also haben es die aufrührerischen Sikhs besser, als die Rheinländer). Aber genügt

nicht der Befehl zum Auspeitschen der Eingeborenen, in Verbindung mit dem, daß diese bestimmte Straßenteile nur auf allen Vieren kriechend zurücklegen durften, die beide nicht ohne Grund mit dem Vertreter der höchsten Gewalt in Verbindung gebracht wurden, um eine gewisse Abneigung gegen den Generalgouverneur zu rechtfertigen, auch ohne eine „planmäßige Hetze", der er seine Unbeliebtheit zur Last legt? Es ist doch festgestellt, daß 258 Personen sicher ausgepeitscht worden sind, und daran ändert nicht viel, daß es mit dem milden Werkzeug des Rohrs oder Bambusstocks, nicht mit der neunschwänzigen Katze geschah, wie der Generalgouverneur rühmend hervorhebt. Studenten mußten sich täglich bei einem bestimmten Offizier in Lahore melden (wie im Rheinland) und dazu bis zu 20 km täglich zurücklegen. Das war eine Maßregel, die nicht etwa im Kriegsgebiet für notwendig gehalten wurde, sondern in einem durchaus friedlichen, aus dem man Freiwillige zum Schutz der kleinen Nationen für die Bekriegung der europäischen Mittelmächte und des Kalifen aushob. Blieben die Söhne aus, so mußten die Väter büssen. Diese Umkehrung des Bibelspruchs von den Sünden der Väter, die an den Kindern heimgesucht werden, erweckte die Heiterkeit des Gerichtshofes. Aber auch 5- und 6-jährige Kinder wurden als Geiseln für ihre Väter gefangen gehalten, Redakteure wurden vorbeugend als Geiseln für die politische Gesamthaltung ihrer Blätter eingesteckt. Generalgouverneur und Brigadekommandeur in Lahore und Amritsar waren überarbeitete, überreizte, von der Last ihrer Verantwortung fast erdrückte Leute, woraus sich vieles erklärt. Aber es bleiben doch einige Erscheinungen, die aus bloßer Nervenüberreizung nicht entschuldbar sind, so die Tätigkeit der Rekrutenjagdkommissionen, das öffentliche Auspeitschen der Patrioten, die Kriechverfügung, die Fliegerbombenwürfe auf die wehrlose Volksmenge von Gujiranwala, solche Gesinnungsriecherei, wie sie sich in der Führung schwarzer Listen in dem berüchtigten „Weißen und Schwarzen Buch des Pendjab" zeigt. Wie „freiwillig" die ausgehobenen Rekruten in den Krieg gingen, zeigt sich in der gerichtsnotorischen Zahl von 30% Deserteuren. Es bleibt also doch ein „Terrorismus", wie er die schlimmsten Seiten der Geschichtsbücher schändet, und es bleibt die Tatsache, daß der immerhin loyale Inder verklagt wurde, der diese Vorgänge, die damit gerichtsnotorisch wurden, „atrocities" nannte. Das Kriegsrecht ohne Krieg, das wir ja auch vom Rhein her kennen, tobte sich auch in der Kernlandschaft Indiens aus; es fehlten nicht lächerliche Züge, wie der, daß der Militärbefehlshaber dem Gouverneur von Lahore den Zutritt zu seiner getreuen Stadt Amritsar verbot, — da ja auch er unter Kriegsrecht stand. "The Pendjab is the fighting province par excellence" sagte Lord Chelmsford, der von 1916-21 Vizekönig war. Darin liegt die Rechtfertigung dafür, daß wir uns hier so eingehend mit diesem Prozeß befassen, denn das Pendjab ist in der Tat Indiens Schicksalsland, die wichtige Schwelle zwischen Indus- und Ganges-Landschaften und den Nordausläufern des Südplateaus Gondwanaland; und hier liegt also wirklich der Schlüssel des Raj.

„Die Bedingungen in Indien für die Rekrutierung waren höchst unbefriedigend"; es wehrte sich eben gegen den Kriegszwang auf seine Weise; wehrte sich mit den Mitteln des passiven Widerstandes, wie auch China lange Jahre (vergl. Gilbert Reid). „In 1919 India was in a very disturbed position." Die Lehre, daß alle Bewegungen in so großen Erdräumen wie Asien immer länger brauchen, um sich auszuwirken, geht auch aus diesem Prozeß hervor; denn erst ein ganzes Jahr nach Schluß des Krieges ist Indien zum vollen Bewußtsein seines unfreiwilligen Anteils daran gekommen. Es zeigte sich nun allerdings, daß diejenigen indischen und britischen Stellen, die ihre bösen völkerpsychologischen Wirkungen übersahen, über extreme Maßregeln erschrocken waren. Aber man muß andererseits bedenken, daß sich ein tapferer, erprobter Soldat wie General Dyer in dem unheimlich engen Straßengewirr der volkswimmelnden Pilgerstadt Amritsar mit einer Handvoll Leuten halten mußte. Er war sich klar darüber, daß die Versammlung von Gujiranwala unter Umständen der Ausgangspunkt der Revolutionierung von Indien werden konnte; er wußte, daß der afghanische Grenzkrieg schon ausgebrochen war, und daß das Pendjab als Zentrum

des indischen Bahnnetzes unter Terror und Kriegsrecht allenfalls mit etwa 500 Mann Bahnschutz, ohne diese Ausnahmemaßnahmen aber mit ebensoviel Tausenden nicht in Ordnung zu halten sei. So tat er mit höchster Energie, was er tun zu müssen glaubte; er schlug rücksichtslos zu, schlug dabei auch manchmal daneben und traf die Menschlichkeit ins Gesicht. Damit gab er dem bereits geweckten Brand neue Nahrung und erschütterte von Grund auf die zweit-labilste Bevölkerungsmasse der Erde außerhalb Europas.

Die augenblicklichen Bedingungen des Volksdrucks in Indien gehen einigermaßen klar hervor aus der Volkszählung vom 8. 3. 1921, die immer noch nicht fertig bearbeitet ist, aber in ihren nun allmählich bekannt werdenden vorläufigen Ergebnissen enttäuscht. Man hatte mit einer Bevölkerungsvermehrung auf etwa 330 Millionen gerechnet; tatsächlich kam man nicht ganz auf 319 Millionen (318942480), wobei auch diesmal das für Indien charakteristische Überwiegen der Männer auffällt (auf 1000 Männer treffen nur 945 Frauen). Die Differenz zwischen der an sich richtigen voraussichtlichen Vermehrungs-Schätzung gegenüber 1911 und der wirklichen geringeren Bevölkerungssteigerung geht wohl größtenteils zu Lasten der Influenza-Epidemie von 1918/19, die 12—13 Millionen Tote gekostet hat. So wirken medizinisch-geographisch erfaßbare Seuchen in Volksrassen, die an sich schon unterernährt und also widerstandsunfähig sind.

Die Volksdichte ist nach wie vor sehr ungleich, bei einem Reichsdurchschnitt von 71—72 auf den qkm (drei Fünftel von der des Deutschen Reiches, ein Drittel von der der übervölkerten japanischen Kernlandschaften oder von Schantung), bis zu 233 auf den qkm in der Gangesebene in Bengalen steigend und bis auf 2—3 auf den qkm im Belutschistanischen Grenzgebiet sinkend. Betrachtet man die für die indische Volksstruktur so wichtige Verteilung der Weltanschauungen, so kamen auf das Tausend der Bevölkerung 686 Hindu, 217 Mohammedaner, 37 Buddhisten, 15 Christen und 31 Angehörige verschiedener einheimischer Religionen; bei der großen Zahl der Hindu muß aber bedacht werden, daß in deren unteren Schichten weit mehr Animisten mit eingerechnet sind, als in den oberen Schichten zugegeben wird. Mohammedaner, Buddhisten und Christen, also die lebhaft missionierenden Weltanschauungen, zeigen seit 1911 eine leichte Zunahme auf Kosten der anderen, passiveren. Nur 176031 Europäer (125229 Männer, 50802 Frauen) und 113090 Anglo-Inder (56668 Männer, 56422 Frauen) steckten als überseeische Fremdkörper in diesem Volksgefüge. Die Zahl der Analphabeten ist etwas gesunken; während 1911 auf das Tausend nur 122 Männer und 12 Frauen kamen, die des Lesens und Schreibens kundig waren, waren es 1921 schon 139 und 21. Englisch, die Sprache der Volksvertretung von heute, konnten unter 1000 nur 10 Männer und 2 Frauen! Diese Zahlen übersieht leicht, wer etwa nur aus solchen Idealistenbüchern wie Romain Rolland's „Gandhi" sein Bild des Indien von heute entnehmen wollte, und sie müßten zur Besonnenheit gegenüber demokratischen Schlagworten mahnen. Nur wenn man sie genau wägt, wird man dem angloindischen Beamtenkörper und seinen Sorgen gerecht werden, oder einem Buch, wie dem erwähnten von Gwynn.

Ein kluger Kenner Chinas hat mir vor kurzem gesagt: daß er unter den chinesischen 350 (Mindestschätzung) bis 428 Millionen (Höchstschätzung) nur etwa 26 Millionen für einigermaßen reif zum Tragen politischer Verantwortung halte. Wenn wir nach den obigen Zahlen Indien etwa 48 Millionen „wirklicher Staatsbürger" zubilligen, so ist das gewiß sehr hoch gegriffen. Aber welche Mehrheit von Unterqualifizierten bleibt dann immer noch übrig? Und wäre sie nicht geeignet, den Glauben an den Zauber des allgemeinen Wahlrechts und der absoluten Demokratie zu erschüttern? Wieviel von den Wählern Mitteleuropas haben sich denn als reif zur Selbstbestimmung erwiesen? In Indien bleibt jedenfalls noch Spielraum genug für Prophylaxis, in einem Demos-Körper von 320 Millionen, von denen nur etwa 48 sich beim Wort Volksherrschaft und Selbstbestimmung überhaupt etwas denken können, und von denen nicht ganz ½ Million der Verhandlungssprache der Volksvertretung mächtig sind.

Trotz allen anderen Reichssorgen übt das britische Empire die bevölkerungspolitische Pro

phylaxis geographisch im großen Stil, und sie erstreckt sich nicht nur auf die Menschheit, sondern auf die ganze Lebewelt. Beweise dafür sind außer den umsichtigen Vorbereitungen, die der Weltrundflug erfuhr, auch bei vorübergehenden Hemmungen, die Indienststellung der „Discovery" zur Erkundung der Lebensbedingungen der großen Seesäugetiere in der Antarktis, die durch rücksichtslose Fänger, meist Norweger, vertilgt zu werden drohten. Bekanntlich führen ozeanweite Wanderungen die großen Seesäugetiere, Wale, Seehunde, Seelefanten um die halbe Erde, von der Beringsee nach Kalifornien, von der Artarktis an die Ufer Afrikas und weit in die Südsee, wobei sie überall als Verfolger kleinerer Lebewesen auftreten, aber auch ihrerseits rücksichtslos vom Menschen verfolgt werden. Es ist ein großes Verdienst der angelsächsischen Mächte, daß sie der maßlosen Ausrottung (an der sie freilich selbst in den Zeiten der schlimmsten Raubwirtschaft gierig teilgenommen hatten) nun mit großer Umsicht entgegentreten. Das treibende Motiv ist freilich rein praktischer Art: die Erhaltung eines wichtigen meererzeugten Massen-Nahrungsmittels.

Ein anderes Verdienst, namentlich im indopazifischen Raum verfolgbar, ist die Wiederbelebung der gerade dort einst so vorbildlich entwickelten Wasservorratswirtschaft zur Steigerung der lebenserhaltenden Kraft der einzelnen Räume. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dem qkm in Ostasien das 21-fache an Erzeugungskraft abgefordert wird, wie etwa in Amerika. Einzelne große Wirtschaftsräume des indopazifischen Gebiets sind unter der Last dieser Überforderung zusammengebrochen, wie Ceylon, wo auch noch die Tamilen-Einbrüche kulturzerstörend wirkten, oder ganz zur Ruinenlandschaft geworden, wie das Irak. Dort macht man nun Versuche mit der Wiedererneuerung der Wasserspar- und Speicherwirtschaft, wozu die Anregungen vielfach von Indien ausgegangen sind, und indische und ägyptische Erfahrungen benutzt werden. Sicher hat eine übertriebene Vorstellung von den großen Möglichkeiten des Baumwollbaus in einem besser bewässerten Irak viel dazu beigetragen, dieses Gebiet in so hervorragendem Maß in den Weltkrieg hineinzuziehen und zum Tummelplatz fremder Interessen zu machen.

Manche Pläne gewinnen aber doch langsam Gestalt. Dazu gehört unter anderem die von bekannten Wasserbaugrößen des Ostens, wie Sir Thomas Ward, Sir John Norton Griffith, Sir George Hamilton und Dr. Asfar geprüfte Möglichkeit, das Euphrat-Hochwasser in den Harbiniyah-See abzuleiten und dort zu speichern, und eine Hebung des Diala-Distrikts, östlich von Bagdad gegen die persische Grenze zu, durch Wasserbauten. Das Harbiniyah-Projekt scheint augenblicklich, als finanziell nicht ausführbar, zurückgestellt zu sein; dagegen wird das Diala-Projekt günstig beurteilt und mit einem großen Stausee in Verbindung gebracht, der im Djebel Hamrin, dem Begleitzug der persischen Randketten, angelegt werden soll (unweit des aus militärischen Operationen bekannten Tafelbergs). Dieser See soll eine Fläche von etwa 1024 qkm bekommen; mit 3 Millionen £ reinem Bauaufwand, mit Nebenkosten (für Kanäle, Nebenbauten, Erstkultur-Anlagen) von etwa elf Millionen £ würden 4235 qkm Baumwollkulturland südlich Duala, östlich Kut el Amara zu bewässern sein. Das wäre ein Vorgehen auf uralten Spuren, da der Nahrawan-Kanal, eines der berühmtesten Glieder des alten Bewässerungssystems, das Gelände durchkreuzt, das nunmehr der Kultur wieder zurückgewonnen werden soll. Mit solchen Werken beweisen die Engländer den Nutzen verständnisvoller Geopolitik.

Der Staatsvertrag zwischen dem Irak und dem britischen Reich, der bis 1929 läuft, dessen automatische Verlängerung aber vorgesehen ist (White paper Cmd. 2012, 9 d) ist ein geopolitisches Meisterstück. Trotzdem hat er begreiflicherweise schon eine Gegenagitation im Irak entfesselt; denn er liefert tatsächlich mit möglichst geringem Kostenaufwand von seiten des Britischen Weltreichs die Entwicklungsmöglichkeiten des Irak an dieses aus. Allerdings wahrt der Vertrag sehr gewandt den Schein der Selbständigkeit, ja er sieht sogar den Eintritt in den Völkerbund vor, und eine Kooperation der Armeen, wobei der weitere Ausbau der Irak-Streitkräfte recht praktisch aus einem Viertel der Hafenerträge von Basra bezahlt werden soll. Wasserwerke, Straßen, Brücken,

Telegraph und Telephon sollen mittels eines auf 20 Jahre verteilten Anlehens von 94 Millionen Rupien zurückgekauft werden, das Eisenbahnsystem vorläufig britisches Eigentum bleiben. In dem Grad, wie die Irak-Armee wächst, auf die im Allgemeinen 25% der Einnahmen verwendet werden sollen, wird die britische Besatzung vermindert werden; beide aber stehen unter britischer Führung.

Solchen Bestimmungen gegenüber ist nationalistischer Widerstand selbstverständlich. Ihm gegenüber wird die Sache so hingestellt, als ob britischer Schutz unentbehrlich sei gegen eine türkische Wiedereroberung oder gegen die Einfälle der Wahabiten unter Ibn Saud. „Aber die Nationalisten glauben, Großbritannien werde im Irak bleiben, wie es in Ägypten blieb." (Economist 10. V. 1924.) Ganz unrecht werden sie damit nicht haben, trotz den feierlichen Versprechungen: „Wir ziehen uns aus dem Irak zurück, sobald es auf eigenen Füßen stehen kann." Auf diesen ist es aber seit dem Mongoleneinfall nicht mehr gestanden, wird es kaum so bald wieder stehen lernen, und wird also nach Ansicht seiner Freunde noch geraume Zeit der Unterstützung bedürfen.

Wirtschaftsgeographische Neubelebungen uralter Motive, zumeist unter britischem Einfluß als Ferment, finden wir auch anderwärts in den Monsunländern, begleitet von auffallenden Steigerungen der Bevölkerungs-Kapazität, die dann wieder Gegendruck schaffen, wie sie sich auch in Niederländisch-Indien namentlich in Java, aber auch in Sumatra und Borneo zeigt, in dem Wiederaufblühen der Federated Malay States, wie sie auch Japans Erneuerung, zu Grunde liegen, vielleicht auch dem vermehrten politischen Gewicht von Französisch-Indochina. Dessen Gouverneur machte im Mai seinen Staatsbesuch in Japan an Bord eines Kreuzers, der den Namen „Jules Ferry" trägt, also den des Mannes, den einst eine kurzsichtige französische Kammer stürzte, weil er ihr als der verhaßte „Tonkinese" galt, und weil man ihn im Verdacht hatte, zu einem großzügigen Kolonial-Abkommen mit Deutschland fähig zu sein. Nun trägt das nach ihm benannte Schiff den Gouverneur der aufblühenden Kolonie zu weitausschauenden Abmachungen mit Japan in das Inselreich, dessen Generalstabs-Chef Kodama noch zu Anfang des Jahrhunderts in einer Denkschrift diese Kolonie als wehrlose, leichte Beute erklären zu können glaubte. So schnell wandelt sich die Oberfläche politischer Beziehungen. Aber dauernd wirkt unter ihr das Erd- und Bodenbestimmte und mahnt zu verbindender und vergleichender Beachtung.

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT (AMERIKA)

In den Vereinigten Staaten interessieren gegenwärtig die Bestrebungen, die auf eine Herabsetzung der Einwandererzahlen abzielen. Die innerpolitischen Verhältnisse der Union, die unter dem Zeichen der bald stattfindenden Wahlen stehen, haben zu einer Zuspitzung der Frage Anlaß gegeben. Man will in der Hauptsache die Zuwanderung von südosteuropäischen Bevölkerungselementen erheblich eindämmen zugunsten der nordischen Länder. Maßgebend für eine solche Bevorzugung waren Meinungen über die verschiedene Qualität jener Völker auf Grund ihrer Rassenzusammensetzung. Die tieferen Beweggründe aber liegen in der nicht zu leugnenden Tatsache, daß die nord- und nordwesteuropäischen Einwanderer germanischer Abkunft sich viel schneller „amerikanisieren", als die Angehörigen slawischer, romanischer oder anderer Herkunft. Und auf eine schnelle Umformung der Zugewanderten zu Bewohnern mit einer fest und dauernd erworbenen amerikanischen Denk- und Handlungsweise kommt es den Vertretern der Einschränkung an. Die von ihnen vorgebrachten Argumente sind nicht immer einwandfrei, wenn sie auch auf die

Statistiken als Beweismaterial mit Vorliebe hinweisen. So sollen die Einwanderer aus Süd- und Osteuropa von geringerer Intelligenz, mehr für Geisteskrankheiten anfällig sein, in weit stärkerem Maße zur Kriminalität, zu Lastern und Krankheiten im allgemeinen neigen als die nordischen Vertreter. Auch in der Politik wirft man ihnen vor, sie verstärkten nur die Reihen der Radikalen im Lande. Man beruft sich ferner auf Untersuchungen, die während des Krieges über die Intelligenz von Rekruten angestellt wurden und die einen weiten Vorsprung der Nord- und Westeuropäer ergeben haben sollen. Dazu kommt, daß die Insassen von Gefängnissen, Irrenanstalten, Besserungsinstituten sich viel weniger aus nord- bzw. westeuropäischen Individuen zusammensetzen als aus ost- bzw. südeuropäischen. Persönliche Beobachtungen eines der eifrigsten Anhänger der Einschränkung, des Arbeitssekretärs Davis, haben ihm die Gewißheit verschafft, daß die Auswanderungslust in Osteuropa infolge der dortigen Lebensverhältnisse lebhafter ist als in Westeuropa.

Im Repräsentantenhaus ist die radikale Richtung in der Mehrheit, während im Senat eine den Südeuropäern günstigere Stimmung vorherrschte. Man will nun von jeder Nationalität nur 2 % von der Zahl ihrer Angehörigen zulassen, die auf Grund einer Volkszählung im Jahre 1890 in der Union lebten. Da aber die Einwanderung damals aus nord- oder westeuropäischen Ländern noch bei weitem diejenige aus Süd- und Osteuropa überwog, so ergibt sich daraus, wie günstig dabei heute die ersteren abschneiden müssen. Diese Regelung soll zunächst nur bis zum 1. Juli 1927 Gültigkeit besitzen. Dann sollen jährlich 150000 Fremde zugelassen werden. Nach dem neuen Gesetz dürften im Jahre nur 161990 Personen einwandern (alte Quote 357801). Davon entfallen auf:

Großbritannien	62658	gegen	77352	d. alten Quote
Deutschland .	50329	„	6607	„ „ „
Österreich .	1190	„	7432	„ „ „
Ungarn . . .	688	„	5747	„ „ „
Polen . . .	9072	„	30977	„ „ „
Rußland . .	1992	„	24405	„ „ „
Italien . . .	4089	„	42057	„ „ „
Rumänien . .	831	„	7419	„ „ „
Jugoslawien .	935	„	6426	„ „ „

Am stärksten werden somit Italien, Rußland und Polen betroffen werden. Die früher ziemlich heftige Opposition der Großindustrie gegen alle Einwanderungsbeschränkungen hat in jüngster Zeit nachgelassen; sie vermochte gegen die öffentliche Meinung nicht anzukämpfen, in der namentlich die Gewerkschaften tonangebend sind. Diese fordern energisch die Einschränkung, weil sie durch verstärktes Zuströmen billiger Arbeitskräfte ein Herabdrücken ihrer verhältnismäßig hohen Löhne befürchten. Ausnahmen der Beschränkung sind vorgesehen, die sich auf Frauen amerikanischer Staatsbürger, unverehelichte Jugendliche unter 13 Jahren, Professoren, Konsulatsbeamte, Schüler staatlich anerkannter Schulen und rückkehrende Ausländer erstrecken. Sie alle müssen mit besonderen Ausweisen versehen sein. Zu diesem Zwecke wird schon am Ausgangsorte der Auswanderer eine Auslese unter ihnen getroffen. Sie müssen Bescheinigungen der auswärtigen amerikanischen Konsuln vorlegen. Bevorzugt werden innerhalb der Höchstzulassungsziffer wiederum Verwandte von amerikanischen Bürgern sowie in ihrem Beruf erfahrene Landarbeiter. Es ist selbstverständlich, daß das Ausland an dieser Angelegenheit nicht achtlos vorbeigegangen ist, und es hat daher auch nicht an zum Teil recht schroffen Protesten gefehlt. Damit zeigt sich zugleich, wie weite Kreise in der Politik zum Auslande das Einwanderungsproblem ziehen wird. Die Regierung hatte sich aus rein taktischen Gründen nach der schweren Erschütterung durch den Ölskandal der verfehmten Einwanderer angenommen, die nämlich einen großen Prozentsatz der Wähler bilden. Ließen doch die Verbände italienischer Wähler im Staate Massachusetts verlauten, der Präsident würde bei der nächsten Wahl in seinem eigenen Staate unterliegen, wenn das Einschränkungsgesetz durchginge. Derartig energisch mehrten sich die Proteste ähnlichem Inhaltes, daß die Hauptanhänger der Bill in der Öffentlichkeit bekannt geben mußten, ihnen habe jede Benachteiligung anderer Völker dabei ferngelegen. Das Gesetz ist nun trotz des Sträubens der Regierung angenommen worden. Die Japaner sollen gänzlich ausgeschlossen werden, was ja dann zu der Verschärfung des Konfliktes zwischen der Union und Japan Anlaß gegeben hat. Der Kongreß ist damit

wesentlich über die Vorschläge der Regierung hinausgegangen und hat außenpolitisch einen bedenklichen Weg beschritten. Denn der Präsident wollte noch die völlige Ausschließung auf den 1. März 1925 hinausschieben in der Hoffnung, daß sich indessen ein erträgliches Abkommen mit Japan über die Frage treffen lassen würde. Er hat dann aber nachgegeben und damit seinen Gegnern das Wasser abgegraben, die weitere Einsprüche von seiner Seite wünschten, auf Grund deren sie ihm die Wählerstimmen in den pazifischen Staaten entzogen hätten.

Durch diese rigorosen Beschränkungen wird in nächster Zukunft der Strom der Auswanderer in andere Bahnen gelenkt werden. Kanada und die südamerikanischen Länder werden ihn auf sich hinlenken. Im ersteren Lande sind es hauptsächlich Engländer, Schweden Dänen, Deutsche und Holländer, die als gelernte Arbeiter in beträchtlicher Menge eintreffen und bei der bestehenden Arbeitslosigkeit schwer Arbeit finden. Besonders Toronto und Hamilton kommen dafür in Frage. Und diese Stadt hat denn auch den Antrag eingebracht, den Zustrom von gelernten britischen Arbeitern zu hemmen. Die größte Zahl der Fremden begibt sich in die ackerbauenden westlichen Staaten, wo sie ein tüchtiges Arbeiterelement in den dortigen Farmen abgeben. In Südamerika wird Brasilien nebst Argentinien in der nächsten Zukunft den Auswandererüberschuß aufnehmen. Schon begeben sich viele Italiener vorzugsweise in den letzteren Staat (1923; 94000), und namentlich Japan denkt daran, seine Landsleute, die schwer mit wirtschaftlicher Not zu kämpfen haben, in den ersteren zu lenken. Viele Erleichterungen werden den Wanderern verschafft; die Regierung garantiert freie Überfahrt und leistet an jeden einzelnen noch einen Zuschuß von 200 Yen in bar. Die Brasilianer betrachten allerdings diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Denn bereits seit dem letzten Jahrzehnt war die Zahl der Japaner ständig in diesem Staate angewachsen. Vor dem Kriege waren es etwa 7000, 1920 aber schon 34000. Ja im Jahre 1923 lebten nicht weniger als 10% aller Auslandsjapaner in Mittel- und Südamerika. Ungünstige Lebensverhältnisse und schwieriges wirtschaftliches Vorwärtskommen halten die Zahl in Mittelamerika und auch den nicht besonders genannten südamerikanischen Republiken in sehr engen Grenzen. Die Mehrzahl der Einwanderer nach Brasilien und Argentinien besteht aber heute immer noch aus Deutschen, Polen und Tschechoslowaken.

Eine derartige Umgestaltung dieser modernen weltumfassenden Bevölkerungsbewegung wird auch die Richtung des Welthandels in gewisser Weise neue Bahnen einschlagen lassen. Gerade für die Union dürfte sich dieser Umstand noch von Bedeutung zeigen. Denn sie wird sich veranlaßt sehen, ihre Absatzgebiete in der Neuen Welt noch weiter auszudehnen als bisher. Schon verlautet, daß Henry Ford die Absicht habe, in Mexiko große moderne Automobilfabriken einzurichten (in Mexiko, Tampico, Monterey), und auch in Südamerika setzen mehrfach verstärkte Bemühungen der Amerikaner um den Ausbau ihres Handels ein. Schon jetzt gehen beispielsweise 50% der vereinsstaatlichen Textilwaren nach lateinamerikanischen Ländern. Auf der anderen Seite sucht sich Brasilien immer mehr von dem nordamerikanischen Einfluß freizumachen, indem es ständig an der Erschließung seiner einheimischen reichen Wirtschaftsquellen herangeht. Sind somit die Aussichten für die Union in Südamerika allerdings noch nicht als vollkommen erfolgreich zu bezeichnen, so hat sie dafür den größten politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Cuba als wichtiger Brücke nach dem Nachbarkontinent hinüber. Spielt doch diese Insel im Verhältnis zu anderen Ländern die erste Rolle in dem Außenhandel der Vereinigten Staaten. Das kleine aber sehr dicht besiedelte El Salvador ist wirtschaftlich in einem bemerkenswerten Aufschwung begriffen, der nach außen hin schon darin sich bemerkbar macht, daß diese Republik zu den wenigen Ländern in der Gegenwart gehört, die eine stabile Währung besitzen. Seine Blüte verdankt es dem regen Handel, dessen Ausfuhr zu fast 88% aus Kaffee besteht, dem der Zucker an zweiter Stelle mit 7% folgt. Diese beiden Artikel bedingen den Reichtum des Landes. Im Gegensatz zum benachbarten Guatemala befinden sich die meisten Plantagen im Besitz reicher einheimischer Besitzer. Deutsche sind nur gering dabei vertreten. Neuerdings erhofft man sich viel vom Baumwollanbau, für den die südl. Departements in Frage kommen. Auch den Anbau von Sisalhanf

hat man erfolgversprechend in die Wege geleitet und 1923 schon über 500 Tonnen allerdings ausschließlich nach den Vereinigten Staaten ausgeführt. Reis gedeiht ebenfalls im Lande, wird aber fast ganz daselbst verbraucht und nur eine geringe Menge kommt nach Costa Rica zur Ausfuhr. Die Gesamtausfuhr belief sich 1922 auf ca. 16,2 Mill. Dollar, die Gesamteinfuhr auf 7,4 Mill. Dollar. In ersterer standen die Vereinigten Staaten mit 23,12 % an erster Stelle, gefolgt von Frankreich, Norwegen, Niederlande und Deutschland. England reiht sich erst an 11. Stelle ein. In der Einfuhr übertrafen die Vereinigten Staaten weit alle anderen Länder. Sie bestritten 65,68 % der Einfuhr, gefolgt von England, Japan, Frankreich und Deutschland. Erklärlich werden bei diesen Verhältnissen die gesteigerten Bemühungen der Union ihren Einfluß immer stärker zur Geltung zu bringen, was durch Anleihen (1922 19 Millionen Dollar) erreicht werden soll. Aber Deutschland könnte wohl seine Stellung in dieser Republik verbessern, da das Deutschtum dort sich hoher Achtung und Wertschätzung erfreut. Hat man doch erst kürzlich 3 deutsche Lehrer an das National Institut in der Hauptstadt San Salvador berufen. —

In Costa Rica sind durch die Erdbeben erhebliche Schäden angerichtet worden, die aber im allgemeinen nicht den zuerst angegebenen Umfang erreicht haben. Dennoch hat sich der Kongreß dieses Staates zu einem Gesetz veranlaßt gesehen, für alle Baumaterialien auf fast ein Jahr zollfreie Einfuhr zuzulassen, wovon die Vereinigten Staaten natürlich wieder Nutzen haben werden. — Der längere Zeit zwischen Kolumbien und Peru bestehende Streit um die Grenzfestlegung hat jetzt durch einen Vertrag zwischen beiden Ländern seinen Abschluß gefunden. Nur die Kongresse müssen noch ihre Zustimmung dazu geben. In Kolumbien ist kürzlich der Präsident zur Anordnung des Baus von großen Kaffeelagerhäusern ermächtigt worden, die an den Hauptkaffeezentren errichtet werden sollen, eine Maßnahme, die mit der Kaffeevalorisation zusammenhängt. In Brasilien hat man diese erfolgreich durchgeführt und will den erzielten Erlös (14 500 000 Pfd. Sterl.) zur Tilgung der gesamten Valorisationsanleihe verwenden. — In Peru suchen Deutsche, die mit dem Stinneskonzern in Verbindung stehen, Ansprüche auf 75 000 acres Ölländereien bei Callao und in der Ancon-Bucht bei der Regierung geltend zu machen. Bei Callao führen deutsche Geologen bereits Probebohrungen durch. — Aus Argentinien hat die Ausfuhr in manchen Produkten zugenommen. So läßt sich eine Steigerung gegen 1922 bei Hafer, Gerste, Leinsaat (Anbaufläche für Getreide und Leinsaat 1923/24 gegen 1912/13 um 100 % zugenommen) und besonders bei Gefrierfleisch und Fleischkonserven bemerken, so daß Deutschland jetzt die Stelle in diesem Zweige der Ausfuhr einnimmt, die im Kriege die Alliierten durch ihren Heeresbedarf inne hatten, die einheimische Fleischproduktion ist damit wieder mehr angeregt worden. Im Territorium Rio Negro sollen 5000 ha Land besiedelt werden, wozu sich eine neue Gesellschaft gebildet hat (Compañia Colonizadera Italo-Argentina del Rio Negro). Man will wohl Italiener dorthin ziehen. Wein-, Birnen- und Apfelbau sollen sehr aussichtsreich sein. Obstkonservenfabriken und Weinkeltereien will man anlegen. — Uruguay hat längere Jahre einen Rückgang seiner Produktion und damit seines allgemeinen Wohlstandes erleiden müssen. Auch heute ist die Handelsbilanz zu passiv, um von einer wesentlichen Besserung sprechen zu können, wenn sie sich auch langsam bemerkbar zu machen beginnt. Von der Regierungsseite sucht man sie durch eine Anzahl von Maßnahmen (z. B. Einschränkung des Heeresbudgets) zu fördern.

Für die Verkehrsbeziehungen Südamerikas wichtig ist ein neuer Schnelldienst der Royal Mail Steam Packet Co., der die Reise Buenos Aires-Southampton in 19 Tagen bewältigt, eingerechnet Zwischenlandungen in brasilianischen Häfen. Dieselbe Gesellschaft hat ihren Dienst New York — Panamakanal — Valparaiso auf Cartagena ausgedehnt und damit das bisherige Monopol dreier amerikanischer Gesellschaften durchbrochen, die den Dienst New York — Kolumbien versahen. — Chile läßt wichtige Neubauten in seinen Häfen Talcahuano und Constitucion ausführen, die dem zunehmenden Westküstenverkehr dienlich sein werden

KARL HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE INDO-PAZIFISCHE WELT

Unter den neuen Werken, die uns seit dem letzten Bericht (Heft 2) zukamen, in denen geopolitische Fragen des Indopazifischen Raumes eine wichtige oder leitende Rolle spielen, scheinen uns besonders zwei über den indischen Teilraum bedeutend, das eine von J. T. Gwynn, das andere von Al. Carthill.

J. T. Gwynn: Indian Politics. With an Introduction by Lord Meston, London, Nisbet & Co., 1924; XII, 344 S. 12½ Sh. Die zum Teil im Sommer und Herbst 1922 erstmalig im Manchester Guardian erschienenen Aufsätze eines ausgezeichneten Beobachters sind hier zu einem Buch zusammengefaßt worden. Sie geben auf die wichtigste Frage des britischen Reichsbaues von heute die unerbittlich deutliche und nichts beschönigende, ernste und sorgenvolle Antwort eines Mannes, der von der vielleicht vorurteilsfreiesten Zeitung der Welt eigens nach Indien geschickt worden war, um sie im Augenblick der höchsten Spannung zu suchen, und, soweit das möglich ist, zu geben. Er urteilt auf Grund langjähriger Landeskenntnis und der besten Informationen, die er unmittelbar aus Quellen verschiedensten Ursprungs zu gewinnen wußte, vom Vizekönig bis zu Gandhi und seinem Kreis, vom reichen, anglisierten Industriellen bis zum armen Dörfler, die er in Bombay und Gudjerat, im Pendjab, in Bengalen und im Süden gesammelt hat. Niemand wird von jetzt ab indische Geopolitik treiben können, ohne dieses Buch zur Hand zu nehmen. Keiner, der das weite Land einigermaßen kennt, wird es aus der Hand legen, ohne sein Erinnerungsbild verbessert zu haben. Es bringt im Augenblick des Abrollens festgehaltene und aus verworrenen Einzelheiten zum Bild zusammengeschlossene Zeitgeschichte, wie sie der Staatsmann zum Handeln, die Weltpresse zur Urteilsbildung braucht. Besonders gut beleuchtet ist die Wirkung der Industrialisierung Indiens auf den Einzelnen in Dorf und Stadt, das Mögliche und Unmögliche bei Gandhis Versuchen, das Rad der Zeit zum Handbetrieb (Khaddar!) zurückzudrehen; ebenso die wichtigste, dem Fremden so schwer zugängliche Teilfrage der indischen Reform-Bewegung, ob die Autarkie durch Abstoßen der Welt-Übererzeugung wieder gewonnen werden kann, und welche Folgen der Versuch dazu für einen übervölkerten Erdraum mit 320 Millionen Menschen haben müßte. Der Umfang, in dem die Industrialisierung Indiens auch von innen her fortgeschritten ist, wird nicht nur aus Zahlen, sondern eben so sehr aus dem Charakter und Wirtschaftstyp der Landschaft, den Eindrücken der öffentlichen Meinung, und aus dem wirklich Gesehenen abgeleitet. Mit Recht nennt Lord Meston in seiner Einleitung die Wahl, vor die das britische Weltreich sich heute in der Behandlung des indischen Problems gestellt sieht, „the most momentous choice", und meint, der Erfolg in der nördlichen, der Mißerfolg in der südlichen Hälfte von Nordamerika einer früheren britischen Kolonialpolitik könne dafür keine Präzedenzfälle liefern. Beachtenswerte Lehren dafür wären aber gewiß aus solchen Büchern, wie das vorliegende, zu gewinnen, aus der mit offenen Augen erkannten Geopolitik des gewaltigen, volkwimmelnden indischen Lebensraumes.

Wenn Gwynn an die Möglichkeit eines Übergangs vom starren Imperialismus zur wandlungsfähigen Autonomie zu glauben scheint, so lehnt Al. Carthill eine solche Möglichkeit schroff ab.

Al. Carthill: The lost Dominion. W. Blackwood and Sons, Edinburgh & London 1924 VI. 351 S. „Verlorene Herrschaft" überschreibt sich also resigniert diese literarisch bedeutende Totenklage des großbritischen Imperialismus über Indien in seiner überlebten victorianischen Form. Sie gilt dem Verlust Indiens als einer von Außen beherrschten Kolonie, den der Verfasser als eine so gut wie vollzogene Tatsache verzeichnet, und zwar ausdrücklich als Folge einer grundlegenden Veränderung in der Seelenstimmung des britischen

Herrenvolkes. Als der Nekrolog eines Diehard wird das Buch im Manchester Guardian bezeichnet, dessen eigne Auffassung heute für die Struktur des sich zur Commonwealth umbildenden Imperiums etwa auf dem gleichen Boden steht, wie das Zukunfts-Kompromisse anbahnende Buch von Bernard Holland: Imperium et libertas, London, 1901. Carthill wird aber immerhin sogar von der führenden Zeitung des Manchester-Kreises mit der Achtung behandelt, die auch bei englischer Parteikritik an sich hervorragender politischer Leistungen parteipolitisch Andersgläubigen gegenüber oft so wohltätig auffällt. Schon aus diesem Grunde bemühen wir uns, bei geopolitischen Literatur-Besprechungen solche Gegensätze über wichtige Lebensräume noch zu kontrastieren, um unsern Lesern das stereoskopische Sehen zu erleichtern.

Solche Bücher, wie das von Gwynn, Carthill und Sarkar (vgl. Heft 2) ergeben, wenn man sie zusammenhält, für das Indien von heute eine Aufnahme von der Schärfe eines durch Fliegerbilder ergänzten, auf tadelloser topographischer Grundlage geschaffenen Reliefkartenbildes. Die ganze Veränderung der geopolitischen Phraseologie und Ideologie, "The passing of Imperialism" (N. Peffer), wenigstens in seiner überlieferten Form, „Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters" (Hofmann), kommt einem schwerlich aus einer anderen Veröffentlichung der neuesten Zeit so unabweisbar klar zum Bewußtsein, wie aus Carthills Indienbuch: es hat taciteische Größe und ist für das eigene Reich vom Grauen des Unabwendbaren umwittert. Aber für die um Selbstbestimmung ringenden Räume der Erde eröffnet es Hoffnungen, und zu ihnen gehört ja, nach furchtbarem Sturz, wie der indische, nun auch wieder der deutsche! „Zahlreich sind Englands verlorene Besitzungen. Von einzelnen ist es in Schlachten vertrieben worden. Einige ließ es aus Nachlässigkeit fahren. Andere gab es weg als nutzlos und schädlich. Manche wurden vertauscht und verschachert. Indiens Fall aber ist bis heute das erste und einzige Beispiel des Verlassens wertvoller Habe aus moralischen Gründen." Die Ähnlichkeit mit dem Wandel in der Auffassung des Reichsbegriffs der Annalen des sinkenden Rom ist unverkennbar, und ließe sich noch aus vielen anderen Stellen erweisen.

Ein Zeuge ganz anderer Art, als diese beiden Dokumente eines praktisch angewandten und eines utopischen Imperialismus, ebenfalls von feinem geopolitischem Reiz durchwoben, der aber nicht das Hauptmotiv des Buches darstellt, sondern neben diesen herausgefunden werden muß, ist das hinterlassene Reisetagebuch des Naturforschers und Praeparators Reischeck.

Andreas Reischeck; Sterbende Welt. Zwölf Jahre Forscherleben auf Neuseeland. Leipzig, F. A. Brockhaus 1924. 334 S., 94 Abb., 2 Karten. Von dem hohen naturwissenschaftlichen Wert des auch in England mit warmer Anerkennung begrüßten Buches zu sprechen, müssen wir uns leider versagen. Was für unsere Zwecke wertvoll ist, beginnt erst etwa vom 8. Kapitel ab, und hängt zusammen mit einer der wichtigsten Fragen, die im Bereich der Südsee ihrer Lösung harren: ob die Malaio-Polynesier wirklich, wie Reischeck meint, Vertreter einer sterbenden Welt sind, oder aber, wie neuere Erfahrungen vermuten lassen, eines unerwarteten Wiederaufschwungs fähig. Gewiß hätte sich Reischeck als aufrichtiger Freund der Maori gefreut, wenn er noch erlebt hätte, wie günstig die Reformbewegung, ausgehend von Tahu Wiremie Ratana und seinem Sekretär Peter Moko, auf die scheinbar schon in das letzte Stadium der Aufsaugung getretene Urbevölkerung gewirkt hat, was sich in einem auffallenden Ansteigen der Geburtenziffer äußert. (Vgl. The Union of the Maori Remnant — Kotahitanger Ote Morieni.) Dieser angeblich sterbenden Welt gehört allerhand an, was durchaus noch nicht sterben will; und das von Reischeck so fein geschilderte Neuseeland ist eben nur ein Teilgebiet davon. Sie umfaßt rassenmäßig 110 bis 120 Millionen, und reicht von Madagaskar bis Hawaii, und von Neuseeland über den ganzen Verlauf der australisch-ostasiatischen Zerrungsbögen hinweg, — das malaienwimmelnde niederländische Inselreich Insulinde mit seiner neuerdings so lebendigen Unabhängigkeits-Bewegung umschließend — über Formosa bis nach Japan! Es läßt sich nicht wegleugnen, daß auch Japan schon zeitweilig von auswärtigen Beobachtern als eine sterbende Welt proklamiert worden ist, und daß es durch gewisse Degenerations-Erscheinungen, die bei Inselvölkern

vorzukommen pflegen, dazu Anlaß geboten hatte. In einer guten japanischen Studie von Eijiro Honjo: The Population of Japan in the Tokugawa Era, Kioto wird gezeigt, wie die Bevölkerung fast zwei Jahrhunderte lang stagnierte, von ebenso schlimmen Rückgangs-Erscheinungen befallen war, wie später die Maori auf Neuseeland, sich aber nun, nicht eben zur Freude der Nachbarn, in einem Jahr um das Achtfache dessen vermehrt, was sie früher in einem Jahrhundert zugenommen hatte.

Einblick in diese rätselhaften Vorgänge der säkularen oder katastrophalen Bevölkerungs-Schwankungen, der Zunahme und Abnahme der Vitalität, zumal bei unseren Antipoden, gewährt uns die ausgezeichnete Bestandesaufnahme der Maori, die wir bei Reischeck finden, wenn auch mehr als Nebenfrucht seines hauptsächlichen Reisezwecks, der zoologischen, vorwiegend ornithologischen Sammlungen und Forschungen galt. Der liebenswürdige Österreicher ist alles eher, als ein Imperialist: ein gütiger, eher zu weicher Mensch, leidenschaftlicher Tierfreund, aufopferungsvoller und zäher, ungewöhnlich leistungfähiger Forscher, der eben dadurch, daß er nur als Naturfreund, nicht als Eroberer oder Ausbeuter zu ihnen kam, das Vertrauen der Maori gewann, und den Weg zu ihrer Seele fand. Gerade weil er selbst nur der objektiven Wahrheit dient, und voll Ehrfurcht den Spuren der alten Kultur nachgeht, hat Reischeck das Recht, die Sünden zu entschleiern, deren sich die europäische Kultur und Wirtschaft bei der anthropo-geographischen Zerstörung der Südsee schuldig gemacht hat. Dürfen wir es Japan und China verargen, wenn sie angesichts solcher abschreckenden Vorbilder wie Tasmanien, Neuseeland u. a. ihrerseits keine solche „Sterbende Welt" werden wollen, und argwöhnisch den Anfängen widerstehen, die in dieser Richtung zu führen scheinen? Müssen wir nicht weitsichtiges geopolitisches Verständnis gerade daraus gewinnen, daß wir das Fädenspiel beobachten, mit dem die malaio-polynesische Lebenserhaltung einer Hundert-Millionen-Rasse klug und bedacht von Japan aus aufgerollt wird? Reischeck's Tagebuch ist ein Dokument, das Ost-Asiaten, Malaio-Polynesier und Mittel-Europäer gleichermaßen nachdenklich machen kann.

Henry T. Hodgkin: China in the Familiy of Nations. London. George Allen & Unwin 1923. Ein im Ganzen leichtflüssiges, nicht tiefgründiges Buch, von der ausgezeichneten Absicht geleitet, für China um verständnisvolle Gerechtigkeit zu werben. An einzelnen Stellen geht es allerdings mehr in die Tiefe, so in seiner Darlegung des chinesischen Li-Begriffs, das Natur-Recht, gesunden Menschenverstand und Billigkeit umfaßt, das Aequm et justum, das rechte Maß zur Richtschnur des Lebens erhebt. Zugänglichkeit für ruhiges Zureden und für Verstandesgründe, Fleiß und Durchhalten, Achtung vor erworbenem Wissen und Können, scheinen auch diesem guten Beobachter hervortretende Züge des chinesischen Volkscharakters zu sein, dem alles sinn- und maßlose widerstrebt, was der Chinese alles unter dem Begriff Wu-li zusammenfaßt. Wichtige Probleme werden im allgemeinen mehr angedeutet, als angepackt, aber dazwischen finden sich immer wieder feine eigene oder fremde Beobachtungen, wie S. 59 der Stoßseufzer des ersten diplomatischen Unterhändlers in Peking: „In Ländern wie China bedeutet das Schließen eines Vertrages den Anfang, nicht das Ende der Schwierigkeiten!" — was auch für Mitteleuropa gilt. Oder die Erzählung von dem weitsichtigen chinesischen Staatsmann, der nach der Mandschu-Eroberung den Chinesen die Rolle der Tätigen, der Arbeiter und Händler zuteilt, den Mandschu die der Landesverteidiger, in eigenen Lagern zusammengehalten, von Pensionen aus fremder Arbeit lebend, dadurch eigener Leistung entwöhnt, — in der Voraussicht, daß sie in längstens dreihundert Jahren dadurch entartet an den Türen der Chinesen betteln gehen müßten. Das ist Geopolitik lang- und zählebiger, fernhin rächender Rassen! So bringt das Buch, ohne gerade viel neue Kenntnis zu erschürfen, auch dem Kundigen manches Wertvolle, und führt den Unkundigen auf bequeme Weise an die geopolitischen Probleme des heutigen China heran, soweit sie mit bloßem gesunden Menschenverstand zu erfassen sind.

Ming-Tchien Joshua Bau: The Open Door Doctrine in Relation to China, London, 1924, Macmillan, mag als gute geschichtliche Darstellung der Lehre von der offenen Tür,

Emil S. Fischers: Guide to Peking and its Environs Near and Far, Tientsin-Shanghai, in seiner Erneuerung für 1924, der dreißigsten, wenn wir nicht irren, wegen seiner gediegenen Ausstattung und anderwärts unerreichbarer Reiseauskünfte genannt werden, und endlich erwähnen wir bei China

The Chinese Confessions of C. W. Mason, weil sie Einblick in die Seelenverfassung eines wegen Verrat an die Ostrassen verurteilten Westländers geben, der sich als junger Assistent im Dienste der damaligen kaiserlich chinesischen Seezoll-Verwaltung mit dem Ko-Lao-Hui Geheimbund in Waffenschmuggel und ähnliche Geschäfte eingelassen hatte. Das Buch, aus einem Kreise stammend, der ein Sammelbecken seltsamer anthropogeographischer Spezialitäten war, verrät abenteuerliche Gedanken; aber die gleichen Ideen, die damals zur Verurteilung des Verfassers führen mußten, spuken heute wieder in vielen Köpfen, nicht zuletzt in solchen, die mit der, ganz Asien überspannenden Außenseiterkette der Sowjet-Ideologie in nahe Berührung kamen. Asien schwingt langsamer an, aber seine Wellenbewegungen halten länger nach, wenn es einmal bis zum Grunde aufgerührt worden ist, wie es noch mehr als durch den Krieg selbst, durch die Kriegslügen und Kriegsfolgen geschah.

Proben dafür sind zwei seltsame Bücher, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind:

Dr. Ferdinand Ossendowski: Tiere, Menschen und Götter (Beasts, men and gods) Frankfurt a. M., Frankfurter Sozietäts-Druckerei 1923, und

Wilhelm Filchner: Sturm über Asien. Berlin, Neufeld und Henius, 1924.

Beide beschäftigen sich, wie früher schon H. Consten: Weideplätze der Mongolen, Berlin, 1922, mit den durch den Weltkrieg neu in Bewegung geratenen Raumverteilungsfragen Hochasiens, vor allem den centralasiatischen Hochsteppen-Randländern des chinesischen Reichs, die seiner Zügelführung entgleiten oder schon entglitten sind: Mongolei, Ili, Chinesisch-Turkestan, Tibet.

Es ist ein Teil der gewaltigen Steppenlandschaft, der schon 1904 Mackinder eine geopolitisch so bedeutende Betrachtung in "The geographical pivot of history" gewidmet hat, und über reizvolles persönliches Erleben und farbige Lokaleindrücke und allerjüngste Entwicklungen hinaus ist geopolitisch in diesen neuen Erscheinungen fast nichts gesagt, was nicht bei Mackinder schon anklingt. Aber das Wertvolle ist die folgerichtige Weiterentwicklung seit jener großartigen geopolitischen „Vision", die sich aus beiden Werken heraus gewinnen läßt.

Bei Ossendowski ist sie zu schöpfen aus den Erfahrungen eines Naturwissenschaftlers, der vor den Sowjets im Jahre 1920 aus Krasnojarsk flüchten muß, auf diesem Fluchtweg Jenisei-aufwärts in die Mongolei gelangt, diese südwärts bis ins Hwangho-Quellgebiet, dann nordostwärts bis Urga, und dann zur ostchinesischen Bahn durchstreift, den letzten bedeutenden Führer der weißen Heeresreste Ungern-Sternberg noch auf der Höhe seiner unstet zusammengeballten Macht in Urga trifft, und die Schilderung dieser ganzen Kette von Abenteuern mit scharfer landschaftlicher und völkerpsychologischer Beobachtungsfähigkeit abrollen läßt. Das Buch ist ohne jede politische Tendenz, schlicht, unverkünstelt und doch wirkungsvoll, und so sensationslos geschrieben, als man so sensationelles Erleben überhaupt schildern kann. Und das ist sein Verdienst: die Wahrheit des Erlebten wird zum wirkung-steigernden Hintergrund der eher verhaltenen Darstellung.

Im Gegensatz dazu ist Filchners Sturm über Asien aus politischer Tendenz geboren und aufgemacht. Er will von Anfang an politisch wirken und sucht Übersteigerung vielleicht nur in die Maske der Erlebnisse eines politischen Geheimagenten gehüllt — wie sie einem allerdings zwischen Rußland, Indien, China und Iran in reicher Auswahl und mit höchst merkwürdigen Erlebnissen über den Weg laufen. Das Buch verrät große Gewandtheit in der Benützung des bekannten, überall verstreuten, aber nirgends wissenschaftlich zusammengefaßten Nachrichtenstoffs über die politische Geschichte Hochasiens im letzten Vierteljahrhundert, auch wohl der neuen russischen Tibetwerke von Zybikow und Koslow. Dem Buch kommt ferner die ganze Lokalkenntnis eines durch zwei innerasiatische Reisen reich erfahrenen Beobachters zugute, aber es ist bedauerlich, daß aus der politischen Tendenz des Buches heraus die

Grenzen zwischen dem selbst Erlebten und Ge sehenen, und dem aus der Verfolgung des Nachrichtenspiels gewonnenen Stoff absichtlich verwischt scheinen, wie überhaupt eine Angabe von Quellen geradezu vermieden wird. So entstand ein wenig einheitliches Ganzes von unleugbar suggestiver Wirkung, das gründliche geographische, geschichtliche und politische Kenner trotz seiner Aufmachung und Einkleidung kaum irreführen wird, das aber vielleicht mit ähnlicher Vorsicht genossen werden muß, wie die Schriften von Putnam Weale. Es ist für eurasisch-kontinentale Verhältnisse ein Seitenstück zu „Indiscreet Chronicle from the Pacific“, das neben höchst persönlichen Werturteilen ebenfalls Erfahrungen enthält, die sich anderwärts nicht finden, wo Indiskretionen aus dem Sack gelassen werden, die sonst mit gutem Grund verwahrt und verheimlicht, erst nach einer gewissen Schutzfrist in die Zeitgeschichte einzugehen pflegen, wo ihr aktuelles Interesse dann verraucht ist. So interessant und amüsant das Filchnersche Buch zu lesen ist, bin ich doch darin einig mit einem der hervorragendsten Kenner Hochasiens, dessen Ansicht ich zur Ergänzung der meinigen eingeholt habe, daß die Bedeutung der dort geschilderten Vorgänge, besonders in ihrer Rückwirkung auf Europa vom Verfasser stark übersteigert ist. Der Verfasser dürfte daher kaum recht behalten, wenn er meint „die Blicke der ganzen Welt sind deshalb mit Recht erwartungsvoll nach dem tibetanischen Hochland, dem Hexenkessel Asiens gerichtet“. Sie haften wohl mehr an den Rändern: Turan und Iran, Indien, China, Japan ...

Einer ganz anderen Gattung politischen Schrifttums gehört an: Kolu Li: Unabhängigkeitsbewegung Koreas und japanische Eroberungspolitik. Berlin, Sittenfeld 1924. 32 S. Die Broschüre ist eine ausgesprochene Tendenzschrift, gegen die Annexion Koreas durch Japan gerichtet. Der Versuch, ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der koreanischen Frage zu geben, hätte durch eine kurze geographische Untermalung wesentlich gewonnen. Für den um die Selbstbestimmung seines Volkes kämpfenden Koreaner (der natürlich nur subjektive Wahrheit geben kann, wenn er sich auch ehrlich um objektive bemüht) sind die erdgegebenen Grundlagen seines Volkstums selbstverständlich, er darf sie aber von fremden Lesern nicht ohne Weiteres als bekannt voraussetzen. Nach meinen Erfahrungen gehört Korea sogar zu den am wenigsten allgemein bekannten größeren Siedelungsgebieten mit einer kulturgeographischen Eigennote. Verständnisvollere Einstellung auf diejenigen Kreise, in denen eine solche Propaganda-Schrift doch wirken will, Beschränkung in heftigen Anklagen und Vermehrung der sachlichen Belege, breitere Darstellung der kulturgeographischen und wirtschaftsgeographischen Eigenart würde der in der Werbeschrift vertretenen Sache nur nützen. Die Schrift von Aguinaldo: La vérité sur la révolution des Philippines Paris 1900, könnte als Beispiel dafür dienen, wie der Wehrlose mit geopolitischen Tatsachen das Weltgewissen wachzurufen suchen muß. Solche Bücher, wie Dean C. Worcesters und Russells Philippinen-Werke, auch die oben besprochenen von Gwynn und Carthill über Indien, die Fortschritte der Philippinen, wie Indiens zur Autonomie innerhalb des letzten Jahrzehnts geben dann die Quittung über die richtige geopolitische Arbeit unterdrückter Völker, Rassen und Räume!

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

